

Partizipation junger Menschen

Nationale Perspektiven und
europäischer Kontext

special Band 6



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION

Partizipation junger Menschen

**Nationale Perspektiven und
europäischer Kontext**

special Band 6



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	6
1. Nationale Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis	14
1.1 Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland: Definitionen, Daten, Trends	15
1.2 Demokratielernen durch Partizipation in Schule, Vereinen und sozialen Netzen	34
1.3 E-Partizipation – Heilsbringer für mehr Jugendbeteiligung? Betrachtet am Beispiel online-moderierter Verfahren in Kommunen	48
1.4 Partizipation in Ganztagschulen	61
1.5 Erfolgsfaktoren und Stolpersteine von Partizipation am Beispiel von Jugendinitiativen	70
2. Partizipation durch Impulse	74
2.1 Vom Projekt zur Strategie – Gelingensbedingungen für die Beteiligung junger Menschen in Kommunen	75
<i>Beispiel</i> „mitWirkung!“ – Essener Jugendamt erprobt Konzept zur Jugendbeteiligung	88
2.2 Partizipation braucht Spielräume! Einblicke in das internationale Partizipationsprogramm SPIELRAUM	93
2.3 Partizipation junger Menschen als europäische Zielsetzung	98
<i>Beispiel</i> Der Strukturierte Dialog zur europäischen Zusammenarbeit im Bereich Jugend in Sachsen-Anhalt	111
<i>Beispiel</i> „Jugend & Politik“ – ein Projekt zur Förderung der Politischen Bildung als Beitrag zum Strukturierten Dialog in Österreich	117
<i>Zwischenruf</i> Jugendliche und politische Entscheidungsträger – Leben auf unterschiedlichen Planeten	120
2.4 Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung	122
<i>Projektbausteine</i> Deutscher Bundesjugendring	123
<i>Projektbausteine</i> Bundeszentrale für politische Bildung	127
<i>Ergebnisse</i> Evaluation des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung	131

3. Partizipation in der europäischen Realität:	
Bedingungen – Modelle – Prozesse	136
<i>Vergleich</i> EUYOPART – Partizipation in der europäischen Vergleichsperspektive	137
3.1 Französische Jugendliche und Politik	147
3.2 Politische Beteiligung Jugendlicher in Großbritannien: Kann man wirklich 'was verändern?	158
3.3 Luxemburg	178
3.3.1 Anmerkung zur Jugendforschung und Jugendpartizipation im Luxemburger Kontext	178
3.3.2 Der Luxemburger „Plan communal jeunesse“ – ein lokalpolitisches Partizipationsmodell?	184
3.4 Kleinräumig begrenzte Beteiligungsverfahren, starre Beteiligungsfenster und unsichtbare Engagementformen Jugendlicher: Statement zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz	189
3.5 Jugendbeteiligung in Österreich	194
3.6 Partizipation junger Menschen in Russland: Kontextspezifische Besonderheiten	200
3.7 Jugendpartizipation in der Tschechischen Republik	204
3.8 Jugendliche in Polen – ausgewählte Aspekte ihrer Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben	212
3.9 Jugendpartizipation in Finnland und Deutschland – Ergebnisse einer bilateralen Forschungskooperation	221
<i>Exkurs</i> Lebensbedingungen und Partizipation junger Menschen in Lateinamerika	230
Partizipation junger Menschen im europäischen Kontext: Bilanz und Perspektiven	240
Autorenverzeichnis	244
Impressum	248

Vorwort

JUGEND für Europa

Ist die Jugend von heute politikverdrossen und partizipationsabstinent? Welche Möglichkeiten politischer Artikulation nutzen junge Menschen? Wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den „Partizipationskulturen“ verschiedener europäischer Länder?

Mit diesen Leitfragen beschäftigte sich die internationale Fachtagung „Partizipation junger Menschen im europäischen Kontext“, die vom 7. bis 9. Oktober 2009 in Bonn stattfand. Veranstalter dieser Tagung waren JUGEND für Europa und das Deutsche Jugendinstitut e.V.

Vertreter aus der Partizipationsforschung, der Jugendarbeit und engagierte Jugendliche selbst fanden in der Fachtagung eine Plattform, auf der sie Wege diskutierten, wie junge Menschen in Europa motiviert werden können, sich an den sie selbst betreffenden demokratischen Gestaltungsprozessen zu beteiligen. Um die Erkenntnisse der Tagung einem breiten Kreis von Interessierten zugänglich zu machen, entstand diese Publikation, die sich aus den auf der Konferenz vorgestellten Beiträgen, aus weiteren Fachartikeln sowie Zwischenrufen und Praxisbeispielen zusammensetzt. Die Publikation ist ganz bewusst als „Reader“ konzipiert worden, um dieser „Formenvielfalt“ Rechnung zu tragen. Sie möchte so zu einer gedanklich breiten Auseinandersetzung mit dem Thema „Partizipation junger Menschen“ anregen.

Das Thema steht auch ganz oben auf der politischen Agenda in Europa, ist es doch gerade in der neuen EU-Jugendstrategie (2010-2018) zu einem der vorrangigen Aktionsfelder für politische Initiativen auf EU-Ebene und in den jeweiligen Mitgliedstaaten geworden. In der für die Strategie grundlegenden Entschließung des Rates wird das übergeordnete Ziel formuliert, die Teilhabe junger Menschen auf allen Ebenen der repräsentativen Demokratie und der Zivilgesellschaft sowie in der Gesellschaft ganz allgemein zu fördern. In diesem Sinne möchte der vorliegende Band verschiedene Partizipationsansätze und Beteiligungsstrukturen in einen europäischen Kontext stellen, verbunden mit der Absicht, über Vergleiche und Rückschlüsse hinsichtlich der Situation in Deutschland die Diskussion insgesamt zu bereichern.

In der Hoffnung, damit die nationale Debatte über das Mehr und das Wie an Partizipation junger Menschen mit einer Europäischen Dimension zu bereichern, wünscht der Herausgeber eine anregende Lektüre, spannende Erkenntnisse und einen Mehrwert für die eigene Arbeit.

Einleitung

Wolfgang Gaiser

6

Beteiligung von Jugendlichen an der Gesellschaft ist immer wieder Thema in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, oft vor dem Hintergrund von gesellschaftlichen Veränderungen. Wurde in den letzten Jahren oder dem letzten Jahrzehnt immer wieder ein Rückgang des politischen Engagements beklagt, so war es etwa in den 1970er Jahren eher ein Überschuss an politischen Aktionen, der den Diagnostikern der Zeit als bedenklich erschien (vgl. Klein 2006).

Zum Thema Beteiligung und sozialem Engagement hat R.D. Putnam die These über den langfristigen Rückgang mit einer Vielzahl von Daten (für die USA, aber mit Geltungsanspruch als Trendaussage für westliche Gesellschaften) untermauert (vgl. Putnam 2000). Sein Beobachtungszeitraum beginnt in den 1950er/1960er Jahren, in dem er in vielfältigen Formen sozialer Beteiligung Veränderungen nachzeichnet und zu dem Ergebnis des „Verfalls“ kommt, der mit den Umstrukturierungen und Modernisierungen gesellschaftlicher Strukturen in diesem Zeitraum zu tun hat. Aber auch eine deutliche Gegenthese zu Putnam, dass nämlich die Diagnose eines Rückgangs des Engagements speziell bei Jugendlichen falsch sei, wird pointiert vertreten (vgl. Dalton 2007: 3). Hier wird eine Veränderung von bürgerschaftlichen Normen mit Konsequenzen für eine andersartige Beteiligungskultur konstatiert und bezogen auf langfristige Zeiträume auf gesellschaftsstrukturelle Veränderungen verwiesen (vgl. Dalton 2007). Statt von einem generellen Rückgang wird von einem Wandel als Änderung des Repertoires gesellschaftlichen Engagements, besonders in jüngeren Kohorten, gesprochen. Die feststellbare Reduktion spezifisch traditioneller Beteiligungsformen wird von einer Ausweitung und Diffe-

renzierung bei „modernen“ Formen kompensiert, als Folge des Wandels von „duty-based citizenship“ zu „engaged citizenship“. Diese beziehen sich auf Normen bürgerschaftlichen Engagements, erstere betonen die Pflichten und Verantwortlichkeiten des Bürgers bei limitiertem partizipativem Rollenverständnis, letztere hingegen umfassen eine expansive Sicht auf bürgerschaftliches Tun, welche aktiv politische Präferenzen auszudrücken sucht (vgl. Dalton 2007: 31f.). Gleichzeitig haben gerade bei der jungen Generation die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer Verbreiterung und Beschleunigung der Informations- und Mobilisierungsmöglichkeiten und neuen Formen der Partizipation geführt (zum Beispiel Flashmobs, die über Online-Communitys, Weblogs, Newsgroups, E-Mail-Kettenbriefe oder per Mobiltelefon organisiert werden).

Zur Bedeutung von Partizipation

In der aktuellen gesellschaftstheoretischen Diskussion in Deutschland werden verschiedene Begründungsstränge für die Notwendigkeit einer Stärkung der sozialen und politischen Partizipation junger Menschen hervorgehoben: Diese Begründungslinien werden hergeleitet aus Menschenrechten, Bürgerrechten und Kinderrechten; demokratietheoretisch, pädagogisch und bildungstheoretisch sowie aus soziostrukturellen Veränderungen der Kindheits- und Jugendphase (vgl. Bertelsmann Stiftung 2007). Daneben wird eine Vielzahl weiterer aktueller politischer Begründungszusammenhänge für mehr Partizipation aufgeführt: demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit, interkommunaler Wettbewerb, gesellschaftliche Innovationsfähigkeit, moderne Staatlichkeit, Pla-

nungseffizienz und Herausbildung einer Bürgerkommune sowie Integration und Prävention durch Partizipation (vgl. Bertelsmann Stiftung 2007).

In der internationalen Thematisierung von Partizipation Jugendlicher spielen zumindest fünf Diskussionsstränge, theoretische Konzepte und empirische Annahmen über Bedeutung und Wandel der Partizipation und daraus folgende politische und praktische Herausforderungen eine Rolle:

1. Globale Herausforderungen für die Jugend,
2. Kontroverse Annahmen über Entwicklungstrends,
3. Wandel des Wohlfahrtsstaats,
4. Kompetenzgewinn im freiwilligen Engagement,
5. Politische Impulse zur Förderung von Partizipation.

ad 1. Globale Herausforderungen

Die junge Generation heute in Deutschland und weltweit hat nicht nur die für die Adoleszenzphase typischen Herausforderungen des Erwachsenwerdens zu bewältigen, sondern auch massive gesellschaftliche Probleme. Sie ist nämlich dem Risiko ausgesetzt, zu Verlierern der Globalisierung zu werden, so jedenfalls das Resümee einer international vergleichenden Studie in 14 OECD-Ländern: „The first central finding is that in a globalizing world, youth are increasingly vulnerable to uncertainty across all countries [...]“ (Mills/Blossfeld/Klijzing 2005: 423). Hervorgehoben wird dabei, dass gerade Gruppen wie die gering Qualifizierten von prekären Biographieperspektiven bedroht sind. Damit stellt sich auch die Frage, inwieweit der Ausschluss vom Zugang zu stabiler Be-

schäftigung und solider sozialer Sicherung auch mit einer schwachen zivilgesellschaftlichen Integration verbunden ist und wo und wie möglicherweise gezielte Beteiligungsangebote in zivilgesellschaftlichen Strukturen und Partizipationsgelegenheiten ansetzen könnten. Besonders wichtig hierbei ist es, sich durch empirische Untersuchungen über die tatsächlichen Formen der Partizipation junger Menschen zu vergewissern (vgl. Betz/Gaiser/Pluto 2010).

ad 2. Kontroverse Annahmen über Entwicklungstrends

Bezüglich der Entwicklung der Partizipation der nachwachsenden Generation gibt es – wie oben schon angedeutet – sehr unterschiedliche wissenschaftliche Annahmen und gesellschaftlich-politische Erwartungen. Die These eines Rückgangs von Beteiligung und Vereinsmitgliedschaft (vgl. Putnam 2000) verwies auf gesellschaftstheoretisch bedeutsame Grundsatzfragen einer möglichen Erosion des sozialen Zusammenhalts. Dem wird neuerlich entgegengehalten, dass solche skeptischen Annahmen durch einen verkürzten Blickwinkel auf das Repertoire politischer Partizipation beruhen, insbesondere wenn man die nachwachsende Generation betrachtet:

„Politics in the United States and other advanced industrial societies is changing in ways that hold the potential for strengthening and broadening the democratic process“ (Dalton 2007: 19).

Um empirische Anhaltspunkte zu solchen Fragen zu gewinnen, sind Längsschnittuntersuchungen notwendig, weil man weiß, „dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter

ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen“ (Weßels 2001: 639). In eine weitere Richtung eines grundsätzlichen gesellschaftlich-partizipativen Wandels weist die These einer „Moralisierung der Märkte“. Hier wird zusätzlich zur Bedeutung des Bürgers im Staat die politische Bedeutung des Konsumenten am Markt hervorgehoben und die Tendenz prognostiziert, dass sich rein ökonomische Nutzen-Kalkulationen sowohl bei Produzenten als auch bei Konsumenten auflösen, zugunsten einer wissensbasierten Moral, die Herstellung, Vertrieb und Verbrauch von Waren negiert. In diesem Sinne würden zunehmend sowohl Konsument als auch Produzent bestimmte Eigenschaften und Verpflichtungen ihrer Staatsbürgerrolle auf die Rolle als Marktteilnehmer übertragen (vgl. Stehr 2007: 305). Für empirische Analysen der Partizipation bedeutet das, dass das Instrumentarium zur Erfassung des Partizipationsrepertoires erweitert werden muss (vgl. de Rijke/Gaiser/Wächter 2008).

ad 3. Wandel des Wohlfahrtsstaats

Die Brisanz der Diskussion um die gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen liegt auch darin, dass in dieser Debatte nicht nur Fragen thematisiert werden, die sich auf die nachwachsenden Generationen beziehen, sondern zugleich auch Erosionsprozesse der drei zentralen Integrations-Modi der Gesellschaft angesprochen sind: der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarktes und der demokratischen Institutionen. Es geht um die Folgeprobleme der Veränderungen des Sozialstaates, der Deregulierung

des Arbeitsmarktes und des Strukturwandels der Demokratie. Für junge Menschen bedeutet dies eine doppelte Herausforderung: Sie müssen nicht mehr „nur“ individuell die klassischen jugendbiografischen Aufgaben soziokulturellen und ökonomischen Selbständigwerdens bewältigen, sondern sehen sich gleichzeitig auch mit gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert, die ihnen steigende Anforderungen an Flexibilität in der Arbeitswelt, an Eigenständigkeit in der Wohlfahrtssicherung und an Aktivität in der gesellschaftlichen Beteiligung auferlegen. Verstärkte Partizipation wird dann oft als Allheilmittel gegen negative Folgen von Modernisierung und Individualisierung angesehen.

ad 4. Kompetenzgewinn im freiwilligem Engagement

Im Rahmen der öffentlichen Debatte um die Entwicklung der Zivilgesellschaft spielt bezüglich der Beteiligung der Jugend auch die Frage des Kompetenzgewinns bei ehrenamtlichem Engagement eine zentrale Rolle. Im Jahre 2002 hat die Enquetekommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ differenzierte Diagnosen und Empfehlungen vorgelegt (vgl. Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag 2002). In drei Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009 wurden hierzu Analysen, Empfehlungen und Daten zu Trendentwicklungen vorgelegt (vgl. Picot 2006: 177-223, BMFSFJ 2010). Der sozialpolitische und wissenschaftliche Fokus auf freiwilliges Engagement im Jugendalter ist auch dadurch begründet, dass entwicklungspsychologische und sozialisationstheoretische Theorien davon aus-

gehen, dass die frühzeitige Übernahme von Verantwortung für sich selbst, für Personen und Dinge, für Gemeinwesen und Gesellschaft und das entsprechende Handeln zwar einerseits schon bestimmte Kompetenzen voraussetzt, aber andererseits auch immer spezifische Lern-, Bildungs- und Entwicklungs-Chancen eröffnet (vgl. BMBF 2004, BMFSFJ 2005, Rauschenbach/Düx/Sass 2006, Gaiser/Gille/de Rijke 2010). Ob dabei aber die Möglichkeiten, von positiven Effekten hinsichtlich Lernerfahrungen und sozialer Integration zu profitieren, chancengleich existieren, oder ob auch hier strukturelle Benachteiligungen wirksam werden, ist eine immer wieder zu stellende Frage (vgl. Picot/Geiss 2007).

ad 5. Politische Impulse zur Förderung von Partizipation

Partizipation junger Menschen wird in Deutschland auf allen staatlichen Ebenen und in allen Verbänden, Vereinen und Organisationen als erwünscht angesehen und gefördert. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird aber immer wieder thematisiert (vgl. BJK 2009). Auf internationaler Ebene wurde von der UN-Vollversammlung das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ erklärt. Das Eurobarometer „Young Europeans 2001“, das „Weißbuch Jugend“ der Europäischen Kommission und die darauf basierende Entschließung des EU-Jugendministerrats vom 25. November 2003 haben das Thema „Partizipation der Jugend“ in den Mittelpunkt gestellt. Die Europäische Kommission hat schon in dem Programm „JUGEND IN AKTION“ (2007-2013) die Entwicklung der Bürgergesellschaft und Stärkung der partizipativen

Demokratie als ein zentrales Ziel (vgl. Europäische Kommission 2007: 8) hervorgehoben und sowohl im ersten EU-Jugendbericht und der Strategie 2010-2018 verstärkt und bestätigt.¹

Partizipation im europäischen Vergleich

Grundsätzlich kann Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Organisationen als Indikator für soziale Integration vergleichsweise leicht in Surveys, die mehrere Länder umfassen, erfragt werden. Van Deth und Kreuter etwa beziehen sich auf europäische Länder im Rahmen der World Values Surveys und betrachten den Prozentsatz aller Befragten (ab 18 Jahre), die in mindestens einer Organisation Mitglied sind. Es lassen sich dabei klare nationale Differenzen ausmachen: Die höchsten Organisationsgrade findet man in den nordischen Ländern Schweden, Dänemark und Norwegen, aber auch in den Niederlanden (jeweils über 80 %). Eine mittlere Gruppe mit etwa 50-60 % Mitgliedschaften in diesen Organisationen wird durch Länder wie Irland, Großbritannien, Belgien, Österreich und Deutschland (alte Bundesländer) gebildet. Schließlich lässt sich eine Gruppe mit geringen Werten (unter 40 %) davon abgrenzen, in denen vor allem die südlichen europäischen Länder wie Italien, Spanien (nur 23 %), Portugal und auch

¹ vgl. <http://www.jugendpolitikineuropa.de/news-559.html>;
1. EU-Jugendbericht (Juni 2009), <http://tinyurl.com/eurostatjugend>;
Eurostat-Studie zur Jugend in Europa der EU Kommission (2009), <http://www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-596.html> sowie „Neue EU-Jugendstrategie“ – Entschließung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa 2010–2018, die offizielle deutsche Version: <http://tinyurl.com/Jugendstrategie>.

Frankreich (mit 38%) vertreten sind (vgl. van Deth/ Kreuter 1998: 137f.).

In der Eurobarometer-Erhebung „Young Europeans 2001“ wurde die Beteiligung in freiwilligen Vereinigungen und Verbänden durch Listenvorgabe, kombiniert als Mitgliedschaft und/oder Beteiligung an deren Aktivitäten, erfasst. Es wurden hierfür eine Reihe von traditionellen Organisationen wie auch solche der Neuen Sozialen Bewegungen vorgegeben: Sportvereine, religiöse Vereine, Jugendgruppen, Hobbygruppen, kulturelle Vereine, Umweltgruppen, Gewerkschaften, politische Parteien, Menschenrechtsbewegungen und andere.

Etwa die Hälfte der jungen Europäer beteiligt sich nach wie vor an keiner dieser Gruppen, Vereinen und Organisationen (48% im Jahre 1997 und 50% im Jahre 2001). Die länderspezifischen Unterschiede jedoch sind erheblich. Frankreich und Ostdeutschland liegen etwa im europäischen Durchschnitt (54% beziehungsweise 52%) während in Österreich nur 40% und in Westdeutschland nur 37% Nichtmitglieder sind. In Tabelle 1 ist nun für alle einbezogenen Länder der jeweilige Anteil der 15- bis 24-Jährigen angegeben, die in mindestens einer dieser Organisationen in diesem Sinne Mitglied sind. Auch hier kann man in der Rangfolge eine Ländergruppierung feststellen. Deutschland-Ost (48%) und Frankreich (45%) liegen im Organisationsgrad unter dem EU-Mittel, wobei sich die geringsten Werte in den südlichen europäischen Ländern zeigen: Am niedrigsten ist er in Portugal mit nur 31%, Spanien mit 36% und Griechenland mit 37%. Einen hohen Organisationsgrad weisen Deutschland-West (63%) und Österreich

(60%) auf – auch hier allerdings noch von nordischen Ländern und den Niederlanden übertroffen.

Tabelle 1:

Anteil der 15- bis 24-Jährigen in Ländern der Europäischen Union 2001, die in mindestens einer Organisation Mitglied sind beziehungsweise mitarbeiten (in %)

Land	Anteil (%)
Portugal	31
Spanien	36
Griechenland	37
Italien	44
Frankreich	45
Großbritannien	47
Deutschland - Ost	48
Nordirland	49
Irland	58
Belgien	59
Österreich	60
Finnland	60
Deutschland - West	63
Luxemburg	72
Schweden	75
Dänemark	76
Niederlande	80

Quelle: Eurobarometer 55.1: Junge Europäer 2001, eigene Berechnungen (Hier werden die Ergebnisse von 2001 herangezogen, weil hier die Stichprobe für die neuen Bundesländer aufgestockt worden war, sodass in den Ergebnissen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturmerkmale hinsichtlich verbandlicher Organisation erkennbar und in europäischer Vergleichsperspektive betrachtbar wurden.)

Betrachtet man die einzelnen Vereinsarten, so wird die Mitgliedschaftsquote am stärksten durch die Sportvereine, die zudem zwischen 1997 und 2001

vermehrt Zuspruch gefunden haben (Steigerung um 6%), geprägt (EU insgesamt 30%). Bei diesen sind gleichzeitig auch Unterschiede zwischen Frankreich (23%), Österreich (27%), Deutschland-West (44%) und Deutschland-Ost (26%) klar zu erkennen. Weit weniger Mitglieder haben europaweit religiöse Vereine (8%), Jugendgruppen (7%), Hobbyclubs (7%), kulturelle Vereinigungen (6%) oder Umweltgruppen (5%). In Frankreich ist dabei das Engagement im kulturellen (10% gegenüber 4% in Deutschland), in Deutschland im ökologischen Bereich stärker (6% gegenüber 2% in Frankreich).

Österreich liegt mit den religiösen Jugendgruppen mit 16% Beteiligung europaweit am höchsten und doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt. Hier mag die besondere Stadt-Land-Struktur in Österreich eine Rolle spielen, weil die kirchenverbandliche Jugendarbeit insbesondere auf dem Lande und weniger stark in den Großstädten vertreten ist, und außer Wien gibt es nur vier Städte mit über 100 000 Einwohnern. In den übrigen, sehr ländlich strukturierten Gebieten spielen Jugendorganisationen wie „Jungschar“ und „Katholische Jugend“ eine große Rolle.

In den länderspezifischen Besonderheiten kommen insgesamt gesehen sowohl strukturell-organisatorische, institutionelle, historische als auch Einstellungsunterschiede zum Ausdruck.

Im deutsch-deutschen Unterschied wird die westdeutsche Tradition der staatlich geförderten freiwilligen Organisation in Verbänden und Vereinen gegenüber den neuen Bundesländern, die nach der Wende ihre autoritär organisierte soziale Integration verloren

hatten und nur allmählich westdeutsche Strukturen aufnahmen, deutlich. Der vergleichsweise niedrigere Organisationsgrad in Frankreich ist wohl der Tatsache geschuldet, dass das Vereinswesen hier traditionell weniger stark etabliert und durch ein Spannungsverhältnis gegenüber dem laizistischen Staat gekennzeichnet ist, der auch solchen Organisationen nur begrenzte Unterstützung zukommen lässt (vgl. Mény 1999). Dabei liegt nach Längsschnittuntersuchungen (in Trendstudien) seit den 70er Jahren die Beteiligung der französischen Jugend an Clubs, Vereinen und kulturellen, sportlichen oder politischen Organisationen mit knapp mehr als einem Drittel Aktiver zwar niedriger als in Deutschland, ist aber durchaus stabil (vgl. Roudet/Tchernia 2001: 153).

Richtet man den transnationalen Blick nicht nur auf die Partizipation in Vereinen und Verbänden, sondern auf das gesamte Spektrum politischer und sozialer Beteiligung, so wird die Bedeutung von staatlicher Rahmung und politischer Kultur deutlich: Newton und Giebler (2008) kommen in einem Vergleich von 22 Nationen Europas zu dem Ergebnis, dass jenseits motivationaler und ressourcenbezogener Einflussgrößen auf der Individualebene auf der Makroebene vielfältige soziale, ökonomische und politische Ländercharakteristika eine bedeutsame Rolle spielen: die demokratische und ökonomische Entwicklung, die Regierungseffizienz, niedrige Korruption, hohe öffentliche Ausgaben in den Bereichen Bildung und Gesundheit sowie Rechtsstaatlichkeit. All diese Faktoren schaffen einen zivilgesellschaftlichen Rahmen, der zu einem länderspezifisch sehr unterschiedlichen Umfang an Partizipation führt (vgl. Tabelle 2):

Tabelle 2:
Durchschnittliche Partizipationsrate
(Ehrenamt, Mitgliedschaft, politische – konventionelle
und unkonventionelle – Beteiligung, Mitarbeit
in informellen Gruppierungen, ethischer Konsum)
(je höher der Indikatorwert, desto mehr Partizipation)

Land	Partizipationsrate
Norwegen	0,95
Österreich	0,90
Schweden	0,90
Dänemark	0,70
Deutschland	0,56
Finnland	0,42
Niederlande	0,39
Belgien	0,35
Vereinigtes Königreich	0,33
Israel	0,23
Luxemburg	0,23
Irland	0,23
Frankreich	0,08
Slowenien	-0,50
Spanien	-0,66
Portugal	-0,73
Italien	-0,91
Polen	-1,06
Ungarn	-1,18
Griechenland	-1,23

(nach Newton/Giebler 2008: 18, Datenbasis: ESS)

Gesellschaftliche Akteure, die Partizipation junger Menschen stärken wollen, müssen also ihren Blick nicht nur auf die Subjekte, ihre Motive und Ressourcen richten, sondern auch auf die Bedingungen, die Partizipation in unterschiedlicher Weise ermöglichen, stimulieren und effektiv werden lassen.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Kinder und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Thomas Olk, Roland Roth).

Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane (2010): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen.

BMBF (Hrsg.) (2004): Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter.

BMFSFJ (Hrsg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht.

BMFSFJ (2010): Informationen zum 3. Freiwilligensurvey (1999-2009)

Bundesjugendkuratorium (BJK) 2009: Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums.

Dalton, Russell J. (2007): The Good Citizen: How a Younger Generation is Reshaping American Politics.

Deth, Jan W. van/Kreuter, Frauke (1998): Membership of Voluntary Associations, in: Deth, Jan W. van (Hrsg.):

- Comparative Politics. The Problem of Equivalence, 135-155.
- Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.
- Europäische Kommission (2007): Programm JUGEND IN AKTION, Programmhandbuch, Brüssel.
- Flash Eurobarometer 202 – The Gallup Organization (2007): Young Europeans. Survey among young people aged between 15-30 in the European Union. Summary.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2010): Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortungsübernahme bei 18- bis 33-Jährigen. Ergebnisse des DJI-Survey 2007, in: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten, Schwalbach, 57-75.
- Klein, Markus (2006): Jugend und politischer Protest. Eine Analyse im Kontext aller Partizipationsformen, in: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung, 291-314.
- Mills, Melinda/Blossfeld, Hans-Peter/Klijzing, Erik (2005): Becoming an adult in uncertain times. A 14-country comparison of the losers of globalization, in: Blossfeld, Hans-Peter et al. (Hrsg.): Globalization, Uncertainty and Youth in Society, 423-441.
- Mény, Yves (1999): Interessengruppen in Frankreich: von Pluralismus keine Spur, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich, Bonn.
- Newton, Kenneth/Giebler, Heiko (2008): Patterns of Participation: Political and Social Participation in 22 Nations, Discussion Paper SP IV 2008-201, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Rijke, Johann de/Gaiser, Wolfgang/Wächter, Franziska (2008): Aspekte der Stabilität politischer Orientierungen und politischer Partizipation, in: Gille, Martina (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey.
- Picot, Sibylle (2006): Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Zeitvergleich 1999 – 2004, in: Gensicke, Thomas/Sibylle, Picot/Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004.
- Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2007): Freiwilliges Engagement Jugendlicher – Daten und Fakten – Expertise zum Carl Bertelsmann-Preis 2007.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone, The Collapse and Revival of American Community.
- Rauschenbach, Thomas/Düx, Wiebken/Sass, Erich (2006): Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte.
- Roudet, Bernard/ Tchernia, Jean-François (2001): Une présence active dans un milieu associative en évolution, in: Galland, Olivier/Roudet, Bernard (Hrsg.): Les valeurs des jeunes. Tendances en France depuis 20 ans – Paris, 149-175.
- Stehr, Nico (2007): Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie, Frankfurt a.M.
- Weßels, Bernhard (2001): Vermittlungsinstitution und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 221-246.

1.

*Nationale
Perspektiven
aus Wissen-
schaft und
Praxis*



1.1

Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland Definitionen, Daten, Trends

Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke

Einleitung

Zwei Jahrzehnte nach der institutionellen Vereinigung beider deutscher Staaten stellt sich die Frage, wie weit die Prozesse zur gesellschaftlich-kulturellen Einheit vorangeschritten sind. Ist die junge Generation in den alten und den neuen Bundesländern gleichermaßen in gesellschaftlichen und politischen Kontexten integriert? Beteiligen sich Mädchen und junge Frauen in anderer Weise als Jungen und junge Männer? Welche Rolle spielen kulturelles und soziales Kapital? Gibt es eine Krise sozialer und politischer Partizipation von jungen Menschen? Wird das partizipatorische Repertoire tatsächlich durch unkonventionelle, weniger formalisierte und somit freiere Formen gemeinschaftlicher Tätigkeiten ergänzt und erweitert? Ist die Skepsis gegenüber der Kompensationsthese gerechtfertigt, die den Rückgang der Mitgliederaktivitäten in konventionellen Organisationen durch Aktivitäten in neueren informelleren Gruppierungen oder Initiativen ersetzt sieht? Solche Annahmen lassen sich durch die empirischen Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey¹ überprüfen und in wichtigen Differenzierungen beleuchten. Mit den vorgelegten Analysen wird der Versuch unternommen, eine empirisch-soziologische Diagnose zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation der Jugend in Deutschland zu leisten. Dabei haben wir zur Differenzierung Bildung, Gender sowie

Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern berücksichtigt. Zunächst werden wir auf die Mitgliedschaft und Aktivität in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden eingehen. Dann werden Bewertungen von und Beteiligungsformen bei weniger formellen Gruppierungen, die den Neuen Sozialen Bewegungen oder auch Nichtregierungsorganisationen (NROs) zuzurechnen sind, betrachtet. Anschließend geht es um das Spektrum konventioneller und unkonventioneller politischer Artikulation (zum Beispiel: Partearbeit, Streiks, Demonstrationen etc.). Auf dieser deskriptiven Grundlage können Entwicklungstendenzen dargestellt werden. Abschließend werden die Ergebnisse bilanziert und Perspektiven angedeutet.

1 Der DJI-Jugendsurvey (<http://www.dji.de/jugendsurvey>) ist Teil der Sozialberichterstattung des Deutschen Jugendinstituts. Diese gewinnt auf empirischer Basis durch „Dauerbeobachtung“ von repräsentativen Wiederholungsbefragungen zuverlässige Informationen über die soziale und persönliche Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland. Bisher wurden drei Erhebungswellen des DJI-Jugendsurvey durchgeführt (in den Jahren 1992, 1997 und 2003). Der DJI-Jugendsurvey erfasst pro Erhebungswelle ca. 7.000 16- bis 29-Jährige und in der dritten Welle vom Jahre 2003 zusätzlich ca. 2.100 12- bis 15-Jährige.

Formen und Inhalte sozialer und politischer Partizipation

Begriffliche Bestimmungen

Die Diskussion um freiwilliges, ehrenamtliches, bürgerschaftliches, zivilgesellschaftliches Engagement hat deutlich gemacht, wie notwendig eine begriffliche Klarheit in der Bestimmung von Aktivitäten ist, die als soziale und politische Beteiligung angesehen werden können (vgl. Beher/Liebig/Rauschenbach 1999: 106). Zunächst sollen deshalb soziale und politische Partizipation genauer definiert werden.

16

Zentrale Dimensionen dabei sind einerseits Organisationsformen sowie andererseits Ziele und Inhalte. Bei Organisationsformen können drei Gruppen unterschieden werden: traditionelle Vereine/Verbände/Organisationen, informelle Gruppierungen und eher temporäre und situative Aktionen. Diese Dimension ist somit durch abnehmenden formalen Organisationsgrad sowie, von der Seite der Beteiligten, abnehmende zeitliche und normative Verbindlichkeit gekennzeichnet.

Anhand der Inhalte können politische Ziele im engeren Sinne, Ziele beziehungsweise Interessen gesellschaftlicher Gruppen sowie schließlich nicht-politische, private Interessen von Individuen unterschieden werden. Diese Dimension geht also von abnehmender Verallgemeinerbarkeit von Zielen beziehungsweise Interessen aus, von generellen, prinzipiell für alle geltenden Zielen, über nur mehr für Gruppen verallgemeinerbare bis hin zu individuell verfolgbaren.

Die erste, traditionelle Form von Beteiligung findet sich im Kontext des institutionalisierten Bereichs des „intermediären Systems“, der großen traditionellen Organisationen und Verbände. Diese Organisationen gelten als Kristallisationsinstitutionen von Interessen, sind funktional gegliedert und verstehen sich als Mit-

gliederorganisationen. Mitgliedschaft und Mitarbeit sind eher langfristig, Loyalitäten oder instrumentelle Bindungen relativ stark. Für den politischen Bereich sind hierbei die bei Wahlen zugelassenen politischen Parteien die entscheidenden Organisationen. Eine weitere traditionelle Gruppe bilden die Großorganisationen der gruppenspezifisch relevanten gesellschaftlichen Interessen, wie die Gewerkschaften, Berufsverbände, Wohlfahrtsverbände etc. Schließlich lassen sich davon noch Vereine oder Organisationen unterscheiden, die eher private Interessen oder Ziele von Bürgern bündeln, jedoch in ihrer Organisationsform öffentliche Relevanz und öffentliches Interesse hervorrufen, wie etwa die Sportvereine oder auch Jugendverbände.

Davon unterscheiden lassen sich zweitens informelle Gruppierungen, Initiativen und auch Organisationen wie zum Beispiel Umweltgruppen, Gruppen der Friedensbewegung, Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen. Solche Gruppierungen entwickelten sich im Laufe der 1970er und 1980er Jahre außerhalb der Parlamente und der etablierten Politik, aber zumeist in Verknüpfung alltäglicher Aktionsfelder und politisch-öffentlicher Zielsetzung und erlangten als Formen einer „Neuen Sozialen Bewegung“ eine zusammenfassende Etikettierung. Sie sind weniger fest organisiert beziehungsweise weniger traditionell in ihrer Organisationsgeschichte, auch wenn sie wie zum Beispiel Greenpeace mittlerweile durchaus fest etabliert und finanzstark sein können. Durch die mit ihrem Auftreten erfolgte Ausweitung des Begriffs politischer Aktivität lassen sich die meisten dieser Gruppierungen einem politischen Kontext zuordnen².

2 vgl. zur Übersicht Klein/Legrand/Leif 1999

Übersicht:

Gesellschaftliche und politische Partizipation

Inhalte/Ziele	Organisationsform		
	1. Traditionelle Vereine, Verbände, Organisationen	2. Informelle Gruppierungen	3. Aktionen (temporär/ situativ/punktuell)
Politik	Parteien	Menschenrechts-/Friedens- bewegung u.a.	Wählen, Demonstrationen (unkonventionell/konventio- nell)
Interessen-, Gruppenziele	Gewerkschaften Berufsverbände	Frauen-/Männergruppen, Stadtteilinitiativen	Gewerkschaftlicher Streik
Nicht-politische bzw. „private“ Interessen	Sportvereine, gesellige Vereinigungen	Tierschutzgruppen	

Eine dritte Organisationsform schließlich stellen situative, punktuelle Beteiligungsaktionen dar. Im Zentrum stehen dabei politische Handlungen, die eher temporär und situativ der Unterstützung politischer Ziele dienen. Dieser Bereich handlungsorientierter Erfassung politischer Aktivität hat im Bereich der politologischen Partizipationsforschung eine lange Tradition. Er entwickelte sich mit dem Entstehen der „unkonventionellen“ Partizipationsformen Ende der 1960er Jahre: Teilnahme an Unterschriftensammlungen bis hin zur Teilnahme an genehmigten oder nicht genehmigten Demonstrationen. Dem entsprechen die Differenzierungen nach konventionellen, unkonventionell-legalen oder auch illegalen Formen politischer Aktionen, bei denen sich Personen beteiligen beziehungsweise Beteiligungsbereitschaft äußern. Zumeist werden dabei auch eher kontinuierliche Beteiligungen wie Mitarbeit in einer Partei oder Übernahme eines politischen Amtes sowie die Basisbeteiligungsform „zur Wahl gehen“ mitberücksichtigt (vgl. z.B. Koch/Wasmer/Schmidt 2001).

Gesellschaftlich-politische Beteiligung wird hier breiter verstanden als freiwilliges Engagement, das sich durch explizite gesellschaftliche Nützlichkeit

auszeichnet und eine soziale Leistung für andere darstellt, unabhängig von staatlicher Regie und möglicher Entlastung anderer gesellschaftlicher Systeme (vgl. von Rosenblatt 1999). Gesellschaftlich-politische Beteiligung ist aber durchaus im Diskussionszusammenhang um „soziales Kapital“, um „soziale Ressourcen“ zu sehen, weil sie als soziale Aktivität netzwerkbezogene Tätigkeit ist und auf den Einzelnen bezogen dessen Problemlösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume erweitert. Bei sozialem Kapital geht es dabei nicht primär um gesellschaftlich nützliche Ziele, sondern um die Form des Tuns als Aufeinander-Bezogenheit:

„Social capital refers to networks of social connection – doing with. Doing good for other people, however, is not part of the definition of social capital“ (Putnam 2000: 116f.).

Gesellschaftlich-politische Beteiligung steht somit auch in der Tradition der Erweiterung des Begriffs von politischer Partizipation: Nicht nur sozial erwünschtes Tun, sondern auch sich für oder gegen etwas einzusetzen ist sinnvolle Beteiligung. Somit ergibt sich die gegenüber ehrenamtlicher Orientierung weitere Fassung von Aktivität: Nicht nur die (regel-

mäßige oder sogar unregelmäßige) Aktivität in einem Sportverein ohne Funktionsübernahme, sondern auch die Teilnahme an politischen Demonstrationen sind unter diesem Blickwinkel relevante Formen der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben.

Das empirische Bild von Beteiligung ist damit von deren begrifflicher Bestimmung abhängig und außerdem von den spezifischen Formen der Operationalisierung, was sich beispielsweise, bezogen auf freiwilliges Engagement, im Vergleich von Freiwilligensurvey und der Zeitbudgetstudie zeigt (vgl. Gensicke/Geiss 2004). Ähnliche Probleme ergeben sich bei der Erfassung von Mitgliedschaften und der Beteiligung von Jugendlichen in Organisationen, Vereinen und Verbänden mit der Folge, dass es schwierig ist, die unterschiedlichen Ergebnisse aufeinander zu beziehen (vgl. van Santen 2005).

Da mit der ersten Welle des DJI-Jugendsurvey eine theoretische und empirische Grundlage für die Definition und längsschnittliche Erfassung gesellschaftlicher und politischer Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen geschaffen wurde, sollen im Folgenden die drei oben skizzierten Organisationsformen analysiert werden:

- I. Mitgliedschaft und Aktivität in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden
- II. Informelle Gruppierungen: Bewertungen und Beteiligungsformen
- III. Formen punktueller politischer Artikulation

I. Mitgliedschaft und Aktivität in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden

Die Mitgliedschaft und Mitarbeit in Organisationen, Vereinen und Verbänden bietet für Jugendliche und junge Erwachsene Möglichkeiten der Interessenrealisierung, der Kommunikation, der Identitätsentwicklung und der sozialen Vernetzung. Mitgliedschaft hat aber nicht nur auf dieser individuellen Ebene einen hohen Stellenwert, sondern auch auf der gesamtge-

ellschaftlichen Ebene als Element der Systemintegration, weil die „Beteiligung an sozialen Aktivitäten allgemein als eine wichtige Voraussetzung des Funktionierens moderner Gesellschaften“ (van Deth 2001: 208) betrachtet wird. Mit der ersten Welle des DJI-Jugendsurvey 1992 wurde ein Konzept zur Erfassung von Mitgliedschaft und Aktivität entwickelt, das auch 1997 und 2003 eingesetzt wurde. Anhand einer Listenvorgabe wurden zunächst die Vereinsmitgliedschaft ermittelt (vgl. Tabelle 1) und in einer anschließenden Frage Angaben über die Aktivität erbeten (vgl. Tabelle 2). Auf dieser Grundlage lassen sich dann jeweils zusammenfassende Indikatoren bilden, die insofern besonders aussagekräftig sind, weil sie durch die umfangreiche Listenvorgabe und die Möglichkeit, auch sonstige Mitgliedschaften beziehungsweise Aktivitäten zu ergänzen, sicherstellen, dass verbandliches Engagement vollständig erfasst und gleichzeitig auch die Gruppen der Nichtmitglieder beziehungsweise der Passiven identifizierbar werden.

Aus Tabelle 1 sind die Mitgliedschaftsquoten bei den 16- bis 29-Jährigen im Einzelnen bezogen auf die Verbände und zusammenfassend die Mitgliedschaft der Befragten in mindestens einer Organisation ersichtlich. Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Mitglieder in den jeweiligen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden oder Organisationen sind, ist niedrig: Die Mitgliedschaftsquote liegt außer bei den Sportvereinen (35 %) unter 10 %. Zwischen 9 % und 5 % liegt sie jeweils bei den Heimat- und Bürgervereinen, bei den Gewerkschaften, bei den sonstigen geselligen, kulturellen und anderen Vereinen, bei den kirchlichen Vereinen sowie bei den Jugend- und Studentenverbänden. Auch wenn also die einzelnen Vereine jeweils nur geringe Anteile der jungen Bevölkerung erreichen, kann doch festgestellt werden, dass sie insgesamt gesehen in ihrer pluralen Vielfalt 55 % der jungen Menschen als Mitglieder erreichen und für 49 % aktive Betäti-

Tabelle 1:
Mitgliedschaftsquoten in traditionellen Organisationen und Verbänden nach West/Ost
und Geschlecht (in %) – 16- bis 29-Jährige –

Mitgliedschaften*	West	Ost	weibl.	männl.	ges.
Gewerkschaften	8	6	5	11	8
Berufsverbände	4	3	3	4	3
Politische Parteien	2	1	1	2	2
Kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	8	5	8	7	7
Wohlfahrtsverbände	1	0	1	1	1
Heimat- u. Bürgervereine	10	6	5	13	9
Jugend- und Studentenverbände	5	4	4	5	5
Sportvereine	38	23	29	42	35
Sonstige gesellige Vereinigungen	9	5	6	11	8
Bürgerinitiativen	1	0	1	1	1
Andere Vereine/Verbände	9	7	9	9	9
Mitglied in mindestens einer Organisation	58	42	48	62	55

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: „Es gibt ja viele Möglichkeiten, sich in der Freizeit zu engagieren. Eine dieser Möglichkeiten ist es, Mitglied zu sein in einer Organisation, einem Verband oder einem Verein. Sehen Sie bitte diese Liste durch und sagen Sie mir zu jeder Organisation, jedem Verband, jedem Verein, ob Sie dort gegenwärtig Mitglied sind“.

Tabelle 2:
Aktivitäten in traditionellen Organisationen und Verbänden nach West/Ost und Geschlecht (in %) – 16- bis 29-Jährige –

Mitgliedschaften*	West	Ost	weibl.	männl.	ges.
Gewerkschaften	4	3	2	5	4
Berufsverbände	2	1	1	2	2
Politische Parteien	1	1	1	2	1
Kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	7	4	7	6	6
Wohlfahrtsverbände	1	0	1	1	1
Heimat- u. Bürgervereine	9	5	4	11	8
Jugend- und Studentenverbände	4	3	4	5	4
Sportvereine	35	22	26	39	32
Sonstige gesellige Vereinigungen	8	4	5	10	8
Bürgerinitiativen	1	0	1	1	1
Andere Vereine/Verbände	7	6	7	7	7
Aktiv in mindestens einer Organisation	52	38	42	56	4

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: „Sagen Sie mir bitte noch zu jeder Organisation, in der Sie gegenwärtig Mitglied sind, wie stark Sie an den Verbands- bzw. Vereinsaktivitäten teilnehmen“. Aktiv: wenn eine der folgenden Antwortkategorien angegeben wurde: „ich übe ein Amt/eine Funktion aus“, „übe kein Amt/keine Funktion aus aber nehme regelmäßig teil“ oder „nehme gelegentlich teil“. Basis: alle Befragten.

gung im verbandlichen Rahmen ermöglichen (vgl. Tabelle 1 und 2).

Die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern sind erheblich: Mitglied in mindestens einer Organisation sind in den neuen Bundesländern nur 42 % der Jugendlichen, gegenüber 58 % in den alten. Noch deutlicher sind die Ost-West-Unterschiede bei zweifacher sowie drei- und mehrfacher Mitgliedschaft: Der Anteil daran ist in den alten Bundesländern etwa doppelt so hoch wie in den neuen.³ Dass es in den neuen Bundesländern weniger Organisationsmitglieder gibt, liegt möglicherweise einerseits an der geringeren Verbreitung dieser Vereinigungen, Verbände und Organisationen sowie andererseits an gewissen Vorbehalten gegenüber diesen Institutionen. Deutlich sind auch analog zu den Mitgliedschaften die Ost-West-Unterschiede in den Aktivitäten: Zumindest in einer Organisation beteiligen sich 52 % der jungen Menschen im Westen gegenüber 38 % im Osten. In diesen bei der jungen Generation zu konstatierenden Ost-West-Differenzen in der Beteiligung kann durchaus auch eine gesellschaftliche Herausforderung gesehen werden, erkennt man in solcher Partizipation eine „Schule der Demokratie“, in der die „Gelegenheit zur Teilhabe am politischen Prozess und zur Einsicht in die Schwierigkeiten der Durchsetzung“ (Sebald/Straßner 2004: 22f.) gegeben ist. Relativiert wird diese Problematik aber, wenn man bedenkt, dass für Heranwachsende die Erfahrungen mit demokratischer Partizipation in Vereinen und Verbänden auch durchaus zwiespältig sein können, weil die konkreten Mitbestimmungsmöglichkeiten gerade für Jugendliche auch Desillusionierungen aufkommen lassen können (vgl. Braun 2003).

20

Die Mitgliedschaft in Verbänden, Vereinen und Organisationen ist deutlich geschlechtsspezifisch geprägt; insbesondere bei den Sport- und bei den Heimatvereinen sind es überwiegend männliche Jugendliche und junge Erwachsene, die Mitglieder sind und sich beteiligen. Insgesamt sind Mitgliedschaftsquote und der Umfang entsprechender Aktivitäten bei männlichen Befragten höher.

Hinsichtlich der Alterseffekte zeigt sich, dass bei denjenigen Organisationen, bei denen die Mitgliedschaft in Zusammenhang mit der Integration in die Arbeitsgesellschaft steht (Gewerkschaften, Berufsverbände), mit zunehmendem Alter die Beteiligungsquote steigt (stärker ausgeprägt bei den jungen Männern). Demgegenüber nimmt im Bereich der sportlichen und der dezidiert jugendbezogenen Verbände die Beteiligung mit zunehmendem Alter ab. Die übrigen Verbände können weitgehend auch über die Altersgruppen hinweg ihren einmal gewonnenen Mitgliederstamm erhalten.

Bei einer Betrachtung des Bildungsniveaus wird erkennbar, dass junge Menschen mit niedrigeren Abschlüssen als dem Abitur sich in einem deutlich höheren Maße bei den Gewerkschaften und etwas mehr bei den stärker im ländlichen Raum präsenten „Heimatvereinen“ (Schützenverein, Trachtenverein, Freiwillige Feuerwehr) beteiligen. Bei den kirchlich-religiösen und bei den Sportverbänden sind demgegenüber vermehrt die jungen Menschen mit höheren Bildungsaspirationen beziehungsweise -abschlüssen zu finden; diese Tendenz gibt es auch bei den übrigen Vereinen, Verbänden und Organisationen. Mitglied in zumindest einem Verein sind von den 16- bis 29-Jährigen mit Abitur 62 %, von Personen der gleichen Altersgruppe mit mittlerem Abschluss 54 %, aber nur 43 % derjenigen mit geringerem Bildungsniveau. Ähnlich sind die Relationen bei den in Vereinen Aktiven: Hier liegt die Quote der genannten Gruppen bei 57 % beziehungsweise 48 % beziehungsweise 38 %. Damit bestätigt sich auch im DJI-Jugendsurvey die

³ Mitglied in einem Verein sind im Westen 34 %, im Osten 31 %, in zwei Vereinen sind es 16 % bzw. 8 %, schließlich in drei und mehr Vereinen 8 % bzw. 4 %. Ähnlich sind die Verteilungen, wenn man die Aktivität in Vereinen betrachtet: In einem Verein sind im Westen 33 % aktiv, im Osten 29 %, in zwei Vereinen 13 % bzw. 7 %, in drei und mehr Vereinen 6 % bzw. 3 %.

in anderen Studien und Berichten wie dem Armuts- und Reichtumsbericht (vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2005), dem Sozioökonomischen Panel (SOEP, vgl. Isengard 2005) und der Zeitbudgetstudie (vgl. Gabriel/Trüdinger/Völkl 2004) problematisierte Verkoppelung von Bildungskapital und sozialem Kapital: je höher das Bildungsniveau, desto stärker die Involvierung in Vereine, Verbände und Organisationen und damit in Gelegenheitsstrukturen, die gesellschaftliche Betätigung, Beteiligung an demokratischen Strukturen und sozialen Netzen sowie Interaktion, Kommunikation und soziales Lernen ermöglichen.

Eine zusätzliche Dimension sozialer Ungleichheit wird sichtbar, wenn man den Erwerbsstatus in seinem Einfluss auf Beteiligung in Verbänden betrachtet: In Schule, Studium oder Ausbildung befindliche Personen sind am häufigsten in Vereinen aktiv (56%), gefolgt von Erwerbstätigen (50%); deutlich niedriger liegt die Quote bei Nichterwerbstätigen (34%) und Arbeitslosen (31%). Die Belastung durch Bildung, Ausbildung und Arbeit führt also nicht zu vergleichsweise weniger Engagement in Vereinen, sondern diese institutionellen Einbindungen erweitern die sozialen Netze und schaffen Zugänge zu Vereinen und Verbänden. Mit dem Status „Nichterwerbstätig“ oder „Arbeitslos“ dagegen verbinden sich Lebenslagen, die sich durch größere Ferne zu Vereinen und Verbänden auszeichnen. Zugespitzt kann dies für einige bedeuten, doppelt ausgeschlossen zu sein. Für die Jugendphase jedenfalls kann man nicht von statistisch beweisbaren kompensatorischen Integrationseffekten durch solche Organisationen sprechen.

Insgesamt lässt sich zur Beteiligung bei traditionellen Vereinen, Verbänden und Organisationen festhalten: Jungen und junge Männer sind in solchen Zusammenhängen häufiger involviert. Die gegebenen Strukturen und Verfahrensweisen unterstützen wohl immer noch Prozesse der Geschlechtersegregation,

die dazu führen, dass Mädchen und junge Frauen hier weniger vertreten sind. Alterseffekte im Sinne einer mit dem Älterwerden abnehmenden Aktivität werden nur bis zum 21. Lebensjahr deutlich. Das Bildungsniveau als Indikator für kulturelles Kapital hat einen entscheidenden Einfluss auf das Ausmaß, in dem sich junge Menschen in Vereinen oder Verbänden engagieren. Nimmt man die niedrige, mittlere und höchste Schulabschlussgruppe, so ergeben sich mit steigender Bildung Beteiligungsunterschiede von jeweils ca. zehn Prozentpunkten mehr Vereinsaktivität. Auch der Erwerbsstatus ist nicht unwichtig: Rund die Hälfte derer, die die Schule besuchen, studieren oder erwerbstätig sind, aber nur rund ein Drittel der Nichterwerbstätigen oder Arbeitslosen sind aktive Mitglieder. Im Bildungswesen oder im Erwerbsleben integriert zu sein, begünstigt also auch die stärkere Einbindung in soziale Netze der Vereine und Verbände. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass durch die schwächere Etabliertheit dieser Institutionen in den neuen Bundesländern diese Gelegenheitsstrukturen sozialer Teilhabe hier weniger präsent sind als in den alten Bundesländern.

II. Informelle Gruppierungen: Bewertungen und Beteiligungsformen

Die von ihren Ursprüngen her als „Neue Soziale Bewegungen“ bezeichneten politischen Gruppierungen thematisieren spezifische soziale, politische und ökologische Probleme, häufig mit Mitteln des öffentlichen Protests. Sie besitzen einerseits ein gewisses Maß an Kontinuität und bilden eigene Organisationsformen aus, gehen somit über punktuelle politische Aktionen hinaus, grenzen sich aber andererseits von in ihrem Sinne erstarrten und formal rationalisierten Großorganisationen wie Parteien oder Gewerkschaften ab und können alternative Formen von politischer Partizipation ermöglichen. Die Besonderheit solcher Gruppen liegt in der Unmittelbarkeit der sozialen Beziehungen zwischen ihren „Mitgliedern“ und in der

Tabelle 3

Einstellungen zu und Aktivität in informellen Gruppierungen (Zeilenprozent)

– 16- bis 29-Jährige –

Informelle Gruppierungen*	finde gut, arbeite mit	finde gut, besuche ab und zu Treffen	finde gut, mache nicht mit	finde weder gut noch schlecht	lehne ab	kenne nicht
Umweltschutzgruppen	1	6	77	12	1	2
Friedensinitiativen	1	7	76	13	1	3
Anti-AKW-Initiativen	0	1	35	36	17	10
Selbsthilfegruppen	1	2	65	22	3	7
Frauen-/Männergruppen	0	2	35	40	7	16
Dritte-Welt-Initiativen	1	5	66	17	4	7
Menschenrechtsgruppen	1	3	74	15	2	5
Stadtteil-/Nachbarschafts-/regionale Initiativen	1	7	47	26	2	16
Tierschutzinitiativen	2	7	74	13	1	2
Globalisierungskritiker (z.B. Attac)	0	1	18	29	16	36
Aktiv** in mind. einer Gruppe	26					
Aktiv** in mind. einer Naturschutzbund-Gruppe (ohne Tierschutzinitiativen)	24					

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: „In unserer Gesellschaft gibt es neben Organisationen mit fester Mitgliedschaft auch weniger fest organisierte Gruppierungen oder Bewegungen, die man gut finden und in denen man auch mitarbeiten kann. ...Sagen Sie mir zu jeder Gruppierung, ob Sie diese gut finden, ob Sie dort mitmachen oder ob Sie diese ablehnen“.

** Aktiv: „finde gut, arbeite mit“ oder „finde gut, besuche ab und zu Treffen“.

22

„projektorientierten Mobilisierung“, die sich von den klassischen Mustern langer, sozialstrukturell verankerter Bindung in Großorganisationen unterscheidet (vgl. Brand 1992, Raschke 1985, Roth 1999, Roth/Rucht 2002). Aufgrund ihrer Inhalte, Ziele, Aktionsorientierung und flexiblen Beteiligungsmöglichkeiten wird solchen Gruppierungen gerade bei jungen Menschen eine hohe Anziehungskraft zugeschrieben. Inwieweit, in welchen Differenzierungen und mit welchen Entwicklungstrends dies zutrifft, soll im Folgenden empirisch analysiert werden.

Im DJI-Jugendsurvey wurde in allen drei Wellen nach Kenntnis von, Einstellung gegenüber und Beteiligung an solchen informellen Gruppierungen gefragt (vgl. Tabelle 3).

Den Gruppen, die den Neuen Sozialen Bewegungen zuzurechnen sind, wird von jungen Menschen viel Sympathie entgegengebracht. Dabei liegen Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen und Menschenrechtsgruppen auf den ersten Rangplätzen und etwa gleich hoch die Tierschutzinitiativen.

Dann folgen mit etwas Abstand Dritte-Welt-Initiativen, Selbsthilfegruppen und Initiativen in der Region, dem Stadtteil, der Nachbarschaft. Etwa ein Drittel bezieht sich positiv auf Frauen-/Männergruppen und Kernkraftgegner. Neueren Initiativen, die sich kritisch mit Globalisierungsentwicklungen auseinandersetzen, zum Beispiel Attac, ist es trotz häufiger Präsenz in Öffentlichkeit und Medien nur bei einem Fünftel der Befragten gelungen, positive Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, und sie sind es auch, die im Vergleich zu allen anderen noch am wenigsten bekannt sind. Gleichzeitig werden sie ebenso wie die Kernkraftgegner von einem Sechstel der Befragten abgelehnt, ein Ausmaß an Negativbewertung, das keine der anderen Gruppierungen auch nur annähernd erfährt. Unentschiedenheit bei der Beurteilung dieser beiden Gruppierungen zeigt sich in hohem Maße, übertroffen nur von Einschätzungen der Frauen- beziehungsweise Männergruppen.

Die tatsächliche Beteiligung an einer Initiative beziehungsweise Gruppierung, wie sie einerseits in aktiver Mitgestaltung und andererseits im Besuch von Treffen zum Ausdruck kommt, liegt bei maximal knapp einem Zehntel. Dies gilt auch für die am häufigsten positiv bewerteten Gruppen, also die mit ökologischen und pazifistischen oder humanitären Zielsetzungen. In mindestens einer der erfassten Gruppen ist aber immerhin fast ein Viertel aktiv. Diese Aktiven unterscheiden sich von den Passiven hinsichtlich soziodemografischer Variablen, wenn auch nicht so deutlich wie bei den traditionellen Vereinen und Verbänden. Die jungen Ostdeutschen haben nahezu die gleichen Einstellungs- und Aktivitätsmuster bezüglich solcher Gruppierungen wie die jungen Westdeutschen – die Beteiligung ist im Westen nur unwesentlich höher (24 % gegenüber 21 %). Geschlechtsspezifische Unterschiede und Bildungseffekte zeigen sich bei den Umweltschutz-, Menschenrechts- und Selbsthilfegruppen sowie den Friedens- und Dritte-Welt-Initiativen: Weibliche Be-

fragte und Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen (beziehungsweise -aspirationen) bringen ihnen mehr Unterstützung entgegen. Umgekehrt wird deutlich, dass bei niedrigerem Bildungsniveau auch eine höhere Unsicherheit und Ambivalenz in der Einschätzung solcher Gruppen existiert. Beim zusammenfassenden Indikator zeigt sich eine etwas höhere Aktivität bei den weiblichen 16- bis 29-Jährigen (26 % gegenüber 21 %). Bildungseffekte sind bei unteren und mittleren Bildungsgruppen schwach und werden erst ab Abitur deutlich (18 % bzw. 20 % bzw. 30 %). Die Vielfalt der Themen und der möglichen Beteiligungsformen bei den informellen Gruppierungen bringt es offensichtlich mit sich, dass je nach Alter, Lebensphase und Lebenslage spezifische Partizipationsgelegenheiten gegeben sind, sodass sich kaum Alterseffekte zeigen und der Bildungs-/Erwerbsstatus allenfalls bei den Arbeitslosen eine gewisse Rolle spielt.

III. Formen punktueller politischer Artikulation

Die Formen und Arten, in denen sich junge Menschen ins politische Geschehen einmischen, wie ein solches Verhalten normativ bewertet und mit welchen Kategorien es wissenschaftlich beschrieben wird, sind vielfältig und verändern sich. Als heute gängige allgemeinste Definition kann die folgende gelten:

„Unter politischer Beteiligung werden in der Regel jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“ (Kaase 2002: 350).

Die Taxonomien der empirischen Forschung verdeutlichen den Wandel und die Erweiterung des Spektrums von Partizipationsformen. Bis Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde unter politischer Partizipation primär die Teilnahme an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen wie Wahlen und Parteien verstanden. Für die verglei-

chende Analyse der politischen Beteiligung in fünf Demokratien (vgl. Barnes et al. 1979) wurde dann zwischen unkonventioneller und konventioneller Partizipation differenziert. Später wurde eine weitere Unterscheidung vorgeschlagen: „Staatsbürgerrolle, problemspezifische Partizipation, parteiorientierte Partizipation, ziviler Ungehorsam, politische Gewalt“ (Uehlinger 1988). Im DJI-Jugendsurvey wurde in allen drei Wellen das gesamte Spektrum erhoben.⁴

24

Die zentrale konventionelle und institutionalisierte Form der politischen Partizipation ist die Ausübung des Wahlrechts, die Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle im repräsentativen Demokratiemodell. Für Jugendliche ist dabei von Relevanz, dass diese Form erst ab einem gewissen Alter und zumeist in Abhängigkeit von der Staatsangehörigkeit ausgeübt werden kann. Weitere konventionelle Formen, wie die Mitarbeit in Kampagnen zu Wahlen, die mit einer Mitgliedschaft in Parteien einhergehen können (was nicht mehr zu punktueller Aktivität zählt), erfordern stärkere Eigenaktivität. Auch politisch orientierte Aktivitäten, die eher im weiteren Umfeld von politischer Auseinandersetzung im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen stattfinden, etwa die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen, das Kontaktieren von Politikern oder öffentlich wichtigen Personen mittels Briefen oder E-Mails sowie Äußerungen zu politischen Inhalten gegenüber Zeitungen oder dem Fernsehen, zählen zu konventioneller Partizipation.⁵

Neben diesen konventionellen Formen haben sich seit den 60er/70er Jahren des letzten Jahrhunderts unkonventionelle Formen der Partizipation entwickelt, die mittlerweile als „normale“ Formen

politischer Äußerungen gelten: Protestaktionen, Demonstrationen, Boykottaktionen, politische Streiks, Teilnahme an einer Unterschriftensammlung. Solche Aktionen sind zumeist punktuell vorgesehen, mit zeitlich begrenztem Ausmaß und auf spezifische Probleme ausgerichtet; daher werden solche Aktionen verschiedentlich auch „problemspezifisch“ genannt. Nach dem Grad der Legalität lassen sich dabei noch jene unterscheiden, die sich am Rande der Legalität oder im Illegalen bewegen, wie nicht genehmigte Demonstrationen, wilde Streiks, Hausbesetzungen. Sofern keine Gewalthandlungen dabei stattfinden, lassen sich solche Formen auch als „ziviler Ungehorsam“ bezeichnen, um sie von jenen Aktionen abzugrenzen, die Sachbeschädigungen oder Personenschaden billigend in Kauf nehmen (vgl. Schneider 1995).⁶

Im Folgenden werden die Aktivitäten und die Bereitschaft dazu im Einzelnen dargestellt. Einerseits hängen die tatsächlich ausgeübten Aktivitäten von Gelegenheitsstrukturen, situativen Faktoren und der Aktualität von politischen Themen ab; andererseits zeigt die Handlungsbereitschaft einstellungsbetonte Verhaltensneigungen und vermittelt damit ein Bild für potentiell Verhalten. Der Vergleich zwischen Bereitschaft und tatsächlichem Handeln verdeutlicht, dass mit Ersterer eher Einstellungskomponenten oder auch Zustimmungen erfasst werden sowie auch (möglicherweise bisher) fehlende Gelegenheiten für konkretes Handeln. Die Differenzen zwischen den Werten für Bereitschaft und für tatsächliches Handeln sind deshalb zumeist beträchtlich.

4 Zu den Dimensionierungen grundsätzlich vgl. etwa Westle 1994; Pickel 2002; EUYOPART 2004, bezogen auf „political participation of youth“ sowie hinsichtlich „Politische Partizipation“ das Internetportal <http://www.politikon.org>.

5 Zu den institutionellen/konventionellen Beteiligungsformen zählen auch die relativ neuen Formen der Involvierung von Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse wie Jugendparlamente, Jugendforen, Hearings für Jugendliche etc., vgl. EUYOPART 2004.

6 Neue Formen des politischen Konsumverhaltens (political consumerism), etwa bestimmte Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen zu boykottieren, auf die gesellschaftskritische Positionen heute zuweilen setzen, sind im Fragebogeninstrument nicht enthalten.

Tabelle 4

Politische Partizipation – Bereitschaft und Aktivität nach Geschlecht (in %)
- 16- bis 29-Jährige -

	Bereitschaft*			Aktivität**		
	weibl.	männl.	ges.	weibl.	männl.	ges.
Beteiligung an Wahlen***	92	92	92	79	80	80
Absichtliches Nichtwählen***	14	16	15	9	10	10
Wahl einer extremen Partei***	6	11	9	2	5	4
Schreiben von Briefen/Mails an Politiker	32	29	31	8	9	8
Teilnahme an öffentl. Diskussionen	46	46	46	20	25	23
Übernahme eines politischen Amtes	14	19	16	1	2	2
Mitarbeit in Mitbestimmungsgremium in Betrieb, Schule, Ausbildungsstätte	55	54	54	26	28	27
Schreiben von Leserbriefen	32	29	31	7	8	7
Aktive Parteiarbeit	16	22	19	1	3	2
Mitarbeit in Bürgerinitiative	37	33	35	5	5	5
Engagement in anderer polit. Gruppierung	15	19	17	2	4	3
Spenden für politische Zwecke	23	24	23	7	7	7
Beteiligung an Unterschriftensammlungen	81	78	80	61	58	60
Teilnahme an genehmigter Demonstration	60	60	60	32	33	32
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	17	24	21	6	9	7
Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik	38	44	41	3	7	5
Hausbesetzung	7	9	8	1	1	1
Beteiligung an wildem Streik	6	8	7	1	1	1
Teilnahme an Aktionen mit möglicher Sachbeschädigung	2	6	4	2	4	3
Teilnahme an Aktionen mit möglichem Personenschaden	4	8	6	1	3	2
Beteiligung an einem Boykott	20	30	25	7	11	9

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: „Angenommen, Sie möchten politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste kommen für Sie in Frage, und welche nicht?“

** Die Frage lautete im Anschluss: „Bitte gehen Sie alle Möglichkeiten nochmals durch. Was davon haben Sie schon gemacht, was davon haben Sie noch nicht gemacht?“

*** Für diese Items wurden bei den Aktivitäten nur die 18- bis 29-Jährigen berücksichtigt.

Bereitschaften

Die Beteiligung an Wahlen steht mit Abstand an erster Stelle der Partizipationsformen, zu denen Bereitschaft bekundet wird (vgl. Tabelle 4). Von nahezu allen jungen Menschen wird offensichtlich das Wählen als die wichtigste und selbstverständlichste Form demokratischer Beteiligung und politischer Einflussnahme angesehen (92%). Demgegenüber spielen „absichtliches Nichtwählen“ als Protestsignal sowie die Wahl einer extremen Partei nur eine geringe Rolle (15% bzw. 9%).

26

Die Beteiligung an Unterschriftensammlungen steht nach der an Wahlen an zweiter Stelle der in Betracht gezogenen Partizipationsformen (80%), gefolgt von der Bereitschaft, sich an genehmigten Demonstrationen zu beteiligen (60%), in einem Mitbestimmungsgremium im Betrieb, in der Schule, in der Ausbildungsstätte mitzuarbeiten (54%), sich in öffentlichen Versammlungen an Diskussionen zu beteiligen (46%) oder bei gewerkschaftlich beschlossenen Streiks mitzumachen (41%). Auch politisch motivierte Mitarbeit in einer Bürgerinitiative kann sich gut ein Drittel (35%) vorstellen. Knapp ein Drittel (31%) würde auch, um politisch Einfluss zu nehmen, Briefe oder Mails direkt an politisch Verantwortliche oder an Zeitungen, Hörfunk oder das Fernsehen schreiben.

Andere institutionalisierte Partizipationsformen wie die aktive Mitarbeit in einer Partei, in einer anderen politischen Gruppierung oder die Übernahme eines politischen Amtes finden sich demgegenüber weniger im Verhaltensrepertoire junger Menschen. Noch seltener ist die Bereitschaft zu politischen Aktionen, die sich an der Legalitätsgrenze bewegen: Während sich die Teilnahme an Boykottaktionen noch 25% der Befragten vorstellen können, gilt dies für weniger als 10% bei der Besetzung von Häusern, Fabriken, Ämtern, bei „wilden“ Streiks oder politischen Aktionen, bei denen nicht auszuschließen ist, dass Sachen oder Personen dabei Schaden nehmen könnten.

Ost-West-Unterschiede (tabellarisch nicht ausgewiesen) gibt es dahingehend, dass beispielsweise die Mitarbeit in einer Partei oder die Übernahme eines politischen Amtes von den jungen Menschen in den neuen Bundesländern um etwa fünf Prozentpunkte seltener erwogen wird als von denen in den alten und dass auch bei unverbindlicheren Formen (Briefen/Mails an Politiker) gegenüber einem Drittel in den alten Bundesländern nur ein Viertel in den neuen dazu bereit ist. Schwächer ist der Ost-West-Unterschied in Bezug auf das Schreiben von (Leser-)Briefen zu politischen oder gesellschaftlichen Themen an eine Zeitung, den Rundfunk oder das Fernsehen (erwogen im Westen von 32% der Befragten, im Osten von 25%) und ähnlich bezüglich der Vorstellung, eine Partei/Bürgerinitiative/politische Gruppierung mit Geldspenden zu unterstützen (erwogen von 25% in den alten und 19% in den neuen Bundesländern).

Parteiarbeit und politische Ämter sind in Ost und West eher „Männersache“. Die Anteilswerte junger Frauen liegen hier rund zehn Prozentpunkte niedriger. Bei anderen konventionellen Formen politischer Artikulation – wie Geld für politische Zwecke zu spenden oder sich mit Briefen an Politiker oder die Medien zu richten – spielen dagegen Geschlechtsunterschiede keine Rolle.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind auch bei den unkonventionellen Partizipationsformen gering. Selten werden Aktivitäten, mit denen die Grenzen der Legalität überschritten werden könnten, in Betracht gezogen, dann aber eher von männlichen als von weiblichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Aktivitäten

Die verschiedenen punktuellen, themenbezogenen Formen politischer Artikulation werden durchaus auch häufig genutzt (vgl. Tabelle 4). Bundesweit haben sich knapp zwei Drittel an Unterschriftensammlungen beteiligt, etwa ein Drittel hat an einer genehmigten

Demonstration, etwa ein Viertel an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung teilgenommen. Deutlich ist dabei aber die Diskrepanz zwischen Handlungsbereitschaft und tatsächlichem Verhalten: Während beispielsweise etwa 40 % der Befragten sich einem gewerkschaftlich organisierten Streik anschließen und gut ein Drittel in einer Bürgerinitiative mitmachen würden, haben sich nur 5 % an solchen Aktivitäten beteiligt. Weniger als ein Zehntel der 16- bis 29-Jährigen hat sich schon einmal durch Briefe an Zeitungen oder Politiker oder durch Spenden in den politischen Prozess eingeschaltet oder sich an Boykottaktionen oder nicht genehmigten Demonstrationen beteiligt.

Insgesamt gesehen zeigt sich bezogen auf die 16- bis 29-Jährigen ein breites Verhaltensrepertoire punktueller politischer Partizipation. Dabei steht die Beteiligung an Wahlen mit Abstand an erster Stelle. Von nahezu allen wird das Wählen als die wichtigste Form demokratischer Beteiligung erachtet. Die Mehrheit sieht außerdem für sich im öffentlichen Raum selbstverständliche Möglichkeiten der politischen Meinungsbekundung, beispielsweise bei Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen. Immerhin noch ein Drittel würde auch, um politisch Einfluss zu nehmen, weitere Formen nutzen, wie Briefe oder Mails direkt an politisch Verantwortliche oder an Zeitungen, Hörfunk oder das Fernsehen schreiben. Dagegen können sich nur wenige eine aktive Mitarbeit in einer Partei oder die Übernahme eines politischen Amtes vorstellen. Beachtenswerte Ost-West-Unterschiede gibt es nur bei den Formen, die Politik im engeren Sinne betreffen. Parteiarbeit und politische Ämter werden in Ost und West eher von Männern ausgeführt beziehungsweise besetzt. Bei anderen gängigen Formen politischer Artikulation spielen dagegen Geschlechtsunterschiede keine Rolle. Die seltenen politischen Aktivitäten, mit denen die Grenzen der Legalität überschritten werden könnten, werden eher von männlichen als von weiblichen Jugendlichen und

jungen Erwachsenen in Betracht gezogen, insgesamt jedoch deutlich weniger als legale Formen.

Entwicklungstendenzen

Das in den drei Wellen des DJI-Jugendsurvey erfasste Spektrum der politischen Partizipation (von Mitgliedschaft in Organisationen über Sympathie und Mitarbeit in informellen Gruppierungen bis zur Bereitschaft und Beteiligung an punktuellen politischen Aktionen) lässt sich für die deutschen 16- bis 29-Jährigen detailliert im Zeitvergleich seit Anfang der 90er Jahre analysieren. Wie steht es um die Entwicklung der politischen Partizipation der nachwachsenden Generation?

Spätestens seit der von Putnam mit der durch die These eines Rückgangs von Beteiligung und Vereinsmitgliedschaft (vgl. Putnam 2000) angestoßenen Diskussion um gesellschaftstheoretisch bedeutsame Grundsatzfragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts rückten die Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Analysen. Gerade differenzierte Untersuchungen im Zeitverlauf werden als wichtig erachtet, weil davon ausgegangen wird, „dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen“ (Weßels 2004: 639). In Deutschland spielt die Frage des zivilgesellschaftlichen oder auch breiter verstandenen freiwilligen Engagements eine hervorgehobene Rolle. Mit dem Bericht der Enquetekommission (vgl. Enquetekommission 2002) und den zwei Freiwilligensurveys von 1999 und 2004 wurden dann Analysen, Empfehlungen und auch Daten zu Trendentwicklungen vorgelegt mit dem Resümee, dass solche Beteiligung auf hohem Niveau und ohne Einbußen im Zeitverlauf stattfindet, aber seitens staatlicher Instanzen und freiwilliger Organisationen auch auf Förderung angewiesen ist.

Tabelle 5

Soziale und politische Beteiligung 1992, 1997 und 2003 (in %)
– 16- bis 29-Jährige – nur deutscher Nationalität

	1992	1997	2003
Konventionelle Partizipation – Bereitschaft			
Beteiligung an Wahlen	93	92	94
Schreiben von Briefen an Politiker	28	31	31
Spenden für politische Zwecke	31	28	24
(Leser-)Briefe zu polit. Themen an Medien	35	39	31
Unkonventionelle Partizipation – Bereitschaft			
Beteiligung an Unterschriftensammlung	79	79	81
Teilnahme an genehmigter Demonstration	65	62	61
Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik	56	49	42
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	29	27	21
Traditionelle Vereine und Verbände			
Aktiv in mindestens einer Organisation	51	44	51
Mitglied in mindestens einer Organisation	58	49	57
Informelle Gruppierungen*			
Aktiv in mindestens einer Gruppierung	21	19	19

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

* Zur Liste vgl. Tabelle 3, ohne Nachbarschafts-/Stadtteilinitiativen, Globalisierungskritiker und Tierschutzinitiativen (1992 nicht erfragt).

28

Aus dem DJI-Jugendsurvey sind zur jungen Generation folgende Ergebnisse zu konstatieren (vgl. Tabelle 5).

Mitgliedschaft in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden

Die Entwicklung der Mitgliedschaftsquoten der deutschen 16- bis 29-Jährigen für 1992, 1997 und 2003 zeigt, dass zu allen drei Zeitpunkten außer bei den Sportvereinen maximal 10% Mitglied sind. Bei den

Sportvereinen ist nach dem Rückgang von 1992 auf 1997 nunmehr wieder eine gewisse Steigerung zu verzeichnen. Der Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften zwischen 1992 und 1997 hat sich nicht mehr fortgesetzt. Ansonsten ist eine weitgehende Stabilität kennzeichnend.

Einen Gesamteindruck zur Mitgliedschaftsentwicklung vermittelt der Anteil derjenigen, die in mindestens einer der angegebenen Organisationen Mit-

glied sind: Nach dem Rückgang insgesamt von 58 % auf 49 % kam es wieder zu einem Anstieg auf 57 %. In den alten Bundesländern (1992: 59 %, 1997: 52 %) sind nunmehr 61 % zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern kam es zu einer Reduktion von 50 % auf 39 % und nunmehr zu einer gewissen Steigerung auf 43 %. Nach einem Mitgliederschwund sind also wieder Zunahmetendenzen erkennbar.

Mit dem jeweils auf unterschiedlicher Basis stattgefundenen und in unterschiedlichem Ausmaß realisierten Anstieg zwischen 1997 und 2003 (um zehn Prozentpunkte in den alten und um vier in den neuen Bundesländern) liegt die Mitgliedschaftsquote im Osten weiterhin um rund 20 % niedriger als im Westen. Die Aktivitätsquote liegt nicht viel niedriger und hat mit insgesamt 51 % im Jahre 2003 wieder das Ausgangsniveau von 1992 erreicht, sodass der zwischenzeitliche Rückgang im Jahre 1997 wieder voll kompensiert werden konnte. Befürchtungen einer Abwendung gerade der jungen Generation von den Aktivitätsangeboten der Vereine und Verbände finden sich also insgesamt gesehen nicht bestätigt. Von einem Rückgang sind allerdings die politischen Parteien, die sowieso schon über nur wenige Mitglieder verfügen, sowie die Gewerkschaften betroffen.

Informelle Gruppierungen

Umweltschutzgruppen und Friedensinitiativen liegen mit jeweils 8 % Aktiven zwar nach wie vor auf den ersten Rangplätzen, können aber inzwischen weniger junge Menschen mobilisieren als noch 1992. Der kontinuierliche Rückgang bei den Umweltschutzgruppen hängt möglicherweise mit der Tatsache zusammen, dass das Umweltthema zunehmend auch auf der staatlichen Agenda steht und somit alternative Gruppierungen, die diese Problematik angehen, weniger Zuspruch finden. Im Wiederanstieg der Friedensinitiativen seit 1997 wird wohl die mit der Debatte um den Irakkrieg verbundene öffentliche Mobilisierung

zum Ausdruck kommen. Relativ stabil liegen die Dritte-Welt-Initiativen bei 6 % und die Menschenrechtsgruppen bei 4 %. Dagegen scheinen Kernkraftgegner inzwischen weniger aktivierende Bedeutung zu haben; sie sind von 5 % im Jahre 1992 auf 2 % Aktive zurückgegangen. Schon in den ersten beiden Wellen des Jugendsurvey 1992 und 1997 zeigten die jungen Ostdeutschen nahezu die gleichen Einstellungs- und Handlungsmuster bezüglich der angesprochenen Gruppierungen wie ihre westdeutschen Altersgenossen und daran hat sich auch 2003 wenig geändert. Insgesamt gesehen kann man bei 21 % (1992), 19 % (1997) und ebenfalls 19 % 2003 von stabiler Aktivität bei den erfassten informellen Gruppierungen sprechen.

Beteiligung an punktuellen politischen Aktivitäten

Die Bereitschaft zu politischer Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener an den verschiedenen punktuellen themenbezogenen Möglichkeiten politischer Artikulation liegt bundesweit im Zeitvergleich relativ stabil bei über 90 % bezüglich Wahlen und bei rund einem Drittel bezüglich des Schreibens von Briefen an Zeitungen oder Politiker. Zurückgegangen ist allerdings die Bereitschaft, für politische Zwecke Geld zu spenden. Zu allen drei Erhebungszeitpunkten liegt im unkonventionellen Bereich die Bereitschaft zu Unterschriftensammlungen bei etwa 80 % und etwa bei zwei Drittel bezüglich genehmigter Demonstrationen. Um 14 Prozentpunkte im Vergleich zu 1992 ist die Bereitschaft zur Beteiligung an einem gewerkschaftlichen Streik gesunken und liegt nun bei 42 %, aber damit immerhin fünfmal so hoch wie die Gewerkschaftsmitgliedschaft (8 %). Zurückgegangen ist ebenfalls die Bereitschaft zur Beteiligung an nicht genehmigten Demonstrationen und zwar von 29 % auf 27 % zu nunmehr 21 %.

Insgesamt zeigt sich die Tendenz, dass die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen differenziert und nicht eindeutig ist. Die Mitgliedschaft und die aktive Betätigung in traditionellen gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden nehmen teilweise ab (Gewerkschaften, Parteien), sind teilweise jedoch auch leicht steigend (Sport), zumeist aber relativ stabil. Nach wie vor wird etwa jeder zweite junge Mensch durch solche Organisationen erreicht und betätigt sich innerhalb ihrer Strukturen. Aktivität in informellen Gruppierungen liegt demgegenüber niedriger, hat aber ein konstantes Niveau und zeugt von hoher Sympathie für solche Initiativen und von Engagementbereitschaft für die von ihnen thematisierten gesellschaftlichen Herausforderungen und unkonventionellen, flexiblen und selbstbestimmten Beteiligungsformen. Stabilität im Vergleich von 1992, 1997 und 2003 gibt es zumeist auch für die zeitlich begrenzten konventionellen politischen Handlungsformen, bei den unkonventionellen ist teilweise ein Rückgang zu beobachten. Von einer grundsätzlichen Beteiligungsverweigerung junger Menschen kann jedoch keine Rede sein. Politik im engeren Sinne wird aber nach wie vor nicht als zentrales Betätigungsfeld gesehen.

Bilanz und Perspektiven

Die Mitgliedschaft und Mitarbeit in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden bieten für Jugendliche und junge Erwachsene Möglichkeiten der Interessenrealisierung, der Kommunikation, der Identitätsentwicklung und der Vernetzung. Als soziale Partizipation haben sie aber nicht nur auf der individuellen Ebene einen hohen Stellenwert, sondern auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene als Elemente der Systemintegration, und sie gelten deshalb auch als wichtige Voraussetzung für das Funktionieren moderner Gesellschaften (vgl. van Deth 2001). Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Mit-

glieder in den unterschiedlichen Vereinen, Verbänden oder Organisationen sind, liegt bei den Sportvereinen mit gut einem Drittel am höchsten; es sind weniger als ein Zehntel bei den Heimat- und Bürgervereinen, bei den Gewerkschaften, bei den geselligen, kulturellen und den kirchlichen Vereinen sowie bei den Jugend- und Studentenverbänden. Auch wenn die einzelnen Vereine zumeist nur kleine Anteile der jungen Bevölkerung ansprechen, erreichen sie doch insgesamt gesehen gut die Hälfte der jungen Menschen als Mitglieder, von denen sich auch fast alle im verbandlichen Rahmen aktiv betätigen.

Es zeigt sich allerdings eine problematische Verkopplung von Bildungskapital und sozialem Kapital: Je höher das Bildungsniveau ist, desto stärker ist die Involvierung in Vereine, Verbände und Organisationen und damit in Gelegenheitsstrukturen, die gesellschaftliche Betätigung, Beteiligung an demokratischen Strukturen und sozialen Netzen sowie Interaktion, Kommunikation und soziales Lernen ermöglichen. Außerdem sind Jungen und junge Männer in solche Partizipationskontexte stärker einbezogen. Die gegebenen Strukturen und Verfahrensweisen unterstützen wohl immer noch Prozesse der Geschlechtersegregation. Ferner verbinden sich höhere Bildung und Teilnahme am Erwerbsleben mit stärkerer Integration in die sozialen Netze der Vereine und Verbände. Der Ost-West-Vergleich verdeutlicht die schwächere Etabliertheit dieser Organisationen in den neuen Bundesländern: Diese Gelegenheitsstrukturen sozialer Teilhabe sind hier weniger präsent und werden in geringerem Umfang genutzt als in den alten Bundesländern.

Die Beteiligung bei den jeweils einzelnen der politisch orientierten informellen Gruppierungen liegt auch bei den am meisten positiv bewerteten, also denen mit ökologischen und pazifistischen oder humanitären Zielsetzungen, bei maximal knapp einem Zehntel. In mindestens einer der erfassten Gruppen ist aber

immerhin fast ein Viertel aktiv. Diese Aktiven unterscheiden sich unter Genderaspekten von den Vereinsaktiven: Mädchen und junge Frauen sind hier zumindest ebenso stark engagiert. Die jungen Ostdeutschen haben nahezu die gleichen Einstellungs- und Aktivitätsmuster bezüglich dieser Gruppierungen wie die gleichaltrigen Westdeutschen. Die Vielfalt der Themen und der möglichen Beteiligungsformen bringt es außerdem mit sich, dass je nach Alter, Lebensphase und Lebenslage spezifische Partizipationsgelegenheiten gegeben sind, sodass sich kaum Alterseffekte zeigen und der Bildungs-/Erwerbsstatus allenfalls bei den Arbeitslosen eine gewisse Rolle spielt.

Breit ist das Verhaltensrepertoire punktueller politischer Artikulation. Dabei steht die Beteiligung an Wahlen mit Abstand an erster Stelle. Von nahezu allen jungen Menschen wird das Wählen als die wichtigste und selbstverständlichste Form demokratischer Beteiligung angesehen. Die Mehrheit sieht außerdem für sich im öffentlichen Raum, sei es zum Beispiel durch Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen, weitere Möglichkeiten der politischen Meinungsbekundung. Immerhin noch ein Drittel würde auch, um politisch Einfluss zu nehmen, Briefe oder Mails direkt an politische Verantwortliche oder an Zeitungen, Hörfunk oder das Fernsehen schreiben. Dagegen können sich eine aktive Mitarbeit in einer Partei oder die Übernahme eines politischen Amtes nur wenige junge Menschen vorstellen. Parteiarbeit und politische Ämter sind in Ost und West eher „Männersache“. Bei anderen gängigen Formen politischer Artikulation spielen dagegen Geschlechtsunterschiede keine Rolle. Lediglich politische Aktivitäten, mit denen die Grenzen der Legalität überschritten werden könnten, werden eher von männlichen als von weiblichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Betracht gezogen. Diese Beteiligungsformen werden jedoch, wie auch in der Bevölkerung insgesamt, nur von einer kleinen Minderheit praktiziert.

Bündelt man die unterschiedlichen Formen sozialer und politischer Beteiligung, so ergibt sich ein Bild von konsistentem Beteiligungsverhalten: Aktivität in politisch orientierten informellen Gruppierungen geht mit stärkerem Engagement in öffentlichkeitswirksamen Aktionen einher, fehlende Aktivität hingegen mit geringerem. Aber auch diejenigen, die weder in formellen noch in informellen Partizipationsstrukturen aktiv sind, enthalten sich nicht gänzlich anderer, weniger zeitaufwändigerer Formen der politischen Beteiligung.

Hinsichtlich der Entwicklungstrends zeigt sich, dass Mitgliedschaft und aktive Betätigung in traditionellen gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden mit Ausnahmen (Gewerkschaften, Parteien) tendenziell stabil sind. Nach wie vor wird etwa jeder zweite junge Mensch durch solche Organisationen erreicht. Allerdings liegt weiterhin die Mitgliedschaftsquote im Osten deutlich niedriger als im Westen. Befürchtungen einer generellen Abwendung der jungen Generation von den Vereinen und Verbänden finden keine empirische Bestätigung. In politisch orientierten informellen Gruppierungen beteiligen sich demgegenüber weniger junge Menschen, allerdings auf konstantem Niveau und in Ost und West gleichermaßen. Stabil hoch ist die Sympathie für solche Initiativen und ihre flexiblen und selbstbestimmten Beteiligungsformen. Bei der konventionellen politischen Beteiligung, die nicht zu zeitintensiv ist, gibt es im Zeitverlauf keinen Rückgang, bei den unkonventionellen dagegen zumindest teilweise. Eine generell zunehmende Beteiligungsverweigerung junger Menschen zeichnet sich also nicht ab. Festzuhalten bleibt aber, dass Politik im engeren Sinne nach wie vor nicht als zentrales Betätigungsfeld gesehen wird.

So erweist sich Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen als vielfältig und ist nicht in einer einfachen Formel zusammenzufassen. Dem partiellen

Rückgang bei konventionellen Formen stehen relativ konstante Aktivitätsniveaus bei freieren Formen des Engagements gegenüber, die als Erweiterung des partizipatorischen Handlungsrepertoires mittlerweile akzeptiert sind. Allerdings kann man kaum von einer Substitution konventioneller durch unkonventionelle Beteiligungsformen sprechen. Eher verweisen die Ergebnisse darauf, dass sich im Rahmen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse vielfältige Partizipationsformen entwickeln und sich manche etwas abschwächen; insgesamt ist aber keine Abnahme im Umfang der Beteiligung zu registrieren. Mit Blick auf weitere Studien wie EUYOUNPART zeigt sich außerdem, dass beispielsweise mobilisierbare Konsumentenmacht und Verfügbarkeit neuer Kommunikationsmedien auf eine Erweiterung des politischen Verhaltensrepertoires hinweisen (vgl. de Rijke/Gaiser/Wächter 2008)

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Barnes, Samuel H./Kaase, Max et al. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills.
- Brand, Karl-Werner (1992): *Neue soziale Bewegungen*, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt am Main, 508-517.
- Braun, Sebastian (2003): *Die Hoffnung auf das „soziale Kapital“ in einer modernen Bürgergesellschaft* in: *Infobrief Stadt 2030*, 30-37.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2005): *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin.
- Deth, Jan W. van (2001): *Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge*, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, 195-219.
- Enquetekommission (2002): *„Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“* Deutscher Bundestag, Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen.
- Erlinghagen, Marcel (2000): *Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52. Jg., 291-310.
- EUYOUNPART (2004): *Report on the Meta-Analysis*, Wien. URL <http://www.sora.at/wahlen/EUYOUNPART>
- Gabriel, Oscar W./Trüdinger, Eva-Maria/Völkl, Kerstin (2004): *Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfsleistungen*, in: *Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland: Analysen zur Zeitverwendung*, Wiesbaden, 337-356.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine/Picot, Sibylle (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement*, Wiesbaden.
- Isengard, Bettina (2005): *Unterschiede im Freizeitverhalten. Ausdruck sozialer Ungleichheitsstrukturen oder Ergebnis individualisierter Lebensführung?*, DIW Discussion Papers 466, Berlin.
- Kaase, Max (2002): *Politische Beteiligung*, in: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, 349-363.
- Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.) (1999): *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen.
- Koch Achim/Wasmer Martina/Schmidt Peter (Hrsg.) (2001): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen.
- Pickel, Gert (2002): *Jugend und Politikverdrossenheit*, Opladen.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- de Rijke, Johann/Gaiser, Wolfgang/Wächter, Franziska (2008): *Aspekte der Stabilität politischer Orientierung*

- gen und politischer Partizipation, in: Gille, Martina (Hrsg.): *Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey*, Wiesbaden, 269-299.
- Rosenblatt, Bernhard von (1999): *Zur Messung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland – Konfusion oder Konsensbildung?*, in: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert /Priller, Eckhard (Hrsg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts*, Berlin, 399-410.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2002): *Neue Soziale Bewegungen*, in: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, 296-303.
- Santen, Eric van (2005): *Ehrenamt und Mitgliedschaften bei Kindern und Jugendlichen. Eine Übersicht repräsentativer empirischer Studien*, in: Rauschenbach, Thomas Schilling, Matthias (Hrsg.): *Kinder- und Jugendhilfereport 2. Analysen, Befunde und Perspektiven*, Weinheim/München, 175-202.
- Schneider, Helmut (1995): *Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel*, in: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): *Jugend und Demokratie in Deutschland*, Opladen, 275-335.
- Sebald, Martin/Straßner, Alexander (2004): *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*, Opladen.
- Weßels, Bernhard (2004): *Politische Integration und politisches Engagement*, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, 639-648.
- Westle, Bettina (1994): *Politische Partizipation*, in: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politik-inhalte*, Opladen, 137-173.

1.2

Demokratielernen durch Partizipation in Schule, Vereinen und sozialen Netzen¹



Johann de Rijke, Winfried Krüger, Wolfgang Gaiser

34

Die Erziehung der nachwachsenden Generation zu mündigen Bürgern ist unstrittig zentraler Bildungsauftrag der Schule. Neuerlich hat die Kultusministerkonferenz wieder explizit Demokratieerziehung als Aufgabe aller Fächer hervorgehoben.² Gleichzeitig wird immer auch die Bedeutung außerschulischer Lernkontexte und zivilgesellschaftlicher Strukturen hervorgehoben.

So vertritt Robert Putnam die pointierte These, dass „Good government ... a by-product of singing groups and soccer clubs“ (Putnam 1993: 176) sei. Allgemeiner ausgedrückt meint Putnam im Anschluss an seine Analysen der staatsbürgerlichen Traditionen im modernen Italien, dass nicht der ökonomische Entwicklungsstand, sondern soziales Kapital die wichtigste Voraussetzung sei für das Funktionieren demokratischer Systeme – und das generell und nicht nur in Italien. Soziales Kapital in diesem Sinne ist das aktive Engagement von Bürgern in Vereinen und Verbänden, denn ziviles Engagement befördere die individuelle Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln und überhaupt das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten. Es sind Sozialisationsgewinne dieser Art, die bereits Alexis de Tocqueville dazu veranlassten, freiwillige

Vereinigungen „Schulen der Demokratie“ zu nennen (vgl. Zmerli 2008: 47, van Deth 2004). Wegen dieser Funktion, „Schulen der Demokratie“ sein zu können, wird dem Lernen in weniger formalisierten Kontexten der außerschulischen Jugendbildung breite Aufmerksamkeit geschenkt. Allemaal programmatisch liegt das nahe. Denn beispielsweise werden in einem Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR 2002: 2), die Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie bezeichnet. In die gleiche Richtung argumentiert das zuständige Bundesjugendministerium in seinen Richtlinien für den Kinder- und Jugendplan (vgl. BMFSFJ 2001: 19), wenn dort für die Jugendarbeit von Verbänden Partizipation und Demokratie als „Aufgaben von besonderer Bedeutung“ genannt werden.

In der öffentlichen Debatte ist somit unumstritten, dass ein Blick auf Bildung, der sich nur auf die klassischen Institutionen der Schule, der Ausbildung und Hochschule richtet, zu kurz greift. Es geht gerade auch um demokratische Lernchancen außerhalb des formalen Bildungssystems, in Gelegenheitsstrukturen für Partizipation und für freiwilliges Engagement.

Positive Zusammenhänge zwischen prosozialem Engagement und politischer Beteiligung wurden beispielsweise in der empirischen Studie „Kompetenzgewinn im freiwilligen Engagement“ aufgezeigt. Ausgeführt wird dort, dass sich ehemals Engagierte stärker für Politik und Gesellschaft interessieren und

¹ Die hier dargestellten Überlegungen und Analysen sind bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden. Vgl. Gaiser, Wolfgang/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann: Demokratielernen durch Bildung und Partizipation, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (45/2009), 2. November 2009, 39-46.

² Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Beschluss vom 06.03.2009, S.3.

sich dementsprechend auch stärker einbringen als früher Nicht-Engagierte. So bekunden 52 % der früher engagierten Erwachsenen ein starkes politisches Interesse, aber nur 37 % der Vergleichsgruppe. Nach unterschiedlichen Formen konkreter gesellschaftlicher und politischer Beteiligung gefragt, zeigt sich auch hier in allen Punkten eine verstärkte Tendenz der ehemals Engagierten zur politischen Teilhabe.³

Für das freiwillige Engagement selbst, die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden wird allerdings immer wieder auch die Bedeutung der formalen Bildung als Voraussetzung oder zumindest doch ihre begünstigende Funktion für den Einstieg in diesen Bereich hervorgehoben. Der Bericht „Bildung in Deutschland“⁴ weist beispielsweise auf das Problem hin, dass Hauptschüler nur halb so oft im freiwilligen Engagement zu finden sind wie Gymnasiasten. Die Frage ist: Wo muss, unter dem Aspekt möglichst großer Wirkung, der Hebel angesetzt werden, um die „Gewinne“ des freiwilligen Engagements und der formalen Bildung für die Praxis der demokratischen Gesellschaft zu sichern beziehungsweise auch zu vergrößern?

Generell geht es also um die Frage nach den gesellschaftlichen Ansprüchen und den angemessenen Erwartungen, die in die verschiedenen Bildungsorte gesetzt werden dürfen, was deren Beitrag für die Entwicklung eines demokratischen, staatsbürgerlichen Bewusstseins angeht. Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit die Annahme berechtigt ist, dass es gerade in nicht-formalen außerschulischen Lern- und Aktivitätskontexten besondere Formen und Chancen sozialer und politischer Partizipation gibt, die ein demokratisches Miteinander und aktive Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglichen und Demo-

kratiellernen fördern. Oder ob nicht doch die formale Bildung, wie dies auch in anderen politischen Zusammenhängen zu beobachten ist, wichtiger ist und damit wiederum das formale Bildungssystem in dieser Gesellschaft zu der Größe wird, die über die Entwicklung demokratischer Fähigkeiten und Tugenden bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen entscheidet.

Ein Hinweis auf die Aktualität der Frage nach dem Zusammenhang von „Demokratiellernen“ und schulischer Bildung mag auch sein, dass für den nächsten Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 2010 als Thema „Bildung in der Demokratie“ gewählt wurde. Die Bedeutung von Bildung für eine demokratische Gesellschaft und der damit zusammenhängenden Gestaltungsfragen werden hier unter anderem mit den Infragestellungen und Defiziten sozialer, kultureller und politischer Partizipation begründet und es wird problematisiert, dass pädagogische Institutionen für ein vermeintliches oder tatsächliches Nachlassen im Engagement für die Demokratie verantwortlich gemacht werden.

Wie können nun aber demokratisches, staatsbürgerhaftliches Bewusstsein und die diesem unterliegenden Orientierungen konzeptualisiert und operationalisiert werden?

Wie ist Bildung zu erfassen und welche Partizipationsformen in Vereinen, informellen Gruppierungen und sozialen Netzen spielen als Orte des Demokratiellernens eine Rolle? Dies soll im Folgenden zunächst systematisch in den Blick genommen und dann empirisch analysiert werden.

Demokratieorientierungen

Als Ausgangspunkt wird – als erster Aspekt – das einschlägige politikwissenschaftliche Konzept der politischen Kultur gewählt. Vereinfacht formuliert ist damit die Gesamtheit von Einstellungen zum politischen

3 Vgl. zum Beispiel Gensicke et al. (2008: 216), Düx et al. (2008); zusammenfassend: Tully/Krug (2010) sowie Prein/Sass/Züchner (2009).

4 Konsortium Bildungsberichterstattung (2006: 65).

System und seinen Teilen sowie zur Rolle des aktiven Bürgers in diesem System gemeint (vgl. Fuchs 2007, nach Almond/Verba 1963). Dabei lässt sich – als Ergebnis der Forschungen über die Jahre hinweg – eine gewisse hierarchische Ordnung von politischen Einstellungsobjekten vom Allgemeinen zum Besonderen feststellen; je nachdem, ob Einstellungen eher diffus oder mehr spezifisch sind.⁵ Und dieser Hierarchie entspricht auch in modernen Demokratien die Beobachtung einer von oben nach unten abnehmenden Zustimmung. Unterschieden werden dabei Einstellungen zu grundlegenden Werten der Demokratie, zur Demokratie als politischem Basisordnungsmodell der Gesellschaft, zum konkreten Funktionieren der Demokratie in der Praxis, dem Vertrauen in politische Institutionen, wobei man ein stärkeres Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen im Unterschied zu Institutionen des politischen Prozesses und des Parteiensystems feststellen kann. Und schließlich werden Einstellungen zu den Inhabern politischer Positionen, zu den Akteuren des politischen Systems unterschieden. Für die folgenden Betrachtungen ist dabei die höchste Ebene von Relevanz, die zentralen Werte der Demokratie an sich und der damit verbundenen Freiheitsrechte. Eine quantitativ relevante Ablehnung erst auf dieser Werteebene kann als problematisch für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft angesehen werden. Deswegen ist für die Ausbildung und Festigung eines demokratischen Bewusstseins die Beeinflussung solcher Faktoren von hoher Bedeutung, die ein solches Bewusstsein unterstützen können. Dies kann etwa durch gesellschaftliche, institutionelle oder informelle, politische Bildung geschehen.

Der erweiterte Blickwinkel der politischen Kulturforschung – als zweiter Aspekt – stammt aus dem Kontext der Forschung zum Sozialen Kapital. Er geht über die Betrachtung von Wertorientierungen bezogen auf

die Demokratie als Herrschaftsordnung hinaus, indem er Werte mit einbezieht, die sich auf das Verhältnis der Bürger untereinander richtet. Hierbei stehen vor allem Werte im Zentrum, die mit der Akzeptanz der Norm der Reziprozität und der Norm des menschlichen Vertrauens einhergehen. Von solchen Werten wie auch den damit zusammenhängenden freiwilligen Bindungen in Netzwerken und Assoziationen, so die These, wird gleichfalls die Qualität von Demokratie beeinflusst (vgl. Putnam 2000, Fuchs 2007, Zmerli 2008). In dieser Sichtweise wird somit der Aspekt des sozialen Vertrauens als relevantes Merkmal für demokratisch orientiertes Bewusstsein hervorgehoben. Wichtig ist insbesondere, dass es sich dabei um ein generelles Vertrauen in Mitmenschen handelt jenseits der unmittelbaren, vertrauten Verwandtschafts- und Freundesumgebung. Nur in dieser Allgemeinheit kann dieses Vertrauen gemeinschafts- und demokratieunterstützend wirken.

Ein dritter Aspekt schließlich richtet sich auf die kognitive Seite des Verständnisses politischer Vorgänge. Politische Kompetenz als subjektive Überzeugung, politische Tatbestände verstehen zu können und aufgrund eigener Fähigkeiten politisch Einfluss nehmen zu können, gilt als ein Element im Verhältnis des Bürgers zur Politik, das in Demokratien besonders zählt (vgl. Vetter 2006). Politische Kompetenz ist vor allem auch für Bildungsprozesse in Sozialisationsinstanzen, formalen wie informellen, zugänglich und ist somit für politische Bildungsanstrengungen von Bedeutung. Sie ist somit in einer Interpretation verankerbar, in der

„politische Bildung mit dem Konzept des mündigen Bürgers [verortet werden kann], in dem die Entwicklung verschiedener Kompetenzen im politischen Bereich mit der Akzeptanz der im jeweiligen politischen System geltenden Werte und Normen verbunden wird“ (Buhl 2007: 232).

5 Siehe zusammenfassend dazu Arzheimer (2002).

Soweit man davon ausgehen kann, dass sich politische Kompetenz und Orientierungen im Aufwachsen und im frühen Erwachsenenalter nach und nach herausbilden, wenn also Einstellungen und Orientierungen gefestigt und politische Entscheidungen und Verantwortung umfassender möglich werden, so ist dieser Aspekt demokratiebezogener Eigenschaften gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von großem Interesse. Daher soll auch dieser dritte Aspekt in die folgenden empirischen Betrachtungen aufgenommen werden.

Die Grundfrage dieses Beitrags lautet: Wie ist das Verhältnis von Bildung und Aktivität in Vereinen und weiter gefassten sozialen Netzwerken zu demokratischen staatsbürgerlichen Orientierungen? Letztere werden durch die drei skizzierten Aspekte aufgenommen. Für die empirischen Betrachtungen wird Bildung durch den jeweils höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss, das heißt Hauptschule, Mittlere Reife oder Abitur, vertreten. Aktivität in Vereinen, entsprechend der These von Vereinen als den „Schulen der Demokratie“, wird erweitert durch Aktivitäten in Gruppierungen, die zwar organisiert sind, nicht aber die Strukturen von Vereinen oder Verbänden vorweisen können. Historisch sind diese aus Gruppierungen der Neuen Sozialen Bewegung hervorgegangen. Und ergänzend noch sollen solche sozialen Netzwerke in Peer-Groups berücksichtigt werden, die neben ihrer in erster Linie sozialen Integrationsperspektive auch politische Ansätze enthalten und damit zur Ausbildung oder Erweiterung demokratischer Orientierungen beitragen können.

Über diese im Vordergrund stehenden Merkmale hinaus werden jedoch noch weitere einbezogen, die als wichtig für die Erklärung politischer Orientierungen gelten. Dies sind generelle Einschätzungen der gesellschaftlichen Lebenslage der Individuen, Zufriedenheiten mit Aspekten der eigenen Lebenssituation, ge-

nerelle Wertorientierungen und Einschätzungen der gesellschaftlichen Verortung sowie die Beurteilung der eigenen Zukunftsaussichten. Solche Orientierungen sind nun weniger in Bildungsinstitutionen beeinflussbar, werden jedoch die Bewertung politischer Gegenstände im Kontext der politischen Kultur, insbesondere auf den Ebenen politischer Institutionen und politischer Entscheidungsträger mitbestimmen. Insofern ist es durchaus von Interesse, ob sie auch auf den allgemeineren Ebenen, die die drei beschriebenen Aspekte repräsentieren, von Relevanz sind (vgl. de Rijke et al. 2006).

Die empirischen Befunde

Die Grundverteilung zu den drei Aspekten demokratischer Tugenden wird aus Tabelle 1 ersichtlich.⁶ Deutlich wird in ihr die starke Zustimmung zu den grundlegenden Werten der Demokratie vonseiten der bundesrepublikanischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Folgenden werden die Zustimmung zur Idee der Demokratie, das soziale Vertrauen und die politische Kompetenz im Zusammenhang der Merkmale betrachtet, die hier interessieren.

Als wichtiger Einflussfaktor erweist sich das Bildungsniveau, gemessen, wie erwähnt, am jeweils höchsten

6 In diesem Beitrag geht es weniger um ein aktuelles Niveau dieser demokratischen Orientierungsaspekte, sondern eher um strukturelle Faktoren, die auf eine Beeinflussung und Stärkung dieser Orientierungen zielen können. Dabei muss auch beachtet werden, dass eine strenge Kausalthese nicht geprüft werden kann: Die tatsächliche Wirksamkeit einer Aktivität in Vereinen auf solche Orientierungen müsste längsschnittlich angelegt sein und etwa eine Verstärkung demokratischer Haltungen vom Eintritt in den Verein bis zu einem Zeitpunkt danach messen können. Hier geht es somit eher um Assoziationen, Zusammenhänge, die konkret in wechselwirkenden Prozessen stattfinden können und vermutlich auch werden. Datengrundlage ist der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI), München, aus dem Jahre 2003, mit rund 7.000 befragten 16- bis 29-Jährigen eines der großen replikativen Forschungsprojekte, das im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI durchgeführt wird (Projekthomepage: <http://www.dji.de/jugendsurvey>). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung seit Ende der 1980er Jahre im Rahmen der Finanzierung des DJI.

Tabelle 1

Aspekte demokratisch-staatsbürgerschaftlicher Orientierungen

		Prozent	Mittelwert
Idee der Demokratie	starke Zustimmung	81	1,82
Demokratieprinzipien			
Demonstrationsfreiheit	Zustimmung	75	5,11
Meinungsfreiheit	Zustimmung	84	5,35
Oppositionsrecht	Zustimmung	63	4,79
Soziales Vertrauen	hoch	35	2,38
Politische Kompetenz	hoch	23	2,90

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Idee der Demokratie:

„Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind“ Die Antwortvorgaben waren: „sehr für“, „ziemlich für“, „etwas für“, „etwas gegen“, „ziemlich gegen“ und „sehr gegen“. Für „starke Zustimmung“ werden hier „sehr für“ und „ziemlich für“ zusammengefasst.

Demokratieprinzipien:

„Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Inwieweit stimmen Sie diesen zu? (a) Jeder Bürger hat das Recht, für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen (Demonstrationsfreiheit). (b) Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist (Meinungsfreiheit). (c) Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar (Oppositionsrecht).“ Die Antwortskala ging von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 6 „stimme voll und ganz zu“; die Werte 5 und 6 werden hier als „Zustimmung“ dargestellt.

Soziales Vertrauen:

Mittelwert aus den Items: „Den meisten Menschen kann man vertrauen“, „Die meisten Menschen nutzen andere aus, wenn sie die Gelegenheit dazu haben“ (Skalenwerte umgedreht), „Die meisten Menschen versuchen, sich fair zu verhalten“ und „Die meisten Menschen denken an den eigenen Vorteil“ (Skalenwerte umgedreht). Skalenvorgaben von 1 „stimme überhaupt nicht zu“, 2 „stimme eher nicht zu“, 3 „stimme eher zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“. Als „hoch“ werden die Werte über 2,50 gewertet.

Politische Kompetenz:

„Auf dieser Liste stehen Aussagen über das Verhältnis von Bürgern und Bürgerinnen zur Politik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, inwieweit diese Ihrer Meinung nach zutrifft oder nicht“. (a) „Ich verstehe eine Menge von Politik.“ (b) „Manchmal finde ich die Politik viel zu kompliziert, als dass ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte“ (Skalenwerte umgedreht). Es wird ein Mittelwert aus den Antwortskalen 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“ gebildet; als „hoch“ werden Werte über 3,50 gewertet.

Tabelle 2

Zusammenhänge von Bildung und sozialen Vernetzungen mit demokratisch-staatsbürgerschaftlichen Orientierungen

		Idee Demokratie	soziales Vertrauen	politische Kompetenz
Bildung	ohne/Hauptschulabschluss	67	30	13
	Mittlere Reife	77	34	18
	(Fach-) Abitur	92	40	32
Vereinsaktivität	nicht aktiv	77	32	18
	aktiv	84	38	26
Aktiv in informellen Gruppierungen	nicht aktiv	79	34	20
	aktiv	86	40	31
Politisch aktive Freunde	keine	77	34	17
	einige	85	37	29
	viele	87	37	49
	insgesamt Prozent	81	35	23
	n	6699	6926	6944

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Bildung:

Der Indikator „Bildung“ stellt für junge Menschen, die das allgemein bildende Schulwesen bereits verlassen haben, den höchsten dort erreichten Schulabschluss dar; für Jugendliche, die noch eine allgemein bildende Schule besuchen, wird der angestrebte Schulabschluss ausgewiesen.

Vereinsaktivität:

„Sagen Sie mir bitte noch zu jeder Organisation, in der Sie gegenwärtig Mitglied sind, wie stark Sie an den Verbands- bzw. Vereinsaktivitäten teilnehmen.“ „Aktiv“: wenn auf die Frage eine der folgenden Antwortkategorien angegeben wurde: „ich übe ein Amt/eine Funktion aus“, „übe kein Amt/keine Funktion aus aber nehme regelmäßig teil“ oder „nehme gelegentlich teil“. Antwort: „bin aktiv in mindestens einem der folgenden Vorgaben von Vereinen oder Verbänden: Gewerkschaften, Berufsverbände, kirchliche/religiöse Vereine und Verbände, Wohlfahrtsverbände, Heimat- u. Bürgervereine, Jugend- und Studentenverbände, Sportvereine, sonstige gesellige Vereinigungen, Bürgerinitiativen, andere Vereine/Verbände.“

Aktiv in informellen Gruppierungen:

„In unserer Gesellschaft gibt es neben Organisationen mit fester Mitgliedschaft auch weniger fest organisierte Gruppierungen oder Bewegungen, die man gut finden und in denen man auch mitarbeiten kann. [...] Sagen Sie mir zu jeder Gruppierung, ob Sie diese gut finden, ob Sie dort mitmachen oder ob Sie diese ablehnen.“ „Aktiv“: „finde gut, arbeite mit“ oder „finde gut, besuche ab und zu Treffen“. Vorgabe von Gruppierungen: Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, Anti-AKW-Initiativen, Selbsthilfegruppen, Frauen-/Männergruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Menschenrechtsgruppen, Stadtteil-/Nachbarschafts-/ regionale Initiativen, Tierschutzinitiativen, Globalisierungskritiker (z.B. Attac).

Politisch aktive Freunde:

„Wie viele Personen aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis sind politisch aktiv?“

allgemeinbildenden Schulabschluss der Befragten. Es bewirkt einen starken Effekt bei der Idee der Demokratie wie der politischen Kompetenz, etwas geringer ist der Effekt beim sozialen Vertrauen. Das Bildungsniveau ist ja generell, wie sich immer wieder zeigt, ausschlaggebend für Unterschiede in den politischen Einstellungen.⁷ Es kann dabei für vielfältige Eigenschaften und Kompetenzen stehen: Insbesondere natürlich in Bezug zu Einstellungen, die ein gewisses Maß an kognitiver Komplexität oder kognitiv differenzierter Wahrnehmung voraussetzen, aber auch für soziale Kompetenzen oder für die Ausbildung differenzierter Wertestrukturen oder ähnliches. Im Kontext gesellschaftlicher und politischer Aktivität gilt Bildung als Quelle kommunikativer und organisatorischer Fähigkeiten, also sogenannter „civic skill“ (Kleinert 2009: 23).

Weiter wird aus Tabelle 2 erkennbar, dass demgegenüber die zentrale These von den Vereinen als „Schulen der Demokratie“ nur eine schwache Bestätigung erfährt. Zwar findet man in allen drei Aspekten demokratisch-staatsbürgerschaftlicher Orientierungen eine stärkere Ausprägung bei Personen, die in Vereinen aktiv sind, doch sind die Effekte deutlich geringer als man bei einer starken Unterstützung der These hätte erwarten können.⁸ Andere Aspekte sozialer Netzwerke hingegen, die insbesondere auf eher politisch orientierte Bindungen abheben wie Aktivität in informellen Gruppierungen der Neuen Sozialen Bewegungen oder das Vorhandensein politisch aktiver Freundschaften, weisen zumindest teilweise stärkere Effekte auf: so auf die Idee der Demokratie, geringer auf das soziale Vertrauen. Den stärksten Einfluss hat die politische Kompetenz, wobei hier die gegenseitige Stützung politischer Orientierungen naheliegend ist.

In einem weiteren Schritt werden nun die ökonomischen wie die gesellschaftlichen Bewertungen der Lebenslage betrachtet (vgl. Tabelle 3). Diese gelten generell als wichtige Einflussgrößen für politische Einstellungen, jedoch eher für solche, die sich entsprechend dem oben skizzierten Modell der politischen Kultur auf die Ebenen beziehen, denen leistungs- und politikprozessbezogene Objekte zugeordnet sind (vgl. Völkl 2006, Pickel 2002, Kunz 2004). Es zeigen sich dabei deutliche Effekte bei allen drei Aspekten grundlegender demokratischer Orientierungen. Unzufriedenheit mit Aspekten der Lebenslage, und zwar sowohl in ökonomischer Hinsicht wie auch hinsichtlich der sozialen Sicherheit und der Einschätzung, politisch Einfluss nehmen zu können, geht mit geringerer Unterstützung der Idee der Demokratie einher, ebenso wie mit geringerem sozialen Vertrauen, auch liegt bei den Unzufriedenen eine geringere politische Kompetenz vor.

Soziale Verunsicherung, als Indikator für die Einschätzung der eigenen Situation als unklar und mit gefährdeten Zukunftschancen, führt bei allen drei Aspekten zu starken Differenzierungen. Dabei sind eher wechselseitige Beziehungen zu vermuten, insbesondere bei politischer Kompetenz: So mag soziale Verunsicherung zu geringeren politisch orientierten Bemühungen führen, wie aber auch umgekehrt geringe politische Kompetenz zusammen mit gesellschaftlich geringerer Positionierung zu einer stärkeren sozialen Verunsicherung führen kann.

Die Wahrnehmung, im Vergleich zu anderen sozial ungerecht positioniert zu sein, nimmt dagegen

7 Vgl. ausführlich Gaiser et al. (2005).

8 Ähnliche Relativierungen findet man etwa, bezüglich des sozialen Vertrauens, bei Kunz (2004) oder auch in Hinweisen bei Zmerli (2005: 54).

Tabelle 3
Zusammenhänge von gesellschaftlichen Orientierungen
mit demokratisch-staatsbürgerschaftlichen Orientierungen

		Idee Demokratie	soziales Vertrauen	politische Kompetenz
Zufriedenheit mit Lebenslage	unzufrieden	69	21	15
	mittel	81	35	22
	zufrieden	88	47	31
Soziale Verunsicherung	hoch	66	21	12
	mittel	84	37	22
	niedrig	91	49	37
Gerechter Anteil	gerecht	86	40	26
	nicht gerecht	73	25	19
	<i>insgesamt Prozent</i>	81	35	23
	<i>n</i>	6699	6926	6944

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Zufriedenheit mit Lebenslage:

Mittelwert der Items zur Frage: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit folgenden Aspekten, die das persönliche Leben betreffen: Möglichkeiten, mein Leben selbst zu gestalten; meine finanzielle Lage; meine Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme; meine politischen Rechte und Freiheiten; meine Möglichkeiten zur demokratischen Mitsprache in Schule und Beruf; meine soziale Sicherheit?“ Skalenvorgabe: von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“. In der Tabelle: „unzufrieden“ – Werte von 0 bis 4, „mittel“ – Werte über 4 bis 7, „zufrieden“ – Werte über 7 bis 10.

Soziale Verunsicherung:

Mittelwert folgender drei Items: „A. Heutzutage ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss“, „B. Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll“, „C. Früher waren die Leute besser dran, weil jeder wusste, was er zu tun hatte“. Antwortkategorien: 1= „trifft überhaupt nicht zu“, 2= „trifft eher nicht zu“, 3= „trifft eher zu“, 4= „trifft voll und ganz zu“. Der Summenindex hat einen Wertebereich von 1,0 bis 4,0. Die Kategorie „niedrig“ umfasst den Bereich 1,0 bis 2,0, „mittel“ 2,1 bis 3,0, und „hoch“ 3,1 bis 4,0.

Gerechter Anteil:

„Im Vergleich dazu, wie andere hier in der Bundesrepublik leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“ In der Tabelle: „Gerecht“: die ersten beiden Antwortvorgaben, „nicht gerecht“: die letzten beiden.

Tabelle 4

Zusammenhänge von West-Ost und Geschlecht mit demokratisch-staatsbürgerschaftlichen Orientierungen

		Idee Demokratie	soziales Vertrauen	politische Kompetenz
West-Ost	West	83	37	23
	Ost	72	30	21
Geschlecht	männlich	80	34	29
	weiblich	82	37	16
<i>insgesamt Prozent</i>		81	35	23
<i>n</i>		6699	6926	6944

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

42

relativ geringeren Einfluss, mit deutlicher Ausnahme allerdings beim sozialen Vertrauen.⁹

Zusammenhänge mit der Region (West- wie Ostdeutschland) sowie mit dem Geschlecht werden aus Tabelle 4 ersichtlich. Bei der Idee der Demokratie, in geringerem Maße auch beim sozialen Vertrauen finden sich nach wie vor historisch bedingte West-Ost-Unterschiede, ein Geschlechtereffekt hingegen nur bei der politischen Kompetenz, wie er im Übrigen auch bei den Ergebnissen zum politischen Interesse anzutreffen ist.¹⁰

Auf einen weiteren Aspekt soll hier ein kurzes Schlaglicht geworfen werden: Inwiefern können Haltungen

gegenüber Europa und den damit zusammenhängenden Einschätzungen des eigenen Lebens mit den drei Aspekten demokratischer staatsbürgerschaftlicher Orientierungen korrespondieren? Wenn man mit einer positiven Einstellung gegenüber Europa rechnet, somit also mit einer gegenüber anderen pluralen Gesellschaften und Kulturen offenen Haltung, so könnte man einen positiven Zusammenhang mit demokratischen Orientierungen unterstellen. In Tabelle 5 ist ein solcher Zusammenhang auch zu finden, am deutlichsten mit der politischen Kompetenz. Europaorientierungen sind dabei als Verständnis für Europa und europäische politische Institutionen und der Wichtigkeit von Europa für das eigene Leben definiert (die drei angegebenen Aspekte hängen stark miteinander zusammen, sodass sich die in der Tabelle vorgenommene Zusammenfassung rechtfertigt). Jugendliche

9 Eine multivariate Analyse, die die gegenseitigen Zusammenhänge der betrachteten Einflussmerkmale berücksichtigt, zeigt ein ähnliches Bild mit Modifikationen. Der so kontrollierte Effekt der Bildung reduziert sich bei allen drei Merkmalen, was jedoch so interpretiert werden kann, dass Bildung über andere Faktoren, mit denen sie zusammenhängt (wie Vereinsaktivität, gesellschaftliche Einstellungen), auch wirksam ist. Der Faktor Vereinsaktivität erhält in dieser multivariaten Perspektive ein geringeres Gewicht – geringe Prozentsatzdifferenzen in den Tabellen insgesamt sollten somit eher vorsichtig als klare Effekte angesehen werden.

10 Vgl. ausführlich hierzu Gaiser et al. (2005).

Tabelle 5

Zusammenhänge von Europaorientierungen mit demokratisch-staatsbürgerlichen Orientierungen

		Idee Demokratie	soziales V ertrauen	politische Kompetenz
Europaorientierungen	stark	91	42	42
	weniger stark	78	33	17
<i>insgesamt Prozent</i>		82	36	25
<i>n</i>		5841	5944	5960

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Definition von Europaorientierungen: Drei Items: „A. Es ist mir klar, wie die Europäische Union funktioniert“, „B. Entscheidungen, die von der Europäischen Kommission in Brüssel getroffen werden, betreffen auch mich“, „C. Für meine persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutsamer“. Antwortskala: 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“. „Starke Europaorientierungen“: Anteil derjenigen Befragten, die bei allen drei Items einen der Skalenwerte von 4 bis 6 angegeben haben.

43

mit derart starken Orientierungen gegenüber Europa befürworten stärker die Idee der Demokratie, sie haben auch ein größeres Vertrauen gegenüber ihren Mitmenschen, und sie verfügen über eine deutlich größere politische Kompetenz. Ein Hinweis für eine bildungspolitische Praxis lässt sich daraus, zumindest tentativ, geben: Kontexte, in denen die Beschäftigung und Erfahrung mit Europa verstärkt wird, können eine demokratisch ausgerichtete Haltung fördern.¹¹

Resümee

Versucht man, einen Gesamtblick auf die Ergebnisse zu nehmen, so zeigt sich Folgendes: Bildung hat eine zentrale Bedeutung für alle drei Aspekte demokratischer staatsbürgerlicher Orientierungen. Sie steht für civic skills, für Aufgeklärtheit und Aufgeschlossenheit gegenüber politischen und gesellschaftlichen Lebens-

bereichen. Die Wirksamkeit von Bildung kann sicher auch in anderen Merkmalen zum Ausdruck kommen, wie zum Beispiel einem Interesse an Politik und kommunikativen Vernetzungen, sowie generellen Orientierungen in modernen Gesellschaften, was sich an Zusammenhängen mit solchen Indikatoren empirisch zeigen lässt.

Demgegenüber sind soziale Bindungen und Engagement in Vereinen wie auch in formal weniger verfassten Gruppierungen oder Organisationen nicht ganz so stark von Bedeutung. Insbesondere die Aktivität in Vereinen oder Verbänden hat, gemessen an den theoretischen Vermutungen und Behauptungen, jedenfalls für Jugendliche und junge Erwachsene einen vergleichsweise geringen Stellenwert, ist partiell indes sehr wohl nachweisbar. Das heißt jedoch nur, dass kein generell deutlicher Effekt vorhanden ist. Weniger formal organisierte Netzwerke, wie sie die Neuen Sozialen Bewegungen repräsentieren, oder auch politisch interessierte Freundschaftskreise sind dagegen in ihrer positiven Unterstützung von demokratischen Orientierungen offensichtlich bedeutsamer. Hierin kommt wohl auch zum Ausdruck, dass das Handeln

¹¹ Ausführlicher zu Einstellungen gegenüber, insbesondere auch zu Einflussfaktoren auf die diskutierten Orientierungen, vgl. Gaiser et al. (2006). Darin werden auch noch andere Einstellungen analysiert, die insbesondere mehr den Blick auf europäische Verbundenheit und europäische Institutionen richten – wobei sich zeigt, dass diese, häufig skeptischer gefärbten Orientierungen, mit den erwähnten nicht unmittelbar zusammenhängen, sondern davon unabhängig zu betrachten sind.

in diesen Kontexten eindeutiger auf gesellschaftliche Entwicklungen und auf Politik hin ausgerichtet ist. Form und Inhalt richten sich möglicherweise sehr viel stärker praktisch und nicht nur programmatisch auf ein Handeln im demokratischen Kontext. Ein Engagement unter solchen eher partiellen und projektbezogenen Bedingungen scheint aber Jugendliche, wie oben skizziert wurde, mehr entgegenzukommen. Außer der Punktualität und Anlassbezogenheit politischer Artikulation gerade bei jungen Menschen (vgl. Gaiser/Gille/de Rijke 2010) kommen in solchen Engagementformen auch neue Formen der Vernetzung durch moderne Kommunikationstechnologien zum Einsatz, die – einem erweiterten Verständnis von politischem Handeln entsprechend – einer erhöhten Spontaneität, Selbstständigkeit und Ungebundenheit gegenüber Vereinen, Verbänden oder auch NRO/NSB Raum lassen.

Als nicht unwesentlich haben sich schließlich, wie auch in anderen Forschungen betont, gesellschaftliche Orientierungen und Empfindungen wie Zufriedenheiten mit der eigenen Lage, ökonomisch wie auch politisch, sowie Wahrnehmungen sozialer Gerechtigkeit oder gesellschaftliche Verunsicherungen gezeigt. Dass, unabhängig von Bildungsniveau wie auch sozialem Engagement, solche allgemeinen Einstellungen und Bewertungen eine relativ große Rolle für die Ausbildung demokratisch-staatsbürgerlicher Orientierungen spielen, ist jedenfalls ein für politische Bildungsmöglichkeiten nicht zu vernachlässigender Aspekt.¹²

12 Neuere Daten zur Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen anhand der ALLBUS-Studie von 2008, in der die meisten der betrachteten Konzepte enthalten sind (allerdings zumeist mit anderen Indikatoren, daher nicht streng vergleichbar mit den hier berichteten Ergebnissen), zeigen im Großen und Ganzen ein ähnliches Bild: Dominanz des Bildungsabschlusses, Effekte gesellschaftlicher Einstellungen, zumeist geringere Zusammenhänge mit Aktivität in Vereinen.

Welche Schlussfolgerungen könnte man aus diesen Ergebnissen ziehen? Bestätigt wurde, dass Bildung nicht nur für gesellschaftliches und berufliches Fortkommen sowie zukunftsorientierte persönliche Strategien von Bedeutung ist, sondern auch für die Ausbildung und Stärkung staatsbürgerlicher Tugenden, das heißt für demokratisch gefestigte politische Orientierungen. Hingegen konnte nur partiell und wenig eindrucksvoll die globale These von den Vereinen als der „Schule der Demokratie“ für Jugendliche und junge Erwachsene bestätigt werden. Vereine und Verbände sind eher als Übungsfeld für demokratisches Handeln anzusehen, ohne dass von ihnen auch die Prinzipien des Handelns vermittelt werden. Wichtig sind jedoch, unterschiedlich für die betrachteten drei Aspekte demokratisch staatsbürgerlicher Orientierungen, politisch orientierte oder zumindest politisch mitgetragene Netze. Eine Unterstützung durch politische Bildungsanstrengungen in dieser Hinsicht muss dem spezifischen politisch ausgerichteten Engagement von Jugendlichen Rechnung tragen, welches eben weniger beziehungsweise nicht nur kontinuierlich institutionell gebunden ist, sondern sich auch in freieren Formen Ausdruck verschafft (vgl. de Rijke 2009). Und schließlich ist zu beachten, dass staatsbürgerliche Orientierungen auch generell zusammenhängen mit Zufriedenheiten und der sozialen Verortung von jungen Menschen in der Gesellschaft, von Einschätzungen gerechter Ordnung und Perspektiven von Unsicherheit oder Sicherheit der Zukunft. Dies gilt, wie nach wie vor die Differenzen in West-Ost-Untersuchungen zeigen, noch einmal in besonderem Maße für ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene. Die Möglichkeiten von Bildung und Bildungspolitik werden hier aber sicher an Grenzen stoßen, weil es nicht nur um Interpretationen von sozialer Lage und gesellschaftlicher Struktur geht, sondern um die Einschätzung konkreter Situationen durch die darin lebenden und gewissermaßen strukturell gefangenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Und

schließlich korrespondiert bei jungen Menschen eine gegenüber Europa offene, positive Einstellung mit einer deutlich demokratischen Haltung.

Die Relevanz einer Stärkung demokratischer Werte gerade in gegenwärtigen Zeiten hat kürzlich John Keane betont.¹³ Er geht von der Annahme aus, dass die Wurzel der aktuellen globalen Ökonomiekrise politisch ist – und somit die Stärkung von Demokratie und demokratischer Werte ein wichtiger Ansatzpunkt zu ihrer Überwindung sei. An die Stelle der alten Maxime „one person, one vote“, so Keane, müsse eine neue demokratische Praxis treten. In ihr sind insbesondere die neueren Elemente einer „monitoring democracy“ von Bedeutung: das aufmerksame Beobachten von Politik und die Verbreiterung Macht kontrollierender Mechanismen und Netzwerke wie etwa Foren, Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen. In diesen könnten gerade junge Menschen eine wichtige Rolle spielen.

Was folgt aus solchen empirischen Hinweisen in politisch, praktischer Hinsicht? Zumindest auf zwei Ebenen lassen sich für eine Politik der Demokratiestärkung und ihrer Weiterentwicklung Konsequenzen angeben. Zum einen würde eine breite kognitive Mobilisierung im Bildungssystem den Bildungsfaktor, dessen Einfluss auf das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zu Demokratie und Politik auch hier wieder deutlich wurde, in einer politisch wünschenswerten Weise verstärken. Dies dürfte allerdings nicht nur heißen, kognitive Fähigkeiten bei Heranwachsenden zu fördern und auch nicht nur die Verbreiterung „demokratischen Grundwissens“ durch mehr und eventuell auch anderen Sozialkundeunterricht. Vielmehr müsste es vor allem auch darum gehen, bereits in der Schule demokratische Praxis durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für

Schüler stärker zu etablieren (vgl. Reinhardt 2002). Das Ziel darf also nicht sein, lediglich Handlungsfähigkeit, -bereitschaft oder -kompetenz oder auch nur das politische Urteilsvermögen zu schärfen, ohne dass dabei praktisches Handeln wirklich in den Blick genommen wird.¹⁴ Wichtig erscheint deshalb darüber hinaus, formale zivilgesellschaftliche Netzwerke als Gelegenheitsstrukturen legitimen bürgerschaftlichen Engagements zuzulassen und positiv zu begreifen, nicht aber sie im Vergleich zu Jugendorganisationen, -vereinen, -verbänden oder Parteien als geringer zu bewerten – als Nebenbuhler gewissermaßen zu den traditionellen Formen und Orten der Partizipation und des Engagements. In der jüngeren Geschichte waren es ja gerade solche Netzwerke und Initiativen wie die Bürgerrechtsbewegung, die Anti-Atomkraftbewegung, die neue Frauenbewegung oder auch die Umweltbewegung, die enorme Veränderungen in der Gesellschaft angestoßen haben, die aber, wie John Keane betont (vgl. Keane 2009c), gerade nicht aus dem etablierten politischen System, sondern aus der Gesellschaft kamen.

Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- Arzheimer, Kai (2002): *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Wiesbaden.
- Buhl, Monika (2007): *Politische Sozialisation*, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart, 128–130.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001): *Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan des Bundes vom 19.12.2000*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Gemeinsames Ministerialblatt 52 (2001)*, Berlin, 18–31.

¹³ Zum Folgenden Keane (2009a, 2009b).

¹⁴ Ausführlich hierzu Widmaier (2009).

- Deth, Jan W. van (2004): Soziale Partizipation, in: Deth, Jan W. van (Hrsg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden, 295–316.
- Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2002): Mitwirkung mit Wirkung. Positionsbeschreibung des Deutschen Bundesjugendrings zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Berlin.
- Düx, Wiebken et al. (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement, Wiesbaden.
- Fuchs, Dieter (2007): Politische Kultur, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, 220-223.
- Gaiser, Wolfgang et al. (2005): Zur Entwicklung der Politischen Kultur bei deutschen Jugendlichen in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey von 1992 bis 2003, in: Merkens, Hans / Zinnecker, Jürgen (Hrsg.): Jahrbuch Jugendforschung, 5. Ausgabe 2005, Wiesbaden.
- Gaiser, Wolfgang et al. (2006): Zukunft Europa im Blick der Jugend, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47/2006, 18-26.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2010): Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortungsübernahme bei 18- bis 33-Jährigen. Ergebnisse des DJI-Survey 2007, in: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen, Schwalbach.
- Gensicke, Thomas et al. (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004, Wiesbaden.
- Hansen, Emanuel (2009): Politische Partizipation in Europa. Erklärungsfaktoren und ihr Zusammenwirken, Marburg 2009.
- Keane, John (2009a): Democracy failure, in: WZB Mitteilungen 124 (2009), 6-8.
- Keane, John (2009b): Life and Death of Democracy, London/New York.
- Keane, John (2009c): Ein neues Zeitalter der Demokratie, in: WZB Mitteilungen 125 (2009), 50-52.
- Kleinert, Corinna (2004): Fremdenfeindlichkeit. Einstellungen junger Deutscher zu Migranten, Wiesbaden.
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld.
- Kunz, Volker(2004): Soziales Vertrauen, in: Deth, Jan W. van (Hrsg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden.
- Pickel, Gerd (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002.
- Prein, Gerhard/Sass, Erich/Züchner, Ivo (2009): Lernen im freiwilligen Engagement und gesellschaftliche Partizipation. Ein empirischer Versuch zur Erklärung politischen Handelns, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 12 (3/2009), URL: <http://dx.doi.org/10.1007/s11618-009-0086-y>
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York.
- Reinhardt, Sybille (2002): Schulische Anerkennung und demokratisches Lernen, in: Krüger, Heinz-Hermann et al. (Hrsg.): Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt, Opladen.
- de Rijke, Johann (2009): Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener. Altes und Neues, in: Kaspar, Hanna et al. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden.
- de Rijke, Johann et al. (2006): Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland – Ideal, Zufriedenheit, Kritik, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 3 (2006), 335-352.
- Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland Beschluss vom 06.03.2009.

- Tully, Claus J./Krug, Wolfgang (2010): Engagement befördert Teilhabe und setzt sie voraus. Erkenntnisse aus dem Projekt „Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements“, in: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen, Schwalbach.
- Vetter, Angelika (2006): Jugend und ihre subjektive politische Kompetenz, in: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung, Wiesbaden, 241–267.
- Völkl, Kerstin (2006): Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern, in: Falter, Jürgen W. et.al (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München, 57-81.
- Widmaier, Benedikt (2009): „Die beste politische Bildung ist praktische Politik“ – Politische Bildung und politische Aktion, in: Praxis Politische Bildung 13 (3/2009), 165-172.
- Zmerli, Sonja (2008): Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts, Baden-Baden.

1.3

E-Partizipation – Heilsbringer für mehr Jugendbeteiligung? Betrachtet am Beispiel online-moderierter Verfahren in Kommunen¹



48 Oliver Märker

Die Idee, Bürger mithilfe elektronischer Medien an Prozessen der politischen Planung und Entscheidung zu beteiligen, ist nicht erst mit dem Internet entstanden. Schon in den 70er Jahren gab es erste Überlegungen, den Stimmen der Bürger durch Beteiligungskanäle wie Fernseher, Telefon oder Breitbandkabel mehr Gewicht zu verleihen. Schon aus dieser Zeit stammt der noch heute nicht weniger aktuelle Hinweis „Demokratie ist ein Organisationsproblem und neue Medien ein Organisationsmittel“ (Lenk 1976). Zunächst ist es bei ersten und wenigen Experimenten geblieben (vgl. Krauch 1972). Erst mit der zunehmenden Verbreitung und Nutzung des Internets und seiner Dienste wie E-Mail oder dem World Wide Web sind erste Angebote und Projekte elektronischer Partizipation auf die politische Bühne getreten, deren Anzahl und Heterogenität bis heute enorm zugenommen hat. Die Studie „E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-

Government“² für das Bundesministerium des Innern (vgl. Ifib/ZebraLog 2008) ordnet das ganze Spektrum elektronischer Partizipation sechs Formen politischer Beteiligung zu und unterscheidet dabei in Anlehnung an die OECD-Systematik (vgl. OECD 2001) zum einen Aktivitäten, die hauptsächlich von Bürgern, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und der Wirtschaft ausgehen und sich an Verwaltung und Politik als Adressaten richten (vgl. Abbildung 1):

1. *Transparenz durch Dritte*: Informelle Angebote, die über Handlungen von Institutionen der Legislative oder Exekutive informieren und damit öffentliche Kontrolle ermöglichen (zum Beispiel kann bei Abgeordnetenwatch³ das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten zu allen relevanten Themen beobachtet werden).

1 Beitrag basiert zu Teilen auf Märker/Wehner (2008a) und Märker/Westholm (2008)

2 Die Studie definiert elektronische Partizipation (E-Partizipation) als die Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen und ihrer Gruppierungen an der Entscheidungsfindung in den staatlichen Gewalten mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT). Der Begriff „E-Partizipation“ wird in der Studie in Anlehnung an die internationale Diskussion von dem Begriff „E-Democracy“ dadurch abgegrenzt, dass letzterer auch Wahlen als verbindlichste Form der Bürgerbeteiligung einschließt (vgl. Märker/Westholm 2008).

3 vgl. <http://www.abgeordnetenwatch.de>

2. *Aktivismus/Kampagnen/Lobbying*: Beteiligungsformen, bei denen Einzelpersonen oder organisierte Akteure Maßnahmen ergreifen oder organisieren, die darauf abzielen, Aufmerksamkeit und Unterstützung für Themen und Positionen, aber auch für partikulare Interessen zu erhalten und die damit einen Beitrag zur politischen Meinungs- und Willensbildung leisten.⁴
3. *Beschwerden/Eingaben/Petitionen/Anfechtungen*: Angebote, die es ermöglichen, Vorschläge oder Beschwerden an zur Entscheidung befugte Stellen und Behörden zu richten.⁵

Zum anderen werden Angebote unterschieden, die verwaltungs- und politikseitig initiiert werden (vgl. Abbildung 1):

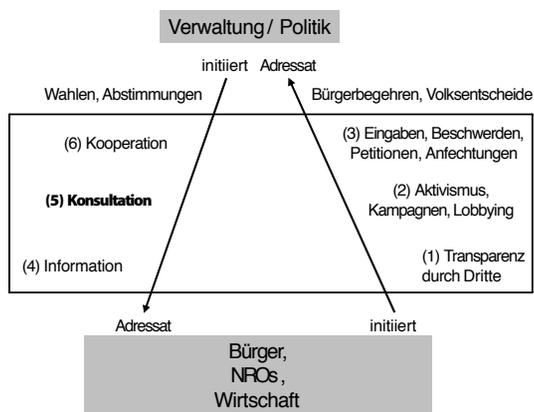


Abbildung 1: Formen politischer Beteiligung

4. *Information*: Angebote, die hauptsächlich auf Bereitstellung und Erschließung von Informationen abzielen und damit eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Partizipation darstellen.⁶
5. *Konsultation*: Alle Beteiligungsformen, die vorrangig das Ziel verfolgen, von den Bürgern, Interessengruppen sowie anderen Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft Expertise zu bestimmten Themen zu nutzen sowie Voten und Meinungen zu vorhandenen Planungen und angesetzten Entscheidungen einzuholen.
6. *Kooperation*: Angebote, die über das Abfragen von Expertise, Präferenzen und Meinungen hinaus gehen und auf engere und oft auch längere, auch auf eine auf Einvernehmen ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen Verwaltung beziehungsweise Politik und Bürgerschaft sowie den zu beteiligten Gruppen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft abzielen und auch zu Ergebnissen führen können, die von den ursprünglichen Positionen abweichen.

In Deutschland sind insbesondere auf der kommunalen Ebene sehr viele Ansätze elektronischer Partizipation zu beobachten, die der Kategorie (5) Konsultation zugeordnet werden können und welche als online-moderierte Verfahren in der Stadt- und Regionalplanung umgesetzt werden. „Online-moderiert“, weil es sich in allen Fällen um durch Moderation und (häufig auch ergänzt durch) Redaktion betreute Beteiligungsangebote handelt.⁷ Dieser Verfahrenstyp wird im Folgenden anhand von Beispielen dargestellt und es wird diskutiert, inwieweit Jugendliche als Teilnehmende durch diese Verfahren gewonnen und (so) in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

4 vgl. zum Beispiel <http://www.direktzurkanzlerin.de> oder <http://www.campact.de>

5 vgl. zum Beispiel <http://maerker.brandenburg.de> oder <https://petitionen.bundestag.de/>

6 Zum Beispiel Electronic Reading Rooms (USA), vgl. http://www.justice.gov/oip/04_04_2.html

7 dazu ausführlich in Märker (2005)

Elektronische Partizipation in Kommunen

Für die Stadt- und Regionalplanung fallen erste Ansätze elektronischer Partizipation (E-Partizipation) mit der beginnenden Popularität des Internets zusammen. Ein wichtiger Ausgangspunkt der E-Partizipation in der Stadt- und Regionalplanung in Deutschland war das durch die EU geförderte Projekt GeoMed (Geographical Mediation, vgl. Fleischhauer et al. 1998; Ziegenhagen/Seelbach 1998). In GeoMed wurden unter anderem Module zur Einrichtung von virtuellen Informationsräumen (Shared Workspace), Diskussionsforen (Mediation System) und zur Betrachtung von Karten (GIS-Viewer) in einer Plattform für Gruppen (Groupware) integriert. Das GeoMed-System wurde 1998 von der Stadt Bonn während der 1. Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanverfahrens zu einem Wohn- und Technologiepark eingeführt. Neben der heute noch üblichen Auslegung der Pläne im Stadthaus und einer Bürgerversammlung in dem betroffenen Ortsteil Vilich-Müldorf, setzte die Stadt Bonn zum ersten Mal das Internet zur Information und Beteiligung ein. Die Planungsunterlagen zum Neubaugebiet wurden in einem „virtuellen Informationsraum“ im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus wurde den Bürgern über vier Wochen die Möglichkeit gegeben, in einem moderierten Diskussionsforum Stellungnahmen online abzugeben. Auch während der Bürgerversammlung vor Ort konnten Stellungnahmen online abgegeben werden: Dazu wurde ein PC mit einer 28k-Modem-Verbindung aufgebaut. Die Besucher konnten dort ihre Beiträge mit der Unterstützung einer Moderatorin in das Forum einstellen. Auch wenn nur ca. 50 Besucher das Informationsangebot nutzten und nur drei Beiträge in das aus heutiger Sicht antiquiert wirkende Forum eingestellt wurden, so kann dieses Projekt dennoch als Geburtsstunde elektronischer Partizipation in Deutschland bezeichnet werden, enthielt es doch in Ansätzen relevante Aspekte heutiger elektronischer Partizipation: Informations- und moderierte Dialo-

angebote im Internet, kombiniert mit Angeboten für Bürger, die im Umgang mit Computern nicht geübt sind oder lieber den direkten Kontakt bevorzugen.

Weitere Projekte aus der Frühzeit elektronischer Partizipation in Deutschland sind in Tabelle 1 zusammengestellt.

Zwölf Jahre nach dem ersten computerbasierten Bürgerbeteiligungsverfahren ist festzustellen, dass in Deutschland die sich mit E-Partizipation verbindenden Erwartungen vor allem in kommunalpolitischen Kontexten Eingang gefunden haben und hier das Experimentierstadium der E-Partizipation zumindest in der Stadt- und Raumplanung überwunden wurde (vgl. Ifib/Zebralog 2008: 36). Dabei können zwei Entwicklungen unterschieden werden:

- E-Partizipation als Bestandteil formaler Planungsverfahren (vgl. Abbildung 2, A)
- und elektronische Partizipation als informelles Beteiligungsverfahren (vgl. Abbildung 2, A)

Für den Bereich formaler Planungsvorhaben ist es inzwischen (fast) zur Normalität geworden, dass Vorhabensträger Bürgern auf kommunaler Ebene anbieten (und hier insbesondere in der kommunalen Bauleitplanung, vgl. Breuer/Wilforth 2008), sich umfassend über Planungen zu informieren und ihre Anregungen und Bedenken auch über Online-Formulare an die planende Verwaltung zu übermitteln. Diese Angebote elektronischer Information und Beteiligung stehen zumeist im Zusammenhang mit Bemühungen, das gesamte formale Planungsverfahren online durchzuführen und auch die beteiligten Behörden (und sonstige Träger öffentlicher Belange) digital und dadurch kosteneffizienter zu beteiligen.

Entsprechende planungsrechtliche Regelungen, wie die 2004 vorgenommene Novellierung des Baugesetzbuches (BauGB) durch den §4a Abs.4, sehen vor,

Tabelle 1:

Kommunale Pilotprojekte elektronischer Partizipation in Deutschland (1998 bis 2005)

	Pilotprojekte 1998 bis 2005	Kurzbeschreibung
1998	Erste Bürgerbeteiligung im Internet im Rahmen des EU-Projektes Geographical Mediation (vgl. Ziegenhagen/Seelbach 1998)	Formale Beteiligung – Erste Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Baugesetzbuch (BauGB); Bürgerversammlung und Internet
2001	Internetbasierte Bürgeranhörung in Esslingen (dokumentiert in Trénel et al. 2001)	Informelles Beteiligungsangebot im Vorfeld des formalen Verfahrens nach BauGB (Bürgerversammlung und Internet, online-moderierter Dialog)
2002	Internetbasierter Ideenwettbewerb „Wachsende Stadt Hamburg“ (vgl. Märker 2005, Mitterhuber 2003)	Informelles Beteiligungsangebot zum städtebaulichen Leitbild „Wachsende Stadt Hamburg“ (internetbasierter und online-moderierter Dialog)
2003	Internet-basierte Bürgerbeteiligung „Baukultur Bonn“ im Rahmen des 1. Konvents der Baukultur in Bonn (dokumentiert in Märker 2005)	Informelles Beteiligungsverfahren zur Stadtentwicklung ohne Anbindung an formale Planungsverfahren (nur Internet, online-moderierter Dialog)
2003	Esslinger Haushalt im Dialog (vgl. Poppenborg/Scholz 2003)	Informelle Beteiligung im Rahmen des Haushaltsplanungsverfahrens (Versammlungen und online-moderierter Dialog)
2003	Interaktive Freiraumplanung Alexanderplatz Berlin (vgl. Hagedorn 2003a, b)	Informelle Beteiligung im Rahmen eines Architekturwettbewerbs zur Freiraumplanung (Online-Dialog und Bürgerversammlung)
2004	Online Dialog ‚Planung verbindet‘ (Richter/Bloem 2008)	Informelles Dialogangebot zum Regionalen Flächennutzungsplan im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main im Vorfeld des formalen Verfahrens (nur Internet: online-moderierter Dialog)
2005	Bürgerhaushalt Lichtenberg (vgl. Klages/Daramus 2007)	Informelle Beteiligung im Rahmen des Haushaltsplanungsverfahrens (Versammlungen, schriftliche Befragungen, Internet)
2005	Familienfreundlicher Wohnort Hamburg (vgl. http://www.familienleben-hamburg.de)	Informelles Dialogangebot zur Entwicklung von Kriterien für ein familienfreundliches Hamburg (Stadtentwicklung, nur Internet)
2005	Online-Dialog zum Gleisdreieck in Berlin (vgl. http://www.zebralog.de)	Informelles Dialogverfahren zur Stadtentwicklung in Berlin im Rahmen eines landschaftsplanerischen Ideen- und Realisierungswettbewerbs (Umfragen, Erkundungstouren, Diskussionsveranstaltungen und Online-Dialog im Internet)

das Städte und Gemeinde formale Öffentlichkeitsbeteiligung durch elektronische Informationstechnologien optimieren können. Auf den ersten Blick könnte angenommen werden, dass die im Planungsrecht vorgesehenen Feedbackmöglichkeiten gegenüber informellen Verfahren die nachhaltigere Form der Bürgerbeteiligung darstellen. Tatsächlich ist jedoch festzustellen, dass die faktische Einflussnahme auf

das Planungsgeschehen durch die Bevölkerung im Rahmen des formalen Beteiligungsmodus nicht besonders groß ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass E-Partizipation als Bestandteil planungsrechtlich vorgeschriebener Angebote die Verwaltung zwar auffordert, sich für externe Stellungnahmen zu öffnen, diese jedoch verfahrensbedingt erst relativ spät im Planungszyklus vorgesehen sind. Viele wichtige

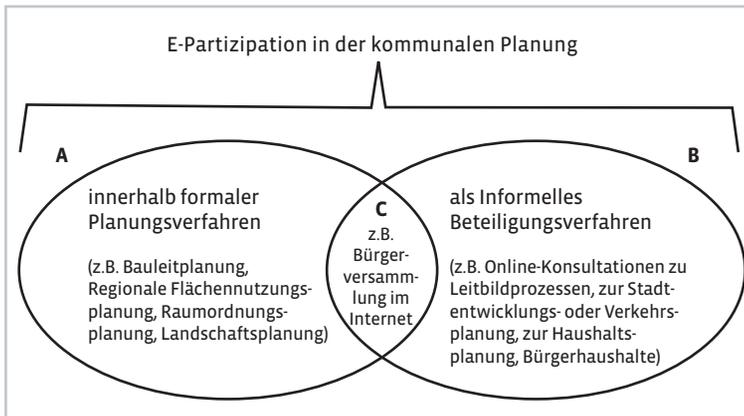


Abbildung 2: Formale (A) und informelle (B) Formen elektronischer Beteiligung und (C) Berührungspunkte (vgl. Märker/Wehner 2008a: 86)

52

(Vor-)Entscheidungen der Planung sind zum Zeitpunkt der Bürgerkonsultation bereits getroffen. Entsprechend gering sind die Chancen, rückwirkend den Planungsverlauf beziehungsweise die involvierten Akteure noch beeindrucken zu können.

Online-moderierte Verfahren

Anders dagegen verhält es sich mit dem zweiten Modus elektronischer Partizipation (vgl. Abbildung 2, B). Dieser ist durch informelle Angebote gekennzeichnet, die in den meisten Fällen als Online-Konsultationen unabhängig oder im Vorfeld formaler Planungsverfahren realisiert werden. Durch sie werden die Bürger aufgefordert, sich – neben anderen Beteiligungskanälen wie Fragebögen, Bürgerversammlungen oder Telefon – auf einer elektronischen Beteiligungsplattform durch Vorschläge, Kommentare oder Bewertungen in online-moderierten Foren, oder durch Mitarbeit an kooperativen Dokumenten (Wikis) an der Entwicklung und Ausgestaltung von Vorschlägen, Planungsalternativen oder Projektideen zu beteiligen. Dieses interaktive Format, das wir auch als „online-moderierte Verfahren“ bezeichnen können, wird in Deutschland insbesondere angeboten im Rahmen von

- Prozessen zu städtebaulichen Veränderungen und Stadtgestaltung (vgl. Vorwerk/Riedel 2008),

- Prozessen zur Visions- und Leitbildentwicklung (Lührs et al. 2004),
- Agenda-Setting-Dialogen zur Diskussion zentraler Themen wie demografischer Wandel, Familienfreundlichkeit, Kultur oder Bildung, sowie bei
- Prozessen zur Verteilung von Ressourcen, Anlagen oder Einrichtungen.

Quer zu den beiden Modi der Partizipation stehen unterschiedliche Ansätze ihrer Realisierung. Es darf nicht verwundern, dass es bislang noch nicht gelungen ist, ein für alle Kommunen beziehungsweise Anwendungsfelder (Haushalt, Stadtentwicklung, Leitbildentwicklung etc.) einheitliches und übertragbares Verfahren zu finden. Zwar fängt nicht jede Kommune, wenn sie erstmalig in das Thema (elektronische) Bürgerbeteiligung investieren möchte, am Punkt Null an. Noch ist es aber so, dass der konzeptionelle und technische Aufwand beträchtlich ist – eben, weil es gegenwärtig und wohl auch noch in naher Zukunft keine oder nur wenige Standardisierungen in technischer und methodischer Hinsicht gibt beziehungsweise gegeben wird. Stattdessen ist zu beobachten, wie sich die Anbieter verteilen über ein Verfahrensspektrum, das

- mit solchen Lösungen beginnt, in denen zuvor ausgewählte Akteure in überschaubaren Gruppen/Panels teils unter Präsenzbedingungen, teils

internetunterstützt nach Maßgabe kollaborativer Ideale unter der Führung einer starken Moderation gemeinsam eine Aufgabe bearbeiten (Leggewie/Bieber 2003);

– dann in Verfahren übergeht, in denen ausgehend von der Idee des Diskurses versucht wird, möglichst viele Bürger zu motivieren sich zu beteiligen, dabei ein mehrstufiger, die interaktiven beziehungsweise diskursiven Potentiale der neuen Medien berücksichtigender Prozess favorisiert wird (Lührs/Hohberg 2007);

– um schließlich mit solchen Beteiligungsformaten zu enden, die sich stärker an der Praxis der politischen Petitionen (vgl. Abbildung 1 (3)) orientieren, in denen das Internet ebenfalls eine zentrale Funktion gewinnt, die Zugangs- und Beteiligungsbedingungen jedoch möglichst offen und einfach gestaltet werden, um für den Zeitraum der Beteiligung eine Art innerstädtischer Öffentlichkeit zu einem Thema herzustellen (Märker/Wehner 2008b).

Ungeachtet solcher konzeptioneller Unterschiede ist die Zielsetzung eines jeden online-unterstützten Dialogs mit dem Bürger – neben den klassischen Beteiligungszielen wie einer „Erhöhung der Legitimation und Akzeptanz“ – die Gewinnung bürgerschaftlicher Expertise, die Verwaltung und Politik anschließend zur Qualifizierung ihrer Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen. Dieser Modus elektronischer Partizipation fordert offenbar Politik und Verwaltung nicht nur dazu auf, sich stärker für die Meinungen und Erfahrungen ihrer Bürger zu interessieren, sondern scheint dies auch tatsächlich zu fördern. Verfahrensbeispiele wie der Bürgerhaushalt zeigen jedenfalls, dass Städte in Fragen der Ressourcenverteilung beginnen, nicht länger ausschließlich dem eigenen Wissen zu vertrauen, sondern auch das Wissen und die Erfahrungen der von ihren Entscheidungen betroffenen Bürger zu berücksichtigen. Anzeichen für diesen Einstellungs-

wechsel sind auch die ersten Versuche, verwaltungsinterne Prozesse der Entscheidungsvorbereitung, der Aus- und Bewertung, der Entscheidungsfindung und anschließenden Umsetzung (Monitoring) offener und transparenter zu gestalten, damit die Bürger der Relevanz und Glaubwürdigkeit des Verfahrens vertrauen können (vgl. Märker/Wehner 2010).

Nutzen für Bürger, Politik und Verwaltung?

Die neue Qualität für die Bürger im Rahmen von online-moderierten Verfahren zu Planungsvorhaben besteht zunächst einmal darin, einen neuen Zugang zu entsprechenden Informationen zu erhalten und sich so zur Beteiligung besser und umfassender qualifizieren zu können. Informationen zu den in Frage stehenden Planungsvorhaben lassen sich mit Hilfe online verfügbarer Quellen schneller, umfassender und bequemer gewinnen. Wer das Internet zu nutzen weiß, wird auch die Beteiligungsmöglichkeiten im Vergleich zu den vertrauten Präsenzveranstaltungen als komfortabler einschätzen. Denn jeder kann entscheiden, wann er sich von welchem Ort aus mit einem Kommentar oder einem Vorschlag zur Sache äußern möchte. Mehr noch: Jeder sieht nun, was die anderen zu einem Thema zu sagen haben: „Jeder kann sehen, was alle sehen“. Es können sich also nicht nur erheblich mehr Bürger beteiligen – ohne dass für den Einzelnen der Überblick verloren gehen muss. Es kann nun neben der offiziellen massenmedialen Öffentlichkeit, die zu einem Planungsprojekt immer nur den wenigen Sprechern der beteiligten öffentlichen und privaten Einrichtungen vorbehalten ist, eine zweite kommunale Öffentlichkeit entstehen, in der die vielen Stimmen der Bevölkerung zur Geltung kommen. Wenn dann noch die Kommune die Beteiligung ihrer Bürger ernst nimmt, indem sie die Auswertungen der Beiträge in einer begründeten und für alle Beteiligten nachvollziehbaren Weise vornimmt, kommt der vielleicht entscheidende Vorzug von Beteiligungsverfahren zum Tragen: Die Bürger haben die Chance, sich

an der Gestaltung von Politik in angemessener und zumutbarer Form zu beteiligen. Beteiligungsverfahren sind jedoch immer auch „Back-End-getrieben“, das heißt, es gibt sie, weil sie auch eine digitale und effiziente Weiterverarbeitung der Bürgerbeiträge ermöglichen. Der Einbau digitaler Medien in die Planungsprozesse wird aus Verwaltungssicht als ein komfortabler Weg verstanden, sich schnell und umfassend über Stimmungslagen und Meinungsbilder der Bürger frühzeitig zu informieren und die entsprechenden Ergebnisse in die weiteren Planungen und Entscheidungen einfließen zu lassen. Die digital bereitgestellten Möglichkeiten der Information und offenen Beteiligung sollen also nicht nur das Verhältnis von Verwaltung und Politik zum Bürger verbessern. Sie sind darüber hinaus auch mit Rationalisierungs- und Effizienzsteigerungserwartungen verbunden. E-Partizipation wird dadurch zu einer wichtigen Teilstrategie der Government-Reformbewegung.

E-Partizipation – ein exklusives Beteiligungsangebot?

Wenn es um die Frage des Nutzens von Beteiligungsverfahren für die Bevölkerung geht, wird immer wieder bemängelt, dass Beteiligungsverfahren medientechnologisch nicht ambitioniert genug seien, das heißt die Web 2.0-Potenziale nicht wirklich ausschöpfen. Umgekehrt wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Teilnahme an E-Partizipation in (computer)technischer wie kultureller Hinsicht voraussetzungsvoll ist. Deshalb würden vor allem die Vertreter sozialer Milieus mit überdurchschnittlichem Bildungskapital sich zu Wort melden, mit dem Effekt, dass für die Verwaltung und Politik immer nur die speziellen Meinungen und Erfahrungen einer aktiven Bevölkerungsschicht sichtbar werden, das Wissen, die Ansichten und Wünsche einer schweigenden Mehrheit dagegen unsichtbar bleiben. Hinzuzufügen wäre, dass Beteiligungsangebote vor allem von solchen Bürgern genutzt werden, die überzeugt sind, dass es

sich lohnt, sich über Planungsvorhaben der Stadt zu informieren und aktiv in die Belange ihrer Stadt einzumischen.

Die ungleiche Verteilung solcher Voraussetzungen und Einstellungen sowie die damit einhergehende stärkere Präsenz besser gestellter Bevölkerungsschichten im Rahmen von Beteiligungsverfahren sollte nicht klein geredet werden – sie sollte jedoch differenzierter diskutiert werden, als dies vielerorts geschieht. So wäre unter anderem die Bedeutung der Medienkompetenz für die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungskreisen in Beteiligungsverfahren zu relativieren. Die gegenwärtig noch vorhandenen Unterschiede in den computertechnischen Nutzerfertigkeiten werden zukünftig – zumindest in den Industrienationen – immer geringer werden. Die Steigerungsraten der letzten Jahre in punkto Internetanschlüsse und Benutzerkompetenzen unterstützen diese These. Es sind deshalb nicht länger nur besonders gebildete Menschen, die sich in Beteiligungsverfahren zu Wort melden, sondern auch ältere Personen und weniger gut gebildete und vor allem weniger gut organisierte Bürger, die neben den gut organisierten Interessen in Form von Vereinen, Verbänden oder Initiativen zu Wort kommen und damit korporatistische Asymmetrien (zumindest teilweise) ausgeglichen werden.

Ein größeres und langfristigeres Problem dürfte dagegen sein, dass in allen Gesellschaftsschichten, vor allem aber in jenen, die ein Interesse haben müssten an einer Aufhebung ihrer politischen und ökonomischen Benachteiligungen, das Interesse an einer Mitwirkung in Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens und des Gemeinwohls spürbar nachlässt. Gerade diejenigen, die in den herkömmlichen Medien keine Stimme und keine Lobby haben, nutzen unter Umständen intensiv das Internet, akzeptieren es jedoch nicht als ein politisches Mitwirkungsmedium. Ob diese Problematik überhaupt zu lösen ist, ist fraglich – es relati-

viert jedoch die These einer durch fehlende Medienkenntnisse bewirkten Benachteiligung. Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht alles unternommen werden muss, um eine Beteiligung attraktiv zu machen. Beteiligungsangebote sollten also methodisch so ausgelegt werden, dass sie zumindest die noch Unentschlossenen und Zögernden erreichen und durch einen möglichst einfachen Zugang und schnell erfassbare Regeln der Beitragerstellung und -auswertung ermutigen sich zu beteiligen.

Mehr Jugendbeteiligung?

Auffällig ist, dass in den gegenwärtigen Projekten elektronischer Partizipation kommunaler Planung vor allem jugendliche Teilnehmende unterrepräsentiert sind. Auf den ersten Blick hätte man hier erwartet, insbesondere aus dem Blickwinkel derjenigen, die eine hohe Bedeutung der Medienkompetenz für die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungskreisen ins Feld führen, dass online-moderierte Verfahren zu einer überdurchschnittlichen Beteiligung im Verhältnis zu anderen Altersgruppen führen würden. Immerhin kann man der ARD-ZDF-Online-Studie⁸ entnehmen, dass von 2003 bis 2009 die „gelegentliche Online-

Nutzung“ von 92,1% auf 97,5% gestiegen ist, und was immer noch der höchste Wert im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen ist. Dies ist aber nicht der Fall. Eine typische Verteilung für online-moderierte Verfahren zeigen die Abbildungen 3, 4 und 5 – stellvertretend für viele andere online-moderierte Verfahren, die in Kommunen durchgeführt wurden. Im Kölner Bürgerhaushalt 2008 (Abbildung 3) wurden die Bürger während einer 4-wöchigen Online-Phase aufgefordert, zu drei Themenbereichen Spar- und Ausgabevorschläge zum Kölner Haushalt zu machen. Insgesamt beteiligten sich über 10.000 Menschen aktiv an dem Verfahren. Es wurden knapp 5.000 Vorschläge gemacht, die über 9.000-mal kommentiert und über 52.000-mal von den Teilnehmenden bewertet wurden (ausführlicher vgl. Märker/Wehner 2010, Vorwerk et al. 2008). Abbildung 3 zeigt eine typische Verteilung: Jugendliche, aber auch noch die bis 35-jährigen Teilnehmenden sind unterrepräsentiert, während die 35-bis 55-Jährigen deutlich überrepräsentiert sind. Und

55

Abbildung 3: Altersverteilung im Kölner Bürgerhaushalt (2008)⁹

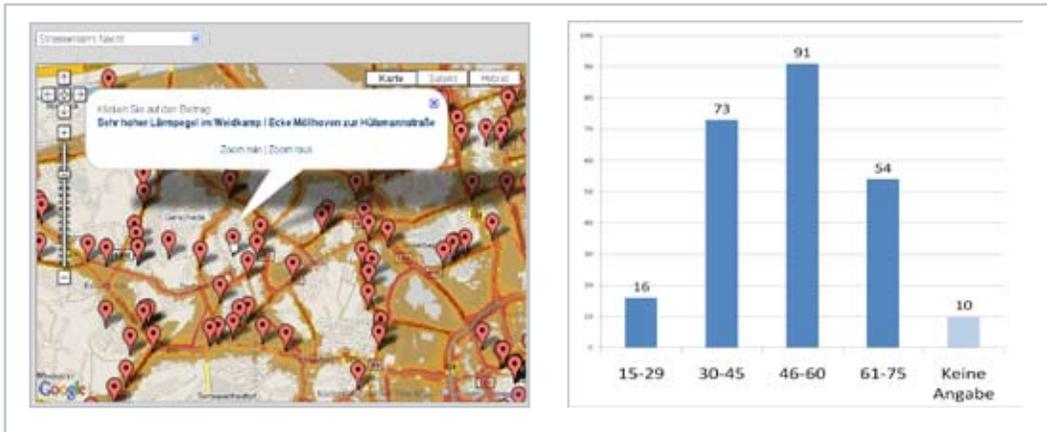


Quelle: ZebraLog

8 vgl. <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>

9 Alter in Prozent (%) – 942 Befragte; vgl. <http://www.stadt-koeln.de/buergerhaushalt>

Abbildung 4: Altersverteilung Lärmaktionsplanung in Essen (2009)¹⁰



Quelle: ZebraLog

56

(vielleicht überraschend): Auch ältere Teilnehmende bis 65 Jahre waren überrepräsentiert. Ein ähnliches Bild zeigt die Abbildung 4 der Online-Beteiligung zur Lärmaktionsplanung in der Stadt Essen. Dort wurden Bürger aufgefordert, „Lärmorte“ in Essen zu benennen und Vorschläge zu machen, wie Lärm reduziert oder Orte vor Lärm geschützt werden können (vgl. Märker et al. 2009).

Auch Abbildung 5 zeigt das gleiche Muster. Auch hier findet sich eine ähnliche Altersverteilung bei online-moderierten Verfahren zum Thema „Familie“, in denen Bürger aufgefordert waren, für eine familienfreundliche Stadt(-Entwicklung) Vorschläge zu machen und Kriterien zu entwickeln. Die Abbildung 6 des Bürgerhaushaltes in der Stadt Bergheim (60.000 Einwohner) zeigt eine etwas „mildere“ Verteilung. Hier gelang es ansatzweise, auch Jugendliche für eine Beteiligung zu gewinnen. Der Bergheimer Bürgerhaushalt folgte weitestgehend dem Kölner Modell (vgl. Märker/Nitschke 2008): Bürger konnten – neben Vorschlägen der Verwaltung – eigene Vorschläge zu Haushaltsthemen einbringen, kommentieren und bewerten. Im Verfahren wurde auch eine sogenannte „Laptop-Klasse“ einbezogen. Den Schülern wurden

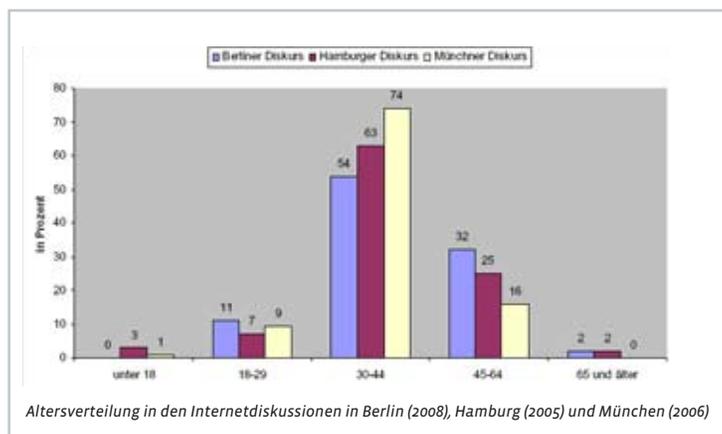
im Rahmen ihres Schulunterrichts das Verfahren und die Beteiligungsplattform vorgestellt. Während eines „Informationstages Bürgerhaushalt“ halfen sie dann als „Internetlotsen“ älteren Bürgern bei der Eingabe und Bewertung von Vorschlägen im Internet. Durch diese aktive Rolle sprach sich offensichtlich das Verfahren unter weiteren Schülern herum, sodass sich auch jüngere Menschen aktiv an dem (elektronischen) Angebot der Stadt Bergheim beteiligten.¹¹

Dennoch: Die Beteiligung Jugendlicher in online-moderierten Verfahren findet in der Praxis (bislang so gut wie) nicht statt, obwohl diese Verfahren, im Gegensatz zu vielen anderen Angeboten im World Wide Web, eine relativ hohe Relevanz aufweisen – sind sie doch in aller Regel recht gut mit den politisch-administrativen Prozessen verknüpft. „Generelle Relevanz“ reicht aber anscheinend nicht, um Jugendliche als Teilnehmende zu gewinnen. Wie das Beispiel der Stadt Bergheim (zumindest ansatzweise) zeigt, müssen Jugendliche darüber hinaus direkt angesprochen werden beziehungsweise dort „abgeholt“ werden, wo sie die meiste Lebenszeit verbringen: in

¹¹ Zusätzlich zum Internet wurde auch eine Vor-Ort-Veranstaltung angeboten, in der zufällig ausgewählte Bürger eingeladen wurden. An dieser Veranstaltung nahmen eher ältere Bevölkerungsgruppen teil (vgl. Abbildung 6).

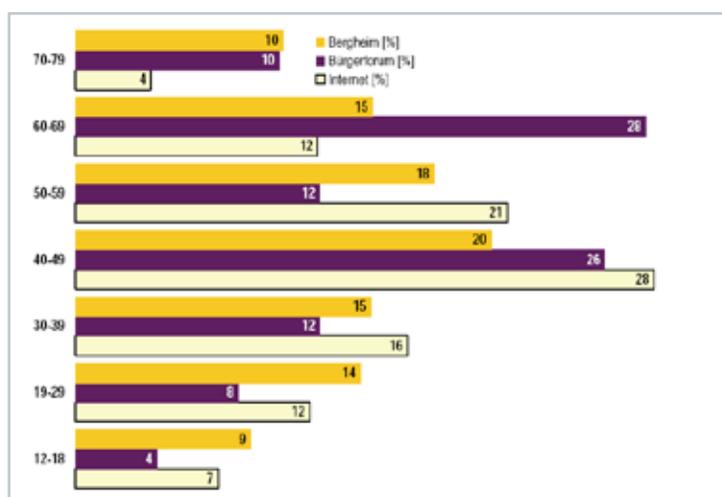
¹⁰ vgl. auch <http://www.essen-soll-leiser-werden.de>

Abbildung 5: Altersverteilungen in online-moderierten Verfahren zum Thema „Familie“¹²



Quelle: TuTech

Abbildung 6: Bürgerhaushalt in Bergheim 2008¹³



Quelle: ZebraLog

der Schule. Jugendliche müssen als Schüler angesprochen werden und die kommunalen Planungsthemen deutlicher in Beziehung zu Jugendlichen beziehungsweise Schülern gesetzt und entsprechend kommuniziert werden: „Was hat der kommunale Haushalt mit dir und deinem Leben zu tun?“ Wird dieser Bezug

deutlich, dann sind Jugendliche auch bereit, sich aktiv einzubringen und sich zu engagieren. Das muss nicht unbedingt in Form eines Projektunterrichtes geschehen, zumal Beteiligungsangebote sich selten mit dem schulischen Curriculum synchronisieren lassen. Viel wichtiger scheint zu sein, dass die Öffentlichkeitsarbeit die Zielgruppe über die richtigen Kanäle – wie zum Beispiel Schulpflegschaften, Jugendparlamente, Sportvereine, aber auch über Soziale Medien/Netzwerke – anspricht und die Relevanz des zur Beteiligung anstehenden Themas für die jugendlichen Bürger verdeutlicht. Im kürzlich durchgeführten zweiten Kölner Bürgerhaushalt (November bis Dezember 2009) stand zum Beispiel das Thema „Schule/Bildung“ zur Diskussion. Bei diesem Thema fiel es nicht schwer – kommuniziert über die Schulpflegschaften – auch jugendliche Teilnehmende zu gewinnen: So wurden sehr viele Vorschläge zur Verbesserung der Situation in den Kölner Schulen gemacht und sehr

hohe Bewertungszahlen für diese Vorschläge abgegeben, was darauf schließen lässt, dass sehr viele Schüler zur Teilnahme mobilisiert werden konnten.¹⁴ Viel weniger wichtig scheint die „Aufmachung“ elektronischer Beteiligungsangebote in der kommunalen Planung zu sein, die in aller Regel weder das ganze „Web-2.0-Arsenal“ ausnutzen, noch besonders bemüht sind,

¹² Quelle: http://www.zusammenleben-in-berlin.de/site/downloads/_32_Berliner_Familiendiskurs_Abschlussbericht.pdf
¹³ vgl. <http://www.haushalt-bergheim.de>

¹⁴ Zahlen zum zweiten Kölner Bürgerhaushalt werden im Laufe des Jahres 2010 veröffentlicht

Abbildung 7: „Laptop-Klasse“ in Bergheim (links);
Schüler als „Lotse“ (rechts), 2008



Quelle: ZebraLog

58

in einem „jugendlichen Design“ oder Sprache daherzukommen. Dies scheint auch der zweite Hamburger Bürgerhaushalt¹⁵ (2009) zu bestätigen, der mit seinem alles andere als biederen Design sogar noch weniger Jugendliche auf der Partizipationsplattform verzeichnen konnte (1 %) als im ersten Durchgang 2006 (3 %).¹⁶ Hier sollte man Jugendliche mit Blick auf die Relevanz eines Verfahrens nicht unterschätzen: Die Verpackung alleine reicht nicht aus. Was allerdings umgekehrt nicht ausschließt, dass durch ein ansprechendes Design zusätzlich jugendliche Teilnehmende gewonnen werden können.¹⁷

Ausblick

Angesichts der gegenwärtigen Aufbruchstimmung in vielen Kommunen und den durchaus erfolgreichen Projekten kann angenommen werden, dass die Bedeutung des Internets für die Bürgerbeteiligung weiter zunehmen wird: Immer dann, wenn Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt werden, wird zukünftig das Internet nicht nur zur Online-Beteiligung genutzt

werden, sondern auch als Informations- und Dokumentationsmedium das gesamte Verfahren widerspiegeln. So wird online über geplante Vor-Ort-Angebote informiert werden und es werden – neben den Ergebnissen der Online-Konsultation oder anderer elektronischer Beteiligungsformate – dort auch die Ergebnisse (zum Beispiel Protokolle) aus diesen Veranstaltungen zu finden sein. Mit der Bereitschaft der Kommunen, in Bürgerbeteiligungsverfahren zu investieren, ist auch das Bewusstsein für die Vielschichtigkeit des Themas E-Partizipation gewachsen. Wie können spezifische Bevölkerungsgruppen dazu gebracht werden, die Beteiligungsangebote ihrer Kommune zu nutzen? Wie müssen bestimmte Zielgruppen angesprochen werden? Wie sieht ein optimaler Mix an Medien und Methoden für ein Beteiligungsverfahren aus? Wie lassen sich die Ergebnisse effizient auswerten und in den Planungsprozess einspeisen? Wie sieht ein tragfähiges Geschäftsmodell für Bürgerbeteiligung aus? Die Beantwortung solcher Fragen erfordert zukünftig einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen. Es darf dabei allerdings nie aus den Augen verloren werden: Das Internet ist per se kein Heilsbringer! Dies gilt für Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und für die Zielgruppe „Jugendliche“ im Speziellen. Das Internet ist für sich genommen kein Sinngabe und trägt nur – wenn

15 vgl. <http://www.buergerhaushalt-hamburg.de>

16 vgl. Abschlussbericht unter <http://www.buergerhaushalt-hamburg.de>

17 Werden nicht nur Jugendliche, sondern die gesamte Bürgerschaft als Zielgruppe angesprochen, wird man sicherlich weiterhin wie bisher auf eine eher „zielgruppenneutrale“ Gestaltung der Plattformen zurückgreifen.

überhaupt – geringfügig zur Mobilisierung medienaffiner Bevölkerungsgruppen bei (vgl. Ifib/Zebraalog 2008). Von zentraler Bedeutung bleibt die Relevanz des Verfahrens. Nur wenn eine Beteiligungsofferte erkennbare Spielräume aufweist und diese zielgruppenspezifisch aufzeigt, kann davon ausgegangen werden, dass Menschen sich beteiligen werden und sich (durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit) mobilisieren lassen. Werden als Zielgruppe „die Bürgerinnen und Bürger“ angesprochen, ist vermutlich davon auszugehen, dass es (zumindest in näherer Zukunft) zu ähnlichen Verteilungen mit Bezug auf das Alter (wie oben skizziert) kommen wird, aber auch mit Bezug auf andere, hier nicht betrachtete soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Bildung, oder Migrationshintergrund. Jugendliche bleiben also mit einiger Wahrscheinlichkeit eher unterrepräsentiert, selbst dann, wenn Themen zur Diskussion stehen, die sie unmittelbar betreffen. Hier ist also Kreativität gefragt, um eine aktive Einbindung junger Menschen zu erreichen. Manchmal reichen schon kleine Schritte aus, wie das Beispiel aus dem Bürgerhaushalt in Bergheim gezeigt hat: auf die Jugendlichen als Schüler in den Schulen zuzugehen.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Breuer, Matthias/Wilforth, Stephan (2008): Online-Planungsinformation und Beteiligung in der kommunalen Bauleitplanung. Erfahrungsbericht am Beispiel der Stadt Kamen, in: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie 32 (3/2008), 90-96.
- Fleischhauer, Dietmar et al. (1998): <http://bürger.beteiligung.de/> Planungsbeteiligung durch Informations- und Kommunikationstechnik, in: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie 22 (4/1998), 19-25.
- Hagedorn, Hans (2003a): 80.000qkm unter Bürgereinfluss. Interaktive Bürgerbeteiligung Alexanderplatz Berlin, URL: <http://www.politik-digital.de/text/egovernment/bund/Alex.shtml> (abgerufen am: 29.09.2006).
- Hagedorn, Hans (2003b): Interaktive Planung, in: *Kommune21. e-Government, Internet und Informationstechnik* (9/2003), 22-23.
- Ifib/Zebraalog (2008): „E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government“. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1., URL: <http://www.e-konsultation.de>
- Klages, Helmut/Daramus, Carmen (2007): „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin. Begleitende Evaluation des ersten Durchlaufs. Abschlussbericht.
- Krauch, Helmut (1972): *Computerdemokratie*. Düsseldorf.
- Leggewie, Claus/Bieber, Christoph (2003): *Demokratie 2.0. Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei?*, in: Offe, Claus (Hrsg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt/New York, 124-151.
- Lenk, Klaus (1976): *Partizipationsfördernde Technologien?*, in: Lenk, Klaus (Hrsg.): *Informationsrechte und Kommunikationspolitik. Entwicklungsperspektiven des Kabelfernsehens und der Breitbandkommunikation (Beiträge zur juristischen Informatik 4)*, Darmstadt, 111-123.
- Lührs, Rolf et al. (2004): *Online Diskurse als Instrument politischer Partizipation – Evaluation der Hamburger Internetdiskussion zum Leitbild „Wachsende Stadt“*, in: *kommunikation@gesellschaft* 5, 1-23, URL: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B1_2004_L%FChrs_Albrecht_Hohberg_L%FCbcke.pdf (abgerufen am: 24.01.2010).
- Lührs, Rolf/Hohberg, Birgit (2007): *Was wollen wir uns leisten? Hamburger Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich an der Haushaltsplanung*, in: *Stiftung Mitarbeit/Initiative eParticipation (Hrsg.): E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten* 21, Bonn, 52-72.
- Märker, Oliver (2005): *Online-Mediation als Instrument für eine nachhaltige Stadt- und Regionalplanung. Eine qualitative Untersuchung zur internen und externen Relevanz online-mediierter Verfahren (Fraunhofer Series in Information and Communication Technology, 2/2005)*, Aachen.

- Märker, Oliver/Nitschke, Ulrich (2008): Bürger als Ideengeber für die Haushaltsplanung, in: *der städtetag* (4/2008), 25-29.
- Märker, Oliver/Steinbrinck, Hartwig/Stöcker-Meier, Elke (2009): Lärm im Web, in: *Kommune 21. e-Government, Internet und Informationstechnik* (10/2009), 56-57.
- Märker, Oliver/Wehner, Josef (2008a): E-Partizipation – Bürgerbeteiligung in Stadt- und Regionalplanung, in: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32 (3/2008), 84-89.
- Märker, Oliver/Wehner, Josef (2008b): Haushaltsplanung 2.0 — E-Partizipation über Bürgerhaushalte, in: *Habel, Franz-Reinhard/Huber, Andreas (Hrsg.): Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger, Boizenburg, S. 63-70.*
- Märker, Oliver/Wehner, Josef (2010): Kommunaler Bürgerhaushalt als elektronisches Fachverfahren am Beispiel der Stadt Köln, in: *eGovernment Computing (Hrsg.): eGovernment Kompendium 2010. IT-Referenzbuch für den Öffentlichen Sektor, Augsburg, 76-77.*
- Märker, Oliver/Westholm, Hilmar (2008): Studie: E-Partizipation in Deutschland. Stärken – Schwächen – Handlungsempfehlungen, in: *Parycek, Peter/Prosser, Alexander (Hrsg.): EDem08 E-Democracy Conference, 29th – 30th September 2008. Danube University Krems. Austria, Wien, 211-222.*
- Mitterhuber, Renate (2003): Hamburger Bürger entwickeln im Internet Ideen für die „Wachsende Stadt“. Erfahrungen mit E-Partizipation im Jahr 2002, in: *Prosser, Alexander/Krimmer, Robert (Hrsg.): e-Democracy: Technologie, Recht und Politik, Wien, 69-76.*
- OECD (2001): *Engaging Citizens in Policy Making: Information, Consultation and Public Participation (PUMA Policy Brief 10)*, hrsg. von: Organisation for Economic Co-operation and Development, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/24/34/2384040.pdf>
- Poppenborg, Annika/Scholz, Anja (2003): Esslingen: Haushalt im Web-Dialog, in: *Kommune21. e-Government, Internet und Informationstechnik* (9/2003), 24.
- Richter, Sabine/Bloem, Gabriele (2008): Ein Plan soll in die Region. Elektronisch unterstützte Öffentlichkeitsbeteiligung am Regionalen Flächennutzungsplan, in: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32 (3/2008), 104-107.
- Trénel, Matthias/Märker, Oliver/Hagedorn, Hans (2001): Internet-gestützte Bürgerbeteiligung: Das Fallbeispiel Esslingen, in: *Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.): Kooperative Planung und Mediation im Konfliktfall. Referatesammlung zu den Kursen 406, Juni 2000 und 421, Juni 2001, Bd. 83, Berlin, 149-168.*
- Vorwerk, Volker/Märker, Oliver/Wehner, Josef (2008): Bürgerbeteiligung am Haushalt. Das Beispiel Bürgerhaushalt Köln, in: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32 (3/2008), 114-119.
- Vorwerk, Volker/Riedel, Daniela (2008): Planen mit mehr als 1.000 Beteiligten. Berliner Stadtentwicklungsprojekte im Online-Dialog, in: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32 (3/2008), 108-113.
- Ziegenhagen, Ulrich/Seelbach, Martin (1998): GeoMed – Ein internetbasierteres Medium für die Regional- und Stadtentwicklungsplanung (Standort Gespräch), in: *Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie* 22 (4/1998), 5-9.

1.4

Partizipation in Ganztagschulen

Christine Steiner, Bettina Arnoldt



Es besteht offenkundig ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass Kinder und Jugendliche an allen demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen. Es herrscht zwischenzeitlich auch kein Mangel an Initiativen, Programmen und Projekten, mittels derer die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht, unterstützt und gefördert werden soll (vgl. Burdewick 2003: 14f.). Gleichwohl wird vielfach eine breite Kluft zwischen politischem Anspruch und Partizipationswirklichkeit konstatiert (vgl. Bundesjugendkuratorium 2009: 4).

Dies gilt nicht nur, aber insbesondere für die Partizipationswirklichkeit in der Institution, in der Kinder und Jugendliche einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit verbringen: der Schule. Sicher: Schulen sind heute nicht mehr die bürokratisch verfassten Disziplinaranstalten vergangener Tage, vielmehr wird durchaus darauf geachtet, dass die Schüler die Möglichkeit haben, sich im Rahmen der Schule zu engagieren (vgl. Speck 2007, Hurrelmann et al. 2006: 46). Auch können sich Kinder und Jugendliche in Sachen Mitwirkung in der Schule auf die in den Schulgesetzen der Bundesländer niedergeschriebenen Partizipationsrechte berufen. Dies mag als Hinweis darauf genügen, dass eine Institution wie die Schule durchaus und nicht zuletzt durch Mitwirkung, aber auch durch Protest zu verändern ist.

Allerdings gelten die konkreten Einflussmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche nach wie vor als gering beziehungsweise auf das Konsultative beschränkt (vgl. Jaun 1999: 266, Quesel/Oser 2007). Vor allem aber sind Klagen über das mangelnde Interesse der Schüler, sich aktiv an schulischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, verbreitet (vgl. MAFGS 2000: 53).

Dies wird als Ausdruck einer mangelnden partizipatorischen Kultur an den Schulen angesehen (vgl. Speck 2007). Wenn Partizipation zwar gewollt, aber die Autonomie der Schüler nicht anerkannt wird, werden Angebote abgelehnt oder mündet Beteiligung in Formen simulierter Partizipation (vgl. Helsper et al. 2006: 337).

Deshalb wird die Entwicklung einer partizipatorischen, auf gegenseitige Achtung und Anerkennung beruhenden Schulkultur angemahnt. Und genau hier werden die besondere Aufgabe und die besondere Chance der Ganztagschule gesehen. So haben Ganztagschulen durch den erweiterten Zeitrahmen die Möglichkeit, extracurriculare Aktivitäten in den Schulalltag aufzunehmen, in denen kooperative und von Fairness bestimmte Praktiken verwirklicht und von den Schülern eingeübt werden können (vgl. Edelstein 2007a/b, Hartnuß/Maykus 2006). Darüber hinaus sind an Ganztagschulen außer den Lehrern vor allem auch sozial-, jugend- und freizeitpädagogische Fachkräfte tätig, die zum Teil über Erfahrungen mit non-formalen, partizipativ und prozessual ausgerichteten Angeboten für Kinder und Jugendliche verfügen und in die schulische Arbeit einbringen können (vgl. Oelerich 2007: 26ff.). Und schließlich können Schulen in ihrem Ganztagsangebot programmatische Schwerpunkte setzen und in diesem Zusammenhang partizipative Elemente systematisch in die Schulentwicklung einbeziehen. Ganztagschulen haben gleich aus verschiedenen Gründen die Möglichkeit, eine partizipatorische Alltagspraxis im Rahmen der Schule zu etablieren.

Gleichwohl: Es handelt sich in erster Linie um Erwartungen. Aus diesem Grund gehen wir in diesem Beitrag in erster Linie der Frage nachgegangen, wie es um die Partizipation in der „Ganztagswirklichkeit“ bestellt ist. Dazu werden im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse vorgestellt, die auf der Basis einer Auswertung der Daten der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG¹) gewonnen und an anderer Stelle ausführlich beschrieben worden sind (vgl. Arnoldt/Steiner 2009). Im Rahmen der StEG werden alle am Ganztage beteiligten Personen befragt. Die Analysen beruhen auf den Angaben von 357 Schulleitungen sowie 3.023 Grundschulern und 27.539 Schülern der Sekundarstufe I der ersten Erhebungswelle des Jahres 2005. Darüber hinaus werden einige Befunde zur Beteiligungsorientierung der Lehrkräfte (8.761 Befragte) und der pädagogischen Mitarbeiter (1.750 Befragte) vorgestellt.

Mitwirkung als Gestaltungsaufgabe von Ganztagschulen

Wenn es um die Einfluss- beziehungsweise Mitentscheidungsmöglichkeiten für Schüler geht, dann zeichnen sich in vorliegenden, sich allerdings nicht auf die Ganztagschule beziehenden, empirischen Untersuchungen vor allem zwei Befunde ab:

Erstens scheinen Schulen die Partizipationsmöglichkeiten in Abhängigkeit mit Blick auf das Alter der Kin-

der und Jugendlichen zu gestalten. Älteren Schülern werden in der Regel mehr beziehungsweise weitergehende Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt als jüngeren (vgl. u.a. Bacher/Weber 2008: 2).

Zweitens gibt es deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Mitwirkungsbereiche. Insbesondere im „Kerngeschäft“ der Schulen, dem Unterricht, gelten die Mitwirkungsmöglichkeiten als stark ausbaufähig (vgl. u.a. Schmidt 2001, Krüger et al. 2000). Anders ausgedrückt: Partizipation soll/kann vor allem dort stattfinden, wo sie das Handeln der Lehrenden nicht unmittelbar berührt (vgl. Speck 2007).

Partizipationsspielräume an Ganztagschulen

Wie sieht dies nun an Ganztagschulen aus? Im Rahmen der StEG werden die Schulleitungen in der Erstbefragung ausführlich zu den Mitwirkungsmöglichkeiten der Schüler befragt. Für insgesamt 20 Bereiche² soll angegeben werden, ob es für die Kinder und Jugendlichen keine, nur Mitsprache- oder unmittelbare Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt. Die Angaben für diese Bereiche haben wir in einer Gesamtskala und drei bereichsspezifischen Skalen zusammengefasst. Das in den Abbildung 1 und 2 dargestellte Ergebnis fällt zumindest auf den ersten Blick recht eindeutig aus: Die beiden oben genannten Unterschiede findet man auch bzw. nach wie vor an Ganztagschulen.

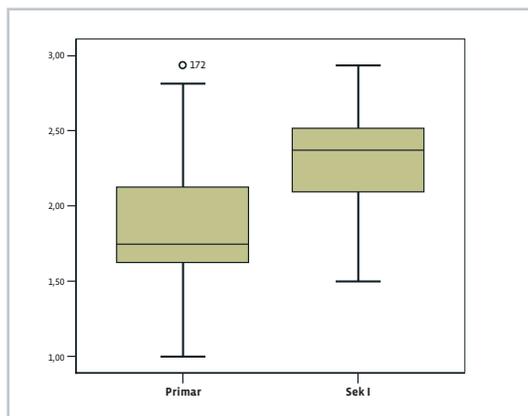
Wie in der nachstehenden Abbildung 1³ zu erkennen ist, besteht ein deutlicher Unterschied im Umfang bzw. in der Reichweite der Partizipationsspielräume zwischen Grundschulen und Schulen der Sekundar-

1 Im Rahmen der StEG wird der Ausbau von Ganztagschulen in 14 Bundesländern untersucht. Um diese Entwicklung angemessen verfolgen zu können, ist die Studie längsschnittlich angelegt, das heißt an den beteiligten Schulen werden seit 2005 im Abstand von je zwei Jahren insgesamt drei Befragungen durchgeführt, an denen neben den Schulleitungen auch die Lehrkräfte und das weitere Personal, Kooperationspartner sowie die Schüler der Jahrgangsstufen 3, 5, 7 und 9 und deren Eltern beteiligt sind. Durchgeführt wird die StEG vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), dem Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) und dem Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS), gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Europäischen Sozialfonds (ESF). Mehr Informationen zum Projekt: <http://www.projekt-steg.de>

2 Gefragt wurde beispielsweise, ob die Schüler bei der Planung und Gestaltung des Unterrichts gar nicht (1) mitwirken können oder ihnen die Mitsprache- (2) oder Mitbestimmung (3) möglich ist.

3 Lesehilfe: Schulleitungen, die angaben, dass ihre Schüler in allen aufgeführten Bereichen mitbestimmen können, ist der Wert „3“ zugeordnet; Schulleitungen, die zu Protokoll gaben, dass es keinerlei Mitwirkungsmöglichkeiten gibt, werden durch den Wert „1“ repräsentiert. Alle anderen Variationen haben einen Wert zwischen „1“ und „3“.

Abbildung 1: Partizipationsspielräume an Ganztagschulen, unterschieden nach Grund- und Primarstufe



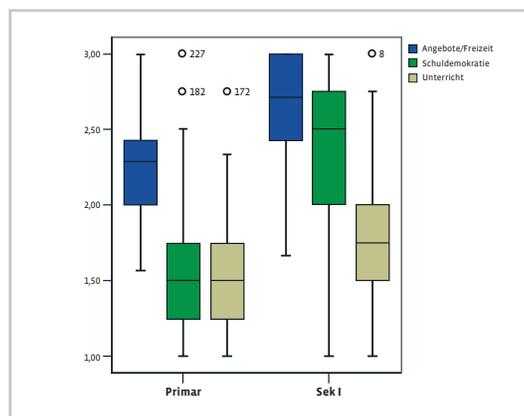
Quelle: StEG Schulleitungsbefragung 2005, n=344, gewichtete Angaben, Skalenwert 1= überhaupt keine Mitwirkungsmöglichkeiten, 3= Mitbestimmung in allen Bereichen

stufe I: Während sich die Mitwirkungsmöglichkeiten im Grundschulbereich allenfalls auf die Mitsprache der Schüler beschränken, tendieren sie im Rahmen der Sekundarstufe I deutlich zu einer recht weitgehenden Mitbestimmung. Allerdings zeichnen sich die Werte für die Grundschule durch eine recht ausgeprägte Spannweite aus, das heißt es gibt sowohl Grundschulen, an denen Mitwirkungsmöglichkeiten für die Schüler kein Thema darstellen, es gibt aber auch Grundschulen, die ihren Schülern offenbar weitgehende Mitbestimmungsräume eröffnen.

In Abbildung 2 ist zu erkennen, dass auch an Ganztagschulen die charakteristischen Unterschiede zwischen den einzelnen Beteiligungsbereichen wiederzufinden sind, und zwar sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe. Demnach bestehen in beiden Schulstufen die größten Mitwirkungsmöglichkeiten im Bereich der erweiterten beziehungsweise zusätzlichen Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote. Bemerkenswert ist vor allem der recht hohe Wert für die Schulen der Primarstufe.

Deutlich eingeschränkter sind die Beteiligungsmöglichkeiten demgegenüber in Sachen Schuldemokra-

Abbildung 2: Partizipationsspielräume an Ganztagschulen, unterschieden nach Grund- und Primarstufe sowie Partizipationsbereichen



Quelle: StEG Schulleitungsbefragung 2005, n=344, gewichtete Angaben, Skalenwert 1= überhaupt keine Mitwirkungsmöglichkeiten, 3= Mitbestimmung in allen Bereichen

tie. Das gilt zwar für beide Schulstufen, gleichwohl fällt insbesondere der im Vergleich zur Sekundarstufe geringe Mitwirkungsspielraum für die Schüler an Grundschulen auf. Beides korrespondiert mit den an den Schulen vorhandenen institutionellen Beteiligungsformen. Zwar sind an nahezu allen Schulen Klassensprecher vertreten, aber bereits beim Vorhandensein einer Schülervertretung zeigen sich deutliche Unterschiede. Sie gibt es lediglich an einem knappen Fünftel der Primarschulen, aber immerhin an fast 90 Prozent aller Schulen der Sekundarstufe I.

Gemeinsam ist den Schulen beider Bereiche jedoch eine eingeschränkte Offenheit in Bezug auf die Unterrichtsgestaltung. Damit scheint auch an Ganztagschulen der Unterricht der Bereich zu sein, in dem die Schüler am wenigsten mitgestalten, vor allem aber mitbestimmen können.

Allerdings gibt es gute Argumente dafür, nicht vorschnell davon auszugehen, dass an der Ganztagschule alles beim Alten geblieben ist. Zunächst einmal hat die Ganztagschule in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Karriere hingelegt. Sie ist nicht nur vom bildungspolitischen „Schmuddelkind“ zum gro-

ßen Hoffnungsträger avanciert, ihre Zahl hat in den vergangenen Jahren auch stark zugenommen. Dies bedeutet aber auch, dass ein beträchtlicher Teil der Schulen zum Zeitpunkt der Befragung erst am Beginn der Etablierung des Ganztagsbetriebes stand. Unter den im Rahmen der StEG befragten Schulen waren nur rund 40 Prozent bereits länger als vier Jahre Ganztagschule. Erfahrene Ganztagschulen könnten bei der Etablierung einer partizipativen Kultur weiter fortgeschritten gewesen sein als die Schulen, die erst am Anfang standen.

64 Darüber hinaus kommen in der Bundesrepublik unterschiedliche die Verbindlichkeit der Teilnahme der Schüler regelnde Organisationsformen zum Einsatz. Im so genannten offenen Modell können die Schüler von Schuljahr zu Schuljahr wählen, ob sie am Ganztagsangebot teilnehmen wollen. An so genannten teil – und vollgebundenen Schulen ist die Teilnahme für einen Teil oder für alle Schüler verbindlich. Zwar setzen die einzelnen Bundesländer hier unterschiedliche Schwerpunkte, insgesamt überwiegt jedoch das offene Modell, und zwar vor allem aufgrund der Dominanz des offenen Modells in der Grundstufe (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 72). Wenn ein Argument für die Hoffnung auf mehr Partizipation mehr Zeit ist, dann steht dieser erweiterte Zeitrahmen an offenen Ganztagschulen nur für bestimmte Schüler, und dies auch nur für eine gewisse Zeit, zur Verfügung. Auch dies kann dem Einüben kooperativer und von Fairness bestimmter Praktiken durchaus Grenzen setzen.

Demgegenüber sollte die explizite Zielsetzung, eine neue Schulkultur etablieren zu wollen, eher mit größeren Beteiligungsmöglichkeiten einhergehen. Nicht zu vergessen sind auch regionale Unterschiede: Die in der Regel liberalere städtische Kultur könnte sich in der Beteiligungskultur der Schulen ebenso niederschlagen wie die in den alten Bundesländern deutlich

länger erprobten Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Wodurch werden schulische Partizipations-spielräume bestimmt?

Dem Einfluss dieser Merkmale sowohl für die Schulen der Grund- als auch der Sekundarstufe I wurde nachgegangen. Dabei zeigt sich eine Reihe zum Teil erwartungswidrige Unterschiede. So wird zum Beispiel deutlich, dass die Schulleitungen ostdeutscher Grundschulen die Partizipationsmöglichkeiten ihrer Schüler größer einschätzen als ihre westdeutschen Kollegen, oder dass an Grundschulen die Mitwirkungsreichweite im Bereich der Angebote und der Unterrichtsgestaltung mit der Schulgröße zu-, in der Sekundarstufe I jedoch abnimmt.

Interessant ist auch, dass es besonders die Haupt- und Realschulen sind, die ihren Jugendlichen Partizipationschancen bieten. Bemerkenswert ist auch, dass die Erfahrung, die man als Ganztagschule hat, in beiden Schulbereichen kaum eine Rolle spielt, und wenn, dann zeigt sich, dass vor allem die jüngeren Ganztagschulen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bieten – bei den Grundschulen im Bereich der Unterrichtsgestaltung, in der Sekundarstufe I im Bereich der Schulkultur. Gleiches gilt auch für die Verbindlichkeit der Teilnahme. Hier haben wir erwartet, dass mehr partizipatorische Handlungsspielräume vor allem mit den gebundenen Formen des Ganztagsbetriebes einhergehen. Stattdessen spielt die Art der Organisation in den einzelnen Mitwirkungsbereichen kaum eine Rolle, und wenn, dann auf eine Weise, die man nicht erwartet hatte: Die Mitwirkungsmöglichkeiten fallen an den gebundenen Schulen in den betreffenden Bereichen geringer aus.

Der einzige Faktor, der in allen Bereichen sowohl in den Grundschulen als auch in der Sekundarstufe I einen positiven Einfluss auf die Partizipationsreich-

weite fast aller Bereiche hat, ist die programmatische Festlegung der Schulen auf die Herausbildung einer neuen Lernkultur. Damit scheint auch für Ganztagschulen zu gelten, dass eine partizipative Schule nur dann möglich wird, wenn man dies auch explizit will.

Spricht dies für eine neue schulische Partizipationskultur?

Gleichwohl bleibt ein Ziel ein Ziel, und so beruhigend es ist, dass eine konzeptionelle Festlegung auch durch konkrete Handlungsspielräume untersetzt wird, sagt es noch nichts darüber aus, ob diese auch tatsächlich von Lehrenden und Lernenden wahrgenommen und genutzt werden, ob eine partizipatorische, auf gegenseitige Achtung und Anerkennung beruhende Schulkultur sich in das alltägliche Handeln gewissermaßen eingegraben hat. Spiegeln sich die Tendenzen auch in der Beteiligungsorientierung der Lehrkräfte sowie des pädagogischen Personals und der Wahrnehmung der Mitwirkungsmöglichkeiten durch die Schüler wider?

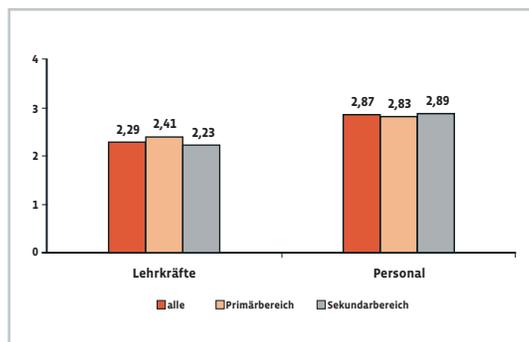
Beteiligungsorientierung des Personals

Hier ist zunächst einmal darauf aufmerksam zu machen, dass die eingangs geäußerte Hoffnung, mit so-

zial-, jugend- und freizeitpädagogischen Fachkräften kämen Mitarbeitende an die Schule, für die eine ausgeprägte Mitwirkungsorientierung charakteristisch ist, nicht unbegründet ist. Wie in Abbildung 3 zu erkennen ist, zeichnen sich die Teams der pädagogischen Mitarbeiter an der Schule in der Tat durch eine größere Beteiligungsorientierung als Lehrkräfte aus. Dies trifft für die Grundschulteams ebenso zu wie für die Mitarbeitenden an den Schulen der Sekundarstufe I. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Kollegien an den Ganztagsgrundschulen eine stärkere Beteiligungsorientierung aufweisen als Kollegien an Schulen der Sekundarstufe I.

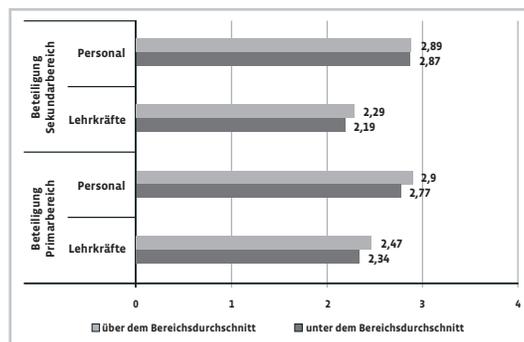
Wie weiter oben dargelegt, sind vor allem an den Schulen weitgehende Beteiligungsspielräume zu finden, die sich das Ziel gesetzt haben, eine neue Lernkultur zu etablieren. Zu vermuten wäre daher, dass sich die Kollegien und Teams dieser Schulen durch eine stärkere Beteiligungsorientierung auszeichnen. Grundsätzlich wird in den Schulen des Sekundarbereichs in stärkerem Maße das Ziel angegeben, an einer neuen Lernkultur arbeiten zu wollen.

Abbildung 3: Beteiligungsorientierung von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern



Quelle: StEG Schulleitungs-, Lehrkraft- und Personalbefragung 2005, n=355, Angaben der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals auf Schulebene aggregiert, ***=p < 0,00, Skalenwert 0= keine Beteiligungsorientierung, 4= ausgeprägte Beteiligungsorientierung

Abbildung 4: Beteiligungsorientierung von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern, unterschieden nach Ausprägung des Ziels „Entwicklung einer neuen Lernkultur“



Quelle: StEG Schulleitungs-, Lehrkraft- und Personalbefragung 2005, n= 355, Angaben der Lehrkräfte und des Personals auf Schulebene aggregiert, **= p<0,02, ***=p < 0,00, Skalenwert 0= keine Beteiligungsorientierung, 4= ausgeprägte Beteiligungsorientierung

Aus diesem Grund wurden der jeweilige Mittelwert des Skalenwertes getrennt für die beiden Schulbereiche berechnet und dann sowohl die Grundschulen als auch die Schulen der Sekundarstufe I danach unterschieden, ob sie der Zielsetzung im Rahmen ihres Bereiches in eher unter- oder überdurchschnittlichem Maße folgen.

66

Im Ergebnis zeigt sich, dass an den Grundschulen, die im überdurchschnittlichen Maß an der Herausbildung einer neuen Lernkultur arbeiten wollen, sowohl die Lehrkräfte als auch die pädagogischen Mitarbeiter im Schnitt partizipationsorientierter waren als die Lehrkräfte und Mitarbeiter der Schulen, für die die Entwicklung einer neuen Lernkultur weniger prioritär war. Im Sekundarbereich fallen die entsprechenden Unterschiede nicht so deutlich aus. Hier ist „nur“ ein entsprechend deutlicher Unterschied in der durchschnittlichen Beteiligungsorientierung der Kollegien zuerkennen.

Offenkundig wird das Ziel, eine andere, nicht zuletzt auch partizipative, Lernkultur etablieren zu wollen, auch im alltäglichen Handeln von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern umgesetzt. Insofern korrespondiert die Einschätzung der Schulleitungen durchaus mit den Beteiligungsorientierungen des Schulpersonals. Wie sieht das jedoch bei den Kindern und Jugendlichen aus?

Wahrnehmung der Partizipationsspielräume durch Kinder und Jugendliche

Bereits in der Einleitung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass neben mangelnden Möglichkeiten auch scheinpartizipative Angebote dazu führen, dass Kinder und Jugendliche Beteiligungsgelegenheiten nicht wahrnehmen, gegebenenfalls ein eigenes Engagement ablehnen. Allerdings muss durchaus sowohl das Erkennen dieser Gelegenheiten als auch das Engagement selbst erst erlernt werden. Darauf deuten die

verschiedenen empirischen Befunde, die zeigen, dass die Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten nicht nur von schulischen Merkmalen, sondern auch von Merkmalen des Schülers selbst, das heißt von seiner Persönlichkeit, aber auch von seiner Herkunft, bestimmt ist (vgl. Weber et al. 2008).

Ähnlich wie bei der Einschätzung der Schulleitung wurde überprüft, welche Faktoren die Wahrnehmung von Partizipationsspielräumen bestimmen. Neben den bereits vorgestellten schulischen Kontextmerkmalen wurde eine Reihe von persönlichen Merkmalen der Schüler herangezogen. Neben dem Geschlecht, dem ethnischen Hintergrund und dem sozialen Status der Familie zählte dazu auch das soziale Engagement in der Schule (zum Beispiel „Habe anderen beim Lernen geholfen beziehungsweise mich dafür engagiert, Konflikte gewaltfrei zu lösen“) und das Selbstkonzept (zum Beispiel „Eigentlich bin ich mit mir ganz zufrieden“, „Ich lerne Dinge schnell“) berücksichtigt. Bei den Schülern der Sekundarstufe I wurde darüber hinaus das Alter und das außerschulische Freizeitverhalten (insbesondere Verbandsarbeit, Jobben) sowie die Einschätzung des Schüler-Lehrer-Verhältnisses sowie das Schüler-Betreuer⁴-Verhältnis aus Sicht der Schüler aufgenommen.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die Schüler der beiden Schulstufen aufgrund des großen Altersunterschieds zwischen ihnen zu jeweils unterschiedlichen Dimensionen von Partizipation befragt wurden. Grundschüler treffen Aussagen darüber, wie sie im Unterricht, in den Angeboten, aber auch bei schulischen Gelegenheiten (Schulhofgestaltung, Schulfeste) mitbestimmen können (vgl. Arnoldt/Stecker 2008). Schüler der Sekundarstufe werden nur zu Partizipationsmöglichkeiten im Unterricht und in

4 Personal in den Angeboten

den Angeboten befragt, jedoch ausführlicher als die Grundschüler.

Die Einschätzungen der Grundschüler wurden in einem Index zusammengefasst, der die gemittelte Partizipationswahrnehmung beschreibt. Der Mittelwert des Index liegt bei 1,32 (Minimum=1; Maximum = 2). Das bedeutet: Rund ein Drittel der Grundschüler nimmt überhaupt Partizipationsmöglichkeiten wahr.

Weiter von Interesse war, welche der vielen Faktoren in starkem Maß eine höhere Partizipationswahrnehmung beeinflussen⁵. Die Ergebnisse zeigen, dass für Grundschüler durchaus entgegen der Erwartung die soziale Herkunft eine untergeordnete beziehungsweise allenfalls vermittelte Rolle über das sozialstrukturell präformierte Sozialengagement spielt. Relevant für Grundschüler sind vor allem Kontextmerkmale wie die Schulgröße und die Lage der Schule. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass dies durchaus mit den Einschätzungen der Grundschulleitungen korrespondiert.

Darüber hinaus und für die Ganztagschulforschung sicherlich am interessantesten ist die Tatsache, dass allein die Teilnahme an Ganztagsangeboten mit einer erhöhten Wahrnehmung der Partizipationsmöglichkeiten an der Schule einhergeht.

Die Schüler der Sekundarstufe I wurden ähnlich umfassend befragt wie die Schulleitungen. Gleichwohl fiel ihr Votum vergleichsweise verhalten aus. So lag der mittlere Wert der Einschätzung über die Partizipation in den Ganztagsangeboten bei 2,6 (Minimum= 1; Maximum= 4), was bedeutet, dass überhaupt Mög-

lichkeiten gesehen werden. Immerhin liegt der Wert deutlich über der Einschätzung zur Partizipation im Unterricht. Hier lag der Mittelwert bei 2,1. Demnach sehen die Schüler eher keine Partizipationsmöglichkeiten im Unterricht.

Das wohl wichtigste Ergebnis ist, dass sowohl die wahrgenommen Mitwirkungsmöglichkeiten im Unterricht als auch in den Ganztagsangeboten vor allem vom Verhältnis zu den Lehrkräften und den pädagogischen Mitarbeitern abhängt. Je positiver, unterstützender und/oder offener das Verhältnis eingeschätzt wird, umso größer ist der wahrgenommene Partizipationspielraum.

Darüber hinaus spielt auch hier die Teilnahme an Ganztagsangeboten eine Rolle bei der Wahrnehmung von – auf den Unterricht bezogenen – Partizipationsmöglichkeiten. Das sind recht eindeutige Indizien dafür, dass Partizipation vor allem von der Gestaltung der schulischen Sozialbeziehung, mithin der schulischen Partizipationskultur abhängt. Auch im Sekundarbereich zeigten sich Unterschiede in Bezug auf die soziale Herkunft lediglich mittelbar über das soziale Engagement und – im Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten im Unterricht – Freizeitaktivitäten. Hervorzuheben ist, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mehr Partizipationsmöglichkeiten sahen als Schüler mit Eltern ohne Migrationserfahrung. Dies ist durchaus ein Unterschied zu anderen Studien (vgl. Weber et al. 2008) und legt den Schluss nah, dass Ganztagschulen möglicherweise einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft leisten könnten. Wenig überraschend ist: Je höher die Klassenstufe, umso niedriger fällt die Bewertung der Beteiligungschancen aus. Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem aus der Entwicklungspsychologie bekanntem Befund, dass die Schulzufriedenheit mit steigendem Alter nachlässt – und auch die Ganztags-

⁵ Es wurde eine schrittweise Regression vorgenommen, um aus der Fülle der einbezogenen Variablen diejenigen ausschließen zu können, die zu keiner größeren Varianzaufklärung mehr beitragen. Durch die Reduktion der Variablen wird zudem die Darstellung übersichtlicher.

schule den Trend (bisher) nicht aufzuhalten vermag (vgl. Gottfried et al. 2001, Arnoldt/Fischer 2008).

Fazit

Was bleibt festzuhalten? Als erstes sicherlich, dass Ganztagschulen nicht generell ganz anders sind als andere Schulen. Auch an Ganztagschulen lassen sich sowohl die schultypischen Muster einer alters- und bereichsspezifischen Differenzierung von Beteiligungsmöglichkeiten wiederfinden als auch eine niedrige und mittelbar herkunftsabhängige Einschätzung der Partizipationsspielräume seitens der Schüler.

68

Und sicher ist der Befund, dass Partizipationsmöglichkeiten vor allem auch von der programmatischen Ausrichtung der Schule abhängen, nicht auf Ganztagschulen beschränkt, wenngleich Schulentwicklungsprozesse vor allem in Ganztagschulen angestoßen werden. Festzuhalten bleibt allemal: Mehr Partizipation ist nur dann möglich, wenn man sie auch will.

Ganztagschulen haben jedoch den Vorteil, dass hier systematisch und verstärkt mit pädagogischen Mitarbeitern zusammengearbeitet wird, die über eine ausgeprägte Beteiligungsorientierung verfügen. Dies schlägt sich offenbar in der Wahrnehmung der Schüler nieder. Denn: Allein wer an den Angeboten teilnimmt, sieht mehr Mitwirkungsmöglichkeiten.

Wichtig scheint auch der Befund, dass gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Schülern und dem Lehrpersonal beziehungsweise den pädagogischen Mitarbeitern die Wahrnehmung von Partizipationschancen erhöht. Wichtig ist es, weil es unterstreicht, dass Partizipation vor allem auch von der Qualität der schulischen Sozialbeziehungen abhängt. Und zwar nicht nur an der Ganztagschule.

Literaturverzeichnis

- Arnoldt, Bettina/Steiner, Christine (2010 i.E.): Partizipation an der Ganztagschule, in: Gaiser, Wolfgang/Betz, Tanja/Pluto, Liane (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Akteure – Institutionen – Projekte. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen, Schwalbach/Ts.
- Arnoldt, Bettina/Fischer, Natalie (2008): Mitsprache und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Ganztagschulen, in: Serviceagentur Ganztag – kobra.net (Hrsg.): Forum GanzGut 5, 20–23.
- Arnoldt, Bettina/Stecher, Ludwig (2008): Noch entwicklungsfähig: Schülermitbestimmung an Ganztagsgrundschulen, in: Ganztags Schule machen 4, 8–9.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu den Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich 1, Bielefeld.
- Bacher, Johann/Weber, Christoph (2008): Mitbestimmung und Gewalt an Schulen – richtungweisende Studien des Instituts für Soziologie der JKU, URL: <http://www.soz.jku.at>
- Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme, München.
- Burdewick, Ingrid (2003): Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Opladen.
- Edelstein, Wolfgang (2007a): Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert – Überlegungen zu einer demokratiepädagogisch aktiven Schule, in: LISUM (Hrsg.): Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule. Ein Handbuch für Beraterinnen und Berater für Demokratiepädagogik, Berlin, 7–17.
- Edelstein, Wolfgang (2007b): Schule und bürgerschaftliches Engagement, Beitrag zur Tagung „Bürgergesellschaft und Bildung – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel“. am 17. September 2007 in Berlin (veranstaltet von der Bertelsmann Stiftung und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, BBE), URL: <http://www.ganztaegig-lernen.org/web/web691.aspx>

- Gottfried, Allen E. et al. (2001): Continuity of academic intrinsic motivation from childhood through late adolescence: A longitudinal study, in: *Journal of Educational Psychology* 39, 3–13.
- Hartnuß, Birger/Maykus, Stephan (2006): Mitbestimmen, mitmachen, mitgestalten. Entwurf einer bürgerschaftlichen und sozialpädagogischen Begründung von Chancen der Partizipations- und Engagementförderung in ganztägigen Lernarrangements (Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“, hrsg. von Wolfgang Edelstein und Peter Fauser), Berlin.
- Helsper, Werner et al. (2006): Die Ambivalenzen der Schülerpartizipation – Partizipationsmaße und Sinnmuster der Partizipation im Vergleich, in: Helsper, Werner et al. (Hrsg.): *Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik*, Wiesbaden, 206–265.
- Hurrelmann, Klaus et al. (2006): Eine pragmatische Generation unter Druck – Einführung in die Shell Jugendstudie 2006, in: *Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck*, Frankfurt a.M., 31–48.
- Jaun, Thomas (1999): Durch Identifikation zu Verantwortungsbewusstsein: Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Chance für eine nachhaltige Entwicklung, in: Kaufmann-Hayoz, Ruth/Künzli, Christine (Hrsg.): „... man kann ja nicht einfach aussteigen.“ *Kinder und Jugendliche zwischen Umweltangst und Konsumlust*, Akademische Kommission der Universität Bern, Zürich, 261–274.
- Krüger, Hans-Hermann et al. (2000): *Jugendliche Lebenswelten und Schulentwicklung*, Opladen.
- Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (MAFGS) (Hrsg.) (2000): *Kinder haben Rechte. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen des Landes Sachsen-Anhalt. Dokumentation*, Magdeburg.
- Oelerich, Gertrud (2007): Ganztagssschulen und Ganztagsangebote in Deutschland – Schwerpunkte, Entwicklungen und Diskurse, in: Bettmer, Franz/Maykus, Stephan/Prüß, Franz/Oelerich, Gertrud (Hrsg.): *Ganztagssschule als Forschungsfeld. Theoretische Klärungen, Forschungsdesigns und Konsequenzen für die Praxisentwicklung*, Wiesbaden, 13–42.
- Quesel, Carsten/Oser, Fritz (Hrsg.) (2007): *Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen*, Zürich.
- Schmidt, Ralf (2001): Partizipation in Schule und Unterricht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B45/2001, 24–30.
- Speck, Karsten (2007): Mehr Partizipation wagen! Die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gemeinde- bis hin zur Bundespolitik, Beitrag zur Fachtagung „Entschieden was richtig ist – Menschen brauchen Werte.“ am 8. Oktober 2007 in Potsdam, URL: <http://www.mbj.s.brandenburg.de>
- Weber, Christoph et al. (2008): Partizipation von Kindern in der Grund- und Sekundarschule, in: Alt, Christian (Hrsg.): *Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten. Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen*, Bd. 5, Wiesbaden, 317–343.

1.5

Erfolgsfaktoren und Stolpersteine von Partizipation am Beispiel von Jugendinitiativen



Steffen Präger, Frank Schmitz

Jugendinitiativen – Was ist das?

70 Eine Jugendinitiative ist eine informelle Gruppe, bestehend aus mindestens vier Personen oder ein von Jugendlichen geführter Verein. In der Regel sind hier, abhängig von politischen oder fördernden Rahmenbedingungen, junge Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren aktiv.

Konkrete Projekte und Aktivitäten, als Grundlage ihres ehrenamtlichen Engagements, werden selbstorganisiert und eigenverantwortlich realisiert. Dabei steht der prozesshafte Charakter der Zielerreichung häufig im Vordergrund der eigenen Bestrebungen – und das auf vielfältige Weise:

In Abgrenzung fester Strukturen, wie wir sie beispielsweise in Jugendverbänden finden, entwickelt sich eine adäquate Organisationsstruktur erst mit der Umsetzung des Projekts. Ebenso prozessual ist die Aneignung methodischen Wissens angelegt. Wenn gleich eine Jugendinitiative nicht unbedingt den Anspruch auf Professionalität verfolgt, so lässt sich häufig eine Zunahme diverser Kompetenzen beobachten, die sich die Engagierten nach Bedarf während des Projektverlaufs aneignen.

Motivation

Geht man der Frage nach, was junge Menschen antreibt, sich in solchen informellen Gruppen zu organisieren, stößt man schnell auf konkrete und lebensweltliche Motivationen. Neben dem Mangel an lokalen

Freizeitangeboten sind politische Missstände und Visionen häufiger Ausgangspunkt für die Entstehung einer Jugendinitiative. Aber auch die Gruppenzugehörigkeit und die praktische Arbeit an Projekten können attraktive Argumente darstellen, sich einzubinden.

Anhand dieser Vielfältigkeit wird schon deutlich, dass die Motivationen innerhalb einer Gruppe auch sehr unterschiedlich sein können. Diese Unterschiedlichkeit wird aber in den meisten Fällen konfliktfrei akzeptiert.

Die Motivation der Beteiligten ist erfahrungsgemäß Ausgangspunkt einer jeden erfolgreichen Initiative. Sie bewegt sich im Dreieck der Personen-, Prozess- und Projektorientierung, so dass sich hier eine starke Integrationskraft entfalten kann.

Die Motivation einer Initiative kann sich dann als Stolperstein erweisen, wenn die Ziele zu hoch oder zu abstrakt formuliert werden. Am Beispiel der antirassistischen Initiativen wird schnell deutlich, dass hochgesteckte Ziele (Rassismus zu verhindern) häufig nicht erreicht werden können.

Information

Um Betroffene zu beteiligen, müssen diese auch wissen, dass überhaupt die Möglichkeit zur Beteiligung besteht. Es obliegt dann den Betroffenen, sich zu entscheiden, ob sie die Möglichkeiten in Anspruch nehmen und sich engagieren wollen.

In vielen Fällen sind die Grundvoraussetzungen für eine Jugendinitiative bereits gegeben: Eine Gruppe identifiziert einen Missstand, der zu einem gemeinsamen Thema wird, das unter den Fingernägeln brennt. Es fehlt jedoch an Handlungsoptionen und ohne eine konkrete Perspektive auf Lösung verendet dieser zündende Moment letztlich schlimmstenfalls in Resignation der Interessierten.

Hier gilt es, zielgruppengerecht über Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort zu informieren und Anknüpfungspunkte, Unterstützung (sstrukturen) sowie Fördermöglichkeiten aufzuzeigen. In vielen Fällen wissen die Betroffenen nicht um die Möglichkeit, eine Initiative zu gründen und empfinden mögliche Alternativen, wie den Verein oder das Engagement im Jugendverband, als zu verbindlich und umständlich ob der Überschaubarkeit ihres Bedarfs.

Qualifizierung

Mit der Option einer Jugendinitiative und damit verbundenen Förderprogrammen ist aber nur die erste Hürde überwunden. Schnell wird klar, dass es zur Umsetzung einer Aktion oder eines Projektes praktischen Wissens bedarf. In der Auseinandersetzung mit den eigenen Interessen lernen Jugendinitiativen in aller Regel bedarfsorientiert, selbstorganisiert und im Prozess. So werden wichtige Erfahrungen während der Umsetzung gesammelt und dann im Sinne des Peer Learnings und dem Bewusstsein, Experte in eigener Sache zu sein, an andere Interessierte weitergegeben. Dabei bemühen sich engagierte Jugendliche aktiv um persönliche Qualifizierung und erlangen damit häufig einen Wissensvorsprung gegenüber Gleichaltrigen, die nicht an derlei Aktivitäten partizipieren.

Zum Erfolg einer Jugendinitiative trägt also bei, dass jungen Engagierten das real existente, breit aufgestellte Angebot im Bereich der non formalen Bildung für diese Zielgruppen zugänglich gemacht wird. Mit den Fortbildungsangeboten von JUGEND für Europa, den Jugendleitercard-Kursen, dem Peer-Coa-

ching-Trainings und vielem mehr, steht Interessierten ein großes Spektrum an Qualifizierungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Begleitung

Jugendliche Beteiligungsprofis und Erwachsene, die mit Jugendlichen arbeiten, haben eine besondere Rolle in Beteiligungsprozessen von Jugendinitiativen: Sie können beraten, qualifizieren, unterstützen und vernetzen. Sie stellen eine professionelle Moderation und Begleitung sicher. Als Schlüsselpersonen können sie einen langfristigen Rahmen für Jugendbeteiligung garantieren und im Zweifelsfall auch als Vermittler zwischen den Generationen auftreten.

Aktive Beteiligung über Projekte und Aktionen findet nicht im luftleeren Raum statt. Im Gegenteil, viele Aktivitäten tangieren öffentliches Interesse und machen eine Abstimmung mit Entscheidungsträgern und öffentlicher Verwaltung notwendig.

Hier liegt bei allem guten Willen auf beiden Seiten natürlich großes Potential für Missverständnisse, Konflikte und kontraproduktive Tendenzen. Eine konsequente Begleitung, in Abgrenzung zur (sozial-)pädagogischen Anleitung, wirkt stabilisierend und eröffnet neue Verständigungs- und Lernprozesse auf Seiten der partizipierenden Jugendlichen und der erwachsenen Entscheidungsträger.

Die zu erwartende Wirkung fällt natürlich höher aus, wenn die Begleitung durch jugendliche Experten, also jene Engagierte mit einiger Projekterfahrung, realisiert wird.

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal auf die Bedeutung von sich vernetzenden Initiativen verwiesen. Diese müssen nicht zwangsläufig in derselben Stadt oder zum selben Thema aktiv sein. In aller Regel wirkt sich aber ein Erfahrungsaustausch unter Gleichaltrigen sehr positiv aus, nicht nur in Hinblick auf gewonnenes Wissen für die Jugendinitiativen, sondern mit der Bestärkung, nicht allein zu sein auch auf individueller Ebene.

Ressourcen

Zu den wichtigsten Ressourcen, die Jugendinitiativen erfahrungsgemäß bedürfen, gehören ehrenamtliches Engagement, soziale Einbindung in Peer-Groups, finanzielle Förderungen und Netzwerke.

Generell gilt, dass der Ressourcenbedarf von Initiativen je nach Thema und methodischem Ansatz stark variiert. In den meisten Fällen jedoch scheint der größte Bedarf bei jugendlichen Mitstreitern zu liegen, so dass viele Initiativen einen Teil ihrer Zeit und Kraft in die Suche nach neuen Mitmachern investieren.

72

Freundschaften und persönliche Beziehungen engagierter Jugendlicher, als Ausgangspunkt für die Gruppe oder im Verlauf des gemeinsamen Engagements entstanden, können ebenso, wie die Motivation als zentrale Triebfeder der Initiativenarbeit, verstanden werden. Das damit verbundene Konfliktpotential – letztlich handelt es sich immer noch um ehrenamtlich engagierte Jugendliche – stellt Jugendinitiativen auch immer wieder vor neue Herausforderungen und bedarf nicht zuletzt in vielen Fällen einer neutralen Begleitung durch Außenstehende.

Jene engagierte Jugendliche, die über entsprechende Kenntnisse oder eine adäquate Begleitung verfügen, bemühen sich häufig sehr kreativ um finanzielle Förderungen, um die eigenen Projekte realisieren zu können. Sie bilden sich diesbezüglich aktiv fort und lassen sich von Rückschlägen kaum beeinträchtigen. Gleichzeitig können fehlende finanzielle Ressourcen zu den wichtigsten Stolpersteinen gezählt werden. Oftmals handelt es sich hier nicht um große Förderbeträge, von denen die Umsetzbarkeit der eigenen Vorhaben abhängt. Die Hürde, diese zu akquirieren, stellt sich jedoch ohne Vorwissen oder Ratgeber in nicht wenigen Fällen als unüberwindbar dar.

Netzwerke unter Initiativen zu ähnlichen Strukturen oder Themen können als sehr wichtige Bereiche angesehen werden. Es fällt aber auch auf, dass beispielsweise im Internet versucht wird, diese immer wieder neu aufzubauen. Mit Ende eines Projektes

oder in Ermangelung einer kritischen Masse an Usern stellen diese Plattformen dann aufgrund von Inaktivität ihren Betrieb ein.

Vertrauen und Anerkennung

Letztlich sind es Erfolge, die Jugendliche in Jugendinitiativen motivieren, weiterhin aktiv zu sein. Dies gilt für die Zielerreichung ebenso wie für die Förderzusage (Geld, Sachmittel, Spenden, Unterstützung u.a.m.) oder die Wertschätzung durch Erwachsene, insbesondere durch Entscheidungsträger.

Gleichwohl birgt letztere Variante aber auch das Potential, zu einem Stolperstein zu werden. Erfahrungsgemäß liegt ein schmaler Grad zwischen dem, was als Beteiligung an und Einbindung in politische Entscheidungsprozesse kommuniziert wird auf der einen und einer politischen Instrumentalisierung durch entsprechende Parlamente, Parteien, Institutionen oder ähnlichem auf der anderen Seite. Hat es eine Jugendinitiative nämlich so weit gebracht, dass Sie durch Entscheidungsträger auf Augenhöhe ernst genommen und ihrem Interessensfeld entsprechend eingebunden wird, neigt das (lokal-)politische System häufig dazu, andere Initiativen oder Gruppen mit Verweis auf die bereits bestehende Förderung außen vor zu lassen. Solche Jugendinitiativen geraten damit sehr schnell in eine schwierige Position, als Aushängeschild und Alibi-Argument herhalten zu müssen.

Perspektiven und Nachhaltigkeit

Wo liegt eigentlich die Halbwertszeit einer Jugendinitiative? Anders gefragt, was spricht eigentlich dagegen, dass eine Jugendinitiative sich nach zwei bis drei Jahren des eigenen Wirkens auflöst? Politische Entscheidungsträger wie auch Verwaltungen neigen häufig dazu, das Leben der in ihrem Einzugsbereich aktiven Jugendinitiative(n) künstlich verlängern zu wollen und blenden dabei aber die Tatsache, dass die Engagierten auch älter werden, sich die eigenen Interessenlagen und Prioritäten verschieben, völlig aus, – meist

auf Kosten des spontanen und selbstorganisierten, also jugendlichen, Charakters dieser Initiativen.

Langfristige Vorhaben, auf der anderen Seite, kommen – wann auch immer dieser Zeitpunkt erlangt sein mag – an einen Punkt, an dem die engagierten Macher „die eigene Endlichkeit“ erkennen und sich mit der Übertragung der „Aufgabe“ oder „Mission“ auf nachfolgende Generationen jüngerer Engagierter beschäftigen müssen. Dieser Generationswechsel erscheint als schwieriges Unterfangen und potentiell großer Stolperstein: Jugendinitiativen sind keine festen Organisationsstrukturen wie Verbände oder

Wirtschaftsunternehmen und trotzdem besteht der gleiche Anspruch und dieselbe Herausforderung: die vorhandenen Fußstapfen zu füllen.

Zuletzt lassen sich auch immer wieder – organisational wie individuell – Professionalisierungstendenzen erkennen. Im Zuge vielschichtiger, umfangreicher Projekterfahrungen ist es oft ein harter Kern engagierter Jugendlicher, welcher mit der Gründung eines Vereins (aber auch der Gründung einer Gesellschaft) verbindlichere Strukturen schafft, sich zum Beispiel in die lokale Jugendhilfe einbindet oder mit einer Eventmanagement- oder Jobvermittlungsagentur ein sicheres Auskommen realisieren will.

2.

*Partizipation
durch
Impulse*



2.1

Vom Projekt zur Strategie – Gelingens- bedingungen für die Beteiligung junger Menschen in Kommunen

Sigrid Meinhold-Henschel

Einleitung

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in den vergangenen zwanzig Jahren in Deutschland eine deutliche Aufwertung erfahren. Zahlreiche Städte und Gemeinden sind aktiv geworden und sehen in der Beteiligung von jungen Menschen einen wirksamen Handlungsansatz, um das Gemeinwesen zu stärken. Eine vielfältige Partizipationslandschaft ist entstanden. Wichtige Akteure, wie Ministerien, Verbände und Stiftungen, machen sich für das Thema der Partizipation von jungen Menschen stark und unterstützen die Arbeit von Kommunen durch Förderprogramme, die Schaffung von Informationsplattformen oder auch Kampagnen, Wettbewerbe oder Fortbildungsprogramme. Die Reichweite dieser Anstrengungen bleibt dennoch begrenzt. Das Bundesjugendkuratorium bemängelt vor diesem Hintergrund in seiner aktuellen Stellungnahme deutliche Defizite in der Umsetzung von Partizipationsvorhaben und eine enorme Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit (vgl. Bundesjugendkuratorium 2009). Diese Kritik wird durch die Ergebnisse der Jugendpartizipationsstudie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2005 empirisch untermauert (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005). Obwohl vier Fünftel der Städte und Gemeinden jungen Men-

schen Beteiligungsangebote machen¹, kommt diese Untersuchung zu dem Ergebnis, dass nur 14 Prozent der Jugendlichen über ausgeprägte Partizipationserfahrungen in der Kommune verfügen – und das, obwohl in derselben Studie 80 Prozent der Jugendlichen zurückmelden, sich stärker einbringen zu wollen, wenn es attraktivere Angebote gäbe.

Deshalb ist es dringend geboten, sich mit Fragen der Qualitätsentwicklung bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auseinanderzusetzen. Wie können junge Menschen motiviert werden, sich in ihrer Kommune zu engagieren? Welcher kommunalen Rahmenbedingungen bedarf es, damit Beteiligung gelingt? Wie entsteht ein lebendiges Partizipationsnetzwerk, in dem Schulen, Vereine und Verbände mitwirken? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Initiative „mitWirkung!“, die die Bertelsmann Stiftung

1 Bertelsmann Stiftung (2003). Es wurden 564 Kommunen befragt. Die kommunale Landschaft in Deutschland konnte damit hinsichtlich Größe, Struktur und regionaler Verteilung sowie in Bezug auf die vorhandenen Partizipationsformen zutreffend abgebildet werden.

mit Unterstützung zahlreicher Partner² von 2004 bis 2008 durchgeführt hat. Das Projekt hat in seiner ersten Phase einen Schwerpunkt auf empirische Feldforschung gelegt³ und in einer zweiten Phase in einem Pilotprojekt mit den Städten Essen (rund 580.000 Einwohner) und Saalfeld (rund 28.000 Einwohner) modellhaft Beteiligungsstrategien erprobt (siehe Abbildung 1). Auf der Basis dieses Projektes werden wichtige Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Beteiligung junger Menschen vorgestellt. Dabei werden die mit wissenschaftlicher Unterstützung erstellten Handlungsempfehlungen für Kommunen (vgl. Olk/Roth 2007), die systematische Auswertung der

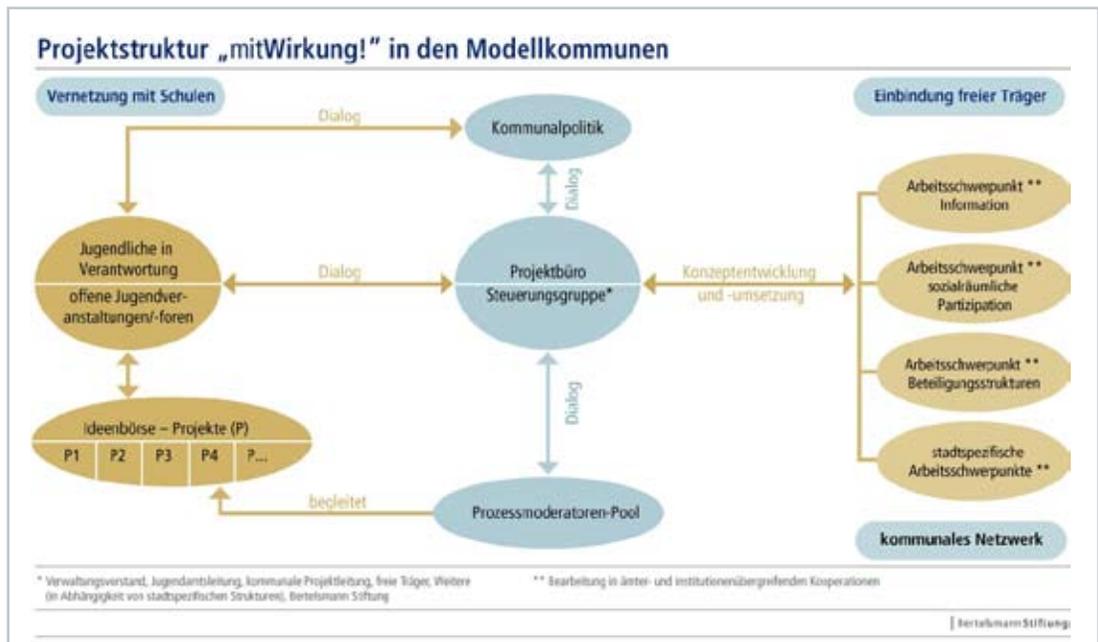
Projekterfahrungen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008b, 2008c) sowie die Ergebnisse einer externen Evaluations der Initiative „mitWirkung!“ einbezogen⁴.

Vom Projekt zur Beteiligungsstrategie

Die Diskrepanz zwischen der Einschätzung der Kommunen, vielfältige Beteiligungsangebote zur Verfügung zu stellen und der geringen Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die diese Angebote erreicht, verlangt nach einer Erklärung. Die Initiative „mitWirkung!“ hat deshalb in das Zentrum ihrer Arbeit folgende Fragen gestellt:

76

Abbildung 1



2 Deutsches Kinderhilfswerk, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“, Pädagogisches Institut der Universität Zürich, UNICEF, Universität Lüneburg

3 In der bundesweiten Studie wurden in einer ersten Welle 14.000 Schüler (davon rund 12.000 im Alter von zwölf bis 18 Jahren), 422 Schulleitungen und 631 Lehrer in 42 Kommunen befragt. In einer zweiten Welle nahmen zusätzlich acht weitere Städte in Schleswig-Holstein an der Studie teil.

4 Die Evaluation wurde durchgeführt von Univation – Institut für Evaluation, Köln.

- Welche Faktoren entscheiden darüber, ob junge Menschen sich beteiligen?
- Welche Handlungsansätze können diese Faktoren positiv beeinflussen?
- Wie können einzelne Projekte in eine nachhaltige Gesamtkonzeption eingebunden werden?

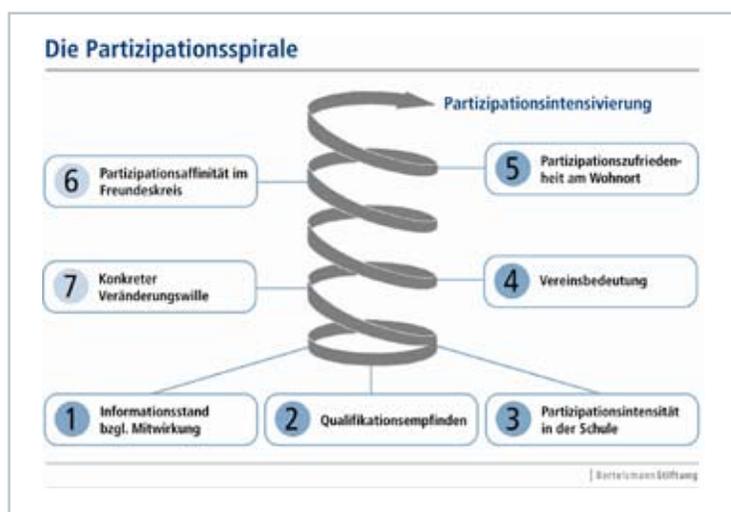
In der Zusammenarbeit mit den Pilotkommunen wurde erprobt, wie unter ganz unterschiedlichen Strukturbedingungen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als zentrales Feld der Stadtentwicklung verankert werden kann. Damit verbunden war die Zielsetzung, die Erfahrungen der Initiative „mit-Wirkung!“ auch für die Arbeit in anderen Städten und Gemeinden nutzbar zu machen. Durch die Kooperation mit der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ konnten bereits in einer frühen Phase sukzessiv Projektergebnisse in den Transfer gebracht werden.

Mit Unterstützung von Prof. Dr. Reinhard Fatke (Pädagogisches Institut der Universität Zürich) und Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider (Steinbeis-Hochschule

Berlin) wurden Einflussfaktoren analysiert, die mit einer Varianzaufklärung von fast 50 Prozent darüber entscheiden, ob junge Menschen sich in ihren Kommunen beteiligen. Zentral ist demnach, welches Zutrauen junge Menschen zu ihrer eigenen Kompetenz haben, wie zufriedenstellend sie Partizipationsprozesse in Schule und öffentlichem Raum erleben, ob sie ausreichend Informationen über das vorhandene Angebot haben und ob sie in einem Verein aktiv sind. Wichtig ist weiter, ob Partizipation in ihrem Freundeskreis üblich ist und ob sie von dem Wunsch beseelt sind, Veränderungen zu bewirken (vgl. Fatke/Schneider 2007: 59ff) (siehe Abbildung 2).

Bezug nehmend auf diese Ergebnisse wurde eine Zielhierarchie für das Pilotvorhaben entwickelt, die als Richtschnur für alle Aktivitäten diente. Die Unterstützungsleistungen, die Essen und Saalfeld angeboten wurden, richteten sich konsequent an den Erkenntnissen der Jugendpartizipationsstudie aus, ohne bei der Umsetzung die stadtspezifischen Besonderheiten zu negieren. Deshalb wurden in beiden Städten in einem partizipativen Prozess unter Einbindung

Abbildung 2



von Jugendlichen sowie Kommunalpolitikern und Akteuren aus Schule und außerschulischer Jugendarbeit stadtspezifische Konkretisierungen sowohl hinsichtlich der Priorität der einzelnen Mittlerziele als auch der Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen vorgenommen.

Folgendes übergeordnetes Leitziel wurde definiert: Jugendliche bringen sich aktiv und informiert in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens ein. Hieraus wurden sechs Mittlerziele abgeleitet, die durch Handlungsziele und Maßnahmen konkretisiert wurden.⁵

78

Mittlerziel 1

Jugendliche fühlen sich kompetent und qualifiziert, um an Beteiligungsprozessen teilzunehmen.

Handlungsziel:

Jugendliche werden im Aufbau von Beteiligungskompetenzen unterstützt.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Ausbildung von 17 Jugendtrainern,
- Durchführung von Trainings für 191 Jugendliche,
- Durchführung von Workshops durch die ausgebildeten Jugendlichen⁶.

Mittlerziel 2

Akteure der außerschulischen und schulischen Bildungsarbeit sowie Stadtplaner verfügen über die Kompetenzen, Partizipationsprozesse mit Jugendli-

chen erfolgreich und für Jugendliche zufriedenstellend zu gestalten.

Handlungsziel:

Die genannten Zielgruppen werden hinsichtlich der hierfür erforderlichen Methoden- und Sozialkompetenz gefördert.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Ausbildung⁷ von insgesamt 90 Prozessmoderatoren in Essen und Saalfeld,
- Durchführung eigener Projekte als Voraussetzung für die Zertifizierung dieser Ausbildung,
- Entwicklung von Projekten auf Basis der gesamtstädtischen Strategie und vereinbarter Qualitätsstandards.

Mittlerziel 3

In den Modellkommunen sind effektive Beteiligungsstrukturen nachhaltig verankert.

Handlungsziel:

Verschiedene Beteiligungsformen werden zu einem ganzheitlichen Partizipationsangebot zusammengeführt, das Jugendliche unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft erreicht.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Tiefenanalyse zu dem bestehenden Angebotspektrum,
- Erstellung und Umsetzung stadtspezifischer Konzeptionen (Runde Tische, regelmäßige Jugendforen, Einrichtung von Steuerungsgruppen, regelmäßige Berichterstattung in den politischen Fachausschüssen und im Rat),
- Verzahnung von repräsentativen, offenen und projektorientierten Formen der Beteiligung,

5 Die aufgeführten Maßnahmen stellen eine Auswahl der wichtigsten Umsetzungsschritte der Initiative „mitWirkung!“ dar. Eine umfassende Darstellung der Arbeitsschwerpunkte in den Pilotstädten Essen und Saalfeld sowie der Transferkommunen Elmshorn, Flensburg und Kropp in Schleswig-Holstein findet sich in: Bertelsmann Stiftung 2008a.

6 Nur Jugendtrainer und Jugendliche, die nachweisbar in Workshops die erlernten Methoden angewendet haben, wurden zertifiziert. Hierdurch wurde ein Schneeballeffekt ausgelöst. Die Zahl der insgesamt erreichten Jugendlichen kann aufgrund der Vielfalt der Arbeitskontexte nicht beziffert werden.

7 Die Ausbildung zum Prozessmoderator umfasst fünf Seminare à 2,5 Tage. Das Training vermittelt insbesondere Fach- und Methodenkompetenz zu Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung, Ideenfindung und Situationsanalyse, Konzeptentwicklung und Projektmanagement, Moderation sowie Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit. Es richtet sich an Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Lehrer, Sozialarbeiter, Planer, Polizisten und Mitarbeiter der freien Träger der Jugendhilfe.

- Entwicklung von Handlungsempfehlungen für Kommunen (vgl. Olk/Roth 2007),
- Erarbeitung eines Selbstevaluationsinstrumentes zur Bilanzierung des Entwicklungsstandes der kommunalen Beteiligungsstrategie⁸.

Mittlerziel 4:

Beteiligungsprozesse werden wirkungsorientiert durchgeführt.

Handlungsziel:

Beteiligungsprozesse werden auf der Basis vereinbarter und evaluierbarer Standards geplant und umgesetzt.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Entwicklung und Vereinbarung von Qualitätsstandards (siehe oben) für die Durchführung von Projekten,
- Implementierung dieser Qualitätsstandards durch die Aufnahme in die Fortbildung der Prozessmoderatoren,
- Entwicklung und Anwendung standardisierter (Selbst-)Evaluationsverfahren,⁹
- Dokumentation der Projekte auf der Basis dieser Standards.

Mittlerziel 5:

Jugendliche werden adressatengerecht informiert; ihre Beteiligung erfährt öffentliche Wertschätzung.

Handlungsziel:

Durch differenzierte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wird über Partizipationsangebote informiert. Die Beteiligung Jugendlicher erfährt öffentliche Anerkennung.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Erarbeitung und Umsetzung eines integrierten Kommunikationskonzepts: Gewinnung von Jugendlichen als Botschafter des Beteiligungsgedankens, Aufbau des Jugendportals <http://www.townload-essen.de>, Einrichtung von Jugendredaktionen,
- Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen, mit denen Jugendliche die Wertschätzung ihrer Arbeit erfahren: zum Beispiel Zertifizierung der durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen, regelmäßige Berichterstattung in den Medien, Empfänge durch Bürgermeister beziehungsweise den zuständigen Dezernenten.

Mittlerziel 6:

Außerschulische und schulische Bildungsakteure arbeiten vernetzt und entwickeln gemeinsam Partizipationsprojekte.

Handlungsziel:

Schulische und außerschulische Partner werden unterstützt, gemeinsam Beteiligungsprojekte durchzuführen.

Maßnahmen:

- Gewinnung von Kooperationsschulen,
- Einbeziehung von Lehrern bei der Prozessmoderatorenausbildung,
- Etablierung gemeinsamer Planungszirkel,
- Durchführung gemeinsamer Projekte¹⁰.

Da das von der Initiative „mitWirkung!“ vorgeschlagene Zielsystem auf den empirischen Erkenntnissen der Jugendpartizipationsstudie beruhte, gewann dieses in den Pilotkommunen eine hohe Akzeptanz. Die im Rahmen des Projektes entwickelten Projektideen wurden vor Ausstattung mit Ressourcen von

8 Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie. Instrument für strategisch Verantwortliche und Entscheidungsträger zur Evaluation von Partizipationsvorhaben mit Jugendlichen. Download unter: <http://www.mitwirkung.net/tools>

9 Instrument zur Selbstevaluation von Partizipationsvorhaben; Evaluation von Partizipationsvorhaben Jugendlicher: Fragebogen für Foren und Projekte, abrufbar unter: <http://www.mitwirkung.net/tools>.

10 Hierbei wurde ein breites inhaltliches Spektrum abgedeckt, das von Geschichtswerkstätten über Schulhofumgestaltungen bis hin zu Qualifizierungen von Schul- und Klassensprechern reichte. Siehe auch Bertelsmann Stiftung 2008a.

der städtischen Steuerungsgruppe¹¹ darauf überprüft, inwieweit sie geeignet erschienen, Beiträge zu den übergeordneten Zielsetzungen zu leisten. Hierdurch wurde gewährleistet, dass einzelne Projekte sich in die Zielsetzungen der Gesamtstrategie einfügten. Da die Zielvorgaben Handlungskorridore darstellten, blieb hinreichend Gestaltungsspielraum für alle Akteure, insbesondere auch für die beteiligten Kinder und Jugendlichen.

Zweck, Anlage und Ergebnisse der Evaluation der Initiative „mitWirkung!“

80 In Abstimmung mit dem Vorstand der Bertelsmann Stiftung wurde die Initiative „mitWirkung!“ als Explorationsprojekt angelegt, dessen Ergebnisse Folgeaktivitäten vorbereiten sollten. Dies wurde auch bei der Konzeption der Evaluation berücksichtigt. Ihre zentralen Fragestellungen konzentrieren sich auf Gelingensbedingungen für den Aufbau kommunaler Beteiligungsstrukturen; die Evaluation einzelner Projekte verblieb in der Verantwortung der Pilotkommunen, die dafür die Selbstevaluationsinstrumente nutzten¹². Die Evaluation des Gesamtprojektes wurde als Mix aus Fremd- und Selbstevaluation strukturiert und verfolgte verschiedene Zwecke:

- Zu Beginn der Arbeit in den Modellkommunen wurde mit Unterstützung des externen Evaluators ein Zielklärungsprozess unter Einbeziehung aller Projektverantwortlichen¹³ durchgeführt, um in

den Modellkommunen die spezifischen Ziele zu präzisieren und mit konkreten, zeitlich terminierten Maßnahmen zu untersetzen. Es zeigte sich, dass das idealtypisch entwickelte Zielsystem Orientierung bot, die Maßnahmen jedoch in Abhängigkeit von den stadtspezifischen Bedingungen zu entwickeln waren.

- Während der Projektlaufzeit wurden diejenigen befragt, die als Prozessmoderatoren Verantwortung für die Umsetzung von Einzelprojekten übernommen hatten, um Erkenntnisse über gegebenenfalls notwendige Nachsteuerungsbedarfe zu erlangen.¹⁴
- Zum Abschluss der Initiative „mitWirkung!“ fanden im September 2008 qualitative Gruppeninterviews mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppen sowie eine erneute Befragung der Prozessmoderatoren statt,¹⁵ um Wirkungen und Ergebnisse des Projektes bilanzieren zu können und Ableitungen für die Ausrichtung künftiger Projekte zu treffen.

Neben diesen Maßnahmen im Rahmen der Fremdevaluation hat das Projektteam der Bertelsmann Stiftung kontinuierlich die eigene Arbeit ausgewertet. Positiv zu verzeichnen ist, dass durch die konsequente Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in allen Phasen der Projektarbeit – bereits beginnend bei der Generierung von Ideen – eine Fülle an kreativen Projekten entstanden ist. Diese sind in beiden Pilotkommunen in eine Gesamtstrategie eingebunden. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse der Evaluation beleuchten, wie die Projektverantwortlichen die erzielten Fortschritte in ihrer Stadt beurteilen. Dabei wird auf der Basis der Abschlusserhebungen vom Sommer 2008 auf die Ausbildung von Prozessmode-

11 Zusammensetzung der Steuerungsgruppen: Jugendamtsleitung, Projektkoordinator, Vertreter der Jugendhilfeplanung, Projektverantwortlicher der Bertelsmann Stiftung. In Saalfeld waren außerdem die Schulaufsicht und der Vorsitzende des Schulausschusses sowie der Bürgermeister vertreten. In Essen nahm an wichtigen Sitzungen der Dezernent für Jugend, Bildung und Soziales teil.

12 Instrument zur Selbstevaluation von Partizipationsvorhaben; Evaluation von Partizipationsvorhaben Jugendlicher: Fragebogen für Foren und Projekte, abrufbar unter: <http://www.mitwirkung.net/tools>.

13 Zusammensetzung: Steuerungsgruppe, Themenverantwortliche, zum Teil Prozessmoderatoren.

14 April 2007, 66 Prozessmoderatoren wurden angeschrieben, der Rücklauf betrug 62 Prozent.

15 Mai 2008, 86 Prozessmoderatoren wurde der Fragebogen persönlich übergeben, der Rücklauf betrug 65 Prozent.

ratoren, die Entwicklung der lokalen Strukturen für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie auf bestehende Entwicklungsbedarfe fokussiert.

Stellenwert der Ausbildung von Prozessmoderatoren

Die Teilnehmer der Qualifizierung beurteilen die Ergebnisse ihrer Ausbildung sehr positiv. Die Befragten sind nahezu geschlossen der Meinung, dass Partizipation für junge Menschen viel bewirkt (96 Prozent Zustimmung) und sie persönlich dazu einen Beitrag leisten (91 Prozent Zustimmung).¹⁶ In zentralen beruflichen Kompetenz- und Wissensfeldern für die Kinder- und Jugendbeteiligung sehen sich die Befragten wesentlich gefördert (90 Prozent Zustimmung). Ebenfalls 90 Prozent fühlen sich in der Anwendung der erlernten Methoden sicher. Bis auf eine Ausnahme setzen alle Befragten eigene Projekte um.

Die Praxisrelevanz der Fortbildung wird hoch eingeschätzt. Die vermittelten Methoden und die Moderationstechniken werden von nahezu allen Befragten in ihre Praxis transferiert.

Wichtige Qualitätsmerkmale der Partizipation (zum Beispiel sichtbare Verbesserungen, garantierte Entscheidungsrahmen, eigenverantwortliches Handeln) sehen jeweils mindestens 83 Prozent als gegeben an.

Die externe Evaluation kommt zu dem Schluss:

„Die Ergebnisse zeigen, dass die Initiative ‚mitWirkung!‘ zahlreiche Vorhaben der Kinder- und Jugendbeteiligung ermöglicht hat, die sehr qualifiziert realisiert werden“ (Schmidt 2008a: 7).

Entwicklung der lokalen Strukturen und des Netzwerkes für Kinder- und Jugendbeteiligung

88 Prozent der Prozessmoderatoren vertreten die Ansicht, dass die Initiative „mitWirkung!“ Verbesserungen für die lokale Kinder- und Jugendbeteiligung mit sich gebracht hat. Im Vergleich zur Ersterhebung im Jahr 2007 ist dabei eine deutlich steigende Tendenz zu beobachten. Partizipation junger Menschen hat einen höheren Stellenwert in der kommunalen Politik und auch in der Verwaltung bekommen. Diese Meinung vertreten in der bilanzierenden Befragung 2008 in beiden Kommunen im Schnitt jeweils 83 Prozent. Einer verbesserten Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Akteuren wird mit ca. 87 Prozent im Jahr 2007 und 2008 nahezu unverändert stark zugestimmt. Vor dem Hintergrund dieser sehr guten Ergebnisse spiegelt die etwas zurückhaltendere Zufriedenheit mit der bisher zurückgelegten Wegstrecke in den Kommunen (25 Prozent sind sehr zufrieden, 28 Prozent zufrieden, 43 Prozent sind weder zufrieden noch unzufrieden, vier Prozent unzufrieden) nach Ansicht der externen Evaluation die sehr ausgeprägte Motivation der Befragten wider, noch mehr erreichen zu wollen (vgl. Schmidt 2008a).

Entwicklungsbedarf

Die vorherrschende Stimmung in den beiden Pilotkommunen ist durch das Bewusstsein gekennzeichnet, große Erfolge erzielt zu haben. Gleichzeitig sind sich alle Beteiligten darüber klar, dass noch viel zu tun bleibt. Diese Einschätzungen untermauern zwei Statements von Mitgliedern der Steuerungsgruppe:

„Wir haben viel erreicht, aber wir wissen gleichzeitig, wir fangen jetzt erst richtig an“ (zit. nach: Schmidt 2008b: 35).

„Partizipation muss auf vielen verschiedenen Ebenen gedacht werden. Wir stehen am Beginn einer Entwicklung, die eine Kulturveränderung in dieser Stadt bedeuten kann. Es ist ein langfristiger Prozess,

16 Verwendet wurde eine 4er-Skala. Die ausgewiesenen Zustimmungswerte fassen die Skalen „trifft voll zu“ und „trifft eher zu“ zusammen. Auf eine für fünf Skalen typische Kategorie „teil/teils“ wurde bewusst verzichtet, um von den Befragten eine eindeutige Positionierung hinsichtlich einer positiven oder negativen Bewertung der Projektergebnisse zu erhalten.

an dem man kontinuierlich arbeiten muss“ (zit. nach: Schmidt 2008b: 35).

Wichtig ist den Mitgliedern der Steuerungsgruppen, sich auch weiterhin intensiv mit Widerständen auseinanderzusetzen, denn die Abgabe von Entscheidungsmacht an Jugendliche ist auch nach der dreijährigen Projektlaufzeit noch nicht durchgängige Praxis in beiden Städten.

Auch wenn sich die Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren in beiden Städten verbessert hat, sind die konkreten Erfolge unterschiedlich weit gediehen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass durch eine Kooperation mit dem Kultusministerium in Thüringen für jede der am Projekt beteiligten Schulen in Saalfeld Freistellungsstunden bereitgestellt wurden. Die ostdeutsche Stadt zieht für sich das Resümee:

„Jetzt bewegt sich richtig was an der Schule. Das sind die dicksten Früchte der Partizipationsbestrebungen, die da baumeln. ... Da ist Power reingekommen, jetzt weiß man, was Mitwirkung wirklich ist.“¹⁷

In Essen dominiert dagegen die Einschätzung, dass die Kooperation mit Schulen weiterhin eine Herausforderung darstellt.

Gelingensbedingungen für die Entwicklung einer kommunalen Beteiligungsstrategie

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den beiden Modellkommunen werden nachfolgend zentrale Gelingensbedingungen für die Entwicklung einer kommunalen Beteiligungsstrategie (vgl. Olk/Roth 2007) beleuchtet:

Erarbeitung einer Konzeption zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen zu verankern, sollte – unter Einbindung der relevanten Akteure vor Ort – in einem partizipativen Prozess eine Konzeption mit überprüf- baren Zielsetzungen erarbeitet werden. Diese ist regel- mäßig fortzuschreiben. Kinder und Jugendliche sind von Anfang an dabei zu beteiligen. Gute Erfahrungen wurden in Saalfeld und Essen mit der Durchführung von Zukunftswerkstätten, Jugendforen, regelmäßigen Workshops oder auch der Einrichtung von Runden Tischen gemacht. Es hat sich gezeigt, dass Kinder und Jugendliche, die bereits bei übergeordneten Planun- gen beteiligt sind, eher bereit sind, auch für die Um- setzung Verantwortung zu übernehmen. Man sollte allerdings bei entsprechenden Veranstaltungen neben der inhaltlichen Vorbereitung ebenso ausreichend Zeit und Energie der Frage widmen, wie Kinder und Jugendliche zu einer Teilnahme motiviert werden können.

Um die Umsetzung der Konzeption zu gewährleis- ten, bedarf es der Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen und eines belastbaren politischen Mandats. Beide Städte sind hier den Weg gegangen, zu den entscheidenden Projektschritten Ratsbeschlüsse herbeizuführen und regelmäßig im Jugendhilfeaus- schuss zu berichten. Die hierdurch gewonnene poli- tische Unterstützung drückt sich auch darin aus, dass für die Projektumsetzung sowohl Personal- als auch Finanzressourcen zur Verfügung gestellt wurden.

Um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe in der gesamten Verwaltung zu verankern, bedarf es einer intensiven Einbeziehung der Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung: „Es ist wichtig, Verbündete zu finden. Der Bürger- meister allein reicht nicht. Man muss in der Verwal-

17 Mitglied einer Steuerungsgruppe, zitiert nach: Schmidt (2008b): 17.

tung und im Stadtrat Mitstreiter haben.“¹⁸ Kurze Entscheidungswege und Freiräume bei Planung und Umsetzung werden von den Projektverantwortlichen in Essen und Saalfeld als wichtige Voraussetzung definiert, um aus der Strategie konkrete Maßnahmen abzuleiten. Als hilfreich für die Erarbeitung einer übergreifenden Konzeption wurde die Unterstützung der stadtspezifischen Zielklärungsprozesse durch einen externen Evaluator hervorgehoben.

Aufbau eines aktiven lokalen Netzwerkes

Für Fortschritte bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist zentral, ein Netzwerk mit Vertretern aus den Schulen, der Jugendarbeit sowie Vereinen und Verbänden aufzubauen. In der Initiative „mitWirkung!“ war die Netzwerkkoordination jeweils beim Jugendamt angesiedelt. Die Relevanz der Projektarbeit konnte dadurch abgesichert werden, dass in den Steuerungsgruppen Macht- und Fachpromotoren mitarbeiten (vgl. Olk/Roth 2007). So haben in beiden Steuerungsgruppen die Jugendamtsleitungen als verlässliche Mitglieder mitgewirkt. Die großen Erfolge Saalfelds im Bereich der Kooperation mit Schulen dürften auch darauf zurückgehen, dass sowohl die Schulaufsicht als auch der Vorsitzende des Schulausschusses in dem Gremium vertreten waren. Die gute Zusammenarbeit in Essen mit den freien Trägern der Jugendhilfe wiederum wurde auch dadurch möglich, dass diese Sitz und Stimme in diesem Gremium hatten.¹⁹

„Die Konkurrenzsituation um die Frage ‚Wer ist der wahre Ansprechpartner, wenn es um Partizipation geht?‘ war plötzlich weg. [...] Wir haben hier durch die Teilnahme an der Steuerungsgruppe eine Stabili-

tät hineinbekommen. [...] Konkurrenzdenken passt da nicht rein.“ (zit. nach: Schmidt 2008b: 28)

Durch die Übernahme der Netzwerk-Koordination gelang es beiden Städten, nicht nur als Initiator eigener Beteiligungsvorhaben aufzutreten, sondern auch Anreger und Unterstützer für andere zu werden. Insbesondere durch die Öffnung der Qualifizierungen für Lehrer, Polizisten und Mitarbeiter freier Träger der Jugendhilfe wurde der Beteiligungsgedanke in ganz unterschiedlichen Arbeitskontexten gestärkt.

Sicherstellung von Information, Wertschätzung und Anerkennung

Beide Städte haben großen Wert darauf gelegt, Kinder und Jugendliche über die vorhandenen Partizipationsangebote in ihrer Kommune in einer wirksamen Weise zu informieren und ihre Arbeit wertzuschätzen. In der Realisierung dieses Zieles wurden dabei allerdings sehr unterschiedliche Wege gegangen. Saalfeld kann aufgrund seiner Größe neben den klassischen Informationsmitteln wie Flyern und Plakaten auf „Mund-zu-Mund-Propaganda“ setzen. Erfolg versprechend erscheint es den Projektverantwortlichen hier, über konkrete Erfahrungen junge Menschen als Botschafter des Beteiligungsgedankens zu gewinnen:

„Die beste Öffentlichkeitsarbeit ist das Erlebte. Dort hat man einen Schneeballeffekt. Da kommen immer wieder welche hinzu, die wir vorher noch nicht kannten.“²⁰

Aufgrund der Größe der Stadt hat sich Essen frühzeitig dazu entschieden, sich nicht nur auf die Überzeugungskraft der angebotenen Projekte zu verlassen. Vielmehr wurde ein integriertes Informationskonzept entwickelt, das gezielt Printmedien und öffentlichkeitswirksame Werbung mit der Internetpräsenz <http://www.townload-essen.de> verbindet. Die Ent-

18 Mitglied einer Steuerungsgruppe, zitiert nach: Schmidt (2008b): 19.

19 In der Steuerungsgruppe war der Arbeitskreis Jugend Essen (AKJ) Mitglied. Der AKJ ist ein freiwilliger und unabhängiger Zusammenschluss der Essener Jugendverbände, die im Jugendhilfeausschuss der Stadt Essen vertreten sind.

20 Mitglied einer Steuerungsgruppe, zitiert nach: Schmidt (2008b): 27.

wicklung dieses Auftritts war selbst ein Partizipationsprojekt: Jugendliche wurden von Anfang an in die inhaltliche und ästhetische Ausgestaltung einbezogen und sollen auch zukünftig entscheidend daran mitwirken, den Internetauftritt aktuell zu halten.

Entwicklung einer Vielfalt von Beteiligungsmöglichkeiten

In beiden Städten wurde ein breites Spektrum an Beteiligungsformaten, -themen und -methoden erprobt, um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden. Hier haben die empirischen Untersuchungen der Initiative „mitWirkung!“, die stadtspezifische Aussagen zur Beteiligungssituation ermöglichten, wichtige Hinweise auf Partizipationserfordernisse gegeben. In einer Vielzahl von Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen sowie zentraler erwachsener Akteure wurden diese zu fundierten Bedarfsanalysen verdichtet.

Gezielte Einbeziehung benachteiligter junger Menschen

Insbesondere sollten die Programme auch benachteiligte junge Menschen mit bildungsfernen Hintergründen erreichen und ihnen niedrigschwellige Angebote machen. Durch sogenannte „Selbstermächtigungsprojekte“, wie die Planungs- und Umsetzungsbeteiligung bei der Ausgestaltung von Bolzplätzen, Schulhöfen, der durch örtliche Handwerker begleitete Bau von Aufenthaltsräumen in einer Schule oder auch Graffiti-Projekte, wurden auch junge Menschen involviert und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt, die durch auf verbale Aushandlungsprozesse setzende Projekte nicht zu erreichen waren. Besonders gute Erfahrungen wurden in den Städten damit gemacht, Schüler aller Schularten gemeinsam auszubilden. Nicht nur die Schüler der Förderschulen profitieren von diesem Austausch:

„Die Förderschüler gehen nicht mehr geduckt durch die Stadt. Sie haben an Selbstbewusstsein gewonnen

[...] Es ist ein viel selbstverständlicheres Miteinander entstanden, auch die Gymnasiasten haben von den Förderschülern lernen können.“²¹

Bereitstellung von Fort- und Weiterbildungsangeboten

Durch Qualifizierung wurden ehrenamtlich Tätige wie hauptamtliche Fachkräfte dabei unterstützt, Angebote in guter Qualität zu entwickeln. Trainingsangebote richteten sich auch direkt, wie beschrieben, an Kinder und Jugendliche. Diese urteilten mit einem Durchschnittswert von 1,54 (auf einer 6er-Skala, wobei die Werte eins ‚sehr gut‘ und sechs ‚sehr schlecht‘ markierten) sehr positiv über das Konzept der Fortbildung und attestierten mit 1,77 einen hohen Nutzen der Seminare. Sowohl die Prozessmoderatoren als auch die Mitglieder der Steuerungsgruppe sehen in den durchgeführten Qualifizierungen einen zentralen Erfolgsfaktor für die erzielten Ergebnisse. Die professionsübergreifenden Ausbildungen haben das Gemeinschaftsgefühl gestärkt. Die externe Evaluation stellt fest: „Es wurden Ideen generiert, kollegial beraten und Erfahrungen ausgetauscht“ (Schmidt 2008b: 15).

Förderung der Selbstorganisationsfähigkeit durch qualifizierte Begleitung

Saalfeld und Essen haben den Weg beschritten, ihre Angebote unter konsequenter Einbindung der Interessen von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und ihnen durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen die Möglichkeit gegeben, eigene Ideen zu realisieren. In Essen hat dies unter anderem dazu geführt, dass Jugendliche den Verein we:too (gesprochen: Veto) gegründet haben, der darauf abzielt, die Partizipationsangebote für Jugendliche zu verbessern. Kindern und Jugendlichen Freiräume zu eröffnen, ohne

²¹ Mitglied einer Steuerungsgruppe, zitiert nach: Schmidt (2008b): 18.

notwendige Hilfestellungen zu verwehren, ist kennzeichnend für die Arbeit.

Unterstützung der Qualitätsentwicklung

In beiden Städten wurde über die Fortbildungen hinaus ein regelmäßiger Fachaustausch unter Hinzuziehung externer Experten initiiert, um für Erfahrungsaustausch, Coaching und Weiterentwicklung der Handlungsansätze einen Rahmen zu schaffen. Außerdem wird auch nach der Unterstützung durch die Bertelsmann Stiftung in die Ausbildung weiterer Prozessmoderatoren investiert. In Saalfeld wurde bereits eine dritte Gruppe Prozessmoderatoren – diesmal mehrheitlich Lehrer – ausgebildet. In Essen ist dies für das Jahr 2010 terminiert.

Lernen für künftige Projekte

Die vorliegenden Evaluationsergebnisse der Initiative „mitWirkung!“ bieten die Chance, sowohl aus positiven Ergebnissen als auch aus Erfolgshemmnissen zu lernen, um damit Planung und Durchführung künftiger Projekte zu befördern. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen für erfolgreiche Beteiligungsvorhaben wird die Praxisrelevanz der erarbeiteten Handlungsempfehlungen für Kommunen belegt (vgl. Olk/Roth 2007). Die von der Evaluation zurückgemeldete zentrale Bedeutung der Ausbildungen von Prozessmoderatoren für den Projekterfolg zeigt, dass Partizipation von jungen Menschen in den Köpfen von Erwachsenen beginnt. Die Trainings waren offensichtlich geeignet, sowohl Kenntnisse zu vermitteln als auch auf Einstellungen und Verhaltensweisen positiv zu wirken sowie teambildende Prozesse zu unterstützen. Die Befragten fühlen sich durch eine gemeinsame Vision verbunden: Sie teilen ein Verständnis darüber, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelingen kann und wie alle Beteiligten sowie die Gesellschaft als Ganzes davon profitiert. Ohne diese Investition in die begleitenden Erwachsenen hätten sich die Projektergebnisse nicht eingestellt: „Letztlich weiß

man: Das eine ist die Struktur – das andere sind die Menschen!“²²

Hinsichtlich Faktoren, die bei zukünftigen Beteiligungsprojekten noch stärker Berücksichtigung finden sollten, deuten die Evaluationsergebnisse in die folgende Richtung:

Einräumung von Entwicklungszeit

Für die Pilotphase in Essen und Saalfeld standen zweieinhalb Jahre zur Verfügung. In dieser Zeit wurden die Projektstrukturen aufgebaut, die Prozessmoderatoren, Jugendtrainer und Jugendlichen qualifiziert, ein stadtspezifisches Zielsystem entwickelt, mit Projekten unternommen und politisch verabschiedet. Die ganze Arbeit war dabei darauf ausgerichtet, junge Menschen bei allen Projektschritten zu beteiligen. „Es war unheimlich viel Arbeit, aber dadurch konnten wir auch viel erreichen.“²³ Die externe Evaluation kommt zu dem Ergebnis, dass der hohe zeitliche Aufwand von den kommunalen Akteuren partiell als belastend empfunden wurde, im Nachhinein jedoch die Zufriedenheit überwiegt (vgl. Schmidt 2008b: 30).

Umgang mit Widerstand

Die Entwicklung einer kommunalen Partizipationsstrategie trifft auf eine Fülle von widerstreitenden Interessen in der Kommune. Politik, Kommunalverwaltung mit einer Vielzahl an Fachbereichen beziehungsweise Ämtern, Schulen und Jugendarbeit sind gleichermaßen gefordert, die gängige Praxis zu modifizieren oder sogar durch neue Vorgehensweisen zu ersetzen. Die Erfahrungen zeigen, dass eine intensive Begleitung dieses Änderungsprozesses notwendig ist, die es erfordern kann, externe Beratung an erfolgskritischen Stellen hinzuzuziehen.

²² Mitglied einer Steuerungsgruppe, zitiert nach: Schmidt (2008b): 18.

²³ Mitglied einer Steuerungsgruppe, zitiert nach: Schmidt (2008b): 31.

Einbindung von Schulen

In der Zusammenarbeit mit Schulen ist sehr deutlich geworden, dass eine verfestigte Kooperation bei der Entwicklung von Partizipationsvorhaben besser gelingt, wenn das schulische Engagement durch Schulaufsicht und Kultusministerium unterstützt wird.

Ausweitung der Zielgruppen

Die Disposition junger Menschen, sich aktiv in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einzubringen, entwickelt sich früh. Entwicklungspsychologisch spielen dabei Erfahrungen bereits in früher Kindheit eine zentrale Rolle (vgl. Bertelsmann Stiftung 2007). Vor diesem Hintergrund sollte die Arbeit auch jüngere Zielgruppen einschließen und bereits im Kindergarten beginnen. Auch die Frage, wie sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche noch besser involviert werden können, muss weiter verfolgt werden.

Ausblick

Die Resultate der Initiative „mitWirkung!“ belegen, dass die Zukunft der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Entwicklung eines kommunalen Gesamtkonzepts liegt. Erst durch diesen Zugang wird es möglich, die Beteiligung von jungen Menschen aus der im Vergleich zu anderen kommunalpolitischen Themen vielfach unterstellten Randständigkeit zu holen und den Stellenwert der Einbeziehung junger Mensch für eine vitale Demokratie politisch abzusichern.

In einer Projektlaufzeit von knapp fünf Jahren hat die Initiative „mitWirkung!“ empirisches Wissen über das Partizipationsverhalten aufgebaut, in Kooperation mit ausgewählten Kommunen erprobt, wie nachhaltige Beteiligungsstrukturen entwickelt werden können und dabei gleichzeitig Freiraum für Kreativität, Spontaneität und Flexibilität gewährleistet bleibt.

Nicht nur die Ergebnisse der Abschlussevaluation aus dem Jahr 2008 belegen den Projekterfolg, sondern auch die weitere Entwicklung in den Modellkommunen. Sowohl in Essen als auch in Saalfeld wird die Initiative „mitWirkung!“ unabhängig von der Unterstützung durch die Bertelsmann Stiftung fortgesetzt. Neben der partizipativen Entwicklung neuer Projekte setzen beide Kommunen im Jahr 2009 auf eine Versteigerung der Beteiligungsstrukturen. In Essen wurde die Steuerungsgruppe an die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG angekoppelt. In allen neun Stadtbezirken wurden zudem projektspezifische Lenkungsgruppen eingerichtet, in denen Vertreter des Jugendamtes mit Vertretern freier Träger zusammenarbeiten. In Saalfeld hat sich ein Kinder- und Jugendausschuss aus 20 jungen Menschen gebildet, der einmal monatlich tagt und zu allen kommunalpolitischen Fragen Stellungnahmen abgibt sowie eigene Beschlussvorlagen an den Rat richten kann. Der Ausschuss wird vom Bürgermeister, Verwaltungsspitze und dem Rat intensiv begleitet und durch Mitarbeiter der Verwaltung in seiner Arbeit unterstützt. Mit Zukunftswerkstätten und thematischen Workshops werden junge Menschen in Saalfeld gegenwärtig zudem systematisch bei der Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes beteiligt. Während Essen kontinuierlich die Internetplattform <http://www.townload-essen.de> zu dem zentralen Kommunikationskanal für junge Zielgruppen ausbaut und mit 20.000 Zugriffen pro Monat auf eine große Resonanz stößt, erscheint seit kurzem in Saalfeld die Kinderzeitung „tomatoc“. Konsequentermaßen führen beide Städte auch die Fortbildungsoffensive fort. In beiden Städten sind weitere Prozessmoderatoren und Jugendtrainer ausgebildet sowie Jugendliche selbst qualifiziert worden. Insbesondere von den Trainings der Jugendlichen gehen immer wieder Impulse für Veränderungen aus: Einrichtung von Treffpunkten, Qualifizierung der Arbeit von Schülervertretungen oder die Initiative von Saalfelder Schülern „Für eine rassistisfreie Gesellschaft“ haben hier ihre Wur-

zeln. Insbesondere die Kooperation mit Schulen ist in beiden Städten in den vergangenen Monaten weiter intensiviert worden.

Die vorgestellten Ergebnisse der Initiative „mitWirkung!“ sind umfassend dokumentiert und wurden zu Handlungsempfehlungen, Praxisleitfäden und Handbüchern verdichtet (vgl. Olk/Roth 2007, Bertelsmann Stiftung 2008c, Bertelsmann Stiftung 2008a). Damit ist die Hoffnung verbunden, dass andere Kommunen sowie weitere Interessierte von den Erfahrungen für die eigene Arbeit profitieren können. Diesem Ziel soll auch die Reflexion der Gelingensbedingungen einer wirksamen Kinder- und Jugendpartizipation an dieser Stelle dienen. Auch die Bertelsmann Stiftung hat sich intensiv mit Ableitungen für ihre Arbeit auseinandergesetzt. Insbesondere das neue Vorhaben „jungbewegt – Dein Einsatz zählt!“²⁴ wird davon profitieren.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2003): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Ergebnisse einer Strukturdatenerhebung. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Vorbilder bilden – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel. Carl Bertelsmann-Preis 2007, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008a): „mitWirkung!“ in der Praxis. Erfahrungen – Ergebnisse – Erfolge, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008b): Mitwirkung (er)leben. Handbuch zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008c): Eine Stadt für uns alle. Handbuch zur Entwicklung kommunaler Strukturen für die Jugendbeteiligung, Gütersloh.
- Bundesjugendkuratorium (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, München.
- Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut (2007): Die Beteiligung junger Menschen in Familie, Schule und am Wohnort, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze, Gütersloh.
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (2006): Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertagesstätten, Kiel.
- Olk, Thomas/Roth, Roland (2007): Handlungsempfehlungen für Kommunen, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Gütersloh.
- Schmidt, Stefan (2008a): Bericht zur schriftlichen Befragung der Prozessmoderierenden der Modellkommunen Essen und Saalfeld. Köln.
- Schmidt, Stefan (2008b): Bericht zu den Gruppenerhebungen mit den Steuerungsgruppen der Modellkommunen Essen und Saalfeld, Köln.

24 Das Projekt „jungbewegt“ wurde im Herbst 2008 gestartet. Es wird Kindertagesstätten und Schulen dabei unterstützen, sich zu Orten der Engagementförderung zu entwickeln. Außerdem werden Angebote im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit erarbeitet. Zurzeit werden Kooperationen mit Bundesländern aufgebaut und Kommunen für die Pilotphase (02/2010 bis 12/2012) gesucht.

Beispiel

„mitWirkung!“ – Essener Jugendamt erprobt Konzept zur Jugendbeteiligung

Gudrun Potysch-Wieczorek

88

An Spielen, bei denen Kinder und Jugendliche nicht wirklich mitbestimmen dürfen, verlieren sie schnell das Interesse. Genauso verhält es sich mit gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen: Wer hier nicht „mitspielen“ darf, verliert bald die Lust und zieht sich zurück. Aber: „Mitspielen“ will gelernt sein. Diese Erkenntnis führte dazu, dass ab dem Jahr 2000 die Abteilung „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ des Essener Jugendamtes spezielle Foren schuf, in denen Kindern erste Erfahrungen bei der Mitgestaltung ihrer Heimatstadt ermöglicht werden sollten. In ihnen können Kinder von acht bis 14 Jahren Ideen und Vorschläge zur Stadtgestaltung einbringen.

Für die Gruppe der Jugendlichen gab es jedoch bislang keine Möglichkeiten, ihre Wünsche und Vorschläge zur Gestaltung ihrer Stadt einzubringen. Das änderte sich erst im Jahr 2004, dem Jahr, in dem die Bertelsmann-Stiftung das Projekt „mitWirkung!“ ausschrieb. In ihm sahen die Essener Praktiker die Chance, mit externer fachlicher Unterstützung erstmalig Beteiligungsstrukturen zu schaffen, die für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sind. Denn das neue Konzept sollte auf einer bundesweiten Untersuchung basieren. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse sollten Strategien entwickelt werden, die bei der

nachhaltigen Verankerung von Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene helfen sollten. Mehrere Städte bewarben sich um die Teilnahme an dem Projekt; den Zuschlag bekamen schließlich Leipzig, Saalfeld und Essen.

Nach Abschluss der bundesweiten Untersuchung wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 zwischen der Bertelsmannstiftung und der Stadt Essen eine Projektstruktur vereinbart, die unter anderem vorsah, zunächst drei Module anzupacken, in denen Partizipationsangebote entwickelt und vor allem „gelebt“ werden sollten.

Diese drei Module beinhalteten

- den Aufbau einer dezentralen Jugendbeteiligung im Stadtbezirk, angefangen mit Essen-Borbeck,
- den Ausbau der gesamtstädtischen Jugendinformation
- sowie die Erstellung eines Jugendberichtes.

Parallel zur Arbeitsaufnahme in den drei Modulen fand im März 2006 ein Workshop statt, an dem Essener partizipationserfahrene Akteure Stärken und Schwächen konkreter Beteiligungsprojekte in Essen herausarbeiteten. Unter Berücksichtigung der Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung wurde als Fazit dieses Workshops im Kern festgestellt:

- Strukturen zur Beteiligung von Kindern sind nachhaltig verankert,
- die Beteiligung von Jugendlichen im kommunalen Entscheidungsraum ist dagegen noch nicht ausreichend ausgeprägt.
- In der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit sind Beteiligungsmöglichkeiten gut verankert. Die Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit sind hoch motiviert, Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.
- Die Essener Jugendlichen sind wenig über Partizipationsmöglichkeiten informiert.

- Das Internet wird von Jugendlichen häufig zur Information genutzt, allerdings sind Jugendliche selbst an der inhaltlichen Gestaltung nicht ausreichend beteiligt.
- Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule sind zu wenig vorhanden.
- Die Vernetzung zwischen den Akteuren in der Kinder- und Jugendarbeit ist gut entwickelt. Demgegenüber mangelt es noch an der Vernetzung zwischen Kinder- und Jugendarbeit und dem Schulbereich.
- Methoden der Beteiligung müssen zielgruppenadäquat entwickelt und durchgeführt werden.
- Die notwendige Evaluation von Beteiligungsprojekten ist in Essen noch nicht fest etabliert.

Diese Auswertung bestätigte uns in unserer Entscheidung, das Projekt mit den genannten drei Modulen zu starten.

Dezentrale Jugendbeteiligung in Essen-Borbeck

Essen umfasst neun Stadtbezirke. Jeder dieser Bezirke hat ca. 60.000 bis 80.000 Einwohner. In Essen sollte zunächst mit einem Stadtbezirk begonnen werden, um erste Erfahrungen zu machen und eventuelle Fehler bei der späteren Ausweitung auf andere Stadtbezirke nicht zu reproduzieren, sondern aus ihnen zu lernen.

Gestartet wurde im Essener Stadtteil Borbeck.

- Zunächst wurde mit den Schulleitern der weiterführenden Schulen und den Mitarbeitern der Jugendfreizeiteinrichtungen in persönlichen Gesprächen das Vorhaben vorgestellt; außerdem wurde das Projekt der Bezirksvertretung präsentiert.
- Bei der Auftaktveranstaltung für erwachsene Multiplikatoren im Juni 2006 kamen rund 40 Vertreter aus den verschiedensten Stadtteilinstituten

und -organisationen in der Gesamtschule Borbeck zusammen, um sich über das Projekt zu informieren und Chancen und Risiken zu diskutieren. Vertreter aus Schulen, Vereinen und Politik sicherten ihre Unterstützung für das Projekt zu.

- Mit einer ausführlichen Berichterstattung in den Zeitungen wurde der Start des Projektes in die Öffentlichkeit gebracht.

Parallel zum Projektstart begann die Ausbildung hauptamtlicher Mitarbeiter zu Prozessmoderatoren. Sie sollten als Praktiker künftige Jugendgruppen auf ihrem Weg zur Partizipation begleiten und unterstützen. Drei Schulen stellten Lehrer für diese Ausbildung frei. Außerdem nahmen Mitarbeiter aus Essener Jugendeinrichtungen teil. Die Ausbildung und zwei weitere wurden inzwischen abgeschlossen.

Die erste Phase der Partizipation von Jugendlichen startete im September 2006. In ihr kamen Jugendliche aus dem Stadtteil Borbeck zusammen, darunter jugendliche Stammesleiter der Pfadfinder, Schülervertreter sowie Messdienerleiter. Diese Gruppe plante ihrerseits nun eine Auftaktveranstaltung für alle interessierten Borbecker Jugendlichen. Ihr Ziel war es, Themenfelder herauszufiltern, in denen Jugendliche „mitwirken“ wollen. Dieses erste „Jugendforum Borbeck“ fand im November 2006 statt. Die Ergebnisse dieses Jugendforums wurden von Jugendlichen in Interessengruppen, die sich zu bestimmten Schwerpunkten gebildet hatten, bearbeitet. Herausgekommen sind dabei eine Reihe von Vorschlägen, von denen sich manche relativ einfach umsetzen ließen; andere wiederum waren aufgrund anders lautender politischer Beschlüsse nicht zu realisieren. So beispielsweise der Erhalt eines Freibades, das geschlossen werden soll, sowie der Neubau eines Fußballstadions.

Umgesetzt hingegen wurden der Umbau eines Bolzplatzes, die Einrichtung eines Tanzangebotes sowie

der Neubau des Schülervertretungsraumes in einer Gesamtschule. Insbesondere diese kleineren, überschaubaren Projekte erwiesen sich in Hinblick auf die Einübung von Mitgestaltung im Sinne einer „best practice“ als besonders sinnvoll.

Wer aus Politik und Verwaltung kann für die Unterstützung bestimmter Projekte gewonnen werden? Wie schreibe ich einen Brief an die Verwaltung? Was muss ich beachten, wenn ich Geld bei der Bezirksvertretung beantragen will? Diese und viele andere Aspekte, die bei der erfolgreichen Umsetzung von Projekten beachtet werden müssen, konnten so vermittelt werden.

Bei der Umsetzung wurden die Jugendlichen selbst aktiv und mit ihnen viele Helfer aus dem Stadtbezirk.

Wie ging es weiter?

Ab September 2007 formierte sich eine „Lenkungsgruppe“ mit dem klangvollen Namen „we:too“. Er ist gleichbedeutend mit „Veto“ oder „wir auch“. Diese Gruppe, bestehend aus zehn Jugendlichen und zwei Pädagogen, hat nun einen Vereinsstatus erlangt und versucht jetzt mit weiteren Mitstreitern aus Borbecker Schulen, eine systematische Struktur für die Beteiligung von jungen Menschen zu erreichen. Einzelheiten stehen noch nicht fest. Es wird jedoch daran gedacht, ein Votum von Borbecker Jugendlichen zu bekommen, das die Gruppe bei jugendrelevanten Entscheidungen bei der Bezirksvertretung einsetzen und benutzen möchte.

Inzwischen sind Projekte zur Jugendbeteiligung in anderen Essener Stadtteilen angelaufen. In ihnen wurden weitere methodische Ansätze erprobt. Diese reichen von Interviews, die mit Jugendlichen geführt wurden, über „Open-Space“-Veranstaltungen, an deren Ende konkrete Vereinbarungen mit den Jugendlichen standen, bis hin zu einem speziell entwickelten

Spiel, bei dem sich Jugendliche für eine weitere Beteiligung aufstellen lassen können.

Es hat sich inzwischen bewährt, in einer Auftaktveranstaltung die politischen Entscheider und andere wichtige Personen des öffentlichen Lebens, Multiplikatoren aus den Schulen, Vertreter der Jugendverbände, der Initiativen und Vereine mit einzubeziehen. Denn „mitWirkung!“ muss die Jugendlichen und alle Akteure eines Gemeinwesens „in einem Boot“ mitnehmen.

Bewährt hat sich ebenfalls, die Akteure, die „mitWirkung!“ von Jugendlichen unterstützen und voran treiben wollen, in einer gemeinsamen Fortbildung beziehungsweise Ausbildung zusammenzubringen, um Planung und Vorgehensweisen abzusprechen. In diesen Veranstaltungen entwickelt sich ein „Wir-Gefühl“, das in der konkreten Arbeit wichtig ist, um Hürden zu überwinden und Niederlagen, Erfolg und Freude gemeinsam zu tragen.

Der Jugendhilfeausschuss hat nach Beendigung des Projektes im März 2009 beschlossen, nachhaltige Beteiligungsstrukturen für Jugendliche in Essen dezentral aufzubauen. Seit September 2009 sind in allen (neun) Stadtbezirken in Essen Lenkungsgruppen aktiv, bestehend aus einer Person vom Jugendamt und einer Person von den Jugendverbänden beziehungsweise Jugendhilfe gGmbH, die im Team arbeiten und Beteiligungsstrukturen aufbauen.

Fazit

Beteiligung macht Jugendlichen Spaß und gibt ihnen die Möglichkeit, mitzugestalten, wenn die Projekte einen praktischen Nutzen haben (Umgestaltung Bolzplatz, Entwicklung von Freizeit-Angeboten). Nur ein Jugendforum zu initiieren und Wünsche der Jugendlichen zu sammeln, bringt noch keine grundsätzliche Struktur für die Teilhabe. Wenn etwas nicht umzuset-

zen ist, wie beim Erhalt des Freibades, verlieren Jugendliche sehr leicht das Interesse, weiterzumachen.

Es bleibt abzuwarten, ob Partizipation in konkreten Fällen gelebt wird, da in der Folge Entscheider ihre bestehenden und lieb gewordenen Kompetenzen und Ressourcen teilen müssen. Jugendliche zu interessieren, sie immer wieder zu motivieren, Niederlagen aufzufangen und auch längere Durststrecken zu überwinden, all dies bedarf einer ständigen pädagogischen Begleitung. Es reicht nicht aus, mit der Partizipation im Jugendalter zu beginnen, sie muss im Alltag gelebt werden. Partizipation muss ständig vergegenwärtigt werden, muss in den Familien beginnen und in Kindertagesstätten und Schulen weitergeführt werden.

Ausbau von Jugendinformation

In Essen gibt es zahlreiche Freizeit- und Hilfsangebote für Jugendliche. Diese sind aber nur wenig bekannt, so jedenfalls lautete das Ergebnis einer Bertelsmann-Umfrage. Deshalb wurde die Verbesserung der Jugendinformation in Essen zu einem weiteren Schwerpunkt des Projektes.

Um die Bertelsmann-Umfrage qualitativ zu ergänzen, wurde eine weitere Umfrage entworfen, die von Schülern eines Berufskollegs überprüft, ergänzt und an der Schule auf Tauglichkeit getestet wurde. Dieser Fragebogen wurde vor den Sommerferien 2007 an alle Schulformen in Essen verteilt. Die Auswertung der Umfrage zeigte eindrucksvoll, dass 85 Prozent der Jugendlichen über das Internet ihre Informationen beziehen und über dieses Medium kommunizieren.

Deshalb sollte eine neue Community für und mit Jugendlichen in Essen aufgebaut werden. „<http://www.townload-essen.de>“ heißt der neue Internetauftritt für Jugendliche. Seine Webseiten sind einfach aufgebaut. Sie enthalten weder Frames noch Tabellen und sind

maschinenlesbar. Dabei wird die Software Typo3 eingesetzt, damit jeder Nutzer vom eigenen Rechner aus Texte durch einfache Übernahme aus einer Textverarbeitung wie Word übertragen kann. Jugendliche können dadurch aktiv die Inhalte des gesamten Internetauftritts mit bestimmen.

Das neue Jugendportal wurde auf dem Deutschen Jugendhilfetag in Essen 2008 vorgestellt. Freigeschaltet ist es ab zirka Mitte September 2008. Es enthält unter anderem Angebote des Jugendamtes. Aber um Jugendliche nicht abzuschrecken oder unnötig zu pädagogisieren, soll das Jugendamt als Marke nicht erkennbar sein. Dies bedeutet immer sehr viel Abstimmungsbedarf innerhalb der Essener Verwaltungsstrukturen, Auseinandersetzungen mit dem Corporate Design der Stadt Essen sowie Probleme bei der Barrierefreiheit, die zwar angestrebt wird, aber nicht in Gänze umgesetzt werden konnte und nicht zuletzt hohe Kosten, die das Jugendamt ohne die Unterstützung vom Land und der Bertelsmann-Stiftung nicht allein hätte „stemmen“ können. Das Jugendportal entwickelt und verändert sich stetig. Mal gibt es Redaktionsgruppen, besetzt von Jugendlichen, die ihren Stadtteil beleuchten und ins Netz stellen; mal gibt es ein Schulprojekt, das vorgestellt wird.

Erstellung eines Jugendberichtes

Der Essener Jugendhilfeausschuss (JHA) beauftragte die Verwaltung, einen Jugendbericht zu erstellen, an dem Jugendliche beteiligt werden sollten. Der Bericht sollte künftig regelmäßig die Lebenssituation von Jugendlichen der Stadt Essen beschreiben und analysieren. Er sollte darstellen, welche Bedeutung gesellschaftliche und kommunale Entwicklungsprozesse für den Alltag von Jugendlichen in Essen haben. Der erste Bericht sollte sich insbesondere mit den Freizeitinteressen von Jugendlichen in Essen befassen. Hierzu wurde ein spezieller Fragebogen mit folgenden Themenschwerpunkten abgefragt:

- Wo verbringen Jugendliche ihre Freizeit?
- Welche Freizeitangebote fehlen?
- Wie groß ist das Interesse an Politik?
- Mit welchen Problemen beschäftigen sich Jugendliche?
- Familienbezug von Jugendlichen

Zuvor wurde das Konzept der Befragung mit Praktikern aus der Jugendarbeit, Jugendlichen und dem Stadtamt für Statistik, Stadtforschung, überprüft und in einem anschließenden „Pretest“ erprobt.

92 Im Mai 2007 wurden 9000 Jugendliche mit einem Fragenbogen zu Freizeitinteressen angeschrieben. Davon wurden 2451 Fragebogen (rund 1/3) ausgefüllt zurückgesandt. 171 der Befragten zeigten Bereitschaft an einem weitergehenden Interview; 490 waren an weiteren Informationen interessiert.

Im Dezember 2007 wurden alle Jugendlichen, die weitergehendes Interesse gezeigt hatten, zu einer Jugendveranstaltung eingeladen. Bei dieser Veranstaltung wurden die Ergebnisse präsentiert und die Jugendlichen hatten Gelegenheit, weitere Ideen einzubringen. Bei der Veranstaltung wurden den Jugendlichen weitergehende Möglichkeiten eröffnet, in stadtbezirksbezogenen Strukturen weiterzuarbeiten. Der erste Essener Jugendbericht unter Jugendbeteiligung ist im November 2008 dem Jugendhilfeausschuss in Essen vorgestellt worden.

Fazit

Einen Jugendbericht unter Jugendbeteiligung zu schreiben, scheint besonders Erfolg versprechend, weil Jugendliche ermutigt werden, ihre Wünsche darzustellen, zu begründen und diese weiter zu entwi-

ckeln. Dies erfordert von den Profis die Bereitschaft zu Aushandlungsprozessen und bei der Entwicklung neuer Methoden ein hohes Maß an Kreativität. Das Ergebnis macht Mut, weiter zu experimentieren und die Möglichkeiten der Jugendbeteiligung weiter auszubauen.

Um neue Formen der Jugendbeteiligung in einer Verwaltung zu etablieren, ist es nötig, ausgetretene „Verwaltungspfade“ zu verlassen. Dies wäre ohne das Engagement der Mitarbeiter der Projektgruppe und der handelnden Personen in einem Verwaltungsapparat, der sich zwar langsam, aber immerhin aufgrunddessen doch bewegt hat, nicht möglich gewesen.

Gesamtfazit

„Mitspielen“ aber auch „mitspielen lassen“ wollen gelernt sein. Mit dem Projekt „mitWirkung!“ wurden in Essen hoffungsvolle Ansätze von Jugendbeteiligung aus der Wiege gehoben. Jugendliche an der Gestaltung unseres Gemeinwesens zu beteiligen, bereichert die gesamte Gesellschaft. Und: Wenn Jugendliche frühzeitig positive Erfahrungen mit gesellschaftlichem Engagement machen können, sind die Chancen besonders groß, dass sie zu Menschen heranreifen, die später als mündige Bürger unseres Gemeinwesens einen aktiven Beitrag zur Entwicklung ihrer Stadt leisten. Deshalb hat es unbestreitbar einen gesellschaftlichen „Mehrwert“, junge Menschen mitwirken und mitgestalten zu lassen. Damit diese Erkenntnis in Politik und Verwaltung Raum greift und sich in echten Beteiligungsstrukturen realisiert, müssen noch viele „dicke Bretter“ gebohrt werden. Dazu bedarf es des Engagements Vieler, die mitmachen und die bei „Gegenwind“ nicht gleich den Mut verlieren.

2.2

Partizipation braucht Spielräume!

Einblicke in das internationale Partizipationsprogramm SPIELRAUM

Fabian Kessl, Christian Reutlinger

Hintergrund der folgenden Ausführungen ist allgemein der deutschsprachige Kontext der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit und speziell ein Kooperationsprogramm in diesem Bereich mit dem Namen „SPIELRAUM“. Dieses Programm wird seit Herbst 2008 bis Ende 2010 als Kooperation der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung mit Nike durchgeführt. An fünf ausgewählten Standorten – Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Wien und Zürich – werden von lokalen Projektträgern der Kinder- und Jugendarbeit Partizipationsinitiativen umgesetzt. Ziel dieser Initiativen ist es, bestimmte öffentliche Plätze in als „sozial benachteiligten“ definierten städtischen Gebieten „mit neuen sozialräumlichen Nutzungskonzepten für Sport und informelle Bildung umzugestalten“ (DKJS 2009) und sie zu „lebenswerten Orten“ (DKJS 2009) zu machen, wie es in der offiziellen Programmsprache heißt (vgl. DKJS 2009).

Die wissenschaftliche Projektbegleitung des Programms SPIELRAUM, die von den beiden Autoren diesen Beitrags verantwortet wird, ist eine deutsch-schweizerische Zusammenarbeit des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik an der Universität Duisburg-Essen und des Instituts für Soziale Arbeit der FHS St. Gallen (IFSA).



Im Rahmen des Programms SPIELRAUM sollen an den Standorten durch die vernetzte Tätigkeit der lokalen Akteure der Jugendhilfe mit anderen Akteuren, beispielsweise Sportvereinen oder Gemeinwesenarbeitsprojekten, so genannte „Verantwortungsgemeinschaften“ entstehen (Ebene der Handlungs- und Vernetzungsräume Erwachsener). Neben dem Aufbau solcher Handlungs- und Vernetzungsräume zwischen den beteiligten Fachkräften und den sozialpädagogischen Trägern sind vor Ort jeweils konkrete Baumaßnahmen von Spielanlagen durchgeführt worden oder noch in Planung. Kinder und Jugendliche, die die Plätze bereits nutzen oder im Umfeld der Plätze wohnen oder zur Schule gehen, wurden bei der Entstehung der Bolzplätze oder Skateranlagen bereits in die Planung, aber auch in die bauliche Umsetzung mit einbezogen. Auch über die Möglichkeit einer späteren selbstregulierten Platzorganisation wird teilweise nachgedacht.

Ziel dieser Form der Beteiligung in mehreren Projektphasen ist die Erweiterung der Handlungs- und Aneignungskompetenz der Kinder und Jugendlichen (Ebene der Handlungsfähigkeit).

Bereits diese kurze Darstellung des Programmkontextes macht deutlich, dass sich das Programm SPIELRAUM intensiv mit der Frage der Partizipation von

Heranwachsenden zu beschäftigen hat, oder bildlich gesprochen: Spielraum braucht Partizipation.

Diese Anforderung wird im Folgenden etwas prinzipieller hinsichtlich der Frage diskutiert, was es zu beachten gilt, wenn in der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen und im konkreten Programm SPIELRAUM von Partizipation die Rede ist.

Mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Bau einer Sportanlage in einem als benachteiligt definierten Stadtteil wird über die lokalen vernetzten Tätigkeiten anderer Akteure in der Laufzeit des Programms ein konkretes Beteiligungsfenster eröffnet, so die Grundmotivation des Programms SPIELRAUM. Über das damit eröffnete Beteiligungsfenster sollen sich Heranwachsende in einer bestimmten Art und Weise engagieren, indem sie beispielsweise an einem Planungsworkshop an einem Standort oder später im Rahmen des Eröffnungsworkshop die Organisation eines Fußballturniers mit übernehmen. Dahinter liegt die Hoffnung, dass sie sich dadurch den jeweiligen Platz zu Eigen machen, ihn weiterhin nutzen und sich mit ihm identifizieren und dadurch Verantwortung für den Platz übernehmen – um beispielsweise mutwilligen Zerstörungen vorzubeugen. Gleichzeitig sollen die Kinder und Jugendlichen über diese Erfahrung der Mitgestaltung ihre Kompetenzen im Bereich Sport und Bewegung, Kommunikation und Verhandlung, Organisation und Kooperation und vieles andere mehr erweitern¹.

Mit diesem Beteiligungsmodell reiht sich das Programm SPIELRAUM in eine allgemeine Diskussion ein, in welcher es um eine Öffnung und Vernetzung sozialer Institutionen und partnerschaftlichen Aushandlung der Beteiligungsinhalte mit dem Ziel geht,

benachteiligten Kindern und Jugendlichen soziale Zugangsmöglichkeiten zu garantieren (vgl. Peterson 2002, Schnurr 2001).

Der Einbezug junger Menschen zielt darauf ab, ihnen zu ermöglichen, sich zu selbständigen Akteuren zu entwickeln. Daher lässt sich hinter dieser Beteiligungsinitiative ein pädagogisches Motiv identifizieren. Partizipation bedeutet nicht einfach Bedürfnisbefriedigung, indem strukturelle benachteiligte junge Menschen einmal ihre Wünsche kundtun dürfen und dank einem Sponsor den Wunsch nach neuen Spielgeräten erfüllt bekommen. Vielmehr zielt der Partizipationsprozess als pädagogischer Prozess auf die Ermöglichung einer Auseinandersetzung um die Themen der am Prozess beteiligten Kinder und Jugendlichen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass es für sie beim Bau der konkreten (Sport)Anlagen wirklich um etwas geht und gehen kann, das heißt um ihre Interessen – um das, was sie betrifft und angeht. Ein Projekt wie das Programm SPIELRAUM muss sich deshalb kontinuierlich und selbstreflexiv die Frage nach Offenheit stellen: Geht es lediglich darum, Bolzplätze zu bauen, weil Fußball als „Unterschichtensport“ gilt, oder sind auch andere Sport- und Bewegungsanlagen möglich? Wie gelingt beispielsweise, dass sich eine Gruppe von Hip-Hoppern oder Freestylern einbringen kann? Was geschieht mit Mädchen, wenn die Bolzplatzkonzeption die vorhandene Platzdominanz älterer Jungs zementiert?

Wäre eine solche Offenheit gewährleistet, müsste Partizipation Teilhabe, nicht nur Teilnahme meinen. Das heißt, dass es dann nicht nur darum ginge, sich etwas vom vorgefertigten Kuchen nehmen zu dürfen, sondern über etwas verfügen zu können – den Kuchen selbst in seiner Gestalt mit gestalten zu können – ja um die Frage, welchen Kuchen es überhaupt geben soll, und ob es überhaupt Kuchen oder etwas anderes geben soll. Konkret gesprochen heißt das beispiels-

1 Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde die Handlungsebene der Jugendlichen beziehungsweise die Vorstellung von Kompetenzzuwachs durch die Aktivitäten im Rahmen des Projektes durch die drei theoretischen Konzeptionen Aneignung, Befähigung (Capability) sowie Bewegung und Sport übersetzt.

weise, über die Platzgestaltung oder die Platznutzung selbst mitzubestimmen. Partizipation ist dann gleichbedeutend mit Ermächtigung und damit rückt, wie das Wort schon sagt, die Frage der Machtverteilung und der Herrschaftsstrukturen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Macht meint dann die Möglichkeit der Mitbestimmung, also die Möglichkeit, den eigenen Willen auch gegen den Willen anderer durchsetzen zu können. Ob die hinter dem pädagogischen Motiv liegenden zentralen Elemente wie Prozessoffenheit und Ermächtigung wirklich gewährleistet sind, ist eine Frage, die beispielsweise im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms SPIELRAUM kritisch zu prüfen ist.

Indem das Programm sich explizit auf Gruppen Heranwachsender in so genannten benachteiligten städtischen Gebieten bezieht, besteht die Chance, dass Partizipation in diesem konkreten Fall nicht mehr länger als ein Privileg der einzelnen wenigen betrachtet, sondern tendenziell für andere als bisher ermöglicht wird. Dies gelingt jedoch nur, wenn die Partizipationsprogramme in reflexiver Weise die „Bedingungen der Möglichkeit“ von Partizipation explizit in den Blick nehmen. Dies bedeutet, dass der jeweilige Kontext als Möglichkeitsstruktur und -kultur genau betrachtet werden muss. Damit ist, und das muss deutlich gesagt werden, der gegenwärtig häufig eingenommene Blick auf eine vermeintliche Beteiligungsfähigkeit von bestimmten Kindern und Jugendlichen und ihre scheinbar fehlenden Kompetenzen radikal gewendet auf die Frage der partizipativen Ausgestaltung von Räumen wie den im vorliegenden Fall und damit auf die multifunktionalen Bewegungsräume.

In der bisherigen Laufzeit des Programms SPIELRAUM hat sich gezeigt, dass keine allgemeingültigen und für jeden Standort geltenden Rezepte für die Realisierung der angedachten Formen der Beteiligung existieren. Vielmehr zeigt sich hier, dass Partizipation

im Sinne von Ermächtigung einem Modell verpflichtet sein muss, das je nach Akteursgruppe und Interessenlage zu deutlichen lokalen Differenzen führt: das Modell der Demokratie, das heißt von Beteiligungsstrukturen, die einen möglichst hohen Grad subjektiver Selbstbestimmung für alle Akteure anstreben. Eine damit verbundene Demokratiebildung als Ermächtigungsprogramm erfordert dann auf Seiten der Fachkräfte der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit als Bildner auch nicht die Kenntnis über eine spezifische Partizipationsmethode, sondern eine spezifische Haltung. (Sozial)Pädagogisch besteht dann die Aufgabe, an der Ermöglichung von Partizipation in der Auseinandersetzung mit allen beteiligten Akteuren zu arbeiten. Partizipationsermöglichung ist dann Demokratiebildung.

Partizipation ist also kein Spiel, sondern demokratische Auseinandersetzung unter Realbedingungen. Partizipation meint somit weder machtfreie Spielräume („Wir tun so, als wären wir jenseits der bestehenden sozialen Verhältnisse“) noch das Ausblenden von Interessenkonflikten und funktionaler Arbeitsteilung („Wir machen alle alles zusammen“). Vielmehr braucht Partizipation Spielräume.

Im Rahmen der bisherigen wissenschaftlichen Begleitung wurden in diesem Sinne bestimmte Qualitätsindikatoren entwickelt, die gelingende Beteiligungssettings im Sinne von echter Mitbestimmung der Nutzer ausmachen. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms SPIELRAUM muss entlang dieser Indikatoren immer wieder der Ermächtigungsgrad mit den Programmverantwortlichen wie den Programmakteuren bestimmt werden und damit

eine kritische Selbstreflexion auf die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation realisiert werden².

Qualitätsindikatoren von Partizipation in der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit (und konkret im Programm SPIELRAUM)

- Spielraum braucht Partizipation.
- Beteiligung ist ein entscheidender Prozessfaktor für die Wirkung (sozial)pädagogischer Angebote, beispielsweise in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Gelingende Settings machen also eine echte Mitbestimmung der Nutzer erforderlich.
- Qualitätsmerkmal von Partizipation ist, ob es dabei um etwas geht – und zwar um etwas, was die Beteiligten betrifft und angeht.
- Partizipation meint Teilhabe, nicht nur Teilnahme, das heißt, es geht nicht nur darum, sich etwas vom vorgefertigten Kuchen nehmen zu können, sondern über etwas verfügen zu können – den Kuchen selbst in seiner Gestalt mitbestimmen zu können. Partizipation meint also Ermächtigung.
- Es geht in Partizipationsprozessen immer um Machtverteilung. Macht meint die Möglichkeit der Mitbestimmung, also die Möglichkeit, den eigenen Willen auch gegen den Willen anderer durchsetzen zu können.
- Partizipation ist ein Spiel, das nur unter Realbedingungen Sinn hat. Partizipation meint weder machtfreie Spielräume („Wir tun so, als wären wir jenseits der bestehenden sozialen Verhältnisse“) noch das Ausblenden von Arbeitsteilung („Wir machen alle alles zusammen“).
- Quasibeteiligung ist zwar eine Form der Beteiligung, aber keine Partizipation. Partizipation ist in diesem Sinne nicht gleich Beteiligung, sondern

hat einen Eigenwert, der eine spezifische Normativität (Wertgebundenheit) markiert.

- Fantasie, Utopie und Grenzüberschreitungen sind erwünscht, aber der Verweis auf ein Jenseits nicht.
- Partizipation ist nicht Vereinheitlichung von Interessen und Standpunkten. Die Nutzer eines Platzes sind nicht automatisch eine Gemeinschaft – und wollen unter Umständen gar keine sein. Es gibt auch ein Recht auf Nicht-Beteiligung.
- Partizipation sollte in demokratisch gestalteten sozialen Zusammenhängen kein Privileg darstellen. Da sie nicht selbstverständlich ist, verlangt Partizipation immer die Inblicknahme der „Bedingungen der Möglichkeit“, also des jeweiligen Kontextes und der Möglichkeiten, die durch diesen geschaffen und verhindert werden.
- (Sozial)Pädagogisch besteht daher die Aufgabe, Partizipation zu ermöglichen. Partizipationsermöglichung ist insofern Demokratiebildung.
- Die Aufgabe sozialpädagogischer Fachkräfte besteht also darin, diese Demokratiebildung zu ermöglichen, soweit das in den jeweiligen Kontexten möglich ist. Die Fachkräfte können somit als Partizipations-Raum-Bildner beschrieben werden.
- Nicht die vermeintliche Beteiligungsfähigkeit von Jugendlichen, ihre scheinbar fehlenden Kompetenzen sollten den Ansatzpunkt für die notwendige Demokratiebildung darstellen, sondern die partizipative Ausgestaltung beispielsweise multifunktionaler Bewegungsräume.
- Partizipation ist nicht Bedürfnisbefriedigung, sondern die Ermöglichung einer Auseinandersetzung über die Themen der Beteiligten.
- Es existieren keine Rezepte für die Realisierung von Partizipation. Partizipation ist einem Ziel verpflichtet, dem es möglichst nahe zu kommen gilt: Demokratie, das heißt einen möglichst hohen Grad subjektiver Selbstbestimmung. Insofern erfordert Demokratiebildung auf Seiten der Fachkräfte als Bildner nicht die Kenntnis über eine

96

² In einem Workshop im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffens aller Projektpartner der fünf Standorte wurden die Qualitätsindikatoren erarbeitet.

spezifische Methode, sondern eine spezifische Haltung, eine Strategie.

– Partizipation braucht Spielräume.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

DKJS (2009): Programm SPIELRAUM, URL <http://www.dkjs.de/programme/verantwortung-wagen/spielraum.html> (Stand Oktober 2009)

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum – eine Einführung, Wiesbaden.

Petersen, Kerstin (2002): Partizipation, in: Schröer, W./Struck, W./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch der Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim/München, 909 – 924.

Schnurr, Stephan (2001): Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. völlig überarbeitete Auflage, Neuwied/Kriftel, 1330 – 1345.

2.3

Partizipation junger Menschen als europäische Zielsetzung



Claudius Siebel

98

Europa und Partizipation oder auch Bürgerbeteiligung, das waren lange Zeit zwei nicht unbedingt zusammengehörige Begriffe. Das europäische Projekt und die europäische Einigung waren und sind eigentlich bis heute vornehmlich Produkte nationalen Regierungshandelns (vgl. Kalb 2009), bei dem die Meinung der Bürger oder gar deren aktive Beteiligung nicht oder nur kaum gefragt waren. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung junger Menschen. Dazu kommt, dass deren Belange wie insgesamt der Jugendbereich in der EU-Politik lange Zeit keine wirklich prioritäre Achse darstellten. Dies lag und liegt bis heute an den nur minimalen rechtlichen Kompetenzen der EU für jugendpolitisches Handeln.

So sind beispielsweise im Amsterdamer Vertrag von 1997 die Tätigkeiten und Kompetenzen der EU im Jugendbereich auf die Förderung des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer beschränkt.

Politik zugunsten von jungen Menschen wurde überwiegend aus anderen Politikbereichen abgeleitet, so etwa aus der Bildungspolitik. Initiativen der EU beschränkten sich dann in solchen Bereichen auf Bildungs- und Mobilitätsprogramme (wie etwa ERASMUS etc.). Auch das im Jahre 1989 erstmals aufgelegte Programm „Jugend für Europa“ stand klar im Zeichen der Mobilitätsförderung junger Menschen und war (auch angesichts seiner begrenzten Mittel) noch kein Instrument einer wie auch immer gearteten stringenten europäischen Politik für die Belange junger Menschen.

Aber das Thema „Partizipation“ stand und steht dennoch seit einigen Jahren im Zentrum zahlreicher Debatten des Europarates wie auch der EU. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Gründe (vgl. Garnier-Lavalley 2005):

1. *Die Krise der repräsentativen Demokratie*, wie sie sich auf europäischer Ebene etwa in der schwachen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen oder der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden (beides überdurchschnittlich deutlich bei jungen Menschen) gezeigt hat.
2. *Die (Nachwuchs-) Schwierigkeiten der Jugendorganisationen*. Im Jahre 2007 waren nur noch 8 % der jungen Europäer Mitglied in einer Jugendorganisation, nur 7 % in einer Gewerkschaft und 5 % in einer politischen Partei (vgl. Europäische Gemeinschaften 2007: 6).
3. *Die Entwicklung der Jugend*. Hier sei insbesondere auf die zunehmenden Schwierigkeiten junger Menschen in Bezug auf ihre soziale Integration (Übergang von Schule/ Ausbildung ins Berufsleben etc.) verwiesen. Angesichts der Pluralisierung von Lebensläufen und zunehmenden Risiken von Arbeitslosigkeit und Armut ist die Bindung an Staat und Gesellschaft bei Jugendlichen längst nicht mehr selbstverständlich (vgl. Pohl 2009: 8). Jugendliche sind zunehmend zurückhaltend gegenüber traditionellen Strukturen, suchen sich ihre individuellen

Freiräume und organisieren sich nur noch selten verbindlich und dauerhaft.¹ Die Anzeichen für eine Entfremdung zwischen Jugendlichen und gesellschaftlichen Institutionen wachsen.

Diese offensichtlichen Problemlagen stellen mehr und mehr die Frage nach der Überlebensfähigkeit des demokratischen Staatsmodells, das unzweifelhaft von der Legitimation durch die Bürger einerseits und deren aktiver Beteiligung andererseits abhängt. Dies scheinen auch die politischen und öffentlichen Autoritäten allmählich erkannt zu haben und nehmen sich zunehmend dieses Themas an, so auch auf der europäischen Ebene.

Die Krise der repräsentativen Demokratie liefert so seit einiger Zeit den Anlass für ein verstärktes Bemühen für eine Wiederbelebung/-einführung dessen, was man partizipative Demokratie nennt, das heißt eine bessere Einbeziehung der Bürger in öffentliche politische Entscheidungen.

Eine andere bedeutende Entwicklung, die der Partizipationsdebatte großen Rückenwind verleiht, ist die Diskussion um die Anerkennung der Kinderrechte, die mit der Annahme der Kinderrechtskonvention durch die Vereinten Nationen im Jahre 1989 ihren Anfang genommen hat. Erst die Anerkennung von Kindern als vollwertige, handelnde Subjekte der Gesellschaft eröffnet die Einsicht in eine andere Sicht und Kultur der Beteiligung junger Menschen.

Die Anfänge der Partizipationsdebatte in Europa – der Europarat

Der Europarat kann als Vorreiter in der Partizipationsdebatte auf europäischer Ebene gelten.

Durch seine langjährige Tätigkeit und Tradition in den Politikfeldern Menschenrechte und Demokratieerziehung war auch das Thema Partizipation grundgelegt. Schon in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts widmete sich der Europarat Jugendthemen, indem er aktiv Jugendorganisationen als wichtige Bestandteile der Zivilgesellschaft förderte. In den 70er Jahren begann der Europarat dann, die Beteiligung junger Menschen und aktive Bürgerschaft (democratic citizenship) als Themen aufzugreifen und aktiv zu unterstützen. Bereits 1979 führte der Europarat ein System der Mitbestimmung (Co-Management) an seiner Jugendpolitik ein, das unter anderem die Beteiligung von Vertretern der Jugendorganisationen (überwiegend über das Europäische Jugendforum) vorsieht. Auf diese Weise wird die Jugendpolitik des Europarates durch die Zielgruppe selbst diskutiert, angenommen und umgesetzt. Dies hat gezeigt, dass eine Beteiligung junger Menschen an institutionellen Entscheidungsprozessen möglich ist und in anderen Ländern als Modell für ähnliche Systeme gedient hat.

In der Folge von zwei Konferenzen zur Jugendpolitik 1988 in Lausanne und 1991 in Langollen hat der Europarat am 19. März 1992 die „Europäische Charta der Partizipation junger Menschen am lokalen und regionalen Leben“ angenommen. In der Definition von Partizipation, die die Charta anwendet, finden sich bereits zwei sehr klassische Dimensionen: die politische und die Lern- und Bildungsdimension von Partizipation. Einerseits erlaubt Partizipation den jungen Menschen eine aktive (politische) Beteiligung und Mitgestaltung am lokalen Leben, andererseits erwerben sie dadurch wichtige Kompetenzen für ihre soziale Integration in die Gesellschaft.

Anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens wurde im Jahre 2003 vom Europarat eine revidierte Version der Charta angenommen. Sie besteht aus drei Teilen (Politik in einzelnen Bereichen, Mittel und Wege zur Förderung der Beteiligung der Jugend und Insti-

¹ Nur noch 22% der Jugendlichen sind überhaupt Mitglied in einer Organisation, einem Verein oder einem Club. Ehrenamtlich betätigen sich nur noch 2% der Jugendlichen (vgl. Europäische Gemeinschaften 2007: 6).

tionalisierte Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region) und gibt eine Menge an praktischen Hinweisen, wie Partizipation konkret, nützlich und erfahrbar gemacht werden kann. In ihrer Ausgangsüberlegung findet sich eine Konkretisierung dessen, was (politische) Beteiligung/Mitwirkung junger Menschen bedeutet:

„Mitwirkung am demokratischen Leben einer jeden Gemeinschaft heißt nicht nur wählen und sich zur Wahl stellen, auch wenn dies natürlich wichtig ist. Aktive Mitsprache als Bürger bedeutet auch, dass man das Recht, die Mittel, den Freiraum, die Möglichkeit und, wenn nötig, die gewünschte Unterstützung hat, um bei Entscheidungen mitzusprechen, Entscheidungen zu beeinflussen und sich für alle Bemühungen um eine bessere Gesellschaft einzusetzen.“²

100

Neu in der Charta ist die Forderung und Betonung von institutionalisierten Formen und Strukturen der Beteiligung. Diese Strukturen können unterschiedliche Formen annehmen.

„Ihre Aufgabe ist es, Bedingungen für eine Partnerschaft und einen echten Dialog zwischen der Gemeinde und der Jugend zu schaffen sowie den Jugendlichen und ihren Vertretern zu gestatten, in den sie betreffenden Angelegenheiten vollberechtigt mitzureden.“³

Auch fordert die Charta einen sektorübergreifenden Ansatz für Jugendfragen, das heißt eine Jugenddimension in allen Jugendliche betreffenden Politikbereichen. Insgesamt kann man sagen, dass der Europarat mit seiner „Partizipationspolitik“ sicher auch die noch zu skizzierenden Bestrebungen der EU gefördert hat, dem Themenfeld Partizipation mehr Gewicht beizumessen. Hier sei insbesondere auch die Partnerschaft hervorgehoben, die beide Institutionen seit 1998 im Jugendbereich mit verschiedenen Partnerschaftspro-

grammen eingegangen sind. Seit 2005 sind alle diese Programme in einem einzigen Partnerschaftsprogramm (<http://www.youth-partnership.net>) zusammengefasst. Der Schwerpunkt liegt in den Bereichen Europäische Bürgerschaft und Jugendpolitik und auch hier spielt das Thema Partizipation wieder eine herausragende Rolle.

Gerade die Tatsache, dass der Europarat keine rechtlich bindenden Instrumente entwirft, gibt ihm eine Freiheit, in Bereichen wie Partizipation zum innovativen Vorreiter unter den europäischen Institutionen zu werden. Ob Entwicklung von Zertifizierungsmechanismen für e-voting-Systeme, digitale Unterstützung von Partizipation auch zwischen Wahlen oder andere Formen der Integration der Zivilbevölkerung in Regierungsprozesse – in all diesen Bereichen ist der Europarat aktiv.

Zuletzt hat der Europarat noch ein Papier herausgegeben, das Handlungsempfehlungen für die Beteiligung an Entscheidungsprozessen gibt.⁴ Auch in seinem aktuellen Arbeitsplan spielt das Thema „Partizipation“ eine hervorgehobene Rolle. In einem längerfristig angelegten Aktionsplan (Roadmap 2009-2011) soll die Beteiligung von Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren befördert werden. Die Arbeit des Europarates konzentriert sich dabei in den Jahren bis 2011 auf folgende Bereiche:

- die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu fördern, wobei für deren Nachhaltigkeit unter anderem durch ihre strukturelle Verankerung in allen Politikbereichen gesorgt werden soll (Mainstreaming-Prinzip),

² Vgl. Revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region, Europarat, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, 21. Mai 2003, S.7.

³ Vgl. ebenda, S. 26.

⁴ Conference of INGOs of the Council of Europe: Code of good practice for civil participation in the decision-making process, CONF/PLE(2009)CODE1.

- einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der Schulen, Gesundheitssystem, Rechtssystem, Häusliche Fürsorge, Familien und vor allem die Sorge für besonders bedürftige Kinder einschließt,
- Kinder durch Menschenrechtserziehung und die Entwicklung und Verbreitung von Informationen in einer kindgerechten Sprache zu stärken.

Für die Umsetzung der Strategie im Bereich Partizipation wurde ein eigener Programmreferent eingesetzt sowie eine Sekretariatsübergreifende Arbeitsgruppe für Kinderpartizipation (Inter-Secretariat Working Group, kurz: „KID-IN“). Außerdem gibt es eine ad-hoc-Beratungsgruppe für Kinder- und Jugend-Partizipation unter der Regie der Jugendabteilung des Europarats. Hauptaufgabe der Beratungsgruppe, die aus Regierungsvertretern, NROs und Experten für Kinder- und Jugendpartizipation besteht, wird es sein, ein methodologisches Rahmenwerk zu erarbeiten, mit dem nationale Politik in diesem Bereich in noch auszuwählenden Pilotländern untersucht werden soll. Sobald die Pilotländer ausgewählt sind, sollen nationale Experten sowie Kinder und Jugendliche aus diesen Ländern eingeladen werden, sich an der Arbeit zu beteiligen. Die Gruppe wird darüber hinaus eine Empfehlung für das Ministerkomitee vorbereiten. Außerdem sind neue Webseiten zur Kinderpartizipation sowie Veröffentlichungen und ein Pilotprojekt zum Thema E-Partizipation geplant.

All das zeigt, wie sehr der Europarat das Thema Partizipation in den Mittelpunkt seiner Tätigkeiten stellt und es auf europäischer Ebene voranbringen möchte.

Partizipation und die EU – die Anfänge

Wie bereits eingangs beschrieben gehört das Thema Partizipation nicht zu den Kernelementen und -themen der EU-Politik. Dennoch haben die erwähnten Entwicklungen auf europäischer Ebene ein allmähliches Umdenken eingeleitet. Als Meilenstein und Paradigmenwechsel in diesem Bereich kann das Weißbuch „Europäisches Regieren“⁵ aus dem Jahre 2001 gelten. Darin heißt es bereits in der Vorbemerkung:

„Alle demokratischen Institutionen und alle Volksvertreter müssen sowohl auf nationaler als auch auf der EU-Ebene den Versuch unternehmen, die Kluft zwischen der Union und ihren Bürgern zu überbrücken. [...] Das Weißbuch schlägt vor, die politische Entscheidungsfindung zu öffnen, und mehr Menschen und Organisationen in die Gestaltung und Durchführung der EU-Politik einzubinden.“⁶

Das Weißbuch setzt sich für eine Öffnung der europäischen Institutionen gegenüber der Zivilgesellschaft ein und versucht moderne Politikverfahren unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit einzuführen. Dazu werden fünf Grundsätze des guten Regierens vorgeschlagen, von denen einer „Partizipation“ ist.

„Wie gut, sachgemäß und wirksam die Politik der Union ist, hängt davon ab, inwieweit die Akteure in den Politikgestaltungsprozess – von der Konzipierung bis hin zur Durchführung – einbezogen werden. Verstärkte Teilhabe bewirkt größeres Vertrauen in das Endergebnis und die Politik der Institutionen.“⁷

Das Weißbuch „Europäisches Regieren“ hat maßgeblich die Herausgabe des Weißbuches „Neuer Schwung für die Jugend Europas“⁸ mitbefördert.

5 Europäische Kommission: Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. KOM (2001) 428 endg.

6 Ebenda, S. 3f.

7 Ebenda, S. 13.

8 Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM (2001) 681 endg.

„Die Entscheidung, ein Weißbuch über Jugendpolitik zu veröffentlichen und insbesondere der Entschluss, vorher umfangreiche Konsultationen durchzuführen, sind Ausdruck des Willens, die neuen Formen des europäischen Regierens zu verwirklichen.

Das Weißbuch entspricht somit ganz der von der Kommission im Juli dieses Jahres durch die Annahme des Weißbuchs über das europäische Regieren vorgezeichneten Linie, die darin besteht, die Bürger – und somit auch die Jugendlichen in die sie betreffenden, auf Ebene der Europäischen Union (EU) – gefällten Entscheidungen mit einzubeziehen“⁹

102 Hervorzuheben am Prozess der Herausgabe des Weißbuchs ist das deutliche Bemühen, die Bürger in Europa und insbesondere die Jugendlichen an der Gestaltung dieses Politikpapiers zu beteiligen. Das Weißbuch sollte kein Dokument sein, das am grünen Tisch und gewissermaßen im stillen „Kämmerlein“ der EU-Kommission entwickelt wurde, sondern es sollte auf umfangreichen Konsultationen auf europäischer und auf der Ebene der Mitgliedsstaaten basieren. So hat es im Vorfeld eine ganze Reihe von Beteiligungs- und Konsultationsmaßnahmen gegeben, von nationalen und europäischen Konferenzen über Anhörungen, wissenschaftlichen Studien, Gesprächen mit Jugendräten bis hin zu einem Diskussionstag im Europäischen Parlament.⁹

Als eine der vier Kernbotschaften dieses Konsultationsprozesses hat sich herauskristallisiert, dass sich die Jugendlichen als aktive Staatsbürger einbringen möchten. Die Jugendlichen wollen verstärkt am Leben der EU teilnehmen. Sie wollen nicht nur konsultiert und befragt, sondern bei der Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Und schließlich fordern sie eine vorbehaltlose Förderung von Beteiligung, unter anderem auch für nicht-organisierte Jugendliche.¹⁰

Das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ ist gewissermaßen das Gründungsdokument für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich. Genau das ist sein Zweck, einen Rahmen für die Zusammenarbeit in Jugendfragen abzustecken, der auf den bereits existierenden Aktivitäten aufbaut und diese ergänzt. Darüber hinaus soll der Rahmen dafür sorgen, dass die Entscheidungsträger der verschiedenen Ebenen und die Akteure im Jugendbereich besser zusammenarbeiten. Als Instrument für die Zusammenarbeit wird die „Offene Methode der Koordinierung (OMK)“¹¹ festgesetzt. Wesentliche Elemente dieser Methode sind die Definition vorrangig einzustufender Themen, die Festlegung gemeinsamer Ziele und Leitlinien sowie die Einführung von Evaluierungsmechanismen.

Es ist nicht verwunderlich, dass das Weißbuch im Folgenden „Partizipation“ als eines dieser vorrangig einzustufenden Themen benennt und es für die Anwendung mittels der OMK vorschlägt.

Der Weißbuchprozess am Beispiel des Themas Partizipation

Den Beginn des europäischen politischen Kooperationszyklus im Themenfeld Partizipation markiert die Entschließung des Rates vom 25. November 2003 über gemeinsame Zielsetzungen für die Partizipation und Information der Jugendlichen.¹² Darin werden drei zentrale Zielsetzungen und 16 Aktionslinien vorgeschlagen. Die drei übergeordneten Zielsetzungen sind:

1. Verstärktes staatsbürgerliches Engagement der Jugendlichen in ihrer Gemeinschaft
2. Stärkere Einbeziehung der Jugendlichen in das System der repräsentativen Demokratie

11 Zur OMK siehe ebenda, S. 16ff.

12 Entschließung des Rates vom 25. November 2003 über gemeinsame Zielsetzungen für die Partizipation und Information der Jugendlichen, ABl. vom 5.12.2003, C 295, S.6ff.

9 Zu den Konsultationen siehe ebenda, S. 13f.

10 Ebenda, S. 14.

3. Stärkere Unterstützung der verschiedenen Formen des Erwerbs von Partizipationskompetenz

In der Ratsentschließung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis Ende 2005 Berichte über die Umsetzung der Zielsetzungen in ihren Ländern vorzulegen und die entscheidenden Akteure wie die Jugendlichen selbst, die Jugendorganisationen und die Jugendräte zu konsultieren.

Dies ist in Deutschland auch geschehen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im März 2006 seinen Bericht (BMFSFJ 2006) an die EU-Kommission geliefert. Das 40 Seiten starke Dokument bietet einen guten Überblick über den die Jugendpartizipation in Deutschland betreffenden Stand der Dinge und stellt eine Sammlung durchgeführter Maßnahmen, bereits existierender Strukturen und Projekte dar. Darüber hinaus werden aber auch Schwierigkeiten in der Umsetzung der Zielsetzungen angesprochen sowie festgestellte und erwartete Auswirkungen benannt.

Im föderalen politischen System Deutschlands stößt die OMK auf Schwierigkeiten und Widerstände, wenn sie als „Top-down“-Verfahren verstanden wird. Die in Jugendfragen zuständigen Bundesländer und Kommunen dürfen die OMK nicht als Versuch der politischen Einmischung von oben verstehen, sondern als Anregung und politischen Rückenwind seitens der europäischen Ebene. Dazu müssen sie aber einen klaren europäischen Mehrwert erkennen. Andererseits ist aber auch klar, dass die jugendpolitischen Impulse der EU im Themenfeld Partizipation zu einer Weiterentwicklung der in Deutschland vorhandenen Partizipationskultur beigetragen haben und dass die OMK den bereits vorhandenen Initiativen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene,

den Partizipationsgedanken mit Leben zu füllen, zusätzlichen Auftrieb verliehen haben.

Die Europäische Kommission hat dann im Sommer 2006 in einer Mitteilung an den Rat eine Analyse der Berichte der Mitgliedstaaten vorgelegt.¹³ Diese Analyse basiert auf einem Arbeitsdokument der Kommission, in dem ausführlich sämtliche Berichte der Mitgliedstaaten in den Bereichen Partizipation und Information dargestellt und ausgewertet werden. Dieses Dokument ist ein positives Argument für die OMK als Instrument der koordinierten Zusammenarbeit, liefert es doch eine beachtliche Daten- und Materialsammlung zur Situation der Jugendpartizipation in Europa. Und genau hier liegt das Potenzial der OMK, in einer konzertierten Form der Zusammenarbeit, des Austausches und des Voneinander-Lernens (peer learning).

Die Kommission kommt in ihrer Auswertung zum Ergebnis, dass die Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher insgesamt nun besser aufeinander abgestimmt sind. Vor allem in den Bereichen Verbesserung der Rahmenbedingungen und Unterstützung für partizipative und repräsentative Strukturen sind Fortschritte erzielt worden. Auch konnten viele große und modellhafte Projekte durchgeführt werden. So wurde beispielsweise in Irland ein neues Jugendgesetz erlassen, das die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen verbessert. In der Slowakei wurde ein landesweiter Plan für Jugendpartizipation aufgestellt. Jugendräte sind mittlerweile in den meisten Ländern etabliert. Es gibt darüber hinaus zahlreiche Beispiele weiterer Beteiligungsstrukturen wie Jugendparlamente, Jugendforen etc. Vielerorts sind speziell für Jugendliche oder Jugendpartizipation zu-

¹³ Mitteilung der Kommission an den Rat zur europäischen Politik im Bereich der Beteiligung und Information von Jugendlichen (...), Brüssel KOM (2006) 417.

ständige Stellen oder einzelne Beauftragte installiert worden. Im Bereich der Unterstützung von Projekten wurden einige innovative und modellhafte Vorhaben realisiert. In Frankreich werden durch das Programm „Envie d’agir“ erste Projekte von und für junge Menschen gefördert und ausgezeichnet und innovative und kreative Projekte sowie freiwillige Aktivitäten und Unternehmensprojekte finanziert. In Dänemark stellt das Projekt „Jugendpolitik in dänischen Kommunen“ die Notwendigkeit einer stärkeren Einbindung junger Menschen in die politische Entscheidungsfindung in den Vordergrund.

104

Die Kommission benennt in ihrer Auswertung aber auch einige Schwierigkeiten, die in den Mitgliedstaaten aufgetreten sind. So stellen die einzelnen Berichte häufig mehr eine nicht zusammenhängende Kompilation von Maßnahmen und Projekten im Bereich Partizipation dar und spiegeln keine stringente Partizipationspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten wider. Auch fällt es einigen Ländern schwer, eine Grundlage für die Beurteilung der gemachten Fortschritte festzulegen und Indikatoren für die Evaluierung der erzielten Fortschritte zu ermitteln. Ebenso ist festzustellen, dass viele der beschriebenen Projekte nur sporadischer Art sind und eher „Partizipationsinseln“ darstellen als dauerhafte Maßnahmen und Strukturen. Oft fehlt seitens der staatlichen Stellen eine ausreichende (finanzielle) Unterstützung. „Leise“ Kritik wird aber auch an den Jugendlichen selbst geübt, bei denen häufig ein mangelndes Engagement festgestellt wird. Hier muss aber ganz offensichtlich auf die in vielen Ländern fehlende Partizipationskultur sowie unzureichende Angebote und eine wenig differenzierte Ansprache der Jugendlichen verwiesen werden, zeigen doch die Forschungen, dass die Bereitschaft junger Menschen, sich zu engagieren, durchaus vorhanden ist.

Ein häufig zu beobachtender Faktor ist aber vor allem die Trägheit institutioneller Akteure. Die Interaktion der Beteiligten auf lokaler, regionaler und

nationaler Ebene muss verbessert werden. Die Entwicklung von Strukturen der Jugendpartizipation sollte stärker gefördert und der Dialog mit jungen Menschen thematisch erweitert werden. Die Mobilisierung der lokalen Behörden ist unentbehrlich, wenn die Beteiligung junger Menschen auf lokaler Ebene gefördert werden soll.

Mit diesem Analysebericht der Kommission war der erste Zyklus der europäischen Zusammenarbeit im Bereich „Partizipation“ abgeschlossen, das Thema blieb aber natürlich auf der politischen Agenda. Die Kommission forderte die Fortsetzung der OMK in den Bereichen Information und Beteiligung und machte dazu auch einige konkrete Vorschläge, so etwa die Festlegung von Aktionsplänen in den genannten Feldern sowie die Erarbeitung von Evaluierungsberichten. In einer Ratsentschließung von Oktober 2007¹⁴ werden die Mitgliedstaaten schließlich ebenfalls ersucht, im Rahmen der OMK die verstärkten gemeinsamen Ziele zur Beteiligung junger Menschen umzusetzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass als neuer Oberbegriff die Bezeichnung „Aktive Teilhabe junger Menschen“ verwendet wird. Dieser Terminus findet, wie noch zu zeigen sein wird, auch in der neuen EU-Jugendstrategie Anwendung.

Ein weiteres jugendpolitisches Instrument der EU – der Strukturierte Dialog

Als zusätzliches Instrument der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa und zur Belebung der Partizipationsdebatte wurde 2005 der Strukturierte Dialog¹⁵ eingeführt. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, einen strukturierten Dialog mit Jugend-

14 Rat der Europäischen Union: Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem übergreifenden Konzept für die Jugendpolitik, das den Jugendlichen die Möglichkeit zur Ausschöpfung ihres Potenzials und zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft bieten soll, Brüssel 31.10.2007, 14426/07.

15 Entschließung des Rates, ABl. vom 24.11.2005, C 292, S.5.

lichen und ihren Organisationen über die sie betreffenden politischen Maßnahmen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene unter Einbeziehung der im Bereich Jugendfragen tätigen Forscher auszubauen. Dahinter verbarg sich der Wunsch der EU, die Bürger und insbesondere die jungen Menschen besser in die europäische Politikgestaltung einzubeziehen. Diese Maßnahme ist im Grunde genommen auch wieder vor dem Hintergrund der gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden und der mangelnden Zustimmung junger Menschen dem politisch-administrativen Europa gegenüber zu sehen. Der Strukturierte Dialog sollte somit der Beitrag des Jugendbereichs zum Plan D¹⁶ der Kommission sein und fügte sich nahtlos als Politikinstrument in den Weißbuchprozess ein. 2006 hat der Rat dann erste Empfehlungen zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs gemacht.

Gemäß eines „bottom-up“-Konzepts sollen Jugendliche von der lokalen und regionalen über die nationale Ebene an europäischen Debatten beteiligt werden. Auf europäischen Jugendveranstaltungen wie den Europäischen Jugendwochen oder den Jugendevents der EU-Ratspräsidenschaften sollen die Ergebnisse der Debatten gebündelt werden und letztlich in die Gestaltung europäischer (Jugend)politik einfließen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Beteiligung benachteiligter Jugendlicher. Thematisch sollte der strukturierte Dialog der Agenda der europäischen Jugendpolitik bis 2009 folgen (2007: Inklusion und Vielfalt, 2008: interkultureller Dialog, 2009: Perspektiven für die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa/Kreativität). Im Jahr 2007 wurde begonnen, das Konzept umzusetzen. Der Europäische Jugendgipfel in Rom (März), die Jugendevents der deutschen und der portugiesischen EU-Ratspräsidenschaft (April und September) so-

wie die Europäische Jugendwoche (Juni) standen in seinem Zeichen.

Trotz des großen Willens seitens der europäischen Ebene, einen solchen strukturierten Dialog mit jungen Menschen ins Leben zu rufen, sind die Ergebnisse bis heute vergleichsweise bescheiden. Es hat sich gezeigt, dass die Implementierung eines so ambitionierten Vorhabens gerade in den Mitgliedstaaten noch sehr schwierig ist. Die Umsetzung auf europäischer Ebene mit den jeweiligen Jugendkonferenzen der Ratspräsidenschaften sowie der europäischen Jugendwoche läuft allem Anschein nach reibungslos. Es fehlt allerdings der dringend notwendige breite und einigermaßen repräsentative Unterbau in den jeweiligen Mitgliedstaaten, ganz zu schweigen von der Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene. Die Organisation dieser Prozesse erfordert Zeit, aber vor allem auch tragfähige Konzepte, eine gute Koordination sowie auch finanzielle Ressourcen.

Die Bereitstellung von Fördermitteln in der Aktion 5.1 des europäischen Förderprogramms JUGEND IN AKTION ist ein begrüßenswerter Schritt, der allmählich auch erste positive Ergebnisse zeitigt.

In Deutschland haben der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und die Nationalagentur JUGEND für Europa Anfang 2009 gemeinsam ein Konzept entwickelt, das Rahmenkriterien für die Umsetzung eines Strukturierten Dialogs in Deutschland benennt. Potenziellen Antragstellern der Aktion 5.1 des Programms JUGEND IN AKTION sollen damit klarere Vorgaben gemacht werden, damit die Fördermittel dieser Aktion sinnvoll und effizient genutzt werden. Das Konzept sieht unter anderem vor, dass Antragsteller die Funktion von „Regionalen Koordinierungsstellen“ für den Strukturierten Dialog in ihrem Bereich (etwa Bundesländer, Großstädte, Regierungsbezirke) einnehmen, die einen kontinuierlichen Dialogprozess mit jungen Menschen umsetzen. Dies soll mit einem möglichst breiten und adäquaten Methodenmix und

16 Kommunikationsstrategie der EU nach den gescheiterten Referenden in FR und NL, Brüssel, KOM (2005) 494.

unter Einbeziehung möglichst vieler Partner (Schulen, Jugendorganisationen, Jugendeinrichtungen etc.) geschehen. Dabei ist es vor allem notwendig, von Anfang an die Unterstützung der offiziellen Stellen in Politik und Verwaltung einzuholen. Erste positive Ansätze sind zu verzeichnen.¹⁷

106

Auf europäischer Ebene gewann der Strukturierte Dialog im Jahre 2008 an Fahrt, weil es im Zuge der Auswertung der Europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich erstmals eine Konsultation mit konkreten Fragestellungen¹⁸ seitens der EU-Kommission gab, mit denen ein handfester Dialog mit Jugendlichen gestartet werden konnte. Auch die Europäische Jugendwoche (November 2008) stand erstmals ganz im Zeichen des Strukturierten Dialogs und sollte als zentrales Event die Ergebnisse der nationalen Debatten bündeln. So konnten europaweit mehr als 500 verschiedene Events realisiert werden, bei denen Jugendliche sich zu den Fragen der Konsultation äußern konnten. Auch in Deutschland konnten der DBJR und die Nationalagentur unterstützt von Eurodesk Deutschland in und um die Jugendwoche herum ca. 50 Veranstaltungen mit rund 3000 Jugendlichen durchführen, deren Ergebnis als ein zentrales Abschlussdokument herauskam.

Leider gelang es nicht, diesen Schwung aus 2008 ins Folgejahr mitzunehmen. 2009 stand ganz im Zeichen der Neuausrichtung der EU-Jugendpolitik. Der Strukturierte Dialog wurde ohne konkrete Vor-

gaben weitergeführt und dementsprechend verliefen viele Maßnahmen in einer eher unverbindlichen und ergebnisarmen Atmosphäre.

Wie noch zu zeigen sein wird, scheint sich dies mit der neuen EU-Jugendstrategie wieder zum Positiven zu verändern. Darin spielt der Strukturierte Dialog eine bedeutende Rolle.

Partizipation in den EU-Jugendprogrammen

Der Weißbuchprozess und die Priorisierung des Themas „Partizipation“ haben auch die Jugendprogramme der EU nachhaltig beeinflusst. Stand im Programm JUGEND (2000-2006) Partizipation eher noch unter methodischen Aspekten hinsichtlich der Beteiligung junger Menschen in den einzelnen Aktionsbereichen, so wurde das Thema „Partizipation“ im Nachfolgeprogramm JUGEND IN AKTION in den Rang einer ständigen Programmpriorität erhoben. Das Programmhandbuch nimmt ausdrücklich Bezug auf die im Weißbuchprozess formulierten drei Zielsetzungen im Bereich Partizipation (vgl. Europäische Kommission 2009: 6).¹⁹

Dies verweist auch auf die geänderte Funktion des Förderprogramms, das eindeutiger als sein Vorgänger als Instrument zur Unterstützung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa fungieren soll.

Dieser „neue“ dezidiert jugendpolitische Aspekt des Programms kann besonders gut am Beispiel zweier neuer Förderaktionen des Programms verdeutlicht werden.

Die Aktion 1.3 – Projekte der partizipativen Demokratie – steht klar in der Logik des Weißbuchprozesses und greift die Zielsetzung 2 auf, in der es um die verstärkte Beteiligung junger Menschen am System der repräsentativen Demokratie geht.

17 Siehe dazu auch die detaillierten Ausführungen zum Strukturierten Dialog in diesem Band.

18 Im Zuge der Auswertung der Europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich ging es vor allem um die Findung von Themen, die für die zu erarbeitende neue EU-Jugendstrategie ab 2010 für junge Menschen von Relevanz sind. Daher lauteten die Fragen der Konsultation:

- Was sind die zentralen Herausforderungen, die die Jugendpolitik in den kommenden Jahren angehen sollte?

- Welche dieser Herausforderungen haben eine besondere europäische Dimension und sollten eine Priorität für die zukünftige Jugendpolitik auf europäischer Ebene sein?

19 Vgl. Europäische Kommission. JUGEND IN AKTION, Programmhandbuch 2009, S. 6.

Die Europäische Kommission hatte diese Zielsetzung bereits in den Jahren 2003 und 2004 durch zwei Aufrufe zur Förderung von Pilotprojekten aktiv unterstützt. So konnten europaweit insgesamt 47 Großprojekte mit einer Gesamtsumme von 4,6 Mio. € gefördert werden. Bei der Konzipierung des Nachfolgeprogramms von JUGEND wurde dann mit der Aktion 1.3 eine neue Förderlinie geschaffen, die diese politische Zielsetzung im Rahmen eines Förderprogramms dauerhaft unterstützt.

Die Aktion 5 – Unterstützung für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich – ist schon vom Namen her klar als jugendpolitisches Instrument erkenntlich. Die Unteraktion 5.1. dient dabei der Umsetzung des Strukturierten Dialogs. Auch für diesen Bereich stehen damit erstmals dauerhaft Fördermittel zur Verfügung.

Anhand dieser Beispiele ist sehr schön nachvollziehbar, wie auf europäischer Ebene Politik gemacht wird, von der Verabschiedung des Weißbuches mit der Formulierung prioritärer Themen, über die Förderung von Pilotprojekten bis hin zur Neukonzipierung eines Förderprogramms mit der Schaffung neuer Förderformate zur Unterstützung des Themas „Partizipation“.

In diesem Prozess hat sich im Übrigen auch die Rolle der Nationalagenturen verändert, die von reinen Verwaltungsstrukturen zur Umsetzung der Jugendprogramme zu mitgestaltenden Akteuren in den Bereichen europäische jugendpolitische Zusammenarbeit und (Weiter)entwicklung einer europäischen Jugendarbeit geworden sind.

Partizipation in der neuen EU-Jugendstrategie

Am 27. April 2009 hat die EU-Kommission in einer Mitteilung²⁰ Vorschläge für eine EU-Jugendstrategie gemacht. Einer von acht Aktionsbereichen ist auch hier wieder die Partizipation junger Menschen. Nach umfangreichen Konsultationen hat der Ministerrat im November 2009²¹ den Vorschlag der Kommission mit einigen Modifikationen angenommen. Darin stellt der Rat unter anderem fest, dass die Jugend zur aktiven Mitwirkung an der Gesellschaft befähigt werden soll, indem ihre Eigenständigkeit und ihr Potenzial gefördert wird, einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft und zur Unterstützung der europäischen Werte und Ziele zu leisten. Daher wird als eine von zwei allgemeinen Zielsetzungen die Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen benannt.²² Die Politik der EU und der Mitgliedstaaten soll sich dabei auf acht Aktionsfelder konzentrieren, von denen eines die „Teilhabe“ junger Menschen ist. Auch hier findet sich in der offiziellen deutschen Übersetzung der Ratsentschließung wieder der Begriff „Teilhabe“ anstatt „Partizipation“ oder „Beteiligung“.

Einige der vorgeschlagenen Initiativen, die die Mitgliedstaaten und die Kommission im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten verfolgen sollen, sind der Aufbau von Mechanismen für den Dialog mit der Jugend, die politische und finanzielle Unterstützung von Jugendorganisationen sowie von lokalen und nationalen Jugendräten, Förderung und Teilhabe einer größeren Zahl von jungen Menschen in der repräsen-

20 Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine EU-Strategie für die Jugend, KOM(2009) 200.

21 Entschließung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018), ABl. Vom 19.12.2009, C 311.

22 Vgl. ebenda, S. 2.

tativen Demokratie, wirksamer Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien und die Unterstützung verschiedener Formen des Erwerbs von Partizipationskompetenz.

Eine besondere Rolle in der neuen EU-Jugendstrategie spielt weiterhin der Strukturierte Dialog. Dieser erfährt in einem gesonderten Anhang eine erfreuliche Konkretisierung, indem einige klare Vorgaben und Vorschläge zu seiner Durchführung gemacht werden. So soll der Strukturierte Dialog zukünftig im Rahmen von 18-monatigen Arbeitszyklen stattfinden (parallel zu den Dreier-Teampräsidentschaften). Auf europäischer Ebene soll ein Lenkungsausschuss einberufen werden, der den Gesamtprozess koordiniert und der im Wesentlichen aus Vertretern der für Jugendfragen zuständigen Ministerien, Jugendräten, Nationalagenturen, Kommission und Europäischem Jugendforum besteht. Auf nationaler Ebene sollen unter Federführung der jeweiligen Jugendräte nationale Arbeitsgruppen konstituiert werden.

108

Erfreulich ist ebenfalls, dass die Teampräsidentschaft Spanien/Belgien/Ungarn aktuell weitere Dokumente zur Konkretisierung des Strukturierten Dialogs vorgelegt hat. Darin wird vor allem das Thema des kommenden Arbeitszyklus benannt. Für den gesamten 18-monatigen Zyklus soll das übergeordnete Thema „Jugendbeschäftigung“ lauten. Die einzelnen Länder können jedoch für den Zeitraum ihrer Präsidentschaft spezifische Unterprioritäten benennen. Dies wird im ersten Halbjahr 2010 unter spanischem Vorsitz das Thema „Soziale Eingliederung“, unter belgischem Vorsitz im zweiten Halbjahr 2010 „Jugendarbeit“ und unter ungarischem Vorsitz im ersten Halbjahr 2011 „Partizipation“ sein.

Und so schließt sich an prominenter Stelle der Kreis rund um das Thema „Partizipation“.

Fazit

Wie die Ausführungen gezeigt haben, ist mittlerweile das Thema „Partizipation“ nicht mehr aus der jugendpolitischen Debatte auf EU-Ebene wegzudenken. Das gilt auch für die EU-Kommunikationspolitik, die in den letzten Jahren klar auf Dialog mit und Beteiligung der Bürger gesetzt hat.

Die Umsetzung in den einzelnen Ländern befindet sich dagegen natürlich auf sehr unterschiedlichem Niveau und es gilt vereinzelt, noch große Fortschritte zu machen. Auch in Deutschland kann noch nicht von einer stringenten und durchgängigen Partizipationspolitik gesprochen werden. Insgesamt aber ist der Impuls, der von der europäischen Ebene gekommen ist, als groß zu bewerten. Die Partizipationsdebatte in den einzelnen Ländern hat einen deutlichen Rückenwind erhalten. Die Fülle an Maßnahmen, Projekten, aber auch Konferenzen und Publikationen ist beachtlich und wird dazu führen, dass das Thema auch in der Zukunft auf der politischen Agenda bleiben wird.

Andererseits ist das Thema „Beteiligung/aktive Bürgerschaft“ als „weiches“ Politikfeld gerade in Zeiten von großen Finanzproblemen auf allen Ebenen gegenüber anderen Politikfeldern immer im Hintertreffen. Auch wenn die positiven Auswirkungen von Bürgerbeteiligung mittlerweile unumstritten sein dürften, so bleibt es doch aus Sicht der Politik immer ein eher zusätzliches oder auch Randthema, das je nach Sach- und Finanzlage eine Rolle spielen darf, aber nicht muss. Insofern dürfen die Verfechter einer verstärkten Partizipation (gerade auch von Jugendlichen) nicht locker lassen und das Thema muss stetig in den politischen Diskurs eingebracht werden.

Der Erkenntnis, dass eine europäische Bürgergesellschaft (und dazu gehört die aktive Beteiligung möglichst vieler Bürger) die Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung Europas ist, muss weiter zum Durchbruch verholfen werden. Partizipation ist der Kern des Demokratieprinzips und als

solches unverzichtbar für das demokratische Gemeinwesen.

Vielleicht können auch die Ausführungen im Lisbon-Vertrag dabei hilfreich sein, dem es ja nicht nur um die Reform der EU-Institutionen geht, sondern auch um die stärkere Einbeziehung der Bürger in den europäischen Einigungsprozess und generell um eine verstärkte Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa.

Es bleibt zu hoffen, dass durch die neue EU-Jugendstrategie der politische Rückenwind aus Europa hinsichtlich des Themas „Partizipation“ erstens als solcher erkannt und wahrgenommen und zweitens in den nächsten Jahren erhalten bleibt. Die Anzeichen dafür stehen nicht schlecht. Bereits die ungarische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 mit ihrer europäischen Jugendkonferenz im März und die Europäische Jugendwoche im Mai bieten für das Thema „Partizipation“ eine hervorragende Plattform. Und zuletzt sei die Hoffnung erwähnt, dass ein mögliches neues Jugendprogramm ab 2014 sowohl in finanzieller als auch in konzeptioneller Hinsicht dem Thema „Partizipation“ Unterstützung und vielleicht sogar noch mehr Aufwind verleiht.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission der Europäischen Union. Partizipation der Jugendlichen 2005, Berlin.
- Europäische Gemeinschaften (2007): Jenseits der Zahlen. Die wichtigsten Ergebnisse des Eurobarometers 2007 zur Jugend, Luxemburg.
- Europäische Kommission (2009): JUGEND IN AKTION. Programm-Handbuch 2009, Brüssel.
- Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hrsg.) (2004): Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation, München.
- Garnier-Lavalley, Mikaël (2005): Regards sur L'Europe, in: Valérie Becquet: La participation des jeunes à la vie publique locale en Europe, hrsg. von INJEP, 13-21.
- Kalb, Jürgen (2009): Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union und der Weg zu größerer Jugendpartizipation, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Handbuch Europapolitik, Stuttgart, 240-251.
- Pohl, Axel (2009): Make it real. Partizipationsansätze zwischen tatsächlicher Beteiligung und bürgerschaftlicher Kosmetik, in: punktum. Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg (4/09), 5-8.
- Tham, Barbara (2007): Europäische Bürgergesellschaft und Jugendpartizipation in der EU, CAP-Analyse, München.
- Dokumente**
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. Pilotprojekt zur Förderung der Partizipation von Jugendlichen, EAC 43/03, Amtsblatt C 140/15 vom 14.6.2003.
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. Vernetzung von Pilotprojekten zur Förderung der Partizipation von Jugendlichen, EAC 10/04, Amtsblatt C 113/02 vom 30.4.2004.
- Entschließung des Rates vom 25. November 2003 über gemeinsame Zielsetzungen für die Partizipation und Information der Jugendlichen, ABl. vom 5.12.2003, C 295.
- Entschließung des Rates vom 27.11.2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018), Amtsblatt der Europäischen Union 2009/C 311/01.
- Europäische Kommission: Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. KOM (2001) 428 endg.
- Mitteilung der Kommission an den Rat zur europäischen Politik im Bereich der Beteiligung und Information von Jugendlichen. Folgemaßnahmen zum Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europa“: Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen für die Beteiligung und Information von Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft von Jugendlichen, KOM (2006) 417 endg.

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion, KOM (2005) 494 endg.

Revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region, Europarat, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, 21. Mai 2003.

Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM (2001) 681 endg.

Beispiel

Der Strukturierte Dialog zur europäischen Zusammenarbeit im Bereich Jugend in Sachsen-Anhalt

Christian Scharf, Johannes Röhr

Die Basis des Erfolgs der Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Sachsen-Anhalt bildet die seit 2003 bestehende Kooperation von 14 Jugendverbänden beziehungsweise Jugendserviceorganisationen und drei Ministerien innerhalb der Arbeitsgruppe EXCHANGe Sachsen-Anhalt mit dem Projektbüro EXCHANGe bei der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt (LKJ). Durch den langjährigen Aufbau dieser Zusammenarbeit und das entstandene Vertrauen zwischen Trägern und Förderern internationaler Jugendarbeit und europabezogener Jugendbildung fiel das Anliegen des Strukturierten Dialogs (über Europa beziehungsweise die Zusammenarbeit im Bereich Jugend in der Europäischen Union) zwischen Jugendlichen und Verwaltung/Politik auf einen fruchtbaren Boden.

Bei der Umsetzung des Strukturierten Dialogs auf nationaler Ebene hat die Europäische Kommission den Nationalagenturen des Programms JUGEND IN AKTION und den Nationalen Jugendringen eine besondere Rolle zugewiesen. Mit Veröffentlichung vom

18.12.2008 haben sich JUGEND für Europa und der DBJR auf ein gemeinsames Konzept zur Förderung von Projekten des Strukturierten Dialogs im Rahmen der Aktion 5.1 des EU-Programms JUGEND IN AKTION geeinigt¹.

Im Folgenden werden Praxisbeispiele aus Sachsen-Anhalt, und zwar die interregionale Jugendkonferenz 2007 „Chancengleichheit und europäische Bildung im Fokus regionaler und lokaler Jugendbeteiligung“ und die Veranstaltungsreihe „Europa geht weiter“ an den Beispielen aus 2008, 2009 und 2010 auf Grundlage der von JUGEND für Europa und DBJR gesetzten Bedingungen/Mindeststandards dargestellt.

1. Die Projekte sollen Modellcharakter besitzen.

Beide Projektansätze verfügten über verschiedene Alleinstellungsmerkmale, die die Bezeichnung Modellcharakter rechtfertigen. So war zum Beispiel die Jugendkonferenz 2007 eine einzigartige interregionale Kooperation, an der sich nicht nur die verschiedenen Jugendstrukturen beteiligten, sondern jeder Partner die regional beziehungsweise lokal für Jugendfragen zuständigen Verwaltungsvertreter der Gebietskörperschaft (Jugendministerium oder ähnliches) beteiligen musste.

Das Jugendevent „Europa geht weiter – Dialog der Jugend“ 2008 hatte ein außergewöhnliches Setting (auf einem Schiff), verband schulische und außerschulische Jugendbildung und bediente sich regionaler sowie europäischer Jugendlicher (Jugendleiter aus den Jugendverbänden Sachsen-Anhalts, dem Europäischen Freiwilligendienst, Erasmus-Studenten und Austauschschüler).

2. Die Projekte können verschiedenartige Maßnahmen umfassen, sie sollen aber vor allem regionale Aktivitäten

¹ Vgl. <http://www.jugendfuereuropa.de/4158/>

(Jugendkonferenzen, Kampagnen, Konsultationen) mit lokalen Aktivitäten (zum Beispiel lokale Informations- und Konsultationsevents, kommunale Runde Tische zu Jugend und Europa etc.) verbinden.

Im Projekt 2007 führte jeder Partner einen lokalen Workshop (meist nach der „World-Café-Methode“) durch; die Ergebnisse dieser Workshops waren die Basis für die Diskussionen auf der Jugendkonferenz in Sachsen-Anhalt.

Die Aktivitäten des Projekts „Europa geht weiter – Dialog der Jugend“ 2008 waren in drei Teile gegliedert: Vorbereitungsworkshops in den Schulen, das Event auf dem Schiff und eine Regionalkonferenz mit zwei bis vier Jugenddelegierten pro Schule als Abschluss.

112

An dieses Modell angelehnt teilte sich das Projekt „Europa geht weiter - Gute Aussichten 2009“ in eine zentrale Veranstaltung, auf der die Teilnehmer eigene Projekte vorbereiteten, die anschließende Durchführung der Projekte sowie die Präsentation der Ergebnisse der Projektarbeiten im Rahmen einer Regionalkonferenz auf. So fand unter anderem eine Informationsveranstaltung für die Europawahlen 2009 statt, auf welcher zahlreiche Vertreter der verschiedenen Parteien zugegen waren und in den Dialog mit jungen Menschen vor Ort getreten sind. Die Resonanz war beachtlich².

„Europa geht weiter – Spurensuche in Sachsen-Anhalt“ 2010 ist nun die logische Fortsetzung dieser Entwicklung und konzentriert sich ganz auf einen dezentralen Ansatz: Ziel ist es, junge Menschen aus Sachsen-Anhalt die Spuren von Europa in ihrem direkten Umfeld wahrnehmen zu lassen, damit ihnen unter anderem die Bedeutung Europas für ihre eigenen beruflichen Möglichkeiten bewusst wird. Hierfür werden Institutionen aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Bildung, Soziales und Politik auf ihren europä-

ischen Kontext hin untersucht. Dies wird anhand von Gesprächen vor Ort mit Vertretern aus den einzelnen Institutionen verwirklicht und gewährt so den direkten Kontakt zwischen jungen Menschen und Verantwortungsträgern der Europäischen Union.

Die Vernetzung, Durchführung und Koordination der Aktivitäten von „Europa geht weiter – Spurensuche in Sachsen-Anhalt“ 2010 über das gesamte Bundesland hinweg fördert letztlich einen erheblichen Mehrwert für die lokale Ebene als Ausgang, jedoch zusätzlich auf regionaler Ebene, in Form des Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen allen Beteiligten zu Tage.

3. Im Bundesland (beziehungsweise bei großen Flächenstaaten in der Region, wie etwa Regierungsbezirken oder ähnlichem) wird ein breites Bündnis mit verschiedenen Partnern zur Koordinierung des Strukturierten Dialogs auf regionaler Ebene hergestellt.

Die Jugendkonferenz 2007 brachte in Sachsen-Anhalt sechs lokale und fünf landesweite Partner zusammen – freie und öffentliche Träger, traditionelle Jugendverbände und neue Servicestellen für Jugendbeteiligung, die in gemeinsamer Verantwortung die Planung, Durchführung und Evaluation des Projekts gestalteten.

In der ständigen Steering Group des Jugendevents „Europa geht weiter“ arbeiten Vertreter aus vier öffentlichen (Landes)Strukturen (Staatskanzlei, Kultusministerium, Sozialministerium und der Agentur für Arbeit/Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)) und vier Jugendverbänden beziehungsweise Dachorganisationen (LKJ Sachsen-Anhalt, EXCHANGE, Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt und Bildungsnetzwerk Magdeburg).

Diese Zusammenarbeit ist selbstverständlich einem ständigen Weiterentwicklungsprozess unterworfen. Schließlich treffen hier klassisch-konservative Arbeitsmuster auf innovative Konzeptideen. Reibungspunkte sind vorprogrammiert, tragen jedoch

² Vgl. <http://www.jugend-lsa.de/exchange/europatag2009/europatag/ergebnisse.html>

letztlich zu einer engeren Verzahnung beider Seiten bei. Schließlich generiert jeder Partner mit dem bei ihm vorhandenen Netzwerk für sich einen unschätzbaren Mehrwert.

Demnach können Projekte, die im Zeichen des Strukturierten Dialoges stehen, nur durch derlei Bündnisse erfolgreich umgesetzt werden.

4. Das Projekt erhält die aktive Unterstützung der im Bundesland für Jugendfragen zuständigen Ministerien.

Als oberste Landesjugendbehörde fungiert das Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt; die praktischen Aspekte der Zusammenarbeit wurden von diesem an das Landesjugendamt (beim Landesverwaltungsamt angesiedelt) delegiert. In beiden Projekten gab es mit beiden Häusern eine sehr enge Zusammenarbeit, angefangen von konzeptionellen Überlegungen, Planungen über die ständige Begleitung durch einen Vertreter des Ministeriums für Gesundheit und Soziales beziehungsweise des Landesverwaltungsamts bis hin zur gemeinsamen Evaluationsveranstaltung.

Darüber hinaus diente das Ministerium für Gesundheit und Soziales als Relais-Station für die Kommunikation und Abstimmung mit dem Bundesjugendministerium (BMFSFJ). Die Kooperation mit dem Sozialministerium beziehungsweise dem Landesjugendamt wird maßgeblich durch die Mitwirkung der europäischen und internationalen Referate des Kultusministeriums und der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt ergänzt. Nicht zuletzt der politische Umsetzungswille aus jenen Referaten bringt den nötigen Auftrieb, mit innovativen Konzepten den Strukturierten Dialog schon im Prozess der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung aktiv umzusetzen. So wird zum Beispiel die Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt zum Strukturierten Dialog mit Hilfe der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union direkt in Brüssel stattfinden.

Durch das zur Verfügung stehende Netzwerk werden Aktivitäten im Ausschuss der Regionen ebenso auf dem Programm stehen, wie der Austausch mit Verantwortlichen vor Ort.

Die Unterstützung über die für Jugendfragen zuständigen Ministerien hinaus zeigt uns, dass jene Jugendfragen bereits institutionsübergreifend in den Fokus gerückt sind und bestätigt somit auf sehr deutliche Weise die erfolgreiche und vor allem effiziente Umsetzung des Strukturierten Dialogs.

5. Eine möglichst große Zahl von Aktivitäten mithilfe von verschiedensten Partnern auf lokaler Ebene wird initiiert und begleitet.

Beide Projekte waren in der ersten Stufe dezentral, lokal angelegt und wurden von beziehungsweise mit den lokalen Partnern durchgeführt. Vor der eigentlichen Jugendkonferenz im Jahr 2007 fanden drei Vorkonferenzen in Sachsen-Anhalt (Magdeburg, Quedlinburg, Halle) und sechs bei ausländischen Partnern (Pesc, Salzburg, Siauliai, Orléans, Eupen, Wrzesnia) statt. Beim Jugendevent „Europa geht weiter“ 2008 wurden nach den Vorbereitungsworkshops in den Schulen die Tagesveranstaltungen auf dem Schiff in fünf Städten Sachsen-Anhalts durchgeführt. Fortgesetzt wird dieser Ansatz im Jahre 2009 durch die verschiedenen Projekte vor Ort und findet ebenfalls 2010 durch die dezentrale Ausrichtung der Spurensuche ihren Niederschlag.

6. Politiker der verschiedenen Ebenen (Kommune, Land, Bund, Europa) werden eingebunden, um so einen unmittelbaren Dialog zwischen Jugendlichen und jugendpolitisch Verantwortlichen zu ermöglichen.

Besonders beim Jugendevent „Europa geht weiter“ 2008 gab es zahlreiche Beteiligungen von lokalen und regionalen Politikern. So waren in den Diskussionsrunden mit den Jugendlichen zu Gast: der Europaminister (Chef der Staatskanzlei), der Innenminister und die Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt,

mehrere Staatssekretäre und Abgeordnete des Landtags von Sachsen-Anhalt, die (Ober)Bürgermeister von Wittenberg, Dessau-Roßlau, Schönebeck, Magdeburg und Tangermünde sowie Vertreter der Europäischen Kommission. Die Ergebnisse des Jugendevents wurden dem DBJR und JUGEND für Europa zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde eine Delegation des Jugendevents vom EU-Kommissar Verheugen im Juni 2008 in Brüssel empfangen.

Zur interregionalen Jugendkonferenz im Jahr 2007 konnten die Jugendministerin aus Sachsen-Anhalt, eine Ministeriumsvertreterin aus Österreich und ein Landrat aus Litauen begrüßt werden.

114

Nicht zuletzt das Vertrauen und das Bewusstsein für politische Zusammenhänge, das durch den Strukturierten Dialog bei der Zielgruppe, nämlich jungen Menschen, generiert wird, wirkt sich positiv auf das Verständnis und den Umgang mit jungen Menschen bei Verantwortungsträgern aus. Nach und nach wandelt sich der Strukturierte Dialog als Arbeitstitel in einen echten Dialog zwischen den verschiedenen Ebenen, wobei der Dialog viel weiter als „nur“ kommunikativer Art definiert werden muss. Der Wissenstransfer muss ebenso dazu gezählt werden wie das Bewusstsein für zunächst abstrakte, doch allmählich als tatsächlich lebendig erscheinende Struktur in Politik, aber auch in der Lebensrealität junger Menschen.

Dies führt zu einer noch engeren Vernetzung der verschiedenen Ebenen und ist schließlich Ziel des Strukturierten Dialogs.

7. + 8. Die Aktivitäten werden insbesondere in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden durchgeführt. Zudem wird eine breite Palette weiterer Partner in der Jugendarbeit und in anderen Sektoren gesucht und einbezogen (so beispielsweise vor allem Schulen). Die Beteiligung von möglichst vielen Jugendlichen an den Aktivitäten wird sichergestellt und Jugendliche werden bei der Vorbereitung und Durchführung aktiv einbezogen.

Das Team setzt sich größtenteils aus Mitgliedern der verschiedenen Partner zusammen und entwickelt sich kontinuierlich weiter. Demnach hat sich bereits jetzt ein zwar offen für neue Mitglieder, jedoch in sich konstanter und stabiler Kern herausgebildet, der immer wieder neue Teammitglieder aufnimmt und Erfahrungen weitergibt.

Während bei der Jugendkonferenz 2007 die Partner fast ausschließlich aus den Bereichen der außerschulischen Bildung kamen (lokale Jugendparlamente, lokale Servicestellen für Jugendbeteiligung, Youth Banks, Jugendinitiativen, Jugendverbände, Jugendkulturhäuser, Jugendinformationsstellen/ -büros, etc. – zusammen ca. 250 in allen drei Phasen), waren beim Jugendevent „Europa geht weiter“ 2008 vor allem schulische Partner an der Umsetzung beteiligt (Sekundarstufe, Gymnasien, Berufsschulen – ca. 750 auf dem Schiff und 50 zur abschließenden Regionalkonferenz). Durch die Vorbereitungsworkshops beziehungsweise lokalen Vorkonferenzen (Phase 1) wurden die Jugendlichen frühzeitig in die thematische Arbeit einbezogen.

Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt war es ebenso möglich, „Europa geht weiter – Gute Ausichten“ 2009 als Lehrerfortbildungsveranstaltung anerkennen zu lassen. Mehr als 30 Lehrkräfte und über 200 Schüler aus ganz Sachsen-Anhalt, aus fast allen vorhandenen Schulformen, waren zugegen und konnten sich auf der zentralen Veranstaltung einerseits ihr Wissen über die Vermittlung von Europa in der Schule vertiefen und andererseits durch die aktive Teilnahme an allen Aktivitäten vor Ort sich von dem Mehrwert non-formaler Lernmethoden überzeugen lassen.

Der Projektcharakter und die damit verbundene Umsetzung vor Ort förderte in besonderem Maße Multiplikatoreffekte und erreichte so über die Teilnehmer hinaus im Rahmen der Peer-to-Peer Education unzählige weitere junge Menschen.

9. *Die Verbindung zu Medien und Verantwortungs- und Entscheidungsträgern in der Region wird hergestellt und Öffentlichkeitsarbeit auf regionaler Ebene betrieben beziehungsweise auf lokaler Ebene unterstützt.*

Über die viertägige Jugendkonferenz 2007 ist auf der Lokal- und Landesseite der regionalen Tageszeitung in mehreren Artikeln berichtet worden. Das Jugendevent 2008 war in seiner Zielrichtung stärker auf Öffentlichkeitsarbeit ausgelegt. Allein schon das „Schiffsformat“ und die zahlreich vertretenen Politiker wirkten wie Magneten auf Presse, Radio und TV.

Im Laufe der Zeit ist jedoch eine gewisse Sensibilisierung für europäische Themen zu spüren. Nicht zuletzt die Konzentration auf Nutzung des Web 2.0 bringt die lokale Presse dazu, sich immer mehr im Interesse der eigenen Legitimation aktiv mit stattfindenden Ereignissen auseinanderzusetzen. Schließlich nehmen die Formen des Web 2.0 eine immer wichtiger werdende Rolle im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein. Der Informationsfluss wandelt sich weg von klassischen, hin zu einem immer schneller werdenden und dezentraleren Netzwerk kleiner Informationsquellen. Diese Entwicklung kommt uns im Strukturierten Dialog entgegen und ermöglicht es so, unabhängig vom Wohlwollen lokaler Medien dennoch Ergebnisse, Erfahrungen und Einstellungen zielgerichtet zu transportieren.

Dennoch ist eine gewisse Herausforderung in der immer wieder zeitintensiven Aktivierung lokaler und regionaler Medien nicht abzustreiten, zumal „Jugend und Europa“ nicht zu den Themenschwerpunkten der Berichterstattung zählt.

10. *Es wird nicht nur eine einmalige Veranstaltung/Konferenz vorgesehen, sondern zudem eine Vielfalt von Maßnahmen geplant, um so die Kontinuität und Nachhaltigkeit des Dialogs zu fördern, das heißt einen dauerhaften und nicht nur einmaligen Dialog in der jeweiligen Region sicherzustellen.*

Im Jahr 2009 wurde die Veranstaltung „Europa geht weiter – gute Aussichten“ durchgeführt. Diesmal als dreitägiger Workshop mit einem Abschlussevent auf dem Brocken, dem höchsten Berg Sachsen-Anhalts. 30 Jugendgruppen aus ganz Sachsen-Anhalt wurden in drei Tagen befähigt, ihr eigenes kleines europäisches Projekt in ihren Peer-Strukturen umzusetzen (Schule, Jugendclub, Gemeinde).

Ab September 2009 hat die europapolitische beziehungsweise europabezogene Jugendbildung in Sachsen-Anhalt eine neue Plattform bekommen. Das aus ESF- und Landesmitteln (Programm Sachsen-Anhalt interregional) geförderte Projekt „GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt“ verbindet - in Zusammenarbeit mit sechs interregionalen Partnern - europäische Mobilitätsberatung im „Café Europa“, europäische Projekttag an Schulen und Jugendeinrichtungen sowie das Europäische Jugendevent in Sachsen-Anhalt zu einem ganzjährigen Angebot.

Nicht zuletzt die jährliche Fortsetzung von „Europa geht weiter“ ist Garant für die ständige Weiterentwicklung vorhandener Konzepte und vor allem für den ständigen Wissens- und Erfahrungstransfer.

11. *In Vor- und Nachbereitungsmaßnahmen werden die Beteiligten informiert und qualifiziert und Transparenz über die laufenden Aktivitäten hergestellt.*

In den Projekten gab es Vorbereitungsworkshops mit den teilnehmenden Jugendlichen. Diese wurden gemeinsam vorbereitet und dann durch die Partner selbst gestaltet (2007) oder von den Referenten des EXCHANgE-Projektteams durchgeführt (2008). Eine Nachbereitung wurde mit den Teamleitern und der Steering Group gestaltet.

12. *Die Projekte sollen thematisch offen sein und sich ausdrücklich an den Belangen und Bedürfnissen der jungen Menschen orientieren. Gleichzeitig sollen und müssen sich die Projekte auch an die gegebenenfalls vorhandenen*

thematischen Vorgaben und Fragestellungen der Agenda des Strukturierten Dialogs im Rahmen der europäischen Jugendpolitik halten.

Bei den Projekten gibt es Schwerpunktthemen, die entweder im Rahmen des Strukturierten Dialogs oder eines Europäischen Jahres der Europäischen Kommission (Partizipation, zukünftige Herausforderungen für die Jugend), der Bundesregierung im Rahmen der Ratspräsidentschaft (Chancengleichheit), dem Land Sachsen-Anhalt (EU-Reformvertrag/die Zukunft Europas) oder vom Träger selbst (europapolitische Bildung) gesetzt wurden. Jene Themen werden jedoch nicht zu eng gefasst und bieten unter den Punkten „Herausforderungen“ und „Zukunft Europas“ geradezu eine Einladung für weitere jugendrelevante Belange.

So wurden im Projekt „Europa geht weiter – Dialog der Jugend“ 2008 von jungen Menschen aus Sach-

sen-Anhalt über 700 Beiträge darüber gesammelt, um welche jugendbezogenen Herausforderungen sich die Europäische Union in Zukunft kümmern soll. Es ist interessant, nun festzustellen, dass die häufigsten Nennungen sich mit den Themen der neuen jugendpolitischen Agenda der EU decken. Die Hauptsorgen liegen eindeutig bei Arbeit, Ausbildung und Berufsfähigkeit.

Weiterführende Links

<http://www.goeurope-lsa.de> – das neue Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt

<http://www.europa-geht-weiter.de> – das jährliche Europäische Jugendevent in Sachsen-Anhalt

<http://www.exchange-lsa.de> – die Arbeitsgruppe EXCHANGe Sachsen-Anhalt

<http://www.jugend-beteiligung.eu> – Dokumentation der interregionalen Jugendkonferenz 2007

Beispiel

„Jugend & Politik“ – ein Projekt zur Förderung der Politischen Bildung als Beitrag zum Strukturierten Dialog in Österreich

Julia Moosmann

Wie alles begann

Der Anlass für das Projekt „Jugend & Politik“ war die Wahlaltersenkung in Österreich im März 2007 von 18 auf 16 Jahre. Mit dieser Änderung des Wahlrechts wurden junge Menschen vor neue Herausforderungen gestellt. Dies bestätigten auch vom Jugendinformationszentrum Vorarlberg (aha – Tipps & Infos für junge Leute) durchgeführte Fokusgruppen mit Jugendlichen. Um sich eine „eigene“ und damit selbst bestimmte Meinung zu bilden, wünschten sich die Jugendlichen „objektive“ und „neutrale“ Unterstützung.

aha – Tipps & Infos für junge Leute reagierte auf diesen Bedarf. Anliegen des Projektes „Jugend & Politik“ ist es, mit verschiedenen Methoden und Inhalten möglichst viele Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren zur aktiven Meinungsbildung zu motivieren. Dabei bietet es sich an, das Thema „Politische Bildung“ mit dem Thema „Informationskompetenz“ zu verknüpfen. Letzteres bildet die Grundlage, auf der Jugendliche in ihrem Meinungsbildungsprozess begleitet und unterstützt werden können, während die

„Politische Bildung“ die inhaltliche Orientierung der Angebote bestimmt. Großer Wert wurde darauf gelegt, junge Menschen selbst in die Planung und Umsetzung der Angebote mit einzubeziehen.

„Jugend & Politik“ wurde von aha – Tipps & Infos für junge Leute gemeinsam mit einer Planungsgruppe entwickelt. Die Planungsgruppe setzte sich zusammen aus invo – service für kinder- und jugendbeteiligung, Vorarlberger Kinder- und Jugendanwalt, koje – Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung, Landesjugendbeirat und Landesjugendreferat.

Die Projektbausteine

Das Projekt „Jugend & Politik“ beinhaltet mehrere Bausteine, die im Juli 2008 in Kreativworkshops von und mit den Jugendlichen aktiv entwickelt wurden. Diese wurden zwischen September 2008 und Juli 2009 in einer Pilotphase unter dem Motto „Ich bin wählerisch“ durchgeführt.

Zu den Bausteinen zählten Workshops, die Themen aufgriffen wie „Jugend & Gesetz“, „Verbal statt brutal“ sowie „Medienkompetenz“. Außerdem führten die Jugendlichen eine Aktion namens „Plakat-Walk“ durch, die den Botschaften der Wahlplakate auf den Grund ging und deren Wirkung analysierte. Eingerahmt wurde das Ganze von einer breit angelegten Infokampagne unter dem Stichwort „Wahlbegleitservice“. Dieser bot den Jugendlichen umfassende Informationen zu bevorstehenden Wahlen (Postkarten, Info-Folder, Info-Mappen etc.).

FrageRaum Politik

Einer der Höhepunkte des Projektes, der den Aspekt des Dialogs zwischen jungen Menschen und Politikern aufgriff, war das Event „FrageRaum Politik“. Dieses fand im Projektzeitraum zweimal mit mehr als 200 Teilnehmern statt und brachte diese in mehreren „FrageRäumen“ mit heimischen Spitzenpolitikern zusammen. Einzelne Politiker wechselten dabei im 20-Mi-

nuten-Rhythmus von einer Fragerunde in die nächste, so dass alle Jugendlichen die Gelegenheit hatten, jeden Politiker und auch die Position unterschiedlicher Parteien kennen zu lernen. Zum Abschluss trafen sich alle Teilnehmenden im Plenum, wo unter dem Motto „GegenFragen“ für die Jugendlichen die Gelegenheit bestand, auch persönliche Fragen an die Politiker zu stellen. Das Besondere an den Events war die eigenständige Gestaltung und Moderation durch Jugendliche selbst sowie die geschützte Atmosphäre, die den Jugendlichen Mut machte, ihre Anliegen und Fragen auch wirklich vorzubringen. Presse und Fotografen waren bei den Events nicht zugelassen.

Ergebnisse der Events

- Jugendliche haben sich von den Politikern wertgeschätzt und ernst genommen gefühlt.
- Politische Themen aus der jugendlichen Lebenswelt sind zur Sprache gekommen.
- Die Veranstaltungen haben nachgewirkt, angeregte Diskussionen sind entstanden.
- Bei den „GegenFragen“ stand Persönliches im Vordergrund, lockerer Ausklang.
- Politik wurde für Jugendliche greifbar.
- Die Veranstaltung wurde von Jugendlichen für Jugendliche unter geringer Mitwirkung von Erwachsenen durchgeführt.

Erfahrungen

- Bei der Bewerbung sollte darauf geachtet werden, dass politisch ungebundene Jugendliche angesprochen werden. Parteijugend ist nicht Zielgruppe dieser Veranstaltung.
- Eine gute Vorbereitung und Teamarbeit sind notwendig, um eine Veranstaltung mit 100 Teilnehmern zu koordinieren.
- Durch den bewussten Ausschluss der Medien stehen diese Kanäle zur Bewerbung nicht zur Verfügung. Deshalb ist es hilfreich, bereits im Vorfeld Kontakte aufzubauen, über die Jugendliche zu

erreichen sind (Schulen, Lehrbetriebe, Offene und Jugendverbandsarbeit,...).

- Es ist wichtig, dass keine Medien bei der Veranstaltung anwesend sind. Dadurch wird ein persönlicher Rahmen ermöglicht, die Jugendlichen sind nicht gehemmt, die Politiker stellen sich ausschließlich den Fragen der Jugendlichen und nutzen die Veranstaltung nicht zu medialen Werbezwecken.

Nachhaltigkeit

- Die Veranstaltung erfüllt alle Ziele, die das Projekt „Jugend & Politik“ anstrebt: Interesse für Politik wecken, eigene Meinungsbildung fördern, Motivation zur aktiven Beteiligung.
- Der „FrageRaum“ ist unabhängig von Wahlen durchführbar.

Beteiligung von Jugendlichen

Das gesamte Projekt „Jugend & Politik“ lebt von den Inputs und der Mitarbeit von Jugendlichen. Um diese von Anfang an aktiv mit einzubinden, führte aha eine Fokusgruppe und zwei Kreativworkshops durch, die den Jugendlichen helfen sollten, ihre Ideen und Gestaltungsvorstellungen zu finden.

Besonders für den „FrageRaum Politik“ war eine aktive Gestaltung durch die Jugendlichen selbst wichtig. Das Event sollte mit großer Jugendbeteiligung und unter möglichst geringer Mitwirkung von Erwachsenen durchgeführt werden. Dazu wurde im Vorfeld ein Moderationsteam ins Leben gerufen. Vier Jugendliche nahmen an einem Moderationstraining teil und moderierten die beiden Veranstaltungen.

„Besonders begeistert war ich von der gesamten Atmosphäre, die im Alten Hallenbad in Feldkirch vorgeherrscht hat! Interessierte und engagierte Jugendliche haben ihre Chance wahrgenommen, um mit den Politikern in Kontakt zu treten und über aktuelle Themen zu diskutieren. Die Interaktion zwi-

schen Politikern und Jugendlichen habe ich in sehr positiver Erinnerung, da nach meiner Meinung auch beide Seiten davon profitiert haben“ Flora Fessler (17), Moderatorin.

„Ich glaube, dass es wichtig ist, unserer jungen Gesellschaft die politische Bildung so einfach wie möglich zu gestalten und es auch wichtig ist, ihnen diese in ausreichender Form anzubieten. Wenn das Gesetz so lautet, dass eine Wahlberechtigung mit 16 Jahren besteht, so ist auch das Grundwissen über politische Situation auf Landes- sowie auch auf Bundesebene schon eine Voraussetzung. Aus diesen beiden Gründen habe ich gerne bei der Vermittlung von politischem Wissen an junge Leute mitgewirkt“ Mathias Vacek (22), Moderator.

Aus den Medienworkshops entstand darüber hinaus ein Redaktionsteam, das im Anschluss an die „Frage-Räume“ für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich war und nach wie vor über Veranstaltungen und Projekte von aha berichtet.

Was als Pilotprojekt begann, ist nun ein fixer Bestandteil der Arbeit von aha geworden. Die begeisterten Rückmeldungen und das Engagement der Jugendli-

chen sowie die positiven Erfahrungen aller Beteiligten haben die Absicht bestärkt, das Projekt langfristig weiterzuführen.

Entstehung des Projektes „Jugend & Politik“

- **März 2007:** Senkung des Wahlalters in Österreich von 18 auf 16 Jahre
- **Frühjahr 2007:** Studien konstatieren bei Österreichs Jugendlichen einen klaren Mehrbedarf an politischer Bildung
- **April 2007:** Idee für ein Angebot zum Thema „Politische Bildung/Informationskompetenz“
- **Mai 2007:** Fokusgruppe zum Thema „politische Bildung“
- **Mai 2007 bis August 2008:** Konzepterstellung und Entwicklungsphase mit den Systempartnern Landesjugendreferat, koje, Landesjugendbeirat, Kinder- und Jugendanwalt, invo – service für kinder- und jugendbeteiligung
- **Juli 2008:** Kreativworkshops zur Gestaltung der Angebote des Projekts „Jugend & Politik“
- **September 2008 bis Juli 2009:** Umsetzung Pilotphase unter dem Motto „ich bin wählerisch“

Zwischenruf

Jugendliche und politische Entscheidungsträger – Leben auf unterschiedlichen Planeten

Jörg Eisfeld-Reschke

120 Das Europäische Förderprogramm JUGEND IN AKTION möchte den EU-Bürgersinn, Solidarität und demokratisches Engagement unter jungen Menschen stärken und ihnen zu mehr Mobilität und Zusammenarbeit in Europa verhelfen.¹ Eine Betrachtung des Programmkonzepts und seiner Vorläufer seit 1988 zeigt deutlich auf, wohin die Entwicklung geht. Die Ansätze der anfänglichen jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa entwickeln sich zunehmend hin zu einem ernst zu nehmenden Politikfeld (vgl. Wicke 2009). Die Wirkung dieser Ausrichtung auf die Rahmumgebung und Umsetzung nationaler Jugendpolitik ist für Deutschland jedoch kaum festzustellen.

Insbesondere die beiden neuen Aktionen, „Projekte der partizipativen Demokratie“ (Aktion 1.3) und „Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik“ (Aktion 5.1), sollen deshalb eine Änderung herbeiführen. Charakteristisch für diese Aktionsformate ist die Fokussierung auf den Austausch und die Vernetzung der jugendpolitischen Akteure. In der Praxis erweist es sich dann problematisch, wenn dabei die kulturellen Unterschiede zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern nicht berücksichtigt werden. Dabei gilt es, gerade diesen

Unterschieden besondere Bedeutung zukommen zu lassen, um den Herausforderungen gelungener Projektarbeit gerecht zu werden. Die nicht ganz ernstzunehmende Analyse soll zur Diskussion anregen. Frei nach Wilhelm Busch: „Was man ernst meint, sagt man am Besten im Scherz.“

Lebensumfeld

Mitunter könnte man meinen, dass Jugendliche und politische Entscheidungsträger auf unterschiedlichen Planeten lebten. Politische Entscheidungsträger sind die Manager ihres Planeten. Sie bestimmen vollständig dessen Regeln, indem sie Vertreter wählen, die Exekutive stellen und sich selbst verwalten.

Jugendliche sind die Bewohner, nicht aber die Bestimmer ihres Planeten. Auch wenn sie einen großen Anteil an der Bevölkerung stellen, sind sie nur in wenigen Regionen an der Wahl der Interessensvertretung durch Wahl und Kandidatur beteiligt. Der Großteil ihrer Lebenswelt ist durch Einschränkungen reglementiert – durch eine Machtstruktur, die sie nicht gewählt haben.

Zeitwahrnehmung

Politische Entscheidungsträger denken und arbeiten in großen Zeitabschnitten, meist mehreren Jahren oder gar Jahrzehnten. Allein die Aufstellung eines

1 Beschluss Nr. 1719/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006

Haushaltsplanes dauert vierzehn Monate und bis zur kompletten Abwicklung vergehen weitere zwei Jahre. Das im jugendpolitischen Bereich Ziele mehrjährig verfolgt werden, aber die Mittel unter Umständen nur bis zum Ende eines Kalenderjahres zur Verfügung stehen und danach verfallen, gehört zu den Merkwürdigkeiten ihrer zeitlichen Dimension.

Für Jugendliche ist der gegenwärtige Moment bedeutender als jede Zukunftsplanung. Ihre konkreten Planungshorizonte überschreiten wenige Monate nur selten. Bei persönlicher Betroffenheit (zum Beispiel Beteiligung an einem Planungsverfahren oder Ankündigung der Schließung eines Jugendzentrums) erwarten sie Informationen und Veränderungen innerhalb kürzester Zeit, also Wochen und Monaten.

Umgang mit Informationen

Politische Entscheidungsträger verfügen über ein auf langjährigen Erfahrungen basierendes selektives Wahrnehmungsmuster. Sie lesen eine konstante Auswahl an Medien, die häufig aus Tageszeitungen und Fachzeitschriften besteht.

Informationsbeschaffung von Jugendlichen erfolgt nicht so sehr über Print- als über digitale und mobile Medien. Sie informieren sich vor allem über Empfehlungen und Hinweise aus ihrer Peer-Group. Soziale Netzwerke und Blogs sind hier von besonderer Bedeutung.

Kommunikation

Die wichtigsten Kommunikationsmittel politischer Entscheidungsträger sind das Telefon, der Brief und die E-Mail. Erreichbar sind sie vor allem unterhalb der Woche in den Kernarbeitszeiten ihrer Arbeit von neun bis sechzehn Uhr. In dieser Zeitspanne finden achtzig Prozent ihrer Kommunikation statt. In Gesprächen verwenden sie Abkürzungen und Fachausdrücke, die für Außenstehende wenig nach-

vollziehbar sind. Treten problematische Situationen auf, versuchen sie, Interessen auszutarieren und wenden diplomatische Winkelzüge an.

Die Kommunikation Jugendlicher findet größtenteils mobil via Handy und sozialen Netzwerken im Internet statt. Sie sind zwar sieben Tage in der Woche und meist auch noch in den späten Abendstunden, doch für Personen außerhalb ihrer Peer-Group bedingt durch Schule und andere Verpflichtungen von Montag bis Freitag nur eingeschränkt erreichbar. Abkürzungen in der schriftlichen Kommunikation sind ebenso üblich wie Jugend-Slang in der verbalen Kommunikation.

Schlussfolgerung

Für die Praxis der Projektarbeit im jugendpolitischen Kontext Europas ist es relevant, sich der unterschiedlichen kulturellen Prägungen der beiden Gruppen Jugendliche und politische Entscheidungsträger gewahr zu sein. Sie sind Zwängen ihrer Lebenswelt ausgesetzt. Die Aufgabe politischer Jugendbeteiligung - insbesondere im Rahmen des angestrebten Strukturierter Dialoges - ist es, inhaltliche Diskussionsprozesse methodisch so zu unterstützen, dass eine gegenseitige kulturelle Annäherung erreicht wird. Dieses Ziel ist Kern der Praxis europäischer Jugendarbeit, wird aber noch nicht in der notwendigen Selbstverständlichkeit umgesetzt.

Literaturverzeichnis

- Beschluss Nr. 1719/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006
- Wicke, Hans-Georg (2009): Jugend(hilfe)politische Zusammenarbeit in Europa – eine Chance für die deutsche Kinder- und Jugendhilfe, in: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (Hrsg.): Übergänge – Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, vorgelegt anlässlich 60 Jahre Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Berlin.

2.4

Aktionsprogramm für mehr Jugend- beteiligung



122

Unter dem Motto „Nur wer was macht, kann auch verändern!“ förderte das „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“ zwischen 2007 und 2009 Initiativen und Projekte, in denen Kinder und Jugendliche von sechs bis 27 Jahren in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wurden. Das Aktionsprogramm wurde von drei Partnern getragen: dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und dem

Deutschen Bundesjugendring (DBJR). Jeder Partner realisierte verschiedene Einzelmodule. Das Aktionsprogramm verfolgte das Ziel, das gesellschaftspolitische Engagement von Kindern und Jugendlichen – insbesondere von solchen, die bislang noch nicht aktiv waren – zu stärken und ihre Einbindung in gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse zu fördern. Darüber hinaus sollten Erwachsene in Entscheidungspositionen für die Belange von Kindern und Jugendlichen sensibilisiert werden.

Projektbausteine

Deutscher Bundesjugendring

Kristin Napieralla

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) war neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung einer der drei Partner innerhalb des Aktionsprogramms. Dabei war jeder Partner für unterschiedliche Projektbausteine zuständig. Gemeinsame Bausteine waren das Festival „Berlin08 – Festival für junge Politik“ und die Projektwebsite <http://www.du-machst.de>.

Insgesamt verantwortete der Deutsche Bundesjugendring fünf Projektbausteine:

- YOUrope07,
- Jugend macht Medien,
- Come in Contract,
- Armut geht alle was an,
- YOUrope YOUvote.

Alle Projektbausteine hatten zum Ziel, das Engagement von jungen Menschen zu stärken und sie in Entscheidungsprozesse einzubinden. Innerhalb der Projektbausteine konnten mehr als 200 Einzelprojekte gefördert werden.

Nachfolgend werden die einzelnen Projektbausteine vorgestellt. Dabei wird insbesondere auf die Umsetzung und die Ergebnisse aus Sicht der Jugendverbände eingegangen.

YOUrope07 (2007)

„YOUrope07“ war das erste von insgesamt vier Förderprogrammen. Anlass war der deutsche Vorsitz bei der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Insgesamt wurden 47 Aktionen von Jugendlichen auf lokaler und regionaler Ebene gefördert. Die Projekte hatten eine Laufzeit von ca. einem Jahr und erhielten im Durchschnitt 2.000 € Fördermittel.

Schwierig bei der Umsetzung beziehungsweise bei der Bewerbung des Förderprogramms war vor allem der enge Zeitrahmen. Das Aktionsprogramm startete im Oktober 2006 und Anfang 2007 begannen die ersten Projekte. Mit insgesamt 47 geförderten Aktionen rund ums Thema Europa kann man von einem großen Erfolg sprechen. Einige der YOUrope07-Projekte haben sich auch im Laufe des Aktionsprogramms für andere Förderprogramme beworben beziehungsweise haben am Festival Berlin08 teilgenommen.

Jugend macht Medien (2007)

Im Jahre 2007 fanden deutschlandweit zehn Medienworkshops statt. Teilnehmer waren Jugendliche mit konkreten Projektideen. An jeweils einem Wochenende wurden sie durch Medienprofis geschult und knüpften Kontakte mit lokalen Medienvertretern. Die Jugendlichen erhielten Praxistipps zu den Themen Podcast, Zeitungen, Radio, Fotografie und Videofilm.

Im November 2007 wurde ein Teil der Teilnehmer zu einer Schreibwerkstatt nach Berlin eingeladen. Ziel war es, ein Buch zum Thema Neue Medien von Jugendlichen für Jugendliche zu verfassen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Entstanden sind 100 Seiten vollgepackt mit allem rund ums Thema neue Medien. „Jugend macht Medien“ war somit ein voller Erfolg. Die 10.000 Exemplare waren innerhalb eines Jahres vergriffen. Auch dies ist ein Beweis dafür, dass die Publikationen innerhalb des Aktionsprogramms den Nerv der Zeit getroffen haben.

Come in Contract (2007 – 2008)

Das wahrscheinlich bekannteste Förderprogramm innerhalb des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung ist „Come in Contract“. Bereits im Vorgängerprojekt „Projekt P“ entwickelt und durchgeführt, war es innerhalb des Aktionsprogramms ein voller Erfolg. Die Idee: Jugendliche entwickeln Ideen und Forderungen für „Contracts“ und führen Gespräche mit Entscheidungsträgern. Mehr Verbindlichkeit und Verhandeln auf gleicher Augenhöhe waren dabei wichtige Ziele. Bei insgesamt fünf Antragsmargen hatten die Projekte Zeit, ihre Projektanträge einzureichen.

124

Insgesamt wurden ca. 120 Projekte gefördert. Die Höchstförderung betrug 5.000 € und die Projekte hatten eine Laufzeit von zwölf bis 24 Monaten. Vertragspartner der Projekte waren unter anderem Christian Wulff (CDU), Die Deutsche Bahn und eine Vielzahl an Lokalpolitikern. Die Ergebnisse von „Come in Contract“ können sich sehen lassen. Jedes der 120 Einzelprojekte hat für sich dazu beigetragen, dass sich Jugendliche mit Politik und vor allem den Personen dahinter auseinandersetzen.

Startschwierigkeiten gab es allerdings auch hier. Vor allem in den ersten beiden Antragsmargen war es für die Projekte vergleichsweise schwierig, in so kurzer Zeit innovative Projektideen zu entwickeln. Denn förderfähig waren nur Aktionen, die bis dato noch nicht gestartet waren und einen Vorbildcharakter hatten. Diese Ausrichtung auf „nur“ neue Projekte wäre durchaus zu überdenken. Außerdem konnten sich viele Antragsteller unter einem Contract nichts vorstellen. Dass dieser auch erst innerhalb des Projektes genau entwickelt werden kann, war für die Projekte eine große Hilfe.

Armut geht alle was an (2008)

„Armut geht alle was an“ war ein eher kleines Förderprogramm, das in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehen war. Vielmehr reagierten die Projektpartner mit diesem Förderprogramm auf eine Anfrage aus dem Bundespräsidialamt.

Ziel war es, die Millennium-Development-Goals der UN unter Jugendlichen bekannter zu machen. In den insgesamt 19 geförderten Projekten wurde dies auf unterschiedliche Art und Weise umgesetzt, zum Beispiel im Rahmen von Diskussionsrunden, Stadtrundgängen oder Veranstaltungen mit Politikern.

Dabei hatten die Projekte mit zwei bis vier Monaten eine sehr geringe Projektlaufzeit, so dass die inhaltliche Ausgestaltung sehr unterschiedlich war. Anspruchsvoller, weil auch langfristiger, waren sicherlich die Come in Contract-Projekte. Aber die Hauptziele des Förderprogramms, für das Thema Millennium-Entwicklungsziele zu sensibilisieren und Aktionen und Projekte zu initiieren, können durchaus als erreicht angesehen werden.

YOUrope – YOUvote (2008-2009)

Der Anlass für das letzte Förderprogramm, das bis zum Sommer 2009 lief, waren die Europawahlen. Ziel sollte es sein, junge Menschen mit europäischen Themen in Kontakt zu bringen und ihnen die durchaus vorhandenen Vorurteile und Hemmschwellen zu nehmen. Entwickelt wurde das Förderprogramm aus den Ergebnissen von YOUrope07. Durch die Förderung von 17 Projekten mit einer relativ geringen Fördersumme sollten vor allem kleinere Aktionen und Projekte vor Ort angesprochen werden.

Das Thema Europa ist in den Jugendverbänden sehr stark verankert – nicht zuletzt durch die europäisch orientierten Mitgliedsorganisationen des DBJR, wie die Jungen Europäischen Föderalisten. Aber auch die anderen Mitgliedsorganisationen beschäftigen sich

stetig mit dem Thema Europa und versuchen, verständlich zu machen, warum Europa besonders die Jugendlichen betrifft.

Eine Erfahrung kann der Deutsche Bundesjugendring dennoch bestätigen: Das Thema Europa ist nach wie vor schwer zu vermitteln. Hier besteht ein hoher Handlungsbedarf. Durch die Veröffentlichung von begleitenden Publikationen hat der DBJR versucht, die EU verständlicher zu machen und Anregungen für die Europäische Arbeit zu geben.

Umsetzung der Projektbausteine

Für die Umsetzung und Bekanntmachung der Projektbausteine wurde insbesondere auf folgende Mittel zurückgegriffen:

- Werbung über Jugendverbandsstrukturen,
- Erstellung von zielgruppenrelevanten Flyern und Werbematerial,
- Praxisbroschüren der Förderprogramme,
- Praxisbücher, zum Beispiel „Projektmanagement leicht gemacht“ oder „YOUrope07 – Jugendaktionen in Europa“,
- öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen.

Neben den hier aufgeführten Punkten wurde auch versucht, die Förderprogramme auf politischer Ebene bekannter zu machen und somit den Jugendlichen (vor allem bei Come in Contract) den Weg zu den Politikern zu ebnen. Dies geschah zum Beispiel durch die Erstellung einer Muster-Pressemitteilung die die Abgeordneten absetzen konnten und die sehr stark genutzt wurde. Aber auch der Parlamentarische Abend des Deutschen Bundesjugendrings beschäftigte sich mit dem Thema „Come in Contract“.

Ergebnisse

Insgesamt konnten über 200 Projekte gefördert werden. Deutschlandweit gab es Aktionen und Projekte aus dem Spektrum der Jugendverbandsarbeit, die un-

ter dem Dach des Aktionsprogramms durchgeführt wurden. Jugendliche haben eigene Ideen für Projekte entwickelt und diese erfolgreich umgesetzt. Unterstützt wurden sie dabei unter anderem durch Publikationen wie „Projektmanagement leicht gemacht“ oder durch das Projektbüro beim Deutschen Bundesjugendring. Viele Jugendliche traten in persönlichen Kontakt mit Entscheidungsträgern. Durch das Aktionsprogramm konnte das (bereits vorhandene) Interesse und Engagement geweckt werden.

Insgesamt zieht der Deutsche Bundesjugendring eine positive Bilanz zum Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung. Durch die vorhandenen Fördergelder konnten eine Vielzahl von interessanten und wichtigen Projekten umgesetzt werden. Viele Projekte erhielten ihren Anstoß zur Verwirklichung während des Aktionsprogramms und laufen jetzt – da die Fördergelder auslaufen – weiter.

Dennoch muss man sagen: Die so genannte „Kommunikation in die Basis“ ist manchmal mühselig und vor allem zeitintensiv. Mit mehr Vorlaufzeit (insbesondere bei YOUrope07 und Armut geht alle was an) hätten mit Sicherheit noch mehr und noch bessere Projekte gefördert werden können. Dies gilt es, bei neuen Projekten auf jeden Fall zu berücksichtigen.

Folgerungen

Auch dieses Aktionsprogramm zeigt wieder: Jugendliche sind interessiert und leisten vor Ort gute Arbeit, indem sie in verschiedenen Jugendverbänden und Projekten aktiv sind. Ganz wichtig dabei ist: Jugendliche wollen ernst genommen werden.

Unsere Aufgabe hierbei ist es, die Rahmenbedingungen für dieses freiwillige Engagement zu schaffen. Dies gelingt vor allem durch interessante jugendaffi-

ne Themen, die die eigene Lebenswelt betreffen, und durch kontinuierliche Arbeit vor Ort. Das betrifft sowohl die Bereitstellung finanzieller Mittel als auch den Ansprechpartner, der nicht jedes Jahr wieder um seine Stelle bangen muss. Denn eines ist klar: Zu große Flexibilität und gießkannenartiges Geldvergeben schadet auf Dauer der Kontinuität des jugendlichen Engagements.

Aus Sicht des DBJR sind Aktionsprogramme wie dieses durchaus sinnvoll, allerdings dürfen sie nicht der Hauptbestandteil der Förderpolitik sein. Auch wenn Aktionsprogramme durchaus ihren Sinn haben und auch den Jugendverbänden bei ihrer Arbeit helfen, ist es aus Sicht des DBJR sinnvoller, die vorhandenen Strukturen zu unterstützen und damit eine durchgehende und kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.

Projektbausteine

Bundeszentrale für politische Bildung

Milena Mushak

Ideenwettbewerbe

Um innovativen Vorschlägen und Projektideen die Möglichkeit zur Umsetzung zu geben, führte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zwischen 2007 und 2009 jährlich einen bundesweiten Ideenwettbewerb durch. Initiativen aus ganz Deutschland waren aufgerufen, ihre Projektideen zu variierenden Themenschwerpunkten einzureichen und sich um eine Förderung im Rahmen des Aktionsprogramms zu bewerben.

Im Jahr 2007 lag der Schwerpunkt des Ideenwettbewerbs auf der Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekten in benachteiligten Wohngebieten. Das Spektrum der geförderten Projekte reichte von selbstverwalteten „Kinder-Städten“, die gesellschaftliche Zusammenhänge für junge Menschen transparent und erfahrbar machten, bis hin zu lokalen Projekten, in denen ausgewählte Orte oder Stadtteile einer kritischen Betrachtung unterzogen und alternative Nutzungsmöglichkeiten oder ästhetische Gestaltungsmöglichkeiten erarbeitet wurden.

Der Ideenwettbewerb 2008 hatte das Ziel, die Beteiligung junger Migranten an politischen Entscheidungsprozessen zu stärken. Hier reichte das Spektrum der geförderten Projekte von künstlerischen Projekten, die auf kreative Weise Empowerment-Strategien vermittelten, bis zu berufsbezogenen Beratungsangeboten.

Für den Ideenwettbewerb 2009 wurden Projekte gesucht, die mit medienpädagogischen Methoden arbeiten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen modellhaft Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen, ihre Eigeninitiative fördern und verschiedene Formen des Interessenausgleichs in einer demokratischen Gesellschaft konkret erlebbar machen.

Die Durchführung der im Rahmen der Ideenwettbewerbe geförderten Projekte hat gezeigt, dass bei Kindern und Jugendlichen ein großes Interesse besteht, sich in Projekten zu engagieren, die ihnen Raum für eine eigenverantwortliche Mitgestaltung einräumen. Allerdings ist auch deutlich geworden, dass die Projektlaufzeit von knapp einem Jahr für Projekte, die auf die Partizipation von Jugendlichen zielen, sehr gering bemessen ist. Da die meisten Projektleitenden projektbezogen, das heißt nur temporär eingesetzt werden, können sie häufig nicht auf gewachsene Strukturen zurückgreifen. Dadurch entsteht an diversen Stellen ein zeitlicher Mehraufwand, der realistisch kalkuliert werden sollte. Darüber hinaus lässt sich festhalten, dass vor allem die Vorlaufphase großzügig bemessen sein sollte, um eine reale Möglichkeit zu schaffen, bisher noch nicht erreichte Jugendliche gezielt anzusprechen und für eine Teilnahme am Projekt zu gewinnen. Bei knappen Zeitressourcen besteht die Gefahr, dass die Projektleitenden doch wieder auf ihnen bekannte Jugendliche zurückgreifen.

Auch der abrupte Wegfall der Ansprechpartner nach Beendigung der Projektlaufzeit muss kritisch gesehen werden. Das Engagement junger Menschen ist häufig an konkrete Bezugspersonen gebunden. Fallen diese Personen aus, leiden die Motivation und Bereitschaft der Jugendlichen, eigenständig nach neuen Wegen und spannenden Möglichkeiten für weiteres Engagement zu suchen. Um Jugendliche zu fördern, für Partizipation zu gewinnen und die nachhaltige Wirkung

der Projekte zu gewährleisten, sind konstante Strukturen und feste Bezugspersonen erforderlich.

Praxislabor Partizipation

Das Praxislabor unterstützte Jugendliche und Projektträger, die Jugendprojekte durchführen, durch die Vermittlung von Fachwissen zu Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und allem, was benötigt wird, um ein Projekt professionell und erfolgreich umzusetzen. Im Rahmen des Praxislabors Partizipation wurden sowohl Trainings zu Projektmanagement als auch individuelle Projektberatungen angeboten. Damit möglichst viele Projekte in der Umsetzungsphase professionell unterstützt werden konnten, durften maximal drei Personen pro Projekt/Einrichtung an einem Training teilnehmen.

128

Bei der kontinuierlich angebotenen Beratungstätigkeit wurde die bpb von freiberuflichen Beratern sowie von zwei Trägern der politischen Bildung unterstützt. Je nach Situation konnten eintägige oder mehrtägige prozessbegleitende Beratungen zu unterschiedlichen Aspekten des Projektmanagements gebucht werden. Darüber hinaus fanden persönliche Treffen und Telefoncoachings statt. Auch per Mail konnten Fragen an das Beraterteam gestellt werden. Das Beratungsangebot wurde von ca. 50 Projekten wahrgenommen.

Die Serviceleistungen des Praxislabors wurden nach einigen Anlaufschwierigkeiten im Rahmen der Bekanntmachung des Moduls so stark nachgefragt, dass größere personelle Ressourcen und vor allem eine längere Laufzeit des Projektes wünschenswert gewesen wären. Projekte haben in der Regel eine lange Anlaufphase und je weiter sie fortschreiten, desto konkreter und vielfältiger werden die Fragen, die sich den Personen, die sie umsetzen, stellen. Daher wäre bei einem Angebot dieser Art künftig empfehlenswert, die Anzahl der Trainingseinheiten zu erhöhen und die Projekte langfristiger zu begleiten.

Mach was!

Um junge Akteure zu motivieren, eigene Themen anzupacken und Projekte ins Leben zu rufen, konnten bei der bpb Projektideen eingereicht und kleine Fördererats von bis zu 1.000 Euro beantragt werden.

Bewerben konnten sich Jugendliche (mindestens drei Personen), die eine Projektidee eigenverantwortlich realisieren wollten. Um eine finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, wurde eine Bürgschaft von einer Person über 18 Jahren verlangt. Über die Auswahl der Projekte entschied eine Jury aus Experten sowie Jugendlichen. Zentrale Auswahlkriterien waren das gesellschaftliche Engagement der Antragstellenden sowie eine gesellschaftliche Relevanz des Projektschwerpunkts. 30 Projekte wurden innerhalb des Projektbausteins realisiert. 50 Prozent davon wurden von Jugendlichen getragen, die verbandlich engagiert waren, 50 Prozent von Jugendlichen, die sich frei organisiert hatten.

Die bewilligten und von Jugendlichen dann eigenverantwortlich umgesetzten Projekte umfassten ein breites Spektrum, das von der Durchführung von Planspielen/Simulationen und der Organisation von Medienseminaren über die Konzeption von Wanderausstellungen und die Initiierung von Plakat- und Flugblattaktionen bis hin zur Bewertung von Kinderspielplätzen, der Renovierung und Umgestaltung von Bauwagen zu Spielmobilen und der Realisierung vielfältiger Veranstaltungen (Projektstage, thematische Festivals und andere) reichte.

Ablehnungen wurden nur in begründeten Fällen ausgesprochen: Wenn die Antragstellenden nicht die Altersvorgaben erfüllten, wenn ein Projekt bereits vor Antragstellung begonnen hatte, wenn der eingereichte Projektantrag zwar im Namen von Jugendlichen, aber nicht von diesen selbst gestellt wurde, wenn das Projekt primär als Werbemaßnahme für einen bestimmten Veranstalter definiert wurde (zum Beispiel mit

dem Ziel, neue Mitglieder zu akquirieren) oder wenn keine gesellschaftliche Relevanz ersichtlich war (zum Beispiel Veranstalten von Partys).

Berlin 08 – Festival für junge Politik

„Berlin 08 – Festival für junge Politik“ war einer der Höhepunkte des Aktionsprogramms. Das politische Sommercamp fand vom 13. – 15. Juni 2008 im Kinder-, Jugend- und Familienzentrum FEZ-Berlin an der Wuhlheide statt. Es richtete sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren und verknüpfte in seiner Konzeption politische Bildung und Partizipation mit erlebnisorientierten Angeboten (kulturelle und sportliche Events, Konzerte, Campen).

Berlin 08 wurde von Jugendlichen für Jugendliche geplant und ausgerichtet. Ab Oktober 2007 haben in Vorbereitung auf das Festival bundesweit Regional Konferenzen stattgefunden, auf denen engagierte junge Menschen die Themen diskutierten und erarbeiteten, die beim Festival im Mittelpunkt der Workshops, Podiumsgespräche und Aktionen stehen sollten.

Gleichzeitig bildeten sich auf den Regionalkonferenzen Netzwerke, die die Kommunikation und Koordination der organisierenden Jugendlichen ermöglichten und dazu dienten, das Festival bundesweit zu bewerben. Insgesamt beteiligten sich 1.300 jugendliche Macher an der Gestaltung des Festivalprogramms und der Themenschwerpunkte. Weitere 500 Jugendliche und junge Erwachsene wurden bei organisatorischen Arbeiten während des Festivals einbezogen.

An den Veranstaltungstagen fanden insgesamt etwa 600 Veranstaltungen statt: Workshops, Vorträge, Diskussionen, Planspiele, Podien mit politischer Prominenz und Aktionen, die fast durchgehend gut besucht waren. Diese Veranstaltungen wurden mit Unterstützung von über 100 Partnern durchgeführt (NROs, Gewerkschaften, politische Jugendorganisationen,

Verbände, Vereine, politische Träger, Jugendpresse, Deutsche Sportjugend und viele andere) Für das musikalische Begleitprogramm auf der Hauptbühne konnten Top-Acts wie „Wir sind Helden“, „Madsen“ und „Culcha Candela“ gewonnen werden.

Das Festival hat mit einer Gesamtbesucherzahl von 11.160 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet (davon rund 3.000 Tagesbesucher) gezeigt, dass ein Festival, das politische Inhalte mit erlebnisorientierten Angeboten verknüpft, bei jungen Menschen auf reges Interesse stößt und sich Jugendliche durchaus für politische Themen begeistern lassen. In einer repräsentativen Befragung, die während des Festivals vom DJI durchgeführt wurde, nannten 60 Prozent der Befragten neben dem Besuch der Konzerte ein politisches Interesse als Hauptmotivation für den Besuch des Festivals.

Auch seitens der Politik fand das Festival großen Zuspruch und tatkräftige Unterstützung. Rund 70 Mitglieder des Deutschen Bundestags (MdBs) warben im Vorfeld der Veranstaltung mit Veröffentlichungen in der Presse und auf ihrer Website für den Besuch des Festivals. 29 MdBs, darunter die Familien- und Jugendministerin Ursula von der Leyen und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, besuchten das Festival persönlich und diskutierten auf gleicher Augenhöhe mit den Jugendlichen ein breites Spektrum politischer Themen. Darüber hinaus besuchten mehr als 50 weitere politische Gäste Berlin 08.

Die Gesamtbeurteilung des Festivals fiel überwiegend positiv aus. Knapp 90 Prozent der befragten Jugendlichen bewerteten Berlin 08 als sehr gut bis gut und auch die Qualität der Angebote wurde durchgehend hoch eingestuft.

Das Ziel, mit dem Festival auch Jugendliche anzusprechen, die bislang noch nicht politisch interessiert und

engagiert sind, konnte allerdings trotz vielfältiger Bemühungen noch nicht im angestrebten Maße erreicht werden. Das politische Interesse war bei der großen Mehrheit der teilnehmenden Jugendlichen bereits vor dem Festival stark ausgeprägt. 82 Prozent der Befragten gaben an, an Politik sehr oder ziemlich interessiert zu sein. Auch die Tatsache, dass 85 Prozent der teilnehmenden Jugendlichen über das Abitur verfügten oder diesen Schulabschluss nach eigener Aussage anstrebten, verweist darauf, dass für zukünftige Festivals eine noch stärker auf bildungs-/politikferne Jugendliche zugeschnittene Ansprache erforderlich ist. Ebenso wurden Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz der Einbindung von Migrantenorganisationen nur zu einem geringen Prozentsatz erreicht.

Trotz der geringen Beteiligung politik- und bildungsferner Jugendlicher am Festival bleibt aber festzuhalten, dass im Vergleich zu klassischen Angeboten der Jugendpartizipation Angebote in Form von Events, die auch ein kurzfristiges Engagement ermöglichen, ein unübersehbares Potential besitzen, diese Zielgruppe anzusprechen und zu aktivieren.

Nach dem Festival gab ein Drittel der Befragten an, dass sich ihr Verständnis von Politik durch die Teilnahme am Festival verbessert habe. Mehr als die Hälfte der Besucher hatte den Vorsatz, sich künftig noch umfassender mit Politik auseinander zu setzen. 40 Prozent wollten sich in Zukunft verstärkt politisch engagieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich das Festival sowohl als Schaufenster für Jugendpartizipa-

tion als auch als Appetizer für Jugendliche, die einen Einstieg in politisches Engagement suchen, ausgesprochen bewährt hat und zwar – nach dem Versuchsballon im Jahre 2005 – bereits zum zweiten Mal in Folge. Für künftige Festivals sollte man jedoch berücksichtigen, dass ein Turnus von drei Jahren insbesondere für Veranstaltungen, die sich an junge Menschen richten, ausgesprochen schwierig ist. Drei Jahre sind aus Sicht von Jugendlichen eine unendlich lange Zeit, in der unterschiedliche Entwicklungs- und zum Teil sogar Lebensphasen stattfinden. Ein Festival, das in dreijährigem Turnus stattfindet (und das noch nicht einmal mit hundertprozentiger Sicherheit), gerät Jugendlichen aus dem Blick. Auf diese Weise wird die nachhaltige Wirkung, die das Festival haben könnte, zu einem Großteil verspielt, denn es müssen von Festival zu Festival immer wieder gänzlich neue Mitmacher und Teilnehmer akquiriert werden. Bei einem Turnus von zwei Jahren hingegen ist davon auszugehen, dass viele der Jugendlichen – gerade aufgrund der großen Begeisterung, die das Festival bei ihnen auslöst - mehrere Male hintereinander zum Festival kommen und an seiner Vorbereitung mitarbeiten würden. Auf diese Weise könnte die durch das Festival gestärkte Motivation zum politischen Engagement dauerhaft erhalten und genutzt werden. Der Umfang des Programms hingegen sollte zukünftig reduziert werden. Es hat sich erwiesen, dass ein Überangebot einerseits einen „Kannibalisierungseffekt“ verursacht, das heißt die einzelnen Veranstaltungen werben sich gegenseitig Teilnehmer ab. Andererseits ist es für die Besucher dadurch nahezu unmöglich, sich zu orientieren und tatsächlich die Veranstaltungen zu entdecken, die ihren Interessen in besonderem Maße entsprechen.

Ergebnisse

Evaluation des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung¹

Franziska Wächter

Unter dem Motto „Nur wer was macht, kann auch verändern!“ förderte das „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“² Initiativen und Projekte, in denen Kinder und Jugendliche maßgeblich in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse eingebunden wurden. Ziel war, neben dieser Einbindung auch die Stärkung ihres gesellschaftlichen Engagements zu fördern. Außerdem sollten Erwachsene und Entscheidungsträger für die Belange von Jugendlichen sensibilisiert werden. Als Zielgruppe sollten neben den bereits aktiven Kindern und Jugendlichen, die in Jugendverbänden organisiert sind, auch nicht verbandlich organisierte junge Menschen in verstärktem Maße angesprochen werden. Um ein möglichst frühzeitiges Wecken von Interesse an Politik und eine ebenso frühe Einbindung in gesellschaftliche und politische Prozesse zu ermöglichen, erstreckte sich die Altersspanne der anvisierten Kinder und Jugendli-

chen – in Abhängigkeit von den einzelnen Modulen – von bereits sechs bis 27 Jahren.

Die Partner DBJR und bpb realisierten dabei jeweils unterschiedliche Projektbausteine. Die Aktivitäten reichten von Vertragsabschlüssen zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern über Ideenwettbewerbe bis zu „Berlin 08 – Festival für junge Politik“. Die Evaluation des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung lag in den Händen des Deutschen Jugendinstituts (DJI)³.

Gemeinsam ist allen untersuchten Modulen des Aktionsprogramms der sehr große Anteil an höher gebildeten Jugendlichen sowie das insgesamt relativ hohe Interesse an Politik bei den Teilnehmern. Die Ergebnisse machen außerdem deutlich, dass durch das Aktionsprogramm vor allem schon engagierte Jugendliche erreicht wurden. Für die Ansprache sozial benachteiligter Jugendlicher bedarf es demnach anderer Zugangswege und auch anderer, vor allem langfristiger Projektstrukturen. Denn brechen die Projekte nach der Förderzeit ohne Anschlussmöglichkeiten für die Jugendlichen ab, zeigt sich oft Enttäuschung, die zu einer Rückkehr in eine eher ablehnende Meinung über Politik und Engagement führen kann.

Durch das Erfahren von Selbstwirksamkeit und den Austausch mit Politikern auf gleicher Augenhöhe in einigen Projekten haben die Jugendlichen an Selbstvertrauen gewonnen und Einblicke in politische Entscheidungsprozesse erhalten. Aufgrund der kurzen Laufzeit sowie durch das Fehlen einer weiteren Befragung der Jugendlichen einige Zeit nach Beendigung der Projekte lassen sich zu diesem Zeitpunkt keine

1 Der Beitrag basiert auf einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Evaluation (vgl. Ebner/Wächter/Zierold 2008).

2 Das Aktionsprogramm war eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Das Programm hatte eine Laufzeit von Herbst 2006 bis Sommer 2009. Weitergehende Informationen zum Aktionsprogramm finden sich bei den drei genannten Institutionen auf den jeweiligen Internetseiten: <http://www.bmfsfj.de>; <http://www.dbjr.de>; <http://www.bpb.de>.

3 Informationen zur methodischen Anlage und Umsetzung der Evaluation und diverse Hinweise auf Publikationen sowie Downloads finden sich unter: <http://www.dji.de/jubeteil>

Aussagen zur Nachhaltigkeit der Projektmitarbeit bei den Jugendlichen machen.

Abzusehen ist jedoch auf Grundlage der erhobenen Daten, dass positive Wirkungen des Aktionsprogramms von verschiedenen Faktoren abhängig sind. Während es bei höher gebildeten, politisch und gesellschaftlich interessierten sowie engagementbereiten Jugendlichen oftmals nur eines Anstoßes und „Ideengebens“ von außen bedarf, um sie (stärker) an Partizipationsprozesse heranzuführen, sind bei sozial benachteiligten Jugendlichen, wie bereits erwähnt, konstantere Strukturen notwendig. Diesen Jugendlichen fehlt oftmals noch das Grundwissen über einfache politische Vorgänge sowie das für eine Partizipationsbereitschaft förderliche politisch interessierte und unterstützende Elternhaus oder der Freundeskreis. Bei diesen Jugendlichen sollten Projekte und Programme langfristige stützende Strukturen bieten, um ihnen das nötige Selbstvertrauen und die notwendigen „politischen“ Kenntnisse zu vermitteln und Spaß am Engagement zu wecken. Ein eher kurz angelegtes Aktionsprogramm kann diesem Anspruch nicht gerecht werden, höchstens den Grundstein dafür legen.

In den Projekten des Moduls „Come in Contract“, aber auch vereinzelt bei Projekten des Ideenwettbewerbes 2007, gab es eine Zusammenarbeit mit Politikern. Dieser direkte Austausch zwischen Jugendlichen und Politikern hatte dann, wenn er auf Augenhöhe und geprägt von gegenseitigem Interesse stattfand, zur Folge, dass sich das oftmals negative Bild der Jugendlichen von Politikern geändert hat – nicht pauschal, sondern zunächst auf die beteiligten Politiker bezogen. In den meisten Projekten wurde die Zusammenarbeit mit den Politikern von den Jugendlichen als fair und anerkennend empfunden. Dennoch hat sich das Wissen über und Verständnis für Politik innerhalb der kurzen Zeitspanne empirisch messbar nicht verändert.

Feststellen lässt sich auch über alle Module hinweg, dass die Jugendlichen äußerst empfindlich darauf reagieren, wenn sie das Gefühl haben, für öffentlichkeitswirksame Zwecke ausgenutzt zu werden. Im Mittelpunkt der Projekte sollten stets die Jugendlichen mit ihren Bedürfnissen und Interessen stehen. In erster Linie geht es darum, mit und für sie interessante und informative Projekte durchzuführen und nicht die Verbände, Vereine und Initiatoren nach außen zu präsentieren. Die Jugendlichen möchten neben dem Spaß im Projekt „Nützliches“ für sich selbst gewinnen, sei es in Form von Zertifikaten oder neu „Erlerntem“. Dabei ist es ihnen wichtig, dass sie das, was sie sich während des Projektes erarbeitet und hinzugelernt haben, öffentlich präsentieren können, und zwar mit dem Fokus auf sie selbst und nicht auf die Interessen der Projektleiter oder der dahinter stehenden Vereine, Verbände und Organisationen. Wichtig ist außerdem, dass den Jugendlichen ein hohes Maß an Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Projekt ermöglicht wird, da dies die Partizipationsbereitschaft verbessert.

Außerdem ist darauf zu achten, dass gerade bei Jugendlichen, die aufgrund ihrer Bildung, ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft und ähnlichem als benachteiligt gelten, eine Öffnung der Projekte gegenüber Jugendlichen anderer Herkunft spätestens gegen Ende des Projektes notwendig ist, um einem Rückzug in sozial homogene Gruppen entgegenzuwirken und die Integration und den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen zu bewirken. Dies ist vor allem beim Ideenwettbewerb nicht immer gelungen – bedingt auch durch die Vorgabe, nur Projekte zu fördern, die sich ausschließlich an Jugendliche mit Migrationshintergrund richten.

In den Evaluationsergebnissen zeigen sich weitere Faktoren, die sich förderlich beziehungsweise weniger förderlich auf den „Projekterfolg“ auswirken. Die-

se Faktoren werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt.

- Es wurde deutlich, dass sich einige Erfahrungen, die die Jugendlichen während der Projekte sammelten, positiv auf ihr Selbstbewusstsein auswirkten. Dazu zählen zum Beispiel:
 - das Erlernen neuer Kenntnisse und Fertigkeiten,
 - im Rahmen der Projektmitarbeit die Möglichkeit zu haben, die eigenen Stärken zu erkennen,
 - die Erfahrung zu machen, durch Handeln selbst etwas bewirken zu können (Selbstwirksamkeit).
- Ein weiterer Aspekt, den die Jugendlichen aus den Projekten mitnehmen konnten, ist die Sicherheit im Umgang mit (zukünftigen) Beteiligungsprojekten. Dies resultierte unter anderem aus
 - dem Kennenlernen von Projektabläufen,
 - dem Erlernen von Kenntnissen über politische und demokratische Abläufe,
 - der Erkenntnis, in der Gruppe mehr erreichen zu können als als Einzelperson.

Die Stärkung des Selbstbewusstseins sowie die Sicherheit im Umgang mit Beteiligungsprojekten war vor allem bei Jugendlichen aus Projekten zu beobachten, in denen den Jugendlichen viele Mitspracherechte eingeräumt wurden und ein gleichberechtigter Austausch mit Politikern und Personen des öffentlichen Lebens stattfand. Die Aussagen der Jugendlichen solcher Projekte deuten darauf hin, dass durch die genannten Aspekte die Wahrscheinlichkeit zukünftigen Engagements bei Jugendlichen erhöht wird.

Als weiterer Einflussfaktor kristallisierte sich die Gruppengröße heraus:

- In kleineren Gruppen zeigte sich eine größere Beteiligung aller teilnehmenden Jugendlichen, während in großen Gruppen nur einzelne Jugendliche sehr stark vom Projekt hinsichtlich gewonnener Erfahrungen im Umgang mit Partizipationsprozessen profitierten. Dies waren dann vor allem

Jugendliche mit höherem Bildungsniveau und bereits vorhandenen Engagementerfahrungen, die die Führungsrollen innerhalb der Projekte und die Vertretung nach außen übernahmen. Der überwiegende Teil der Jugendlichen größerer Gruppen konnte diese Erfahrungen nicht machen.

Es deutete sich aber ebenso in den Interviews mit den beteiligten Jugendlichen an, dass sich einige Aspekte in den Projekten eher nachteilig auf zukünftiges Engagement auswirken könnten. Dazu zählen:

- die Beendigung der Projekte vor dem Erreichen und Umsetzen der Projektziele beziehungsweise Teilen davon. Vor allem bei den wenigen bisher nicht engagierten sowie bildungsfernen Jugendlichen stellte sich bei den Gesprächen heraus, dass ihnen dann die Lust an weiteren (Beteiligungs-)Projekten verloren ging.
- Kontakte mit Politikern, die nicht auf Augenhöhe stattfanden, sondern eher die Distanzen zwischen Jugendlichen und Politikern unterstrichen, wie zum Beispiel Treffen, bei denen sich die Politiker nicht auf die Sprache und Kenntnisstände der Jugendlichen einließen und in denen keine Moderatoren diese Brücke zu überwinden halfen.

Insgesamt führte das Aktionsprogramm in seiner Anlage und Umsetzung eher zu punktueller Partizipation und zu einer Verbesserung der Voraussetzungen von Beteiligung im Jugendalter. Durch seine vielfältigen Module und unterschiedlichen Projekte konnten sich die Jugendlichen in bisher noch nicht „entdeckten“ Bereichen ausprobieren und neue Erfahrungen sammeln. Das Aktionsprogramm stellte daher eine Möglichkeit dar, Jugendliche an Partizipationsprozesse heranzuführen. Für zukünftige Aktionsprogramme wäre eine stärkere Einbindung von Fachkräften aus der Praxis bei der Erstellung der Module und Auswahl der Projekte sehr zu empfehlen.

Literaturverzeichnis

Ebner, Sandra/Wächter, Franziska/Zierold, Diana (2008):
„Ich finde, Politik ist gar nicht so schlimm, wie alle
Jugendlichen denken“. Die Evaluation des Aktionspro-
gramms für mehr Jugendbeteiligung, in: DJI-Bulletin
81, 28-29.

3.

*Partizipation
in der europäi-
schen Realität:
Bedingungen –
Modelle –
Prozesse*



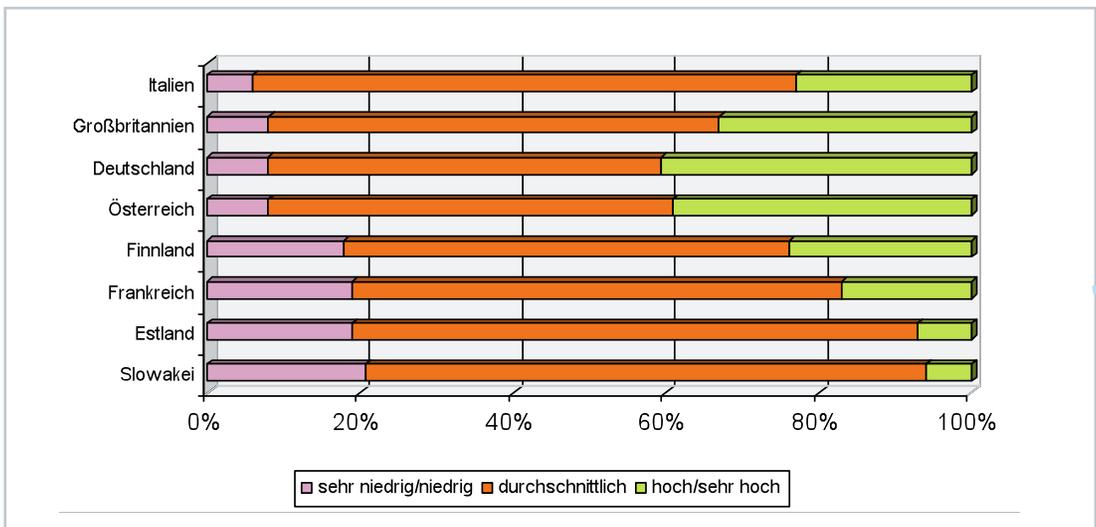
EUYOUPART – Partizipation in der europäischen Ver- gleichsperspektive

Franziska Wächter

Hintergrund und empirische Basis für die folgenden Ausführungen ist das von der Europäischen Kommission¹ im 5. Rahmenprogramm geförderte Forschungsprojekt „Political Participation of Young People in Europe (EUYOUPART)“². Für die Studie wurden im Jahr 2004 ca. 8000 junge Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Österreich, Finnland, Estland und der Slowakei befragt.² Ziel des Projekts, das aus einem qualita-

tiven und einem quantitativen Teil bestand, war die Entwicklung eines gemeinsamen Indikatorensystems zur Messung politischer Partizipation bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Europa.

In diesem Beitrag sollen zunächst die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Beteiligung für die einzelnen Länder der EUYOUPART-Studie skizziert werden. Im Anschluss daran werden verschiedene



1 Aktuelle Informationen zu europäischer Forschung im Bereich Jugend enthält der Bericht der Europäischen Kommission „European Research on Youth. Supporting young people to participate fully in society“ (2009); abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/research/research-eu>

2 Ausführliche Informationen zum Projekt und den Ergebnissen finden sich unter: <http://www.sora.at/euyoupart> und <http://www.dji.de/euyoupart>

Abbildung 1: Subjektiv eingeschätzter Lebensstandard

Quelle: EUYOUPART

Formen gesellschaftlicher und politischer Partizipation im Ländervergleich sowie ausgewählte Einflussfaktoren auf die Beteiligungsbereitschaft von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dargestellt.

Die EUYOUNG-ERgebnisse zeigen: Jungsein in Europa – das bedeutet bei etwa 75 Millionen jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren sehr unterschiedliches und hält für alle, ob jung oder alt, verschiedenartige Lebensumstände bereit. Für junge Menschen ist insbesondere die Frage nach den Zukunftsperspektiven von Bedeutung: Wie leben junge Menschen in ihren Heimatländern, wie schätzen sie ihren Lebensstandard ein? Welche Erwartungen haben sie an ihr zukünftiges Leben? Auf welche Bereiche schauen sie zuversichtlich, auf welche pessimistischer?

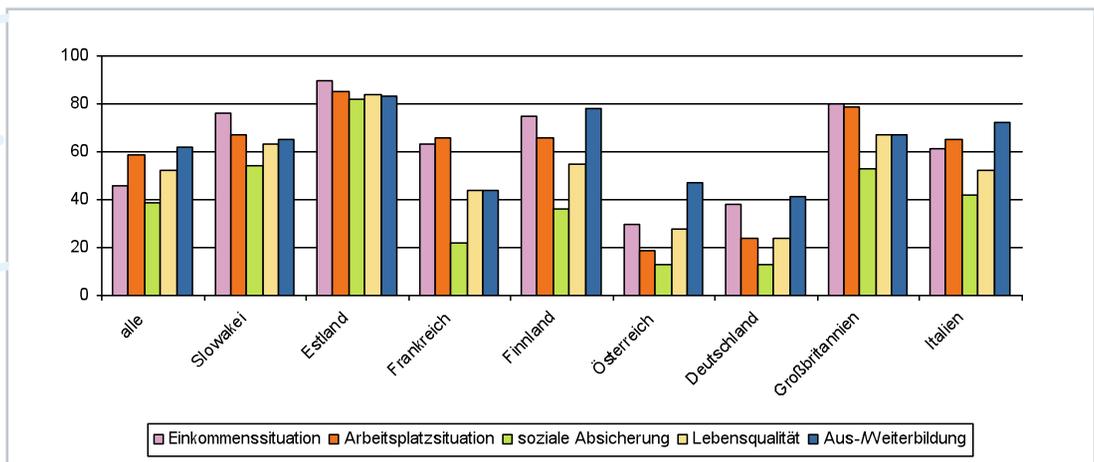
138

In Estland und in der Slowakei sehen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen den eigenen Lebensstandard erwartungsgemäß pessimistisch (vgl. Abbildung 1). Aber auch in Frankreich und Finnland ist der Anteil der 15- bis 25-Jährigen hoch, die ihren eigenen

Lebensstandard für niedrig oder sehr niedrig halten. In allen anderen Ländern (außer Estland und der Slowakei) steigt der Anteil derer, die für sich einen hohen beziehungsweise sehr hohen Lebensstandard feststellen. Insgesamt schätzen in allen Ländern die jüngeren Jugendlichen ihren Lebensstandard höher ein als die älteren. In Finnland, Österreich, Deutschland und Italien bewerten junge Männer das Niveau höher als junge Frauen.

Deutlich wird jedoch auch, dass ein hoher Lebensstandard Pessimismus nicht ausschließt. Für EUYOUNG wurden die jungen Menschen auch darüber befragt, ob ihre Situation in zehn Jahren „besser, gleich oder schlechter“ als die ihrer Eltern sein wird – (bezogen auf Einkommen, Arbeitsplatz, soziale Absicherung, Lebensqualität sowie Aus- und Weiterbildung; vgl. Abbildung 2). Obwohl deutsche und österreichische Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene einen recht hohen Lebensstandard für sich feststellen, blicken sie in allen angesprochenen Bereichen im Europa-Vergleich am pessimistischsten in die

Abbildung 2: Zukunftsaussichten für verschiedene Lebensbereiche



Quelle: EUYOUNG

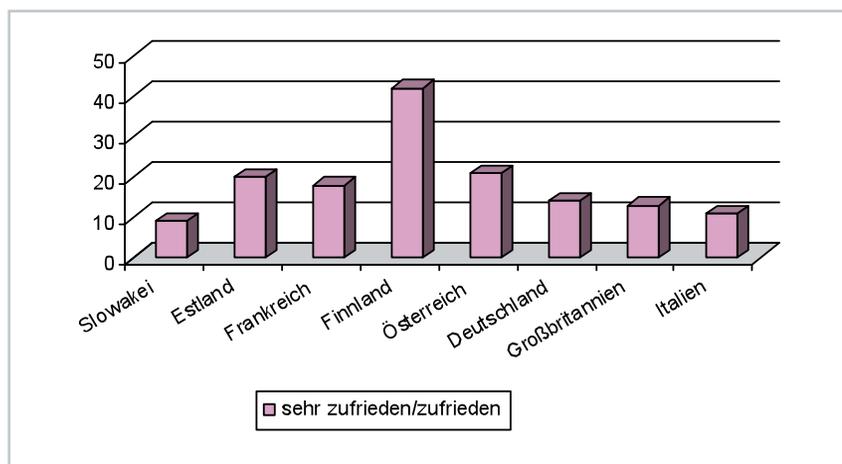
Zukunft. Einen deutlichen, alle anderen überflügelnden Optimismus strahlen hingegen die jungen Esten aus: 80 Prozent bis 90 Prozent von ihnen erwarten bessere beziehungsweise viel bessere Gegebenheiten. Ein Mehr an sozialer Absicherung wird insgesamt am seltensten erwartet. Wiederum sind dabei die Erwartungen der jungen Österreicher sowie ihrer deutschen Nachbarn von allen Ländern am geringsten. Oft blicken Frauen dabei pessimistischer in die Zukunft als Männer.

Welche Faktoren sind für das subjektive Wohlbefinden und die Lebenszufriedenheit letztlich verantwortlich? Inwieweit hat die Beurteilung der eigenen politischen Führung einen Einfluss auf den derzeitigen Lebensstandard sowie auf die zukünftigen Erwartungen? Wie Menschen (ihre) Gesellschaft wahrnehmen (also welches Vertrauen sie zum Beispiel in ihre politischen Institutionen haben), ist mit entscheidend für ihr individuelles Wohlbefinden. Die Zufriedenheit mit der eigenen Regierung hängt auch davon ab, inwieweit man gesellschaftliche Beschränkungen oder Unter-

stützungen wahrnimmt, um sich selbst als Individuum in diesem Rahmen entfalten zu können (vgl. Böhnke 2007). Die finnischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind mit ihrer Regierung (im Jahr 2004) auffallend „äußerst zufrieden“ (vgl. Abbildung 3). Am unzufriedensten zeigen sich die 15- bis 25-Jährigen in der Slowakei, Deutschland, Italien und Frankreich. In allen Ländern besteht der vermutete Zusammenhang zwischen der Beurteilung der eigenen Regierung und der Einschätzung des eigenen Lebensstandards. Am stärksten ist diese Verbindung für die Slowakei zu beobachten, das heißt Jugendliche, die ihre Regierung kritisch beurteilen, schätzen ihren eigenen Lebensstandard ebenfalls gering ein – und umgekehrt. Je besser die Regierung bewertet wird, desto weniger ist diese Bewertung mit der eigenen Lebenszufriedenheit verbunden. Dinge, die als selbstverständlich und vorausgesetzt gesehen werden, beeinflussen weniger die Lebenszufriedenheit (vgl. Böhnke 2007). Die Einschätzung der eigenen Regierung als leistungsschwach hat jedoch entsprechend negative Auswirkungen auf das individuelle Wohlbefinden.

139

Abbildung 3: Zufriedenheit mit der eigenen Regierung (2004)



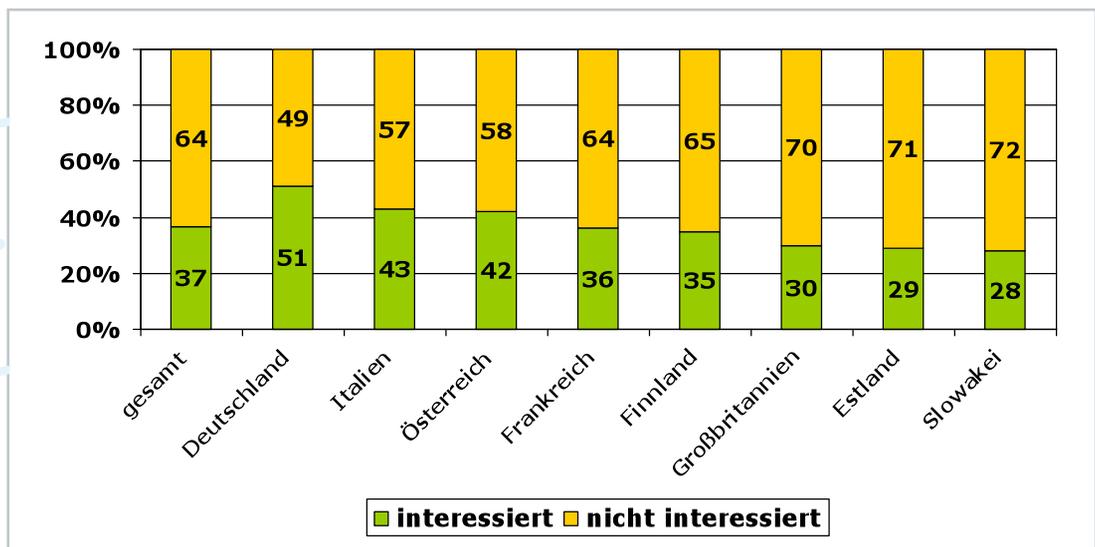
Quelle: EUYOUPART

Die Ergebnisse von EUYOUNGPART zeigen in dieser Hinsicht eine klare Trennlinie zwischen alten und neuen EU-Ländern auf. Ein geringer beziehungsweise gering eingeschätzter Lebensstandard (wie für die Slowakei und Estland zu beobachten, Abbildung 1) bewirkt bei diesen jungen Menschen eine starke Zuversicht in die Zukunft. Andererseits bewirkt ein eher hoher Lebensstandard (wie beispielsweise in Deutschland und Österreich) einen überaus pessimistischen Blick in die Zukunft. Wird am Ende das, was man hat, als gegeben angesehen und kann somit nicht mehr zur Zufriedenheit beitragen (vgl. Böhnke 2007)? In allen Ländern sind die Zukunftsaussichten der Jugendlichen gedämpft und sie können sich kaum positive Zukunftsaussichten vorstellen, was den Wunsch nach sozialer Absicherung und Sicherheit verstärkt.

Es steht nun die Frage im Raum, ob und in welcher Form diese Einschätzungen politische Haltungen und Handlungen beeinflussen. Das politische Interesse

gilt als ein wichtiger Prädiktor für Beteiligung (vgl. Gaiser/de Rijke, 2006). Abbildung 4 gibt einen Überblick über die Verteilung und lässt auf den ersten Blick bereits erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Ländern, die an EUYOUNGPART teilgenommen haben, erkennen. Während in Deutschland etwas mehr als die Hälfte (51 Prozent) der befragten jungen Menschen (sehr) interessiert an Politik ist, nimmt dies in Großbritannien, Estland und der Slowakei nicht einmal mehr jeder Dritte für sich in Anspruch. Auch die aus der empirischen Forschung seit langem bekannten geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich des geäußerten politischen Interesses variieren über die in EUYOUNGPART beteiligten Nationen. Sehr große Unterschiede in der Form, dass junge Männer stärker politisch interessiert sind als junge Frauen, lassen sich in Deutschland (16 Prozentpunkte Unterschied), Österreich, Italien und der Slowakei beobachten. Geringer fallen die Differenzen in Estland, Finnland und Frankreich aus und in Großbritannien verschwinden

Abbildung 4: Interesse an Politik



Quelle: EUYOUNGPART; dargestellt sind die zusammengefassten Werte 1 und 2 (sehr interessiert und interessiert) einer 4-stufigen Antwortskala

die Unterschiede ganz. Das heißt junge Britinnen und Briten sind gleichauf (un-)interessiert an politischen Geschehnissen.

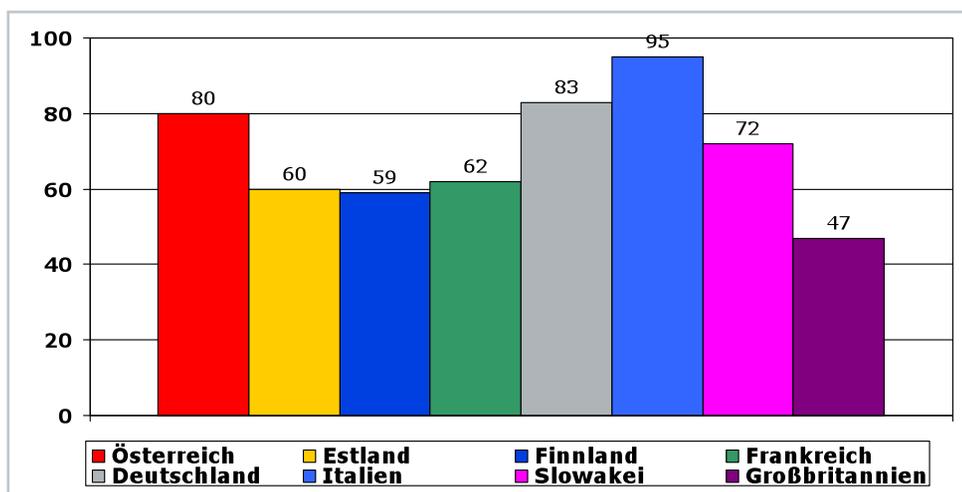
Aber was bedeutet „Politik“ für Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt? Welche Inhalte werden von ihnen mit dem Begriff verbunden?³ Von der überwiegenden Zahl der Befragten wird Politik als ein Weg gesehen, der internationale Probleme (68 Prozent) und soziale Konflikte (67 Prozent) löst. Mit 42 Prozent deutlich weniger 15- bis 25-Jährige attestieren der Politik, dass sie einen Weg darstellt, eine bessere Welt zu kreieren. Damit wird Politik von vielen als notwendig angesehen, um mit (globalen) Problemlagen umzugehen. Aber auch andere, kritische Stimmen machen sich unmissverständlich deutlich: Für 46 Prozent bedeutet Politik leere Versprechungen, für 37 Prozent beschäftigt sich Politik mit Dingen, die mit „einem selbst“ nichts zu tun haben, 35 Prozent sind der Meinung, dass Politik „einfach nur korrupt“ sei und 30

Prozent sehen in Politik ein „Spiel alter Männer“. Im Ländervergleich zeigen sich die französischen Jugendlichen als besonders kritisch und unzufrieden. Wirft man einen Blick auf das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen⁴, lassen sich drei Bereiche identifizieren: Sehr geringes Vertrauen wird den jeweiligen nationalen Institutionen (wie Regierung, Parteien und Politikern) entgegengebracht, mittleres Vertrauen existiert auf Seiten der Jugendlichen gegenüber den Europäischen Institutionen (Europäische Kommission und Parlament) und hohes Vertrauen setzen die Jugendlichen in Nichtregierungsorganisationen (wie Greenpeace oder Amnesty International).

141

Wie setzen sich diese Einstellungen in politisches Handeln um, das heißt in welchen Bereichen engagieren sich Jugendliche in Gesellschaft und Politik – und in welchen nicht? Wählen zu gehen ist für die allermeisten Bürger – nicht nur für Jugendliche und junge Erwachsene – der Ausdruck für politische Be-

Abbildung 5: Berichtete Wahlbeteiligung bei der letzten nationalen Wahl



Quelle: EUYOUPART

3 Die entsprechende Frage wurde in Deutschland nicht gestellt.

4 Nicht erfragt in Deutschland und Finnland.

teiligung. Im Vergleich mit anderen Beteiligungsformen, wie Mitarbeit in einer Partei, Teilnahme an Demonstrationen oder politisch oder ethisch motiviertem Boykott von Produkten, gilt die Beteiligung an Wahlen unter den Jugendlichen als effektivste Form der Einmischung (62 Prozent über alle Länder; in der Spannweite: Deutschland mit 74 Prozent gegenüber Estland und Großbritannien mit jeweils 52 Prozent). Die selbstberichtete Beteiligung an nationalen Wahlen der befragten Jugendlichen der acht EUYOUNPART-Länder ist hoch: 95 Prozent der italienischen, 83 Prozent der deutschen und 80 Prozent der österreichischen jungen Menschen geben an, „an der letzten nationalen Wahl“ teilgenommen zu haben (vgl. Abbildung 5). In Großbritannien ging – korrespondierend mit dem geringen politischen Interesse – jedoch nicht einmal jeder zweite Jugendliche an die Wahlurne.

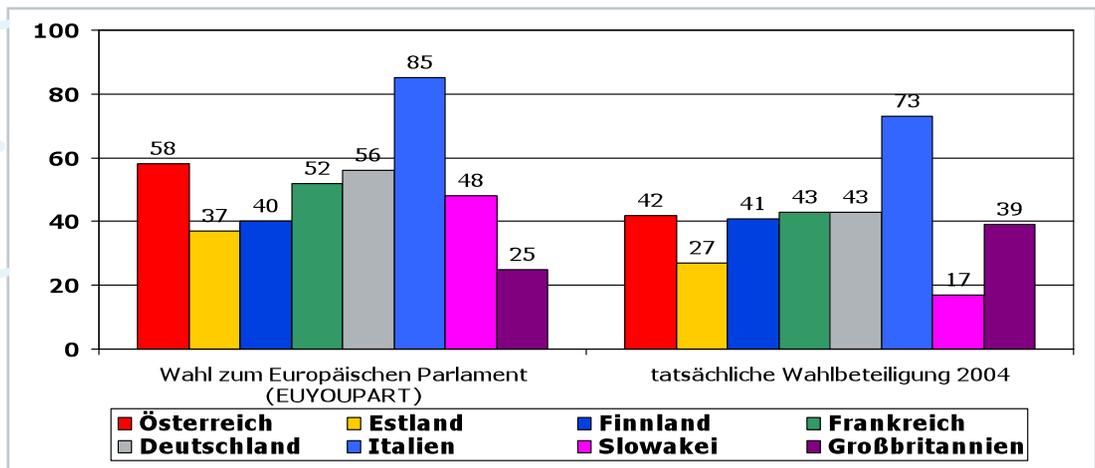
142

Der in Umfragen zum Wahlverhalten häufig beschriebene Effekt des „Overreportings“ beziehungsweise

„Misreportings“ (vgl. Hardmeier/Fontana, 2006), das heißt einer Verzerrung der (selbstberichteten) Beteiligungszahlen (meist) nach oben, kann mit den EUYOUNPART-Daten eindrücklich für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 gezeigt werden. Ogris und Westphal (2006) stellen in ihren Analysen die von den Jugendlichen berichteten Zahlen denen der Wahlstatistik der jeweiligen Länder gegenüber (vgl. Abbildung 6). In der Rückerinnerung meinten in fast allen Ländern mehr Jugendliche an der Wahl teilgenommen zu haben, als dies tatsächlich der Fall war.

Wenig überraschend ist, dass das formale Bildungsniveau einen großen Einfluss auf das Wahlverhalten hat. Je höher die Bildung, desto wahrscheinlicher ist eine Beteiligung an Wahlen und die eingeschätzte Effektivität. In qualitativen Interviews zu EUYOUNPART mit Jugendlichen unterschiedlicher Bildung und Herkunft (in Deutschland) wird deutlich, dass der Wahl als Ausdruck der politischen Einstellung und Teilnah-

Abbildung 6: Berichtete und tatsächliche Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament (Juni 2004)



Quelle: EUYOUNPART

memöglichkeit an Politik zwar eine hohe Bedeutung beigemessen wird, jedoch auch Gründe dafür sprechen, nicht wählen zu gehen. So haben insbesondere Jugendliche niedrigerer Bildungsniveaus häufiger das Gefühl, sich nicht genügend auszukennen, um zu partizipieren. Sie sind der Meinung, dass ihnen entsprechende Kompetenzen fehlen. Aus dieser Selbsteinschätzung resultieren nicht selten regelrechte Ohnmachtsgefühle, wie folgende Zitate verdeutlichen:

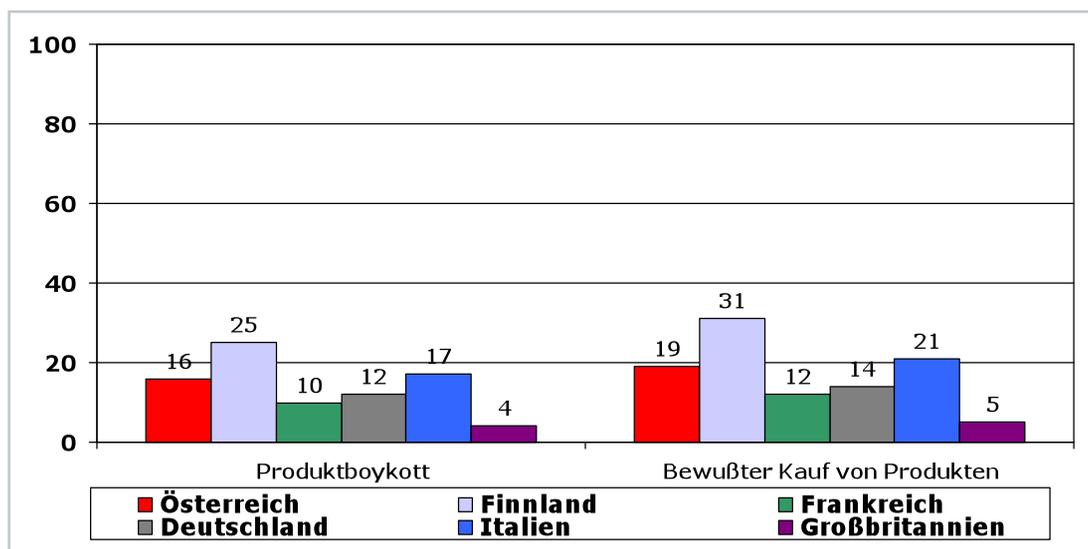
„Die meisten kennen sich doch gar nicht aus damit, oder? Ja ich mein, ich kenn mich gar nicht aus. Wenn jetzt jemand sagen würde, ja, komm, wähl mal, ich würd sagen ja, für was denn, ich kenn mich da gar nicht aus ey, es hat mir noch nie jemand erklärt, irgendwas, um was es da eigentlich geht, richtig, um was es geht. Okay, da wird jemand gewählt, aber mehr weiß ich da selber nicht.“

„Ich würd des lieber Leuten überlassen, die sich wirklich dafür interessieren und so was, den Erwachsenen halt, weil die, die konzentrieren sich mal darauf was die da versprechen und so, aber ich weiß nich,

wenn man grad 18 is...man interessiert sich nicht dafür und...es bringt halt nix“.
(zit. nach: Wächter/Riegel 2004).

Die Beteiligung an Wahlen kennzeichnet jedoch nur einen Aspekt der politischen Partizipation, nämlich den innerhalb des repräsentativen demokratischen Systems. Jenseits dieses Bereichs zeigen Jugendliche in Europa vielfältige andere partizipative Aktivitäten. Eine, in den letzten Jahren zunehmende Form, ist die des „politischen Konsums“. Damit sind Kaufentscheidungen gemeint, die sich nicht nur auf ökonomische Kriterien beziehen, sondern in einem weiteren Sinne „politische Motive“ enthalten (vgl. Holzer 2007). Es handelt sich dabei um politisch motivierte Boykottaktionen gegen bestimmte Produkte oder Firmen. Aber auch ein bestimmter Konsum, etwa von „fair“ gehandelten und produzierten Nahrungsmitteln, kann politisch motiviert sein und wird dementsprechend als „Buycott“ verstanden. Solche Handlungen sind nicht notwendig in sozialen Netzen oder Gruppie-

Abbildung 7: Politischer Konsum



Quelle: EUYOUPART; Anmerkung: Estland und Slowakei nicht vergleichbar

rungen verankert, haben somit einen stärker individuellen Charakter als viele andere Formen politischer Partizipation (vgl. Gaiser/de Rijke/Wächter 2009). Die Ergebnisse aus dem Projekt EUYOUNPART in Abbildung 7 zeigen, dass Handlungen politischen Konsums ein nicht unbeträchtliches Ausmaß haben. Beispielsweise hat immerhin ein Viertel der befragten Jugendlichen in Finnland (in den letzten 12 Monaten) bereits Produkte aus politischer Motivation heraus boykottiert und 31 Prozent haben sich bewusst für den Kauf entsprechender Waren entschieden. In Großbritannien wird Buy- oder Boykott hingegen mit

144

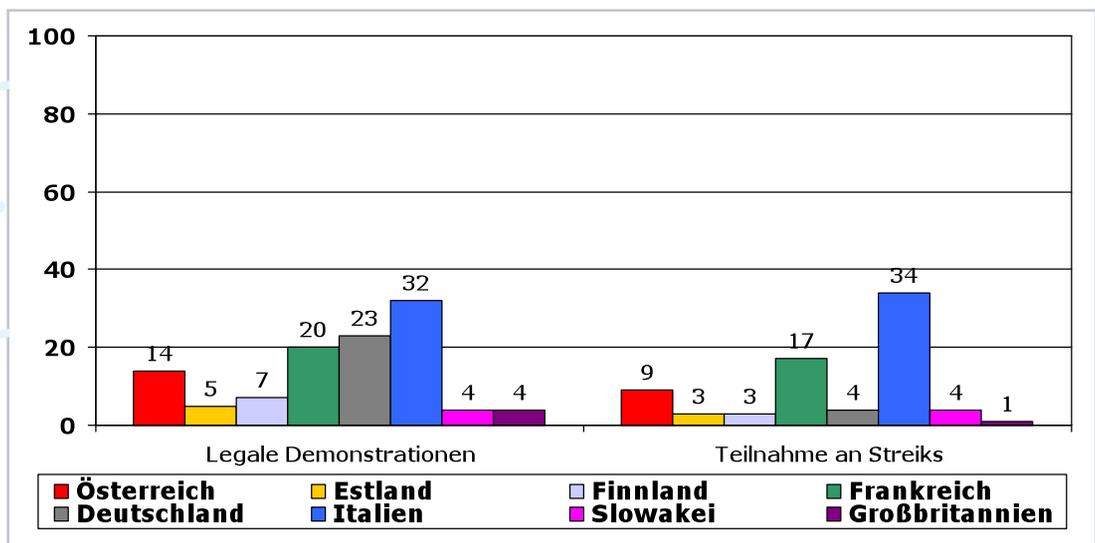
Anteilen von fünf beziehungsweise vier Prozent eher selten praktiziert.

Für Deutschland wurde in weitergehenden Analysen der Frage nachgegangen, ob und wie sich diese neuen Partizipationsformen in eine Aktivitätsstruktur und -systematik einpassen (wie sie sich mit den „klassischen“ Formen – konventionell, unkonventionell-legale und unkonventionell-nichtlegale Partizipation

– ergeben haben) oder ob sie insgesamt eine davon unabhängige Dimension bilden (vgl. de Rijke/Gaiser/Wächter 2008). Die Ergebnisse weisen klar auf eine Neuheit dieser Partizipationsformen hin, die damit als Ausweitung des Partizipationsrepertoires gedeutet werden können. Da diese stärker als die anderen Formen in den normalen Alltag des Lebens hineinreichen, liegt die Interpretation nahe, sie als Ausweitung von Politik jenseits der rein auf das politische System und seine Institutionen und Personen gerichteten Aktivitäten zu bewerten.

Auch das Demonstrationsverhalten und die Teilnahme an Streiks als Ausdrucksformen des politischen Protests sind in den verschiedenen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Abbildung 8). Fast ein Drittel der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Italien hat (in den letzten 12 Monaten zum Befragungszeitpunkt) an einer (legalen) Demonstration teilgenommen. Auch Deutschland und Frankreich zeigen mit 23 und 20 Prozent recht hohe

Abbildung 8: Politischer Protest



Quelle: EUYOUNPART

Beteiligungswerte. Von einer besonderen „Protestkultur“ lässt sich auch mit Blick auf die Teilnahme an (legalen) Streiks für Italien und Frankreich sprechen: 34 Prozent der italienischen und immerhin noch 17 Prozent der französischen Jugendlichen verleihen ihrer Meinung und ihrem Willen in dieser Form Ausdruck. Deutlich seltener positionieren sich und ihre Einstellungen hingegen junge Menschen in der Slowakei, Großbritannien, Estland und Finnland mithilfe von Demonstrationen oder Streiks.

Gesellschaft und Politik werfen mit der Frage nach einer etwaigen Politikverdrossenheit von Jugendlichen gleichzeitig die Frage nach Möglichkeiten auf, wie Jugendliche an Partizipation herangeführt werden können und welche Faktoren Einfluss auf die Häufigkeit von Beteiligung haben. Als relevante Institutionen und Prozesse kristallisieren sich empirisch die (politische) Sozialisation durch das Elternhaus, Freundschaften, die Schule und Partizipationserfahrungen durch das Eingebundensein in politische Organisationen oder ehrenamtliche Tätigkeiten heraus (vgl. Westphal/Waechter/Ptaszynska 2008). Die ideologische Orientierung – eher links oder eher rechts – der Eltern (vor allem des Vaters) prägt die der Kinder. Auch das politische Verhalten der Eltern ist eine wichtige, die Partizipation fördernde Größe. Beispielsweise wirken sich das Wahlverhalten der Mutter und die politischen Diskussionen mit dem Vater positiv auf das Wahlverhalten der Töchter und Söhne aus. Den größten Einfluss auf die tatsächliche Teilnahme an Formen der politischen Partizipation hat jedoch der beste Freund/die beste Freundin: nimmt er oder sie an Demonstrationen teil, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass der Jugendliche auch daran teilnimmt, deutlich. So verschieden die Schulsysteme der Staaten in Europa auch sind, so zeigt sich über die an EUYOUPART beteiligten Länder, dass das in der Schule gelernte demokratische Verhalten und die dabei geschulten Fähigkeiten politische Partizipation fördern:

Je aktiver sich junge Menschen innerhalb der Schule politisch beteiligen (zum Beispiel in politischen Diskussionen mit Lehrern), desto aktiver sind sie auch außerhalb der Schule (zum Beispiel bei Teilnahme an öffentlichen Treffen und beim Verfassen politischer Artikel) und: Je aktiver junge Menschen während ihrer Schulzeit waren (zum Beispiel als Klassensprecher), desto aktiver engagieren sie sich politisch, nachdem sie ihre Schulzeit beendet haben (zum Beispiel durch Mitarbeit in Wahlkämpfen). Außerdem fördert organisatorische Eingebundenheit, sei es in politische Institutionen, NROs oder auch ehrenamtliche Tätigkeiten, das politische Engagement von Jugendlichen. Sie führt einerseits zu ausgeprägterem politischem Verhalten und andererseits zu einer Teilnahme an verschiedenen Formen politischer Partizipation. So haben beispielsweise 37 Prozent der ehrenamtlich tätigen Jugendlichen an Demonstrationen teilgenommen, unter denjenigen ohne Ehrenamtserfahrung lag der Anteil bei 17 Prozent.

Die Analysen der EUYOUPART-Daten machen deutlich, dass keineswegs von einer generell „politikverdrossenen“ jungen Generation die Rede sein kann.⁵ Auch wenn „Politik“ von einem großen Anteil der Befragten mit „konventioneller“, repräsentativer Politik gleichgesetzt wird, diese Politik mit einiger Skepsis betrachtet und mit Kritik nicht gespart wird, werden gleichzeitig die Möglichkeiten der Einmischung am ehesten in diesem bestehenden System gesehen. Jugendliche und junge Erwachsene sind unzufrieden mit Parteien und Politikern und haben den Eindruck, dass das politische System ihrer Interessenlage zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Betrachtet man die Breite jugendlicher Partizipationsbereitschaften, so wird eindrücklich sichtbar, in welcher nicht unerheblichen

5 Einen Überblick über weitere Jugendstudien auf EU-Ebene und Analysen zu politischen Einstellungen und Partizipationsaktivitäten bietet der Artikel von Gaiser/de Rijke 2007.

chem Umfang sich junge Menschen vorstellen können, ihre politischen Ansichten zu bekunden. Um ihrer politischen Meinung durch öffentliches Handeln Aufmerksamkeit und Geltung zu verschaffen, nutzen Jugendliche ein breites und innovatives Aktionsspektrum und zeigen so, dass sie durchaus gewillt sind, am politischen Diskurs und an politischer Gestaltung mitzuwirken. Bei einem Vergleich auf europäischer Ebene müssen dabei jeweils die unterschiedlichen sozialstrukturellen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten und Entwicklungen berücksichtigt werden. Nur eingedenk dieser Hintergrundinformationen sind die gefundenen Ergebnisse sinnvoll zu interpretieren.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Böhnke, Petra (2007): Policy or Privacy – What Matters Most for Individual Well-Being? Determinants of life satisfaction in the enlarged Europe, hrsg. von Social Science Research Center Berlin (WZB) (WZB Discussion Paper, SP I 2007/203), Berlin.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung, in: Gille, Martina et al.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger (Schriften des Deutschen Jugendinstituts, Jugendsurvey 3), Wiesbaden, 213-275.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2007): Partizipation junger Menschen. Trends in Deutschland und der europäischen Kontext, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 2 (2007/4), 421-438.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann/Wächter, Franziska (2009): Politikdistanz? Jugendliche und Politik im Spiegel der Jugendforschung, in: kursiv. Journal für politische Bildung (1/2009), 18-27.
- Hardmeier, Sibylle/Fontana, Marie-Christine (2006): Overreporting: Ein vernachlässigtes Problem und die Schwierigkeit von Gegenmaßnahmen, in: ZUMA Nachrichten 58 (Jg. 30), 50-80.
- Holzer, Boris (2007): Einführung. Politik im Supermarkt, in: Geiselberger, Heinrich Hermann (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda, Frankfurt a.M., 251-267.
- Ogris, Günther/Westphal, Sabine (2006): Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (47/2007), 7-17.
- de Rijke, Johann/Gaiser, Wolfgang/Wächter, Franziska (2008): Aspekte der Stabilität politischer Orientierungen und politischer Partizipation, in: Gille, Martina (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey, Wiesbaden, 269-299.
- Wächter, Franziska/Riegel, Lisa (2004): National Working Paper on Qualitative Research Findings (EUYOUPART – HPSE-CT-2002-00123), URL: <http://www.sora.at/wahlen/EUYOUPART>
- Westphal, Sabine/Waechter, Natalia/Ptaszynska, Aleksandra (2008): Learning for participation: family, peers, school, work and voluntary organizations, in: Spanning, Reingard/Ogris, Günther/Gaiser, Wolfgang (Hrsg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen, 87-104.

3.1

Französische Jugendliche und Politik

Anne Muxel

aus dem Englischen übersetzt von
Barbara Schmidt



Junge Franzosen werden im Gegensatz zur älteren Generation oftmals als weniger verlässliche und politisch engagierte Bürger beschrieben. Die Einstellung der Jugendlichen zur Politik ist Gegenstand fortwährender Debatten, die oft pessimistische Prognosen über den zukünftigen Zustand der westlichen Demokratien zur Folge haben. Die stetige Zunahme von Nichtwählern sowie ein Rückgang der Identifikation mit politischen Parteien werden als symptomatisch für die Unzufriedenheit der Bürger mit der politischen Vertretung angesehen. Diese Demokratieverdrossenheit, die in allen Altersgruppen der Gesellschaft vorkommt, ist insbesondere in den jüngeren Generationen stark ausgeprägt. In diesem Artikel wird untersucht, wie die Dinge in Frankreich wirklich stehen. Sind junge Menschen nicht so politisch aktiv wie ihre Eltern? Haben Jugendliche die gleiche politische Kultur und den gleichen Bezug zur Politik wie die älteren Generationen? Oder werden sie politisiert, indem sie moderne Ausdrucksformen benutzen, die die heutige Gesellschaft neu definiert haben?

Junge Menschen und Politik: Zwischen Vermächtnis und Erprobung

Junge Menschen müssen sich gleichzeitig sowohl mit ihren vorherigen Generationen identifizieren als auch Neuerungen vornehmen; ihre Beziehungen zur Politik ergeben sich aus dem Spannungsfeld zwischen den geerbten Werten und der Erprobung. Das Vermächtnis folgt nicht nur einer Identifikationslogik und zeigt den jungen Menschen Anhaltspunkte bewährter

Richtwerte auf, gleichzeitig ermöglicht es auch eine Weitergabe von politischen Werten und stellt somit eine Kontinuität von Generation zu Generation her. Die Erprobung führt dahingegen die Möglichkeit eines Bruchs mit der Vergangenheit ein. Diese Interaktion zwischen dem Vermächtnis und der Erprobung hat einen Lernprozess zur Folge, der das Artikulieren von Meinungen zur Parteiauswahl ermöglicht. Die historischen und politischen Umstände, ebenso wie die Besonderheit der jeweiligen nationalen Kulturen, die die Rahmenbedingungen für die politische Sozialisation sind, spielen ebenfalls eine Rolle in der Entwicklung des politischen Engagements einer jungen Person.

Die anhaltende Wichtigkeit der Rolle der Familie

Die Spaltung in einen linken und rechten Flügel strukturiert in Frankreich nach wie vor das ideologische Zugehörigkeitsgefühl. Ungefähr die Hälfte der jungen Franzosen (44%) bestätigt heute, die gleiche politische (links- oder rechtsgerichtete) Zugehörigkeit wie ihre Eltern zu haben. Addiert man die 28% der Individuen hinzu, die sich selbst als unpolitisch bezeichnen – indem sie, genau wie ihre Eltern, weder politische Tendenzen zum linken noch rechten Flügel haben – scheint es, dass fast drei Viertel der Jugendlichen (72%) die politische Orientierung ihrer Eltern übernommen haben (vgl. Muxel 2010).

Auf europäischer Ebene unterscheiden sich diese Zahlen je nach Land stark, insgesamt scheinen an-

dere junge Europäer aber weniger oft die politischen Tendenzen nach rechts oder links ihrer Eltern zu übernehmen als französische Jugendliche. In einer Stichprobe aus acht EU-Mitgliedstaaten gab nur ein Drittel der jungen Europäer (33 %) an, die gleichen politischen links- oder rechtsgerichteten Neigungen wie ihre Eltern zu haben, während sich etwas weniger als die Hälfte der Jugendlichen (47 %) genau wie ihre Eltern als weder links noch rechts einordnete.

148

Folglich stuften sich sieben von zehn der befragten Jugendlichen (70 %) in einer Weise ein, die auf eine Fortführung der politischen Orientierung von Generation zu Generation hindeutet.¹

Die französische Jugend ist politisch stärker auf das linke als das rechte Lager ausgerichtet. Diese ideologische Orientierung Jugendlicher ist seit vielen Jahren eine beständige Besonderheit: Mit Ausnahme eines Zeitpunktes etwa Mitte der 1990er Jahre, als am Ende der langen Phase der Kohabitation die politischen und ideologischen Markierungen zwischen den Parteien aufgeweicht waren, haben die jungen Menschen das linke Lager fortlaufend stärker unterstützt als das rechte. Heute ordnen sich 36 % der Jugendlichen in das linke Lager, nur 13 % in das rechte Lager ein. In der gesamten französischen Bevölkerung ist die Neigung für die linken Parteien zurzeit relativ identisch (38 %). Es kann festgestellt werden, dass junge französische Muslime noch stärker linksgerichtet und radikaler als die Durchschnittsbevölkerung sind: 49 % von ihnen ordnen sich selbst als politisch links ein, kein Befragter sieht sich dem rechten Lager zugehörig.

¹ siehe EUYOPART-Studie, finanziert von der Europäischen Kommission im Jahr 2004, über die politische Partizipation Jugendlicher zwischen 15 und 25 Jahren (8000 Befragte), die Interviews mit jungen Menschen aus acht Ländern (Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und der Slowakei) auswertete.

Obwohl die Präferenz für das linke Lager noch immer vorherrschend ist, kann jedoch unter den Jugendlichen sowie generell in der gesamten Bevölkerung eine Abschwächung der Tendenz beobachtet werden, sich in eine Skala zwischen dem linken und rechten Flügel einzuordnen. Die Kluft zwischen links und rechts fungiert zwar noch immer als ein grundlegender ideologischer Richtwert, um das politische Leben und politische Themen zu interpretieren. Die Abgrenzung zwischen den Flügeln wird aber immer weniger wichtig. In der Umfrage hat sich weniger als die Hälfte der Befragten deutlich mit dem linken oder rechten Lager identifiziert (49 %, darunter lediglich 39 % der jüngsten Befragten im Alter von 15 bis 17 Jahren). Ein großer Anteil hält sich für weder dem linken noch dem rechten Lager zugehörig (36 %) oder ist nicht in der Lage, die Frage zu beantworten (12 %, darunter 22 % der jüngsten Befragten) und hat folglich keine Relevanz für diese Unterscheidung.

Das Vermögen, sich zwischen links und rechts einzuordnen, hängt stark vom politischen Interesse ab. Je mehr sich die Jugendlichen für Politik interessieren, desto deutlicher ordnen sie sich in das linke oder rechte Parteienspektrum ein: 64 % der jungen Menschen, die sehr an Politik interessiert sind, wählen links (55 %) oder rechts (19 %) und sind weniger zahlreich unter den Antwortenden vertreten, die sich nicht zwischen den beiden Lagern einordnen können (nur 21 %). Im Umkehrschluss können sich nur wenige Jugendliche, die nicht an Politik interessiert sind, und vor allem diejenigen, die überhaupt nicht an Politik interessiert sind, dem rechten oder linken Flügel zuordnen. Sich selbst im ideologischen und politischen Raum einzuordnen ist stark abhängig vom Interesse und der Kompetenz, die man hinsichtlich der Politik verspürt. Diese Kompetenz wiederum hängt vom Bildungsniveau ab.

Mit der Veränderung der politischen Landschaft wandeln sich die Ansichten, wie die Begriffe „links“ und „rechts“ zu definieren sind. Im Zuge einer Generation können sich die Schlüsselfragen und Prioritäten für das rechte und das linke Lager weiterentwickeln. Darüber hinaus ist heutzutage eine grundsätzliche Abschwächung der Identifikation mit der Politik zu beobachten, sowohl bezüglich der Partei-Zugehörigkeit als auch hinsichtlich der Ideologie. Obwohl in Frankreich die Kluft zwischen rechts und links noch immer viele soziale und politische Diskussionen strukturiert sowie weiterhin das Verhalten der Wähler beeinflusst, verringert sich der Unterschied anhaltend. Nach dem zweiten vom französischen Politikbarometer (September 2006) erstellten Ergebniskatalog fühlen sich 34 % der Franzosen bis hin zu 39 % der Franzosen in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen weder dem linken noch dem rechten Flügel zugehörig. Dieses Fehlen einer klaren Unterscheidung zwischen links und rechts beschränkt sich nicht nur auf Frankreich: Über die Hälfte (55 %) der jungen Europäer im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, die an der EUYOUNG-Befragung in acht europäischen Staaten teilnahmen, definierten sich als weder links noch rechts.

Wie junge Menschen Politik erleben

Der Besitz einer politischen Orientierung nach links oder rechts steht im Zusammenhang mit einem höheren Interesse an Politik (entsprechend 55 % und 54 %, etwa 20 Prozentpunkte mehr als das Durchschnittsniveau). Junge Menschen ohne politische Orientierung, weder nach links noch nach rechts, sind auch am wenigsten an Politik interessiert (21 %, 15 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt). Der elterliche Einfluss hat bedeutende Auswirkungen. Wenn die Jugendlichen Eltern haben, die sich ebenfalls für Politik interessieren, an Demonstrationen beteiligt sind oder an jeder Wahl teilnehmen, ist ihr politisches Interesse überdurchschnittlich hoch. 55 % der Jugendlichen, deren beide Elternteile bereits an einer Demonstra-

tion teilgenommen haben, erklären, sehr interessiert an Politik zu sein. 42 % der jungen Menschen geben dies an, wenn beide Elternteile regelmäßig zur Wahl gehen. In der Gruppe derjenigen, deren Eltern nicht regelmäßig an Wahlen teilnehmen, sind nur 25 % der Jugendlichen politisch interessiert.

Nach ihrer Einschätzung gefragt, ob Politik zu kompliziert sei, um sie problemlos verstehen zu können, stimmen acht von zehn jungen Menschen zu, während sich nur 21 % der Jugendlichen kompetent und nicht orientierungslos fühlen. Die Politik ist somit nicht leicht zugänglich, selbst nicht für Jugendliche, die sich sehr dafür interessieren: Nur 30 % von ihnen betrachten sich selbst als politisch kompetent. Das Geschlecht spielt ebenfalls eine Rolle: 34 % der jungen Männer, die über das Abitur verfügen, fühlen sich fachkundig, jedoch nur 22 % der jungen Frauen mit demselben Bildungsgrad.

Junge Menschen sind mit der schlechten Funktionsweise von politischen Systemen konfrontiert, in denen Zugehörigkeiten und Identifikationen willkürlicher sind und weniger deutlich festgelegt werden. Nur die Hälfte der EU-Bürger gibt an, einer politischen Partei nahe zu sein (50 %, und lediglich 41 % der 18 bis 24 Jahre alten Menschen).² Wenn Jugendliche politische Entscheidungen treffen, insbesondere zur Zeit einer Wahl, wenden die meisten von ihnen Kriterien an, die nur gering etwas mit Bindung an oder Unterstützung für spezielle Werte oder Kandidaten zu tun haben. Vielmehr siegt das Verlangen, sich einer politischen Haltung entgegenzusetzen und sich von ihr zu distanzieren. Das Wahlverhalten ist im Speziellen stark beeinflusst von dieser „negativen Politisierung“; die Konsequenzen und Auswirkungen dieses Phänomens unterscheiden sich allerdings in den unterschiedlichen Generationen sehr.

² Europäische Wahlumfrage nach 2004, Eurobarometer, Europäische Kommission, Juli 2004

Die meisten Erwachsenen, insbesondere die Eltern der heutigen Jugend, haben in einem Umfeld, in dem ideologische Richtwerte, die Spaltung zwischen links und rechts und die Definition der konkurrierenden internationalen Machtblöcke schon fest etabliert waren, damit begonnen, ihre politischen Ansichten zu formulieren. Die jungen Menschen von heute leben in einer ganz anderen Welt: Politisches Experimentieren ist alltäglich. Die älteren Generationen, obwohl sie es mitunter vorziehen, sich ebenfalls in autonomen und spontanen politischen Initiativen zu engagieren, besinnen sich noch immer auf traditionelle Formen des politischen Aktivismus und der Zugehörigkeit, während die heutigen Jugendlichen ihre politischen Ansichten ohne die Hilfe von klar etablierten Referenzpunkten bilden. Ihre politische Sozialisierung ist experimenteller und weniger beeinflusst von Partei- oder Gewerkschaftspolitik und tendiert zu einer Mobilisierung hinsichtlich verhältnismäßig spezifischer Fragen und Debatten. Darüber hinaus ist die Differenzierung zwischen politischen Werten des linken und rechten Flügels zunehmend schwieriger. Menschenrechte, Solidarität, Demokratie, die Marktwirtschaft, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder der Anstieg der Kriminalität sind periodisch wiederkehrende Themen im aktuellen politischen Diskurs der Mehrheit der französischen Parteien.

Junge Menschen leben heute in einer Phase des Übergangs, die von ihnen verlangt, sich mit mehreren Richtwerten sowie einer Vielzahl politischer Kulturen auseinanderzusetzen. Eine große Vielfalt von Kennwerten und Ansichten ist vorhanden, um jungen Menschen dabei zu helfen, das zunehmend komplexe soziale und politische Umfeld, in dem sie sich befinden, zu entschlüsseln. Jugendliche sind politisch kenntnisreicher als ihnen mitunter nachgesagt wird, jedoch haben sie Schwierigkeiten, ihre von den älteren Generationen übernommenen Wertvorstellungen und ihre politische Erfahrung in die Unterstützung für

eine spezielle politische Partei oder einen Kandidaten ihrer Wahl umzusetzen. In einer Welt, in der sich die politische Landschaft rapide verändert und in der es eine generelle und lang anhaltende Vertrauenskrise in die Politik gibt, sind diese Entscheidungen extrem schwierig.

Junge Franzosen sind Politikern gegenüber besonders kritisch und haben wenig Vertrauen in diejenigen, die sie regieren. Unzufriedenheit mit den politischen Vertretern kann bei Bürgern aller Altersgruppen nachgewiesen werden, sie tritt jedoch insbesondere bei jungen Menschen auf. In Frankreich stellen 84 % der 18 bis 24 Jahre alten Personen die Ehrlichkeit von Politikern infrage, im Gegensatz zu 52 % der über 65-Jährigen.³ Argwohn über Politiker wird von jungen Menschen aller sozialen Schichten und Bildungsniveaus verspürt. Es gibt ebenfalls eine wahrgenommene Trennung zwischen den Regierenden und den normalen Bürgern, was bei letzteren zu einem zunehmenden Groll führt. Obwohl die Franzosen nur unwesentlich weniger an Politik interessiert zu sein scheinen, als sie es in der Vergangenheit waren (heute geben 45 % von ihnen an, sehr oder ziemlich interessiert zu sein, verglichen mit 46 % im Jahr 1978), glaubt eine steigende Anzahl von ihnen, dass sich die Politiker nicht um ihre Probleme kümmern würden (74 % im Jahr 2000 verglichen mit 59 % im Jahr 1978).⁴

Trotz des in den letzten Jahren in Frankreich im Allgemeinen stabil gebliebenen Interesses an der Politik können einige signifikante Veränderungen in den einzelnen Generationen verzeichnet werden. Obwohl der Bildungsgrad der am besten ausgebildeten jungen Menschen gestiegen ist – von dem man erwarten würde, dass er einen positiven Effekt auf das allgemeine Interesse an Politik nach sich zieht – ist das politische

3 Survey Démocratie 2000, Cevipof

4 Cevipof-Sofres post-election surveys

Interesse gesunken und stellt somit eine Umkehrung des vormaligen Trends dar. Während im Jahr 1978 68 % der Abiturienten unter 40 Jahren angaben, sehr oder ziemlich interessiert an Politik zu sein, hat sich diese Zahl im Jahr 2000 auf 41 % reduziert. Dennoch sind Studenten noch immer stärker politisch interessiert als nicht ausgebildete Jugendliche. Grundsätzlich machen Qualifikationen einen großen Unterschied aus: 52 % der Studenten geben an, sehr oder einigermaßen interessiert an Politik zu sein, im Gegensatz zu 22 % der Personen ohne berufliche Qualifikationen.⁵

Es wäre kaum verwunderlich, wenn der Vertrauensverlust in die Politik von Forderungen nach Verfahrensänderungen der repräsentativen Demokratie begleitet wäre, insbesondere hinsichtlich des Wahlsystems und der politischen Parteien. Das sinkende Vertrauen in Politiker und Regierungen könnte insbesondere in den Augen junger Menschen als Unterhöhlung der Legitimität der politischen Institutionen verstanden werden. Tatsächlich ist dies nicht der Fall. Bei einer Befragung direkt vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 bezeichneten sich 64 % der jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land.⁶ Demzufolge besteht ein Unterschied zwischen dem Gefühl, von den Politikern abgeschnitten sowie ihnen gegenüber argwöhnisch zu sein, und einer fortwährenden Bindung an die Institutionen der repräsentativen Demokratie wie parteipolitische Strukturen und Wahlsysteme. Ungefähr die Hälfte der französischen Bevölkerung aller Altersgruppen bezeichnet die Präsenz von politischen Parteien als extrem oder sehr wichtig für das Funktionieren der Demokratie. Junge Menschen halten das Wählen für sehr wichtig und messen der Wahl nur geringfügig weniger Bedeutung bei als ihre älteren Mitbürger. So mögen die Jugendlichen ihr Wahlrecht

nicht immer ausüben, das bedeutet jedoch nicht, dass sie das Wählen als unnützlich betrachten würden: Mehr als drei Viertel (77 %) der 18- bis 24-Jährigen bezeichnet es als sehr oder extrem wichtig.

Soziale und politische Spaltungen innerhalb der französischen Jugend

Dieser Gesamtüberblick über die Einstellungen der jüngeren Generationen zu den Grundsätzen und Ausgestaltungen demokratischer Regierungen bedarf einer genaueren Betrachtung. Es besteht ein deutlicher Unterschied zwischen jungen Menschen mit und ohne Bildungsqualifikationen. Die am höchsten gebildeten Individuen der jüngeren Generationen sind trotz ihrer Kritik an der Politik stark mit der repräsentativen Demokratie verbunden. Die Verinnerlichung von allgemeingültigen Wertvorstellungen, mit denen junge Menschen politische Themen interpretieren, kompensiert ihre politische Skepsis und unterstützt ihre Bindung an das gegenwärtige Repräsentationssystem. Das Vertrauen weniger gebildeter junger Menschen hingegen ist nicht stark genug, um ihre Ablehnung der Politik gegenüber zu kompensieren. Ihr Vertrauen in die repräsentative Demokratie hat erheblich abgenommen, so dass sich ihre Entfremdung von der Politik zu einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in die Demokratie erstreckt. Im Gegensatz zu ihren höher gebildeten Altersgenossen nehmen sie seltener an Bürgerbeteiligungsformen wie Wahlen oder politischem Protest teil. Dahingegen sehen sie autoritäre Regierungsformen, die sich auf einen charismatischen, persönlichen Führungsstil stützen sowie auf die Machteinschränkung der demokratisch gewählten Organe wie dem Parlament abzielen, eher in einem günstigen Licht. Die Gefahr eines sich vergrößernden Demokratiedefizits ist innerhalb dieser Gruppe der Jugendlichen am stärksten ausgeprägt. Während mehr als drei Viertel (79 %) der am höchsten qualifizierten jungen Menschen autoritären Regierungen ablehnend gegenübersteht, verringert sich diese Zahl

⁵ Bromètre Politique Français, Vague 1, CEVIPOF, 2006

⁶ Ebenda

auf 49 % bei den Jugendlichen, die nicht das Abitur absolviert haben (vgl. Grunberg/Muxel 2002).

Zwei parallel existierende Trends, die Spannungen erzeugen und das Risiko bergen, Konflikte innerhalb der Generationen zu verstärken, können folglich beobachtet werden: Einerseits unter den am höchsten ausgebildeten jungen Menschen eine verstärkte Identifikation mit der Demokratie, untermauert von Werten der Toleranz und Offenheit, auf der anderen Seite ein Infragestellen der Prinzipien der repräsentativen Demokratie von weniger gebildeten Jugendlichen. Diese Spaltung kann in politischen Handlungen und Entscheidungen beobachtet werden.

152

Politische Wahlmöglichkeiten und ihre Konsequenzen

Junge Franzosen machen ungefähr 14 % der absoluten Wählerschaft aus und können daher einen tatsächlichen Einfluss auf den Entscheidungsprozess ausüben, der die politische und infolgedessen wirtschaftliche und soziale Richtung des Landes bestimmt. Ihre Stimmen können entscheiden, wer eine Wahl gewinnt. Politiker sind sich der Wichtigkeit der jungen Wählerstimmen äußerst bewusst und werben im Rahmen von Wahlkampagnen um sie.

Obwohl junge Menschen ihrem Wahlrecht eine hohe Wichtigkeit beimessen, üben sie es nicht immer aus. Grundsätzlich nehmen sie im Gegensatz zur älteren Generation seltener an Wahlen teil – entweder, indem sie sich erst gar nicht für die Wahl registrieren lassen oder nicht zur Abstimmung gehen. 5 % bis 6 % der Franzosen sind nicht im Wählerverzeichnis registriert. Der Anteil der nicht registrierten jungen Menschen ist trotz eines Beschlusses des Jahres 1997, die Registrierung im Alter von 18 Jahren zu automatisieren, unzweifelhaft deutlich höher, wenn auch nicht exakt zu quantifizieren. Auch hier sind die Faktoren der sozialen Integration entscheidend: Nicht qualifizierte Jugendliche der städtischen Arbeiterklasse, die

Schwierigkeiten dabei erfahren, sich in die Gesellschaft zu integrieren, registrieren sich auch am seltensten in das Wahlverzeichnis.

Während bei französischen Legislativ-, Kommunal- und Europawahlen die Anzahl der Nichtwähler in der Gruppe der jungen Menschen stärker als in der gesamten Wählerschaft vertreten ist, haben Präsidentschaftswahlen hinsichtlich der Mobilisierung von jüngeren Wählern Erfolg: Die Beteiligung Jugendlicher unterscheidet sich bei diesen Wahlen nicht signifikant von der anderer Wählerklassen. In den jeweils ersten Runden der Präsidentschaftswahlen von 1981 und 1988 war die Stimmenthaltung der jungen Menschen nicht wesentlich höher als die der restlichen Wählerschaft. Dies war im Jahr 1995 ebenso der Fall (24 % der 18- bis 24-Jährigen enthielten sich ihrer Stimme, im Vergleich zu 21 % der gesamten Wählerschaft). Im Jahr 2002 jedoch blieben mehr junge Menschen am Wahltag zu Hause, weshalb die Zunahme der Enthaltungen in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen größer als in der restlichen Wählerschaft war. Die Wahlbeteiligung der Jugendlichen sank zwischen 1995 und 2002 um 10 Prozentpunkte, im Vergleich zu 7 Prozentpunkten bei den älteren Wählern. Tatsächlich wählte eine von drei jungen Personen nicht (34 % der 18- bis 24-Jährigen und 32 % der 25- bis 30-Jährigen, verglichen mit 28 % der gesamten Wahlbevölkerung). Die Tatsache, dass sich viele Kandidaten zur Wahl stellten, wurde von der Hälfte der jungen Wähler als positiv angesehen (49 % im Vergleich zu 38 % aller französischen Wähler). Trotzdem entschärfte dieser Sachverhalt weder die sich vertiefende Vertrauenskrise in die Politik noch die Unzufriedenheit der jungen Menschen mit der Auswahl der Kandidaten, die ihnen gegeben wurde.⁷ Bei der folgenden Präsidentschaftswahl im Jahr 2007 war wieder eine hohe Wahlbeteiligung aller Altersgruppen – auch der jungen Wähler – zu verzeichnen, obwohl die Stimmenthaltung der

7 Panel Electoral Francais, CEVIPOF, CIDSP, CECOP, 2002

Jugendlichen noch immer etwas höher als die der Gesamtbevölkerung war (18 % und 16 % in der ersten Wahlrunde).

Mit Ausnahme der Präsidentschaftswahlen nehmen junge Menschen mit durchschnittlich 10 Prozentpunkten seltener an Wahlen teil als die älteren Generationen: Bei den Regionalwahlen im März 2004 enthielten sich 52 % der 18- bis 24-Jährigen ihrer Stimme, verglichen mit 38 % der gesamten Wählerschaft; bei der Europawahl im Juni 2004 wählten 60 % der 18- bis 24-Jährigen und 71 % der 24- bis 35-Jährigen nicht, verglichen mit 56 % aller registrierten Wähler; und schließlich unterließen es 43 % der 18- bis 24-Jährigen, beim Referendum über die Europäische Verfassung zu wählen, verglichen mit 31 % der Gesamtwählerschaft.

Ein allgemeingültiger Grund für die Stimmenthaltung bei einer Wahl ist insbesondere bei jungen Menschen nicht auszumachen, da das Nichtwählen das Ergebnis einer Reihe von individuellen Umständen, soziologischen Faktoren und politischen Erklärungen ist. Tatsächlich findet das individuelle politische Engagement in der Jugendzeit im Kontext einer Übergangsphase und Identitätsbildung statt. Diese besondere Phase des politischen Sozialisierungsprozesses unterliegt weitgehend den Bedingungen für den Erwerb des Erwachsenen-Status und gesellschaftlicher Aufgaben. Der Begriff des Moratoriums – vom lateinischen *morari* „verzögern“, „aufschieben“ – beschreibt die Art dieses Prozesses relativ gut. Junge Menschen brauchen heute länger, um eine Karriere zu beginnen; sie heiraten und gründen eine Familie eher mit 30 als mit 20 Jahren; darüber hinaus ziehen sie später aus dem elterlichen Haus aus. Diese Entscheidung des Aufschubs, ein vollständig unabhängiger Erwachsener zu werden, hat Auswirkungen auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen: Es ist zu beobachten, dass junge Menschen später damit beginnen, wählen zu gehen. Die Besonderheit der späteren Beteiligung an

Wahlen junger Menschen kann mit der Tatsache erklärt werden, dass in diesem Alter das Leben mit einer besonderen Intensität wahrgenommen wird und die Individuen mit vielen verschiedenen Auswahlmöglichkeiten und zu bewältigenden Situationen konfrontiert werden (vgl. Muxel 2001). Die Zeit zwischen dem Erwerb des Wahlrechts im Alter von 18 Jahren und dem tatsächlichen Ausüben dieses Anrechts stellt eine Anpassungs- und Verhandlungsphase jedes Individuums dar, in der Wertvorstellungen und Kenntnisse, einschließlich politischer Ansichten, die bis dahin größtenteils innerhalb der Familie erworben wurden, vor jungen Erwachsenen in Frage gestellt werden.

Abhängig von den jeweiligen biografischen Umständen und dem beruflichen Werdegang kann sich diese Verzögerung in ihrer Länge unterscheiden, darüber hinaus kann eine Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, verschiedenartig interpretiert werden. Junge arbeitslose Menschen sind in der Gruppe der jugendlichen Nichtwähler am größten; ihre Stimmenthaltung hängt stark von soziologischen Faktoren, die mit ihrer Situation in Verbindung stehen, ab. Der politische Integrationsgrad von Oberstufenschülern und Studenten scheint auf der anderen Seite höher zu sein, auch wenn sie zunehmend sprunghaft in ihrer Wahlbeteiligung sind, die von ihrer objektiven Verfügbarkeit und ihren politischen Ansichten zur jeweiligen Zeit abhängt. Die Wirkung der politischen Umstände kann das Niveau der Stimmenthaltungen anheben oder beeinflussen. Die Gründe für das Nichtwählen sind zunehmend mit der Politik sowie mit der Schwierigkeit verknüpft, die junge Menschen haben, sich mit den Haltungen der französischen Parteien zu identifizieren.

Politische Stimmenthaltung, sei sie motiviert durch ein Fehlen an Identifikation, durch ein Verlangen nach Protest gegen die dem Wähler zur Auswahl gestellten Optionen oder der Ausdruck von Unzufriedenheit, ist in den letzten Jahren vor allem unter jungen Menschen gestiegen. Jugendliche tendieren

dazu, Wechselwähler zu sein, und zur Zeit einer Wahl entscheiden sich viele erst in der letzten Minute, wen sie wählen möchten. Diese fehlende Bindung an eine Partei oder einen Kandidaten stellt einen generellen Trend der französischen Wähler aller Altersgruppen – nicht nur der jungen Wähler – dar. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen im Jahr 1988 haben 18 % der Wähler angegeben, sich in den letzten Tagen des Wahlkampfes für einen Kandidaten entschieden zu haben. Einige Befragte haben ihre Entscheidung sogar erst am Wahltag selbst getroffen. Im Jahr 2002 stieg die Zahl der Späterschlossenen auf 42 %. Am 22. April, dem Tag der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2007, waren viele junge Menschen, trotz einer politisch stark aufgeladenen Atmosphäre, über ihre Stimmabgabe noch relativ unentschlossen. Fast ein Drittel von ihnen (31 %) behauptete, ihre Kandidatenwahl am Wahltag selbst getroffen zu haben (verglichen mit 22 % der Gesamtbevölkerung).⁸

Im Laufe der letzten Wahlen hat sich das Abstimmungsverhalten von jungen Menschen in Frankreich in Übereinstimmung mit den Regierungswechseln entwickelt, zeigt aber noch immer einige spezifische Charakteristika auf.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 war das Abstimmungsverhalten der jungen Wähler den Entscheidungen ihrer älteren Mitbürger ähnlich (vgl. Muxel 2002, Tournier 2004). In der ersten Runde der Wahl strafte die Wählerschaft sowohl den Präsidenten als auch den Premierminister ab. Ein bedeutend geringerer Prozentsatz junger Menschen stimmte im Gegensatz zur Wahl im Jahr 1995 für Jacques Chirac (in der ersten Runde 13 % der 18- bis 24-Jährigen, verglichen mit 19 % im Jahr 1995). Im Jahr 2002 waren die Stimmen der Jugendlichen für Jacques Chirac weitaus geringer als die Stimmen für seine Person in der Gesamtwählerschaft (20 %). Auch Lionel Jospin

brachte am 21. April 2002 weniger junge Wahlstimmen auf, als er in der ersten Runde im Jahr 1995 verzeichnen konnte (13 %, verglichen mit 21 % sieben Jahre zuvor). Gleichfalls schnitt er bei den jungen Wählern schlechter ab als innerhalb der gesamten Wählerschaft, die mit 16 % für ihn stimmte. Eine ziemlich beträchtliche Zahl der jungen Wähler wählte ebenso wie die Gesamtwählerschaft linke (14 %) und rechte (17 %) extremistische Kandidaten. Fast einer von drei jungen Wählern wählte aus Protest. Die extreme Linke und im Speziellen Olivier Besancenot zog viele junge Wähler, sowohl Studenten als auch Nicht-Studenten, an (14 % der jungen Wahlstimmen kamen einem Kandidaten der extremen Linken zugute, verglichen mit 10 % der Gesamtwählerschaft; 7 % der jungen Wähler stimmten für Olivier Besancenot, verglichen mit 4 % der Gesamtwählerschaft). Die Präsidentschaftswahl des Jahres 2007 erfuhr eine sinkende Anzahl von Proteststimmen und einen Aufschwung von Stimmen für die beiden großen Regierungsparteien UMP und PS. Die jungen Wähler beteiligten sich aktiv an dieser Umkehr zu einem Zwei-Parteien-System. In der ersten Runde wählten 10 % von ihnen einen Kandidaten aus dem linken, nicht der PS zugehörigen Lager, was eine ähnliche Verteilung wie die der Gesamtwählerschaft darstellt (11 %). In der zweiten Runde sprachen sich die Jugendlichen stärker für Ségolène Royal als für Nicolas Sarkozy aus (55 % im Vergleich zu 32 %). Zwischen 1995 und 2002 war eine Abnahme der Stimmen junger Wähler für Jean-Marie Le Pen zu verzeichnen (18 % der 18- bis 24-Jährigen in der ersten Runde im Jahr 1995 – was 3 % mehr war als die Stimmen der Gesamtwählerschaft – verglichen mit 13 % im Jahr 2002 – was vier Prozentpunkte weniger war als die der Gesamtwählerschaft) und im Jahr 2007 sanken die Stimmen der Wähler für die Front National erneut und drastischer als zuvor auf 5 %, was 4 % niedriger als die Abstimmung der Gesamtbevölkerung war. Die Wahrscheinlichkeit einer jungen Person, die Front National zu wählen, hängt von ihrem

8 Panel électoral Français, CEVIPOF, 2007

Grad der sozialen Integration und im Besonderen von ihren Bildungsqualifikationen ab: 22 % der 18- bis 30-Jährigen, die nicht im Besitz des Abiturs waren, verglichen mit 9 % aller jungen Wähler, stimmten für Jean-Marie Le Pen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, während ihn nur 3 % der Studenten wählten. Diese Zahlen bestätigen, dass die Wählerbasis der Front National und ihrem Spitzenkandidaten zu einem Großteil aus jungen Arbeitnehmern besteht, die zumeist eine Arbeitsstelle innehaben, die wenige Qualifikationen voraussetzt sowie eine geringe Arbeitssicherheit und einen niedrigen sozialen Status bietet. Im Jahr 2002 war die gleiche Spaltung bereits offensichtlich: Jean-Marie Le Pen zog einen viel höheren Anteil junger Wähler ohne Abitur, im Gegensatz zu denen, die sich noch in einer weiterführenden Bildungseinrichtung befanden, an (entsprechend 29 % und 8 %). Im Jahr 2002, genau wie im Jahr 2007, neigten junge Studenten und Hochschulabsolventen dazu, für Kandidaten des linken Flügels, insbesondere die sozialistische Kandidatin, zu stimmen: 63 % der Studenten wählten Ségolène Royal (verglichen mit 37 %, die sich für Nicolas Sarkozy aussprachen).

Die junge französische Wählerschaft sollte, weder gesellschaftlich noch politisch, als homogener Block aufgefasst werden. Obwohl die aktuellen sozialen und politischen Schwierigkeiten sowie eine pessimistische Tendenz die gesamte Gesellschaft betreffen und das Protestverlangen unter den Jugendlichen weit verbreitet ist, sind unterschiedliche Gruppen der jungen Menschen ungleich betroffen und übersetzen ihre weitgehend gemeinsamen Gefühle nicht in die gleichen Wahlentscheidungen.

Politische Mitwirkung und Formen partizipativen Protests

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien und Gewerkschaften ist in den letzten zwei Jahrzehnten signifikant zurückgegangen. In vielen Staaten sind 5 %

oder 6 % der Bevölkerung Teil einer Partei oder Gewerkschaft. Während vor zwanzig Jahren ein Viertel der französischen Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert war, ist diese Zahl nun auf 8 % gesunken; die Mitgliedszahl der jungen Angestellten ist noch niedriger. Die Anzahl der in einer Partei Aktiven war immer schon relativ niedrig (um die 4 % bis 5 % in Frankreich), und der Anteil der jungen politischen Aktivisten ist noch niedriger (zwischen 1 % und 2 %). Der Mitgliederschwund dieser Organisationen wird von einem sukzessiven Verschwinden der wichtigen Symbolfigur des politischen Aktivisten von der politischen Landschaft begleitet, welcher insbesondere die Schlüsselfigur in linksgerichteten Organisationen war (vgl. Ion/Franguiadakis/Viot 2005). Heute haben junge Menschen eine grundsätzlich negative Meinung über politisch Aktive; diese sind weniger erfolgreich als in der Vergangenheit darin, neue junge Mitglieder zu gewinnen. Der geringer werdende Zulauf zu den Parteien und Gewerkschaften bildet einen Gegensatz zum Aufstieg der sozial oder politisch engagierten Organisationen. Solche Gruppen, die sozial an den Rand gedrängten Menschen wie Obdachlosen, Arbeitslosen und illegalen Einwanderern helfen sowie bei den für Menschenrechte und humanitäre Fragestellungen zuständigen Behörden Lobbying betreiben, erregen leichter die Aufmerksamkeit der jungen Menschen und gewinnen ihr Vertrauen. Organisationen gelingt es leichter als politischen Parteien, ergebnisorientierte Projekte, die bei jungen Menschen Anklang finden, wirkungsvoll zu betreiben. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich die Sympathie, die Organisationen bei den Jugendlichen hervorrufen, nur in sehr wenigen Fällen in tatsächliche Unterstützung und insbesondere langfristigen Aktivismus verwandelt.

Die Krise der repräsentativen Demokratie hat vermehrt Forderungen nach direktdemokratischen Elementen sowie ein stärkeres Engagement der Bürger in Protestkampagnen zur Folge. Diese Trends zeich-

nen sind insbesondere in den jüngeren Generationen deutlich ab.

Obwohl das Wählen von den Jugendlichen noch immer als nützlich und effektiv angesehen wird, wird es nicht länger als die einzige Möglichkeit betrachtet, sich demokratisch auszudrücken. Junge Menschen suchen andere Formen der Partizipation; neue Formen der Bürgerbeteiligung und des politischen Ausdrucks entstehen, darüber hinaus wird Protest zunehmend als legitim angesehen.

156

Unkonventionelle politische Partizipation nimmt in allen europäischen Staaten zu. Während nur 17 % der Europäer im Jahr 1981 an zwei oder mehr Protestaktionen teilgenommen haben, ist diese Zahl im Jahr 1999 auf 28 % gestiegen (vgl. Bréchon 2005). Dies ist in erster Linie eine Besonderheit der Generationen: Mitglieder der älteren Generationen nehmen am seltensten an Protesten teil, Angehörige der '68er-Generation öfter und diejenigen, die heute ihre Volljährigkeit erlangen, am häufigsten: Das Engagement in Protestbewegungen ist ein zunehmender Trend. Einer von zwei jungen Menschen in Frankreich hat bereits an einer Straßendemonstration teilgenommen. Zwischen den beiden Runden der Präsidentschaftswahl im Jahr 2002 ist ein Viertel der jungen Franzosen auf die Straße gegangen, um gegen die Teilnahme von Jean-Marie Le Pen an der zweiten Runde der Wahl zu demonstrieren (25 %, im Vergleich zu 9 % der gesamten Erwachsenenbevölkerung) (vgl. Muxel 2002). Im Zuge der Individualisierung von Tätigkeiten und Regeln haben sich das Angebot und die Vielfalt von politischen Handlungsweisen verringert. In diesem neuen Kontext ist politischer Protest normaler geworden und hat als Konsequenz eine stärkere Legitimität erfahren. Die Neudefinition von politischer Beteiligung ist unter den jüngeren Generationen besonders deutlich. Je jünger ein Bürger in Frankreich ist, desto mehr Wichtigkeit schreibt er politischen Demonstrationen zu: 68 % der 18- bis 24-Jährigen, verglichen

mit 48 % der über 65-Jährigen erachten das Demonstrieren als extrem oder sehr wichtig für Menschen in einer Demokratie. Einer von zwei jungen Menschen (51 %), die die Wahl als fundamentalen Grundzug einer gut funktionierenden Demokratie bezeichnen, glauben ebenfalls, dass Demonstrationen extrem oder sehr wichtig sind. Nur ein Drittel der über 50-Jährigen (34 %) spricht diesen beiden Formen demokratischen Ausdrucks das gleiche Maß an Wichtigkeit zu (vgl. Muxel/Grundberg 2002).

Durch ihre Mitwirkung an politischem Protest nehmen junge Menschen in Wirklichkeit an politischem Aktivismus teil (vgl. Becquet/de Linares 2005). Die breite Themenvielfalt, die ihre gemeinsame Mobilisierung zur Folge hat, zeigt, dass junge Menschen weit davon entfernt sind, gleichgültig oder lediglich mit ihren eigenen Problemen beschäftigt zu sein, sondern Interesse für viele Themen zeigen, die etwas mit der Funktionsweise und Organisation der Gesellschaft zu tun haben. Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen, beispielsweise durch Antirassismus-Initiativen, Unterstützung für Immigrantengemeinschaften (insbesondere Immigranten ohne legale Ausweis- und Arbeitspapiere) sowie Demonstrationen gegen die Front National. Junge Menschen übernehmen in der Organisation von Protesten oft eine Führungsposition. In Frankreich haben sich seit über zwanzig Jahren Gymnasialschüler und Universitätsstudenten verbündet, um sich verschiedenen Bestrebungen linker oder rechter Regierungen hinsichtlich einer Reform des Schulsystems und der Arbeitspolitik entgegenzusetzen. Bei jedem aktuellen Anlass wurde die Regierung dazu gezwungen, ihre Pläne zurückzuführen. Konventionelle Beteiligung – das Wählen – und unkonventionelle Beteiligung – das Demonstrieren – sind keine konkurrierenden Möglichkeiten, aber eng miteinander verbunden und oft einander ergänzend

Die Entwicklung unkonventioneller Partizipation in europäischen Gesellschaften, oft in Form von Pro-

testbewegungen, sollte nicht als die Entstehung einer Form politischer Partizipation verstanden werden, die sich selbst als eine Alternative zur Wahlbeteiligung sieht. Insbesondere in den Fällen, in denen die partizipative Demokratie ein starkes Protestelement annimmt, kann sie als ein Gegenspieler der repräsentativen Demokratie verstanden werden. Dies scheint nicht der Fall zu sein: Je mehr die Bürger konventionelle Beteiligung wertschätzen, desto mehr erachten sie die Beteiligung an Protesten als wichtig.

Schlussbetrachtung

Um diese Studie hinsichtlich der Einstellungen junger Franzosen gegenüber der Politik sowie der Fortentwicklung ihrer politischen Partizipation abzuschließen, können bestimmte Beispiele sowohl des Fortbestands als auch der Veränderung von Generation zu Generation identifiziert werden. Beispiele der Kontinuität sind der maßgebliche Einfluss der politischen Orientierung der Familien auf die Individuen, eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den politischen Haltungen junger Menschen und ihrer Vorfahren und ein relativ konstantes Niveau an Politisierung. Weitere Einstellungen, die von einer auf die nächste Generation übertragen werden, schließen Misstrauen gegenüber der politischen Klasse ebenso wie eine fortbestehende Bindung an die Wertvorstellungen und Prozesse der repräsentativen Demokratie ein. Als Veränderungen können ein signifikanter Abfall in der Identifikation mit politischen Parteien, eine weniger geradlinige Haltung hinsichtlich des Wählens, eine größere Anzahl von Wechselwählern und schließlich eine stärkere Neigung zu Protesten, insbesondere durch die Teilnahme an politischen Demonstrationen, beobachtet werden.

Junge Menschen können nicht als homogene Gruppe behandelt werden. Politische Spaltungen werden durch differenzierte soziale Erfahrungen, Unterschiede zwischen Individuen mit verschiedenen Bildungshintergründen sowie die verschiedenen

Eingangsstellen in den Arbeitsmarkt verschärft. Diese Unterschiede bilden verschiedene Gruppen, die ein unterschiedliches Wahlverhalten und differierende politische Partizipationsmöglichkeiten aufweisen.

In der europäischen politischen Landschaft ähneln und unterscheiden sich junge Franzosen gleichzeitig von ihren Nachbarn. Ihr Politisierungsniveau ist im Vergleich zu jungen Nordeuropäern geringer. Auf der anderen Seite engagieren sie sich relativ bereitwillig in Protesten und entwickeln Möglichkeiten, sich selbst politisch zu artikulieren, was charakteristischer für südeuropäische Staaten ist.

Literaturverzeichnis

- Bequet, Valérie/de Linares, Chantal (Hrsg.) (2005): *Quand les jeunes s'engagent: entre expérimentations et constructions identitaires*, Paris.
- Bréchon, Pierre (2005): *Génération et politique en Europe occidentale*, in: Galland, Olivier/Roudet, Bernard (Hrsg.): *Les jeunes Européens et leurs valeurs*, Paris.
- Ion, Jacques/Franguiadakis, Syros/Viot, Pascal (2005): *Militer aujourd'hui*, Paris.
- Muxel, Anne (2001): *L'expérience politique des jeunes*, Paris.
- Muxel, Anne/Grunberg, Gérard (2002): *La dynamique des générations*, in: Grundberg, Gérard/Mayer, Nonna/Sniderman, Paul (Hrsg.): *La démocratie à l'épreuve. Une nouvelle approche de l'opinion des Français*, Paris.
- Muxel, Anne (2002): *La participation politique des jeunes: soubresauts, fractures, ajustements*, in: *Revue française de science politique* 52 (5-6/2002).
- Muxel, Anne (2010): *Avoir 20 ans en politique*, Paris.
- Tournier, Vincent (2004): *Génération politiques*, in: Cautrés, Bruno/Mayer, Nonna (Hrsg.): *Le nouveau désordre électoral*, Paris.

3.2

Politische Beteiligung Jugendlicher in Großbritannien: Kann man wirklich 'was verändern?



Martha Wörsching

Zusammenfassung

158

Dieser Beitrag diskutiert eine Reihe von neueren Studien über die politische Partizipation von Jugendlichen in Großbritannien; dabei wird gefragt, warum das Interesse für Politik im formalen Sinn relativ gering zu sein scheint, nämlich deutlich geringer als in den meisten anderen europäischen Ländern. Von Politik und politischen Institutionen geht die Diskussion dann zu politischer Partizipation und staatsbürgerlichem Verhalten im weiteren Sinn. Der Beitrag setzt sich mit Diskussionen auseinander, die die allzu enge Definition des „Politischen“ kritisieren, da letztere die sozialen Erfahrungen der Jugendlichen selbst und deren Engagement in der Zivilgesellschaft ignorieren. Es werden Studien herangezogen, die das Verständnis Jugendlicher von Staatsbürgerschaft und ihre häufigen Erfahrungen, von öffentlichen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, thematisieren; die Diskussion stellt dies in den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit, Kinder- und Jugendarmut und Deprivation im heutigen Großbritannien, wo Jugendliche allzu häufig als Objekte der politischen Intervention gesehen werden, statt als Staatsbürger, die selbst aktiv zu der Gesellschaft beitragen wollen.

Einleitung

Im allgemeinen Mediendiskurs in Großbritannien erscheinen Kinder und Jugendliche heute oft als eine höchst problematische Gruppe, die im Kontext von

sozialen Konflikten diskutiert wird. Im öffentlichen Diskurs über Jugend herrscht „moralische Panik“ (France 2007); in den Schlagzeilen erscheint diese Altersgruppe hauptsächlich im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten, Alkoholmissbrauch, Drogenabhängigkeit, Schwangerschaft von Minderjährigen und Obdachlosigkeit. Eine Studie des linksgerichteten Forschungsinstituts für Öffentliche Politik, IPPR, reflektiert auch dieses Unbehagen gegenüber Jugendlichen und deren Beziehung zur älteren Generation. Der Direktor des IPPR, Nick Pearce, wird in der folgenden Weise zitiert: „[Die Jugendlichen] lernen nicht, wie sie sich verhalten sollen – wie sie im Leben voran kommen können“; nach seiner Meinung wächst der Abstand zwischen Erwachsenen und Kindern in Großbritannien, weil die Jugendlichen zunehmend in ihren eigenen Peer-Groups und ohne positive Interaktion zwischen den Generationen sozialisiert werden (vgl. BBC Online 2006).

Ein UNICEF-Report von 2007, „Kinderarmut in Perspektive: Eine Übersicht über das Wohl von Kindern in reichen Ländern“ (UNICEF 2007) hat eine heftige Debatte in den britischen Medien ausgelöst, denn die Ergebnisse scheinen zu zeigen, dass öffentliche politische Maßnahmen in der jüngeren Vergangenheit versagt haben.

„In fünf von sechs Kategorien hat das Vereinigte Königreich in dem unteren Drittel von 21 Industriestaaten abgeschnitten; dabei werden die folgenden Kategorien verwendet: materielles Wohl, Gesundheit und Sicherheit, Erziehung, persönliche Beziehungen, Verhalten und Risiken und subjektives Wohlbefinden – und nach den USA schneidet das Vereinigte Königreich im Ganzen am schlechtesten ab. Die Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland stehen dagegen ganz oben auf dieser Liste“ (Knight 2007).

Die Labour-Regierung unter Gordon Brown scheint durch derartige Berichte doch ein schlechtes Gewissen bekommen zu haben und sprach davon, Pläne zu entwickeln, die zu „fitteren, glücklicheren und besser ausgebildeten“ (Curtis/Ward 2007) Jugendlichen führen. Die Besorgnis über das mangelnde Wohlbefinden der britischen Jugendlichen – im Verhältnis zu Jugendlichen in vergleichbaren Ländern – auf der einen Seite und das als öffentlich störend interpretierte Verhalten auf der anderen Seite hat auch zu Fragen geführt, warum sich diese Generation so wenig für Politik interessiert oder inwieweit sie bereit ist, eine aktive Rolle in der Zivilgesellschaft zu spielen (vgl. Henn 2002, Henn/Weinstein 2004, Kimberlee 2002, O’Toole et al. 2003, White/Bruce/Ritchie 2000). Das Interesse Jugendlicher für Politik scheint heute besonders niedrig zu sein, ja Meinungsumfragen zufolge hat „das Wort ‚Politik‘ selbst einen höchst entmotivierenden Effekt auf junge Leute“ (Make Space Youth Review 2007: 92). Es wundert also nicht, dass die politische Klasse in Großbritannien sich ernste Sorgen macht über die besonders niedrige Wahlbeteiligung Jugendlicher und ihr mangelndes Interesse für konventionelle Politik; man fürchtet nicht zu Unrecht, dass dies die Legitimität des politischen Systems selbst untergraben könne. So behauptet eine Untersuchung über die politische Partizipation von Jugendlichen:

„Die Regierung [...] macht sich Sorgen. 1997 gab sie den Crick-Report Erziehung zu staatsbürgerlichem Verhalten und Demokratieunterricht in Schulen in Auftrag, der empfiehlt, dass Staatsbürgerkunde in der Sekundarschule Pflichtfach sein sollte, um die Probleme im Zusammenhang mit sinkender politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation unter jungen Leuten in Angriff zu nehmen“ (O’Toole et al. 2003: 45).

Seit diesem Bericht ist allerdings die Wahlbeteiligung Jugendlicher weiter zurückgegangen, während gleichzeitig

„die Spekulationen in den Medien und Debatten unter Akademikern sich zunehmend darüber auslassen, dass Jugendliche sich vom politischen Leben in Großbritannien entfremden“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 1).

Dieser Beitrag will eine Reihe von jüngeren Untersuchungen betrachten, um die politische Partizipation junger Leute im Vereinigten Königreich zu analysieren und dabei auch zu überlegen, wie Jugendliche selbst Politik definieren, welche Gründe es für ihr Desinteresse an formaler Politik gibt und inwiefern ihr Misstrauen gegenüber Politikern und Parteien, aber auch ihre Haltung gegenüber politischen Themen im weiteren Sinn möglicherweise als eine Form des zivilgesellschaftlichen Engagements gesehen werden kann. Es wird weiter überlegt, ob die soziale Ungleichheit, die ein großer Teil der Jugendlichen erlebt, zusammen mit dem Gefühl der öffentlichen Machtlosigkeit und Marginalisierung, für die scheinbare Entfremdung der jungen Menschen mit verantwortlich gemacht werden können.

Junge Leute und Politik in Großbritannien – ein Sonderfall?

Im internationalen Vergleich ist die Wahlbeteiligung von Briten – ob auf nationalem, lokalem oder europäischem Niveau – in allen Altersgruppen relativ niedrig. Historisch vergleichende Untersuchungen

der Electoral Commission, einer vom Parlament 2001 eingesetzten, unabhängigen Forschungseinrichtung, zeigen, dass die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren in der Bevölkerung im Ganzen zunehmend zurückgeht. So war zum Beispiel bei der Nationalwahl von 2001 die Zahl der Nichtwähler höher als die Zahl derer, die ihre Stimme für Kandidaten der Labour Party abgaben, obwohl diese Partei dann die Regierung bildete. Bei der Nationalwahl von 2005 haben nur 61,4 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben; die Zahl war etwas höher als 2001, aber um 10 % niedriger als 1997, als tatsächlich die niedrigste Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurde (vgl. Electoral Commission 2005). Aber nach Ergebnissen der Electoral Commission war die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zwischen 18 und 24 nur halb so hoch wie die der älteren Jahrgänge; nach Angaben des Umfrageinstituts Mori gingen 2005 nur 37 % der Jugendlichen zur Wahl, also 2 % weniger als im Jahr 2001 (vgl. Electoral Commission 2005). Die Wahlforscher meinen, dass

„das Nichtwählen ein Produkt eines allgemeineren mangelnden politischen Engagements [sei] und dass ein Teil der Wähler skeptisch gegenüber der Wirksamkeit der Stimmabgabe bei Wahlen im allgemeinen“ (Electoral Commission 2005)

seien. Jedoch scheint dieses mangelnde Engagement gegenüber parlamentarischer Politik besonders typisch für Jugendliche zu sein.

Wenn man die viel höhere Wahlbeteiligung von Älteren bedenkt, könnte man hoffen, dass die heutigen Jugendlichen vielleicht mit zunehmendem Alter auch mehr Interesse am Wählen entwickeln würden. Die Wahlforscher sind aber wenig optimistisch. Sie sehen den offensichtlichen Anfang eines Kohorteneffekts, der darin besteht, dass junge Altersgruppen ihr Verhalten, nicht zu wählen, im späteren Leben beibehalten, und sie meinen, dass „dies die sehr reale Möglichkeit unterstreicht, dass es noch schwieriger werden wird, Wähler für künftige Wahlen zu moti-

vieren“ (Electoral Commission 2005). Das heißt, das niedrige Interesse Jugendlicher für den formalen politischen Prozess und ihre niedrige Wahlbeteiligung – als ein Zeichen der wachsenden Irrelevanz von „Politik“ für immer breitere Teile der britischen Bevölkerung – kann sicher all jene alarmieren, die die Legitimität der repräsentativen Demokratie immer mehr schwinden sehen.

Wenn die Wahlbeteiligung von Jugendlichen genauer untersucht wird, zeigt sich die deutliche Abhängigkeit vom sozialen Hintergrund der jungen Wahlberechtigten: Eine Studie von Paul Whiteley über das Wahlverhalten von Studenten, die sich über die Jahre 2004 bis 2008 erstreckte, zeigt, dass diese viel eher wählen als die nicht-akademische Jugend, dass es aber auch hier ein starkes Gefälle zwischen den Studierenden an Elite-Universitäten (Russell Group) und denen der früheren Polytechniken und Fachhochschulen gibt, während wiederum diejenigen aus begüterttem Elternhaus am häufigsten zur Wahl gehen (vgl. Whiteley 2008).

Es gibt auch ernste Diskussionen darüber, ob die Reduzierung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre vielleicht in jungen Briten ein aktiveres Verständnis von bürgerschaftlichem Verhalten wecken könnte, um sie so nicht nur in „künftige Staatsbürger“ (Marshall 1950), sondern auch „heutige Staatsbürger“ zu verwandeln, was zu aktiverer sozialer und politischer Partizipation führen würde. Man kann tatsächlich fragen, warum man in Großbritannien schon im Alter von zehn Jahren strafrechtlich verantwortlich ist – und die Boulevard-Presse ruft sogar danach, dass die Altergrenze noch niedriger gelegt werden sollte; dagegen ist man im Alter von 16 Jahren sexuell „erwachsen“, während man erst mit 18 das politische Stimmrecht hat (vgl. Matthew et al. 1999). Das breite Spektrum der akademischen Diskussion über politische Partizipation und Bürgerschaft der Jugendlichen beleuchtet die Frage von vielen verschiedenen Perspektiven, aber sie liefert der politischen Klasse,

die die Jugendlichen als apathisch und schwer erreichbar sieht, keine einfachen Lösungsmöglichkeiten.

Das mangelnde Interesse an formaler Politik wird auch durch empirische Untersuchungen bestätigt, wie zum Beispiel auch durch die internationale Studie EU-YOUPART, die vom Institut für Sozialforschung und -Analyse, Wien, koordiniert wurde und die politische Beteiligung von Jugendlichen in acht europäischen Ländern (in Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich, Slowakei und im Vereinigten Königreich) analysierte: Jugendliche im Vereinigten Königreich engagieren sich weniger für die Vorgänge im institutionellen politischen Leben als alle anderen Altersgruppen, aber auch weniger als die Jugendlichen in den meisten anderen europäischen Ländern (vgl. SORA 2005). Das scheint darauf hinzuweisen, dass es ganz bestimmte Faktoren im Vereinigten Königreich gibt, die zu diesem besonders niedrigen Grad von Engagement führen.

Die EUYOPART-Studie betrachtete die Beteiligung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie. Sie konzentrierte sich auf die unterschiedlichen Variablen in Bezug auf Einstellung, Verhalten und soziodemografische Charakteristiken, um den Grad und die Gründe von Beteiligung zu identifizieren. Obwohl die Studie in ihrer Einleitung unterstreicht, dass wegen der Unterschiede in der Terminologie, den Opportunitätsstrukturen und der politischen Kultur in den acht verschiedenen Ländern ein direkter Vergleich nicht immer ganz leicht ist, identifiziert sie doch klare Unterschiede in der politischen Beteiligung zwischen den Ländern – und im Ganzen schneidet das Vereinigte Königreich nicht sehr gut ab. Die Studie zeigt die Politisierung Jugendlicher in Graphiken, die verdeutlichen, dass Italien und Österreich die höchsten Ergebnisse für linke und Protest-Politisierung erzielen, während das Vereinigte Königreich umgekehrt mit einem sehr niedrigen Niveau von politischer

Partizipation und einer sehr schwachen Politisierung verbunden wird (vgl. SORA 2005: 106). In Bezug auf die Politisierung der Eltern identifiziert die Studie das Vereinigte Königreich auch als

„das Land mit dem deutlich niedrigsten Niveau der Politisierung. Eine ähnlich schwache politische Sozialisierung und Politisierung kann auch in Estland, Slowakei und Finnland beobachtet werden“ (SORA 2005: 109).

In Bezug auf das Vertrauen der Jugendlichen in politische Organisationen oder Institutionen zeigt sich, dass es besonders wenig Vertrauen in Parteien gibt, das heißt nur 6 % scheinen hier positiv zu antworten; weiter haben nur 9 % Vertrauen in Politiker, 12 % in die nationale Regierung und das Europäische Parlament, gefolgt von 18 % in das Parlament in Westminster; dagegen haben 33 % Vertrauen in Greenpeace und 35 % in Amnesty International. Dies zeigt, dass die Institutionen der formalen Politik viel weniger gut abschneiden als informelle Organisationen. Laut der Studie gibt es – im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern – in der Slowakei und im Vereinigten Königreich das geringste Vertrauen in Parteien (vgl. SORA 2005: 130). Interessanterweise zeigen alle Länder im Ganzen ein höheres Vertrauen in die Europäische Kommission als in ihre eigene Regierung – mit Ausnahme allerdings von Italien und dem Vereinigten Königreich (vgl. SORA 2005: 135). Die Studie behauptet auch, dass im Vereinigten Königreich „eine bemerkenswert hohe Zahl von Jugendlichen keinerlei Massenmedien zur politischen Information“ (SORA 2005: 188) verwendet und sie fügt hinzu:

„Eine signifikant höhere Anzahl von jungen Leuten im Vereinigten Königreich (63%), in der Slowakei (53%), in Italien (53%) und Frankreich (46%) hat das Gefühl, dass Politik zu kompliziert [sei], um sie zu verstehen“ (SORA 2005: 229).

In der Zusammenfassung der Studie wird unterstrichen, dass die Wahlbeteiligung von jungen Leuten in Italien am höchsten und im Vereinigten Königreich

am niedrigsten ist. Je höher die Bildungsqualifikationen, desto höher seien auch die Wahlbeteiligung und die Einschätzung der Jugendlichen, dass Wählen eine Wirkung habe; in diesem Zusammenhang heißt es auch, dass in

„Estland und dem Vereinigten Königreich Mitgliedschaft als auch Beteiligung und freiwillige Mitarbeit in allen politischen Organisation am wenigsten verbreitet“ (SORA 2005: 244)

seien.

Der nationale Bericht dieser Studie über Großbritannien hebt auch wieder hervor, dass junge Leute in Großbritannien wenig an institutioneller Politik interessiert seien und dass sie sich viel eher für Umwelt- oder Tierschutz-Gruppen einsetzen als für politische Parteien oder Gewerkschaften (vgl. Moore/Langhurst 2005). In seiner Zusammenfassung kommt der Bericht zu dem Schluss, dass weniger als 33 % der jungen Leute in Großbritannien sich für politische Themen interessieren; das bestehende Interesse richtet sich hauptsächlich auf nationale Ereignisse und am wenigsten auf Politik auf der EU-Ebene (vgl. Moore/Langhurst 2005: 32).

„Mehr als ein Drittel der jungen Briten (35 %) meint, dass Politik nur ‚ein Spiel von alten Männern‘ sei, und die Mehrheit der Jugendlichen (75 %) verstehen unter ‚Politik‘ Diskussionen innerhalb des Parlaments“ (Moore/Langhurst 2005: 32).

Die Autoren sehen aber auch Anzeichen für Optimismus:

„Junge Leute glauben fest, dass es wichtig ist, politisch aktiv zu sein, wenn man die Welt verbessern möchte, und sehr wenige glauben, dass es sinnlos ist, den Status Quo zu verändern“ (Moore/Langhurst 2005: 32).

Die niedrige Wahlbeteiligung und die Ablehnung von Politik im engeren Sinn werden auch in vielen anderen Untersuchungen diskutiert (zum Beispiel Henn/Weinstein 2004 oder Kimberlee 2002). Eine von der renommierten Joseph-Rowntree-Stiftung un-

terstützte qualitative Studie von White und anderen befasste sich genauer mit den politischen Meinungen und dem politischen Verhalten von jungen Leuten, und sie befragte eine allgemeine Gruppe von 14- bis 24-Jährigen mit unterschiedlichem Hintergrund. Die Autoren betonen, dass es dabei nicht ihre Absicht war, statistische Daten zu erheben, sondern zu zeigen, wie Jugendliche selbst ihr politisches Interesse einschätzen. Die Studie verdeutlicht, dass die Haltung gegenüber Politik in den unterschiedlichen Gruppen keineswegs gleich ist, und sie diskutiert, warum Jugendliche im Allgemeinen von Politik abgeschreckt werden. Nach Meinung der Autoren zeigt die Untersuchung, dass Jugendliche in Großbritannien das Gefühl haben, dass erstens Politik nicht interessant und schwer zugänglich sei, zweitens, dass Politiker nicht auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingingen, und drittens, dass es nicht genug Möglichkeiten gebe, in den politischen Prozess einzutreten.

Im Einzelnen, bei der Frage: „Was schreckt junge Leute von der Politik ab?“, wird geantwortet, dass „Politik für ihr Leben im Moment keine Relevanz“ habe und dass Politik etwas „für ältere Leute mit mehr Verantwortung [sei], deren Leben durch Politik beeinflusst“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 15) werde; sie meinen, dass sie Politik nicht gut genug verstehen könnten, und dass gerade auch die Sprache, die in der Politik verwendet wird, abschrecke. Die Studie bestätigt auch das mangelnde Vertrauen in Politiker und das Gefühl unter Jugendlichen, dass Politiker an ihren Meinungen und dem, was Jugend besonders beschäftigt, nicht interessiert seien (vgl. White/Bruce/Ritchie 2000: 16). Man kann mit ziemlicher Sicherheit behaupten, dass wegen der Spesen-Skandale im Parlament, die im Lauf des Jahres 2009 durch die Medien gingen und zu großer Empörung unter der Bevölkerung führten, diese negative Einschätzung unter jungen Leuten sich kaum gebessert haben wird.

Die Studie von White/Bruce/Ritchie basiert auf detaillierten Diskussionen mit jungen Leuten, die

zeigen, dass sie sich „machtlos und ausgeschlossen vom politischen Prozess fühlen“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 34). Im Allgemeinen wird bemerkt, dass sie nicht genug Möglichkeiten haben, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Besonders die Jüngeren glauben, dass man bis zum Wahlalter gar keine Beteiligungsmöglichkeiten hat.

„Auch wenn die jungen Leute anerkannten, dass es Möglichkeiten gab, sich am politischen Prozess zu beteiligen, und zwar entweder auf konventionelle Weise, wie z. B. Wählen oder durch Druck auf die Abgeordneten im Wahlkreis oder auf weniger konventionelle Weise, z. B. Jugendforen, dann meinten sie doch, dass sie nicht genug wussten, wie man sich engagieren könnte. Was sie als Barriere sahen, beruhte auf der Einschätzung, dass Politik ein komplexes und fremdes Thema sei, das ihrer Meinung nach schwer zu begreifen und verstehen sei“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 35).

Sie sagten auch, dass nur Meinungen von Leuten Gehör fänden, die Geld und Status hätten, während ihre Meinungen von den Politikern als kindisch oder unrealistisch abgelehnt würden (vgl. White/Bruce/Ritchie 2000: 35).

Nach Meinung dieser Autoren ist die mangelnde Bereitschaft der Jugendlichen, an Wahlen teilzunehmen, auch eine Folge des mangelnden Vertrauens in Politiker und der Tatsache, dass sie sich ignoriert fühlen. Interessanterweise wurden auch andere Gründe für ihre Meinung, dass Wählen sinnlos sei, genannt, zum Beispiel „dass eine Partei kaum in einem Wahlkreis gewinnen [könne], in dem eine andere Partei dominant“ sei; ein anderer Grund war, dass es so viele Ähnlichkeiten zwischen den beiden großen Parteien gebe, und dass es daher keine Möglichkeit gebe, „eine Änderung herbeizuführen oder einen Unterschied zu bewirken in der Art, wie das Land regiert wird“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 39).

Nach Meinung der Befragten müssten die Politiker, um mehr auf die Bedürfnisse der jungen Leute einzugehen, „die pompösen Zeremonien aufgeben

und ihre Perücken und Talare ablegen“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 42); außerdem könnten sie die Jugendlichen viel besser repräsentieren, wenn sie nach Alter, Geschlecht und ethnischem Hintergrund eher den Durchschnitt der Gesellschaft reflektierten. Es sollte neue Möglichkeiten der Partizipation für Jugendliche geben, zum Beispiel durch Kontakte mit Politikern, die eher zugänglich seien, durch die Senkung des Wahlalters und dadurch, dass die Jugendlichen ermächtigt werden, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Man sollte ihnen mehr Kontrolle über größere Bereiche ihres eigenen Lebens geben, so dass sie lernen könnten, was es heißt, Verantwortung in der Zivilgesellschaft zu haben, indem man diese praktizieren kann. Einige junge Leute warnten davor, dass die Einführung von Jugendforen Erwartungen unter den Jugendlichen wecken könnten, die dann, wenn sie nicht erfüllt werden, nur noch zu mehr Zynismus und Apathie führen könnten.

White/Bruce/Ritchie (2000) meinen, dass junge Leute mit steigendem Alter und veränderten Umständen auch mehr Interesse an der Politik entwickeln könnten, aber sie glauben, dass „das Alter, in dem dies aktiviert wird, heute höher ist, und zwar als Folge der sich verändernden sozialen und wirtschaftlichen Umgebung, in der junge Leute heute leben“ (White/Bruce/Ritchie 2000: 44).

Nach Meinung dieser Autoren sind die Themen, die die jungen Leute stark betreffen, tatsächlich Teile einer breiten politischen Agenda, auch wenn sie von ihnen nicht als solche benannt werden. Sie glauben auch, dass es Anzeichen dafür gibt, dass viele der Jugendlichen sich schon an einer Reihe von Aktivitäten beteiligt hatten, die man als politisch sehen kann, wie zum Beispiel Teilnahme an Demonstrationen oder Unterschreiben von Petitionen, auch wenn sie sich selbst von der Politik ausgeschlossen fühlen. Man nimmt an, dass die enge Art und Weise, in der Jugendliche Politik definieren, nämlich als institutionelle oder besonders Parteien-Politik, ein wichtiger

Faktor dafür sei, dass sie abgeschreckt werden, sich mehr für Politik zu interessieren. Die Einführung des Fachs Staatsbürgerkunde in der Schule wird als ein Schritt gesehen, dieses Problem zu überwinden, aber die Autoren glauben auch, dass dies nur funktionieren werde, wenn gleichzeitig die Jugendlichen in ihrem Alltagsleben, in der Familie, in der Schule und in der lokalen Gemeinde, wirklich mehr Einflussmöglichkeiten erleben können, das heißt, wenn sie sehen, dass man wirklich auf ihre Kritik hört und auf ihre Bedürfnisse eingeht, so dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Rolle als Staatsbürger praktizieren zu können.

164

Eine Untersuchung von Mahendran und Cook (2007) bestätigt viele dieser Ergebnisse; auch hier heißt es, dass „junge Menschen im Vereinigten Königreich weniger politische Partizipation und Engagement“ (2007: 5) aufweisen und dass sie, im Vergleich zu Jugendlichen in anderen EU-Ländern, am wenigsten häufig sich an den Wahlen zum EU-Parlament beteiligen. Diese Studie behauptet jedoch, dass die Jugendlichen, die in vermögendere Haushalten mit Erwachsenen leben, die höhere Bildungsabschlüsse haben, am ehesten an Politik interessiert sind. Außerdem glauben die Autoren, dass das spätere Interesse Jugendlicher an Politik stark davon geprägt wird, wenn sie schon früh Gespräche über politische Themen miterleben (vgl. Mahendran/Cook 2007: 10). Sie stellen auch fest, dass

„im Allgemeinen junge Leute (15- bis 24-Jährige) behaupten, dass sie weniger über die EU wissen, als ältere Leute. 43 % von ihnen geben an, dass sie gar nichts darüber wissen. ... Wenn man Jugendlichen bestimmte Fragen stellt, die ihr Wissen testen, kann man auch diese relative Ignoranz bestätigt sehen. Zum Beispiel wussten im Jahr 2005 nur 22 % der 15- bis 24-Jährigen, dass das Vereinigte Königreich die Europäische Präsidentschaft inne hatte, im Vergleich zu 62 % der über 55-Jährigen.“ (Mahendran/Cook 2007: 15).

Hier sollte man hinzufügen, dass das mangelnde Interesse an der EU-Politik und das große Unwissen

über Europa im Allgemeinen sicher auch dadurch zu erklären ist, dass Fremdsprachen-Unterricht zu einem Luxus der Privatschulen verkommen ist: nach einem Bericht von CILT, einem nationalen Zentrum zur Förderung von Fremdsprachen, geben die meisten Schüler dieses Fach im Alter von 14 Jahren auf, seitdem es ab 14 zum Wahlfach geworden ist. Dies heißt, dass jetzt in 60 % der staatlichen Gesamtschulen nur noch ein Viertel der Lernenden Sprachen mindestens bis zur Mittleren Reife weitermachen, während viele staatliche Schulen in der Oberstufe das Fach gar nicht mehr anbieten – ganz im Gegensatz zu den Privatschulen, wo Sprachkenntnisse immer noch als Zeichen der Bildung gesehen werden (vgl. Shepherd 2010).

Das politische System im Vereinigten Königreich – kann es vor der Beteiligung abschrecken?

Wenn man die politische Partizipation von Jugendlichen im Vereinigten Königreich mit der anderer europäischer Länder vergleicht, dann liegt es nahe, auch die bestimmten institutionellen Charakteristiken des politischen Systems und die politische Kultur zu betrachten, in denen die Individuen sozialisiert werden.

Auch wenn in der jüngeren Zeit ein Teil der Machtbefugnisse vom politischen Zentrum in Westminster an Schottland und Wales übergegangen ist, so kann das Vereinigte Königreich doch immer noch als ein stark zentralisierter Staat gesehen werden, in dem die meisten politischen Entscheidungen in London getroffen werden. Die Thatcher-Jahre von 1979 bis 1990 haben ohne Zweifel auch dazu geführt, dass die politische Macht auf der lokalen Ebene immer mehr eingeschränkt wurde, und gleichzeitig wurde mit der neo-liberalen Deregulierung die Verantwortlichkeit von demokratisch gewählten Körperschaften stark reduziert.

Das einfache Mehrheitswahlrecht, das bei Nationalwahlen gilt, führt zu einem Zwei-Parteien-System, das auf der einen Seite bedeutet, dass kleine Parteien

fast überhaupt keine Möglichkeit haben, den demokratischen Prozess zu beeinflussen, während auf der anderen Seite die Wähler kaum motiviert sind, für Kandidaten der kleinen Parteien zu stimmen, weil sie damit ihre Stimme vergeuden würden. Nach Untersuchungen der Electoral Commission gibt es

„[...] einen starken Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Einschätzung der Wahl als wichtig oder unwichtig, auch in der Hinsicht, ob ihre Stimmabgabe wirklich etwas bewirken kann. Unsere Untersuchungen nach der Nationalwahl von 2005 belegen, dass die Wahlberechtigten Schwierigkeiten damit hatten, wem sie ihre Stimme geben sollten, teilweise wegen der zurückgehenden Parteienbindung, aber auch, weil man zu viele Ähnlichkeiten zwischen den Parteien sieht“ (Electoral Commission 2005).

Das Gefühl, dass die Stimmabgabe keinen wirklichen Unterschied macht, ist vielleicht besonders hoch unter Jugendlichen, die bisher noch keine positiven Erfahrungen in der Beeinflussung von öffentlichen Angelegenheiten gemacht haben. Im Gegensatz zu älteren Leuten, die sich vielleicht immer noch mit den ideologischen Unterschieden, die es in der Vergangenheit zwischen den zwei Hauptparteien gab, identifizieren, leben die jungen Leute heute auch in einer Kultur, in der sowohl Labour als auch die Konservativen mit allen Kräften um ihren Platz in der politischen „Mitte“ konkurrieren. Die „New Labour“-Partei Blairs hat wirtschaftspolitisch gewiss den neo-liberalen Weg der konservativen Thatcher-Regierung nicht verlassen, während Blairs Nachfolger, Gordon Brown, es sogar für notwendig hielt, kurz nach Amtsantritt als Premierminister seine Bewunderung für Margaret Thatcher öffentlich zu betonen. Die traditionellen Parteiprogramme scheinen in der Zeit vor der Wahl 2010 geradezu auf den Kopf gestellt zu werden, wenn der Partei-Chef der Konservativen, David Cameron, sich bemüht, das „Herz“ seiner Partei für soziale und Umwelt-Probleme zu demonstrieren.

Abgesehen davon, dass die parteipolitischen Ideologien immer konturloser werden, ist ein Grund, warum die Wähler im Allgemeinen den Parteien und einzelnen Politikern immer weniger trauen, dass das Zwei-Parteien-System in den letzten Jahrzehnten zu zwei relativ langen Regierungsperioden der beiden großen Parteien geführt hat, zuerst die Alleinregierung der Konservativen (1979-1997) und dann der Labour Party (1997-2010), und dies hat in beiden Fällen zu Korruption und Skandalen über das Privatleben von Politikern der jeweils regierenden Partei geführt. Der Spesen-Skandal von 2009, den die Medien im Allgemeinen zynisch auswalzten, scheint auf der anderen Seite sowohl die Oppositions- als auch die Regierungspartei betroffen zu haben, was in den Augen großer Teile der Bevölkerung die repräsentative Demokratie selbst zunehmend in Frage stellt.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn die Wählerschaft generell und besonders die jungen Wähler Zweifel daran haben, wie sie selbst wirkliche politische Alternativen herbeiführen können, und das angesichts einer politischen Kultur, die von Populismus dominiert wird, wo die Politiker miteinander wetteifern, ihre politischen Aussagen nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen und Focus-Gruppen auszurichten. Man kann diese Trivialisierung und Personalisierung der Politik als eine Reaktion auf die Veränderungen in den Medien sehen, die immer mehr von der Boulevard-Presse dominiert werden, aber diese Entwicklung wird auch durch die Politiker selbst und deren „spin doctors“ in populistischer Weise unterstützt. Man könnte also das Misstrauen, das junge Leute gegen Parteien und Politiker haben, tatsächlich als eine „politische“ Reaktion sehen, ebenso wie auch die Wahlenthaltung als eine positive, bewusste Entscheidung interpretiert werden kann, besonders wenn die Nichtwähler trotzdem sich als aktive Bürger verhalten, indem sie an anderen politischen Aktivitäten teilnehmen (vgl. Todd/Taylor 2004).

Wenn man bedenkt, dass die starke Zentralisierung, das Zwei-Parteien-System ohne echte Alternativen und die Trivialisierung der Politik den jungen Leuten das Gefühl gibt, dass sie von dem Prozess der politischen Entscheidungsfindung weit entfernt sind, dann wird dies noch dadurch verstärkt, dass es keine schriftliche Verfassung gibt, die transparenter machen könnte, wie die politische Macht verteilt ist und wie sie verantwortet werden sollte. Viele Verfahren der Politik in Westminster laufen nach uralten, obskuren Regeln ab; so wird zum Beispiel das Parlament immer mit einer pompösen Zeremonie eröffnet, die feudalen Machtinszenierungen aus dem Mittelalter nachempfunden und meilenweit davon entfernt ist, demokratische Regierungsformen darzustellen. Nicht nur Jugendliche verstehen vielleicht nicht, warum die Regierung Ihrer königlichen Majestät dann ihre neuesten politischen Pläne durch eine von der Königin abgelesene Rede veröffentlichen muss! Auch haben die neueren „Reformen“ des Oberhauses eigentlich nur den Anachronismus und die mangelnde demokratische Legitimität dieser Institution unterstrichen, die – ebenso wie die neu-gotischen Parlamentsgebäude – direkt aus dem 19. Jahrhundert stammen. Man kann sich also nicht leicht vorstellen, dass die Einführung von Staatsbürgerkunde als Pflichtfach in der Schule, bei der auch „britische Werte und nationale Identität“ (Woodward 2007) unterstrichen werden sollen, die Jugend zu der Überzeugung bringen wird, dass sie in diesem institutionellen System mitreden kann.

Jugendliche und Macht in der britischen Gesellschaft

Es scheint also, dass die jungen Leute selbst nicht glauben, dass ihre Stimmen viel gelten. Meinungsuntersuchungen unter Jugendlichen, die zum ersten Mal wählen können, zeigen, dass sie nicht das Gefühl haben, sie könnten den Entscheidungsprozess beeinflussen (vgl. Henn/Weinstein 2003). Auch andere Studien kommen zu dem Schluss, dass

„zunehmend erkannt wird, dass im Vereinigten Königreich junge Leute nicht entsprechend respektiert oder gehört werden. [...] im Gegensatz zu Großbritannien gibt es in anderen europäischen Ländern viele Beispiele von effektiver Arbeit mit unabhängigen Vertrauenspersonen, nationalen Netzwerken für die Koordinierung der Belange Jugendlicher und gut etablierten Einrichtungen zur Partizipation, die von unten her arbeiten. Auch im weiteren internationalen Maßstab gibt es Anzeichen, dass die Artikel der UN-Kinderrechtskonvention sich immer mehr auswirken und eine zunehmende Zahl von jungen Leuten in der ganzen Welt einschließen. Wir behaupten, dass das Vereinigte Königreich noch viel von diesen Erfahrungen lernen kann, und solange das nicht passiert, werden junge Leute noch weitgehend unsichtbar auf allen Ebenen der Entscheidungen über öffentliche Maßnahmen bleiben“ (Matthew/Limb/Taylor 1999: 10-11).

Man muss also weiter fragen, was die Gründe dafür sind, dass junge Leute in Großbritannien mehr als in anderen Ländern vom politischen Prozess ausgeschlossen werden. Bevor dies genauer beantwortet werden kann, sollte man noch mehr darüber hören, was die Jugendlichen selbst über ihre Rolle als Staatsbürger denken.

Eine empirische Studie über 16- bis 23-Jährige, die sich über drei Jahre hinzog, hatte das Ziel, zu untersuchen, wie sie sich selbst als Staatsbürger verstehen (vgl. Lister et al. 2003). Die Teilnehmer wurden je nach ihrem Status als „Insider“ oder „Outsider“ kategorisiert, das heißt, sie waren auf der einen Seite entweder auf dem besten Weg, als Hochschulabsolventen einen Arbeitsplatz zu bekommen, oder sie hatten auf der anderen Seite wenig oder gar keine Ausbildungsqualifikationen, aber Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit (vgl. Lister et al. 2003: 236). Die Forscher identifizierten fünf verschiedene Bürgerschaftsmodelle in ihren Diskussionen mit den Jugendlichen: a) den universellen Status, b) respektable wirtschaftliche Unabhängigkeit, c) konstruktive soziale Partizipation, d) Sozial-Kontrakt-Status und e) Recht auf

eigene Stimme. Diese Modelle schlossen sich nicht gegenseitig aus. Die Analyse zeigte im Allgemeinen, dass der „universelle Status“ dominierte, aber er wurde im Lauf der Studie weniger wichtig, während „respektable wirtschaftliche Selbständigkeit“ und „konstruktive soziale Partizipation“ stärker betont wurden und gleichzeitig „wirtschaftliche und bürgerschaftliche Verantwortung“ verbanden.

Die Diskussionen über die Bedeutung von Bürgerschaft zeigten, dass die Teilnehmer eine Gruppe mit deutlichem Verantwortungsbewusstsein waren. Die Autoren ziehen den folgenden Schluss:

„[J]unge Leute fanden es viel einfacher, über Verantwortungen zu sprechen als über Rechte, und wenn sie Rechte identifizierten, dann waren das viel eher Bürgerrechte als politische oder soziale Rechte. ... Für wenige waren Rechte auf soziale Sicherung ohne Vorbedingungen. Die Jugendlichen neigten auch dazu, konstruktive soziale Partizipation in der lokalen Gemeinschaft besonders hoch zu bewerten. Diese Art von Partizipation bedeutete für viele die Essenz von gutem zivilbürgerlichem Verhalten und war eine der beiden auf Verantwortung basierten Modelle, die in den allgemeinen Diskussionen über die Bedeutung von Bürgerschaft hervortraten. [...] Modelle, die auf liberalen Rechten oder auf republikanisch-politischer Partizipation basierten, erschienen in den Diskussionen wenig. Dies legt nahe, dass die Jugendlichen die in den Medien oft gehörte politische Forderung nach aktiver Bürgerschaft und der Betonung von Verantwortung im Gegensatz zu Rechten (aber nicht das damit verbundene Modell des Sozialen Vertrags im Sinne von New Labour) internalisiert haben, das in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien immer stärker herrscht. Ebenso reflektiert das Bild von dem Bürger erster Klasse, das die Jugendlichen zeichnen, den Erfolgs-Bürger, der vom Thatcherismus und teilweise auch von New Labour als Ideal gepriesen wird und wurde: wirtschaftlich unabhängig, mit Geld, Hausbesitz und Familie. Für einige der Jugendlichen, die als ‚Outsider‘ klassifiziert wurden, bedeutete dies, dass sie sich selbst mit dem Begriff ‚Bürger zweiter Klasse‘ und damit allen

anderen untergeordnet identifizierten“ (Lister et al. 2003: 251).

Nach Meinung dieser Autoren steht der potentiell jede Gemeinsamkeit sprengende und marginalisierende Charakter des Modells der wirtschaftlichen Unabhängigkeit in Konflikt mit dem eher inklusiven universellen Modell: „Statt die gesellschaftliche Teilung in Klassen zu kritisieren, verstärkt das Modell der respektablen wirtschaftlichen Unabhängigkeit diese eher“ (Lister et al. 2003: 251). Die Opfer der Klassengesellschaft scheinen auch sich selbst die Schuld an ihrer eigenen mangelnden Konkurrenzfähigkeit zu geben. Im Wahlkampf 2010 scheint diese Botschaft auch von Gordon Brown verwendet zu werden, wenn er das Wahlvolk zu mehr „Aspirationen“ in der von der wirtschaftlichen Krise gebeutelten Gesellschaft aufruft: Wer also in der Konkurrenz um einen Platz in der Arbeitsgesellschaft zurückbleibt, hat wohl seine „Aspirationen“ nicht hoch genug gesetzt und muss sich nur selbst die Schuld zuschreiben.

Es wäre sicher verwunderlich, wenn gerade Jugendliche, ob mehr privilegiert oder aber aus armen Verhältnissen – und damit auch stark in unterschiedlichen Schulen segregiert, die nur den sozialen Status ihrer Eltern reflektieren – gegen die herrschende Ideologie immun wären, in der sowohl Erfolg als auch Misserfolg als das Ergebnis einer „rationalen Wahl“ erklärt werden, statt Folge von deutlichen strukturellen Unterschieden, die Bevorteilung oder Benachteiligung bedeuten. Die „Gewinner“, die auf dem Weg zu respektabler wirtschaftlicher Unabhängigkeit sind, fühlen sich daher vielleicht auch viel eher ermächtigt, ihre politische Stimme zu äußern, während die „Verlierer“ meinen, dass sie zu Recht ausgeschlossen sind. So sagt auch Louise Vincent in einer Kritik des von Ideologien dominierten Erziehungswesens von heute:

„Was als Maßstab des Erfolgs gesehen wird, sind Wahlmöglichkeit und Befriedigung des individu-

ellen Konsumenten, aber nicht die Welt der politischen Ideen, von Gemeinschaften und gesellschaftlichen Beziehungen“ (Vincent 2004: 106).

In einer strukturell höchst ungleichen Gesellschaft ist also die Beteiligung an der öffentlichen Entscheidungsfällung nicht etwas, was die jungen Leute in Großbritannien in ihrem Alltag praktisch erleben, und es verwundert also nicht, wenn sie glauben, dass es nur zur Rolle der gesellschaftlichen Elite gehört, politische Entscheidungen zu treffen, und so können sich nur wenige Jugendliche vorstellen, dass sie selbst diese Rolle spielen können (vgl. Todd/Taylor 2004), gerade weil sie in ihrem eigenen Leben „Politik“ eher als passive Objekte von Regierungsmaßnahmen erfahren.

168

Jugendliche und soziale Ungleichheit im Vereinigten Königreich

Man kann auch annehmen, dass die jungen Leute, die heute in dem neo-liberalen Klima aufwachsen, die negativen Kräfte in der Gesellschaft spüren, die die Kinder und Jugendlichen allzu früh in „Insider“ und „Outsider“, in „Gewinner“ und „Verlierer“ sortieren, nämlich hauptsächlich nach dem sozialen Hintergrund, in den sie geboren wurden. Dies wird besonders durch eine neue Studie unterstrichen, die vom Centre for Analysis of Social Exclusion (CASE) unter Leitung von Professor John Hills von der London School of Economics im Januar 2010 veröffentlicht wurde und im Vorfeld der Wahlen 2010 sehr viel Aufsehen in den Medien erregt hat (vgl. CASE 2010a). Politiker der verschiedenen Parteien versuchten sofort, sich dazu in Radio und Fernsehen zu profilieren (vgl. BBC News 2010), besonders weil die Studie von der Labour-Ministerin für Frauen und Gleichheit, Harriet Harman, in Auftrag gegeben worden war, aber nun von der Opposition als Zeichen dafür interpretiert wurde, dass die Sozialpolitik der Labour-Regierung versagt habe. Tatsächlich behauptet dieser von Professor Hills veröffentlichte National Equality Panel Report, dass die Einkommensungleichheit

seit Ende der 80er Jahre viel höher geblieben sei als in den 60er und 70er Jahren (vgl. CASE 2010b: 9), auch wenn sich die Ungleichheit im letzten Jahrzehnt stabilisiert habe (vgl. CASE 2010b: 1). Kein Zweifel, dass die neo-liberale Politik der Konservativen Partei seit 1979 den Beginn der steigenden Ungleichheit markiert. Interessanterweise betonte Professor Hills am Tag der Veröffentlichung des Berichts in einem Interview in dem viel beachteten Today Programme von BBC Radio Four, dass die allseits geforderte „Chancengleichheit“ angesichts der großen materiellen Ungleichheit wenig greife, gerade weil die Startbedingungen allzu ungleich seien (vgl. BBC News 2010). Dies wird auch in dem einleitenden „Überblick“ des Berichts betont, wenn die Autoren warnen:

„Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen fordern die so genannte ‚Chancengleichheit‘ als fundamentales Ziel, aber diese ist sehr schwer zu erreichen, wenn es so riesige Unterschiede an Ressourcen gibt, die den Individuen und ihren Familien zur Verfügung stehen, um ihre unterschiedlichen Potentiale zu verwirklichen“ (CASE 2010b: 1).

Junge Leute in Großbritannien wachsen also in einer Gesellschaft auf, die gerade in Bezug auf das Einkommen ungleicher ist als die der meisten anderen entwickelten Länder. Dies kann durch den Gini-Koeffizienten ausgedrückt werden, der die Einkommensungleichheit misst und zeigt, dass im OECD-Vergleich das Vereinigte Königreich schlecht abschneidet. Auf einer Liste von 30 OECD-Ländern, auf der Mexico die höchste Ungleichheit aufweist, steht das Vereinigte Königreich – direkt nach den USA – auf Platz sieben; im Vergleich dazu stehen Deutschland auf Platz sechzehn und Frankreich auf Platz achtzehn; die skandinavischen Länder Schweden und Dänemark dagegen zeigen die niedrigste Einkommensungleichheit (vgl. CASE 2010b: 9).

Dieser jüngste Bericht dokumentiert tief liegende und systematische Unterschiede in Bezug auf die materielle Lage von Männern und Frauen, ethnischen

Gruppen, sozialen Klassen als auch Menschen in unterschiedlichen Wohngebieten, und man kann sicher folgern, dass Kinder und Jugendliche besonders darunter leiden. So wird in dem Bericht behauptet, dass die Folgen der sozioökonomischen Bevorteilung oder Benachteiligung im Leben eines Individuums sich kumulativ auswirken.

„Wir sehen dies, bevor Kinder in die Schule kommen, während der Schulzeit, beim Eintritt in den Arbeitsmarkt oder in den Ruhestand, am Vermögen und den Ressourcen während des Ruhestands und bei den Lebenserwartungen. Wirtschaftliche Vor- und Nachteile potenzieren sich im Lauf des Lebens und werden an die nächste Generation weitergegeben“ (CASE 2010: 1).

Es gibt im Allgemeinen keinen Zweifel, dass die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, das heißt die besonders radikale Entindustrialisierung in Großbritannien während der letzten drei Jahrzehnte, zu einer geografischen Polarisierung geführt hat, und zwar zwischen den Gegenden, wo die florierenden neuen Dienstleistungsbetriebe angesiedelt sind – besonders im Südosten des Landes um London herum, aber auch um andere Großstädte – und den Gegenden, wo früher die traditionelle Industrieproduktion qualifizierte als auch unqualifizierte Arbeitsplätze geboten hatte, in denen aber jetzt die Arbeitslosigkeit grassiert. Es gibt aber auch Polarisierung innerhalb der städtischen Gegenden, zum Beispiel in den Großstädten, in denen es hohe Arbeitslosigkeit und gleichzeitig lukrative Arbeitsplätze gibt, wo arme Arbeitsmigranten und arme Einheimische unter Wohnbedingungen leben, die an das 19. Jahrhundert erinnern. So warnte die Kommission für Rassengleichheit (Commission for Racial Equality, CRE, seit Ende 2007 in „Equality and Human Rights Commission“ umfunktioniert):

„Der rasche Wandel in Großbritannien während der letzten Jahre hat viele verunsichert, und das hat dazu geführt, dass manche sich auf enge ethnische und religiöse Bindungen zurückziehen und diese noch

verstärken. Solidarische Bindungen, die die unterschiedlichen Gruppen zusammenhalten könnten, sind schwächer geworden und stattdessen haben die Spannungen zugenommen“ (CRE Report, zitiert in Travis 2007).

Die Segregation zwischen armen und reichen Gemeinden ist auch die Folge der Wohnungspolitik der verschiedenen Regierungen in der Vergangenheit, und dies ist besonders für Jugendliche problematisch, denn ihr Wunsch nach selbstbestimmtem Wohnen ist nicht leicht zu erfüllen. Der unglaublich schnelle Anstieg von Hauspreisen in den letzten Jahrzehnten, aber besonders in den Jahren von 1998 bis 2007, wo die Nominalpreise um das dreifache gestiegen sind (vgl. Kuenzel/Bjørnbak 2008) macht die Wohnsituation Jugendlicher besonders prekär und hat auch hier eine stark polarisierende Wirkung, je nach Einkommens- und Wohnsituation der Eltern. In einem Land, in dem Hausbesitz als die Norm gilt (mit einem Anteil von ca. 70 %, was im EU-Vergleich überdurchschnittlich hoch ist), während der Mietanteil relativ klein ist (vgl. Kuenzel/Bjørnbak 2008), gibt es in vielen Familien – besonders den ärmeren – zu wenig Platz, damit Kinder und Jugendliche sich selbständig entwickeln können, während das Risiko der Obdachlosigkeit gerade für Jugendliche aus benachteiligten Familien von der Politik auch zunehmend als problematisch gesehen wird (vgl. Quilgars/Johnsen/Pleace 2008). Viele Jugendliche, die noch in der Ausbildung oder in schlecht bezahlten Jobs sind, müssen oft noch bei ihren Eltern wohnen oder sich mit schlechten und allzu teuren und oft primitiven Mietwohnungen abfinden. Ohne die Hilfe von begüterten Eltern ist es für junge Leute am Anfang ihres Berufslebens heute immer schwieriger, selbst einen Kredit aufzunehmen und ein Haus zu kaufen, während dies noch vor nicht langer Zeit die Norm war.

Die soziale Ungleichheit entmachtet und marginalisiert heute viele junge Leute, und wenn die meisten empirischen Untersuchungen von politischem

Verhalten zeigen, dass die besser ausgebildeten und weniger sozial benachteiligten Jugendlichen eher an Wahlen teilnehmen und eher glauben, dass sie eine politische Stimme haben können, dann reflektiert das wohl auch die Tatsache, dass sie sich konkret vorstellen können, dass sie in dem bestehenden System die Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben haben, denn sie erfahren sich schon jetzt als selbstbestimmt, während die Mehrheit – besonders die eher marginalisierten Jugendlichen – sich nicht vorstellen können, dass sie echte politische Macht ausüben können in einem System, das sie ständig mit ihrer eigenen Machtlosigkeit konfrontiert.

170

Politische Maßnahmen für die Jugendlichen?

Was kann man also in einer ungleichen Gesellschaft tun, um die „politische Apathie“ und die Marginalisierung der Jugendlichen zu überwinden? Die Labour-Regierung stand sicher in den letzten zehn Jahren unter Druck, Maßnahmen zu entwickeln, um die Jugendlichen besser in die Gesellschaft zu integrieren und zu erreichen, dass sie besser in die Rolle von erwachsenen Bürgern hineinwachsen. In einem Artikel, der sich mit neueren Maßnahmen der Jugendpolitik beschäftigt, stellt allerdings Alan France fest, dass diese Bemühungen allzu sehr unter dem Einfluss eines von den Medien geführten „Kreuzzugs“ stehen, der die Jugendlichen nur als Grund für die Panik der erwachsenen Bevölkerung sieht (vgl. France 2007). Im öffentlichen Diskurs der Jugendpolitik werden also Werte wie Selbständigkeit, wirtschaftliche Unabhängigkeit, Respekt und zivilgesellschaftliche Verantwortung unterstrichen; als Ziel dieser Politik wird betont, „gute Bürger“ zu schaffen, die Verantwortung für ihre Familien und Gemeinden übernehmen können (vgl. Home Office 2006). Eine Reihe von politischen Initiativen und Programmen für Bildung, Ausbildung und Beschäftigung wurden mit dem Ziel eingeführt, die Jugend-

lichen, die am stärksten marginalisiert sind, direkt zu erreichen. Gleichzeitig hat die Regierung unter New Labour aber die Sozialunterstützung von der Erwerbsarbeit abhängig gemacht, und zwar als Teil eines neuen „Sozialvertrags“ (France 2007). Man kann sich denken, dass dies besonders zu Zeiten der wirtschaftlichen Rezession problematisch ist, besonders wenn man die Arbeitslosenzahlen betrachtet: So liegt laut Angaben des unabhängigen Forschungsinstituts „Centre for Economic and Social Inclusion (CESI)“ im Januar 2010 die Jugendarbeitslosigkeit (für 18- bis 24-Jährige) bei 17,7 %, während die Arbeitslosigkeit der 25- bis 49-Jährigen 6,3 % und die der über 50-Jährigen 4,6 % beträgt (vgl. Centre for Economic and Social Inclusion 2010). Dass Arbeitslosigkeit auch die Jugendlichen in Großbritannien sehr unterschiedlich betrifft und deutlich die gesellschaftliche Polarisierung reflektiert, geht aus einer neuen Untersuchung hervor: Nach einer Presseveröffentlichung des Forschungsinstituts für Öffentliche Politik (IPPR) war im Januar 2010 fast die Hälfte der 16- bis 24-jährigen Schwarzen (48 %) in Großbritannien arbeitslos, während der Anteil von Gleichaltrigen mit asiatischem Hintergrund bei 31 % und bei Weißen 20 % war. Eine der Direktoren des Instituts wird folgendermaßen zitiert:

„Diese Ergebnisse sind besorgniserregend und erinnern daran, dass die Rezession gerade Jugendliche trifft, auch wenn junge Leute aus ethnischen Minderheiten oder die mit weniger Qualifikationen ganz besonders stark davon bedroht sind, Teil einer Generation zu werden, die für ihr weiteres Leben von Arbeitslosigkeit und Benachteiligung gezeichnet sein wird“ (IPPR 2010).

Wie können derartige Folgen verhindert werden? Und welche jugendpolitischen Maßnahmen können Aussicht auf Erfolg haben?

Ein Artikel aus dem „Sunday Telegraph“ zeigt, wie stark das politische Klima, in dem politische Maß-

nahmen festgelegt werden, von der rechten Presse bestimmt wird: Die Autoren lassen sich hier über eine Untersuchung aus, die in einem Forschungszentrum der London School of Economics durchgeführt wurde und vom Prince's Trust, einer Stiftung von Prinz Charles, in Auftrag gegeben wurde; sie beschäftigt sich mit der Situation von jungen Leuten ohne Ausbildung und Beschäftigung, den so genannten „NEETs“ (Not in Education, Employment or Training). Im „Sunday Telegraph“ wird also kommentiert, dass diese „verlorene Generation“ das Land jährlich £3,65 Milliarden kostet, genug, um die Einkommenssteuer um einen Pence zu reduzieren. Nach regierungseigenen Zahlen wird tatsächlich geschätzt, dass jeder neue NEET, der mit 16 die Schule verlässt, in seinem Leben den Steuerzahler im Durchschnitt £97.000 kostet; einige von ihnen werden sogar Kosten von mehr als £300.000 verursachen (vgl. Henrie/Goslett 2007). Die traditionelle politische Rechte sieht also die Jungen nur als öffentliche Gefahr oder als Kosten für den Steuerzahler, aber keineswegs als gegenwärtige oder künftige Bürger, die in der Gesellschaft mitreden können.

Dass die durchschnittlichen Erwachsenen annehmen, dass Jugendpolitik zur Kontrolle und Disziplinierung von Jugendlichen dienen soll, wird auch klar, wenn man bedenkt, wie die Idee der Freiwilligenarbeit und der „aktiven Bürgerschaft“ diskutiert wird. So werden zum Beispiel in der „Daily Mail“ bestimmte Regierungspläne in der folgenden Weise begrüßt:

„Der Premierminister Gordon Brown ist besonders daran interessiert, Aktivitäten zu fördern, durch die verantwortungsvolles Bürgerschaftsverhalten, Dienst an der Gemeinschaft und Freiwilligenarbeit entwickelt werden, und er hat sich schon persönlich für die weitere Einrichtung von Kadetten-Einheiten an staatlichen Schulen eingesetzt“ (Clark 2007).

Nach Meinung von Alan France basiert die Politik von New Labour, die darauf zielt, die Marginalisierung Jugendlicher zu überwinden, auf einem spe-

ziellen moralischen Programm, das den „Opfern die Schuld gibt“ für ihre Situation, während Faktoren wie die strukturelle Ungleichheit und die mangelnden wirtschaftlichen Ressourcen unbeachtet bleiben.

„Viele der Risikofaktoren, die als ‚kausal‘ identifiziert werden, werden in Zusammenhang mit individuellem Versagen gebracht, und so werden die Probleme der Jugendlichen durch mangelnde elterliche Fürsorge, schlechte Einflüsse von Gleichaltrigen und zu wenig Interesse für die Schule“ (France 2007: 5)

erklärt. Diese Individualisierung der Probleme bedeutet auch, dass Individuen, Familien und ganze Gemeinden pathologisiert werden, die dann offensichtlich zwangsmäßige Intervention von außen brauchen. France fügt hinzu:

„Die Sozialpolitik im Erziehungsbereich hat eine regulierende und disziplinierende Funktion angenommen in Bezug auf diejenigen, die – nach Definition der Mittelklasse – außerhalb der Parameter der sozialen Akzeptanz liegen“ (France 2007: 7).

Zusammen mit der festen Unterstützung einer harten „Law-and-Order“-Linie gegenüber Kindern und Jugendlichen hat dies zur Erweiterung von Abteilungen für Jugendliche in Strafanstalten geführt; dazu haben die Gerichte nun mehr Macht, Kinder unter 15 Jahren einzusperren, ja sie sind nun in größerem Maß ermächtigt, 12- bis 17-Jährige zu Freiheitsentzug mit Ausbildung zu verurteilen (vgl. France 2007: 10-11). Nach Meinung von Alan France sind die Regierungsmaßnahmen, die mehr soziale Partizipation durch Freiwilligenarbeit und Freizeit- und Sportaktivitäten erreichen sollen, auf einer Agenda basiert, die die Erwerbsfähigkeit der Jugendlichen zum Ziel hat, um den Arbeitsmarkt mit dem entsprechenden „Humankapital“ zu versorgen. France bezweifelt allerdings, dass diese Maßnahmen eine Überwindung der sozialen Exklusion bewirken können; er behauptet, es gebe „historische Anzeichen dafür, dass die Beteiligung an diesen Bereichen des sozialen Lebens immer durch Ungleichheit zwischen Klassen, Geschlechtern und

Ethnien bestimmt“ (France 2007: 14) worden seien. Der Regierungs-Begriff der „guten Bürgerschaft“ ist also auf Werten basiert, die eine moralische Ordnung reflektieren, die der weißen, männlichen, angelsächsischen Mittelklasse entspricht.

„Um in diese Gesellschaft eingeschlossen zu werden, müssen die jungen Leute nicht nur diese Werte akzeptieren und sich mit ihnen konform verhalten, sondern auch zeigen, dass sie diese praktizieren. Ein Verhalten außerhalb dieser ‚Normalität‘ wird dann als ‚Problem‘ angesehen“ (France 2007: 15).

Maßnahmen, die Partizipationsformen fördern und gleichzeitig behaupten, die Jugendlichen zu „ermächtigen“, enthalten daher auch Formen der sozialen Kontrolle. Nach Meinung von France wird

„die Frage von Macht – zwischen Erwachsenen und Jugendlichen oder politischen Maßnahmen, ihrer praktischen Durchführung und Jugendlichen – in der Partizipationsdebatte selten thematisiert“ (France 2007: 17).

Die Jugendlichen bleiben passive Objekte der Maßnahmen, und es wundert also nicht, wenn diese Objektivierung sie nicht dazu ermutigt, sich selbst als politisches Subjekt zu erfahren, so dass sie das Gefühl entwickeln könnten, dass ihre eigenen Aktionen in einem öffentlichen Kontext, der über ihr eigenes, individuelles Privatleben hinausgeht, einen wirklichen Unterschied machen und etwas verändern können.

Was sollte man also tun? In einer weiteren Studie, die erklären möchte, warum junge Leute in Großbritannien heute politisch wenig engagiert sind, untersuchen die Autoren die relative Auswirkung der sozioökonomischen Position und des sozialen Kapitals, um das Potential von Maßnahmen zu bedenken, die das soziale Engagement fördern könnten (vgl. Henn/Weinstein/Hodgkinson 2007). Die Untersuchung beruht auf einer landesweiten Umfrage, die junge Leute, die zum ersten Mal wählen konnten, befragte. Die komplexe Stu-

die, die politisches Engagement, Unterstützung des demokratischen Prozesses, politische Effektivität und Einschätzung von politischen Parteien und Berufspolitikern berücksichtigte, kam zu dem Schluss, dass Regierungsmaßnahmen, die das soziale Kapital mobilisieren, vielleicht das Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft fördern, es aber doch scheint, dass man – wenn wirkliche Veränderungen in der Partizipation erreicht werden sollen – Maßnahmen braucht, die die sozioökonomischen Faktoren im Allgemeinen verbessern. Die Autoren haben erstaunlich direkte Vorschläge, die vielleicht nicht so leicht mit der Politik einer Regierung zu vereinbaren sind, die es allzu gern den typischen „Daily Mail“-Lesern recht machen möchte:

„Politische Maßnahmen, denen es gelingt, die Beteiligung an Bildung und Ausbildung zu erweitern, die Klassendifferenzen und die soziale Marginalisierung zu reduzieren, und die es außerdem fertig bringen, Wohngegenden und Gemeinden zu regenerieren, lokale Gemeinde-Netzwerke zu stärken und sozialen Zusammenhang zu fördern, während sie gleichzeitig Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe ermuntern, werden vielleicht dazu beitragen, dass unter den Jugendlichen in Großbritannien wenigstens das weitere Abdriften in politische Interesselosigkeit in Grenzen gehalten werden kann“ (Henn/Weinstein/Hodgkinson. 2007: 475–6).

Schluss

Wie die Diskussion der verschiedenen Untersuchungen gezeigt hat, sind junge Leute in Großbritannien weniger politisiert als Jugendliche in den meisten anderen EU-Ländern; sie beteiligen sich nur zögerlich an Wahlen, haben relativ wenig Vertrauen in Parteien und einzelne Politiker, sind an der EU kaum interessiert und sind im Allgemeinen skeptisch gegenüber formaler Politik und politischen Institutionen, aber sie sind an politischen Themen eher interessiert und glauben, dass es wichtig ist, politisch aktiv zu sein, wenn man eine bessere Welt schaffen möchte. Sie

scheinen aber nicht zu wissen, wie sie selbst in der politischen Welt wirklich etwas verändern könnten.

Man kann ihre Entfremdung von dem formalen politischen Prozess als Folge des Systems selbst erklären: Da gibt es die archaischen und absurden Prozeduren, aber keine wirklichen Alternativen. All das kann die Jugendlichen nicht zur Teilnahme motivieren, denn sie sehen den politischen Entscheidungsprozess als einen Bereich, an dem nur eine kleine Elite teilnimmt. Für sie ist es ein Bereich, der mit ihrem Alltagsleben wenig zu tun hat, und sie haben nicht das Gefühl, dass sie in ihrem täglichen Leben sich selbst als politische Subjekte erfahren können, die Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess haben und selbst Demokratie erleben. Das Gefühl, dass man von den Politikern ignoriert wird, ist besonders bei den eher benachteiligten Jugendlichen stark, und das ist vielleicht nicht verwunderlich in einer Gesellschaft, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend ungleich geworden ist und in der ein großer Teil der Jugendlichen in relativer Armut aufwächst. Man kann im Allgemeinen sagen, dass die politische Beteiligung der Jugendlichen die Polarisierung der britischen Gesellschaft deutlich reflektiert. In Zeiten der wirtschaftlichen Krisen ist das besonders problematisch, da der Ausschluss von der Arbeitsgesellschaft und der politischen Mitbestimmung im Jugendalter sich gegenseitig potenzieren. Wie Leaman behauptet, gibt es tatsächlich

„starke Anzeichen dafür, dass die zunehmende Ungleichheit und die damit entstandene relative Armut eine ernste Gefahr für die soziale Stabilität des Wohlfahrts-Kapitalismus, der nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut wurde, bedeutet. Die starke Korrelation zwischen Ungleichheits- und Kriminalitätsraten sollte auch ein überzeugender Beweis dafür sein, dass es gefährlich ist, wenn man auf der einen Seite im neoliberalen Stil Ungleichheit fördert, während man auf der anderen Seite dann versucht, diese Ungleichheit im Stil von New Labour in den Griff zu bekommen“ (Leaman 2008: 54).

Eingeschworen auf neoliberale Politik, haben die Regierungen der letzten Jahrzehnte auch dazu beigetragen, dass die Jugendlichen sich zunehmend als entfremdet und machtlos erfahren, gerade weil in den Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Marginalisierung Kinder und Jugendliche nur als passive Objekte definiert sind, die angepasst, diszipliniert und kontrolliert werden müssen.

Es scheint also, dass das Problem nicht die Jugendlichen sind, sondern diejenigen, die in dieser sozio-ökonomischen und politischen Realität an der Macht sind. Vielleicht ist es auch nicht verwunderlich, dass die jungen Leute sich von der formalen Politik fernhalten – damit bestätigen sie wenigstens nicht deren Legitimität. Es ist also nicht leicht, die Jugendlichen als Altersgruppe zu ermächtigen, sich aktiv an Politik zu beteiligen, wenn gleichzeitig die Gesellschaft immer mehr fragmentiert und polarisiert wird.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- BBC News (2010): „Rich-poor divide“ wider than 40 years ago, gesendet am: 27. Januar 2010, URL: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/8481534.stm>
- BBC Online (2006): UK youth among „worst in Europe“, gesendet am: 2. November 2006, URL: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/6108302.stm>
- Blackman, S.J. (2005): Youth cultural theory: A critical engagement with the concept, its origins and politics, from the Chicago School to postmodernism, in: *Journal of Youth Studies* 8 (1), 1-20.
- Bradley, H./Van Hoof, J. (Hrsg.) (2005): *Young People in Europe: Labour Markets and Citizenship*, London.
- Blanden, J./Gregg, P./Machin, S. (2005): *Intergenerational Mobility in Europe and North America. A Report Supported by the Sutton Trust, Centre for Economic Performance*, URL: <http://www.suttontrust.com/reports/IntergenerationalMobility.pdf>
- Buckingham, D. (2000): *The Making of Citizens: Young People, News and Politics*, London.

- Carle, J. (2003): Welfare Regimes and Political Activity among Unemployed Young People, in: Hammer, T. (Hrsg.): Youth Unemployment and Social Exclusion in Europe: A Comparative Study, Bristol, 193-205.
- Centre for Analysis of Social Exclusion (CASE) (2010a): An Anatomy of Inequality in the UK: Report of the National Equality Panel, URL: http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/27_01_10_inequalityfull..pdf
- Centre for Analysis of Social Exclusion (CASE) (2010b): An Anatomy of Inequality in the UK: Report of the National Equality Panel. Summary, URL: http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/27_01_10_inequality.pdf
- Centre for Economic and Social Inclusion (2010): Labour Market Statistics: January 2010, URL: <http://www.cesi.org.uk/statistics>
- Child Poverty Action Group (2006): Media Briefing: The Government's Child Poverty Target, URL: http://www.cpag.org.uk/campaigns/media/CPAG_HBAI_2006_Media_Briefing.pdf
- Clark, L. (2007) „Out-of-control“. British teens worst behaved in Europe, in: The Daily Mail, 26. Juli 2007, URL: http://www.dailymail.co.uk/pages/live/articles/news/news.html?in_article_id=470919&in_page_id=17
- Cohen, N. (2005): Britain's rich kids do better than ever, in: The New Statesman, 21. März 2005, URL: <http://www.suttontrust.com/press056.asp>
- Curtis, P. (2007a): Study reveals stressed out 7-11 year-olds, in: The Guardian, 12. Oktober 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/primaryeducation/story/0,,2189589,00.html>
- Curtis, P. (2007b): School results still depend heavily on class, in: The Guardian, 13. Dezember 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/schools/story/0,,2226589,00.html>
- Davies, I./Evans, M. (2002): Encouraging Active Citizenship, in: Educational Review 54 (1/2002), 69-78.
- Denham, J./Piatt, W. (2007): The key to unlocking talent. Whose job is it, universities or government, to transform the educational chances of poor children?, in: The Guardian, 25. September 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/egweekly/story/0,,2175931,00.html>
- Electoral Commission: Election 2005: Turnout. How many? Who and why?, URL: http://www.electoralcommission.org.uk/files/dms/Election2005turnoutFINAL_18826-13874__E__N__S__W__.pdf
- European Commission/Directorate-General for Education and Culture („Youth“ Unit) (2007): Flash Eurobarometer 202 – The Gallup Organisation, Young Europeans: Survey among Young People Aged 15-30 in the European Union, Analytical Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_202_sum_en.pdf
- France, A. (1998): „Why should we care?“ Young people, citizenship and questions of social responsibility, in: Journal of Youth Studies 1 (1/1998), 97-112.
- France, A. (2007): Understanding Youth in Late Modernity, Maidenhead.
- Hall, T./Williamson, H./Coffey, A. (1998): Conceptualizing Citizenship: Young People and the Transition to Adulthood, in: Journal of Education Policy 13 (3/1998), 301-315.
- Henn, M./Weinstein, M./Hodgkinson, S. (2007): Social Capital and Political Participation: Understanding the Dynamic of Young People's Political Disengagement in Contemporary Britain, in: Social Policy and Society 6 (4/2007), 467-479.
- Henn, M./Weinstein, M. (2004): Politically Alienated or Apathetic: Young People's Attitudes towards Party Politics in Britain, in: Linsley, B./Rayment, E. (Hrsg.): Beyond the Classroom: Exploring Active Citizenship in 11-16 Education, London, 89-98.
- Henn, M./Weinstein, M. (2003): First Time Voters' Attitude towards Party Politics in Britain, Nottingham, URL: <http://www.ess.ntu.ac.uk/esrcyouth/>
- Henn, M./Weinstein, M./Wring, D. (2003): Alienation and Youth in Britain, in: Taylor, G./Todd, M. (Hrsg.): Democracy and Protest, London, 196-217.

- Henn, M. (2002): A Generation Apart? Youth and Political Participation in Britain, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 4 (2/2002), 167-92.
- Henn, M./Weinstein, M./Wring, D. (1998): Lowering the Age of Assent: Youth and Politics in Britain, in: *Fabian Review* 110 (4/1998).
- Henrie, J./Goslett, M. (2007): Meet the NEETS, in: *Sunday Telegraph*, 14. April 2007, URL: <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2007/04/15/neets15.xml>
- Home Affairs Committee (2006): Young Black People and the Criminal Justice System, CRE Submission, URL: http://www.cre.gov.uk/downloads/youngblackpeople_cjs.pdf
- Home Office (2006): Respect Drive Targets Troublesome Families, Press Releases, URL: <http://press.homeoffice.gov.uk/press-releases/Respect-drive>
- IPPR, Institute for Public Policy Research (2010): Recessions leaves almost half young black people unemployed (Presse-Veröffentlichung, 20. 1. 2010), URL: <http://www.ippr.org.uk/pressreleases/?id=3846>
- Kimberlee, R.H (2002): Why Don't British Young People Vote at General Elections?, in: *Journal of Youth Studies* 5 (1/2002), 85-98.
- Kuenzel, R./Bjørnbak, B (2008): The UK Housing Market. Anatomy of a House Price Boom, in: *ECFIN Country Focus* 5 (11/2008), 1-10, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication1328_en.pdf
- Leaman, J. (2008): Managing Poverty: Great Britain in Comparative Perspective, in: *Journal of Contemporary European Studies* 16 (1/2008), 41-56.
- Lister, R./Smith, N./Middleton, S./Cox, L. (2005): Young People as Real Citizens: Towards an Inclusionary Understanding of Citizenship, in: *Journal of Youth Studies* 8 (4/2005), 425-443.
- Lister, R./Smith, N./Middleton, S./Cox, L. (2003): Young People Talk about Citizenship: Empirical Perspectives on Theoretical and Political Debates, in: *Citizenship Studies* 7 (2/2003), 235-253.
- Lister, R./Smith, N. (2001): „Negotiating Transitions to Citizenship“. Report on Findings, CRSP 2389, URL: http://www.post16citizenship.org/files/Negotiating-Transitions_to_Citizenship.pdf
- Mahendran, K./Cook, D. (2007): Young People's Views on Participation & Their Attitudes Towards the European Union: Building Bridges Between Europe and its Citizens, Evidence Review Paper Three, Scottish Executive Social Research, Finance & Central Services Department, URL: <http://www.scotland.gov.uk/Resource/Doc/163788/0044575.pdf>
- Make Space Youth Review (2007): Transforming the Offer for Young People in the UK, London, URL: <http://www.makespace.org.uk>
- Marshall, T.H. (1950): *Citizenship and Social Class and Other Essays*, Cambridge.
- Matthews, H./Limb, M. (2003): Another White Elephant? Youth Councils as Democratic Structures, in: *Space and Polity* 7 (2/2003), 173-192.
- Matthews, H. (2001): Citizenship, Youth Councils and Young People's Participation, in: *Journal of Youth Studies* 4 (3/2001), 299-318.
- Matthews, H./Limb, M./Taylor, M. (1999): Young People's Representation in Society, in: *Geoforum* 30 (2/1999), 135-144.
- Meickle, J. (2007): Third of Oxbridge come from 100 schools, in: *The Guardian*, 20. September 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/universityaccess/story/0,,2172797,00.html>
- Middleton, S./Sandu, A. (2006): Child Poverty in the UK: The Headline Figures, URL: http://www.crsp.ac.uk/downloads/publications/sues_papers/child_poverty_in_the_UK_the_headline_figures.pdf
- Milbourne, L. (2002): Unspoken Exclusion: experiences of continued marginalisation from education among „hard to reach“ groups of adults and children in the UK, in: *British Journal of Sociology of Education*, 23 (2/2002), 287-305.
- Moore, C./Longhurst, K. (2005): Political Participation of Young People in Europe. National Report: United

- Kingdom, EUYOUNG, WP 8/D15, URL: <http://www.sora.at/images/doku/D15UKReport.pdf>
- National Statistics Online (2007): Income Inequality, URL: <http://www.statistics.gov.uk/cci/nugget.asp?id=332>
- Osler, A./Starkey, H. (2006): Education for democratic citizenship: a review of research, policy and practice 1995-2005, in: *Research Papers in Education* 21 (4/2006), 433-466.
- O'Toole et al. (2003): Tuning out or left out? Participation and non-participation among young people, in: *Contemporary Politics* 9 (1/2003), 45-61.
- Palmer, S. (2007): League tables only do harm, in: *The Guardian*, 6. Dezember 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/primaryeducation/story/0,,2222738,00.html?gusrc=rss&feed=8>
- Park, A./Phillips, M./Johnson, M. (2004): Young People in Britain: The Attitudes and Experiences of 12 to 19 year olds. Research Report RR564, Department for Education and Skills/National Centre for Social Research, URL: <http://www.dfes.gov.uk/research/data/uploadfiles/RR564.pdf>
- Quilgars, D./Johnsen, S./Pleace, N. (2008): Youth Homelessness in the UK, Joseph Rowntree Foundation, URL: <http://www.jrf.org.uk/publications/youth-homelessness-uk>
- Roker, D./Player, K./Coleman, J. (1999): Young People's Voluntary and Campaigning Activities as Sources of Political Education, in: *Oxford Review of Education* 25 (1/2/1999), 185-198, URL: [http://links.jstor.org/sici?sici=0305-4985\(199903%2F06\)25%3A1%2F2%3C185%3AYPVACA%3E2.0.CO%3B2-I](http://links.jstor.org/sici?sici=0305-4985(199903%2F06)25%3A1%2F2%3C185%3AYPVACA%3E2.0.CO%3B2-I)
- Russell, J. (2007): This education system fails children by teaching them to parrot, not think, in: *The Guardian*, 25. September 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/higher/>
- Sennett, R. (2008): *The Craftsman*, London.
- Shepherd, J. (2010): Languages are becoming „twilight subjects“ at state schools, in: *The Guardian*, 21. 1. 2010, URL: <http://www.guardian.co.uk/education/2010/jan/20/languages-become-twilight-subjects>
- Skelton, T./Valentine, G. (2003): Political Participation, Political Action and Political Identities: Young Deaf People's Perspectives, in: *Space and Polity* 7 (2/2003), 117-134.
- Smith, N. et al. (2005): Young People as Real Citizens: Towards an Inclusionary Understanding of Citizenship, in: *Journal of Youth Studies* 8 (4/2005), 425-443.
- SORA, Institut für Sozialforschung und -Analyse (2005): Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union (EUYOUNG), Deliverable 17: Final Comparative Report, URL: http://www.sora.at/images/doku/euyoung_final-comparativereport.pdf
- Todd, M. J./Taylor, G. (Hrsg.) (2004): *Democracy and Participation: Popular Protest and New Social Movements*, London.
- Travis, A. (2007): CRE bows out with plea to root out discrimination, in: *The Guardian*, 18. September 2007, URL: <http://www.guardian.co.uk/guardianpolitics/story/0,,2171441,00.html>
- Vincent, L. (2004): What's love got to do with it? The effect of affect in the academy, in: *Politikon* 31 (1/2004), 105-115.
- UNICEF (2007): Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries, in: *Innocenti Report Card 7, 2007*, UNICEF Innocenti Research Centre, Florenz, URL: http://www.unicef-icdc.org/presscentre/presskit/reportcard7/rc7_eng.pdf
- White, C./Bruce, S./Ritchie, J. (2000): *Young People's Politics: Political Interest and Engagement amongst 14-24 Year Olds*, National Centre for Social Research, Joseph Rowntree Foundation, URL: <http://www.jrf.org.uk/bookshop/eBooks/1859353096.pdf>
- Whiteley, P. (2008): *The Student Vote*, in: *Opinion Panel Research*, URL: <http://www.opinionpanel.co.uk/clientUpload/pdf/TheStudentVotebyProfessorPaulWhiteley.pdf>

Wintour, P. (2007): Research shows 41 % of people believe there is very little child poverty, in: The Guardian, 11. Dezember 2007.

Woodward, W. (2007): Slimmed-down school curriculum aims to free quarter of timetable for pupils aged 11 to 14, in: The Education Guardian, 13. Juli 2007, URL: <http://education.guardian.co.uk/schools/story/0,,2125489,00.html>

Wring, D./Henn, M./Weinstein, M. (1999): Committed Scepticism or Engaged Cynicism? Young People and Contemporary Politics, in: Fisher, J. et al. (Hrsg.): British Elections and Parties Review 9, London.

3.3

Luxemburg



3.3.1

Anmerkung zur Jugendforschung und Jugendpartizipation im Luxemburger Kontext

178

Charles Berg

Das entscheidende Problem bei einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis über die gesellschaftliche und politische Partizipation junger Menschen ist es, eine Balance zu finden zwischen einem programmatischen und appellativen Wunsdenken und einer nachweisbaren gesellschaftlichen Langzeittransformation. Diese Balance ist eine notwendige Voraussetzung zur Aussondierung realistischer Optionen politisch nachhaltiger Gestaltung. Einen Weg dorthin bietet das explorative Ausleuchten der gemeinsamen Grundlagen von Jugendpolitik, Jugendforschung und Jugendarbeit sowie ihres Zusammenspiels in der gesellschaftlichen und geschichtlichen Entwicklung. Die Relevanz der historischen Betrachtung für die gegenwärtige Politikgestaltung wird neuerdings in der europäischen Perspektive unter dem Impuls der flämischen Jugendforschung ausdrücklich betont (vgl. Coussée 2009).

Jugendpolitik

Entstehung der Jugendpolitik in Luxemburg

Wie es in Luxemburg zur derzeitigen Jugendpolitik gekommen ist, die unter anderem durch den Anspruch auf Wissensbasiertheit und auf Partizipation der jugendlichen Adressaten gekennzeichnet ist, lässt sich im Modell einer mehrfachen Ausdifferenzierung analytisch darstellen. Die erste Ausdifferenzierungsphase betrifft die Jugend als soziale Altersgruppe. In der westeuropäischen Moderne setzt dieser Prozess im 18. Jahrhundert ein. Symptom dafür ist etwa die Thematisierung von Generationskonflikten im Sturm und Drang. In der Luxemburger Agrargesellschaft kommt es zu dieser Ausdifferenzierung mit einer offensichtlichen Verspätung. Im 19. Jahrhundert gibt es besonders zwei Bereiche, in denen der sozialgeschichtliche Spurensammler Indizien für einen entsprechenden Entwicklungsprozess finden kann: die Berufsrollen und die Vereinskultur. Zum Bereich der Berufsrollen zählen die Gruppe der Studenten, die aus nur wenigen männlichen Mitgliedern der Notabelnliste besteht, die Soldaten, die Gesellen und Dienstboten. Für alle ist charakteristisch, dass die Sozialisation zwischen der Familienerziehung und dem Eintritt ins Erwachsenenleben in der Regel mit einem Aufenthalt im Ausland und einer ausgeprägten Interkulturalitätserfahrung verbunden ist: Studium in Paris oder München, Soldaten im napoleonischen, niederländischen Dienst oder im deutschen Bundeskontingent, „Tour de France“ der Handwerkergesellen, Mädchen für alles oder Köchin in Paris oder Brüssel. Die entsprechenden Jugenderfahrungen führen zur Entwicklung von Referenz-, Wertungs- und Verhaltensmustern, die im späteren Erwachsenenleben gültig bleiben. In Bezug auf die Vereinskultur sind die „Éimecht“ in den

Dorfgemeinschaften, aber auch die Jünglings- und Gesellenvereine zu nennen.

Anfang des 20. Jahrhunderts erfährt die Gesellschaft einen außergewöhnlichen Modernisierungsschub, der unter anderem durch die Entstehung der Stahlindustrie ausgelöst wird. Das Generationengefüge reagiert darauf mit der eindeutigen und definitiven Ausdifferenzierung von Jugend. Es entstehen Sport- und Studentenvereine, der katholische Akademikerverein (Akademiker-Verein/„Association Catholique des Etudiants Luxembourgeois“ (AV/ACEL, 1910)) und die laizistische „ASSOSS“ („Association générale des étudiants luxembourgeois“, 1912) sowie Pfadfinderverbände wie die „Eclaireurs de l’Athénée“, aus dem später die FNEL hervorgehen wird. Das katholische Lager zieht nach, indem der Jünglingsverein und die Wanderfreunde 1919 zu den „Boyscouts du Grand-Duché de Luxembourg“ innerhalb der „Fédération de la jeunesse catholique“ verschmolzen werden (vgl. Letellier 2007). Der sportbegeisterte Englischlehrer Jean Roeder etwa, der 11 Jahre in Großbritannien gelebt hat, gründet nach seiner Rückkehr in Esch/Alzette unter dem Namen „Fola“, Abkürzung aus „Football“ und „Lawn“, den ältesten Luxemburger Fußballverein. Jugendherbergen eröffnen Jugendlichen Reisemöglichkeiten (vgl. Centrale des Auberges de Jeunesse Luxembourgeoises 2008). Wandernd entdecken sie das Ösling als Kontrastlandschaft zum bürgerlichstädtischen Milieu. Kinos öffnen, Filme werden gedreht. Charakteristische Momente dieser Phase sind der starke britische Einfluss, die häufige Aufspaltung in kirchliche und nichtkirchliche Organisationen und schließlich die hohe Bedeutung von individuellen Initiativen und die relativ wechselseitige Distanz zur Politik.

Die zweite Ausdifferenzierungsphase betrifft die Jugendpolitik, die insgesamt viel jünger ist als etwa die Bildungspolitik. Sie findet zeitverschoben zur Ausdifferenzierung von Jugend statt. Beide Prozesse

sind zwar voneinander abhängig, die Ausdifferenzierung von Jugendpolitik hinkt aber um Jahrzehnte hinterher. Erst die Generationserfahrung des Zweiten Weltkriegs führt dazu, dass Jugend zum politischen Thema wird. Die ersten Spuren für die Legitimierung einer Jugendpolitik finden sich in der Verfassungsrevision von 1948. Der staatliche Bildungsauftrag wird um eine wohlfahrtsstaatliche Dimension erweitert, die unter anderem auch Begabtenförderung beinhaltet, streng genommen die Förderung derjenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft bildungsmäßig benachteiligt sind. Die jugendpolitische Institutionsgeschichte nimmt ihren Anfang damit in einer Institution, die Schulkarriereberatung, Schüler- und Studentenförderung sowie Jugendarbeit zusammenfasst. Die Frühphase der Jugendarbeit in der Nachkriegszeit ist mit Namen wie Carlo Meyntz und Metty Dockendorf verbunden. Es wird mehrere Jahrzehnte dauern, bis es zur Trennung von Jugendarbeit und Schulorientierung und damit zur Trennung von CPOS („Centre de psychologie et d’orientation scolaire“) und SNJ („Service national de la Jeunesse“) kommen wird, die unter Frantz-Charles Müller in den 60er Jahren durch die Gründung des „Service national de la Jeunesse“ eingeläutet wird. Die Personen, die den dritten organisationsgeschichtlichen Abschnitt repräsentieren, sind Nico Meisch, Georges Metz und Ralph Schroeder.

Die Lokalisierung von Jugendpolitik im politisch-institutionellen Spektrum unterliegt einem entsprechenden Wandel. In den Anfängen handelt es sich um ein spezifisches Moment und eine geringfügige Erweiterung der Bildungspolitik. In der Folge gibt es zwischenzeitlich, während zweier Legislaturperioden, unter den Ministern Mady Delvaux und Alex Bodry, ein kleines, aber eigenständiges Jugendministerium. Jugendpolitik wird dann unter Marie-Josée Jacobs als eigene Abteilung in das Ministerium für Familie und Integration eingegliedert, seit Neuestem ist sie verbunden mit Kinder- und Familienpolitik. Ausfor-

muliert wurde die Jugendpolitik erst in den „Lignes directrices“ (zurzeit gültig sind die „2e Lignes directrices: Jeunesse et Société“ aus dem Jahre 2004) und dem Rahmengesetz zur Jugendpolitik vom 4. Juli 2008. Die Institutionalisierung von Jugendpolitik ist verbunden mit einer Binnendifferenzierung der jugendpolitischen Organisation. In den 80er Jahren erfüllt der SNJ eine allumfassende Funktion, indem er die Rolle des Jugendministeriums übernimmt und Jugendarbeit und Jugendforschung koordiniert. Heute hat sich deutlich eine Dreiecksstruktur von Jugendpolitik, Jugendarbeit und Jugendforschung herausgebildet. Wichtigster politischer Akteur ist das Familienministerium. Der SNJ, der seine politische Rolle zu einem großen Teil an die Jugendabteilung des Ministeriums abgetreten hat, wird im Gegenzug dazu zum Hauptakteur in der Koordination der Jugendarbeit. Für die Koordination und Förderung der Jugendforschung ist das CESIJE (Centre d'études sur la situation des jeunes en Europe) zuständig, das zuerst von einem eigenständigen Verein getragen wurde und heute in die 2003 gegründete Universität Luxemburg integriert ist.

Aktueller Stand der Jugendpolitik

Das Rahmengesetz zur Jugendpolitik definiert drei Strukturprinzipien und entsprechende jugendpolitische Instrumente. Jugendpolitik ist erstens sektoriell und gleichzeitig global sowie transversal. Im Dienst der kooperativen Struktur der Jugendpolitik steht der „Conseil supérieur de la jeunesse“. Zweitens ist Jugendpolitik wissensbasiert. Der europäische Gedanke, dass eine solide Kenntnis und ein genaues Verständnis der Bedürfnisse, Anliegen und Probleme junger Menschen notwendige Voraussetzungen erfolgreicher Jugendpolitiken sind, wurde im nationalen Jugendpolitikrahmen umgesetzt. Instrumente, die in dieser Hinsicht wirksam sein können, sind die „National Youth Policy Review“ (Williamson 2002, 2008) des Europarats sowie das im Jugendgesetz vorgesehe-

ne „Observatoire des jeunes“, der alle fünf Jahre fällige Jugendbericht, eventuell ein Benelux-Jugendbericht und ein europäischer Jugendbericht. Das dritte Prinzip stellt der partizipative Charakter der Jugendpolitik dar. Instrument ist hier die „Assemblée nationale des jeunes“. Dieses Jugendparlament ist Ende November 2009 zum ersten Mal zusammengekommen. Es funktioniert nach einem Konzept, das gemeinsam vom nationalen Jugendrat (CGJL) und dem Jugendinformationsdienst (CIJ) ausgearbeitet wurde (vgl. Conférence Générale de la Jeunesse luxembourgeoise 2009). Das Jugendparlament besteht aus drei Bausteinen: der eigentlichen parlamentarischen Versammlung, dem Infomobil, das Verbindung und Kommunikation zwischen Versammlung und Jugendlichen im lokalen Kontext herstellt, und einer Website, die der breit angelegten Meinungsbildung und Information dient. Gleichzeitig ist geplant, eine direkte Kooperation zwischen Parlament und Jugendparlament zu ermöglichen. Jugendliche sollen also nach dem Willen des Gesetzgebers auf einer breit angelegten Basis eine politisch relevante Stimme erhalten. Die Beteiligung und das Interesse der Jugendlichen sind, soweit man das bisher absehen kann, über Erwarten groß. Die „Assemblée des jeunes“, die etwa fünfmal jährlich im Plenarsaal des Parlaments tagen wird, gilt zurzeit als hoffnungsvollstes Projekt zur Institutionalisierung politischer Jugendpartizipation, wohingegen im Gegensatz etwa zu Österreich der Forderung nach einer Senkung des Wahlalters, die von keiner der großen Parteien programmatisch gestellt wird, lediglich eine marginale Bedeutung zukommt.

Neben der Institutionalisierung des jugendpolitischen Rahmens bildet sich auch seit den 90er Jahren eine mehr oder minder stabile jugendpolitische Agenda aus. Klare Prioritäten etwa sind die Organisation der Jugendarbeit nach dem Subsidiaritätsprinzip, die non-formale Bildung mit einem Hauptakzent auf der Anerkennungsforderung, die Jugendinformation, Fragen, die

sich um das Konzept einer Active Citizenship drehen, das Empowerment Jugendlicher und die Förderung von Jugendinitiativprojekten. Jugendpolitische Dauerbrenner sind der Übergang von Schule zum Beruf, die Jugendmobilität sowie das Wohlbefinden und die Gesundheit Jugendlicher. Neuaufkommende Aspekte sind die Internetsicherheit und die Jugendkreativität.

Jugendforschung

Der Jugendpolitik entspricht eine Jugendforschung mit klaren thematischen und methodologischen Präferenzen. Wie die Jugendpolitik hat die Luxemburger Jugendforschung von den Anfängen in den 90er Jahren (vgl. Berg/Wirtgen 1999) bis heute einen weiten Weg gemacht. Die expliziten Thematiken entsprechen mit geringfügigen Akzentverschiebungen weitgehend jenen der Jugendpolitik. Themen, die in der Forschung stärker betont werden als in der expliziten Jugendpolitik, sind Diversität, Migration und Mehrsprachigkeit, die Spannung von Exklusion und Inklusion, die Beziehungen zwischen den Generationen, die Jugendpolitikentwicklung im lokalen, nationalen und europäischen Raum, die Bildung von Netzwerken und deren Bedeutung für das Aufwachsen. Die unterschiedlichen Betonungen hängen vielleicht mit unterschiedlichen Sprachregelungen zusammen. Im jugendpolitischen Diskurs ist nämlich mittlerweile allgemein anerkannt, dass Jugend nicht eine Problemzone sei, sondern im Wesentlichen eine positive Zukunftsressource darstelle. In der Jugendforschung hingegen werden einer traditionellen Ausrichtung entsprechend auch Problembereiche thematisiert.

Auch in Bezug auf Forschungsmethoden gibt es eine deutliche Entsprechung von Jugendpolitik und Jugendforschung. Dem transversalen und globalen Charakter der Jugendpolitik entsprechen die Ablehnung der engen disziplinären Eingrenzung und die starke Befürwortung der Interdisziplinarität von Jugendforschung. Der Anspruch auf Partizipation spiegelt sich

etwa in der Referenz auf die doppelte Hermeneutik von Anthony Giddens wider (1984). Sie bedeutet eine Distanzierung von einer Übertragung einer naturwissenschaftlichen Entdeckungslogik und gründet unter anderem auf dem kritischen Verstehen jugendlichen Selbstverständnisses. Dem entspricht die Logik des doppelten Sprechens wie sie etwa der „Grounded Theory Methodology“ zugrunde liegt (vgl. Berg/Milmeister 2007, Charmaz/Bryant 2007). Man wird also kaum von einer Hierarchie von Wissensformen ausgehen, sondern gerade der kooperative Charakter von Wissensproduktion, der sich auf die „freischwebende Intelligenz“ multipler Akteure bezieht, bleibt eine wichtige Dominante. Dem „evidence-based policy making“ entspricht eine politikrelevante Forschung. Politikberatung wird dabei nicht zum Nebenschauplatz, sondern zum zentralen Anliegen der Jugendforschung.

Die aufeinander bezogene Koevolution von Jugendpolitik und Jugendforschung bewirkt auch die Ausbildung gemeinsamer Zentralproblematiken. Es geht um die Erstellung eines integrierten und ganzheitlichen Verstehensrahmens, der dem Jugendlieben in hochkomplexen, sich globalisierenden Gesellschaften entspricht und der letztlich auch der Qualitätsabsicherung von Berufs- und Freiwilligenarbeit im Jugendsektor in europaweit sich wandelnden Kontexten des Aufwachsens dient. Obwohl Jugend dabei nicht als einheitliche Größe gesehen wird, sondern in ihrer mosaikartigen Diversität (vgl. Chisholm/Kovacheva 2002), gibt es dennoch übergreifende Tendenzen, wie etwa:

- die veränderte demografische Lage von Jugend in alternden Gesellschaften,
- die risikoreicheren und vielfältigeren Szenarien des Aufwachsens in sich individualisierenden Gesellschaften, deren Rollen- und Bindungsnetzwerke zusehends liquider im Sinne von Zygmunt Bauman (vgl. Bauman 2000) werden,

- die Multikulturalität des Erwachsenwerdens in transnational offenen und globalisierten Räumen und
- das Aufwachsen in einer Wissensgesellschaft, in der Generationen durch ihr jeweiliges Wissen und die Generationsfolge durch die Generierung neuen Wissens gesteuert werden.

Die europäische Jugendforschung, die sich in einem mittelfristigen Prozess herausgebildet hat und die in ihren wesentlichen Merkmalen dem hier skizzierten Bild entspricht, braucht selbstverständlich auch neue Formen der Ausbildung, wie etwa den in der Entwicklung sich befindenden M.A. „European Youth Studies“ (vgl. Youth-Partnership 2008), und des Dialogs, wofür die mit diesem Band dokumentierte Bonner Fachtagung ein ausgezeichnetes Beispiel ist.

Die eigentümliche Entsprechung von Jugendpolitik und Jugendforschung lässt sich kaum durch eine Import-Export-Logik erklären. Weder hat die Jugendpolitik ihre Struktur durch Außensteuerung beziehungsweise den Import politischer Prinzipien erhalten noch ihre derzeitige Gestalt unter dem Eindruck der sozialwissenschaftlichen Forschung erlangt. Vielmehr sind eine kooperative, wissensbasierte und partizipatorische Jugendpolitik ebenso wie eine politik- und praxisrelevante, Jugendliche als Sozialakteure ernst nehmende Jugendforschung in einer komplexen, sich globalisierenden Wirklichkeit Ausdrücke einer notwendigen gesellschaftlichen Reflexivität. Bezogen auf das spezifische Verhältnis von Jugendforschung und Jugendpartizipation kann man von einem doppelten Bezug ausgehen. Einerseits gibt es die explizite Partizipationsforschung. Ihr geht es um die allgemeine Theoretisierung von Jugendpartizipation (vgl. Spannring 2009), um die komplexe Indikatorenkonstruktion (vgl. Hoskins/Mascherini 2009) und um die europäische vergleichende Analyse (vgl. Spannring/Ogris/Gaiser 2008). Andererseits stellt die Etablierung von Jugendforschung in dem

hier angedeuteten Sinn ein wesentliches Moment von Jugendpartizipation dar. Gerade dieser Aspekt muss von der Jugendpolitik mitverantwortet (vgl. Denstad 2009) und von der Jugendforschung mitreflektiert werden.

Literaturverzeichnis

Bauman, Z. (2000): *Liquid modernity*, Cambridge.

Berg, C./Wirtgen, G. (1999): An experiment in youth research going European: The case of Luxembourg, in: Hübner-Funk, S./du Bois-Reymond, M./Tranka, S. (Hrsg.): *Intercultural reconstruction: Trends and challenges (European Yearbook on Youth Policy and Research 2)*, hrsg. von: CYRCE - Circle for Youth Research Cooperation in Europe e.V., Berlin/New York, 195-207.

Berg, C./Milmeister, M. (2007): Im Dialog mit den Daten das eigene Erzählen der Geschichte finden. Über die Kodierverfahren der Grounded Theory Methodologie, in: Mey, G./Mruck, K. (Hrsg.): *Grounded Theory Reader (HSR-Beiheft 19)*, Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung, 182-210.

Centrale des Auberges de Jeunesse Luxembourgeoises (Hrsg.) (2008): *75 Years Luxembourg Youth Hostels. 75 Jahre Erinnerungen, Abenteuer, Erlebnisse und Freundschaften. Jugendherbergen – mehr als Bett und Brötchen*, Luxembourg: CAJL.

Conférence Générale de la Jeunesse luxembourgeoise (Hrsg.) (2009): *Assemblée nationale des jeunes. Concept provisoire. En collaboration avec le Centre information jeunes et le gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg*, Luxembourg: CGJL.

Charmaz, K./Bryant, A. (Hrsg.) (2007): *The Sage Handbook of Grounded Theory*, London.

Chisholm, L./Kovacheva, S. (2002): *La jeunesse européenne : une mosaïque. Analyse de la situation sociale des jeunes en Europe*, Strasbourg: Conseil de l'Europe.

Coussée, F. (2009): Youth work and its forgotten history: a view from Flanders, in: Verschelden, G. et al. (Hrsg.): *The history of youth work in Europe. Relevance for today's youth work policy*, Strasbourg: Council of Europe, 45-66.

- Denstad, F.Y. (2009). Youth Policy Manual: How to develop a national youth strategy, Strasbourg: Council of Europe.
- Giddens, A. (1984): The Constitution of Society. Outline on the Theory of Structuration, Cambridge.
- Hoskins, B. L./Mascherini, M. (2009): Measuring Active Citizenship through the Development of a Composite Indicator, in: Soc Indic Res 90 (2009): 459–488.
- Letellier, A.-L. (2007): Be prepared. Une histoire du scoutisme et du guidisme au Luxembourg, Luxembourg.
- Milmeister, M. (2007): Das dreidimensionale Kommunikationsdreieck, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur 265 (April 2007), 8-13.
- Milmeister, M./Williamson, H. (Hrsg.) (2006): Dialogues and networks. Organising exchanges between youth field actors (ScientiPHIc 3, Youth research monographs 2), Esch/Alzette: Centre d'études sur la situation des jeunes en Europe (CESIJE), University of Luxembourg.
- Spannring, R. (2009): Youth Participation, Saarbrücken.
- Spannring, R./Ogris, G./Gaiser, W. (2008): Youth and politics in Europe, Leverkusen.
- Williamson, H. (2002, 2008): Supporting young people in Europe: Principles, policy and practice. 2 vol., Strasbourg.
- Youth-Partnership (2008): M.A. European Youth Studies: European Development Project, URL: http://youth-partnership.coe.int/youth-partnership/about/MA_4 (abgerufen am: 20.10.2009).

3.3.2

Der Luxemburger „Plan communal jeunesse“ – ein lokalpolitisches Partizipationsmodell?

184

Charles Berg

Der Luxemburger „Plan communal jeunesse“ wird von vielen als relatives Erfolgsmodell angesehen. Das gilt in doppelter Hinsicht: erstens, wenn es um eine sinnvolle und strukturierte Interaktion von Jugendforschung und Jugendpolitik geht; zweitens, wenn man den Transfer europäischer Politik in den lokalpolitischen Basisbereich legen möchte. Der vorliegende Beitrag will kurz über die Luxemburger Erfahrungen mit dem Modell berichten (vgl. Heinen et al. 2009) und einen vorausschauenden Blick auf eine mögliche Zukunft werfen. Dazu beschäftigt er sich zuerst mit konzeptionellen Grundlagen, dann mit der Entstehung, Entwicklung und Ausformulierung des Modells und schließlich mit Perspektiven und Problemen, die sich aus der heutigen Sicht ergeben.

Konzeptioneller Rahmen

Die Entwicklung des „Plan communal jeunesse“ geht auf die Arbeit des jungen Luxemburger Soziologen Ralph Schroeder an der Universität Lüttich zurück. Sie entsprach dem allgemeinen Bedürfnis nach einer wissenschaftlichen und prozessorientierten kommunalen Planungsstrategie, die als Instrument der lokalen und regionalen Jugendpolitik dienen könnte. In einer

systemtheoretischen Perspektive geht es also wohl, wie Niklas Luhmann (1971: 66ff.) es formulierte, um eine Erhöhung der Steuerungskapazität des politischen Systems. Implizit bezog man sich dabei auf allgemeine Konzepte, die in den zwei letzten Jahrzehnten den Rahmen der Jugendpolitik in immer stärkerem Maße mitbestimmt haben. Eine erste Denkfigur ist das „magische Dreieck“, das den strukturellen Dialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit konfigurieren soll. Das Modell wurde regelmäßig im europäischen Jugendpolitikdiskurs evoziert (vgl. Milmeister/Williamson 2006), obwohl viele, wie etwa Manfred Zentner, sich bewusst wurden, dass manchmal das Dreieck mehr als drei Ecken haben, die einzelnen Seiten unterschiedlich stark ausgeprägt sein und das Modell, wie Marianne Milmeister gezeigt hat, mehr als zwei Dimensionen haben können (vgl. Williamson 2006, Zentner 2006, Milmeister 2007). Eine zweite Denkfigur sind die ineinander verschachtelten arealen Referenzen der Interaktionen der Akteure im Jugendsektor: Sie spielen auf der europäischen, der nationalen und der lokalen Ebene. Die Koexistenz beider Figuren veranlasste Nico Meisch, gesprächsweise die These von der doppelten Integrations- und Kommunikationsrichtung aufzustellen. Man kann sich nämlich vorstellen, dass das Dreieck horizontal auf einer Referenzebene mit drei heterogenen Partnern integriert wird oder die Integration vertikal zwischen homogenen Akteuren von der lokalen zur europäischen Ebene geschieht. In allen Fällen bleibt der „Plan communal jeunesse“ ein wesentliches Politikinstrument, das zur Realisierung einer vertikal kohärenten, partizipativen, forschungs- und evaluationsbezogenen Jugendpolitikgestaltung beiträgt.

Der „Plan communal jeunesse“ erinnert an den kommunalen Jugendhilfeplan in der Bundesrepublik (vgl. zum Beispiel Maykus/Schone 2010). Die Entsprechungen sind offensichtlich. Aus dem allgemeinen Muster der Integration einer raumbezogenen sozi-

alwissenshaftlichen Exploration in den Prozess der politischen Willensbildung ergeben sich folgende wesentliche Gemeinsamkeiten: der Vergleich von Angebot und Bedarfslage, der Übergang von der Identifikation eines Handlungsbedarfs zur Entwicklung von Politik- und Interventionsmaßnahmen, die sozialräumliche Orientierung. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass der „Plan communal jeunesse“ nicht auf Jugendhilfe fokussiert ist, dass es in Luxemburg kein Jugendhilfegesetz gibt, dass die „Protection des mineurs“ im wesentlichen eine Domäne der Jugendgerichtsbarkeit bleibt, wo sozialpädagogische Interventionen und Diskurse bestenfalls als Submomente eine Rolle spielen, und dass schließlich die Luxemburger kommunalen Jugenddienste, dort wo es sie gibt, im geringeren Maße einen sozialarbeiterischen Auftrag erfüllen als die Jugendämter in den deutschen Kommunen.

Entwicklung und Ausformulierung

1996 veröffentlichte das Jugendministerium zum ersten Mal Richtlinien für die Umsetzung des „Plan communal jeunesse“. Sie wurden 2005 aktualisiert. Seit 1999 bis heute wurden insgesamt mehr als zwanzig kommunale Jugendstudien von der CESIJE-Forschungsgruppe¹ durchgeführt. Trotz notwendiger Variationen blieb das Grundschema gleich.

So gibt es jeweils unterschiedliche Projektpartner. Das Jugendministerium bleibt als „enabling agency“ im Hintergrund, es setzt den Rahmen der Intervention und definiert Qualitätskriterien. Der verantwortliche Hauptauftraggeber ist die jeweilige Gemeinde. Als Operator wird zuerst die CESIJE-Forschungsgruppe aktiv, die zuständig für die sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme ist. Daneben tritt ein zweiter externer Partner mit ausgewiesener Erfahrung im „Change-

Management“, wie etwa „4motion“², in dessen Zuständigkeit die Verwirklichung des partizipativen Moments, etwa in der Form von Jugendforen, liegt. Der „Plan communal jeunesse“ wird in der Regel von einer Steuerungsgruppe begleitet, in der die Projektpartner, die Jugendlichen selbst und jugendpolitikinteressierte Bürger vertreten sind.

Inhaltlich versucht die sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme, politikrelevante Einsichten in die lokale Lebenswelt Jugendlicher im Verhältnis zu den entsprechenden Angeboten zu vermitteln. Zur Auswahl der bei der Erhebung berücksichtigten Aspekte bezieht man sich sowohl auf den gängigen Themenkatalog der europäischen Jugendforschung als auch auf spezifische lokale Besonderheiten der jeweiligen Kommunen. Berücksichtigt wurden so Angaben zur familiären Situation Jugendlicher, die soziale Zusammensetzung der Jugendbevölkerung, ihre ethnische und kulturelle Heterogenität, Jugendfreizeitaktivitäten, die Schulsituation und die Bildungskarrieren befragter Jugendlicher, Wertorientierungen und Lebensziele, Formen gesellschaftlicher und politischer Partizipation, Zugänge zu materiellen und immateriellen Ressourcen sowie die Einbindung in soziale Netzwerke.

Unterschiedliche sozialwissenschaftliche Erhebungsmethoden kommen dabei zum Einsatz. In der Regel wird mit einem Methodenmix gearbeitet, bei dem quantitative und qualitative Momente sich die Waage halten. Bisher angewandt wurden standardisierte Telefonbefragungen, Gruppendiskussionen, Sekundäranalysen von Verwaltungs- und Arbeitsdatensätzen, Dokumentanalysen, Experteninterviews, Stadtviertelbegehungen.

1 vgl. http://www.wen.uni.lu/research/flshase/study_centre_cesije

2 vgl. <http://www.4motion.lu/>

eigentlich kaum verbindliche Ergebnisse. Heute hat sich die allgemeine Einsicht, auch in Politik und Verwaltung, durchgesetzt, dass eine Serie von Jugendkommunalplänen kein Ersatz für eine systematische Jugendberichterstattung darstellen kann. Dennoch lieferten die „Plan communaux“ wesentliche Vorerfahrungen, sie dienten in der Vorphase sozusagen dem Warmlaufen, bevor dann endgültig der erste nationale Jugendbericht auf der Grundlage des Jugendgesetzes von 2008 in Angriff genommen wurde. Darüber hinaus können die Jugendkommunalpläne bezogen auf den nationalen Jugendbericht eine wichtige Pilot- und Versuchsfunktion erfüllen.

Als Element einer politikrelevanten Jugendforschung im Sinne etwa Tommi Hoikkallas spielt der „Plan communal jeunesse“ auf seine Weise in einer bestimmten Phase eine Rolle bei der Emergenz innovativer und alternativer Governance-Formen, und gleichzeitig hat die Luxemburger Jugendforschung unter anderem durch die „Plan communaux jeunesse“ auch die Reputation eines „honest brokers“ (Pielke 2007) im schwierigen Zwischenhandel zwischen Wissenschaft und Politik erwerben können. Dennoch kann man in Bezug auf Zukunftsaussichten eher skeptisch sein. Die Prognose, die angesichts der vorgetragenen Überlegungen plausibel scheint, ist, dass der „Plan communal jeunesse“ in seiner reinen Form eher nach einer gewissen Zeit verschwinden wird, dass sich aber im Gegenzug eine methodologisch ausdifferenziertere Palette ähnlicher Interventionsformen entwickeln wird und der Lokalpolitik flexibel angeboten werden kann. Hierbei spielt dann vielleicht die Integration in übergreifendere Aktionsformen eine Rolle. Man kann an eine Verbindung denken, mit der Jugendberichterstattung, mit der selbstverwalteten Jugendmitbestimmung, mit der Landesplanung oder mit einer Jugendforschung, die anhand etwa von „Cluster- oder Latent-Class-Analysen“ eine sozialräumliche Typologie von Stadtvierteln oder Kommunen als Kontexte

des Aufwachsens, aber auch als jugendpolitische Aktionsräume erstellen will.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Berg, C./Weis, C. (2007): Réajustement de l'enseignement des langues. Plan d'action 2007-2009: Contribuer au changement durable du système éducatif par la mise en oeuvre d'une politique linguistique éducative, Luxembourg: Editions du CESIJE.
- Heinen, A. (2007): Die Jugend in der Südregion Luxemburgs. Zur Integrationsituation in einer Einwanderungsgesellschaft, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur 271 (November), 5-9.
- Heinen, A. et al. (2009): Jugendforschung zwischen Partizipation und lokaler Politikplanung, in: Berg, C. et al. (Hrsg.): Savoirs et engagements: Hommage à Georges Wirtgen, Differdange, 271-282.
- Hoikkala, T. (o.J.): Youth research relevant to youth policy, URL: http://www.alli.fi/sivu.php?artikkeli_id=1394 (abgerufen am 06.12.2009).
- Luhmann, N. (1971): Politische Planung : Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, Opladen.
- Maykus, S./Schone, S. (Hrsg.) (2010): Handbuch Jugendhilfeplanung: Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven, 3., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Opladen.
- Milmeister, M. (2007): Das dreidimensionale Kommunikationsdreieck, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur 265 (April), 8-13.
- Milmeister, M./Williamson, H. (Hrsg.) (2006): Dialogues and networks. Organising exchanges between youth field actors (ScientiPHIC, Vol. 3, Youth research monographs, Vol. 2), Esch/Alzette: Editions PHI, Centre d'études sur la situation des jeunes en Europe (CESIJE), University of Luxembourg.
- Ministère de la Famille et de l'intégration (2005): Le Plan Communal Jeunesse. Outil de travail à l'intention des communes luxembourgeoises, Luxembourg.

- Ministère de la Jeunesse (1996): Le Plan communal jeunesse. Conseils à l'usage des collectivités locales, Luxembourg.
- Ministry of Education (Finland) (2007): Development programme for child and youth policy 2007-2011, URL: <http://www.minedu.fi/OPM/Nuoriso/nuorisopolitiikka/kehittaemishjelma/index.html?lang=en> (abgerufen am 06.12.2009).
- Meyers, C./Willems, H. (2008): Die Jugend der Stadt Luxemburg. Das Porträt einer multikulturellen und heterogenen Jugendgeneration, ihrer Wertorientierungen und Freizeitmuster (ScientiPHIC, Bd. 4, Schriften zur Jugendforschung, Bd. 3), Esch-sur-Alzette: Editions PHI, Centre d'études sur la situation des jeunes en Europe (CESIJE), University of Luxembourg.
- Pielke, R.A. Jr. (2007): *The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics.* Cambridge.
- Williamson, H. (2006): The research, policy and practice triangle: potential and problems, in: Milmeister, M./Williamson, H. (Hrsg.): *Dialogues and networks. Organising exchanges between youth field actors* (ScientiPHIC, Vol. 3, Youth research monographs, Vol. 2), Esch/Alzette, 172-184.
- Zentner, M. (2006): Diverse knowledge and emergent national networks, in: Milmeister, M./Williamson, H. (Hrsg.) *Dialogues and networks. Organising exchanges between youth field actors* (ScientiPHIC, Vol. 3, Youth research monographs, Vol. 2), Esch/Alzette, 117-125.
- <http://www.4motion.lu/>
- http://www.en.uni.lu/research/flshase/study_centre_cesije

3.4

Kleinräumig begrenzte Beteiligungsverfahren, starre Beteiligungsfenster und unsichtbare Engagementformen Jugendlicher

Statement zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz

Christian Reutlinger

Mitte 2001 stellte die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen, die EKJ¹, einen erhöhten Handlungsbedarf in der Schweiz in Sachen Partizipation von Kindern und Jugendlichen fest:

„Partizipation wird zwar realisiert, aber vielfach nur als Methode eingesetzt. Solche Partizipation kann nur Alibi sein. Partizipation muss sich als Haltung



¹ „Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat den Auftrag, die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft zu beobachten und zu deuten. Sie soll Anliegen der heranwachsenden Generation formulieren und entsprechende Vorschläge ableiten. Bei wichtigen Beschlüssen des Bundes prüft die EKKJ, welche Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen zu erwarten sind. Als außerparlamentarische Kommission berät die EKKJ den Bundesrat und andere Behörden des Bundes. Dadurch kann sie Anliegen und Ansprüche der Kinder und Jugendlichen direkt in die verschiedenen Entscheidungsprozesse einbringen.“ (http://www.ekkj.admin.ch/content.php?ekkj-1-6-tbl_1_19)

durchsetzen, weil sie erst dann immer und überall selbstverständlich zum Zug kommt“ (EKJ 2001: 6).

In ihrem Bericht „Verantwortung tragen – Verantwortung teilen“ forderte die EKJ deshalb eine verstärkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die nicht nur Alibiübungen, sondern wirkliche Abgabe von Entscheidungsbefugnissen beziehungsweise Macht bedeuten würde.

„Gemäss der EKJ darf sich die Partizipation nicht auf Jugendparlamente und -räte beschränken. Sie soll effektiv zur Verschiebung von Entscheidungs- und Gestaltungsmacht hin zu Kindern und Jugendlichen führen, damit deren Anliegen einen gesellschaftlichen Wert und politisches Gewicht erhalten – zum Wohle der Demokratie und für eine vielseitige Gesellschaft“ (EKJ 2001: 69).

Ähnlich klang es im ersten so genannten „NGO-Schattenbericht“ zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Schweiz aus dem Jahr 2002 (vgl. Swiss NGO-Report 2002). In diesem Bericht wurde der Schweiz empfohlen, Anstrengungen zur Umsetzung des Grundsatzes der Achtung der Meinung des Kindes und deren Teilnahme in Familie, Schule und Institutionen vorzunehmen und dadurch die Teilhabe von Kindern in der Gesellschaft generell zu gewährleisten.

Was hat sich seit diesen Forderungen zur Jahrtausendwende getan? Und wie ist der aktuelle Stand der Diskussion zu Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz?

190

Föderalismus: Neben einander stehende, kleinräumig begrenzte Beteiligungsverfahren

Soeben ist der zweite „NGO Schattenbericht“ zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Schweiz erschienen (Swiss NGO-Report 2009). Hier wird die Teilhabefrage in Verfahrensbeteiligung von Kindern und Partizipation von Kindern an gesellschaftspolitischen Prozessen unterschieden. Der Bericht lässt sich als eine Art Gradmesser für Veränderungen in Sachen Partizipation von Heranwachsenden in den letzten Jahren lesen: Deutlich wird hier, dass beispielsweise die Praxis zum Anhörungsrecht und zur Kindesvertretung im Scheidungsrecht in den einzelnen Kantonen wegen der stark ausgeprägten föderalen Strukturen in der Schweiz sehr unterschiedlich umgesetzt wird. Neben diesen typischen schweizerischen, das heißt nebeneinander stehenden, kleinräumig begrenzten Verfahren, fehlt jedoch auf einer allgemeinen, das heißt nationalen Ebene „eine aktive Aufklärung von Behörden, Gerichten und verfahrensinvolvierten Personen über die Rechte von Kindern auf Beteiligung an jeglichen Verfahren“ (Swiss NGO-Report 2009: 15), so der NGO-Report.

Nicht ganz so pessimistisch werden die Veränderungen auf kommunaler beziehungsweise kantonaler Ebene in Sachen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen beurteilt: Einzelne Verbände wie die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV²) haben verschiedenste Initiativen zur Anregung partizipativer Momente ergriffen, wie beispielsweise die Erarbeitung eines „Tool-Kit Jugendbeteiligung“ (SAJV 2007). Eine Koalition aus der SAJV, pro juventute³, dem Dachverband offene Jugendarbeit (DOJ) sowie der Kinderlobby forcierte durch gezielte Lobbyarbeit (vgl. KSKJ 2009) die Erarbeitung einer Strategie des Bundes für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik (vgl. EDI 2008) mit dem Ziel, darüber die Beteiligungsdiskussion national zu etablieren. Um die Rahmenbedingungen für Beteiligung zu erweitern, haben verschiedene kantonale Stellen wiederum Grundlagenpapiere und Weisungen erarbeitet, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf kantonaler Ebene zu fördern (vgl. bspw. okay Zürich 2006, Kanton Thurgau 2007). Auf kommunaler Ebene sind in der Zwischenzeit verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten etabliert, wie beispielsweise das Jugendhearing oder das Jugendparlament. Hier können Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren über aktuelle Probleme und Anliegen diskutieren. Die so genannte Jugendkommission beschäftigt sich in den Gemeinden mit Jugend und Jugendfragen. Ihr Ziel ist es, das Engagement, die Partizipation und Integration zu fördern sowie Freiräume für Jugendliche zu schaffen. Schließlich sind die Jugendbeauftragten, das heißt vom Gemeinde- oder Stadtrat eingesetzte Erwachsene, verantwortlich für die strategische Wei-

2 Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) ist die Dachorganisation der rund 80 Jugendorganisationen der Schweiz und vertritt deren Anliegen bei den Behörden, in politischen Gremien und gegenüber der Öffentlichkeit. Gegründet wurde die SAJV im Jahr 1933 (<http://www.sajv.ch>).

3 Zu den einzelnen Verbänden siehe: <http://www.sajv.ch>, <http://www.pro-juventute.ch>, <http://www.doj.ch>, <http://www.kinderlobby.ch>

Tabelle 1: Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene

	Alter der Zielgruppe	Kosten	Kontrolle durch Gemeinde
Jugendhearing	10-20	sehr tief	tief
Jugendparlament	14-20	sehr tief	tief
Jugendkommission	ca. 12-20	tief	mittel
Offene Jugendarbeit	10-20	mittel bis hoch	mittel bis hoch
Jugendbeauftragte	alle Altersgruppen	hoch	hoch

Quelle: Kanton Thurgau 2007: 27

terentwicklung und Koordination der kommunalen Jugendpolitik (vgl. bspw. Kanton Thurgau 2007: 15 ff.). Auffallend ist, dass auf kantonaler und kommunaler Ebene die Rolle der offenen Kinder- und Jugendarbeit zur Förderung von Stärken und Nutzung von Ressourcen und damit zur Möglichkeit der Mitgestaltung der Lebensbezüge von Jugendlichen immer wieder hervorgehoben wird. Durch ihre Methoden und Zugangsmöglichkeiten scheint es der offenen Kinder- und Jugendarbeit möglich, flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Jugendlichen und der Gesellschaft eingehen zu können.

Bei all diesen meist unverbundenen und nebeneinander stehenden Elementen oder Fenstern der Beteiligung fehlt auch hier eine übergeordnete und gesetzlich abgesicherte Grundlage zur Beteiligung Heranwachsender, oder wie es im zweiten Schattenbericht heißt:

„In den meisten Gemeinden, Kantonen und beim Bund fehlen indes gesetzliche Grundlagen, die den Einbezug von Kindern und Jugendlichen in politischen Prozessen verbindlich verlangen“ (Swiss NGO-Report 2009: 14).

Die Erfolge und Entwicklungen in Sachen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz sind also eher ernüchternd. Problematisch ist jedoch weiter, dass den vorhandenen Beteiligungsfenstern beziehungsweise -formen des schweizerischen kom-

munalen Systems, das heißt dem Jugendparlament, Jugendhearing etc., eine zu starre Raumvorstellung hinterlegt wird, was im zweiten Teil des vorliegenden Statements aufgezeigt werden soll.

Starre Beteiligungsfenster vs. unsichtbare Engagementformen Jugendlicher

Aus einer sozialgeografischen Perspektive wollen insbesondere die sozialräumlichen Implikationen von Partizipationsprozessen beziehungsweise Beteiligungsmöglichkeiten betrachtet werden. Beteiligung wird über ein bestimmtes örtliches, das heißt über konkrete Orte oder Plätze, sowie ein zeitlich festgelegtes Beteiligungsfenster geöffnet (indem man festlegt, dass eine bestimmte Altersgruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort sich in einer bestimmten Art und Weise zu einem bestimmten Thema äußern kann oder nicht). Dahinter liegt die Gefahr, dass sich der Möglichkeitsraum der Beteiligung zu sehr auf die Anlage beschränkt beziehungsweise sich an einem bestimmten Ort materialisiert. Aus raumtheoretischer Perspektive ist eine solche Vorstellung eines Beteiligungsfensters gleichbedeutend mit einer Schachtel oder einem Behälter, in welcher Beteiligung stattfindet beziehungsweise stattzufinden hat. Oder konkret: Nur wer in einem Jugendparlament mitmacht, sei es als offiziell gewählter Abgeordneter oder einfach als interessierte aktive Minorität, hat eine Chance, über die Belange der jungen

Menschen in einer Gemeinde mitzubestimmen und mitzumachen.

Dadurch werden andere Formen des Engagements der jungen Menschen jenseits dieses konkreten Beteiligungsfensters (oder Ortes) gar nicht sichtbar. Die konkreten Aktivitäten Jugendlicher, die aus einer benachteiligten Situation und den damit verbundenen Bewältigungsherausforderungen resultieren, bleiben verdeckt oder: Über ihr verdecktes Engagement schreiben sie – meist in der Gruppe der Gleichaltrigen – unsichtbare Landkarten in der Stadt und auf dem Lande (vgl. Reutlinger 2003; 2005; 2007).

192

Bei der Frage adäquater Beteiligungsräume müsste man deshalb mit einer Raumkonzeption arbeiten, welche Beteiligung und Engagement von den Bewältigungsleistungen der jungen Menschen her denkt. Weiter würde eine Sozialraumarbeitsperspektive (vgl. Kessl/Reutlinger 2007), die sich als Arbeit am Sozialen versteht, an den Rahmenbedingungen ansetzen, indem die unterschiedlichen Zugangs- und Ausgrenzungsmechanismen in den Blick rücken. In einer reflexiven Arbeit ginge es darum, die „Bedingungen der Möglichkeit“ auszuloten, also beispielsweise den jeweiligen Kontext zu betrachten, das heißt die Möglichkeiten, die durch diesen geschaffen und verhindert werden.

Partizipation braucht deshalb die entsprechenden Ermöglichungsräume, die Engagementformen jenseits der vorgefertigten starren Fenster der Beteiligung zulassen und Verbindungen zu den unterschiedlichen Engagementformen junger Menschen suchen, das heißt die entsprechenden Spielräume zulassen.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) (2008): Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik Bericht des Bundesrats in Erfüllung der Postulate Janiak (00.3469) vom 27. September 2000, Wyss (00.3400) vom 23. Juni 2000 und Wyss (01.3350)

vom 21. Juni 2001 (27.08.2008), URL: http://www.bsv.admin.ch/themen/kinder_jugend_alter/00067/02003/index.html?lang=de

- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum – eine Einführung, Wiesbaden.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2009): Partizipation braucht Spielräume! Grundlagen und Konzeptionen für ein Beteiligungskonzept in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Unterlagen für den Workshop im Rahmen des ersten Netzwerktreffens der Träger der Standorte des Programms Spielraum in Frankfurt/Main 19./20. Februar, Frankfurt a. M. (unveröffentlicht).
- Koalition für eine wirkungsvolle schweizerische Kinder- und Jugendpolitik (KSKJ) (2009): Stellungnahme zur Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik, URL: <http://www.kinderundjugendpolitik.ch>
- okaj Zürich (2006): Jugendarbeit und Partizipation. Kantonale Kinder- und Jugendförderung, Zürich, URL: <http://www.okaj.ch>
- Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (1997): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied.
- Petersen, Kerstin (2002): Partizipation, in: Schröder, W./Struck, W./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch der Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim/München, 909 – 924.
- Reutlinger, Christian (2003): Engagement und unsichtbare Sozialraumkonstitutionen, in: Munsch, Chantal (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit, Weinheim/München, 111 – 132.
- Reutlinger, Christian (2005): Unsichtbare Jugend und verdeckte Engagementstrukturen. Neue Trends in der europäischen Jugendarbeit, in: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.): „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, Wien, 155-172.
- Reutlinger, Christian (2007): Unsichtbare Jugendliche in spanischen Städten, in: Reutlinger, Christian/Mack, Wolfgang/Wächter, Franziska/Lang, Susanne (Hrsg.):

Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa, Wiesbaden, 64-76.

Schnurr, Stephan (2001): Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. völlig überarbeitete Auflage, Neuwied/Kriftel, 1330 – 1345.

SAJV (2007): Tool-Kit. Jugendbeteiligung, Bern, URL: <http://www.jugendbeteiligung.ch>

Swiss NGO-Report (2002): Kommentar zum Bericht der Schweizerischen Regierung an den UNO-Kinderrechtsausschuss, URL: <http://assets.unicef.ch/downloads/schattenbericht.pdf>

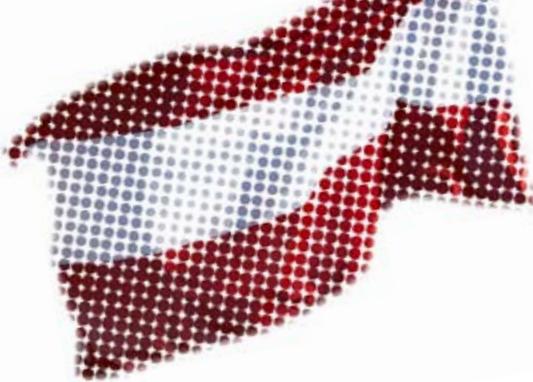
Swiss NGO-Report (2009): Zweiter NGO-Bericht an den Ausschuss für die Rechte des Kindes. (von Netzwerk Kinderrechte Schweiz), URL: http://www.netzwerk-kinderrechte.ch/de/webfm_send/172 oder <http://kinderschutz.ch/cms/files/PR-2009-06-22-NGO-Bericht.pdf>

Thurgauer Kommission für Jugendfragen, Departement für Erziehung und Kultur des Kanton Thurgau (2007): Jugend und Politik. Informationsbroschüre zur Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, Frauenfeld, URL: http://www.tg.ch/documents/jugend_und_politik.pdf

3.5

Jugendbeteiligung in Österreich

Michaela Zimmermann



Struktureller Rahmen der Jugendpolitik in Österreich

In Österreich leben derzeit etwa 8,3 Millionen Menschen, 1,2 Millionen davon sind Kinder unter 15 Jahren und wiederum etwa 1,2 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren (vgl. Statistik Austria).

194 Die gesetzliche Interessenvertretung der jungen Menschen in Österreich wird von der Österreichischen Bundesjugendvertretung (BJV) wahrgenommen, die mit Inkrafttreten des Bundes-Jugendvertretungsgesetzes 2001 eingerichtet wurde und mehr als 40 Mitgliedsorganisationen vereint. Die BJV besitzt einen sozialpartnerschaftlichen Status und ist damit anderen gesetzlichen Interessenvertretungen, wie beispielsweise jenen der Arbeitnehmer oder Gewerbetreibenden, gleichgestellt. Als starke Lobby bündelt die Bundesjugendvertretung die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Kinder und Jugendlichen und setzt sich als Mitglied des Europäischen Jugendforums über die Landesgrenze hinaus für die Rechte und Bedürfnisse junger Menschen ein.

Aufgrund des föderalistischen Staatsaufbaues sind die Gesetzgebungskompetenzen in Österreich zwischen dem Bund und den insgesamt neun Bundesländern aufgeteilt. Zu den Kompetenzen der Länder zählt unter anderem der Jugendschutz. In Österreich gibt es demzufolge neun unterschiedliche Jugendschutzgesetze. Die drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland haben bereits ein länderübergreifendes Jugendschutzkonzept entwickelt und umgesetzt. Über eine bundesweite Harmonisierung des Jugendschutzgesetzes wird seit längerem diskutiert.

Die bundesweite, europäische und internationale Jugendpolitik liegt im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ), das in seiner koordinierenden, steuernden und impulsgebenden Funktion insbesondere mit allen Ressorts sowie den Landesjugendreferaten und der BJV zusammenarbeitet. Ein Beispiel der bundesweiten Koordination ist die IMAG – Interministerielle Arbeitsgruppe „Europäischer Pakt für die Jugend“, die neben Vertretern aller Ministerien unter anderem auch die Landesjugendreferate und die Bundesjugendvertretung mit einschließt. Das für Jugend zuständige Ministerium ist außerdem verpflichtet, jede Legislaturperiode einen „Bericht zur Lage der Jugend in Österreich“ an das Parlament zu übermitteln.

Die Förderung der außerschulischen Jugendarbeit durch das Bundesministerium ist durch das Bundes-Jugendförderungsgesetz geregelt. Primär fällt die Jugendarbeit als wichtige jugendpolitische Maßnahme jedoch in den Kompetenzbereich der Länder. Die Koordination und Finanzierung erfolgt durch das jeweilige in der Landesregierung angesiedelte Landesjugendreferat.

Die Angebotsvielfalt und die Qualitätsstandards der Jugendarbeit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche variieren österreichweit. Zur Bündelung von Know-how und Entwicklung gemeinsamer Strategien treffen alle Länder gemeinsam mit dem Bund auf der Ebene der Verwaltung und Politik einmal jährlich im Rahmen der sogenannten „LandesjugendreferentInnenkonferenz“ zusammen.

Resultate dieser Konferenz sind unter anderem Gründungen verschiedener bundesweiter Arbeitsgemeinschaften wie beispielsweise der ARGE Partizipation, die nach einem Beschluss der Landesjugendreferenten Anfang der 1990er Jahre gebildet wurde und bis heute erfolgreich arbeitet. Die Mitglieder kommen aus allen Landesjugendreferaten, dem Jugendministerium, der BJV sowie dem Amt für Jugendarbeit Südtirol. Die ARGE Partizipation versteht sich als Gremium für den Erfahrungs- und Informationsaustausch und als Impulsgeberin für neue Entwicklungen im Bereich der Jugendbeteiligung. Sie bietet auf der Website <http://www.jugendbeteiligung.cc> Hintergrundinformationen und Good-Practice-Modelle, veranstaltet Fachtagungen, erstellt Lehrgangskonzepte für Mitbestimmung und entwickelt Grundlagen für die praktische Beteiligungsarbeit wie zum Beispiel Qualitätskriterien für Kinder- und Jugendbeteiligung und Leitfäden für nachhaltige Beteiligung von jungen Menschen in Gemeinden sowie im städtischen Bereich.

Österreichs Jugend wählt ab 16

Die Wahlrechtsreform 2007 in Österreich brachte neben der Einführung der Briefwahl im Inland und der Verlängerung der Legislaturperiode des Nationalrates von vier auf fünf Jahre die bundesweite Senkung des Wahlalters für das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre. Eingeschlossen bei der Wahlaltersenkung sind Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen, Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen. Damit nimmt Österreich innerhalb Europas eine Vorreiterrolle ein. Auf Gemeinde- und Landesebene gab es in Österreich die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre schon zuvor in einigen Bundesländern, aufgrund des Homogenitätsprinzips müssen nun alle Bundesländer nachziehen.

Die Wahlaltersenkung wurde politisch mit den Zielsetzungen begründet, auf die Jugend verstärkt zuzugehen

und sie für Demokratie zu begeistern, mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen und dem Ungleichgewicht der Wählerstimmen nach Generationen entgegenzuwirken. Des Weiteren wurde betont, dass Jugendliche die oftmals angezweifelte Reife sehr wohl besitzen, denn sie sind bereits strafmündig, erweitert geschäftsfähig, setzen sich mit ihrer Lebensplanung auseinander, müssen über ihren Bildungsweg und ihre berufliche Zukunft entscheiden, stehen zum Teil bereits im Berufsleben und zahlen Steuern. Damit haben Jugendliche auch das Recht, in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden. Betont wurde gleichzeitig auch der Auftrag an die Politik und die politischen Parteien, sich den Jugendlichen und jugendrelevanten Themen zu widmen, sowie die erhöhte Bedeutung der politischen Bildung in der Schule.

Wahlaltersenkung fördert politisches Interesse

Befragungen von Jugendlichen in der Vergangenheit ergaben, dass die jungen Menschen kein überdurchschnittlich ausgeprägtes Interesse an der Wahlaltersenkung kundgaben. Gerne wird Jugendlichen insgesamt eine Politikverdrossenheit zugeschrieben. Bei näherer Betrachtung stellt sich dabei jedoch heraus, dass junge Menschen primär gegenüber traditioneller Parteipolitik skeptisch sind, das heißt die Politikgestaltung der wahlwerbenden Parteien ablehnen, nicht jedoch politische Inhalte an sich. Unzufrieden sind junge Menschen oftmals mit den angebotenen Programmen der Parteien, da diese zu wenig auf die Interessen und Lebenslagen von Jugendlichen ausgerichtet sind.

Deutliches Zeichen des politischen Interesses der Jugendlichen und ihrer Bereitschaft zur Teilhabe an der Gesellschaft zeigt sich in ihrer hohen Wahlbeteiligung bei Wahlen auf Gemeinde-, Landes- sowie Bundesebene. Jugendliche machen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Beteiligung der Jungwähler an Wahlen unterscheidet sich auf allen Ebenen wenig bis gar nicht von der Gesamtwählerschaft.

Eine umfassende Nachwahlanalyse wurde im Anschluss an die Landtags- und Gemeinderatswahl 2005 in Wien von der Projektgemeinschaft SORA – Institute for Social Research and Analysis, ÖJ – Österreichisches Institut für Jugendforschung und WZW – Wissenschaftszentrum Wien durchgeführt. Diese Untersuchung befasste sich eingehend mit der Information, Motivation, Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung der 16- bis 18-Jährigen. Sehr deutlich zeigte sich, dass die Wahlaltersenkung das Interesse der jungen Menschen an Politik erhöht, die Jugendlichen die Demokratie ernst nehmen und verantwortungsbewusst wählen. Die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe entsprach mit knapp 60 Prozent der der Gesamtwählerschaft und war damit unerwartet hoch. Ein wichtiges Ergebnis war zudem, dass begleitende Maßnahmen wie die Info-Kampagne „ich wähle“ und Aktivitäten der Jugendarbeit, wie zum Beispiel Probewahlen, die Wahlbeteiligung positiv beeinflussten. Die Maßnahmen erreichten zwei Drittel der befragten Jugendlichen.

Auch die Landes- beziehungsweise Gemeinderatswahlen in anderen Bundesländern, bei denen bereits vor der Wahlrechtsreform 2007 Wählen ab 16 Jahren möglich war, zeigten eine sehr hohe, der Gesamtwählerschaft entsprechende Wahlbeteiligung der Jungwähler.

Die erste bundesweite Wahl in Österreich nach der Wahlaltersenkung fand 2008 mit der Wahl des Nationalrats statt. Dabei lag die Wahlbeteiligung der Erstwähler bei rund 70 Prozent, während die Wahlbeteiligung insgesamt rund 79 Prozent betrug. Diverse Befragungen, zum Beispiel vom Institut für Jugendkulturforschung oder von SORA, zeichneten ein Bild von durchweg interessierten und verantwortungsbewussten, kritischen und distanzierten aber nicht politikverdrossenen Erst- und Jungwählern mit Misstrauen gegenüber den politi-

schen Akteuren, aber Vertrauen in die Demokratie. Ein Rechtsruck bei den jungen Wählern aufgrund des Wahlergebnisses mit deutlichem Zugewinn der rechtspopulistischen Parteien wurde bei keiner Untersuchung bestätigt. Aufgezeigt wurde vielmehr Frustration, Perspektivlosigkeit und Protestverhalten bei den jungen Menschen aufgrund der sozialökonomischen Lage und fehlender Antworten auf soziale Fragen seitens der Politik.

Die Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen durch die Senkung des Wahlalters ist ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie und Jugendgerechtigkeit. Politische Bildung als Querschnittsaufgabe einer demokratischen Gesellschaft, als ein gemeinsames, gesellschaftspolitisches Anliegen, nimmt dabei an Bedeutung zu.

Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene am Beispiel Wien

Wien ist gleichzeitig Gemeinde, Bundesland und Bundeshauptstadt Österreichs mit Sitz des Nationalrats, Bundesrats, des Bundespräsidenten, der Bundesregierung sowie aller zentraler Bundesbehörden. Flächenmäßig ist Wien das kleinste, die Bevölkerungszahlen betreffend jedoch das größte und am dichtesten besiedelte Bundesland sowie das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Österreichs. Ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung, rund 1,7 Millionen Menschen, lebt in der Bundeshauptstadt. Davon sind knapp 440.000 junge Menschen unter 25 Jahren (vgl. Statistik Austria).

Wien ist in 23 Gemeindebezirke eingeteilt. Im Sinne der Dezentralisierung der Verwaltung sind den Bezirken verschiedene Mitwirkungsrechte eingeräumt, die von Informations- und Anhörungsrechten bis hin zur Eigenzuständigkeit einschließlich Budgetzuständigkeit für besonders bezirksorientierte Aufgaben reichen.

Herausforderungen großstädtischer Strukturen

Die großstädtischen Strukturen Wiens, insbesondere hohe Bevölkerungsdichte, Pluralität und Anonymität der Bevölkerung, sozial-ökonomische Benachteiligungen sowie knapper öffentlicher Raum, stellen besondere Herausforderungen an die Gestaltung von Jugendpartizipation dar. Zentrale Frage dabei ist, wie die jungen Stadtbewohner in ihrer Vielfalt und Verschiedenheit erreicht werden können und wie dabei ein gleichberechtigter Zugang gewährleistet werden kann. Jugendliche brauchen Mitbestimmungsangebote, die ihren individuellen Interessen, Bedürfnissen und Lebenslagen entsprechen und Partizipation direkt erlebbar machen. Demzufolge braucht es stadtteilorientierte, gut überschaubare und aufeinander abgestimmte Angebote mit größtmöglicher Vielfalt an Formen, Methoden und Inhalten. Zielführend ist die Entwicklung einer Gesamtstrategie in Abstimmung zwischen Politik, Verwaltung und operativ tätigen Einrichtungen wie beispielsweise der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dazu bedarf es einer strukturellen Verankerung von Mitbestimmung in der Stadt beziehungsweise im Stadtteil durch ein politisches Bekenntnis, entsprechende finanzielle Mittel sowie fixe Ansprechpersonen auf allen Ebenen.

Kinder- und Jugendpartizipation in Wien

Der Fachbereich Jugend der Stadt Wien, Magistratsabteilung 13, ist für die Planung, Steuerung, Koordination, Qualitätsentwicklung und Finanzierung der gesamten Wiener Kinder- und Jugendarbeit zuständig. Die Angebote sind vielfältig und stadtteilorientiert. Die Umsetzung erfolgt durch insgesamt 25 verschiedene Social-Profit-Vereine mit über 1000 geschulten Mitarbeitern. Etwa 70 Prozent der Mitarbeiter sind im öffentlichen Raum tätig, vor allem im Rahmen der mobilen, herausreichenden Arbeit und der europaweit einzigartigen „Parkbetreuung“, einem kontinuierlichen freizeitpädagogischen Angebot in Parks und auf anderen öffentlichen Flächen.

Partizipation ist ein wesentliches handlungsleitendes Prinzip der Wiener Kinder- und Jugendarbeit. Partizipationsprozesse finden innerhalb der täglichen Arbeit sowie im Rahmen von Projekten, zum Beispiel bei der Umgestaltung eines Jugendzentrums, und in kontinuierlichen, strukturell verankerten Formen, beispielsweise Kinder- und Jugendparlamenten in den Bezirken, statt.

Die abteilungs- und vereinsübergreifende Jugendplattform und analog dazu die Kinderplattform gewährleisten, dass kinder- und jugendrelevante Angebote und Inhalte vernetzt und aufeinander abgestimmt werden können. Zudem bieten diese Plattformen eine wichtige Möglichkeit, gemeinsame Strategien der Kinder- und Jugendpolitik zu entwickeln und umzusetzen.

Die einzelnen Vernetzungsgremien in den Bezirken ermöglichen den durchführenden Vereinen zudem, sich für die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen vor Ort einzusetzen und eine kinder- und jugendgerechte Stadtteilgestaltung zu forcieren.

Die Erfahrung zeigt, dass sich Mitbestimmungsmodelle vor allem dort bewähren, wo die Ergebnisse für Jugendliche greifbar sind, nämlich in regionalen Strukturen. Wichtig sind daher möglichst flächendeckende Beteiligungsangebote in den Bezirken. Derzeit sind in 18 der 23 Bezirke Kinder- und Jugendparlamente fix installiert. Die Durchführung erfolgt durch verschiedene Vereine der Kinder- und Jugendarbeit in Kooperation mit den Schulen im Bezirk. Die Finanzierung erfolgt aus Bezirksmitteln, die Formen und Methoden richten sich nach den jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten im Bezirk. Die Themen, die im Kinder- und Jugendparlament in Workshopform behandelt werden, umfassen Grundinformationen zur Bezirkspolitik sowie spezielle Anliegen der Kinder und Jugendlichen im jeweiligen Bezirk, wie beispiels-

weise Verbesserungs- oder Änderungsvorschläge für Parkanlagen. Die Workshops finden meist in Schulen, zum Teil aber auch in Jugendzentren oder Parks statt und schließen mit dem Formulieren von Anträgen an den Bezirk sowie der Wahl von zwei bis drei Delegierten pro Klasse für die Übergabe der Anträge an den Bezirk ab. Die Rückmeldung des Bezirks an die Kinder und Jugendlichen über die Möglichkeiten der Umsetzung der Anliegen und gegebenenfalls bereits gesetzte Maßnahmen erfolgt einige Wochen bis Monate später, meist im Rahmen einer Antwortsitzung in den Räumlichkeiten der Bezirksvorstehung.

198

Neben den Kinder- und Jugendparlamenten in den Bezirken gibt es in Wien eine weitere parlamentarische Form der Jugendpartizipation. Im Sinne der Selbstbestimmung tagt in jedem Schuljahr durchschnittlich fünfmal das Wiener Schülerparlament im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates. Die Planung und Durchführung des Schülerparlaments erfolgt eigenverantwortlich durch die jeweils gewählten Landeschülervertreter.

Einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von jungen Menschen im Bezirk leisten die Bezirksräte für Kinder- und Jugendfragen. Sie stehen in jedem der 23 Wiener Bezirke als direkte Ansprechpersonen für Fragen, Probleme und Anregungen zur Verfügung und sind bemüht, die Anliegen der Kinder und Jugendlichen politisch adäquat zu vertreten.

Soziale Gerechtigkeit im Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten – gender- und diversitätsgerechte Partizipation!

Richtungsweisende Zielsetzung der Wiener Kinder- und Jugendarbeit ist die Verbesserung der Lebensqualität der jungen Menschen insbesondere durch die Förderung sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung, Erweiterung der Handlungsspielräume und Unterstützung bei der Aneignung des öffentlichen Raums.

Ungleiche Zugangsbedingungen und damit Benachteiligung und soziale Exklusion junger Menschen bestehen vor allem aufgrund des Geschlechts, sozialen Status, einer Behinderung, oder eines Migrationshintergrunds. Um dem entgegenzuwirken und Jugendliche in ihrer Vielfalt anzusprechen, setzt die Wiener Kinder- und Jugendarbeit auf eine gender- und diversitätsgerechte Gestaltung von Partizipationsprozessen.

Ziel dabei ist die Förderung sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung, die Förderung des sozialen Zusammenhalts, insbesondere der Geschlechtersolidarität, der Abbau von Benachteiligungen, der Abbau von Vorurteilen, Rollenstereotypen, Diskriminierung und Fremdenhass sowie die Überwindung des Problem Denkens im Hinblick auf Unterschiede zugunsten einer Bejahung gesellschaftlicher Vielfalt und Förderung individueller Potentiale der Kinder und Jugendlichen.

Gender- und diversitätsgerechtes Handeln setzt Gender- und interkulturelle Kompetenz voraus, etwa Kenntnisse über Entstehung und Veränderung von Geschlechterverhältnissen und Fähigkeit und Bereitschaft zur Interaktion mit Menschen anderer Orientierungssysteme. Geschlechterdemokratie und Diversitätsbewusstsein müssen selbstverständlich Teil der Organisations- und Teamkultur sein. Zudem braucht es eine Geschlechterparität und Diversität in den Teams, etwa in Bezug auf das Alter oder eine kulturelle und sprachliche Vielfalt. Scheinbar „neutrale“ Angebote fördern bestehende Benachteiligungen. Bei der Festlegung oder Veränderung von Rahmenbedingungen beziehungsweise -strukturen sowie bei der Auswahl der Zielgruppen, Themen und Methoden der Partizipationsangebote ist daher auf eine entsprechende Gender- und Diversitätsperspektive zu achten. Gleichstellung versus Diskriminierung vollzieht sich schließlich auch

in hohem Maße in unserem Sprachgebrauch. Eine gender- und diversitätsgerechte Gestaltung von Partizipationsprozessen schließt daher eine sensible, geschlechtergerechte Sprache ohne Stigmatisierung und Diskriminierung ein.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2009): Jugendpolitik in Österreich. Ein kurzer Überblick, Wien.
- Institut für Jugendkulturforschung (2008): Erstwähler/innen-Analyse zur Nationalratswahl 2008. Vorwahlbefragung, Wien.
- Institut für Jugendkulturforschung (2008): Erstwähler/innen-Nachwahlbefragung zur Nationalratswahl 2008, Wien.
- Karlhofer, Ferdinand (2007): Wählen mit 16. Erwartungen und Perspektiven, in: Forum Politische Bildung. Der WählerInnenwille (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 27), Wien.
- Kozeluh, Ulrike: „Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl“ – wichtigste Ergebnisse auf einen Blick, hrsg. von SORA – Institute for Social Research and Analysis, ISA - Institut für Strategieanalysen, URL: http://www.sora.at/images/doku/sora_isa_kozeluh_waehlen_mit_16_zusammenfassung.pdf
- SORA – Institute for Social Research and Analysis, Wissenschaftszentrum Wien, Österreichisches Institut für Jugendforschung (Projektgemeinschaft) (2005): „Wählen heißt, erwachsen werden!“ Analyse des Wahlverhaltens der 16- bis 18-jährigen Jugendlichen bei der Wiener Landtagswahl 2005, Wien.
- Statistik Austria (2009): Bevölkerungsstand 1.1.2009, Wien.

Weiterführende Links

- <http://www.bildungjugend.wien.at>
- <http://www.jugendbeteiligung.cc>
- <http://www.jugendvertretung.at>
- <http://www.demokratiezentrum.org/>

3.6

Partizipation junger Menschen in Russland Kontextspezifische Besonderheiten



Julia Struck-Soboleva

200

Ähnlich wie ihre westeuropäischen Altersgenossen erleben Jugendliche in Russland neben den modernen Herausforderungen des Erwachsenwerdens derzeit einen sozialen Wandel, der sich durch weltweite Prozesse der wirtschaftlichen und ökologischen Globalisierung charakterisieren lässt. Auf die Partizipation junger Menschen in Russland wirken darüber hinaus länderspezifische Besonderheiten. Als die sozialistischen Regime in Osteuropa verfielen, verursachte dies eine prinzipielle Neuaushandlung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Im Unterschied zu einem Großteil des Ostblockes ging Russland hier einen eigenen Weg: „Statt Westernisierung hat Putins Präsidentschaft die Macht-Clan-Herrschaft der Jelzin-Jahre in ein diszipliniertes Regime verwandelt, das im Volk als alternativlos betrachtet wird“ (Heisig 2008: 41). Vor diesem Hintergrund sozial-politischer Entwicklungen beschreibt dieser Beitrag die Partizipation von Jugendlichen in Russland.

Wie nimmt die moderne russische Jugend ihre Rolle in der Entwicklung des Verhältnisses von Stadt und Gesellschaft in ihrem Land wahr? Vermächtnisse der Vergangenheit und Prozesse der Entwicklung des „neuen“ Russlands

Die russische Öffentlichkeit spricht häufig von der politischen „indifference“ (apolititshnostj) der Jugendlichen in Russland (vgl. Omeltshenko 2006). Das Soziologische Institut RAN (<http://www.isras.ru>) veröffentlichte Befragungsergebnisse, die tatsächlich

ein grundsätzlich geringes Interesse der Mehrheit russischer Jugendlichen an Mitsprache und Mitgestaltung politischer Prozesse zeigen. Seit 1997 sank die Anzahl der Anhänger unterschiedlicher politischer Parteien beziehungsweise Organisationen unter Jugendlichen erheblich. Gleichzeitig ist, auch unter Berücksichtigung gegebener gesellschaftlicher Realitäten, eine gewisse Naivität ideologisch-politischer Ansichten („Ideologischer Romantismus“) bemerkbar. Viele junge Russen halten die Sicherung persönlicher Rechte und Freiheiten für äußerst wichtig, aber können sich dennoch die Verbesserung der Lebensbedingungen in Russland nicht ohne die Stärkung der Staatsmacht vorstellen, auch wenn dies mit Einschränkung persönlicher Rechte und Freiheit verbunden ist. Derartige „government-paternalistic“ Ansichten stehen im Einklang mit der Bevorzugung der gegenwärtig als stabil wahrgenommenen Entwicklung, begleitet von wohl eher geringfügigen, aber doch stetigen Verbesserungen, gegenüber schnellen revolutionären Umwälzungen.

Diese sozial-politische Position ist sowohl auf Vermächtnisse der sozialistischen Ordnung als auch auf den Einfluss neuer Entwicklungen und Tendenzen in der sozial-politischen Lage Russlands zurückzuführen.

Auch wenn die jetzige Generation nicht direkt durch ein sozialistisches „Partizipationssystem“, wie beispielsweise erzwungene Mitgliedschaft in politischen

Jugendorganisationen der Kommunistischen Partei, beeinflusst wurde, haben Erfahrungen der Eltern sowie älterer Geschwister die Wahrnehmung der Jugendlichen stark geprägt. Der „von oben aufgesetzte“ und daher stark bürokratisierte Charakter der Partizipation in der ehemaligen Sowjetunion hat die Idee der politischen Beteiligung für russische Jugendliche korruptiert. Dementsprechend sind deren Einstellungen und Verhaltensweisen ausgeprägt.

Zudem wirkte Korruption in den Staatsstrukturen der Sowjetunion und auch in Postsozialistischen Gesellschaften. Das damit verbundene mangelhafte Vertrauen der Bevölkerung, insbesondere unter Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren, überrascht nicht, wirkt jedoch auf die Wahrnehmung der eigenen Möglichkeiten, politische beziehungsweise ökonomische Entscheidungen des Staates zu beeinflussen.

Derart beeinflusst vom Erbe des Sozialismus ist die gegenwärtige Jugend Russlands die erste Generation, die den Prozess der Sozialisierung unter grundsätzlich anderen Bedingungen vollzogen hat, nämlich denen des Kollapses der existierenden Ordnungen und der Entstehung neuer gesellschaftlicher Strukturen und Deutungsmuster. Diese Generation der Jugendlichen hat die turbulenten Entwicklungen der 1990er Jahre erlebt, eine unkontrollierte Herrschaft der Oligarchenclans¹, zu einer Zeit, als der russische Staat das Privateigentum und die Rechte über seine Verfügung nur unzureichend garantieren konnte. In der jetzigen Situation einer wahrgenommenen gesellschaftlichen Stabilität ist die Mehrheit der Jugendlichen in der Tat mit unbedeutenden, aber stetigen Fortschritten zufrieden und wünscht gar keine Modernisierung. Es bestehen keine großen Ansprüche – „Hauptsache ist, es wird nicht schlimmer“. Ein starker Staat wird

als Garant politischer und wirtschaftlicher Stabilität verstanden.

Es ist Putin gelungen, die Macht zu konsolidieren und zu zentralisieren. Zurzeit ist es unter Beobachtern unstrittig, dass das russische politische System überwiegend totalitäre Züge trägt. Das zeigt sich in mehreren Bereichen, unter anderem auch in der Jugendpolitik, wie beispielsweise bei dem umstrittenen NRO-Gesetz (maßgeblich auch für Jugendorganisationen). Das Gesetz spiegelt das Bestreben des Staates wider, die Kontrolle über die Gesellschaft zu erlangen². Osteuropaexperten bezeichnen das politische Regime, das sich in Russland herausgebildet hat, als ein „hybrides politisches System mit sowohl autoritären als auch demokratischen Elementen“ (Heisig 2008: 41). Es wird häufig als „gelenkte“ Demokratie bezeichnet. Das Konzept der gelenkten Demokratie bedeutet, dass der Staat (in persona durch das Tandem Medwedjew – Putin) für sich in Anspruch nimmt, den Prozess der Transformation der russischen Gesellschaft hin zu einer Demokratie (vgl. Gorzka/Schulze 2004) durch Lenkung von oben voranzutreiben und steuern zu können. Die Jugend soll dabei eine bedeutende Rolle spielen. Die Formen und Inhalte der politischen Partizipation sollten dennoch vom Staat umfassend gelenkt werden (vgl. Krämer 2008: 85).

Wie nimmt der russische Staat die Rolle der Jugendlichen in politischen Prozessen des „neuen“ Russlands wahr? Der Interessenwandel seit Ende der 1990er Jahre und Partizipation „von oben“

Die Wahrnehmung der Rolle der Jugend in den Prozessen der Neukonstituierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft ist seit einigen Jahren durch ein

1 mächtige private Interessengruppen, die dem „Raubkapitalismus“ in Russland in den 1990er Jahren entstammt sind.

2 NRO – Gesetz (2005 -2006): Einschränkung der Tätigkeit von ausländischen und russischen NROs in Russland. Von Medwedjew wird zurzeit eine Auflockerung des Gesetzes erwartet.

neu entstandenes Interesse des Staats beziehungsweise politischer Vertreter an der Jugend gekennzeichnet.

Forschungsergebnisse aus den Untersuchungen der 1990er Jahre zeigen, dass zu der Zeit kaum Impulse vom Staat für die politische Beteiligung der Jugendlichen gegeben wurden. Jugendliche waren sich selbst überlassen (vgl. Soziologisches Institut RAN). Seit Ende des vorigen Jahrhunderts hat sich die Situation grundlegend geändert. Studien über Jugendgemeinschaften (sowohl über Protestbewegungen als auch über Gemeinschaften ohne Protestcharakter) werden in der Öffentlichkeit als äußerst aktuell wahrgenommen, allerdings misstraut man ihnen, ja bezeichnet sie stellenweise sogar als gefährlich.

Die Aufmerksamkeit des Staates gegenüber den subkulturellen Aktivitäten der Jugendlichen wächst. Die Erziehung der Jugendlichen zum Patriotismus wird dabei betont. Es werden neue Programme für die Zivilerziehung und -bildung der Gesellschaft der Russischen Föderation, für die „Wiedergeburt ideemoralischer Werte der heranwachsenden Generation“ (beispielsweise Staatsprogramme für Patriotische Erziehung 2006-2007, für Staatsbürgerliche Bildung 2006-2010) entwickelt. Die gegenwärtige politische Klasse demonstriert steigendes Interesse an der jungen Generation. Es wird versucht, Jugendliche in politische Parteien und Einheiten „schnellen Reagierens“ zu rekrutieren.

Der Staat muss, gemäß dem Ministerium für Sport, Tourismus und Jugendpolitik der Russischen Föderation (gegründet 2008) „die Jugend als strategische Basisressource des Staates und der Gesellschaft“ sehen, eine Optimierung des Systems der Durchführung und Steuerung der Jugendpolitik sei unabdingbar. Das Jahr 2009 wurde durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation zum Jahr der Jugend ausgerufen. Dementsprechend unterstützt die Regierung weitgehend politische Programme zur Förderung gesellschaftlicher Jugendorganisationen

und schafft Gelegenheitsstrukturen für politische Partizipation der Jugendlichen. Bei den legislativen und exekutiven Machtbehörden verschiedener Ebenen werden gesellschaftliche Jugend- und Kindervereinigungen, Jugendparlamente, -regierungen und andere konsultativ-beratende Strukturen³ eingerichtet. Allerdings zeigt die Befragung der Akademie der Sozialwissenschaften eine nur geringe Teilnahme der russischen Jugendlichen an diesen „von oben“ eingeführten Partizipationsformen. Zudem macht die Studie deutlich, dass es ausgesprochen wenige Strukturen für die Jugendlichen selbst – für Realisierung ihrer eigenen Interessen – geschaffen werden.

Fazit

Nachdem das kommunistische Regime in Russland zusammenbrach, fing der Prozess der Neukonstituierung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft an. Die Russische Jugend muss ihren Platz in diesem Prozess noch finden. Gegenwärtig zeigen viele russische Jugendliche wenig Interesse, politische Prozesse mitzugestalten sowie Veränderungen anzustoßen. Ihre Einstellungen wurden im hohen Maße durch sozialpolitische Entwicklungen der zwei letzten Jahrzehnte und durch Vermächnisse des Sozialistischen Systems geprägt. Der russische Staat beziehungsweise die gegenwärtige politische Klasse zeigt – angestoßen unter anderem durch Erfahrung der revolutionären Bewegungen letzter Jahre – wachsendes Interesse an der jungen Generation und führt zahlreiche Beteiligungsformen „von oben“ ein. Die Beteiligung der Jugendlichen an den Initiativen „von oben“ bleibt dennoch gering. In Anbetracht der Komplexität der Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft muss eine funktionierende Partizipation von

3 In der Struktur der gesetzgebenden Macht existiert beispielsweise ein Ausschuss für Jugendfragen beim Föderationsrat der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation und erstmals ein eigenständiges Komitee für Jugendfragen bei der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation.

Jugendlichen als Herausforderung für beide Parteien gesehen werden.

Neue Forschungsprojekte zur Partizipation von Jugendlichen unter Bedingungen der gesellschaftlichen Übergangsprozesse müssen erarbeitet werden, um neue und produktive Formen der Partizipation zu erschließen.

Literaturverzeichnis

Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hrsg.) (2004): *Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie*, Frankfurt a.M./New York.

Heisig, Johannes (2008): Die Putin-Medwedjew-Rochade, in: *WeltTrends* 60, Potsdam, 41–53.

Krämer, Raimund (Hrsg.) (2008): Wandel, Wechsel und Widersprüche. *Russland heute – Ein Gespräch mit Petra Stykow*, in: *WeltTrends* 60, Potsdam, 85–93.

Омельченко Е. (Omeltschenko) (2006): Молодежь для политиков vs. молодежь для себя?

Размышления о ценностях и фобиях российской молодежи, URL: <http://www.polit.ru/research/2006/06/15/youth.html>, abgerufen am: 29.11.2009.

3.7

Jugendpartizipation in der Tschechischen Republik



Jan Husák

204

In der Tschechischen Republik lebten (zum 31.12.2008) 3.001.375 junge Menschen unter 26 Jahren, davon 1.360.093 Kinder unter 15 Jahren und 1.641.282 Jugendliche zwischen 15 und 26 Jahren. Diese Gruppe stellt damit etwa 29% der Gesamtbevölkerung (vgl. ČSÚ 2009).

Generelle Einflüsse von Jugendpartizipation

Das Konzept der demokratischen Partizipation im Allgemeinen und insbesondere bezogen auf die junge Generation hat in Tschechien eine lange Tradition. Leider brachte die Vergangenheit auch zwei Erfahrungen mit totalitären Systemen, welche das gesellschaftliche Leben fast fünfzig Jahre prägten. Dies hatte weitreichende Folgen auf die ganze Gesellschaft und führte zu einer nicht so partizipationsfreundlichen Haltung wie in den „alten“ Demokratien¹. Die junge Generation und insbesondere die Studenten waren zwar in verschiedenen historischen Momenten wie 1939, 1968 und auch 1989 aktiv, dennoch folgte die vorherrschende Haltung der Devise „tu nichts, was dich nicht wirklich betrifft“ oder auch „halt 's Maul und folge“. Eine Massenmobilisierung der jungen Generation ist meist nur verbunden mit den wirklich wichtigen Themen der Gesellschaft².

Die Idee, etwas neben dem eigenen Privatleben zu tun, was politisch oder gesellschaftlich nötig ist, hat

dennoch insgeheim in den 20 Jahren der neuen Demokratie überlebt. Die Jugendlichen müssen schon lange kein Mitglied des „Sozialistischen Jugendbundes“ (Socialistický svaz mládeže) mehr werden, aber es gibt nach wie vor eine innere Resistenz und Misstrauen der jungen Generation gegenüber der Mitgliedschaft in Verbänden und Strukturen; und das, obwohl die jetzige junge Generation bereits nicht mehr die totalitäre Zeit aus persönlicher Erfahrung kennt.

In den letzten Jahren haben auch die „neuen“ Einflüsse wie Konsum und technische Bequemlichkeiten an Bedeutung gewonnen und den Hang zu einer passiveren Lebensweise verstärkt. Junge Leute verlieren die Motivation zu partizipieren. Derzeit spielen diese Faktoren sogar eine noch größere Rolle als das historisch-politische Bewusstsein in Tschechien. Allgemein kann man die 90er Jahre als die „wilden Jahre des Übergangs“ in der Gesellschaft bezeichnen, in denen Jugendbeteiligung auch trotz verschiedenen Bemühungen keine große Resonanz fand. Erst die Konsolidierung der Demokratie etwa zur Milleniumswende³ brachte neuen Schwung in das Thema „Jugendpartizipation“. Zu dieser Zeit wurde auf europäischer Ebene auch das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ vorbereitet und Tschechien als ein EU-Beitrittskandidat war bereits im Hintergrund an diesem Prozess beteiligt. Die Ergebnisse davon sind seitdem

1 Die Bezeichnung „Alte Demokratien“ ist im Kontext der Tschechischen Republik insofern missverständlich, als die Tschechoslowakei in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine von wenigen wirklichen demokratischen Staaten in Europa war.

2 In der letzten Zeit gab es eine größere Massenmobilisierung vieler Jugendlicher etwa bei der Frage der Installierung des US-Abwehrradars in Tschechien.

3 Gemäß den meisten politikwissenschaftlichen Forschungen kann man Tschechien seit der Milleniumswende wieder als transformierten demokratischen Staat bezeichnen. Alle klassischen formalen und informellen demokratischen Institutionen und gesellschaftlichen Mechanismen sind konstituiert und entwickeln sich inzwischen in einem klaren demokratischen Rahmen weiter. (siehe etwa Fiala 2001)

bei der Entwicklung der Jugendpolitik in Tschechien präsent und spürbar.

Der strukturelle und institutionelle Rahmen der Jugendpolitik in Tschechien

Laut Gesetz liegt die Verantwortung für Jugendpolitik in Tschechien beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, dem auch eine Jugendabteilung untergeordnet ist. Hauptaufgabe der Jugendabteilung sind Planung und Konzeption von Politik sowie Förderung und staatliche Ausschreibungen für den Jugendsektor und dessen Administration, dazu zählen auch die EU-Programme. Weiter ist die Jugendabteilung verantwortlich für den sektorübergreifenden Ansatz der Jugendpolitik und diesbezüglich für die Kommunikation mit weiteren Akteuren sowie anderen Ministerien und ihren Abteilungen, die sich in der Praxis auch mit einzelnen Programmen und Themen der Jugendpolitik beschäftigen (vgl. Husák 2009: 28). Die Jugendabteilung kooperiert im Bereich der Jugendpolitik auch international auf europäischer und weltweiter Ebene. Neben dieser Abteilung operiert im Ministerium auch eine sogenannte „Jugendkammer“⁴ (Komora mládeže), die als ein Beratungsgremium des Ministers fungiert. Sie ist auch ein Instrument der sektorübergreifenden Politik. Das Beratungsorgan des Vizeministers des Ministeriums ist der so genannte „Freizeitbildungsrat“.⁵ In beiden Organen sind auch die Vertreter der Jugendorganisationen und -verbände mit einbezogen. Für die Steuerung und Umsetzung von jugendbezogenen Politiken nutzt das Ministerium auch das Nationalinstitut für Kinder und Jugend

(Národní institut dětí a mládeže, NIDM), eine „nachgeordnete“ Fachorganisation. Das NIDM fungiert als ausführende Agentur des Ministeriums und umfasst auch die Tschechische Nationalagentur Jugend (ČNA Mládež), die das europäische Programm JUGEND IN AKTION in Tschechien umsetzt.

Die Tschechische Republik ist in 14 Regionen unterteilt, inklusive der Hauptstadt Prag. Die Regionen können im Rahmen der staatlichen Politik eine eigene Jugendpolitik ausüben. Diese Aufgabe obliegt eigenen Jugendabteilungen respektive Erziehungs- oder Bildungsabteilungen. Diese Organe üben aber meist keine eigenständige Jugendpolitik aus, sondern passen die staatliche Politik an die regionalen Bedingungen an. Oftmals haben die Regionen aber eigene Finanzmittel für den Jugendsektor. Sehr ähnlich ist die Situation auch auf lokaler Ebene, die bei den Jugendlichen als die wichtigste und vertrauenswürdigste Instanz der Politik wahrgenommen wird (vgl. Šolc 2008: 25–26). Dies zeigen verschiedene erfolgreiche Projekte der lokalen Ebene, wie zum Beispiel das Projekt „Gesunde Städte“⁶ und ähnliche.

Die Interessenvertretung der jungen Menschen in Tschechien wird durch den Tschechischen Kinder- und Jugendrat (Česká rada dětí a mládeže, ČRDM) gesichert. Er wurde im Jahre 1998 als eine Dachorganisation von acht wichtigen Jugendorganisationen gegründet und damit startete auch die Konsolidation im Jugendsektor, die während der Transformationsperiode in den 90er Jahren belastet war. Der ČRDM ist mittlerweile ein anerkannter Partner des Ministeriums und wichtige Plattform für politisches Lobbying. Heute sind 99 Jugendorganisationen mit ca. 200

4 Die Jugendkammer gibt es im Ministerium seit 1991. Sie verhandelt und diskutiert Fragen zur Förderung des Jugendsektors, zur nationalen Jugendpolitik sowie zur Realisation und Umsetzung der Empfehlungen des Europarates, der UNESCO und der EU in der Tschechischen Republik. In der Jugendkammer werden auch den Jugendbereich betreffende Gesetzesvorhaben diskutiert, noch bevor dies im Parlament der Fall ist.

5 Der Freizeitbildungsrat soll sich mit Fragen der Konzeption im Bereich Jugendfreizeit beschäftigen sowie eigene Initiativen und Gesetzesvorhaben anschieben.

6 Die Idee der Gesunden Städte entstand 1988 innerhalb der Weltgesundheitsorganisation. Dabei geht es um die Umsetzung der Agenda 21 (siehe UNO 1992) und um die Nachhaltige Entwicklung und allgemeine Einbeziehung von Bürgern sowie Jugendlichen in kommunale Entscheidungsprozesse.

000 Mitgliedern im ČRDM organisiert, was ungefähr 6,7% der Kinder und Jugendlichen sind.

Der ČRDM ist leider noch nicht Mitglied des Europäischen Jugendforums.⁷ Trotzdem nutzt der ČRDM die Möglichkeit, auch die europäische Jugendpolitik zu beeinflussen. Er tut dies durch zahlreiche internationale Aktivitäten und pflegt engen Kontakt zum Slowakischen Jugendrat (RMS), der bereits Mitglied im Europäischen Jugendforum ist.

206

Eine wichtige Rolle bei der Interessenvertretung der tschechischen Jugend hat auch das Nationale Kinder- und Jugendparlament (NPDM) – ein Projekt des Programms „Partizipation“ bei der Jugendorganisation Duha. Das Nationale Kinder- und Jugendparlament wurde 1997 nach französischem Vorbild begründet. Es ist die Dachorganisation vieler Kinder- und Jugendparlamente in Tschechien und stellt eine wichtige Plattform des Austauschs und der Vernetzung dar. Das NPDM arbeitet politisch unabhängig nach geltenden demokratischen Prinzipien.

Da nicht alle, besonders die neu entstehenden Parlamente, am NPDM teilnehmen wollen, existieren auch andere Organisationen und Strukturen, die die Arbeit von Jugendparlamenten fördern (wie zum Beispiel Gemini).

Das NPDM wurde in den letzten Jahren ausnahmslos ehrenamtlich geführt und hat darum auch als Projekt im Ganzen in der Außensicht ein bisschen stagniert. Dennoch besitzt die direkte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ein gutes Ansehen auf allen Ebenen. Darum hat das NPDM auch eine gute Position in der Gesellschaft und hat etwa in letzter Zeit eine

Kooperation mit dem neuen Ministerium für Menschenrechte und Minderheiten begonnen. Der größte Erfolg unter anderem auch des NPDM ist die Durchsetzung des mittlerweile im Schulgesetz verankerten Rechts auf die Gründung von Schulparlamenten.

Arbeitsgruppe Partizipation

Die Forschungen der letzten Jahre zeigen, dass die Situation der Jugendpartizipation in Tschechien mittlerweile recht komplex und zunehmend unübersichtlich ist (vgl. Houška 2006: 19). Einerseits ist es ein gutes Zeichen, dass es mehr und mehr Aktivitäten und Akteure gibt, die die junge Generation im Bereich Jugendbeteiligung unterstützen und dass Partizipation als eine wichtige Methode der Jugendarbeit wahrgenommen und anerkannt wird. Andererseits kann diese Unübersichtlichkeit zu überflüssigen Doppelstrukturen und zur Verschwendung von Geldern führen. Darum wurde im September 2009 die Arbeitsgruppe Partizipation unter der Koordination des Nationalinstituts für Kinder und Jugend (NIDM) erneuert. Einen ersten Versuch hatte es bereits 2006 gegeben, die Arbeitsgruppe konnte jedoch die an sie gestellten Anforderungen nicht verwirklichen und wurde wieder aufgelöst. Auch aktuell sind die Ziele der Arbeitsgruppe noch nicht genau festgelegt. Es steht aber fest, dass es zu ihrer Aufgabe gehören wird, die wichtigsten Akteure im Feld Partizipation zusammenzubringen, ihre Arbeit an freie Basis zu koordinieren und zu verknüpfen. Daneben sollen Vorschläge für eine zukünftige Konzeptionierung einer partizipationsfördernden Politik gemacht werden.

Staatliche Vorstellungen von Jugendpolitik und Partizipation

Partizipation ist zusammen mit aktiver Bürgerschaft eines von fünf Hauptzielen der aktuellen „staatlichen Politik für den Bereich Kinder und Jugend in der Periode 2007 – 2013“. Die Konzeption geht unter anderem auch auf die Prinzipien der Offenen Methode

7 Ein erstes Beitrittsesuch an das Europäische Jugendforum schickte der ČRDM im Jahre 2004. Dieses wurde im März 2005 mit dem Hinweis auf einen Mangel bei der inneren Demokratie und fehlender Offenheit allen Jugendorganisationen im Land gegenüber suspendiert. Eine nachträgliche Analyse zeigt, dass die Vorwürfe des Jugendforums nicht haltbar waren und aufgrund nicht vollständiger Informationen entstanden sind. Anfang des Jahres 2009 schickte der ČRDM ein neues Beitrittsesuch, über das nach weiteren Verzögerungen im April 2010 entschieden werden soll.

der Koordinierung (OMK) auf europäischer Ebene und ihre Beschlüsse zurück. Praktische Aufgaben im Bereich Partizipation haben die vier folgenden Ministerien – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Ministerium für lokale Entwicklung, Umweltministerium und Innenministerium. Partizipation spielt aber auch im Formalen Bildungssystem eine Rolle, in dem in den letzten Jahren eine große Curriculumsreform⁸ umgesetzt wird.

Förderung der Jugendbeteiligung in Tschechien

Staatliche Gelder sind in der Jugendabteilung in fünf Programme unterteilt:

1. Regelmäßige Tätigkeit der NROs.
2. Unterstützung ausgewählter Projekte mit nichtorganisierten Kindern und Jugendlichen.
3. Investitionen in Außerschulische Bildung junger Menschen.
4. Außerordentliche Maßnahmen – wie etwa 2008/2009 die Kampagne „Europa mit jungen Augen“.
5. Unterstützung von Jugendinformationszentren.
6. Zusätzlich werden spezielle Mittel für die Integration von Roma und die Unterstützung von talentierten (kognitiv begabten) jungen Leuten zur Verfügung gestellt.

Die europäischen Fördermittel aus den Programmen JUGEND (2000–2006) und JUGEND IN AKTION (2007–2013) spielen eine besondere Rolle in der tschechischen Jugendarbeit. Das Programm JUGEND eröffnete 23.075 jungen Leuten die Möglichkeit, an überwiegend internationalen Projekten teilzunehmen. Die Auswertung des Programms in

Tschechien im Sinne der nicht formalen Bildung war sehr positiv und insbesondere die Partizipation junger Menschen wurde als sehr sinnvoll eingestuft. Leider stehen im Programm JUGEND IN AKTION weniger Mittel für Tschechien zur Verfügung, dennoch gibt es Bestrebungen von tschechischer Seite, die Finanzen zu erhöhen.

Tschechien gehört seit 2001 ebenfalls zu den Ländern, in denen das Programm „Make a Connection!“ (Připoj se! oder MaC) von Nokia realisiert wird. Ähnlich wie die Jugendinitiativenförderung im Rahmen des Programms JUGEND IN AKTION soll MaC die Jugendlichen motivieren, eigene Kleinprojekte durchzuführen.

Darüber hinaus gibt es verschiedene Stiftungen, die Jugendlichen und Jugendorganisationen helfen, ihre Projekte zu realisieren, wie etwa die Vodafone Stiftung, ČEZ Stiftung, Eon Stiftung, Telefónica Stiftung sowie mehr als 20 weitere kleinere, lokale oder sehr spezifisch-orientierte Stiftungen⁹.

Die Haltung der jungen Tschechen zu Partizipation, Information und gesellschaftlichen Problemen

In Tschechien werden die Meinungen und Einstellungen der jungen Generation in regelmäßig vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Auftrag gegebenen und vom NIDM durchgeführten Umfragen erfasst. Daneben gibt es auch Untersuchungen und Umfragen von NROs und privaten Organisationen. Im letzten Jahr wurden im Rahmen des nationalen Projektes „Schlüssel für das Leben“ auch sehr systematische Forschungen in verschiedenen Jugendbereichen durchgeführt.

⁸ Diese lang diskutierte Reform soll Änderungen in Inhalten und Zielen der Bildung umsetzen. Neben Informationsbildung sollen die Schulen auch die Informationsbearbeitungsfähigkeiten und die Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen im 21. Jahrhundert beibringen.

⁹ Diese haben meist nur lokale Wirkung und fördern oft nur Individuen oder spezielle Gruppen, ihre Wirkung auf nationaler Ebene ist also sehr begrenzt, dennoch sind sie als Instrumente der Partizipationsförderung von Bedeutung.

Die Statistiken und Forschungen zeigen eine relativ niedrige Anzahl von aktiven Jugendlichen. In Jugendorganisationen sind ca. 200.000 Kinder und Jugendliche organisiert, davon in jugendpolitischen Organisationen nach Schätzungen nur etwa 3000, bei den Akademischen Senaten und Studentenkammern von Hochschulen und Universitäten sind es ca. 1000 engagierte Studenten.

Am problematischsten ist die Schätzung der Beteiligung in Jugendparlamenten und Kinder- und Jugendkammern¹⁰ auf lokaler Ebene – die einzige offizielle Statistik wurde im Jahre 1999 gemacht und ergab eine Zahl zwischen 500 - 700 aktiven Beteiligten. Seit dieser Zeit gab es einen Boom neuer Aktivitäten. Hier sind Erhebungen zu Teilnehmerzahlen meist nicht möglich.

Was das Interesse von jungen Leuten an Kandidatenlisten bei Wahlen angeht, so ist eine sinkende Tendenz zu verzeichnen (vgl. Šolc 2007: 26).

Die meisten jungen Tschechen sind in Sportorganisationen oder -vereinen (27%), Freizeitvereinen (13%) und Kultur-, Tanz- oder Musikvereinen (11%) engagiert. Im Bereich gesellschaftliche und politische Partizipation zeigen letzte Forschungen eine aktive Beteiligung von 7% bei Schüllerräten und Kinder- und Jugendparlamenten, 2% bei Akademischen Senaten, 2% bei Politischen Parteien, 1% bei jugendpolitischen Organisationen und 1% bei Menschenrechtsorganisationen (vgl. Ipsos Tambor 2009: 44).

Die Partizipation in Schüllerräten und Kinder- und Jugendparlamenten wird von den jungen Tschechen sehr gut bewertet – 72% denken, dass es positive Auswirkungen hat, dennoch ist nur für 8% eine eigene Beteiligung interessant (vgl. Ipsos Tambor: 45–47).

10 Kinder- und Jugendkammern waren Organe auf lokaler und regionaler Ebene, in denen Jugendfragen diskutiert wurden. Die Jugendlichen waren beteiligt, aber nach einiger Zeit wurden die meisten Kammern in andere Abteilungen eingegliedert. Mittlerweile sind diese Strukturen nicht mehr aktiv.

Es ist nicht erstaunlich, dass alle Ergebnisse eine positivere Einstellung zu Partizipation bei den Kindern von Eltern mit höherer Bildung zeigen (vgl. z.B. Houška 2006, NIDM 2009).

Im Bereich der Information junger Menschen sieht es problematisch aus. Die letzten Forschungen zeigen, dass nur 24% der jungen Tschechen die Informationssysteme und -angebote bekannt sind¹¹. 11% der Jugendlichen kennen sie zwar, nutzen sie aber nicht. Mit dem Alter und dem Ausbildungsgrad steigen die Zahlen. An Hochschulen und Universitäten nutzen 32% die bestehenden Angebote, an Schulen (bis 15 Jahre) nur 17% der Jugendlichen. Die Nutzer dieser Systeme bewerten das Angebot überwiegend sehr positiv (vgl. Ipsos Tambor 2009: 15–16).

Die Möglichkeit, seine eigene Meinung zu äußern, wird in der Schule von 62% der Jugendlichen als positiv wahrgenommen, auf der Arbeitsstelle von 52%, auf der lokalen Ebene nur noch von 16%, auf staatlicher Ebene von 9% und schließlich auf europäischer Ebene lediglich von 7%. Gar keine Möglichkeit der Meinungsäußerung sehen 7% in der Schule, 5% auf der Arbeitsstelle, 37% auf lokaler Ebene, 47% auf staatlicher Ebene und 56% auf europäischer Ebene. Die wichtigsten Themen der befragten Schüler an Mittelschulen (ca. 15–19 Jahre) sind:

- a) auf lokaler Ebene: 1. Kulturmangel, 2. Zusammenleben mit Roma, 3. Verkehrssituation,
- b) auf staatlicher Ebene: 1. Politische Repräsentation (!), 2. Arbeitslosigkeit, 3. Zusammenleben mit Roma,
- c) auf globaler Ebene: 1. Kriege und Konflikte, 2. Krankheiten, 3. Terrorismus, (4. Globale Erwärmung).

Etwa 80% der Jugendlichen denken, dass sie gar keinen Einfluss auf die Lösung von Problemen haben.

11 In CZ gibt es 39 Jugendinformationszentren sowie zahlreiche Webportale wie etwa Adam.cz, EURODESK, Europäisches Jugendportal auf Tschechisch und verschiedene Zeitschriften bei Institutionen, NROs und Jugendzentren.

Etwa 10 % denken, dass sie Probleme beeinflussen können, aber wollen es nicht und schließlich denken weitere 10 %, dass sie Einfluss haben und auch bereit sind, daran zu arbeiten (vgl. MillwardBrown 2009). Insgesamt ist festzustellen, dass im Vergleich zu den schon länger bestehenden und funktionierenden Demokratien die politische und gesellschaftliche Partizipation der Jugendlichen in Tschechien niedriger ausfällt (vgl. Šolc 2008: 36).

Themen der Partizipation

Die aktiven jungen Tschechen zeigen gegenwärtig hohes Interesse an Themen wie Freiwilligenarbeit und deren gesellschaftliche Anerkennung, Anerkennung und Entwicklung der nicht formalen Bildung, Unterstützung von talentierten Jugendlichen, Schul- und Reform des Staatsabiturs, Jugendarbeit und ihre Anerkennung, Kinderrechtskonvention, Jugendpartizipation, Jugendmedienschutz, Strafmündigkeit und ähnliche.¹² Dagegen wurde von Jugendlichen bis jetzt zum Beispiel kaum eine Forderung formuliert, die Altersgrenze des Wahlrechts zu senken.

Beispiele Guter Praxis und ausgewählte aktuelle Projekte

Projekt „Klíče pro život“ („Schlüssel für das Leben“)

Das landesweite Projekt „Schlüssel für das Leben – Entwicklung von Schlüsselqualifikationen in der Freizeit- und nicht formalen Bildung“ wird seit dem 1. April 2009 vom NIDM und dem Ministerium für das Schulwesen, Jugend und Sport realisiert. Die Zielgruppe sind Pädagogen, Kinder- und Jugendarbeiter sowie Kinder und Jugendliche selbst. Im Projekt geht es um verschiedene Bereiche – Forschung, Standardisierung nicht formaler Bildungsorganisationen, Bildungs-

system der Freizeitpädagogik, Querschnittsthemen (Interkulturalität, Freiwillige Arbeit, Partizipation, Integration von Kindern mit speziellen Bedürfnissen, Medien und Medienpädagogik), Lebenslanges Lernen von Jugendarbeitern, Unterstützung der Jugendinformationssysteme und Anerkennung nicht formalen Lernens. Im Bereich Partizipation und Information sind folgende Bausteine geplant: Bildungsmodul mit „Blended E-Learning“-Kursen, Netzwerk von vierzehn regionalen Fachberatern, Paket von Bildungsprogrammen für Kinder und Jugendliche beziehungsweise ihre Betreuer, Sammlung von Beispielen Guter Praxis und Entwürfe für ein System von legislativen Maßnahmen.

Projekt „Sailors on the Citizenship“

Es geht um einen internationalen Trainingkurs für Jugendarbeiter mit dem Ziel der Verbesserung und Weiterentwicklung der nicht formalen Bildung in den Bereichen Bürgerschaft und europäische Bürgerschaft. Auf einer Projektwebsite in englischer Sprache können verschiedene Materialien, Methoden, Workshopunterlagen sowie Bildungsspiele heruntergeladen werden (siehe <http://www.sailorstraining.eu/tools.htm>). Das Projekt wird getragen von der Liberecká občanská společnost (LOS), einer kleinen Freiwilligenorganisation, die auf lokaler, regionaler sowie europäischer und globaler Ebene tätig ist, und gefördert aus dem Programm JUGEND IN AKTION.

Projekt „Kdo jiný?“ („Wer sonst?“)

Das Projekt „Kdo jiný?“ („Wer sonst?“) wird von der größten tschechischen NRO „Člověk v Tísni“ („Menschen in Not“) an den tschechischen Mittelschulen organisiert. Es geht um die Weiterentwicklung des Filmprojektes „Jeden svět na školách“ („Eine Welt in den Schulen“). Den Schulen werden Filme mit Menschenrechts- und Sozialthemen lokalen sowie globalen Charakters zur Verfügung gestellt. Wenn die Schüler nach den Filmvorführungen Interesse an eigenen

12 Vgl. Dokumente und Websites des ČRDM und NPDM, nur teilweise repräsentativ.

Aktionen haben, können sie ein Projekt planen und nach der Begutachtung dafür auch Fördermittel für die Durchführung bekommen. Es wird auch an einem Handbuch mit guten Beispielen gearbeitet, einige wurden schon präsentiert. Die Website des Projektes bietet auch Informationen auf Englisch an (siehe <http://www.oneworldinschools.cz/index2en.php>).

Partizipation während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft 2009

210

Auch die tschechische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 brachte viele Möglichkeiten für junge Leute, sich zu engagieren. Das tschechische Team der Präsidentschaft war wohl eines der jüngsten, das es jemals in der EU gegeben hat. Viele „Top-Manager“ waren unter 30 Jahre alt. Studenten an Hochschulen bekamen zusätzlich die Möglichkeit, als so genannte Verbindungsoffiziere auf Regierungs- und Ministerialebene zu fungieren. Es wurden insgesamt 69 Studenten ausgewählt, die dann zum Beispiel auch an der Umsetzung des EU-USA-Summit, als Obama in Prag war, mitarbeiteten.

Weitere Beteiligungsmöglichkeiten für junge Leute gab es in der Vorbereitung von Tagungen mit jugendpolitischen Fragen. Verschiedene Politiker und NROs organisierten Konferenzen, die sich an jugendliche richteten.

Der Kinder- und Jugendrat und das Ministerium organisierten eine spezielle Jugendkampagne „Europa mit jungen Augen“, die Fördermittel für eigene Projekte von Jugendlichen zur Verfügung stellte. Es wurden auch zwei Jugendkonferenzen organisiert zu den Themen „Grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeit und Neuer Rahmen für die Europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich“ (EU Presidency Youth event).

„4 Regions 4 Youth“

„4 Regions 4 Youth“ ist ein Beteiligungsprojekt von vier Regionen mit internationaler Dimension. Es geht um mehr Beteiligung von jungen Leuten am politi-

schen Leben und um die Annäherung zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Zwischen zwei tschechischen und zwei slowakischen Regionen soll eine enge fachliche Kooperation im Bereich der Jugendarbeit entstehen. Es wird ein Handbuch für Partizipation in Selbstverwaltungen entstehen. Ende Januar 2010 hat eine gemeinsame Konferenz zu den spezifischen Bedingungen regionaler Partizipation junger Menschen stattgefunden.

Strukturierter Dialog in der Tschechischen Republik

Der tschechische Kinder- und Jugendrat bereitet ein landesweites Projekt zum Strukturierten Dialog mit der Jugend vor. Es soll Elemente der e-Partizipation, Netzwerkaufbau sowie reale Diskussionsveranstaltungen und Workshops miteinander verbinden, so dass sich möglichst viele junge Leute zu verschiedenen Themen äußern, sich engagieren und teilnehmen können. Die Themen sollen von den Jugendlichen selbst vorgeschlagen werden. Der Kinder- und Jugendrat übernimmt dann zusammen mit den Jugendlichen die Übermittlung der Ergebnisse an die politische Ebene sowie die Verbindung zum Strukturierten Dialog auf der EU-Ebene.

Zum Abschluss...

In der Tschechischen Republik hatte das Thema „Jugendpartizipation“ mit großen Startschwierigkeiten zu kämpfen, die größtenteils auf die gesellschaftliche Transformation zurückzuführen waren. Nach zehn Jahren des Übergangs bildete sich aber auch in Tschechien allmählich eine demokratische Jugendpolitik heraus und das Thema Jugendbeteiligung sowie generell Jugendaktivitäten wurden systematisch unterstützt. Der Bereich hat vielleicht noch nicht die Qualität und den Standard erreicht, der in westlichen und „älteren“ Demokratien vorhanden ist, dennoch gibt es nicht zuletzt auch durch kulturhistorische Gegeben-

heiten eine gute Basis für eine weitere positive Entwicklung in der Zukunft. Heute gibt es bereits zahlreiche große Beteiligungsprojekte und -maßnahmen, die diese Situation positiv beeinflussen werden. Obwohl diese Projekte meist in sehr spezifischen Kontexten und Bereichen angesiedelt sind, haben sie das Potenzial, die gesellschaftliche Debatte zum Thema Partizipation anzuregen und hauptsächlich junge Leute für Partizipation zu motivieren.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- ČSÚ (2009): Demographic Yearbook of the Czech Republic 2008, URL: <http://www.czso.cz/csu/2009edicniplan.nsf/engpubl/4019-09-2008>
- Fiala, P. (2001): Česká republika: transformující se nebo konsolidovaný politický systém? Pokus o aplikaci obecných kritérií a indikátorů konsolidace na český případ, in: Central European Political Studies Review, URL: <http://www.cepsr.com/clanek.php?ID=93>
- Good Business (2009): Young people in Europe: A Comparative Study, Good Business, London.
- Houška, T. (2006): Účast mladých lidí na politickém a společenském životě – 2006, Národní institut dětí a mládeže, Praha.
- Husák, J. (2009): Analýza aplikace Evropské politiky mládeže v České republice, Bakkalaureat Thesis, Masaryk University, Brno, URL: http://is.muni.cz/th/219065/fss_b/Jan_Husak_219065_Bak_JH_final.pdf?lang=en
- Ipsos Tambor (2009): Ipsos Tambor pro Národní institut dětí a mládeže. Informovanost a participace mládeže, Praha, URL: http://www.vyzkum-mladez.cz/registr_detail.php?kod=<=CZ&id=201
- MillwardBrown (2009): Jeden svět na školách. Zpráva o dotazníkovém šetření na středních školách podzim 2008/leden 2009, Člověk v Tísni, Praha, URL: http://www.jedensvetnaskolach.cz/download/pdf/jsnspdfs_249.pdf
- Šolc, Z. (2007): Mládež a politika: Formy a úroveň veřejné participace mládeže v ČR, Bakkalaureat Thesis, Masaryk University, Brno.
- Štursová, T./Bocan, M. (2006): Aktuální problémy mládeže generace ČR, NIDM, Praha.
- Vereinte Nationen(2003): AGENDA 21, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, überarbeitete Fassung, Deutsch von: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York, URL: http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf

Internetquellen und weiterführende Links

- EU Ratspräsidentenschaft Jugendkonferenz: <http://www.ye2009.cz>
- „Europa mit jungen Augen“: <http://www.evropamladymaocima.cz>
- JUGEND IN AKTION: <http://www.mladezvaki.cz>
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport: <http://www.msmt.cz>
- National Institut für Kinder und Jugend: <http://www.nidm.cz>
- Nationales Jugendinformationszentrum: <http://www.icm.cz>
- Nationales Netzwerk gesunder Städte: <http://www.nszm.cz>
- Programm Partizipation: <http://www.participace.cz>
- Sailors on the Citizenship: <http://www.sailorstraining.eu> <http://sailorstraining.blogspot.com/>
- „Schlüssel für das Leben“: <http://www.kliceprozivot.cz>
- Tschechischer Kinder- und Jugendrat: <http://www.crdm.cz>
- „Wer sonst?“: <http://www.jedensvetnaskolach.cz>
- Alle Online-Quellen wurden am 05.01.2010 zuletzt abgerufen.

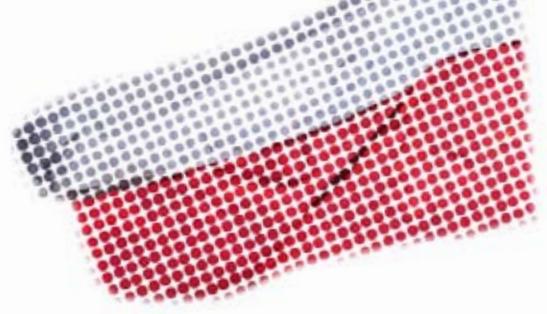
3.8

Jugendliche in Polen – ausgewählte Aspekte ihrer Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben

Bernadette Jonda

212

Die Orientierungen von Jugendlichen und ihre Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben sind interessant, weil sie viel aussagen über die Gesellschaften, in denen diese Jugendliche leben, über ihre Institutionen und die Wandlungen, die sich in ihnen vollziehen. Diese Wandlungen äußern sich sowohl in der Art und Weise, wie junge Menschen sich mit der Gesellschaft identifizieren, als auch darin, wie sie sich an ihrer Gestaltung beteiligen und welchen Beitrag sie für das Wohlergehen aller zu leisten bereit sind. Dabei sind sowohl Vergleiche zwischen zwei verschiedenen Zeitpunkten wie auch Vergleiche zwischen den Populationen aus verschiedenen Ländern besonders aufschlussreich. In dem vorliegenden Beitrag wird beides angestrebt. Zum einen wird Bezug auf eine Jugendstudie von 2001 genommen, die zeitgleich in Polen und in Deutschland realisiert worden ist und die auf verschiedene Lebensbereiche junger Menschen in beiden Ländern eingegangen ist (vgl. Kosela/Jonda 2005). Zum anderen werden die aktuellen Daten – teilweise schon aus dem Jahr 2010 – präsentiert, die den neuesten Befragungen des CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej/Public Opinion Research Center) entnommen worden sind und die die Meinungen junger Menschen in Polen, speziell von Schülern und Studenten, im Kontext der Antworten aller Befragten widerspiegeln.



Zunächst gilt festzuhalten, dass sich aufgrund der Studie von 2001 zwischen den polnischen und deutschen Jugendlichen sowohl große Ähnlichkeiten als auch große Unterschiede konstatieren lassen, beispielsweise in den Einstellungen zu diversen Lebensbereichen. So sind Familie und Freunde sowohl in Polen wie in Deutschland sehr wichtig, jedoch wird in Polen Familie als wichtiger erachtet als Freunde, in Deutschland ist dies umgekehrt (vgl. Abbildung 1).

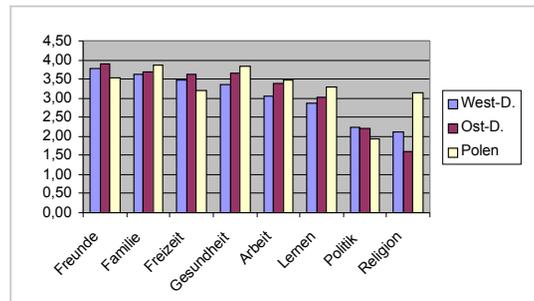


Abbildung 1: Wichtigkeit der Lebensbereiche im Ländervergleich. Vergleich der Mittelwerte¹ (4 = sehr wichtig, 1= überhaupt nicht wichtig)

¹ Alle Abbildungen und Tabellen, die in dem Text nicht explizit mit Quellennachweisen versehen sind, basieren auf den Ergebnissen der eigenen Studie „Junge Polen und junge Deutsche im neuen Europa“, die 2001-2005 in Kooperation mit den Wissenschaftlern der Universität Warschau realisiert worden ist (vgl. Kosela/Jonda 2005).

Auch in der Einschätzung der Politik sind junge Polen und junge Deutsche nicht sehr weit voneinander entfernt: In der Feststellung einer geringen Wichtigkeit dieses Lebensbereichs sind sie sich relativ einig (vgl. Tabelle 1). Doch während Politik für junge Polen absolut an der letzten Stelle der Wichtigkeitsskala liegt, bekennen sich junge Deutsche dazu, dass für sie die Religion am wenigsten wichtig ist. Im Stellenwert von Religion sind die größten Unterschiede zwischen jungen Polen und jungen Deutschen zu sehen.

Die Erkenntnis über das politische Desinteresse mag überraschend sein, werden doch die Polen in Europa als ein Volk gefeiert, dessen politisches Engagement in den 1970er und 1980er Jahren zu den weitreichen-

den Umwälzungen auf der politischen Bühne Europas beigetragen hat, die ihren Ausdruck im Fall der Berliner Mauer fanden.

Doch die jungen Polen zu Beginn des 21. Jahrhunderts standen Streiks und anderen ähnlichen Formen der politischen Beteiligung ziemlich distanziert gegenüber. Die Studie ergab, dass zwar die Hälfte der befragten polnischen Jugendlichen die Möglichkeit, sich an einer legalen beziehungsweise genehmigten Demonstration zu beteiligen, in Erwägung ziehen würde, jedoch gaben 38% an, sie würden „das nie, unter keinen Umständen tun“ (in Deutschland waren es entsprechend 59% und 15% in Westdeutschland sowie 52% und 13% in Ostdeutschland). Lediglich

Tabelle 1: Ergebnis der Beantwortung der Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“ (in %)

	Polen	Ostdeutschland	Westdeutschland
Sehr	2,9	9,7	5,0
Eher ja	24,9	33,0	33,3
Eher nicht	38,5	39,6	45,6
Überhaupt nicht	32,2	17,6	14,9
Verweigert/Weiß nicht	1,5		1,2

Tabelle 2: Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen (in %)

	Polen		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Schon einmal beteiligt	13,9	13,3	54,3	69,9	39,1	50,4
Könnte das vielleicht einmal tun	47,8	51,0	34,3	26,8	49,0	39,5
Würde das nie, unter keinen Umständen tun	30,3	27,1	7,6	1,6	6,6	4,8
Weiß nicht	7,9	7,9	3,8	1,6	5,3	5,3

Tabelle 3: Protestbrief schreiben (in %)

	Polen		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Schon einmal beteiligt	4,3	4,1	22,1	17,9	14,6	21,0
Könnte das vielleicht einmal tun	47,5	52,5	45,2	67,5	60,3	57,0
Würde das nie, unter keinen Umständen tun	41,2	35,0	23,1	7,3	15,8	14,9
Weiß nicht	6,9	7,9	9,6	7,3	9,4	7,1

4,4 % der männlichen und 2,5 % der weiblichen polnischen Jugendlichen haben sich schon einmal an einer Demonstration beteiligt. Hier wird der Kontrast zu dem Verhalten von Jugendlichen in Deutschland besonders markant, wo 17,2 % der männlichen und 16 % der weiblichen westdeutschen und 34 % der männlichen und 26 % der weiblichen ostdeutschen Jugendlichen bereits an einer legalen beziehungsweise genehmigten Demonstration teilgenommen haben.

214

Nicht einmal an einer in der Demokratie so harmlosen Form des politischen Engagements wie der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung oder dem Schreiben von Protestbriefen haben sich annähernd so viele polnische wie deutsche Jugendliche bereits beteiligt (vgl. Tabellen 2 und 3).

Die Bereitschaft, sich gegen etwas aufzulehnen oder gegen etwas vorzugehen, scheint also bei den polnischen Jugendlichen weniger ausgeprägt als bei den deutschen zu sein. Bedeutet dies, dass sie mit den bestehenden Verhältnissen in ihrem Land sehr zufrieden sind? Geprägt sind diese Verhältnisse in erster Linie durch die Tatsache, dass in Polen – so wie in der ehemaligen DDR und anderen ehemals sozialistischen Ländern – sich vor über 20 Jahren ein anderes politisches System zu etablieren begonnen hatte. Ohne einen aktiven Widerstand der Bevölkerung wäre dies nicht möglich gewesen. Gefragt im Jahr 2001 ob „Ihrer Meinung nach unser demokratisches System es wert ist, dass man es verteidigt oder nicht“, hatten sich

lediglich sechs von zehn Jugendlichen hierzu positiv geäußert. Damit hatten sie damals eine ähnliche Einstellung zum demokratischen System geäußert, wie die Befragten in den neuen Bundesländern. Diese Zustimmung lag gut 20 Prozentpunkte unter der der westdeutschen Jugendlichen (vgl. Tabelle 4).

Lediglich 41 % aller befragten Jugendlichen in Polen stimmten 2001 der Aussage „Demokratie ist allen anderen Regierungsformen überlegen“ zu. In Deutschland waren es 67 % in West- und 48 % in Ostdeutschland. Ähnlich groß war dagegen in allen drei Untersuchungsgebieten die Zustimmung zur Aussage „Manchmal kann eine nicht demokratische Regierung angebrachter sein als eine demokratische Regierung“, nämlich 16 % in Polen, 15 % in West- und 17 % in Ostdeutschland.

Ein Drittel der Befragten in Polen – und somit fast fünfmal so viele wie in Westdeutschland – war der Meinung „Für solche Menschen wie mich ist es im Grunde genommen ohne Bedeutung, ob die Regierung demokratisch oder nicht demokratisch ist“ (vgl. Tabelle 5). Die polnischen (und ebenso die ostdeutschen) Jugendlichen besitzen viel weniger prodemokratische Überzeugungen als die westdeutschen Jugendlichen, die sowohl überzeugt sind von der Überlegenheit der Demokratie über die anderen Regierungsformen wie auch davon, dass es sich lohnt, die existierende demokratische Ordnung zu verteidigen. Die Differenz von gut 20 % zwischen den Ju-

Tabelle 4: Antworten auf die Frage: „Ist Ihrer Meinung nach unser demokratisches System es wert, dass man es verteidigt oder nicht?“ (in %)

	Polen		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Ja, ist es wert	63	58	60	63	83	81
Nein, ist es nicht wert	20	18	23	19	3	5
Weiß nicht	16	23	11	18	12	13
	1	1	6		2	1

gendlichen aus Polen sowie Ostdeutschland und den jungen Menschen aus Westdeutschland lässt sich als das „spezifische Maß der Belastung durch den Kommunismus“ (Grabowska 2006: 65) betrachten. Während das Leben in einer relativ stabilen Demokratie prodemokratische Einstellungen begünstigt, erzeugt die sozialistische Vorgeschichte des demokratischen Polens zwar im Allgemeinen die Ablehnung der kommunistischen Vergangenheit, ebenso aber ein niedriges Akzeptanzniveau für die Demokratie und ein Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie eine „mehrdimensionale Apathie“ (Grabowska 2006: 73).

Hier gilt es anzumerken, dass in der Studie 2001 die Befragten nur eine der drei Antwortmöglichkeiten wählen konnten. In der Befragung vom CBOS zum Thema „Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen“ von 2009 gab es dagegen diese Einschränkung nicht und die Befragten konnten sich zu jedem dieser Statements gesondert äußern, insofern ist ein direkter Vergleich der Daten von 2001 und 2009 nicht unproblematisch. Aufschlussreich ist die Betrachtung der Ergebnisse von 2009 dennoch (vgl. Tabelle 6), vor allem, wenn man die Antworten der 18- bis 24-Jährigen und speziell von Schülern und Studenten vor dem Hintergrund der Antworten der ge-

Tabelle 5: Einstellung zu Demokratie allgemein (in %)

	Polen	Ostdeutschland	Westdeutschland
Demokratie ist allen anderen Regierungsformen überlegen	41	48	67
Manchmal kann eine nicht demokratische Regierung angebrachter sein als eine demokratische Regierung	16	17	15
Für solche Menschen wie mich ist es im Grunde genommen ohne Bedeutung, ob die Regierung demokratisch oder nicht demokratisch ist.	34	14	7
Weiß nicht/keine Angaben	9	21	10

Tabelle 6: „Sind Sie mit der folgenden Aussage bezüglich der Demokratie einverstanden?“ (in %)

		N	Ja	Nein	Schwer zu sagen
Die Demokratie ist allen anderen Regierungsformen überlegen	Alle Befragten	1088	68	14	18
	18- bis 24-Jährige	160	70	17	13
	Schüler/Studenten	109	75	15	10
Manchmal kann eine nicht demokratische Regierung angebrachter sein als eine demokratische Regierung	Alle Befragten	1086	35	40	25
	18- bis 24-Jährige	160	43	34	23
	Schüler/Studenten	109	47	33	19
Für solche Menschen wie mich ist es im Grunde genommen ohne Bedeutung, ob die Regierung demokratisch oder nicht demokratisch ist	Alle Befragten	1088	33	53	14
	18- bis 24-Jährige	160	30	58	12
	Schüler/Studenten	109	25	64	11

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Daten des CBOS, siehe Forschungsbericht „Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen“ [Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce] vom Februar 2009 (BS/20/2009, S. 17-19)

samten Bevölkerung in den Blick nimmt: Zum einen fällt die Tatsache auf, dass junge Menschen mit hohen Bildungsaspirationen in Polen häufiger angeben, die Demokratie als allen anderen Regierungsformen überlegen zu betrachten, als dies die Allgemeinheit tut, und dass sie seltener als der Rest der Bevölkerung keine Meinung dazu haben.

Auch ist die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie in Polen funktioniert, besonders bei den jungen Menschen mit guter Bildung vergleichsweise hoch: Lediglich ein Drittel ist damit nicht zufrieden, in der Gesamtbevölkerung ist es dagegen fast jeder Zweite (vgl. Tabelle 7).

216

Auch wenn die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Polen bei den jungen Befragten re-

lativ hoch ist, so sind doch die meisten der Meinung, sie hätten keinen Einfluss auf die Geschehnisse ihres Landes (vgl. Tabelle 8). Entwicklungen in Stadt und Gemeinde beeinflussen zu können, meint aber immerhin jeder zweite Schüler beziehungsweise Student.

An dieser Stelle ist erneut der Blick in die Vergangenheit interessant. Auch wenn die Daten aufgrund der unterschiedlichen Stichproben nicht exakt vergleichbar sind, so sind gewisse Tendenzen doch bemerkenswert. Beispielsweise war 2001 die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren – und zwar ohne bedeutende Geschlechterunterschiede – der Meinung, die Regierung solle mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder Bürger abgesichert ist. Auf einer 10er-Skala (10: Verantwortung der Regierung, 1: Verantwortung

Tabelle 7: „Sind Sie – ganz allgemein – damit zufrieden oder unzufrieden, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert?“ (in %)

	N	Ich bin zufrieden	Ich bin nicht zufrieden	Schwer zu sagen
Alle Befragten	1085	42	49	10
18- bis 24-Jährige	160	56	33	11
Schüler/Studenten	109	60	33	7

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Daten des CBOS, siehe Forschungsbericht „Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen“ [Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce] vom Februar 2009 (BS/20/2009, S. 20)

Tabelle 8: „Haben Ihrer Meinung nach Menschen wie Sie Einfluss auf die Geschehnisse des Landes und Ihrer Stadt, Gemeinde?“ (in %)

		N	Ja	Nein	Schwer zu sagen
Menschen wie ich haben Einfluss auf die Geschehnisse ihres Landes	Alle Befragten	1089	25	72	3
	18- bis 24-Jährige	160	33	63	3
	Schüler/Studenten	109	38	59	5
Menschen wie ich haben Einfluss auf die Geschehnisse ihrer Stadt und Gemeinde	Alle Befragten	1089	42	55	3
	18- bis 24-Jährige	160	47	48	3
	Schüler/Studenten	109	51	44	5

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Daten des CBOS, siehe Forschungsbericht „Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen“ [Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce] vom Februar 2009 (BS/20/2009, S. 13-14)

der Bürger) haben lediglich knapp 14% der männlichen und 16% der weiblichen Befragten in Polen angegeben, die Bürger sollten mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen. In Ostdeutschland waren es jeweils 29% und in Westdeutschland entsprechend 38% und 43% (vgl. Tabelle 9).

Auch hinter diesen Antworten verbirgt sich das kommunistische Erbe. Es ist anzunehmen, dass sein Einfluss mit der Zeit abnehmen wird. Doch wird man bei

der Betrachtung der politischen Partizipationsfähigkeit gewiss noch eine Zeit lang neben entwicklungspsychologischen und sozialisationstheoretischen Theorien auch den Kontext des Systemswechsels berücksichtigen müssen (vgl. Grabowska 2005: 132). Bereits neuere Befragungen – wie zum Beispiel die Umfrage von CBOS im Januar 2010 über das gesellschaftliche Engagement der Polen – zeigen, dass die Übernahme von Verantwortung für Gemeinwesen und Gesellschaft und die Einsicht in die eigene Fä-

Tabelle 9: Regierungsverantwortung für Privatwohl (in %)

	Polen		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Mehr Verantwortung der Regierung für Absicherung der Bürger	26,3	26,2	27,8	13,1	6,4	5,1
2	17,6	18,2	11,3	15,6	10,6	10,2
3	17,5	15,6	16,5	27,9	18,2	16,1
4	12,1	12,4	8,2	8,2	13,0	9,1
5	12,6	11,4	7,2	6,6	13,5	16,4
6	4,3	3,9	10,3	8,2	10,8	10,5
7	3,2	3,1	9,3	8,2	8,1	7,8
8	2,3	4,7	3,1	6,6	11,5	12,6
9	1,8	2,1	2,1	4,1	6,1	7,0
Mehr Verantwortung der Menschen für sich selbst	2,2	2,4	4,1	1,6	1,7	5,1

Tabelle 10: „Welcher der hier angegebenen Meinungen stimmen Sie zu?“ (in %)

	N	Menschen wie ich sind – auch wenn sie sich mit anderen zusammenschließen – nicht imstande, Hilfsbedürftigen zu helfen oder die Probleme ihres Umfeldes, ihrer Siedlung, ihres Dorfes oder ihrer Stadt zu lösen	Menschen wie ich können – wenn sie sich mit anderen zusammenschließen – Hilfsbedürftigen helfen oder einige Probleme ihres Umfeldes, ihrer Siedlung, ihres Dorfes oder ihrer Stadt lösen	Schwer zu sagen
Alle Befragten	1052	25	66	9
18- bis 24-Jährige	143	24	72	4
Schüler/Studenten	101	14	84	3

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Daten des CBOS, siehe Forschungsbericht „Gesellschaftliches Engagement der Polen“ [Działalność społeczna Polaków] vom Januar 2010 (BS/10/2010, S. 17)

higkeit, Hilfsbedürftige unterstützen zu können, bei jungen Menschen in Polen und speziell bei Schülern und Studenten viel größer ist als in der Gesamtbevölkerung. Während jeder vierte befragte Pole der Meinung ist, Bedürftigen nicht helfen oder Probleme der Gemeinde nicht lösen zu können, gaben im Gegensatz dazu 84 % der befragten Schüler und Studenten an:

„Menschen wie ich können – wenn sie sich mit anderen zusammen schließen – den Hilfsbedürftigen helfen oder einige Probleme ihres Umfeldes, ihrer Siedlung, ihres Dorfes oder ihrer Stadt lösen“ (vgl. Tabelle 10).

218

Diese Einstellung korrespondiert mit der Haltung gegenüber der Aussage „Gegenwärtig muss man sensibler und bereiter zu Hilfe für andere Menschen sein“. Hier wird die Bereitschaft, auf andere zuzugehen, von 68 % der Schüler und Studenten bekundet (vgl. Tabelle 11). An dieser Stelle sei an die Information am Anfang erinnert, dass Religion eine sehr große Rolle im Leben der 2001 befragten Jugendlichen in Polen spielt. Nächstenliebe und somit auch die Sensibilität für die Nöte anderer sind immanente Bestandteile christlichen Glaubens, der sich in religiösen Überzeugungen polnischer Jugendlicher äußert. Andererseits sind die hohe Arbeitslosigkeit in Polen und somit die starke Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für viele Jugendliche in Polen (31 %) Grund genug zu meinen, gegenwärtig müsse man sich stärker auf den „Kampf

um die eigenen Sachen konzentrieren, ohne auf die Anderen zu achten“ (CBOS 2010b: 16).

Die Haltung, zum Engagement und zur Hilfe für andere Menschen bereit sein zu müssen, kam auch in der Studie von 2001 an verschiedenen Stellen zum Ausdruck, unter anderem in der Frage nach der Freizeitgestaltung. Der Unterschied zwischen den polnischen und den deutschen Jugendlichen war dabei auffallend groß. Während in Polen 68 % der männlichen und 80 % der weiblichen eher gerne und sogar sehr gern in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig waren, bekannten 52,4 % bis 58,5 % der befragten Jugendlichen in Deutschland, dass sie in der Freizeit überhaupt nicht ehrenamtlich tätig sind (vgl. Tabelle 11).

Die neueste Befragung (vgl. CBOS 2010), die auf das Thema des freiwilligen Engagements eingeht, bestätigt die 2001 bekundete Haltung: 57 % der befragten Schüler und Studenten gaben an, dass

„es schon mal vorgekommen [sei], dass [sie] freiwillig und unentgeltlich zugunsten [ihres] Umfeldes, der Kirche, der Wohnsiedlung, des Dorfes, der Stadt oder der Hilfsbedürftigen gearbeitet“

hätten. Jeder fünfte Schüler beziehungsweise Student hat 2009 als Freiwilliger gearbeitet (vgl. Tabelle 12).

Diese Tendenz zum ehrenamtlichen Engagement scheint sich in Polen zu festigen beziehungsweise zu

Tabelle 11: Antwort auf die Frage „Was machen Sie in Ihrer Freizeit?“, hier bezüglich der Bereitschaft, in der Freizeit ehrenamtlich tätig zu sein (in %)

In der Freizeit ehrenamtlich tätig sein	Westdeutschland		Ostdeutschland		Polen	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Sehr gern	7,4	6,5	14,4	5,7	15,8	23,1
Eher gern	13,9	17,2	11,5	17,1	52,6	56,6
Eher ungern	12,7	11,2	11,5	13,8	17,8	9,2
Gar nicht gern	13,6	10,9	8,7	4,9	4,3	2,2
Tue ich überhaupt nicht	52,4	54,2	53,8	58,5	9,6	8,9

verbreiten. Die Befragungen des CBOS bezüglich der Aktivitäten der Polen in bürgerlichen Organisationen, die alle zwei Jahre durchgeführt werden, belegen, dass die polnischen Bürger, allen voran Schüler und Studenten, sich immer stärker sowohl zugunsten des eigenen Umfelds oder hilfsbedürftiger Personen als auch in gesellschaftlichen Organisationen ehrenamtlich engagieren (vgl. Tabelle 13).

Diese Informationen gewinnen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Jugendlichen in Polen in der Vergangenheit wesentlich seltener in diversen gesellschaftlichen Organisationen vertreten waren als Jugendliche in Deutschland, besonders an Bedeutung. Die Abstinenz bezüglich des Engagements in den Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen war auch

in der Studie von 2001 sichtbar. Kaum ein polnischer Jugendlicher (0,3%) war aktives Mitglied in einer politischen Partei (in Deutschland waren es: in West: 3,0%; in Ost: 2,6%). In ökologischen Organisationen waren lediglich 1,3% aktiv tätig (ähnlich wenig wie in Deutschland; 1,4% beziehungsweise 0,9%) und in Kunst- bzw. Musikvereinen 3,2% (Westdeutschland 9,3%; Ostdeutschland 7,6%). In karitativen Organisationen engagierten sich 2001 aktiv 2,3% der befragten Jugendlichen (in Westdeutschland 2,8% und in Ostdeutschland 0,4%). Viele polnische Jugendliche waren aktiv in Sportvereinen und Freizeitorganisationen (11,6%), im Vergleich zu Deutschland, wo sich fast jeder Dritte (West 31%) beziehungsweise jeder Vierte (Ost 27,8%) zu einer aktiven Mitgliedschaft in einem Sportverein beziehungsweise einer Freizeitor-

Tabelle 12: Freiwilliges Engagement (in %)

		n	Ja	Nein
Ist es schon mal vorgekommen, dass Sie freiwillig und unentgeltlich zugunsten Ihres Umfeldes, der Kirche, der Wohnsiedlung, des Dorfes, der Stadt oder der Hilfsbedürftigen gearbeitet haben?	Alle Befragten	1052	54	46
	18- bis 24-Jährige	143	50	50
	Schüler/Studenten	101	57	43
Haben Sie in dem vergangenen Jahr freiwillig und unentgeltlich zugunsten Ihres Umfeldes gearbeitet?	Alle Befragten	1052	20	80
	18- bis 24-Jährige	143	24	76
	Schüler/Studenten	101	28	72
Haben Sie in dem vergangenen Jahr als Freiwillige(r) gearbeitet?	Alle Befragten	1052	6	94
	18- bis 24-Jährige	143	15	85
	Schüler/Studenten	100	20	80

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Daten des CBOS, siehe Forschungsbericht „Gesellschaftliches Engagement der Polen“ [Działalność społeczna Polaków] vom Januar 2010 (BS/10/2010, S. 19-21)

Tabelle 13: Personen, die sich ehrenamtlich engagieren (in %)

	Zugunsten des eigenen Umfelds oder hilfsbedürftiger Personen					In gesellschaftlichen Organisationen				
	2001	2003	2005	2007	2009	2001	2003	2005	2007	2009
Alle Befragten	19	24	23	20	20	21	24	23	20	28
18- bis 24-Jährige	13	26	22	20	24	28	30	25	23	24
Schüler/Studenten	23	26	25	19	28	32	33	31	25	43

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Daten des CBOS, siehe Forschungsbericht „Aktivitäten der Polen in bürgerlichen Organisationen in den Jahren 1998-2010“ [Aktywność Polaków w organizacjach obywatelskich w latach 1998-2010] vom Januar 2010 (BS/16/2010, S. 12)

ganisation bekannt hatte, ist dies allerdings eine geringe Anzahl. In einer Jugendorganisation², wie zum Beispiel den Pfadfindern, engagierten sich 7,2 % der Jugendlichen, ähnlich viele wie in Westdeutschland (8,4 %; in Ostdeutschland 4,4 %).

In den durch die Sozialwissenschaften oder Meinungsforschungsinstitute erforschten Einstellungen zur Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben geht es nicht nur um die Verbalisierung von Werthaltungen, Überzeugungen oder Bewertungen. Es geht auch um Verhaltensweisen und um konkretes Handeln. Zwischen ihnen und den Bekenntnissen kann bisweilen eine große Lücke klaffen. Einerseits können sich Bekenntnisse als gehaltlos erweisen (vgl. Grabowska 2006: 69). Andererseits kann das konkrete Leben die Ergebnisse empirischer Forschung übertreffen. Gerade die Situation in Polen im ersten Halbjahr 2010 liefert einige beachtenswerte Beispiele hierzu. In einer Zeit, in der die Nation in einen Schockzustand infolge der Flugzeugkatastrophe am 10. April 2010 bei Smolensk, bei der 96 Menschen, darunter der Staatspräsident und weitere wichtige Funktionsträger des Staates ums Leben kamen, geraten schien, waren es Tausende von jungen Polen – häufig Pfadfinder –, die ehrenamtlich verschiedene Dienste wahrgenommen haben; angefangen vom Ordnen der Blumen und Kerzen bis zu Betreuung von hilfsbedürftigen Trauenden.

In den Wochen danach, als weite Teile des Landes mit einer weiteren Katastrophe, der Flutwelle, konfrontiert wurden, waren auch junge Menschen dabei, die angepackt haben, sei es bei der Befestigung der Wasserschutzwälle, sei es bei Rettungsaktionen für Menschen und Tiere.

Gerade diese Beobachtungen – auch wenn es sich um Beispiele für das Engagement Jugendlicher in den eher singulären und katastrophenhaften Situationen handelt – scheint sich die oben beschriebene Tendenz der Festigung und Verbreitung von ehrenamtlichen Engagement polnischer Jugendlicher zu bestätigen.

Sich immer stärker sowohl zugunsten des eigenen Umfelds oder hilfsbedürftiger Personen zu engagieren muss dabei nicht unbedingt in institutionalisierten Formen geschehen. Vielmehr scheint sich vieles in Polen außerhalb von gesellschaftlichen Organisationen zu entwickeln. Dies zu verfolgen bleibt eine spannende Aufgabe in der Zukunft.

Literaturverzeichnis

- CBOS (2009): Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen [Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce], Forschungsbericht BS/20/2009 vom Februar 2009.
- CBOS (2010a): Aktivitäten der Polen in bürgerlichen Organisationen in den Jahren 1998-2010 [Aktywność Polaków w organizacjach obywatelskich w latach 1998-2010], Forschungsbericht BS/16/2010 vom Januar 2010.
- CBOS (2010b): Gesellschaftliches Engagement der Polen [Działalność społeczna Polaków], Forschungsbericht BS/10/2010 vom Januar 2010.
- Grabowska, Mirosława (2005): Młodzież wobec demokracji i polityki, in: Kosęła, Krzysztof/Jonda, Bernadette (2005) (Hrsg.): Młodzi Polacy i młodzi Niemcy w nowej Europie [Junge Polen und junge Deutsche im neuen Europa], Warszawa: Wydawnictwo IFIS PAN, 129-190.
- Grabowska, Mirosława (2006): Die Haltung von Jugendlichen zur Demokratie und Politik, in: Siellawa-Kolbowska, Ewa (Hrsg.): Junge Deutsche und junge Polen. Eine Chance für gute Nachbarschaft, Warszawa: Oficyna Naukowa, 61-80.
- Kosęła, Krzysztof/Jonda, Bernadette (Hrsg.) (2005): Młodzi Polacy i młodzi Niemcy w nowej Europie [Junge Polen und junge Deutsche im neuen Europa], Warszawa.

2 In Polen wurde dabei auch die Kategorie „Schülerselbstverwaltung“ berücksichtigt.

3.9

Jugendpartizipation in Finnland und Deutschland – Ergebnisse einer bilateralen For- schungskoope- ration



Eva Feldmann-Wojtachnia

„Einander mal necken, mal Achtung bezeugen,
gelegentlich auch Meinungsverschiedenheiten
austragen,
aber ohne Hass. Durch den selten vorkommenden
Streit die sonst meist bestehende Übereinstimmung
würzen;
einander belehren und voneinander lernen;
das ist es, was man an Freunden liebt.“

Aurelius Augustinus

Hintergründe

Unterschiedlicher kann die soziodemografische Ausgangslage zweier Länder wie Finnland und Deutschland für eine Forschungskooperation kaum sein. Es reicht, den Blick beispielsweise auf die Einwohnerzahl, das Schulsystem, die Gesellschaftsstruktur oder die Verfasstheit des politischen Systems zu richten um zu erkennen, wie konträr die Grundbedingungen für die jeweilige nationale Jugendpolitik und entsprechend für Strukturen und Prozesse der Jugendpartizipation sein können. So verwundert es nicht, dass auch die Ansätze zur Förderung der Jugendbeteiligung sehr unterschiedlich ausfallen. Dies gilt jedoch nicht für das grundsätzliche Partizipationsverständnis. Im Gegenteil, hier hat sich schon bei Beginn gezeigt, dass die gesellschaftspolitische Motivation und Begründung überraschend deckungsgleich in beiden Ländern angelegt sind. Ein interessantes Spannungsfeld, um im

Vergleich der relevanten Parameter zu untersuchen, wo und wie Akteure in beiden Ländern gewinnbringend voneinander lernen können.

Vor diesem Hintergrund wurde im November 2007 vom finnischen Unterrichtsministerium und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen erstmals im Rahmen der binationalen Zusammenarbeit auch eine Forschungskooperation zwischen beiden Ländern initiiert. Nach zweijähriger Arbeit konnte die einberufende Arbeitsgruppe im Frühjahr 2010 mit der gemeinsamen Studie „Jugendpartizipation in Finnland und Deutschland. Statusanalyse und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen“¹ erste Ergebnisse vorgelegen. Dieses Ergebnis rundet eine mehrjährige von IJAB begleitete und organi-

1 Autoren und Mitglieder des Forschungsteams dieser Studie, deren Ergebnisse hier in den Grundzügen dargestellt werden, sind auf finnischer Seite Anu Gretscher, Vappu Helmisaari, Tomi Kiilakoski (Finnish Youth Research Network), Aila-Leena Matthes (University of Jyväskylä, Kokkola University Consortium Chydenius), Pia Tasanko (Centre for Economic Development, Transport and the Environment for Uusimaa, Culture Unit) sowie auf deutscher Seite Eva Feldmann-Wojtachnia (Forschungsgruppe Jugend und Europa), Sigrid Meinhold-Henschel (Bertelsmann Stiftung) und Roland Roth (Fachhochschule Magdeburg-Stendal); der Beitrag stellt die Ergebnisse der Forschungskooperation auszugsweise und in komprimierter Form vor. Die Studie in vollem Umfang ist in englischer Sprache erschienen unter: http://www.ijab.de/downloads/download-arbeitsergebnisse/Researchers_Publication.pdf

sierte deutsch-finnische Fachkooperation ab, bei der beide Ministerien in Kooperation mit jugendlichen Vertretern von Jugendgemeinderäten und Verantwortlichen der kommunalen Jugendarbeit wie nun auch mit Jugendforschern beider Länder kontinuierlich am Thema Jugendpartizipation mit gemeinsamen Projekten arbeiteten.²

222

Die erste, deutsch-finnische Untersuchung leuchtet die Kinder- und Jugendpartizipation in beiden Ländern wissenschaftlich aus, wobei die Datenlage äußerst disparat und weder in Bezug auf die Altersgruppen und die Altersspanne, noch im Hinblick auf die Systematik der Datenerhebung oder hinsichtlich der Fragestellungen einheitlich ist. In diesem Sinne kann die Publikation keine Trennschärfe liefern, umso mehr, dass sie sich auf eine Sekundäranalyse beschränken muss. Dies hat auch zur Folge, dass mit „Jugendlichen“ im Allgemeinen junge Menschen von 14 bis 27 Jahren gemeint sind und hier nicht weiter differenziert werden kann. Insofern bietet die Untersuchung eher einen synoptischen, jedoch erstmalig systematischen Überblick, der übergeordnete Hinweise auf die unterschiedlichen Funktionen von Mitbestimmung und die jeweiligen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Beteiligung darstellt.

Auf europäischer Ebene erhielt diese Forschungssynopse politischen Rückenwind, als im November 2009 die Jugendminister der Europäischen Union mit der EU-Jugendstrategie³ einen neuen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit beschlossen, bei der die wissenschaftliche Begleitung und

Evidenzbasierung neue Eckpfeiler darstellen. Dieser nunmehr wissenschaftlich fundierte, strategische Politikansatz der „Evidenzbasierung“ bedeutet für die Gestaltung und Umsetzung der EU-Jugendpolitik, dass künftig bei der Bewertung von Problemen konkrete Daten und Fakten der Jugendforschung herangezogen werden. Grundlage für evidenzbasierte politische Entscheidungen sind somit empirische Untersuchungen und deren fachliche Evaluation. Relevante Instrumente einer solchen evidenzbasierten Politikanalyse sind in erster Linie die Etablierung von Indikatorsystemen zur Datengenerierung und ein komparatives Benchmarking zur Datenbewertung (vgl. Feldmann-Wojtachnia 2009).

In diesem Sinne kann die Studie „Partizipation von Jugendlichen in Finnland und Deutschland. Statusanalyse und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen“ als ein erster Versuch eingeordnet werden, der bereits im Vorgriff auf die EU-Jugendstrategie einen methodischen Ansatz zeigt, wie eine solche Zielsetzung in die Forschungspraxis umgesetzt werden kann. Die Untersuchung möchte eine Antwort darauf geben, welche übergeordneten Indikatoren bei der Bewertung von Jugendpartizipation als maßgeblich angesehen werden sollten und welches die markanten Erfolgsfaktoren sind.

Der gemeinsame Blick: Inhalt und Anlage der Studie

Wer voneinander lernen möchte, muss sehr genau wissen, wie es im anderen Land aussieht, wo die Gemeinsamkeiten und wo die Unterschiede liegen. Auf das gegenseitige Beschauen jedoch wollte sich das Forscherteam bei der Kooperation nicht beschränken. Vielmehr war es Ziel, eine übergreifende Perspektive einzunehmen, um gemeinsam die Situation in beiden Ländern zu untersuchen. Daher war es von Anfang an wichtig, diesem gemeinsamen Anspruch mit einer entsprechenden Forschungskonzepti-

2 Die Ergebnisse dieser drei Arbeitsgruppen wurden während der Konferenz „Stärkung der Demokratie – Beteiligung von Jugendlichen“ im Februar 2010 präsentiert und mit Teilnehmern aus Deutschland und Finnland sowie Gästen aus Belgien, Estland, Ungarn und der Ukraine diskutiert; ausführliche Dokumentation siehe: http://www.ijab.de/downloads/länderfachprogramme/finnland/Ergebniskonferenz_D-Finn_Dokumentation.pdf

3 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union Nr. C 311/1 vom 19.12.2009 DE.

on Rechnung zu tragen. Diese gliedert sich in drei aufeinander folgende, methodische Arbeitsschritte, denen die Einteilung in entsprechende Kapitel der Studie folgt:

Schritt 1: Gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Rahmensetzung – Generierung eines generellen Überblicks über die Demokratieentwicklung und Jugendpartizipation in Finnland und Deutschland

In diesem Kapitel werden einleitend die grundlegenden, jeweils aktuellsten Basisdaten und Hintergrundinformationen zur Situation in beiden Ländern dargelegt. Anschließend formulieren die Autoren ein gemeinsames Partizipationsverständnis, welches der Studie als demokratietheoretischer Ansatz zugrunde gelegt wird. Wichtig ist ihnen, Partizipation über die Informations- und Konsultationsfunktion hinaus als einen aktivierenden Prozess des Empowerments der jungen Generation zu verstehen, mit dem Ziel, echte Mitentscheidung für junge Menschen in ihrem gesellschaftlichen und politischen Leben zu erwirken. Vor diesem Hintergrund wird die jeweilige soziopolitische Motivation in beiden Ländern dargestellt und hieraus die nationalen jugend- und bildungspolitischen Begründungszusammenhänge für (mehr) Jugendpartizipation abgeleitet. Die Ausgangslage wird dann in einen gemeinsamen, größeren Kontext gerückt und anhand der beiden für Jugendpartizipation relevanten externen Akteure Vereinte Nationen und Europäische Union im Hinblick auf deren supranationale Impuls- und Steuerungskraft untersucht. Abschließend werden in diesem Abschnitt die unterschiedlichen Orte, Formate und Methoden im Bereich der Jugendpartizipation im Hinblick auf ihre Funktion und Reichweite dargestellt.

Schritt 2: Jugendpartizipation im Fokus – detaillierte Darstellung und Untersuchung der Situation in Finnland und Deutschland

In den nächsten beiden Kapiteln wird länderspezifisch anhand von aktuellen Jugenddaten ein umfassendes, detailliertes Bild zur Situation der Jugendpartizipation dargestellt. Um eine Vergleichbarkeit der Fallstudien zu erreichen, haben sich die Autoren während ihrer Sitzungen auf ein gemeinsames Untersuchungsset von relevanten Partizipationsindikatoren geeinigt, welches beiden Länderanalysen unterlegt ist. Hierzu gehören die folgenden Kernpunkte:

- die entsprechende nationale rechtliche Verantwortung der Kinder- und Jugendpartizipation im öffentlichen, privaten und familiären Leben,
- staatliche und nicht-staatliche Programme zur Förderung von Jugendpartizipation auf den unterschiedlichen Ebenen,
- aussagekräftige Eckdaten zu den konkreten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen und ihrer Nutzung in der Familie, der Schule, am Wohnort, in Vereinen und Verbänden, im und via Internet,
- der jeweils nationale Diskussions- beziehungsweise Sachstand zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre

Schritt 3: Handlungsempfehlungen für die Zukunft – Vergleich und Schlussfolgerungen

Die Studie schließt im letzten Kapitel mit vergleichenden Schlussfolgerungen und konkreten Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Jugendparti-

zipation für beide Länder ab, auf die im Folgenden ausführlicher eingegangen wird.⁴

Die binationale Betrachtungsweise als Mehrwert

Eine bilaterale Forschungskooperation lebt von „Aha“-Effekten auf beiden Seiten. Die größte Überraschung war wohl, dass das grundlegende Partizipationsverständnis in beiden Ländern so eng beieinander liegt, dann aber völlig unterschiedliche Rückschlüsse im nationalen Kontext für Politik und Praxis daraus gezogen werden. Konzentrieren sich die Ansätze in Finnland in erster Linie darauf, die Konsultationsfunktion von Partizipation auf lokaler Ebene zu verankern, umzusetzen und Prozess begleitend weiter zu entwickeln, wird in Deutschland vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsgebots der Schwerpunkt beim Ausbau und einer qualitativen Weiterentwicklung der möglichst vielfältigen Projektlandschaft (als Ort und Ausdrucksform von Partizipation) gesetzt. Hierdurch wird vorrangig die Meinungsbildungsfunktion gestärkt; der Transfer in anschließende gesellschaftspolitische Entscheidungszusammenhänge kommt aufgrund der Projektgebundenheit – anders als in Finnland – nur zustande, wenn dieses Ziel explizit festgelegt wird.

Die „Würze“ der Kooperation lag in der Chance, tradierte, nicht mehr hinterfragte, Argumentationsketten des nationalen Fachdiskurses angesichts der aktuellen Betrachtung von Jugendpartizipation in einen neuen Begründungszusammenhang zu setzen, dadurch zu hinterfragen und teilweise neu denken zu müssen. Manches sieht man von einer

übergeordneten Perspektive – wie aus einer binationalen Forschungszusammenarbeit heraus – auch klarer. Hierzu zählten die von beiden Seiten geteilten Erfahrungen, dass Jugendpartizipation nur dann sinnvoll wirksam werden kann, wenn

- die Formen der Lebenssituation von Jugendlichen entsprechen und
- lokale Netzwerke bestehen.

Bemerkenswert für das deutsche Team war bei der Beschäftigung mit Finnland die Erkenntnis, dass Partizipation von Jugendlichen gesetzlich verankert werden kann, wenn dies politischer Wille ist. Jedoch ist die gesetzliche Verankerung von Jugendbeteiligung nicht automatisch eine Garantie für bessere oder mehr Jugendbeteiligung, wenngleich dies den Diskurs über die Partizipationskultur insgesamt in Gesellschaft und Politik eindeutig belebt.

Einhellig stellten die Mitglieder des Forschungsteams fest, dass eine der größten Herausforderungen für die Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation darin liegt, die Kluft zwischen der privaten Lebenswelt „Familie“ (als weitgehend pro-partizipativem Raum) und der öffentlichen Lebenswelt „Schule“ (als eher autoritärem und nur eingeschränkt Partizipation förderndem System) zu überwinden. Um hierfür die nötige Aufmerksamkeit bei den Entscheidungsträgern zu erreichen, sind binationale und internationale Vergleiche von hohem Nutzen.

Der größte Mehrwert der bilateralen Betrachtungsweise liegt wohl schließlich bei der interessanten Selbstanalyse, die sich ergibt. Um die theoretischen Einsichten in die Praxis zu transferieren, war es den Forschern wichtig, die gemeinsamen Erkenntnisse abschließend in konkrete Handlungsempfehlungen für beide Länder zu fassen.

224

4 Dieses Kapitel wurde auch als separate Diskussionsgrundlage bei der oben genannten Abschlusskonferenz vorgelegt, siehe: http://www.ijab.de/downloads/länderfachprogramme/finnland/Handlungsempfehlungen_Forscher_Partizipation_2010.pdf; im Rahmen dieser Darstellung werden die wichtigsten Ergebnisse auszugsweise und stark gekürzt dargestellt.

Voneinander lernen – Handlungsempfehlungen

In der Forschungskoope­ration wurde deutlich, dass für die Beteiligungspolitik beider Länder internationale und europäische Rahmense­tzungen eine wichtige Rolle spielen und letztlich auch die gemeinsame Klammer darstellen. Dies gilt gleichermaßen für die Verpflichtungen, die mit der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention verbunden sind und die beide Länder übernommen haben⁵, wie auch für die – besonders in letzter Zeit an Dynamik gewinnende – EU-Jugendpolitik. Durch die Rückbindung an internationale Kontexte wurde Partizipation und bürgerschaftliches Engagement auch auf der nationalen Ebene in Deutschland und Finnland zu einer wichtigen Priorität erhoben. Es erschien den Autoren somit sinnvoll, die von der Kinderrechtskommission der Vereinten Nationen im Juli 2009 formulierten Standards für Partizipation von Kindern und Jugendlichen (vgl. Committee on the Rights of the Child 2009: 29f) als gemeinsame Bezugspunkte zur Auswertung für den binationalen Vergleich heranzuziehen. Hier werden folgende Eckpunkte als Qualitätsmerkmale von Partizipationsvorhaben für die Akteure formuliert:

- Transparenz und Informationsgehalt der Angebote,
- Freiwilligkeit, Respekt, Kinderfreundlichkeit und Relevanz als Grundprinzipien,
- Unterstützung durch Qualifizierung der Beteiligten und Mittler,
- Sicherheit und Sensibilität für Risiken und
- Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen.

Das Kernanliegen des deutsch-finnischen Ländervergleichs lässt sich unter der Frage nach den förderlichen und hinderlichen Bedingungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen subsumieren. Dies verlangt jedoch nach einer „Weitwinkelperspektive“, die sowohl die staatliche und öffentliche Beteiligungspraxis, Formen der Selbstorganisation und des freiwilligen Engagements in der Zivilgesellschaft, aber auch der Beteiligung in privaten Bereichen wie in der Familie gleichermaßen grundlegend untersucht. Hier kommt die Studie, die sich auf Teilergebnisse aus Sekundärstudien stützen muss, eindeutig an ihre Grenzen, auch bietet der erste EU-Jugendbericht (2009)⁶ noch keine ergänzenden Daten. Einschränkend kommt im deutsch-finnischen Ländervergleich hinzu, dass die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland eine vielfältige Ausprägung von Jugendpartizipation in Schulen und Kommunen bewirkt, die in diesem spezifischen Zuschnitt mit der Situation in Finnland nur schwer vergleichbar ist. Auch fehlt ein übergreifender Jugendpartizipationsbericht als systematisches Monitoring, wodurch Entwicklungstendenzen schwer nachvollziehbar werden.

In beiden Ländern findet jedoch ein umfassender Prozess zur Förderung „bürgerschaftlichen Engagements“ statt, der wesentliche Auswirkungen auf Strukturen, Prozesse und Projekte zur Stärkung und Weiterentwicklung der Beteiligung der Bürger und insbesondere der Jugend hat. Bemerkenswert in diesem Kontext ist, dass in Finnland nach Einschätzung des Forscherteams außerschulische Angebote der Jugendarbeit im Vergleich mit der vielfältig entwickelten Projektlandschaft in Deutschland eher am Anfang stehen. Auch gelten in beiden Ländern „bürgerschaftliches Engagement“ beziehungsweise „järjestötoiminta“ oft als Synonym für Beteiligung,

5 Die UN Deklaration vom 20. November 1989 kam in Finnland 1991 und in der Bundesrepublik Deutschland 1992 zur Ratifizierung.

6 Download unter http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/22-177-635/youth_report_final.pdf

selbst wenn Kindern und Jugendlichen oft nur eine Rolle als Teilnehmende an Veranstaltungen oder Programmen angeboten wird. Kritisch muss auch angemerkt werden, dass sich – weder in Deutschland noch in Finnland – im Bewusstsein der gesellschaftspolitischen Akteure bislang keine klare, handlungsleitende Definition der angestrebten „aktiven Bürgerschaft“ (und umso weniger in Bezug auf die zu stärkende „europäische Identität“) durchgesetzt hat. Wenn Schlüsselbegriffe wie diese den Fachdiskurs nicht verlassen und in der Öffentlichkeit schwammig bleiben, wird es weiterhin schwierig sein, hieraus zielgerichtete, gesellschaftspolitische Maßnahmen für mehr und bessere Jugendpartizipation abzuleiten. Auch bleibt fraglich, wie so die hoch ambitionierten Ziele der EU-Jugendpolitik vor Ort erreicht werden können.

Die Fallstudien in beiden Ländern machen im Vergleich deutlich, dass in beiden Ländern die Jugendbeteiligung mit verschiedenen Schwerpunkten und an unterschiedlichen Standorten stattfindet. Die wichtigsten Ergebnisse zum Status quo der Partizipationskultur in beiden Ländern werden im Abschlusskapitel der Studie diskutiert. Das Forscherteam stellt dort die Hauptaspekte der Jugendbeteiligung in Finnland und Deutschland umfassend dar und setzt sie in einen systematischen Vergleich. Hier finden insbesondere die folgenden Indikatoren Berücksichtigung:

- die rechtliche Verankerung und die staatliche Verortung,
- die Dynamik der Jugendbeteiligung,
- die jeweiligen Bereiche und Orte der Beteiligung,
- die Mitgliedschaft von Jugendlichen in Vereinen und Verbänden,
- der „Lackmustest“ Schule und
- die Stärken und Herausforderungen.

Hauptunterschiede

Nachfolgend sind die Hauptunterschiede zwischen beiden Ländern skizziert. Denn dies sind diejenigen Felder und Themen, in denen das „voneinander Lernen“ vielversprechend ist und auf die sich bei weiteren deutsch-finnischen Austauschprojekten das Augenmerk richten sollte, um gemeinsam den Partizipationsdialog über Formen, Inhalte und Strukturen in Europa voranzubringen.

Rechtliche Verankerung

Eine Kernfrage liegt bei der rechtlichen Verankerung von Jugendpartizipation. So unterscheidet sich der rechtliche und staatliche Status von Jugendpartizipation in Finnland und Deutschland grundlegend. In Finnland werden die entsprechenden Beteiligungsparagrafen als strategisches Werkzeug der nationalen Steuerung zur Förderung der Partizipation angesehen und sind in der Verfassung verankert. Staat und öffentliche Institutionen sehen ihre Aufgabe im Schutz und als Förderer bei der Umsetzung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen. In Deutschland hingegen fehlt es aufgrund der föderalen Verfasstheit an vergleichbarer Durchschlagskraft. Die allgemeine Beteiligungsnorm der finnischen Verfassung bietet mehr Anschlussmöglichkeiten für Einzelgesetze als das deutsche Grundgesetz, das Beteiligungsrechte weitgehend an den Bürgerstatus bindet und damit für Erwachsene reserviert.

Die erste Schlussfolgerung des Forscherteams lautet daher, künftig weiterführend zu diskutieren, wie die explizite Verankerung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Verfassung auf nationaler, föderaler und kommunaler Ebene erreicht werden kann. Dies führt, wie am Beispiel Finnland deutlich wurde, mehr Verbindlichkeit bei der Initiierung und Etablierung von Partizipationsstrukturen herbei.

Vielfältige Formen für Beteiligung und ein breites Mandat auf allen Ebenen

Auch die Art der Beteiligung und ihre Dynamik weisen wesentliche Unterschiede in beiden Ländern auf. In Finnland werden direkte und repräsentative Formen wie Jugendparlamente, Ombudsmann, Anhörungen und Interessenvertretungen bevorzugt. Die Verbindlichkeit wird „von oben“ gesetzt und muss vor Ort „von unten“, allerdings sehr unterschiedlich und je nach Engagement der Akteure „von unten“, verbindlich mit Leben gefüllt werden. In Deutschland hingegen liegt der Schwerpunkt auf der hohen Freiwilligentätigkeit in NROs, wo ein enormer Fundus an Fachkompetenz und Ideenreichtum vorhanden ist und von wo aus auch einzelne Bewegungen, Organisationen und Gruppen „von unten“ Forderungen nach mehr Beteiligung und Qualität entwickeln.

Die Bereiche, in denen Jugendpartizipation praktiziert wird, beschränken sich in Finnland vor allem auf die formellen Einrichtungen wie die Bildungseinrichtungen und Jugendparlamente in den Gemeinden. In Deutschland sind es eher offene Formen, die Jugendliche ansprechen und wo Beteiligung ermöglicht wird, vor allem im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit und in Jugendfreizeiteinrichtungen. Jugendliche in Finnland bevorzugen bei einer Mitgliedschaft in Organisationen des Dritten Sektors vor allem Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Menschenrechts- und Friedensorganisationen. In Deutschland liegt das Hauptinteresse vor allem beim Engagement in Umwelt-, Tierschutz- und politischen Organisationen.

Bei der Bewertung der Tätigkeiten der Jugendlichen liegt in Finnland die Betonung auf dem kontinuierlichen Fortschreiten innerhalb des formellen Bildungswesens. Finnische Jugendliche empfinden daher „freie Jahre“ nicht als zielführend. Ähnliches gilt für ehrenamtliche Tätigkeiten. In Finnland wäre mehr Verantwortungsübernahme von Jugendlichen in außerschulischen Bereichen für eine breitere Aufstellung

von Jugendbeteiligung erforderlich. In Deutschland hingegen hat bürgerschaftliches Engagement auch außerhalb des formellen Bildungswesens eine große Bedeutung für die junge Generation, zum Beispiel das Freiwillige Ökologische oder Soziale Jahr. Dennoch, auch hier wäre die Übernahme bedeutenderer Positionen in den Organisationen durch tatsächlich junge Menschen erforderlich, um die aktive Jugendpartizipation zu stärken.

Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen sind in der Studie als eigenes Kapitel angelegt und als heraus lösbarer Empfehlungsraster zu verstehen, der sich gleichzeitig an die unterschiedlichen Akteure der Jugendpolitik und Jugendarbeit in beiden Ländern richtet. Im Nachfolgenden wird knapp versucht, die wichtigsten Ableitungen aus dem komparativen Ansatz der Forschungszusammenarbeit beider Länder zu skizzieren.

Partizipationsimperativ

Alle Angebote von bürgerschaftlicher Erziehung sollten sich die Bekanntmachung von eigenen Rechten der Kinder zu einem wichtigen übergeordneten Ziel machen und zu Partizipation im Sinne von „demokratischen (alltagsbezogenen) Schlüsselkompetenzen“ schon möglichst früh und systematisch befähigen.

Nachhaltige Verankerung

Hierzu sind professionelle Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen unerlässlich, die sich gleichermaßen an Jugendliche und Erwachsene in der Jugend- und Bildungsarbeit, der Schule und der Jugendpolitik richten.

Vertrauen in die Selbstorganisationskraft von jungen Menschen

Wann immer Jugendpartizipation ernst gemeint ist, muss den Jugendlichen zugetraut werden, dass sie eigene Lösungen entwickeln und damit ein Teil der

Entscheidungsmacht unter dem einseitigen Anspruch des Jugendschutzes abgegeben wird.

Eine systematische Beteiligungsstrategie

Um den Dialog zwischen Politik und Jugend zu stärken, sind fest verankerte Konsultationsverfahren und -instrumente im direkten Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen notwendig, damit unter den von Politikern festgelegten Themenschwerpunkten auch solche enthalten sind, die für Kinder und Jugendliche von Bedeutung sind.

228 *In der Schule Partizipation lernen und leben*

Jugendbeteiligung darf vor der Schule nicht halt machen und formalisiert als sogenannte Schülermitbestimmung nur auf dem Papier existieren.

Lokale Vernetzung

Ein aktives lokales Beteiligungsnetzwerk, in dem Schulen, Verbände, Religionsgemeinschaften, Jugendeinrichtungen, gemeinnützige Organisationen und Initiativen zusammenarbeiten, ist sinnvoll, um Expertise zielgerichtet auszutauschen und in der Praxis zu implementieren. Es ist hierbei verbindlich abzustimmen, wie die Koordination abgesichert werden kann.

Beteiligung braucht Vielfalt

Unterschiedlichkeit in Formen und Methoden von Beteiligung sind eine demokratische Grunderfordernis und als solche zu fördern, um einen breiten Zugang für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen oder ethnischen Herkunft zu ermöglichen.

Fazit

Manche Themenfelder mussten bei der binationalen Betrachtung angesichts des Umfangs offenbleiben, so beispielsweise die Frage und Abgrenzung von

„unerwünschter Partizipation“ in undemokratischen, rechtsradikalen Kreisen und ihren Jugendbewegungen oder die Partizipationsmerkmale im Web 2.0, als neuem sozialem Lebensraum der nahezu gesamten jungen Generation. In diesem Sinne hätte die deutsch-finnische Forschungskoooperation noch einige aktuelle Fortführungsthemen, die diese erste Analyse bereichern würden.

Andere inhaltliche Partizipationsbereiche könnten durchaus systematischer untersucht, gegebenenfalls auch mit einer gezielten Datenerhebung verbunden werden. Hier steht an oberster Stelle die Frage nach der nachhaltigen Vermittlung von Beteiligungskompetenz und Partizipationswissen und einem entsprechenden Setting im Bereich der politischen Bildung – besonders in Verknüpfung von schulischen und außerschulischen Lernorten. Andere „Achillesfersen“ sind die zunehmende Wahlverdrossenheit der jungen Generation und ihre äußerst geringe formale politische Partizipation sowie die Integration, besonders von sozial schwachen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt - Themen und Aufgabenfelder, die weiterführend ins Visier der deutsch-finnischen wissenschaftlichen Untersuchung genommen werden sollten.

Gute Qualitätsstandards zur Kinder- und Jugendbeteiligung wie auch das Bewusstsein der Querschnittsrelevanz bleiben derzeit in beiden Ländern ohne tiefgreifende politische Konsequenz und ziehen weder in Finnland noch in Deutschland eine Partizipationsstrategie nach sich. Sollen die Beteiligungsstrukturen ernsthaft in beiden Ländern etabliert und weiter entwickelt werden, kommt der langfristigen Evaluation der Gesamtauswirkung auf die Lebens- und Beteiligungssituation von Kindern und Jugendlichen eine Schlüsselrolle zu. Hier im nun bewährten binationalen Kontext, aber mit Übertragbarkeit auf die europäische Ebene, ein bildungspolitisches, übergeordnetes Konzept zu entwickeln, könnte eine vielversprechen-

de, weiterführende Aufgabe der deutsch-finnischen Forschungskooperation sein.

Literaturverzeichnis

Amtsblatt der Europäischen Union Nr. C 311/1 vom 19.12.2009 DE, URL: http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/22-177-685/Amt_erneuert.pdf

Committee on the Rights of the Child (2009): The right of the child to be heard. General Comment No.12, Genf: UN CRC, URL: <http://www2.ohchr.org/english/bodies/crc/docs/AdvanceVersions/CRC-C-GC-12.doc>

Feldmann-Wojtachnia, Eva (2009): Die EU-Jugendstrategie. Herausforderung und neue Qualität für die jugendpolitische Zusammenarbeit, in: treffpunkt.europa (4/2009), 8-9.

Weiterführende Links

Studie in vollem Umfang:

http://www.ijab.de/downloads/download-arbeitsergebnisse/Researchers_Publication.pdf

EU-Jugendbericht:

http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/22-177-635/youth_report_final.pdf

Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen, die während der Konferenz „Stärkung der Demokratie – Beteiligung von Jugendlichen“ im Februar 2010 präsentiert wurden:

http://www.ijab.de/downloads/länderfachprogramme/finnland/Ergebniskonferenz_D-Finn_Dokumentation.pdf

Diskussionsgrundlage Handlungsempfehlungen:

http://www.ijab.de/downloads/länderfachprogramme/finnland/Handlungsempfehlungen_Forscher_Partizipation_2010.pdf

Exkurs

Lebensbedingungen und Partizipation junger Menschen in Lateinamerika

René Bendit

230

Einführung

Kindheit und Jugend in der globalisierten Welt

Globalisierung und die dadurch induzierten Modernisierungs- und Wandlungsprozesse scheinen auch eine „Globalisierung von Kindheit und Jugend“ (Boyden 1997) mit sich zu bringen. Damit wird eine gewisse Homogenisierung und Standardisierung der Gedanken bezeichnet, die Erwachsene über eine „adäquate“ Kindheit und Jugend in den heutigen Zeiten haben. Die zentrale Fragestellung lautet: Welche Kompetenzen und Fähigkeiten müssten von Kindern und Jugendlichen erworben werden; welche Aktivitäten sollten sie vollziehen und welche Programme und Maßnahmen müssten politisch implementiert, werden um zur Entwicklung einer „angemessenen“ Jugend beizutragen?

Die Vorstellung einer „idealen Jugend“, die sich reibungslos den Herausforderungen der globalisierten Welt stellt, die gelassen und kompetent mit weltweiten Krisen und den daraus sich ergebenden Ungewissheiten und Unsicherheiten umgeht, die sich an Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsmärkten reibungslos anpasst und die weiß, wie sie mit den Erfordernissen neuer Zeit- und Raumvorstellungen der Informationsgesellschaft umzugehen

hat, scheint die Grundlage des Umgangs heutiger Politik mit „Jugend“ zu sein. Solche Vorstellungen einer Jugend, die Individualisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft als Normalität erlebt und hinnimmt (vgl. Bendit/Hahn-Bleibtreu 2008), bildet dann auch den Ausgangspunkt der meisten gegenwärtigen nationalstaatlichen jugendpolitischen Strategien, Programme und Maßnahmen sowie auch internationaler Konventionen und übernationaler Politiken (siehe UNO-Kinderrechtskonvention, EU-Jugendpolitik etc.). Diese Vorstellungen finden dann ihren Ausdruck auch in den Bildungs- und pädagogischen Konzepten, die gegenwärtig in den jeweiligen Gesellschaften diskutiert werden.

Die Globalisierung von Kindheit und Jugend führt zu einer „globalen Agenda“, die unabhängig von den Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche leben, versucht festzulegen, was Kinder und Jugendliche heute zu tun und zu lernen haben, um sich in moderne und post-moderne Gesellschaften einzugliedern. Es handelt sich dabei aber um eine „universelle Tagesordnung“, die unberücksichtigt lässt, dass Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Kontexten leben und auch Akteure ihrer biografischen Verläufe sind beziehungsweise sein möchten.

Als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung haben Nationalstaaten und übernationale Organisationen eine Reihe strategischer Zielsetzungen und Aktionslinien entwickelt (siehe UN-Kinderrechtskonvention, UN-Millenniumsziele, EU-Jugendweißbuch und „Pakt für die Jugend“ (als Bestandteil der Lissabonner Strategie)), die aber nicht immer vor Ort umgesetzt werden. In EU-Europa wurden Strategien konzipiert, bei denen folgende, die Jugend betreffende Zielsetzungen, hervorstechen:

- Modernisierung der Bildungspolitik, der Bildungssysteme und Institutionen und ihre Anpassung an die Fragen und Herausforderungen der neuen Zeit,

- Reform und Modernisierung existierender sozialer Wohlfahrtssysteme,
 - Gewährleistung von weitestmöglicher sozialer Integration und Aufrechterhaltung sozialer Kohäsion der Gesellschaften, mittels neuer Modelle sozialer Wohlfahrt,
 - Neuausrichtung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitiken,
 - Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kontext moderner Arbeitsformen,
 - Entwicklung neuer Formen von „Governance“, die der Konstitution und Entfaltung von Staatsbürgerlichkeit („Citizenship“) und Beteiligung förderlich sein sollen,
 - Entwicklung von Kindheits- und Jugendpolitiken aus der Perspektive von Kindern sowie Jugendrechte.
- besseren und breiteren Zugangsmöglichkeiten zur Bildung und haben zugleich geringere Beschäftigungschancen,
 - größeren Informationsmöglichkeiten und geringeren Zugang zur Macht,
 - höheren Autonomieerwartungen und geringeren Optionen, sie zu realisieren,
 - besseren Gesundheitsmöglichkeiten und geringerer Anerkennung ihrer spezifischen Krankheits- und Todesursachen,
 - der Entwicklung starker emotionaler Sensibilitäten bei gleichzeitiger Abtrennung und Segmentierung ihrer intra- und intergenerationen Kommunikation,
 - dem Wissen, kompetenter als Erwachsene in vielen Bereichen zu sein, insbesondere im Anpassungsprozess an den technologischen Wandel und an die Informationsgesellschaft, dennoch sehen sie sich aber stärker, noch mehr als „Erwachsene“, aus den Arbeits- und Produktionsprozessen ausgegrenzt,
 - sich in der Rolle von Empfängern von (Jugend- und anderen)- Politiken zu finden, kaum aber als anerkannte soziale und politische Akteure betrachtet zu werden,
 - der Multiplikation des symbolischen und der Einschränkung des materiellen Konsums,
 - Konzentration auf die Gegenwart und gleichzeitigen Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf „Zukunft“ ihnen gegenüber.
 - Schließlich sollen junge Menschen zu sozialen und politischen Akteuren werden, es sind ihnen aber die Wege hierzu versperrt.

231

Auch in Lateinamerika werden ähnliche Strategien entwickelt und zum Teil auch umgesetzt (siehe Entwicklungsplan der Iberoamerikanischen Jugendorganisation von 2006). Dennoch ist festzustellen, dass im heutigen Kontext der Globalisierung jugendpolitische Ziele auf nationaler und übernationaler Eben, wie zum Beispiel Beteiligung/Partizipation und Staatsbürgerliches Engagement vielerorts nur das bleiben, was sie sind: Schlagwörter. Es gibt allerdings Ausnahmen, davon sind viele in Lateinamerika zu finden.

Zur Lage der Jugend in Lateinamerika

Allgemeine Thesen zur Lage der Jugend in Lateinamerika

Jugendliche in Lateinamerika erleben gegenwärtig, und mit stärkerer Intensität als die Erwachsenen, eine Reihe von gesellschaftlichen Spannungen und Widersprüchen, die ihren Alltag und ihre biografischen Verläufe bestimmen. Sie wachsen auf zwischen

Vor dem Hintergrund dieser Thesen soll im Folgenden die Lebenslage junger Menschen in Lateinamerika dargestellt werden, um somit einen Kontext zur Diskussion der zentralen Frage dieses Bandes, die der sozialen, politischen und gesellschaftlichen Partizipation und des Engagements, herzustellen.

Demografische Entwicklung:

Lateinamerika befindet sich in der zweiten Phase eines demografischen Übergangs: Verlangsamung des Bevölkerungswachstums und Rückgang des Anteils der Jugend an der Gesamtbevölkerung (Rückgang der Geburtenraten und Steigen der Lebenserwartungen). Dabei befinden sich die meisten Länder Lateinamerikas vor dem Beginn einer dritten Phase, die durch Abnahme der Zahl der Jugendlichen gekennzeichnet sein wird sowie durch eine Verstärkung des Rückgangs des Anteils Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung, bis Mitte des 21. Jahrhunderts auf 25 % bis 20 %. Diese Entwicklung wird Auswirkungen auf die sozioökonomischen Lebensbedingungen der Jugendlichen, das heißt auf ihre Berufschancen, ihr Familienleben sowie ihre Chancen der sozialen Integration haben. Sie wird sich auch auf ihre Rolle in der Gesellschaft sowie in den Prioritäten der Politik auswirken, die noch weniger Jugendorientiert als heute sein wird.

232

Veränderungen in den Geburtenraten

In den letzten 15 Jahren sind die Geburtenraten in der Gesamtbevölkerung als auch die der Jugendlichen (mit Ausnahme der adoleszenten Mutterschaften) stetig zurückgegangen. Prognosen einer weiteren Entwicklung dieser Tendenz: Im Jahr 2025 wird es einen Bevölkerungersatz (im Verhältnis 1:1) geben.

Während im Jahr 1987 die Geburtenrate der Frauen bis zum Alter von 30 Jahren bei 2,2 lebendig geborenen Kindern lag, wurde 2004 der Durchschnitt (bis zu diesen Alter der Mütter) bei 1,7 berechnet.

Unterschiedliche „Jugenden“ in Lateinamerika

Auch für Lateinamerika trifft Bordieus (1990) Formulierung zu: „La Jeunesse, ce n'est pas q'un mot“ („Die Jugend; das ist nichts mehr als ein Wort“). Es gibt auch im amerikanischen Subkontinent mehrere „Jugenden“, die sich in ihren Lebensbedingungen und

Zukunftschancen sehr stark von einander unterscheiden. In einem ersten, im Auftrag der Iberoamerikanischen Jugendorganisation (OIJ) erstellten Bericht zur Lage der Jugend in Iberoamerika (Spanien, Portugal und alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten) hat die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und der Karibik – CEPAL – folgende Gruppen junger Menschen ausdifferenziert (vgl. CEPAL 2004):

Studenten

Bis zu den 70er Jahren galten Hochschulstudenten als die einzige als „Jugend“ erkannte und anerkannte Gruppe. Ihre Sichtbarkeit war in den meisten Ländern durch eine starke Beteiligung an sozialen und politischen Studentenbewegungen geprägt. Gegenwärtig hat sich ihr Bild durch Veränderungen in ihrer sozialen Struktur und ihrer „Hegemonie“ als „Jugend“ abgeschwächt.

Die „andere Jugend“ („la otra juventud“ – „juventud popular urbana“)

Damit ist die Jugend der ärmeren sozialen Schichten aus der Peripherie der urbanen Zentren gemeint, die meistens vom Besuch der Sekundarstufe und der Hochschulausbildung ausgegrenzt ist. Sie entwickelt Identität, Gruppenzusammenhalt und Organisation unter Anwendung anderer Mittel als die der gleichaltrigen Mittel- und Oberschichtjugendlichen. Sie bilden „Street Corner-Gesellschaften“ und Jugendbanden. In diesen Kontexten entwickelt diese Jugend eigene soziale und kulturelle Identitätsprozesse. Dies geschieht meistens über illegale Praktiken, die mit unterschiedlichen Formen von Gewaltanwendung in Verbindung stehen. Solche Praktiken werden nicht nur von den Jugendlichen selbst, sondern auch von Soziologen, Psychologen und Ethnologen (vgl. Feixa/ Porzio 2005, Feixa et al 2008) meistens als Ausdruck der Ablehnung der organisierten Gesellschaft, die sie ausgrenzt, interpretiert und legitimiert.

Jugend auf dem Land

Nach einer Phase der die Landjugend fördernden Politik in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts, haben mittlerweile die zunehmende ländliche Verarmung sowie die wachsende Urbanisierung und Modernisierung der Ballungszentren, die Menschen vom Land anziehen, starke Wanderungsprozesse zwischen Land und Stadt verursacht und somit die Sichtbarkeit von Jugendlichen auf dem Land und deren Protagonismus sichtlich geschwächt. Sie stellen heute eine Minderheit innerhalb der Jugend Lateinamerikas dar.

Junge Frauen

Bis vor Kurzem waren sie von starken Ausgrenzungs- und „Einsperrungsprozessen“ gekennzeichnet. Heute aber, mit einer starken Tendenz zur sozialen und beruflichen Integration, nehmen ihre Sichtbarkeit und ihr Gewicht innerhalb der Jugend Lateinamerikas ständig zu. Trotzdem müssen junge Frauen mit der Doppelausgrenzung leben, als Jugendliche ohne eigene soziale Identität innerhalb der Gesellschaft beziehungsweise existierender sozialer Bewegungen zurechtzukommen, und sich zugleich auch noch mit der Last sehr konservativer Traditionen hinsichtlich der Frauenrolle und der Anerkennung unter den „Frauen“ auseinanderzusetzen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben junge Frauen in Zusammenhang mit einer starken Zunahme ihrer Bildungsbeteiligung und ihrer wachsenden Eingliederung in den Arbeitsmarkt stark an sozialer Sichtbarkeit und Anerkennung gewonnen.

Jugend der eingeborenen Ethnien

In Lateinamerika und der Karibik gibt es zwischen 33 und 40 Millionen Eingeborene (indigene Gruppen), die ca. 400 ethnischen Gruppen zugehörig sind, jede einzelne davon mit eigener Sprache, eigener sozialer Organisation, Kosmvision und einem Wirtschafts- und Produktionsmodell, dass dem eigenen Ökosystem angepasst ist.

- Etwa 90 % der indigenen Gruppen leben in 5 Ländern: Peru (27 %), Mexiko (26 %), Guatemala (15 %), Bolivien (12 %) und Ecuador (8 %).
- Die Schwarzen und Mestizen und die Afrolatino/Afrokaribische Bevölkerung umfassen etwa 150 Millionen Personen, das heißt ca. 30 % der Gesamtbevölkerung der Region. Diese Bevölkerungsgruppen leben vorwiegend in Brasilien (50 %), Kolumbien (20 %) und Venezuela (10 %). Es gibt keine genauen Zahlen oder Schätzungen nach Altersgruppen, wie viele von ihnen im Jugendalter (14/15 – 25/29) sind, aber es wird davon ausgegangen, dass Kinder und Jugendliche innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen eher überrepräsentiert sind.
- Nach drei Jahrhunderten der Unterdrückung und Ausgrenzung haben diese ethnischen Gruppen zu Beginn des 21. Jahrhunderts die schlechtesten sozioökonomischen und sozialen Lebensumstände. Sie erfahren immer noch eine sehr geringe kulturelle Anerkennung und Wertschätzung und haben (mit Ausnahme des heutigen Boliviens und Ecuadors) kaum Zugang zu politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsinstanzen.
- Diese Gruppen erfahren außerdem auch eine Rassendiskriminierung durch andere selbst diskriminierte Gruppen. Diese Diskriminierung wird an den „anderen Ausländer“ – also den Nichteuropäer – transferiert. Sie entlädt sich vorwiegend auf Nicht-Weiße beziehungsweise Angehörige von Indio- Ethnien, wenn diese, aufgrund ökonomischer oder kriegerischer Ursachen, sich gezwungen sehen, aus ihren angestammten Regionen auszuwandern und sich in anderen Regionen des eigenen Landes oder in angrenzende Länder anzusiedeln.

Der Bildungsbereich

Es sind in den letzten Jahrzehnten Fortschritte beim Zugang zur Bildung im Primar- und Sekundarbereich

gemacht worden. Zugleich sind aber erhebliche Defizite in den Fragen der Chancengleichheit und Qualität der Bildung zu beobachten.

Fortschritte nach Bildungsniveaus

- Primärbereich: Die meisten lateinamerikanischen Länder haben im Primärbereich eine Schulbesucherquote von ca. 90 % erreicht und diesbezüglich auch geschlechtspezifische Unterschiede ausgeglichen. Auch der Kinderanalfabetismus wurde signifikant reduziert.
- Im Sekundärbereich sind die Schulbesucherquoten von Land zu Land unterschiedlich: von 85 % in Kuba und Chile bis zu 37 % in Guatemala.
- Tertiärbereich: Im letzten Jahrzehnt stieg die Hochschulbesucherquote von 4,4 % der jungen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren auf 6,5 % (wichtige Steigerung, aber immer noch sehr niedrig).

234

Herausforderungen lateinamerikanischer Bildungspolitiken und -institutionen

- Überwindung des Problems wiederholten Sitzensbleibens und Schulabbruchs;
- Überwindung von Chancenungleichheit und Bildungsleistungen, die soziale Ungleichheit von einer Generation zur nächsten reproduzieren;
- Überwindung der Qualitätsprobleme der unterschiedlichen Bildungsinstitutionen, die sich in niedrigen Lerneffekten widerspiegeln und die Ausbildungs- und Beschäftigungsverläufe der Jugendlichen einschränken;
- Lücken schließen bei der Bildung und Ausbildung junger Menschen, für die Erfordernisse der Informationsgesellschaft sowie der gegenwärtigen Demokratien;
- Unzulänglichkeiten bei der Rolle von Bildungsinstitutionen, besonders bezüglich des Übergangs Schule – Beruf bezeugen und auf die

Erfordernisse und Herausforderungen der Arbeitswelt von Jugendlichen besser vorbereiten.

Jugend in Arbeit/Beschäftigung

Insgesamt ist eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation junger – insbesondere männlicher – Menschen in Handwerk und Industrie seit den 90er Jahren festzustellen. Im Rahmen neoliberaler Wirtschaftsmodelle wurden negative Tendenzen, wie Zunahme der Arbeitslosigkeit, Konzentration der Jugendbeschäftigung auf Arbeitsmarktsegmente mit niedriger Produktivität und Einbußen beim durchschnittlichen Einkommen, beobachtet. Dies war eine allgemeine Tendenz der Arbeitsmärkte der Region in den 80er und 90er Jahren. Dazu kam noch eine Verschlechterung der vertraglichen Arbeitsbedingungen. Allerdings gibt es neben diesen Schattenseiten auch einen positiven Aspekt: Verbesserung der Beschäftigungssituation junger Menschen im Dienstleistungssektor, insbesondere bei jungen Frauen.

Arbeitslosigkeit/soziale Ausgrenzung und heterogene Situation der Beschäftigten unter den Jugendlichen

Jugendliche aus ärmeren sozialen Schichten erleben gegenwärtig einen beispiellosen

Ausgrenzungsprozess. Dieser ist Resultat des Zusammenkommens einer Reihe von Faktoren aus Arbeitsmarkt, Staat und Gesellschaft, die dazu führen, dass Armut sich vorwiegend bei Kindern und Jugendlichen konzentriert und somit auch eine Isolierung vom Rest der Gesellschaft stattfindet (vgl. CEPAL/OIJ 2004).

Unter diesen Faktoren sind hervorzuheben:

- die steigende Unfähigkeit des Arbeitsmarktes, junge Menschen mit geringem Qualifikationsgrad zu absorbieren und soziale Leistungen anzubieten, die traditionellerweise mit der Ausübung von festen Beschäftigungen einhergingen;
- Schwierigkeiten des Staates, in adäquater Weise und Schnelligkeit Bildungs- und Ausbildungsin-

stitutionen zu reformieren und zu modernisieren beziehungsweise sie den Qualifikationserfordernissen moderner Arbeitsmärkte anzupassen;

- Wandlung der Familien und der Zusammensetzung von Nachbarschaften beziehungsweise fortschreitende Abnahme ihrer Fähigkeit und Kompetenz, jungen Menschen Vertrauen und Unterstützung zu gewähren und gute Beispiele hinsichtlich des Wertes von Bildung und Ausbildung zur Erreichung eigener Ziele zu vermitteln;
- frühe Verselbständigung Jugendlicher mit niedrigem Schulniveau und höhere Geburtenraten als bei Gleichaltrigen mit höheren Bildungsgraden, somit konzentriert sich Armut auf die ersten Phasen des Familienzyklus;
- residenziale Ausgrenzung, womit eine räumliche Konzentration von Haushalten mit ähnlich niedrigem Einkommen und Lebensstandards stattfindet. Diese werden nach innen „homogenisiert“ und nach außen distanziert;
- Segmentierung/Trennung der öffentlichen Räume informeller Soziabilität außerhalb des Marktes, womit die Häufigkeiten der Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft reduziert wird und
- Segmentierung sozialer Dienstleistungen, insbesondere der Bildung und Bildungsinstitutionen (vgl. CEPAL 2004).

Wohnsituation/Verselbständigung

Junge Menschen haben große Schwierigkeiten beim Zugang zu einer eigenständigen Wohnung. Auswirkungen hiervon sind: (a) Konstituierung neuer junger Haushalte innerhalb der Elternwohnungen/-haushalte („partielle Verselbständigung“); (b) Zunahme von vorübergehenden Partnerschaften: kontinuierliches Abbrechen und Aufnehmen von neuen und kurzfristigen Partnerschaften und (c) Akzentuierung von Tendenzen residenzialer Segregation, womit auch aufsteigende soziale Mobilität, wie sie heterogene

Nachbarschaften geboten haben, eingeschränkt wird. Somit kommt es zu einer Verstärkung von Vereinsamungstendenzen, die vorwiegend die städtische marginale Jugend treffen.

Verspätete beziehungsweise verlagerte Autonomie

Es zeigt sich als allgemeine Tendenz eine Verlängerung des Verbleibs Jugendlicher in ihren Herkunftsfamilien („Syndrome verspäteter Selbständigkeit“). Junge Menschen beziehungsweise junge Erwachsene, die eine eigene Familie gegründet haben, stellen einen relativ niedrigen Anteil der gesamten Altersgruppe dar. Auch wenn heute früher als vor einigen Jahrzehnten Sexualbeziehungen praktiziert werden, werden zugleich in allen lateinamerikanischen Ländern eine Verspätung des Heiratsalters und insbesondere eine Zunahme unverheirateter Frauen am Ende des Jugendalters beobachtet.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Etwa ein Viertel der jungen Frauen zwischen 15 und 29 Jahren erledigt vorwiegend Haushaltsarbeiten (25,6%), bei Männern sind es zwei Prozent. Etwa ein Viertel der Jugendlichen hat einen eigenen Haushalt. Unter ihnen haben 73% der Haushaltsvorstände eigene Kernfamilien, bei den Frauen etwas mehr als die Hälfte (52%). Unter den weiblichen Haushaltsoberhäuptern steigt der Anteil erweiterter Haushalte oder unehelicher Verbindungen (Kohabitation), was mit unterschiedlichen Strategien der Haushaltskostenreduzierung und der Haushaltsarbeitsteilung in Verbindung steht.

Gesundheit

Trotz der Tatsache dass, wie überall, Jugendliche im Altersvergleich die gesündeste soziale Gruppe darstellen, gibt es dennoch eine Reihe von jugendspezifischen Mortalitäts- und Morbiditätsfaktoren.

Morbidität und Mortalität: Spezifische Krankheits- und Todesursachen

- Krankheitsursachen bei jungen Menschen sind: Verletzungen wegen Nachlässigkeiten, zufällige oder intentionale Gewalt, sexuelle Krankheiten, Probleme in Verbindung mit adoleszenten Schwangerschaften.
- Gewalteinwirkungen und andere externe Faktoren sind zweifelsohne die wichtigsten Todesursachen unter Jugendlichen beiderlei Geschlechts, wobei sie eine größere Bedeutung bei jungen Männern haben: Von 100 männlichen Sterbefällen sind 77 auf Gewalteinwirkungen zurückzuführen, während unter den jungen Frauen 38 von 100 Todesfällen das Resultat von Gewalteinwirkungen sind und 62 auf morbide Ursachen zurückzuführen sind.
- Der Einfluss von HIV-AIDS auf die Sterblichkeit junger Menschen (2,9 pro 100 000) ist zwar geringer als bei den jungen Erwachsenen und den Erwachsenen zwischen 25 und 44 Jahren (16,9 pro 100 000). Dennoch ist diese Zahl besorgniserregend, da es sich um Jugendliche handelt, die erst am Anfang ihres aktiven Sexuallebens stehen.

Im Vergleich zu Beginn der 80er Jahre verbesserten sich die Sterblichkeitsraten junger Menschen seit dem Ende der 90er Jahre erheblich, insbesondere in Ländern wie Bolivien, Kolumbien, Peru sowie in einigen zentralamerikanischen Ländern.

Partizipation Jugendlicher in Lateinamerika

Partizipation Jugendlicher in Lateinamerika scheint nicht vorwiegend über institutionalisierte Formen und jugendspezifische Strukturen stattzufinden. Beteiligung und staatsbürgerliches Engagement findet vorwiegend in spontanen Aktionen, in sozialen Bewegungen oder in NROs statt. Darüber hinaus gibt es eine zunehmende Tendenz, sich virtuellen Mög-

lichkeiten der Partizipation, zum Beispiel Blogs und anderen Netzwerken, anzuschließen.

Eine Sichtung der traditionellen Formen von Jugendpartizipation gibt ein eher deprimierendes Bild ab.

Jugendorganisationen: Von der Opposition zur Integration?

Alles scheint darauf hinzuweisen, dass in den meisten Fällen die Jugendorganisationen und die auf Jugend spezialisierten NROs einen langen Wandlungsprozess durchgemacht haben, der sie von der Opposition zu den etablierten Regierungen (insbesondere in der Zeit der Militärdiktaturen und autoritären Regimes der 70er und 80er Jahre) zu einer wachsenden Eingliederung in die Entwürfe, Implementierungen und Evaluation öffentlicher Jugendpolitiken geführt hat, wobei sie in immer stärkeren Maße mit den demokratischen Regierungen der 90er Jahre kooperierten.

Dieser Prozess wurde gestützt durch Veränderungen in den „Spielregeln“, mit denen diese Organisationen bis Ende der 80er Jahre operierten. Während sie in den 70er und 80er Jahren eine sehr intensive finanzielle und politische Förderung von Seiten internationaler Organisationen und Kooperationsagenturen erfahren hatten, mussten sie in den letzten Jahren ihre Aktivitäten mittels Anbieten und Verkauf von Dienstleistungen auf dem sozialen Markt absichern. Dies wiederum ging mit einer Öffnung der Nationalstaaten einher. Im Rahmen der Tertiärisierung, die die lateinamerikanischen Gesellschaften durchmachen, tendieren nun auch Regierungen dazu, mit einer bestimmten Regularität Elemente und Komponenten ihrer öffentlichen Politiken einzukaufen. Damit wurde auch die politische Auseinandersetzung der Vergangenheit beiseitegelassen. Dabei spielte das „Modell“ Europa über Spanien eine nicht unbedeutende Rolle.

Partizipation und Staatsbürgerliches

Engagement: Ein neues Paradigma?

Wichtigste Entwicklungstendenzen

Die meisten lateinamerikanischen Jugendlichen werden nicht von Jugendverbänden und organisierten Jugendgruppen erreicht. Sie stehen meistens auch am Rand der existierenden Sozialbewegungen der Jugend (wie zum Beispiel Schülerbewegung in Argentinien, Chile und anderen Ländern). Nur etwa zwischen 5 % und 20 % gibt bei den nationalen Jugendbefragungen an, einer Jugendorganisation zugehörig zu sein beziehungsweise sich an einer sozialen Bewegung beteiligt zu haben. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich beteiligen, macht dies in Sportvereinen oder religiösen Organisationen. Im Detail zeigt sich folgendes Bild:

- Jugendliche haben heute ein geringeres Vertrauen in traditionelle jugendpolitische Organisationen und schätzen Beteiligung eher als ein Instrument der Selbstverwirklichung und zum Erreichen des persönlichen Ziels.
- Religiöse und sportliche Aktivitäten sind diejenigen, die die höchsten Mitgliedschaften anziehen. Dies unterscheidet sich wiederum nach Geschlecht und sozioökonomischer Herkunft.
- Neuen Formen der Partizipation kommt eine wachsende und bedeutendere Rolle zu als informellen Formen des Zusammenschlusses Jugendlicher: Graffiti-Gruppen, Skater, Okupas und Music Bands sind ab den 80er Jahren immer bedeutsamer geworden. Die eigene Verantwortung der Gruppe und der an ihnen Beteiligten, die Abwesenheit der Autorität von Erwachsenen und ihr geringer Institutionalierungsgrad sind hierfür verantwortlich.
- Neue Themen sensibilisieren heutige Jugendliche: Menschenrechte, Frieden, Feminismus, Ökologie und Umweltzerstörung und die Kulturen der originären Völker und Ethnien Lateinamerikas sind auf der Tagesordnung. Sie werden allerdings nicht

systematisch und nachhaltig von den Jugendlichen angegangen.

- Massenkommunikationsmittel/Medien und neue Technologien haben eine wachsende Bedeutung beim Entstehen neuer Verhaltensmuster bezüglich jugendlicher Zusammenschlüsse. Junge Lateinamerikaner sind wichtige TV-Konsumenten und ihr Leben ist sehr stark von audiovisuellen Erfahrungen und Erlebnissen geprägt.
- Politische Partizipation wird vermehrt über virtuelle Medien ausgeübt: Nutzung virtueller Netzwerke ist bei Jugendlichen ausgeprägter als bei anderen Altersgruppen und insbesondere, wenn es um Selbstorganisation kollektiver Aktionen geht (Beispiel: Soziales Weltforum von Porto Alegre, Attac).
- Beteiligung an Freiwilligengaktionen (zum Beispiel freiwillige Sommer-Aktionen bei chilenischen Studenten, Service-Learning Projekte, Freiwilligenkongress in Santiago de Chile mit Tausenden von jungen Freiwilligen (BID – Santiago de Chile, 2004)).
- Beteiligung innerhalb von Bildungsinstitutionen ist in Lateinamerika weitverbreitet (zum Beispiel Schülervertretungen: Schülermitbestimmungsprojekte in Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Mexiko, Uruguay etc.).
- Starke Präsenz bei Rockkonzerten und ähnlichen Veranstaltungen, ihre wichtigsten Freizeitaktivitäten stehen in Verbindung mit „Spaß haben mit Freunden“, Fernsehen schauen, Tanzen gehen (vgl. OIJ 2004a). Die Surveys zeigen auch, dass die Beteiligung Jugendlicher an Studenten- und Schülerbewegungen, politischen Parteien und gemeinwesenorientierten Aktivitäten sehr gering ist.
- Wenn die Jugendlichen zu ihrem Interesse beziehungsweise ihren Motiven, an solchen Bewegungen und Organisationen teilzunehmen, befragt werden, ist die Anzahl der positiven Antworten sehr hoch. Das zeigt, dass sie die Praktiken solcher

Bewegungen und Organisationen, nicht aber ihre konkreten Ziele ablehnen. Lateinamerikanische Jugendliche wollen partizipieren und sind aktiv beteiligt, wenn die Angebote transparent sind. Dabei wehren sie sich gegen Manipulation und Instrumentalisierung.

Unter denjenigen, die sich beteiligen, ist eine ausgeprägte Diskontinuität festzustellen: Jugendliche beteiligen sich meistens an spezifischen Aktionen oder Aktivitäten und tun dies während einer eingeschränkten Zeitspanne. Sie sind kaum als Mitglieder von Organisationen, Jugendverbänden etc. anzutreffen. Dies zeigt, dass junge Menschen sehr intensiv in der Gegenwart leben, ohne dass in ihrem Alltag die Idee einer mittel- oder langfristigen Perspektive große Bedeutung hätte.

Herausforderungen für öffentliche Partizipationspolitik in Lateinamerika

Wie auch auf anderen Kontinenten befinden sich lateinamerikanische Jugendliche heute in einem Dilemma. Sie müssen sich zwischen widersprüchlichen Erwartungen und Realitäten bewegen, denn sie werden meistens als Subjekte der Politik genannt und als Objekte der Politik behandelt. Damit Politik und Jugendpolitik insbesondere von jungen Menschen in einer solchen Situation ernst genommen werden, müssen sie eine Vielzahl von Herausforderungen bestehen:

- Jugendpolitiken müssen eine noch stärkere „Pro-Partizipationsprägung“ an die Zielgruppen, an die sie gerichtet werden, erhalten.
- Jugendpolitiken sollten im Rahmen ihrer Strategien, Programme und Maßnahmen versuchen, junge Menschen mit Bezug auf die Unterstützung anderer Gruppen von Jugendlichen (und auch Nicht-Jugendlichen), die Hilfe benötigen, zu mobilisieren.
- Jugendpolitiken sollten darauf abzielen, das Engagement junger Menschen für diejenigen

Gesundheitsprobleme, die sie am meisten und direkt betreffen, zu gewinnen (wie zum Beispiel ihre Teilnahme an Kampagnen gegen adoleszente Schwangerschaften, sexuell übertragbare Krankheiten, Drogenabhängigkeit und Jugendgewalt).

- Jugendpolitiken müssten stärker als bisher die kulturellen Wandlungsprozesse berücksichtigen, die die heutigen Jugendlichen durchleben: Sie sollten den Einfluss der massenmedialen Kommunikation und der Kulturindustrie auf Jugendliche richtig einschätzen und entsprechende Konsequenzen ziehen.
- Auch sollte Jugendpolitik die Einflüsse der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die Möglichkeiten, die sie nicht nur Jugendlichen, sondern auch anderen Gruppen und auch der Jugendpolitik bieten, richtig bewerten und deren gezielten Einsatz praktizieren.
- Die gewachsenen Autonomieerwartungen der Jugend und die Spannungen zwischen diesen gestiegenen Erwartungen und Einschränkung der Möglichkeiten, um diese einzulösen, sollten von der Jugendpolitik berücksichtigt werden.

Fazit

Jugend- und Partizipationspolitiken in Lateinamerika müssen – gleich wie im europäischen Kontext – sich einerseits auf eine rasch sich wandelnde soziale und ökonomische Situation einstellen und andererseits innovative Antworten auf Probleme der Lebensbewältigung junger Menschen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, informelle und prekäre Arbeitsplätze, geringe Möglichkeiten der ökonomischen und residenziellen Emanzipation, Diskriminierung und institutionelle Gewalt gegenüber bestimmten Gruppen, finden. Genauso wie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen Jugendpolitiken in Lateinamerika angemessene Konzepte entwickeln, um der vorherrschenden Wahrnehmung und Meinung junger Menschen, ihre Interessen würden durch po-

litische Repräsentanten nicht zur Kenntnis genommen, zu begegnen. Vor diesem Hintergrund muss Jugendpolitik sich mit der starken Abnahme des Interesses junger Menschen an traditionellen Formen der sozialen und politischen Partizipation auseinandersetzen und entsprechende Strategien der Beteiligung und Integration entwerfen und erproben. Dabei sollten staatliche Politiken in Betracht ziehen, dass viele junge Menschen in Lateinamerika, insbesondere Sekundarschüler und Hochschulstudenten, ein hohes Maß an freiwilligem Engagement in Stadtteilinitiativen, NROs und sozialen Bewegungen zeigen. Hieraus sollten die richtigen Schlüsse und Lehren für eine neue Partizipationspolitik und Praxis gezogen werden.

Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur

- Bourdieu, Pierre (1990): La „juventud“ no es más que una palabra, in: *Sociología y cultura*, México, D.F., Editorial Grijalbo.
- Boyden, Jo (1997): Childhood and the policy makers: A comparative perspective on the globalization of childhood, in: James, Allison/Prout, Alan: *Constructing and reconstructing childhood: Contemporary issues in the sociological study of childhood*, London u.a., 190 – 229.
- Bendit, René/Hahn- Bleibtreu, Marina (2008): *Youth Transitions. Processes of social inclusion and patterns of vulnerability in a globalised world*, Opladen/Farmington Hills.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2004): *Panorama social de América Latina, 2002-2003 (LC/G.2209-P/E)*, Santiago de Chile. Publicación de las Naciones Unidas, N° de venta: S.03.II.G.185.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe)/OIJ (Organización Iberoamericana de Juventud) (2004): *La juventud en Iberoamérica. Tendencias y urgencias (Dok.: LC/L. 2180)*, Santiago de Chile.
- CEPAL/OIJ (2004): *Juventud y cohesión social en Iberoamérica. Un modelo para armar.*
- CEPAL (2007): *Hacia la ampliación del segundo objetivo del milenio. Una propuesta para América Latina y el Caribe (Políticas sociales N° 132 (LC/L.2712-P))*, Santiago de Chile. Publicación de las Naciones Unidas, N° de venta: S.07.II.G.60.
- Feixa, Carles et al. (2008): *Latin Kings in Barcelona*, in: van Gemert, Frank/Peterson, Dana/Lien, Inger-Lise (2008): *Street Gangs, Migration and Ethnicity*, Devon, 63-78.
- Feixa, Carles/Porzio, Laura (2005): *Jipis, Pijos, Fiesteros. Studies on youth cultures in Spain 1960-2004*, in: YOUNG. *Nordic Journal of Youth research* 13 (1/2005), 89-114.
- Hopenhayn, Martín (CEPAL/OIJ) (2004): *La juventud en Iberoamérica. Tendencias y urgencias*, in: XII conferencia iberoamericana de ministros de juventud, Guadalajara, México, 4 y 5 de noviembre de 2004.
- IMJ (Instituto Mexicano de la Juventud) (2002): *Jóvenes mexicanos del siglo XXI. Encuesta nacional de juventud 2000*, México, D.F.
- OIJ (Organización Iberoamericana de la Juventud) (2001): *Informe juventud en España 2000*, Madrid.
- OIJ (Organización Iberoamericana de la Juventud) (2000), *Informe juventud en España*, Madrid.
- OIJ (Organización Iberoamericana de la Juventud) (2004a): *Las encuestas de jóvenes en Iberoamérica. Un recuento de experiencias recientes. Análisis de las encuestas nacionales de jóvenes de Guatemala, Colombia, Chile, España, México y Portugal (1997-2000)*.
- OIJ (2004b): *El estado de la juventud en Iberoamérica*, URL: <http://www.oij.org/pdf/JuventudIberoamericana.pdf>
- INJUV (Instituto Nacional de la Juventud) (2000): *Tercera encuesta nacional de juventud*, Santiago de Chile.
- INJUVE (Instituto de la Juventud) (2002): *Juventud en cifras 2000/01*, Madrid.
- Vereinte Nationen: *UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut. Texte in amtlicher Übersetzung vom 20. November 1989*, URL: <http://www.aufenthaltstitel.de/unKinderrechtskonvention.html>, (zuletzt abgerufen am: 07.06.2010).

Partizipation junger Menschen im europäischen Kontext

Bilanz und Perspektiven¹

Kerstin Ott

240

Zieht man eine Bilanz aus der Vielfalt an Facetten, Befunden und Erfahrungen zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen im europäischen Kontext, die in den vorangehenden Beiträgen zur Sprache gekommen sind, sieht man sich Antworten wie offenen Fragen zugleich gegenüber. Die Bilanz, um die es an dieser Stelle gehen soll, eröffnet damit zugleich Perspektiven, die wichtig sind weiterzuverfolgen, um die zentrale Frage der Tagung zu klären: Wie kann Demokratie gestaltet und vermittelt werden, damit sich junge Menschen aktiv beteiligen?

Der folgenden Diskussion soll dabei ein Plädoyer vorangehen: Neben den verschiedenen rechtlichen, philosophischen, bildungstheoretischen oder problemorientierten beziehungsweise „sozialtechnischen“ Begründungen (vgl. Roth)², die Beteiligung junger Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse zu stärken, liegt die entscheidende und umfassendste Begründung jedoch in der Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie selbst, die entscheidend von der

Zustimmung und aktiven Mitgestaltung der nachfolgenden Generationen bestimmt wird. Darum sollte es bei der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen letztendlich gehen: Demokratie zu ermöglichen.

Demokratie lebt einerseits von der Beteiligung und dem Einsatz ihrer Bürger für ein faires Zusammenleben. Auch Kinder und Jugendliche müssen ein Verständnis dafür entwickeln können, dass ihre Mitwirkung bei der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten gefragt ist, aber auch erfahren, dass sie in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen. Eine lebendige Demokratie sichert andererseits die Möglichkeit für jeden Einzelnen, die eigenen Lebensverhältnisse zu gestalten. Handlungsbedarf besteht immer in beide Richtungen: die Bereitschaft sowie die tatsächliche Möglichkeit von Beteiligung zu fördern.

Wo Beteiligung ausbleibt, kann es an unzureichenden Möglichkeiten oder an mangelndem Einsatz und Durchhaltevermögen Jugendlicher liegen. Es kann aber auch daran liegen, dass junge Menschen erkannt haben, dass es bei bestimmten Beteiligungsprojekten nicht wirklich um ihre Mitsprache geht. Wo darf eine Schülervertretung tatsächlich mitbestimmen – oder engagiert sich niemand, weil es um nicht mehr als den Kaffee- und Kuchenverkauf beim Sommerfest geht?

¹ Die Bilanz bezieht sich auf die Abschlussdiskussion der diesem Reader zugrunde liegenden Tagung „Partizipation junger Menschen im europäischen Kontext“

² Alle folgenden Literaturhinweise beziehen sich auf Beiträge in diesem Reader.

Dient ein kommunales Jugendparlament lediglich dazu, Akzeptanz für kommunalpolitische Entscheidungen zu schaffen? Welche Mitwirkungsmöglichkeiten werden jungen Menschen in den traditionellen politischen Organisationen wie zum Beispiel den politischen Parteien tatsächlich eingeräumt? Haben tatsächlich alle Jugendlichen eine Chance, gleichberechtigt ihre Lebensverhältnisse mitzugestalten oder beteiligen sich diejenigen erst gar nicht, die bislang ganz andere Erfahrungen gemacht haben? Fragen wie diese müssen die Diskussion begleiten, wie Demokratie gestaltet und vermittelt werden kann, damit sich junge Menschen aktiv beteiligen.

Welche Bilanz ergibt sich also im Hinblick auf die Beteiligung junger Menschen im europäischen Kontext? Ist die Jugend von heute politikverdrossen und partizipationsabstinent? Welche Möglichkeiten politischer Artikulation nutzen junge Menschen? Was begründet Unterschiede in „Partizipationskulturen“ zwischen europäischen Ländern? Und wo liegen Ansatzpunkte für mehr Beteiligung von Jugendlichen in Politik und Gesellschaft?

Erste Antworten, aber auch weiterführende Fragen ergeben sich aus der Jugend- und Partizipationsforschung in Deutschland und im europäischen Kontext, wie sie beispielsweise hier der DJI-Jugendsurvey oder die europäische Vergleichsstudie EUYOPART beitragen. Eine prinzipielle Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen ist mehrheitlich vorhanden, was sich in Deutschland auch an der Mitwirkung junger Menschen in traditionellen Vereinen, Verbänden und Organisationen, informellen Gruppen und einem breiten Verhaltensrepertoire punktueller politischer Partizipation von der Beteiligung an Wahlen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen bis hin zu politischem Konsum zeigt.

Auch das bekundete Interesse junger Menschen an Politik ist in Deutschland vergleichsweise hoch. Es

herrscht jedoch eine deutliche Unzufriedenheit mit bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten und nur wenige Jugendliche können sich ein politisches Engagement im engeren Sinn, das heißt eine aktive Mitarbeit in einer Partei oder die Übernahme eines politischen Amtes vorstellen.

„Von einer grundsätzlichen Beteiligungsverweigerung junger Menschen kann [...] keine Rede sein. Politik im engeren Sinne wird aber nach wie vor nicht als zentrales Betätigungsfeld gesehen“ (Gaiser/de Rijke: 30).

Die Analysen der EUYOPART-Daten machen deutlich, dass auch im europäischen Kontext

„keineswegs von einer generell ‚politikverdrossenen‘ jungen Generation die Rede sein kann. Auch wenn ‚Politik‘ von einem großen Teil der Befragten mit ‚konventioneller‘, repräsentativer Politik gleichgesetzt wird, diese Politik mit einiger Skepsis betrachtet und mit Kritik nicht gespart wird, werden gleichzeitig die Möglichkeiten der Einmischung am ehesten in diesem bestehenden System gesehen. Jugendliche und junge Erwachsene sind unzufrieden mit Parteien und Politikern und haben den Eindruck, dass das politische System ihrer Interessenlage zu wenig Aufmerksamkeit schenkt“ (Wächter: 145).

Problematisch ist auch ein weiterer Befund: die deutliche Verkopplung von Bildung, Gender und sozialem Kapital und politischer und gesellschaftlicher Beteiligung junger Menschen:

„Je höher das Bildungsniveau, desto stärker ist die Involvierung in Vereine, Verbände und Organisationen und damit in Gelegenheitsstrukturen, die gesellschaftliche Betätigung, Beteiligung an demokratischen Strukturen und sozialen Netzen sowie Interaktion, Kommunikation und soziales Lernen ermöglichen. Außerdem sind Jungen und junge Männer in solche Partizipationskontexte stärker einbezogen. Die gegebenen Strukturen und Verfahrensweisen unterstützen wohl immer noch Prozesse der Geschlechtersegregation. Ferner verbinden sich höhere Bildung und Teilnahme am Erwerbsleben

mit stärkerer Integration in die sozialen Netze der Vereine und Verbände“ (Gaiser/de Rijke: 30).

Im europäischen Vergleich, aber auch im Ost-West-Vergleich in Deutschland ergeben sich hier jedoch wichtige Differenzierungen, die Möglichkeiten des Voneinander-Lernens und Potential für die Identifikation von Handlungsansätzen aufzeigen.

Die entscheidenden Fragen jedoch bleiben: Wie lässt sich mit dieser Unzufriedenheit junger Menschen angesichts bestehender Beteiligungsmöglichkeiten umgehen; vor allem aber mit dem Umstand, dass bisherige Teilnehmungsformen und -angebote nur einen bestimmten Teil der jungen Generation erreichen? Stimmen die bestehenden Teilnehmungsangebote mit den Interessenslagen und politischen Artikulationsformen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen überein? Was muss getan werden, um mehr Mädchen und junge Frauen, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund und in prekären sozialen Lagen zu erreichen? Viele Projektbeiträge zum Beispiel aus Österreich, der Schweiz aber auch aus dem Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung oder in der Förderung von Jugendinitiativen verweisen auf gute Erfahrungen mit einer breiten Vielfalt an Teilnehmungsformen und Teilnehmungsangeboten an Jugendorten und organisiert und mitgestaltet durch Jugendliche selbst. Denn letztlich zeigt zum Beispiel auch EUYOUNGPART in der europäischen Perspektive: „Den größten Einfluss auf die tatsächliche Teilnahme an Formen politischer Partizipation hat jedoch der beste Freund/die beste Freundin: [...]“ (Wächter: 145). Aktive Jugendliche in oder für eigene Projekte zu stärken, ihr Engagement anzuerkennen und zu fördern, birgt wichtige Chancen, auch andere Jugendliche für politische und gesellschaftliche Beteiligung zu gewinnen. Die Frage nach der Repräsentativität von Teilnehmungsprojekten jedoch bleibt: Wenn Jugendliche in der Ausübung ihres Wahlrechts die effektivste Form sehen, sich politisch zu beteiligen und wenn Wahlen trotz sinkender Wahlbeteiligung die reprä-

sentativste Form politischer Einflussnahme darstellen, lohnt es sich, die Erfahrungen in Österreich mit einem Wahlrecht ab einem Alter von 16 Jahren weiterzuverfolgen.

Die Beiträge aus verschiedenen europäischen Ländern machen zudem deutlich, dass lebendige Teilnehmungskulturen nicht voraussetzungslos entstehen. Die soziale Lage Jugendlicher und ihrer Herkunftsfamilien, Bildungsniveau, Zukunftsperspektiven und ökonomischer Druck auf Jugendliche, rechtliche Rahmenbedingungen und Ansatzpunkte der jeweiligen Jugend- und Bildungspolitik machen deutlich, dass es bei der Frage nach mehr Jugendbeteiligung um mehr als formale und konzeptionelle Zugangsfragen geht. Perspektiven für weiterführende Diskussionen werden in diesen Beiträgen deutlich – Antworten müssen jedoch noch gesucht und gefunden werden. Veränderungen in der nationalen Politik können auch über eine europäische Jugendpolitik der EU mit der offenen Methode der Koordinierung initiiert werden.

Lebendige Demokratie durch Beteiligung junger Menschen an Politik und Gesellschaft hat aber noch eine weitere Voraussetzung, die in der Diskussion deutlich wurde: Gerade Jugendliche mit niedrigerem Bildungsniveau sind häufiger der Meinung, dass sie sich nicht genügend auskennen, um zu partizipieren beziehungsweise ihnen entsprechende Kompetenzen fehlen, gesellschaftliche beziehungsweise politische Verantwortung zu übernehmen (vgl. Wächter: 142/143). Dazu kommt oft die Einschätzung, mit eigenem Engagement nicht viel an Veränderungen bewirken zu können. Politische Teilnehmungsbereitschaft ist eng verbunden mit dem Gefühl eigener Selbstwirksamkeit, das oft durch Erfahrungen von Engagement, Verantwortungsübernahme und Beteiligung in „vor“politischen Zusammenhängen entsteht. Schule, Jugendverbände und Vereine können, insbesondere in demokratiepädagogischer Perspektive, wichtige Orte solcher Erfahrungen sein – sind es jedoch lange nicht automatisch und für alle (vgl. Arnoldt/Steiner,

de Rijke/Krüger/Gaiser). Nicht jeder Verein pflegt eine demokratische Vereinskultur und versteht sein Engagement in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Viele Jugendverbände zum Beispiel sind dennoch wichtige Orte selbstbestimmten und gleichberechtigten Engagements von Jugendlichen. Wer einmal als junger Erwachsener ein Zeltlager organisiert hat oder eine Aktion zum Beispiel im Jugendrotkreuz zur Kampagne gegen Kinderarmut mitgestaltet hat, weiß, dass eigenes Engagement wirkt, manchmal mühsam, aber wichtig ist. Auch ein Streitschlichter in der Schule hat Erfahrung in der fairen Regelung des Zusammenlebens gesammelt. Diese Erfahrungen in Zusammenhang zu bringen mit Politik und Gesellschaft insgesamt, ist eine Aufgabe nicht nur der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, die aufgegriffen werden muss, ist aber nicht unmöglich und lohnt sich. Schule ist dabei in der Lage, mehr Jugendliche zu erreichen als Verbände, Initiativen oder andere Organisationen. Bildungspolitik hat Einfluss darauf, ob Schule Demokratieerfahrungen für alle ermöglicht oder doch vor allem Benachteiligten reproduziert.

Wie kann Demokratie also gestaltet und vermittelt werden, damit sich junge Menschen aktiv beteiligen? Die zentrale Frage der Tagung kann mit den vorgestellten Beiträgen nicht abschließend beantwortet werden, viele Perspektiven dafür ergeben sich aber doch. Zuletzt bleibt eines jedoch auch Jugendlichen nicht „erspart“: Sie sind nicht die einzigen, die Interessen geltend machen. Auch bei der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geht es um Machtfragen, das heißt entweder darum, aus Sicht der Entscheidungsträger, Macht abzugeben oder, seitens der jungen Menschen, durch gute Argumente und Durchhaltevermögen sich Gestaltungsmöglichkeiten zu erstreiten. Dass in Interessenskonflikten Entscheidungen so gerecht wie möglich und unter Mitsprache aller Betroffenen getroffen werden, zeichnet eine Demokratie aus. An Kompromissen und Niederlagen nicht zu verzweifeln und offen auch für die Anliegen anderer zu bleiben, zeichnet echte Demokraten aus – auch junge.

Autoren

244

Bettina Arnoldt ist seit 2004 wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut und dort Mitarbeiterin in StEG („Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“). Ihre Auswertungsschwerpunkte bei der Studie liegen auf den Themenbereichen Kooperation von Schule mit außerschulischen Partnern und Partizipation. Zuvor war sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München Projektmitarbeiterin der Studie „QuaSU“ („Qualitätssicherung in Schule und Unterricht“) und am Bildungsbericht beteiligt.

Kontakt: arnoldt@dji.de

Dr. René Bendit war von 1976 bis 2007 am Deutschen Jugendinstitut (DJI) tätig, unter anderem als Referent für internationale Forschungsk Kooperationen des DJI mit Ländern der EU und Lateinamerika. Seit Ende der 1990er Jahre war er zudem Mitglied der Task Force „Europäische Jugendpolitik“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seine Reisen führen ihn als Gastprofessor und Berater verschiedener Institutionen und Universitäten häufig nach Lateinamerika.

Kontakt: bendit@dji.de

Charles Berg, Studium der Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Germanistik und Anglistik in Marburg, Tübingen, Luxemburg und Trier. Er arbeitete als Gymnasiallehrer und Beratungslehrer. Seit Anfang der 80er Jahre ist er Dozent in der Lehrerbildung. Zwölf Jahre leitete er ein Kindertheater, in dem Studenten und Lehrer für Kinder spielten. Er ist Mitbegründer des Luxemburger Jugendforschungszentrums CESIJE. Seit der Gründung der Universität Luxemburg im Jahre 2003 ist er dort Assistant Professeur. Arbeitsschwerpunkte: Jugendforschung, Leseforschung, Forschungsmethoden, Theorie der Schule.

Kontakt: charles.berg@uni.lu

Jörg Eisfeld-Reschke ist Geschäftsführer des Instituts für Kommunikation in sozialen Medien. Früher leitete er den Qualifizierungs-Bereich der Servicestelle Jugendbeteiligung. Von 2007 bis 2010 war er Mitglied im Nationalen Beirat für das EU-Programm JUGEND IN AKTION in Deutschland.

Kontakt: eisfeld-reschke@ikosom.de

Eva Feldmann-Wojtachnia ist seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung C.A.P an der Ludwig-Maximilians-Universität München und hier zuständig für Forschung, Methoden- und Konzeptentwicklung im Bereich Demokratiebewusstsein, Stärkung der Partizipation, der europäischen Identität und Toleranz von jungen Menschen.

Kontakt: feldmann@fgje.de

Dr. Wolfgang Gaiser, Diplom-Soziologe, ist seit 1973 am DJI in München tätig. Seit 2006 ist er Grundsatzreferent für Jugendforschung.

Forschungsschwerpunkte: Partizipation junger Menschen, transnationale Jugendforschung unter der Perspektive von Lebenslauf im Kontext von historischen und sozialräumlichen Kontexten.

Kontakt: gaiser@dji.de

Bc. Jan Husák ist seit 2009 Mitglied des Vorstandes des Tschechischen Kinder und Jugendrates (ČRDM). Seine Schwerpunkte sind Strukturierter Dialog mit Jugendlichen, interkulturelle Bildung sowie Partizipation. Er ist Leiter der nationalen Arbeitsgruppe zur Implementierung des Strukturierter Dialogs mit Jugendlichen und Mitglied der Arbeitsgruppe Partizipation beim Nationalen Kinder- und Jugendinstitut. Er studiert Europäische Studien an der Masaryk Universität in Brno, Tschechien und arbeitet am International Institut of Political Science an der Masaryk Universität.

Kontakt: husak@crdm.cz

Dr. Bernadette Jonda ist seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören: deutsch-polnische Beziehungen, demographischer Wandel, Migrations- und Organisationsforschung, Jugendliche im internationalen Vergleich. Ihr besonderes Interesse gilt der deutsch-polnischen Jugendforschung und dem Jugendaustausch.
Kontakt: bernadette.jonda@soziologie.uni-halle.de

Prof. Dr. Fabian Kessl ist Hochschullehrer an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Gegenwärtig arbeitet er zu Fragen der neuen Almosenkultur und -ökonomie, der Raum(re)produktion Sozialer Arbeit und deren post-wohlfahrtsstaatlichen Transformation. Fabian Kessl ist Geschäftsführer des Online-Journals „Social Work & Society“ (www.socwork.net), Mitglied der Redaktion „Widersprüche“ und Sprecher des HBS-Promotionskollegs „Widersprüche gesellschaftlicher Integration: zur Transformation Sozialer Arbeit“.
Kontakt: fabian.kessler@uni-duisburg-essen.de

Winfried Krüger, M.A., Soziologe. Bis 2004 am Deutschen Jugendinstitut, zunächst im Schwerpunkt Jugendberichte, später im Jugendsurvey. Jetzt neben empirischer Jugendforschung, Supervisionstätigkeit und Mitarbeit in der Doris-Wuppermann-Stiftung.
Kontakt: krueger-winfried@gmx.de

Dr. Oliver Märker, Diplomgeograf, berät Politik, Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen bei der Konzeption und Umsetzung elektronischer Partizipation auf kommunaler, regionaler (Haushalts-, Stadt- und Regionalplanung) und nationaler Ebene (E-Petitionen und E-Konsultationen). Zu seinem Aufgabenfeld gehört weiterhin die Moderation von Online-Dialogen und die Erstellung von Studien und Gutachten zum Themenbereich E-Partizipation. Er ist Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Zebralog (www.zebralog.de) in Berlin.
Kontakt: maerker@zebralog.de

Sigrid Meinhold-Henschel ist seit 1997 als Projektleiterin für die Bertelsmann Stiftung tätig. Gegenwärtig ist sie verantwortlich für das Projekt „jungbewegt - Dein Einsatz zählt“, das die Engagementbereitschaft junger Menschen fördert und dazu Konzepte für Kindertagesstätten, Schulen sowie die außerschulische Jugendarbeit entwickelt und erprobt. Vorher hat sie das Projekt „mitWirkung! - eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung“ geleitet.
Kontakt: s.meinhold-henschel@bertelsmann-stiftung.de

Julia Moosmann ist seit 2005 Mitarbeiterin des Jugendinformationszentrums aha - Tipps & Infos für junge Leute in Vorarlberg und arbeitet im Bereich Dokumentation/Information. Darüber hinaus ist sie seit 2008 als Projektleiterin verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Themas „Jugend & Politik“ im Jugendinformationszentrum.
Kontakt: julia.moosmann@aha.or.at

Milena Mushak arbeitet seit 2002 als wissenschaftliche Referentin bei der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Von 2002 bis 2009 war sie zuständig für die Durchführung und Leitung von Jugend- und Partizipationsprojekten. In dieser Funktion hat sie die Gesamtaktivitäten der bpb im Rahmen der Initiative „Projekt P - misch dich ein“ (2003-2005) und des „Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung“ (2006-2009) koordiniert und gesteuert. Seit 2008 ist Milena Mushak als Referentin für kulturelle Bildung tätig und Leiterin des Festivals „Politik im Freien Theater“.
Kontakt: mushak@bpb.de

Dr. Anne Muxel, Soziologin, ist Forschungsdirektorin CNRS im Bereich Politikwissenschaften am Zentrum für politikwissenschaftliche Studien CEVIPOF in Paris. Sie arbeitet im Bereich der politischen Haltungen und des politischen Handelns, zum Wählerverhalten, zur politischen Sozialisation und zu den intergenerationalen Übertragungsphänomenen. Sie hat zahlreiche Forschungsvorhaben zum Verhältnis der Jugendlichen zur Politik sowohl auf nationaler als auch in vergleichender europäischer Perspektive durchgeführt.
Kontakt: anne.muxel@sciences-po.fr

Kristin Napieralla war von 2006 bis 2009 zuständige Referentin/Projektleiterin für das „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“ beim Deutschen Bundesjugendring. Seit Dezember 2009 ist sie die zuständige Referentin für den 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Kontakt: info@dbjr.de

Kerstin Ott leitet seit Ende 2008 das Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Das Forum Jugend und Politik entwickelt politische Jugendbildungsangebote und Fachangebote an Verantwortliche, um Jugendliche für Demokratie zu interessieren, zu Beteiligung zu motivieren und für gesellschaftspolitisches Engagement zu qualifizieren.
Kontakt: kerstin.ott@fes.de

Gudrun Potysch-Wieczorek ist seit Jahren tätig in der Leitung der Kinder- und Jugendarbeit für das Jugendamt Essen. Im Jahr 2000 konzipierte sie die Kinderforen (Beteiligungsstrukturen für Kinder) in Essen, die seit der Zeit erfolgreich durchgeführt werden. Seit Beginn des Projekts „mitWirkung!“ (2006-2008) in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung, das sie als Projektleiterin begleitete, steuert sie für das Jugendamt den Prozess von Mitwirkungsstrukturen für Jugendliche. Darüber hinaus arbeitet sie am Beteiligungsprozess „Bürgerkommune“ der Stadt Essen mit.
Kontakt:
gudrun.potysch-wieczorek@jugendamt.essen.de

Steffen Präger ist seit 2005 als freiberuflicher Berater für Sozialmanagement und Sozialmarketing in Mitteldeutschland und zudem seit 2008 als Vorstandsvorsitzender des gemeinnützigen Bildungsträgers Plattform e.V. in Erfurt tätig. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören insbesondere die Entwicklung, Begleitung und Erprobung konkreter Ansätze zur Beteiligung von Jugendlichen und Erwachsenen sowie Modellvorhaben der Jugendberufshilfe.
Kontakt: steffen.praeger@freiraume-schaffen.de

Prof. Dr. Christian Reutlinger ist Professor am Institut für Soziale Arbeit (Abteilung Forschung) der FHS St. Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Schweiz), wo er das Kompetenzzentrum Soziale Räume leitet. Einen zentralen Forschungsschwerpunkt im Kompetenzbereich „Transnationale Räume“ bilden verdeckte Engagementformen von Kindern und Jugendlichen und die Frage der Ermöglichung neuer Beteiligungsstrukturen jenseits klassischer „Orte der Partizipation“.
Kontakt: christian.reutlinger@fhsg.ch

Johann de Rijke, Diplom-Soziologe, ist seit 1989 am DJI in München tätig. Er hat in den drei Wellen des Projekts „DJI-Jugendsurvey“ mitgewirkt, zuletzt im Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden. Forschungsschwerpunkte: Politische Einstellungen und soziale und politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Aspekte sozialer und politischer Integration, kulturelles und soziales Kapital, sozialwissenschaftliche Methoden und Techniken.
Kontakt: E-Mail: derijke@dji.de

Johannes Röhr ist seit 2007 für die Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. tätig und ist mit der Umsetzung verschiedener Projekte betraut. 2007 betreute er das Planspiel „Europa in Sachsen-Anhalt“. Seit 2009 obliegt ihm die Projektkoordination des Projektes „Europa geht weiter“.
Kontakt: europaevent@jugend-lsa.de

Christian Scharf leitet seit September 2009 das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt „GOEUROPE“ bei der LKJ Sachsen-Anhalt. Zuvor leitete er von 2002 bis 2009 die Arbeitsgruppe EX-CHANgE Sachsen-Anhalt, in dessen Rahmen er die Projektreihe „Europa geht weiter“ entwickelte. Neben seinen Tätigkeiten in Sachsen-Anhalt ist Christian Scharf als Teamer, Trainer und Berater für internationale Jugendarbeit und europäische Jugendbildung in verschiedenen Ländern und Projekten seit 1991 aktiv.
Kontakt: christian.scharf@goeurope-lsa.de

Frank Schmitz ist seit 2003 Geschäftsführer von Profondo e.V. – Beratungsbüro für jugend.europa.bildung (www.profondo.org). In dieser Funktion initiiert, begleitet und berät er Jugendbeteiligungsprojekte. Er arbeitet als freiberuflicher Coach unter anderem im Auftrag des Programms JUGEND IN AKTION und ist Mitglied im Beirat des BMFSFJ zur Umsetzung des Aktionsprogramms JUGEND IN AKTION.
Kontakt: profundo@t-online.de

Claudius Siebel ist seit 2002 Programmreferent bei JUGEND für Europa und dort zuständig für die Aktionsbereiche 1.2 – Jugendinitiativen, 1.3 – Projekte der partizipativen Demokratie und 5.1 – Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen der Jugendpolitik. Darüber hinaus ist er seit einigen Jahren verantwortlich für den inhaltlichen Schwerpunkt „Partizipation“ bei JUGEND für Europa.
Kontakt: siebel@jfemail.de

Dr. Christine Steiner arbeitet seit 2008 am Deutschen Jugendinstitut und ist dort Mitarbeiterin im Projekt StEG („Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“). Sie beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragen der Bildungs- und Erwerbsteilhabe von Jugendlichen. Ihre Auswertungsschwerpunkte im Rahmen des StEG-Projektes liegen außerdem im Themenbereich Personal und Personalentwicklung an Ganztagschulen. Zuvor war sie Mitarbeiterin am Zentrum für Sozialforschung Halle und dort an diversen Forschungsprojekten beteiligt.
Kontakt: steiner@dji.de

Julia Struck-Soboleva ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut und ist dort tätig im Projekt „Evaluation der KJP – Programme“. Ihr Forschungsinteresse gilt vor allem Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
Kontakt: struck@dji.de

Prof. Dr. Franziska Wächter, Diplom-Soziologin, ist seit 2000 wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut in München in den Abteilungen Jugend und Jugendhilfe sowie Social Monitoring und seit 2006 Professorin für Soziologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (Soziale Arbeit). Forschungsschwerpunkte: Jugend, Partizipation, Evaluation.
Kontakt: franziska.waechter@ku-eichstaett.de

Martha Wörsching ist Lektorin für Europäische Studien im Department of Politics, History and International Relations, Loughborough University, Großbritannien. Sie ist seit mehreren Jahren Mitherausgeberin der Zeitschrift „Journal of Contemporary European Studies“ und verantwortlich für den Rezensionsteil dieser Zeitschrift. Ihre Veröffentlichungen liegen hauptsächlich in den Bereichen von Medien-, Gender- und Jugend-Studien.
Kontakt: M.M.Worsching@lboro.ac.uk

Mag.a Michaela Zimmermann arbeitet im Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung, ist stellvertretende Landesjugendreferentin und Fachreferentin für Gender, Diversität, Partizipation und Politische Bildung.
Kontakt: michaela.zimmermann@wien.gv.at

Impressum

Herausgeber:

JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION
Hans-Georg Wicke
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
E-Mail: jfe@jfemail.de
👉 www.webforum-jugend.de



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION

living europe

Idee und Koordination der Autoren:

Dr. Wolfgang Gaiser
(Deutsches Jugendinstitut e.V.),
Barbara Schmidt und Claudius Siebel
(JUGEND für Europa)

Konzeption:

Lisa Lindner, Frank Peil,
Barabara Schmidt
und Claudius Siebel

Redaktion:

Lisa Lindner

Redaktionsleitung:

Frank Peil

Gestaltung & Satz:

blickpunkt x, Köln

Corporate Design von JUGEND für Europa

11gen, Friedberg

Bildnachweis

Titelfoto – muffinmaker/photocase;
S. 14 – JUGEND für Europa,
S. 74 – JUGEND für Europa,
S. 136 – johanna fecke/photocase

ISBN

978-3-00-033252-4

Bonn, November 2010

Der Inhalt dieser Publikation gibt nicht notwendigerweise den Standpunkt der Europäischen Union oder der Nationalagentur JUGEND für Europa wieder und sie übernehmen dafür keine Haftung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit hat der Herausgeber auf die konsequente gleichzeitige Anwendung der männlichen und weiblichen Form verzichtet. Alle Aussagen beziehen sich in jedem Fall auf beide Geschlechter gleichermaßen.

Ist die Jugend von heute politikverdrossen und partizipationsabstinent? Welche Möglichkeiten politischer Artikulation nutzen junge Menschen? Wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den „Partizipationskulturen“ verschiedener europäischer Länder?

Das Thema „Partizipation junger Menschen“ steht ganz oben auf der politischen Agenda in Europa, ist es doch gerade in der neuen EU-Jugendstrategie (2010-2018) zu einem der vorrangigen Aktionsfelder für politische Initiativen auf EU-Ebene und in den jeweiligen Mitgliedstaaten geworden.

Der vorliegende Band möchte verschiedene Partizipationsansätze und Beteiligungsstrukturen in einen europäischen Kontext stellen, verbunden mit der Absicht, über Vergleiche und Rückschlüsse hinsichtlich der Situation in Deutschland die Diskussion insgesamt zu bereichern.

Diese Publikation wurde gefördert durch:



978-3-00-033252-4